Von einem deutschen Fürstenhofe

von

L. von Hirschfeld.

2. Band

Von einem deutschen Fürstenhofe.

Geschichtliche Erinnerungen

aus Alt-Mecklenburg

von

L. von Hirschfeld.

Herausgegeben von seiner Wittwe.

Zweiter Band.

Wismar.
Hinstorff'sche Hofbuchhandlung Verlagsconto.
1896.

Inhalt.

Ein Staatsmann der alten Schule.

Aus dem Leben

des

mecklenburgischen Ministers Leopold von Plessen.

Nach Staatsacten und Correspondenzen.

I.

Der Staatsmann, mit dessen Leben und Wirken wir uns auf den nachstehenden Blättern beschäftigen werden, entstammte einem alten mecklenburgischen Adelsgeschlecht. Seine amtliche Laufbahn führte ihn an die höchste Stelle in der Verwaltung seines Geburtslandes, und der größte Theil seiner öffentlichen Thätigkeit war den inneren Verhältnissen des Großherzogthums gewidmet. Daneben wies ihm das Vertrauen seines Landesherrn aber auch verschiedene diplomatische Aufgaben zu. In den Jahren 1802 bis 1806 war er als Gesandter am Regensburger Reichstage und von 1816 bis 1820 in gleicher Eigenschaft am Frankfurter Bundestage beglaubigt. In der Zwischenzeit, wie auch später noch, wurden ihm verschiedene wichtige Missionen ertheilt, welche die Regelung der deutschen Bundesangelegenheiten betrafen und auch mit dem weiteren Gebiet der europäischen Politik in naher Verbindung standen. Sein Schicksal fügte es, daß er bei allen irgendwie bedeutsamen diplomatischen Vorgängen jener wechselvollen Phase der deutschen Geschichte persönlich betheiligt war. Er erlebte in Regensburg den Zusammenbruch der alten Reichsverfassung, war der erste Staatsmann aus dem Gebiete des Rheinbundes, der 1813 in Kalisch dem Kaiser Alexander den Beitritt seines Fürsten zur Großen Allianz ankündigte, schloß später auf dem Kriegsschauplatz in Frankreich die darauf bezüglichen Verträge ab, vertrat Mecklenburg-Schwerin auf dem Wiener Congreß, war eines der thätigsten und einflußreichsten Mitglieder der Frankfurter Versammlung und wurde von Fürst Metternich zu allen Conferenzen herangezogen, welche die Ausarbeitung der Verfassung des Bundes und die Ausgestaltung des Bundesrechtes im Auge hatten. Gerade diese diplomatische Wirksamkeit gab seiner Laufbahn eine Bedeutung, die weit über die eines Ministers in einem kleinen Bundesstaat hinausging, und diese Phase seines Lebens, sein Auftreten auf der internationalen Welt-

bühne, sein Eingreifen in die Verhandlungen, welche zu einer Neugestaltung des deutschen Staatenbundes führten, wird daher den Hauptgegenstand dieser Darstellung bilden. Sie wird gleichzeitig den Anlaß bieten, einen tieferen Einblick in das kleinstaatliche Leben während der Jahre 1803 bis 1823 zu gewähren und auf einige historisch längst bekannte Persönlichkeiten jener Zeit Streiflichter zu werfen, welche das Bild einer denkwürdigen Epoche unserer deutschen Geschichte zu vervollständigen geeignet sind. Das hierbei verwendete Material ist zum weitaus größten Theil den Acten des Großherzoglichen Geheimen und Hauptarchivs zu Schwerin, sowie dem brieflichen Nachlaß des Staatsministers von Plessen entnommen, welchen die Familie des letzteren in dankenswerther Bereitwilligkeit für diese Arbeit zur Verfügung gestellt hat. Wir werden uns also, wie erwähnt, nur mit demjenigen Theil der Wirksamkeit Plessen's beschäftigen, der ihn auf das Gebiet der auswärtigen Politik führte, nicht etwa, weil seine ministerielle Thätigkeit für ihn selbst wie für sein Land von geringerer Bedeutung gewesen wäre, oder weniger Gelegenheit böte, die staatsmännische Befähigung dieses seltenen Mannes hervortreten zu lassen, sondern lediglich deshalb, weil ein Eingehen auf die internen Verhältnisse Mecklenburgs, zumal in einer entlegenen Zeit, dem Interessenkreis der Leser zu fern liegen würde.

Das Geschlecht derer von Plessen gehört zu den ältesten in Deutschland und war schon im frühesten Mittelalter in den Ländern des baltischen Küstengebietes weit verbreitet und begütert. Nach einer von Joachim Meier in Göttingen 1813 herausgegebenen Chronik soll die Familie eine Abzweigung des alten Dynastengeschlechtes sein, welches unter dem Namen der Ritter von Schwanringen mit Bonifacius nach Sachsen kam und 779 unweit der jetzigen Stadt Göttingen eine Burg Pleße (Plätzchen) gründete. Das Geschlecht, welches seitdem den Namen von Pleße annahm, lange blühte und 1681 ausstarb, soll sich schon im elften Jahrhundert über das Gebiet des jetzigen Mecklenburg, Holstein und Dänemark ausgebreitet haben. Auch heißt es, daß französische Adelsgeschlechter, wie du Plessis-Praslin, du Plessis-Liencourt und andere, sowie die baltischen Familien von Pahlen und von Tiesenhausen Abzweigungen der Familie von Pleße wären. Doch mag im ersten Fall die Aehnlichkeit des Namens, im zweiten die des Wappens (ein schwarzer, schreitender Stier) zu dieser Annahme

geführt haben, welche urkundlich nicht zu begründen ist. Urkundlich nachweisbar ist dagegen das Auftreten der noch jetzt in Mecklenburg ansässigen Familie von Plessen bereits im Jahre 1052. Ein Helmond von Plessen erhielt von Heinrich dem Löwen wegen seiner Theilnahme am Kampf gegen die Wenden verschiedene Gewese und starb im Jahre 1186 als Herr der kleinen Stadt Brüel und mehrerer umliegender Güter. Auf einem derselben, Hohen-Viecheln, liegt er begraben in der dortigen Kirche. Dieser Helmond von Plessen ist der Ahnherr der zum mecklenburgischen, eingeborenen Adel gehörigen Familie. Von Mecklenburg aus wanderten Angehörige derselben in Dänemark, Schweden, Holstein und Pommern ein, wo sie seßhaft wurden. Andere waren auch in Preußen, Württemberg und den Rheinlanden begütert. In Dänemark gelangte die Familie zu besonderem Ansehen. Zu Ende des siebzehnten und bis in die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts nahmen ihre Mitglieder dort die höchsten Staatsämter ein. Ein Plessen starb 1704 als Generallieutenant, ein anderer 1723 als Minister; einer trat 1735 als Premierminister ab, ein vierter war Oberkammerherr und Wirklicher Geheimer Rath. In ihrem Stammlande Mecklenburg waren die Plessen zwar angesehen und begütert, zu so hohen Würden aber bisher nicht gelangt.

Leopold Engelke Hartwig von Plessen war der erste von der mecklenburgischen Sippe, der seinen Namen weit über die Grenzen seines Geburtslandes hinaus zu Ehren brachte und selbst die höchste Stellung einnahm, welche der vaterländische Staatsdienst gewährte. Er ward geboren am 21. Januar 1769 zu Raden unweit Güstrow, einem der Güter seines Vaters, Hauptmanns von Plessen, welcher mit einer von Plessen vermählt war. Fünf Söhne und drei Töchter entstammten dieser Ehe. Leopold war das drittälteste Kind. Wie andere Knaben seines Standes erhielt er die damals übliche Hofmeistererziehung, doch wurde sein erster Bildungsgang so glücklich geleitet, daß er schon im Alter von sechszehn Jahren unmittelbar aus dem Vaterhause zum akademischen Studium übergehen konnte. Er studirte zwei Jahre in Rostock und ebensolange in Göttingen, wo er bei Martens europäisches Staats- und Völkerrecht, bei Pütter deutsches Staatsrecht und Reichsgeschichte, bei Schlözer Statistik und Politik hörte. Bekundete sich in der Wahl der Lehrer und Collegien schon eine Neigung für die

Staatswissenschaften, so bezeugten andererseits die Atteste gerade jener berühmten Docenten das Vorhandensein eines regen Eifers und einer unverkennbaren Begabung für diese Fächer. Zu Beginn des Jahres 1790 erhielt Plessen eine Anstellung als Referendar bei der Königlichen kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer in Berlin, gab sie aber im Herbst desselben Jahres wieder auf, theils weil die Beschaffenheit dieses Wirkungskreises ihm nicht zusagte, theils weil seine ausgesprochene Neigung für eine diplomatische Laufbahn ihn antrieb, noch andere freiere Bildungswege aufzusuchen. In dieser Absicht begab er sich zunächst auf Reisen und dann nach Regensburg, welches in damaliger Zeit als der geeignete Ort für staatsmännische Vorstudien angesehen wurde. Das Jahr 1793 führte ihn von dort in den Dienst seines Heimathlandes, indem er unterm 11. März von dem Herzog Friedrich Franz als Auditor bei der Kammer mit dem Charakter eines Drosten angestellt ward. In demselben Jahre starb sein Vater. Bei der Erbtheilung fiel ihm das Gut Vogelsang zu, welches er verpachtete und auch ferner in Pacht ließ, bis er es kurz vor seinem Tode verkaufte. Gleich darauf trat er eine mehrmonatliche Reise nach England und Frankreich an. Ein ausführliches Tagebuch, das uns vorliegt, bezeugt das lebhafte Interesse des neunundzwanzigjährigen Touristen für die staatlichen Einrichtungen und politischen Verhältnisse dieser beiden Länder. Gute Empfehlungen, vollständige Beherrschung der Landessprache und gewandtes Benehmen verschafften ihm rasch Eingang in die ersten Cirkel Londons. Der preußische Gesandte, in dessen Haus er viel verkehrte, nahm sich seiner besonders wohlwollend an und brachte ihn mit den hervorragenden britischen Staatsmännern und Parlamentariern in persönliche Berührung. Stunden lang lauschte er auf dem heißen, engen Tribünenplatz, den er sich mühsam erstritt, den Verhandlungen des Unterhauses, und die kritischen Bemerkungen des Tagebuches über die Eigenart des englischen Constitutionalismus zeugen von ungewöhnlicher Reife und Einsicht. Der Aufenthalt in London hatte noch den Vortheil, ihn von einer Anglomanie, die unter den jungen Leuten seines Standes sehr verbreitet war, gründlich zu heilen und ihm auch den Blick für die Schwächen des constitutionellen Systems zu schärfen, welches auf die politisch begabteren Köpfe der deutschen Jugend eine gewisse Anziehungskraft schon damals auszuüben begann. Der Besuch der französischen Hauptstadt

war verhältnißmäßig kurz und mehr dem Studium der Sammlungen, als dem des politischen Lebens gewidmet.

Nach der Heimath zurückgekehrt, hielt sich Plessen, der inzwischen zum Kammerherrn ernannt war, während der nächsten Jahre (1798—1802) meistentheils am Herzoglichen Hoflager in Ludwigslust auf. In dieser Zeit gewann er das besondere Wohlwollen des regierenden Herzogs Friedrich Franz. Der Herzog war 1756 geboren, hatte 1785 als neunundzwanzigjähriger Prinz seinem kinderlosen Oheim, dem Herzog Friedrich succedirt und führte in seinem Lande ein mildes und patriarchalisches, dabei aber höchst persönliches Regiment. Er war ein Mann von hellem, klaren Verstand, heiterem, lebenslustigen Temperament, arbeitsam und in den Landesangelegenheiten erfahren. Er hatte ein scharfes Auge für die Zeichen der Zeit, hing pietätvoll an den alten Traditionen seines Hauses und an den eigenthümlichen Einrichtungen des Landes, wußte dies aber mit dem Verständniß für die veränderten Bedürfnisse und die Strömungen des Volkslebens so zu vereinigen, daß er als einer der vorurtheilsfreiesten Regenten seines Zeitalters angesehen werden kann. Die Gleichartigkeit dieser Anschauungen, namentlich ein starker deutsch-nationaler Zug, der an den kleineren Höfen selten war, mochte es vor Allem sein, was Fürst und Diener verband, daneben aber auch die geistige Anregung, die der Verkehr mit dem kenntnißreichen und unterhaltenden Plessen seinem um dreizehn Jahre älteren Herrn gewährte. Plessen hatte ohne Zweifel eine sittlich ernstere, tiefere Geistesrichtung als der Herzog, der nach gethaner Arbeit auch für die heiteren Freuden eines sorglosen Lebensgenusses sehr zugänglich war. Allein, der jüngere Mann verstand es, ohne seinem Herrn auf dies Gebiet zu folgen, die Beziehungen auf einem guten Fuß zu erhalten und ohne zu moralisiren, sogar einen vortheilhaften Einfluß auf ihn zu gewinnen. Der Herzog, obwohl Andern gegenüber leicht argwöhnisch, bewies ihm ein seltenes Vertrauen, forderte seinen Rath selbst in den intimsten Familienangelegenheiten, und die Zuneigung, die er ihm schenkte, entwickelte sich mit der Zeit zu einer wahren Freundschaft, welche alle Wechselfälle eines ereignißreichen und bewegten Lebens überdauern und erst mit dem Tode des Fürsten enden sollte.

Es liegen etwa hundertundfünfzig Briefe des Herzogs vor, welche die Herzlichkeit dieses Verhältnisses bekunden. Doch sind sie eben wegen

ihres vertraulichen Inhalts und der Bezugnahme auf viele Personalien, die heute von keinem Interesse sind, zur Publication größtentheils nicht geeignet. Wir werden nur gelegentlich einige Auszüge bringen. Ebenso freundschaftlich wie zum Herzog waren auch die Beziehungen Plessen's zu dessen ältestem Sohne, dem Erbprinzen Friedrich Ludwig. Dieser war dem Vater sehr unähnlich. Er besaß zwar dessen klaren Verstand und rasche Fassungsgabe, nicht aber dessen heitere Gemüthsart und elastisches Temperament. Die Sturm- und Drangperiode in Politik und Literatur hatte auch seinem Wesen den Stempel aufgedrückt. Er war im Grunde ein Idealist, rasch begeistert, leicht entmuthigt, etwas zur Schwermuth geneigt, mit einem Hang zur Schwärmerei. Dabei von liebenswürdigen Formen und großer Gewandtheit im mündlichen wie schriftlichen Ausdruck. Bei einigen diplomatischen Missionen, die ihm sein Vater später übertrug, bewies er ein ungewöhnliches Unterhaltungstalent. Der Erbprinz lebte seit seiner Vermählung mit Helene Paulowna, einer Tochter Kaiser Paul's von Rußland, am Hofe seines Vaters. Die Verschiedenheit zwischen dem praktisch gesinnten Friedrich Franz und dem zur Schwärmerei neigenden Erbprinzen gab oft zu Verstimmungen Anlaß, und Plessen mußte dann vermitteln. Er war bestrebt, dem Thronerben mehr Beschäftigung und Antheil an den Regierungsgeschäften zuzuwenden, aber der Herzog wurde mit zunehmendem Alter in diesem Punkt immer eifersüchtiger und weniger zugänglich.

Das Jahr 1802 brachte Plessen die Erfüllung eines Herzenswunsches. Helene Paulowna hatte, nach dem in der Zarenfamilie herrschenden Brauch, eine russische Hofdame in die neue mecklenburgische Heimath mit hinübergeführt. Baronesse Sophie von Campenhausen war die Tochter des 1800 verstorbenen Kaiserl. russischen Senateurs und Geheimen Raths. Baron Campenhausen, der dem Adel Livlands angehörte, und dort ansehnlich begütert war, hatte lange Jahre hindurch diese Provinz als Gouverneur verwaltet, zugleich auch das Ehrenamt eines livländischen Landraths bekleidet. Unter Kaiser Paul war er in Ungnade gefallen, aller Aemter entsetzt und auf seine Güter verbannt worden. Doch währte dies nicht lange, dank dem Einfluß der Kaiserin, welche ihm sehr wohl wollte, seine Begnadigung durchsetzte und ihm die Leitung der unter ihrem Protektorat stehenden Wohlthätigkeitsanstalten übertrug. In dieser Eigenschaft hatte er in seinen letzten Lebensjahren

am Hof und in der Petersburger Gesellschaft eine sehr angesehene Stellung eingenommen. Seine Gemahlin war eine geborene Woldeck von Arneburg, deren Eltern auf dem Rittergut Arnim bei Barby lebten. Sie hatte ihrem Gemahl vier Söhne und drei Töchter geschenkt und war jung gestorben. Baron Campenhausen war ein Mann von hoher Bildung und energischem Wesen. Er war in einer Anstalt der Herrenhuter Brüdergemeinde erzogen und blieb mit der letzteren während seines ganzen langen Lebens in enger Verbindung, so wenig auch der Quietismus dieser Secte mit seinen weltmännischen Gewohnheiten vereinbar schien.

In den Anschauungen strenger Gottesfurcht und pietätvollen Gehorsams gegen die Eltern war auch Sophie Campenhausen aufgewachsen. Sie war am 14. October 1779 geboren, hatte eine durchaus deutsche Erziehung genossen und den Petersburger Hofkreis nur flüchtig kennen gelernt, ehe sie der jungen Herrin nach dem stillen Ludwigslust folgte. Helene Paulowna hatte eine große Zuneigung zu ihr und bevorzugte sie sichtlich vor den anderen Personen ihres Gefolges. Die junge Hofdame war sehr hübsch, weltgewandt und doch bescheiden, von großer Liebenswürdigkeit gegen Alle, die ihr nahten und von einem feinen Tact, der ihr an dem fremden Hofe gleich von Anfang an eine ganz besondere Stellung verschaffte. Sie gewann viele Herzen, darunter auch gleich das unseres Plessen. Indessen vergingen doch zwei Jahre, ehe dieser die ihm eigene Zurückhaltung so weit überwand, um mit seiner Werbung bestimmt hervorzutreten. Aber gerade das ernste gehaltene Wesen des dreißigjährigen Mannes und die ihm von allen Seiten bezeugte Achtung hatten auf Sophie Campenhausen gleich anfangs einen günstigen Eindruck gemacht, der sich allmälig zu einem wärmeren Gefühl steigerte. So war es denn ein reiner Herzensbund, der in der Verlobung vom 25. December 1801 beschlossen wurde und am 24. Mai 1802 die kirchliche Weihe erhielt.

Die Ehe war eine sehr glückliche. Plessen erkannte bald, daß er keine bessere Wahl hätte treffen können. Seine Frau besaß neben den Eigenschaften eines echt weiblichen Gemüths auch hervorragende Verstandesgaben, die sich im Laufe der Zeit und unter der Einwirkung eines wechselvollen Lebens immer reicher entfalteten. Dabei standen bei ihr Kopf und Herz in einem sehr wohlthuenden Gleichgewicht. Die zahlreichen

von ihr hinterlassenen Aufzeichnungen, Briefe und Journale bekunden eine scharfe Beobachtungsgabe, ungewöhnliche Menschenkenntniß und dabei eine auf echter Religiosität fußende Menschenliebe und Gemüthstiefe, welche die Schärfe des kritischen Urtheils mildert. Es scheint, daß sie die Gabe besaß, überall, wohin ihr Weg sie führte, die Zuneigung der Menschen zu gewinnen, nicht nur die der Männer, sondern, was mehr sagen will, auch die der Frauen. So wurde sie, ohne es zu wollen, zum Mittelpunkt des Kreises, in dem sie lebte. Es ist einleuchtend, daß diese Eigenschaften nicht nur ihren Mann beglücken, sondern auch seine äußere Stellung wesentlich unterstützen mußten. Plessen's Gattin hat in seinem Leben eine bedeutsame Rolle gespielt, und wir werden ihr auf diesen Blättern daher noch oft begegnen.

Das junge Paar etablirte sich zunächst in Ludwigslust. Allein das Leben am Hofe, so angenehm es sich in Folge der persönlichen Beziehungen zur fürstlichen Familie auch gestalten mochte, konnte einen Mann von der Vielseitigkeit und Arbeitslust Plessen's auf die Dauer nicht befriedigen. Der Herzog kam daher seinem Wunsch entgegen, als er ihn noch in demselben Jahre seiner Vermählung zum Comitialgesandten bei der Reichsversammlung zu Regensburg ernannte. Dieser Posten war in letzter Zeit unbesetzt geblieben. Er gab seinem jetzigen Inhaber während der nächsten vier Jahre Gelegenheit, die deutschen Verhältnisse gründlich zu studiren, die Politik der maßgebenden Cabinette näher kennen zu lernen und sich im diplomatischen Verkehr zu üben. Die Wirksamkeit eines kleinstaatlichen Gesandten am Reichstage war natürlich beschränkt. Plessen ergänzte sie durch publizistische Thätigkeit und gab vier größere Denkschriften heraus, von denen zwei die Ansprüche der beiden mecklenburgischen Häuser auf eine Entschädigung für den Wegfall zweier Domherrenstellen des Hochstiftes Straßburg vertraten. Diese Stellen waren im westfälischen Frieden den Herzogen als magerer Entgelt für die Abtretung Wismars überwiesen, durch die rechtswidrigen Entscheidungen der Reunionskammern aber verloren gegangen. Die Angelegenheit hatte den Reichstag lange beschäftigt, blieb aber unerledigt. In zwei anderen Schriften „Ueber die reelle Grundlage eines nothwendigen Papiergeldes" und „Ueber das natürliche Verhältniß und die Beschränkung des Handels" erwies sich Plessen als kenntnißreicher und urtheilsfähiger Nationalökonom. Die Publicationen fanden in weiten

Kreisen Beachtung und Anerkennung. Eine praktische Verwerthung der darin aufgestellten Grundsätze behandelte endlich ein, die mecklenburgischen Finanzen betreffender Aufsatz. Der Herzog, welcher einen klaren Blick für zweckmäßige Neuerungen hatte, beschloß, diesen Vorschlägen Folge zu geben.

„Ihre Auseinandersetzung", schrieb er am 26. April 1805, „hat mir großes Vergnügen gemacht. Ich wünsche, daß Alles, wie Sie mir es schreiben, sich realisiren möge. Denn es ist schade, daß ein so wohlhabendes Land wie das meinige im Finstern gehet und sein eigenes Interesse nicht kennt. Ich hoffe, bei Ihrem Urlaub mit Ihnen weiter über das Creditwesen zu sprechen. Einstweilen bin ich schon in Regulirung aller Etats begriffen und habe meinen Sohn à la tête von dem ganzen Geschäfte gesetzt, um mir manche Unannehmlichkeiten zu ersparen. Denn bei diesen Zeitläuften, wo man in allen Stücken sich einschränken muß, habe ich für rathsam gehalten, bei mir den Anfang zu machen."

Dies mochte dem lebensfrohen Herrn nicht leicht werden; denn er liebte eine gute Tafel, das Waidwerk und war auch dem Hazardspiel sehr ergeben. Um ihn war stets ein heiterer Kreis von Lebemännern vereinigt und namentlich während des alljährlichen Aufenthalts in dem von ihm begründeten Seebad Doberan der grüne Tisch stark besetzt. Dies hielt ihn aber nicht ab, den Regierungsgeschäften mit Eifer und Gewissenhaftigkeit obzuliegen. Er war ein tüchtiger Regent, pflichttreu, arbeitsam und milde. Der Erbprinz Friedrich Ludwig lebte mit seiner Familie am Hofe des Vaters, ebenso der jüngste Sohn Prinz Adolph. Von den beiden andern Söhnen war Prinz Carl in russische, Prinz Gustav in preußische Dienste getreten.

Der Aufenthalt in Regensburg bot dem jungen Ehepaar eine Fülle von Anregungen und Vergnügungen. Die alte Reichsstadt war damals noch der Mittelpunkt der deutschen Diplomatie.*) Frau von Plessen, die ganz für die große Welt geschaffen war, fühlte sich in diesem Kreise wohl und gewann bald eine bevorzugte Stellung. Sie und ihr Mann verkehrten viel mit den Familien Colloredo, Reeden, Rechberg, Lerchenfeld, in den Salons des preußischen Reichstagsgesandten Görtz, des österreichischen Grafen Stadion, des französischen

*) Außerdem tagte dort im Winter 1802—3 die Reichsdeputation. Die Anwesenheit vieler Fürsten und Standesherren, welche ihre Angelegenheiten, Wünsche, Beschwerden und Proteste persönlich vertraten, vermehrte den Glanz der Geselligkeit.

Laforêt u. A. Der Kurfürst und Erzkanzler Dalberg hielt einen glänzenden Hof und gab eine Reihe von größeren Festen. Bei der Fürstin Taxis war allabendlich Empfang. Sie war eine Tochter des Herzogs Carl von Mecklenburg-Strelitz und gegen ihre mecklenburgischen Landsleute besonders liebenswürdig, was deren Stellung in dem vornehmen hocharistokratischen Kreise natürlich zu statten kam.

Daneben genoß das junge Paar auch die stillen Freuden einer behaglichen Häuslichkeit. Das Glück der Ehe wurde erhöht durch die Geburt zweier Kinder (Luise am 17. November 1804 und Fritz am 23. Juni 1806). Ein zweiter Sohn Hermann wurde 1811 in Ludwigslust geboren.

Eine schmerzliche Trübung erfuhr der Regensburger Aufenthalt durch die Nachricht von dem Ableben der jungen Erbprinzessin Helene Paulowna. Hatte dieser Tod in der Blüthe der Jahre schon an sich etwas Tragisches, so mußte Sophie von Plessen um so tiefer von dem Heimgang ihrer einstigen Herrin ergriffen werden, als eine enge Freundschaft die beiden Frauen verband. Als Plessen Ludwigslust verließ, war die Erbprinzessin schon leidend; doch hatte ihr Zustand damals noch keinen bedenklichen Charakter. Später lauteten die Berichte aus der Heimath ungünstiger. Ganz unerwartet kam daher die Kunde von dem Ableben nicht, welche Plessen vom Herzog selbst erhielt.

„Ludwigslust, den 27. September 1803.

Lieber Plessen!

Mit den schmerzlichsten und traurigsten Empfindungen der tiefsten Wehmuth muß ich Ihnen leider den schon längst vorausgesehenen Tod meiner innigst geliebten Schwiegertochter, Kaiserliche Hoheit, anzeigen Die Gute, die Beste, diese liebe Frau, mein einzigstes Glück und Freude starb am vorigen Sonnabend um ½10 Uhr Abends, nachdem sie sehr viel gelitten. Beweinen Sie mit mir diesen unersetzlichen Verlust, und suchen Sie es Ihrer guten Frau, der ich mich bestens empfehle, aufs Behutsamste anzubringen.

Alle Hoffnung war in letzter Zeit geschwunden. Jetzt, wo das Laub abfällt, ist auch diese von mir so innig Geliebte verwelkt und wie eine schöne Blüthe abgefallen. Unser Aller Zustand ist höchst traurig und bemitleidenswerth. Ich schicke Ihnen diesen Brief nebst Einlage per Estafette, damit Ihre Frau und Sie es nicht zuerst aus den Zeitungen erfahren und erschrecken mögen. Am 11. October ist die Beerdigung und so lange wird die Leiche unten im Schloß im Kirchen-Saal stehen. Leben Sie wohl, Gott bewahre Sie vor dergleichen Fällen, und denken Sie zuweilen an Ihren tiefgebeugten Herrn und Freund. Ich bin zeitlebens Ihr getreuer

Friedrich Franz."

Sophie Plessen beweinte die so früh entschlafene Herrin mit heißen Thränen. Allein diese Schatten verzogen sich. Die Gegenwart forderte ihre Rechte, und sie war sonnig. Sie sowohl wie ihr Mann äußerten in späterer Zeit oftmals, daß die Regensburger Jahre die schönsten ihres Lebens gewesen. Es lag das wohl in ihrer beider Lebenslust und Jugendfrische. Einige Beunruhigung verursachten nur die Schwierigkeiten in der Verwaltung des Vermögens, welches Frau von Plessen aus dem Nachlaß ihres Vaters zugefallen war. Dasselbe bestand fast ausschließlich in Hypotheken, welche theils auf einzelnen Gütern des sehr umfangreichen Campenhausen'schen Grundbesitzes in Livland eingetragen waren, theils auf den Besitzungen anderer livländischer Adligen ruhten. Soweit die Brüder der Frau von Plessen, denen die Güter aus dem Nachlaß des Vaters zugefallen waren, die Zinsen dieser Hypotheken zu zahlen hatten, gingen dieselben richtig ein. Weniger gewissenhaft aber zeigten sich die anderen Schuldner. Einige derselben mochten in schlechte Verhältnisse gerathen sein. Andere zogen Nutzen aus der weiten Entfernung von der Gläubigerin und den Schwierigkeiten, die sich einer gerichtlichen Geltendmachung ihrer Ansprüche bei dem unsicheren russischen Justizverfahren in den Weg stellten. Während einer langen Reihe von Jahren blieben die Zinsen und die Amortisationsquoten vollständig aus, was dem jungen Regensburger Hausstand zeitweilig große Verlegenheiten bereitete. Plessen suchte vergeblich Ordnung in diese Verhältnisse zu bringen oder einen Theil der Capitalien flüssig zu machen, um die in Mecklenburg sich gerade damals darbietende Gelegenheit vortheilhafter Güterkäufe benutzen zu können. Erst als sein Schwager, der Etatsrath Hermann von Campenhausen, sich seiner Interessen mit dankenswerther Energie annahm, gelang es, diese unerquicklichen Verhältnisse soweit zu entwirren, daß, wenigstens in der letzten Hälfte seiner Ehe, die seiner Frau zukommenden Einkünfte — wenngleich nicht ohne erhebliche Capitalverluste — gesichert wurden. Damals — in den ersten Jahren des Regensburger Aufenthalts — drückte Plessen diese Sorge nicht schwer. Seine Besoldung war nicht eben hoch — sie betrug 1200 Thlr. — allein sein Gut Vogelsang warf eine gute Rente ab. Erst später, als während der französischen Invasion diese vollständig für Contributionen und Erpressungen aufging, trat auch für Plessen eine peinliche Geld-

knappheit ein, die nur durch die großmüthige unerbetene Hülfe seines livländischen Freundes, Baron Budberg, Neffen des nachmaligen russischen Ministers des Auswärtigen, überwunden wurde. Dieser Baron Budberg lebte mit seiner Frau, einer jüngeren Schwester Frau von Plessen's, größtentheils im Auslande und meistens in Deutschland, kam oft nach Regensburg, wo er die Freundschaft mit Plessen anknüpfte, und war einer jener reisenden Cavaliere, welche ohne Beruf und auch eigentlich ohne Beschäftigung an allen Höfen Verbindungen hatten, mit den Berühmtheiten der Zeit und den einflußreichen Staatsmännern in nahem Verkehr standen und gelegentlich als Amateurs geheime diplomatische Dienste verrichteten. Mit ihm und seinem Schwager, dem oben erwähnten Baron Hermann Campenhausen, führte Plessen eine lebhafte Correspondenz, welche für die vorliegende Darstellung manche werthvolle Anhaltspunkte geboten hat.

Ein besonderer Auftrag brachte Plessen im Frühjahr 1803 vorübergehend nach Wien. Es handelte sich um Ertheilung der Kurwürde für das Schweriner Haus. Der Kaiserliche Hof hatte seine Verwendung in dieser Sache zugesagt; auch Rußland und Frankreich waren bereit, den Antrag zu unterstützen. Plessen fand in Wien eine sehr freundliche Aufnahme und Wiederholung von Zusicherungen, deren Erfüllung freilich der Zusammenbruch des Reichs vereitelte. Plessen war ein deutscher Patriot. Die der Katastrophe vorangehende Phase erfüllte ihn mit Trauer über die Zerrüttung und Entwürdigung Deutschlands. Dennoch theilte auch er den uns fast unbegreiflich erscheinenden Gleichmuth seiner Zeitgenossen, welche die Zertrümmerung so vieler Throne und Staaten wie eine Art unabwendbaren Verhängnisses betrachteten. Man hatte sich in den letzten Jahren an die Unbeständigkeit aller staatlichen Einrichtungen gewöhnt. Nach der Ländertheilung, die der Frieden von Lüneville veranlaßte, nach den Depossedirungen und Beraubungen, die Napoleon vornahm, nach den unerhörten Siegen, den plötzlichen Friedensbrüchen kam nichts mehr unerwartet. Dennoch gaben einzelne Staatsmänner — und zu ihnen gehörte Plessen — die Hoffnung nicht auf, Preußen werde sich endlich aufraffen, die nördlichen Reichsländer mit sich fortreißen und der langsam nach Osten vordringenden Willkürherrschaft des Imperators einen Damm entgegensetzen. In diesen Köpfen tauchte bereits der Plan eines Nordbundes mit preußischer Spitze auf

als Gegengewicht gegen die von Napoleon creirten süddeutschen Monarchien. Allein der Friede von Preßburg und noch mehr die schwankende Haltung Friedrich Wilhelm's III. boten der Hoffnung auf militärischen Widerstand wenig Nahrung. Die Akte der Willkür Napoleon's mehrten sich. Unter nichtigen Vorwänden ließ er seine Truppen in Süddeutschland stehen, und in Regensburg empfand man dies durch eine immer steigende Theuerung der Lebensmittel. Auch der Reichstag sollte bald die Hand des Gewaltigen spüren. Auf seinen Befehl mußte der allzu nachgiebige Dalberg am 27. Mai 1806 der Versammlung erklären, daß er den Cardinal Fesch (bekanntlich ein Stiefoheim des Imperators) zum Coadjutor und Nachfolger erwählt habe. Dieser erhielt damit die Anwartschaft auf die deutschen Besitzungen, welche mit der Erzkanzlerwürde verbunden waren. In Regensburg herrschte darüber ziemliche Aufregung. Im Vertrauen bemerkte Dalberg zu einigen Gesandten, er habe sich fügen müssen, weil er nur dadurch seine Stellung und seine Besitzungen sich habe erhalten können, — eine Begründung, die sein Ansehen freilich nicht erhöhte. Es war dies schon ein Eingriff in das deutsche Reichsrecht; aber der stärkste Schlag gegen dasselbe sollte noch folgen. Am 28. Juli 1806 schrieb Plessen an Budberg:

„Der Reichstag und unsere ganze seitherige deutsche Reichsverfassung sind aufgelöst oder vielmehr gesprengt, und zwar durch einen einzigen Schlag von Paris aus. Schon seit mehreren Wochen, besonders seit den letzten vierzehn Tagen, wußten wir hier, daß an einem definitiven Plan dieser Art gearbeitet werde. Mit einem Male überbrachte dann in der Nacht auf den 25. Juli ein Courier aus Paris dem Kurerxkanzler eine ganz fertige Acte für die Umgestaltung Deutschlands, welche er ratificiren oder seine Stelle und Lande sogleich aufgeben sollte. Hier haben Sie in wenigen Worten den wesentlichen Inhalt jener famösen Acte: es wird eine neue Conföderation von souveränen deutschen Staaten unter dem Schutze und mit der Allianz des französischen Kaisers gebildet, hierin sind in zwei Collegien sechs größere und sechs kleinere deutsche Stände aufgenommen ꝛc. (Es folgt eine kurze Schilderung der Rheinbundsacte.) . . . Alle kleineren Fürsten, Grafen und die Reichsritterschaft werden mediatisirt, d. h. sie werden in landsässige Eigenthumsbesitzer verwandelt und unter die Hoheitsbezirke der neuen Souveräne gestellt. Hiervon sind nur aus besonderer Gnade oder eigentlich aus bloßer Willkür und Gunstbezeugung folgende kleineren ausgenommen: Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg, Aremberg, Hohenzollern-Sigmaringen, Isenburg, Liechtenstein und der Graf von der Leyen als Fürst. Letzterer ist Neffe des Kurerxkanzlers, und man hat diesem wider seinen Willen damit ein Compliment machen wollen. — Der neue Bundestag wird nach Frankfurt a. M. verlegt. Alle diese Verfügungen erstrecken sich bisher nur auf das südliche Deutschland,

die Kreise von Bayern, Schwaben, Franken am Rhein und den größten Theil von Westfalen. Ueber das nördliche Deutschland ist mithin noch gar nicht disponirt, davon bei den Verhandlungen in Paris auch gar nicht die Rede gewesen. Also weiß ich auch noch nicht, wie es in der Folge mit Mecklenburg werden wird. Preußen ist auf vielfache Art bei alle diesem gekränkt und zurückgesetzt: sein Gesandter Lucchesini ist in Paris gar nicht dabei zugezogen worden. Es verliert seinen ganzen Einfluß im Reiche, dadurch also einen Theil seiner Macht. Man muß nun sehen, wie es dieses Alles aufnimmt.

In Wien glaube ich, wird man ruhig geschehen lassen, was man abzuwenden doch nun einmal außer Stande ist. Französische Truppen haben neuerdings sehr ostensible Bewegungen gegen die österreichische Grenze gemacht; desgleichen sprechen ihre Militärs sehr laut und entschieden von einem Kriege gegen Preußen. Ich denke mir aber, dies Alles geschieht nur aus Demonstration, um die neue Conföderation, durch welche Frankreich sich offenbar wiederum sehr verstärkt, gegen jeden Widerstand von diesen beiden Seiten her zu schützen und durchzusetzen.

Der Kurerzkanzler hat die herrische Acte anfangs durchaus nicht ratificiren wollen, indem er mit Recht äußerte, sie sei gegen seine Pflicht, Ehre und Gewissen. Allein Sie wissen, was Ueberredung vermag. Albini, dessen ganze Existenz davon abhing, brachte durch wiederholte Vorstellungen, daß durch seine Abdankung doch nichts mehr gebessert werde, es endlich dahin, daß er nach einem dreitägigen harten Kampfe ratificirte."

In seinem nächsten Schreiben vom 4. August bat Plessen den Freund, seinen Onkel, den russischen Minister, von der traurigen Lage in Kenntniß zu setzen, in der sich nach den neuen Gebietsvertheilungen das fürstliche Haus Taxis befände. Die Fürstin habe sich dieserhalb schon direct an den Kaiser Alexander gewandt, den näher kennen zu lernen, sie kürzlich in Berlin Gelegenheit gehabt. Der neuernannte Minister Budberg sei ihr aber fremd, und es sei ihr daher erwünscht, wenn er von den Verhältnissen orientirt werde. Die Verluste, welche das Haus durch die neue Conföderation beträfen, wären enorm. Von einem Ersatz für die Aufhebung der Reichspost sei gar nicht die Rede gewesen. Außerdem wären nun die durch den Reichs-Deputations-Hauptschluß von 1803 zugewiesenen beträchtlichen, aber zerstreut liegenden Besitzungen in Schwaben dem Fürsten von Taxis einfach abgenommen und unter vier verschiedene neucreirte Souveräne, Bayern, Württemberg, Baden und Hohenzollern-Sigmaringen, vertheilt worden. Der Fürst sei dadurch vollkommen ruinirt, und das Unheil treffe mit ihm auch seine Beamten, Pensionisten und die zahlreiche Dienerschaft.

Plessen nahm sich der bedrängten Lage der mecklenburgischen Fürstentochter auch später noch an, soweit ihm dazu Gelegenheit geboten

war. Er war über das gewaltthätige Verfahren um so mehr entrüstet, als er den Grund dazu, — und wohl nicht mit Unrecht, — auf den Umstand zurückführte, daß die Fürstin Taxis eine Schwester der Königin Luise von Preußen war. In jenem Schreiben hieß es dann weiter:

„Hier schickt sich Alles schon zur Abreise nach Frankfurt an. Der Kurerzkanzler arbeitet anjetzt sehr eifrig an dem Organisationsplan für die neue Föderation. Dennoch muß ich Ihnen sagen, daß er seinen Zustand tief fühlt, er sieht auch elend aus, und nur seine entours, besonders A. haben ihn wohl durch Vorstellungen dahin gebracht.

Nach der Aufhebung des Reichstags erleidet auch meine bisherige Bestimmung eine veränderte Richtung. Jetzt ist Alles noch zu unklar, und ich weiß nicht, welche Absichten mein Hof mit mir haben mag. Etliche Monate bleibe ich jedenfalls hier. Die Angelegenheiten des süddeutschen Bundes mögen freilich für die Norddeutschen immer noch Interesse behalten; mir würde aber ein Verhältniß zu diesem Bunde persönlich nicht mehr zusagen. Bei uns im Innern sind wenig Stellen, die ich annehmen kann und die gerade vacant sind. Ich werde das fürs Erste nun ruhig abwarten.“

Der Gleichmuth, den diese Zeilen verkünden, hatte zwar noch manche harte Probe zu bestehen; doch verließ er Plessen auch dann nicht, als die Katastrophe von Jena mit der Zertrümmerung seiner politischen Hoffnungen zugleich auch seine persönlichen Aussichten und financiellen Verhältnisse erschütterte. Ein Zug der Niedergeschlagenheit über die politische Zerstückelung Deutschlands und die seinem engern Vaterland drohenden Gefahren ist freilich in den Briefen aus jener Zeit nicht zu verkennen. In solcher Stimmung schrieb er am 30. October an Budberg:

„Ein langer Zeitraum ist verstrichen, seit wir uns zuletzt geschrieben, und welch' eine Menge unerwarteter Ereignisse, welch' ein Wechsel der Verhältnisse füllt ihn aus. Ich wüßte nicht, wo anfangen und wo aufhören, um auch nur das Wesentlichste zu berühren. Die Begebenheiten der heutigen Politik greifen tief in das Schicksal der Individuen ein, und Sie lieber Freund, werden Sich dabei gedacht haben, daß die Zerstörung der deutschen Reichsverfassung uns und alle Diejenigen am härtesten trifft, die gerade am Reichstage eine sichere und bleibende Existenz erwarten durften.

Alles, was Sie erst neuerlich in Deutschland von Verfassung und staatlicher Ordnung gesehen, würden Sie, nach einer so kurzen Zwischenzeit kaum zum Wiedererkennen verändert finden. Zwar sind die neuen Dinge erst roh gestaltet, allein das Alte ist nun doch in Trümmern und, wozu man auch die Schutthaufen jemals gebrauchen mag, die gegenwärtigen Bewohner derselben suchen noch jene Zuflucht vergeblich, die ihnen Sicherheit, Ruhe und einigen Wohlstand wieder gewähren könnte. Unsere Versammlung hier hat die ersten

Stöße der Zertrümmerung erfahren. Schon sind viele Mitglieder aus unserem Cirkel versetzt. Die meisten haben noch ihren Aufenthalt hier behalten, ohne ihre fernere Bestimmung zu kennen. Einige sind mit einem Theil ihres Gehalts pensionirt. Dahin gehören die beiden Dänen von Dieden und von Eyben. Bildt ist abgereist, da der König von Schweden keinen Gesandten beim Fürsten Primas behalten will. Den alten Grafen Görtz können Sie mit mir aufrichtig bedauern. Die außerordentlichen und unerwarteten Unglücksfälle der Preußen haben den armen alten Mann so niedergebeugt, daß er es schwerlich lange überleben möchte. Sie wissen, in welchem heftigen Sinn er ein echter Preuße ist. Rechberg ist viel in München. Er ist zum Gesandten in Wien bestimmt und hat hier mit dem päpstlichen Nuntius Genga über ein Concordat für Bayern zu tractiren gehabt. Hügel (der Württemberger) war lange in Wien, ohne die gewünschte Anstellung erlangt zu haben. Er zielte dahin, unter Stadion Director der Staatskanzlei zu werden. Jetzt wird er Statthalter von Seiten des Hoch- und Deutschmeisters über das kleine Fürstenthum Mergentheim. Ende ist nach Gotha zurückgereist, Globig Conferenz-Minister in Dresden geworden, Reeden (der Hannoveraner) vorbehaltlich einer Wiederplacirung nach Wiedererlangung Hannovers mit vollem Gehalt pensionirt. Güntherode ist auf halben Sold gesetzt, wie es in Hessen wohl gebräuchlich. Türkheim wird hier bleiben." (Es folgen noch eine Menge Personalnachrichten von untergeordneter Bedeutung.) . . . . . „Von dem Primas möchte ich ein Mehreres nicht sagen, weil uns das zu weit führen würde. Seine letzte Handlungsweise hat alle großen Höfe nur noch mehr gegen ihn aufgebracht, und selbst von den Conföderirten sind die ersten übel mit ihm zufrieden, weil er zu weit ginge. Der Primas glaubt noch immer auf einen endlichen guten Zweck hinarbeiten zu können. Sie wissen, wie er die Sachen ansieht, und so kann es ihm wohl geschehen, daß er das Mittel für den Zweck hält. Albini ist zwar noch Gouverneur von hier, hat aber das auswärtige Portefeuille in seiner ganzen Wichtigkeit an den neveu des Primas, den bisherigen baden'schen Gesandten in Paris, Baron Dalberg, abgegeben. Es scheint, Albini hatte Ursachen, warum er mit dem Frankfurter Bundestage nichts zu thun haben mochte. Der Fürst Taxis bleibt bis auf Weiteres hier etabliert, natürlich ganz als Privatmann. Sein Etat hat ebenfalls diesen Zuschnitt bekommen. Nicht nur die Pensionen, sondern sogar die Besoldungen haben eingezogen und vermindert werden müssen. Der Prinzessin, können Sie denken, gehen diese Veränderungen sehr nahe. Sie ist wirklich im Herzen mehr betrübt darüber, als sie es sich merken läßt. Sie empfängt jetzt nur zweimal in der Woche, nicht, wie sonst, alle Tage.

Hier, mein theurer Freund, haben Sie eine kurze Uebersicht von Ihren hiesigen Bekannten und Freunden, und weil ich mich ganz zu den Letzteren rechne, so rede ich auch ganz zuletzt noch ein paar Worte von mir selbst. Ich habe bei der Aufhebung des Reichstags vom Hofe es freigestellt erhalten, unter Beibehaltung meiner bisherigen Besoldung noch beim Fürsten Primas accreditiert zu bleiben so lange, bis sich die Gelegenheit zu anderweitiger Anstellung für mich darbieten würde, wobei mir zugleich verbindliche Aeußerungen gemacht wurden. Sie werden finden, daß dies Alles ist, was man billigermaßen erwarten konnte, und ich bin dadurch auch in den Stand gesetzt, meine hiesige

Einrichtung, wobei ich zwar immer vielen Schaden leiden werde, doch nicht eher aufzugeben, bis ich eine andere sichere und bleibende Stelle wieder habe. Indessen dürfte ich auf diesem Platz doch nicht viel länger als bis zum nächsten Frühjahr bleiben. Sie sehen aber wohl, daß durch das ungeheure Ereigniß, welches wir im Laufe dieses Monats erlebt haben, unser Aller Schicksal in Deutschland unbestimmter als jemals geworden ist."

Das war es in der That. Auch Plessen's Lebensweg nahm plötzlich eine Wendung, die er nicht vorhergesehen. Am 14. December 1806 erhielt er per Estafette einen Brief des Erbprinzen, der ihm in wenig Worten den Befehl des Herzogs überbrachte, sogleich nach Mecklenburg zu kommen, um dort eine Aufgabe von der höchsten Wichtigkeit zu übernehmen, die er zugleich als Beweis eines besonderen Vertrauens aufzufassen habe. Mehr war in dem Brief nicht gesagt, die größte Eile aber anempfohlen. Plessen rüstete sich sogleich zur Abfahrt. Schweren Herzens trennte er sich von den Seinigen, die er allein in der Fremde zurückließ, und das zu einer Zeit, wo alle öffentliche Ordnung ins Wanken gekommen war, und in völliger Ungewißheit über die Dauer der Trennung. Am 16. früh verließ er Regensburg. Die Reise durch das vom Krieg verheerte, von feindlichen Truppen überschwemmte Gebiet ging nur langsam von statten.

Am 27. November war dem Herzog durch eine Note des französischen Gesandten in Hamburg mitgetheilt worden, daß der Kaiser Mecklenburg als Feindesland betrachte und in Besitz nehmen werde. Wenige Tage darauf rückten die Franzosen ein und besetzten Schwerin. Es scheint, daß der Herzog anfangs die Absicht hatte, Plessen ins Hauptquartier des Imperators zu senden, um gegen diesen Gewaltakt zu protestiren. Allein der rasche Gang der Ereignisse ließ dazu keine Zeit. Oberhofmeister von Lützow ging mit diesem Auftrag nach Warschau ab. Am 22. December erhielt der Herzog von dem französischen Generalgouverneur von Mecklenburg ein Ausweisungsdecret, dem zufolge er binnen drei Tagen sein Land zu verlassen hatte. Mit Mühe gelang es, einen Aufschub der Reise bis zum 8. Januar zu erhalten. Plessen war inzwischen eingetroffen und begleitete den Herzog nach Altona. Er gehörte zu den wenigen Personen, welche die sechsmonatliche Verbannung ihres Herrn theilten. Das herzogliche Paar und der Erbprinz mit seinen beiden Kindern bewohnten mit geringer Dienerschaft einfache Privathäuser. Die Lebensweise war sehr eingeschränkt; denn das ganze Vermögen des

herzoglichen Hauses war confiscirt. Plessen traf mit Umsicht alle nöthigen Anordnungen. Dem Herzog war der tägliche Verkehr mit dem ruhigen, besonnenen Mann, der keinen Kleinmuth kannte, von unendlichem Werth. Für Letzteren selbst hatten die Schwierigkeiten und Entbehrungen der Lage nichts Drückendes; aber schwer litt er unter der Sorge für seine Frau, die im Januar an einem Nervenfieber gefährlich erkrankte, fünf Wochen das Bett hüten mußte und erst nach drei Monaten, dank der sorgsamen Pflege eines vortrefflichen Arztes, die Krankheit völlig überwunden hatte. Die Spärlichkeit der Nachrichten, die Unregelmäßigkeit ihrer Beförderung und die Ungewißheit über das Schicksal seines Fürsten, seines Landes, wie der eigenen Zukunft hatten etwas Quälendes. Aber die harten Pflichten des Tages, die unablässige Sorge für die Erfüllung seiner Aufgabe und das Bewußtsein, unentbehrlich zu sein, hielten ihn während dieser schweren Zeit aufrecht.

Es war daher natürlich, daß Friedrich Franz, nachdem er durch Fürsprache des Kaisers Alexander im Frieden von Tilsit sein Land zurückerhalten hatte, den Leistungen dieses treuen Dieners eine öffentliche Anerkennung zu Theil werden ließ. Durch Rescript vom 9. Juli 1807 ernannte er Plessen zum Wirklichen Geheimrath und dritten Minister, wobei er ihm zugleich die Direction seines Cabinets übertrug. Das Gehalt war auf 2000 Reichsthaler N $^2/_3$ angesetzt.*) In der Bestallung hieß es, daß der Herzog durch diese Beförderung dem p. p. Plessen, welcher ihm „seither so treulich in seiner unglücklichen Lage mit Rath und dem angestrengtesten Diensteifer beigestanden habe, einen Beweis der Dankbarkeit für die ihm bewiesene Anhänglichkeit" geben wolle.

So sah sich nun Plessen der diplomatischen Thätigkeit, an der er Geschmack gefunden und für die er unbestreitbar besonders befähigt war, entrückt und in einen Wirkungskreis versetzt, der eine weniger

*) Seit 1690 bestand in Mecklenburg ein leichterer Münzfuß von 12 Rthlr. auf eine Mark fein (anstatt von 10 Rthlr., wie es die Münzconvention verlangte). Doch durften nur $^2/_3$-Thalerstücke oder Gulden geprägt werden. Daher die Bezeichnung: Neu $^2/_3$. Nach dieser Währung war 1 RthlrN. $^2/_3$ = 1 Rthl. 8 Schilling (4 Groschen) Courant. Der leichte Münzfuß ging zu Anfang des vorigen Jahrhunderts ein, kam aber nach Entwerthung des preußischen Geldes während des siebenjährigen Krieges wieder auf und blieb von da an bis zur Münzconvention von 1857 in allen amtlichen Cassenberechnungen als N $^2/_3$-Währung in Ueblichkeit. (500 Rthlr. N $^2/_3$ = 582 $^1/_3$ Rthlr. Courant = 1750 Mark.)

glänzende äußere Existenz bot und seinen Träger zugleich in eine weit abhängigere, durch mancherlei Rücksichten beengte Lage brachte.

„Der Geschäfte giebt es dabei," schrieb er am 26. November 1807 an Budberg, „sehr viele und von mancher Art. Die Stellung hat ihre guten und selbst interessanten Seiten, aber auch ihre Schwierigkeiten, die theils aus der Natur der Sache, theils aber auch aus der Eigenart der Menschen entspringen. Allein, Sie wissen, ich lasse mich so leicht nicht anfechten. Auch muß man heutigen Tages zufrieden sein, ein gutes Unterkommen zu finden, das einem noch Gelegenheit giebt, in seinem Vaterlande nützlich und wirksam werden zu können. Der hiesige Aufenthalt ist, wenn auch der Hof den größten Theil des Jahres hier zubringt, ein ziemlich stiller und gewährt bei Weitem nicht den gesellschaftlichen Umgang, an den wir in Regensburg so angenehm gewöhnt waren, und besonders trifft dies meine gute Sophie. Eine Zeitlang läßt sich solches immer freilich aushalten, aber dann sollte man wieder hinaus in die weite Welt, um den Blick zu üben durch größere, freiere Ansichten. Ich hätte, für meine Person, hierzu neuerlich eine sehr gute Veranlassung gehabt, indem es mir angetragen ward von Seiten unseres Herzogs, nach Paris zu gehen, entweder als außerordentlicher Gesandter oder auch in Begleitung unseres Erbprinzen, welcher nachher in der Mitte October sich dahin begab. Bei der ersteren Stelle hatte ich manche Bedenklichkeiten; allein ich gestehe Ihnen, das Letztere hat mich sehr tentirt, da ich über Paris wie Sie denke und der Aufenthalt des Erbprinzen dort wahrscheinlich doch von etlichen Monaten sein wird. Aber ich mußte dieses schon aufgeben, theils weil ich in meiner neuen Stelle hier mich etwas orientiren und gleichsam erst festen Fuß fassen mußte, theils würde es mir aber auch sehr nahe gegangen sein, Sophie, die nach einer Abwesenheit von neun Monaten gerade zu mir kam, sogleich wieder auf unbestimmte Zeit zu verlassen, sie, die auf unsere Wiedervereinigung schon so lange sich im Voraus gefreut. Bei dem ganzen Umzug und Demenagement von Regensburg hat Sophie sehr viele Mühe, und wir auch sehr vielen Verlust und Kosten gehabt. Sie können sich denken, mein lieber Freund, daß in dem Augenblicke, wo jeder dort nur auf den leichtesten Abzug dachte, diejenigen, welche eine so weite Reise wie wir hatten, sehr zufrieden sein mußten, sich aller Mobilien und der meisten Sachen unter der Hälfte des Preises zu entledigen. Wir haben nur die besten Sachen und die, welche nicht voluminös sind, mit hierher genommen, auch die Hälfte der Weine nicht zu vergessen. Dennoch ist der Transport kostbar genug. Ich und noch mehr Sophie haben Regensburg mit wahrem Regret verlassen. Man hat dort bis dahin, wenngleich etwas stiller, doch in concentrirter Einigkeit gelebt. Nun soll aber auch Alles verändert sein."

An Stelle Plessen's hatte der zweite Minister, Freiherr von Brandenstein, den Erbprinzen nach Paris begleitet und seine Ressortgeschäfte mußten während der achtmonatlichen Dauer dieser Mission auch von Plessen versehen werden. Die Lage der Regierung war trotz der Reintegrirung des Fürstenhauses eine mißliche, die Franzosen hielten die Seestädte besetzt. Fortwährend fanden Durchzüge statt. Die

Marschälle Soult in Hamburg und Morand in Schwedisch-Pommern requirirten ihre Armeebedürfnisse auch in Mecklenburg. Es gehörte viel Takt dazu, mit den anspruchsvollen Behörden und Generalen Napoleon's nicht in Conflict zu gerathen. Dazu kamen für Plessen noch Schwierigkeiten besonderer Art, die aus seiner Ernennung zum Cabinetsminister entsprangen.

Die Errichtung dieser Stelle war ein Novum in dem ministeriellen Organismus. Auch erregte sie in dem höhern Beamtenthum sowohl, wie bei den Ständen ein gewisses Mißtrauen. Mit dem Zerfall des Reiches war die Selbstständigkeit der Territorialfürsten zweifellos gewachsen. Der Rheinbund erklärte sie zu Souveränen, und waren auch die mit dieser Bezeichnung verbundenen Prärogative nach außen hin durch das Protectorat und die willkürliche Auslegung, die Napoleon diesem Schutzverhältniß gab, so gut wie aufgehoben, so war doch andererseits die Machtvollkommenheit der Fürsten ihren Ständen gegenüber durch keinen Recurs beim Reich mehr beschränkt. Absolutistischen Neigungen der Landesherren, wo sie auftauchten, war schwer zu begegnen. Auch die mecklenburgischen Stände befürchteten eine Zeit lang, daß ihr Herzog der Versuchung nicht widerstehen werde, den günstigen Zeitpunkt zur Erweiterung seiner Hoheitsrechte und Einschränkung ihrer Privilegien zu benutzen und erblickten in der Berufung Plessen's zu einem neuen Amt, dessen Wirkungskreis sich leicht über alle Zweige der Verwaltung ausdehnen konnte, das bedenkliche Symptom einer absolutistischen Cabinetsregierung.

Allein diese Besorgnisse begannen zu schwinden, als auf dem Convocationstage (außerordentlichem Landtage) von 1808 eine befriedigende Auseinandersetzung über die financiellen Beihülfen und einige Modificationen der Verfassung zwischen Fürst und Ständen erzielt wurde, und sie verloren sich endlich ganz, als die correcte Haltung Plessen's klar erkennen ließ, daß ihm der Ehrgeiz eines unbeschränkten Ministerregiments völlig fern lag. Selten hat ein Staatsbeamter das Vertrauen, welches ihm sein Herr schenkte, so ausschließlich im Dienste der Dynastie und des Vaterlandes verwerthet und sich einer Ausnutzung desselben zu eigensüchtigen Zwecken so vollständig enthalten. Wir werden dafür noch zahlreiche Belege beibringen.

Mit der Errichtung des Cabinetsministeriums hatte Herzog Friedrich Franz zunächst nur eine Erleichterung des Geschäftsganges im Auge, die seine eigene Arbeitslast verminderte. Der Sitz der Regierung war in Schwerin. Dort wohnten die beiden Minister, Graf von Bassewitz und Freiherr von Brandenstein; dort befanden sich sämmtliche Kanzleien, Oberbehörden und Centralcassen. Der Herzog aber liebte den Aufenthalt in dieser Residenz nicht, wo es ihm überdies an einer passenden, seinem Geschmack entsprechenden Behausung fehlte. Er bewohnte den größten Theil des Jahres das um die Mitte des vorigen Jahrhunderts erbaute Schloß in Ludwigslust und hielt sich während der Sommermonate in seiner Lieblingsschöpfung, dem Seebad Doberan, und in den Jagdschlössern auf. Diese Trennung des Hoflagers von dem Sitz der Regierung erforderte einen sehr umständlichen, schriftlichen Verkehr zwischen dem Fürsten und den Centralbehörden, da der Herzog nur auf kurze Zeit nach Schwerin kam, und die Minister nur bei besonderen Anlässen mündlichen Vortrag hielten. Friedrich Franz war zwar ein fleißiger Arbeiter, brachte viele Stunden des Tages am Schreibtisch zu, kannte Land und Leute genau, las alle Eingänge und verfügte selbstständig. Allein die Expedition durch einen subalternen Hofsecretär hatte doch manche Unzuträglichkeiten. Auch war dem Fürsten die stete Anwesenheit eines gewiegten Rathgebers ebenso erwünscht wie der tägliche Verkehr mit einer ihm sympathischen Persönlichkeit angenehm.

Plessen zeigte in dieser schwierigen Stellung viel Takt, ließ es auch an Rücksicht für seine älteren Collegen nicht fehlen. Doch mochte der Einfluß, den er naturgemäß auf die Entschließungen seines Herrn gewann, wohl dazu beitragen, den ersten Minister, Grafen von Bassewitz, in seiner schon früher geäußerten Absicht eines Rücktritts zu bestärken. Dieser Rücktritt erfolgte im August 1808. Herr von Brandenstein trat an des Grafen Bassewitz Stelle, und die Functionen des zweiten Ministers wurden nunmehr Herrn von Plessen übertragen, der dieselben jedoch mit seiner bisherigen Stellung vereinigte und in der Nähe des Herzogs verblieb.

Die Erweiterung seines Wirkungskreises brachte ihn noch mehr als bisher mit den inneren Verhältnissen des Landes in Verbindung, und diese waren in den nächsten Jahren derart, daß sie die ungetheilte

Fürsorge der Regierung erheischten. Das unglückliche Land blutete aus tausend Wunden. Auf die Drangsale, welche die Kriegsstürme von 1806, die zahlreichen Durchmärsche fremder Truppen und die französische Occupation mit sich gebracht hatten, folgten nun Jahre des härtesten Drucks. Der immer schärfer ausgeübte Despotismus in der Ueberwachung der Continentalsperre, die sichtbar zunehmende Lähmung und Stockung in Handel und Verkehr, der wirthschaftliche Niedergang und die von solcher Willkürherrschaft unzertrennliche, sittliche Verderbniß drohten alle Kräfte und Keime des Volkslebens zu zerstören. Der Wohlstand der Seestädte war dahin. In den Häfen von Rostock und Wismar faulten die Schiffe abgetakelt und entmastet. In den Docks und Schiffswerften herrschte traurige Oede. Kaperboote lauerten auf der Rhede. Ein demoralisirender Schleichhandel untergrub das Vertrauen im bürgerlichen Verkehr. An Stelle der um das Sechsfache im Preise gestiegenen Colonialwaaren genoß die Bevölkerung ungesunde und ekelhafte Surrogate. Dabei waren die Preise der Landesproducte so enorm gesunken, daß der Werth eines Pfunds Zucker dem eines Scheffels Weizen, der eines Ankers Rothwein dem von fünfzig Scheffeln Hafer gleichkam. Obwohl der Erbprinz Friedrich Ludwig bei seiner Mission am französischen Hofe (Winter 1807/8) persönlich von dem Imperator erwirkt hatte, daß alle französischen Truppen das Land verlassen, und die mecklenburgischen den Küstenwachdienst übernehmen sollten, rückten doch immer wieder französische Regimenter ein. Bis 1811 lag die Brigade d'Alton in verschiedenen Garnisonen, von da an die Division Frionet. Die außerordentlichen Contributionen, welche zum Unterhalt dieser Truppen dem Lande auferlegt werden mußten und die sich im Jahre 1811 auf 1 800 000 Thlr. beliefen, führten schließlich zu einer so vollständigen Verarmung, daß auch die gewährten Indulte den Massenconcurs kleiner ländlicher Grundbesitzer nicht mehr aufhalten konnten und eine landesherrliche Verfügung die Gerichte anweisen mußte, die Eröffnung formeller Concurse gegen Grundeigenthümer zu vertagen. Auch der mecklenburgische Landadel litt schwer unter diesem wirthschaftlichen Druck. Viele Familien verarmten vollständig, andere mußten sich harte Einschränkungen auferlegen. Auch am herzoglichen Hofe ging es nicht mehr so lustig und üppig her, wie ehedem. Die Knappheit des Geldes war sehr fühlbar. Gute Hypotheken waren unter neun bis zehn Procent nicht anzubringen.

„Sie machen sich keine Vorstellung“ — schrieb Plessen an Budberg am 5. Februar 1811 — „von den hiesigen Zuständen, von der Ungewißheit, dem steten Bangen und Schwanken, das täglich mehr auf den öffentlichen Credit drückt. Alles sucht Geld. Der Bedarf ist außerordentlich groß, man bietet Prämien und Provisionen noch außer den Zinsen an, und dennoch will Keiner, der Capital hat, dies hergeben. Man legt es ruhig bei Seite und wartet bessere Zeiten ab. Ich selbst bin mit einigen fremden Geldern, die ich noch auf meinem Gute stehen habe, dabei ins Gedränge gekommen, da die Capitalisten ihr Geld dort fordern und kündigen, wo sie noch Hoffnung haben, etwas herauszubekommen. Ich habe diese Umstände allmälig kommen sehen und mich dagegen bei Zeiten zu decken versucht. Es ist aber gewiß sehr hart, daß die Saumseligkeit, womit man mich wegen der Capitalien meiner Frau von gewisser Seite von jeher behandelt hat, mich jetzt in Verwicklungen bringt.“

In der That sah sich Plessen jetzt genöthigt, gegen zwei livländische Gutsbesitzer, die mit ihren Zinsen mehrere Jahre im Rückstand waren und auf Briefe keine Antwort ertheilten, gerichtlich vorzugehen. Sein Gut Vogelsang hatte auf der Linie des Blücher'schen Rückzugs und der französischen Verfolgung gelegen. Es war arg mitgenommen und konnte noch keine Erträge liefern. Auch Plessen's lebten daher, wie so manche ihrer Standesgenossen, eine Reihe von Jahren hindurch sehr eingeschränkt. Frau von Plessen, die wohl mehr darunter litt als ihr Mann, hielt sich tapfer, und nur höchst selten kommt in ihren Briefen eine leise Klage oder die Erinnerung an bessere Tage vor. Ihre Gesundheit war nicht mehr so kräftig wie früher. Sie mußte Badereisen nach Pyrmont und Doberan unternehmen. Plessen konnte sie nicht dahin begleiten. Die Arbeitslast, die sich immer mehr häufte, hielt ihn zurück. Mit Ausnahme eines achttägigen Ausflugs nach Berlin im Sommer 1811, wo er mit seinem Schwager Hermann Campenhausen eine Begegnung verabredet hatte, verließ er seinen Posten von 1807 bis 1813 nicht.

„Mein guter Plessen“ — schrieb seine Gattin am 26. Juni 1812 — „ist mit Geschäften mehr als je überhäuft und beladen. Er kommt nicht von seinem Schreibtisch vom frühen Morgen bis spät in die Nacht. Ich wundere mich nur, daß seine Gesundheit sich dabei noch so erhält, besonders da die meisten seiner Geschäfte bei jetzigen Zeitumständen unangenehmer Art sind und das Gepräge des harten Druckes tragen, unter dem die ganze Menschheit seufzt.“

Dabei verfolgte Plessen den großen Gang der auswärtigen Politik aufmerksam und war, wie es scheint, über die geheimen Intentionen der Cabinette, namentlich des Tuilerienhofes, bei welchem seit 1808 Lützow als Gesandter beglaubigt war, gut informirt. So

ertheilte er z. B. seinem Freunde Budberg, der wieder einmal auf einer seiner großen Vergnügungsreisen begriffen war, schon im Februar 1811, — also zu einer Zeit, wo von den Plänen Napoleon's gegen Rußland öffentlich noch nichts bekannt war, — den Rath, möglichst bald nach Livland zurückzukehren. Es stehe eine Wendung der Dinge bevor, Angesichts welcher es wünschenswerth sei, wenn ein russischer Gutsherr auf seinen Besitzungen weile und seine Interessen persönlich wahre. —

Napoleon's Massenaufgebot gegen Rußland traf auch Mecklenburg als ein neuer Schlag. Der verhängnißvolle Feldzug führte die Vernichtung seines Contingents herbei. Am 12. März 1812 trat die dem Untergange geweihte Schaar in der Stärke von 49 Officieren und 1661 Mann unter dem Befehl des Generals von Fallois ihren Marsch nach Osten an. Am 28. Januar 1813 kehrte der traurige Ueberrest, 14 Officiere und 20 Mann nach Schwerin zurück. Zwei Monate später endlich schlug die Stunde der Befreiung.

Zu Anfang März verbreitete sich in der Mark und im benachbarten Mecklenburg die Nachricht von dem Anmarsch der Russen unter Wittgenstein und dem Nachrücken der preußischen Corps von Bülow und York. Zwar war der russisch-preußische Vertrag noch nicht bekannt, Preußens öffentliche Absage an Napoleon noch nicht erfolgt, aber die allgemeine Aufregung und das Verlangen, das verhaßte Joch abzuschütteln, so gewaltig, daß die Gebote der Vorsicht vielfach außer Acht gelassen wurden. Auch Herzog Friedrich Franz folgte mehr dem Impulse des Augenblicks, als er bei der ersten Annäherung der russischen Vorhut den Entschluß faßte, die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen. Am 13. März traf Oberst Tettenborn mit seinem ca. 1500 Mann starken Streifcorps von Perleberg kommend in Grabow und Tags darauf in Ludwigslust ein. Die Truppe bestand lediglich aus Cavallerie, größtentheils aus Kosaken und führte zwei Geschütze mit sich. Der Vorstoß eines solchen fliegenden Detachements, ohne Infanterie und weit entfernt von dem Gros der Armee, hatte mehr einen abenteuerlichen Charakter, als strategischen Werth. Sein Erscheinen erregte überall Jubel und Begeisterung, allein diese konnte für die Bewohner verhängnißvoll werden, wenn Tettenborn auf die Franzosen gestoßen wäre und vor ihnen hätte weichen müssen. Später, nach der Räumung Hamburgs, trat dies

auch thatsächlich ein, und das Land verfiel der Rache des Feindes. Es war also mehr die Folge deutsch-patriotischer Wallung als ein Akt weiser Berechnung, wenn der Herzog sich von dem kühnen Obersten bereden ließ, sofort die Offensive zu ergreifen und einen Theil seiner Truppen unter dessen Befehl zu stellen. Tettenborn wollte das Gardebataillon gleich mit nach Hamburg führen, wohin er am 15. März weiter marschirte, allein die kriegsmäßige Ausrüstung war so rasch nicht zu bewirken. Der Herzog versprach indessen, das Bataillon baldthunlichst nachzusenden, und dies geschah auch. Am 27. März rückte dasselbe unter dem Commando des Majors von Both nach Hamburg ab, wo es am 29. eintraf, von der Bevölkerung freudig begrüßt wurde und sich an der späteren Vertheidigung der Stadt ehrenvoll betheiligte.

Der in den öffentlichen Acten des Herzogs bekundete Uebergang zur Sache des Befreiungskampfes bedurfte indessen auch einer formalen Regelung. Der Aufruf Kaiser Alexander's an die Völker Europas bot dazu die Hand. Da Preußen sich noch nicht offen erklärt hatte, war Rußland diejenige Macht, an welche sich Friedrich Franz anschließen mußte. Die verwandtschaftlichen Beziehungen zum Zaren, dem Schwager seines ältesten Sohnes und die Dankbarkeit für die von Alexander im Tilsiter Frieden geforderte Wiedereinsetzung des Schweriner Fürstenhauses wiesen überdies auf einen solchen Schritt hin. Schon am Tage nach Tettenborn's Abmarsch, am 16. März, also noch vor dem bekannten Aufruf des Königs von Preußen vom 17., reiste Plessen im Auftrag des Herzogs nach Breslau ab, um mit dem Kaiser, den er dort zu treffen hoffte, einen Allianzvertrag abzuschließen. Friedrich Franz war also der erste Rheinbundsfürst, der dem aufgedrungenen Schutzverhältniß entsagte, und dies in einem Augenblick, wo die Truppen des Generals Morand auf dem Abmarsch von Pommern sein Land noch durchzogen. Der Schritt war in der That ein Wagniß, vor dem mancher seiner Standesgenossen zurückgeschreckt wäre. In Plessen besaß der Herzog den Mann, der ein solches muthiges Vorgehen zu würdigen und in die formellen Bahnen zu leiten verstand. Der Minister nahm seinen Weg über Berlin, wo er am Nachmittag des 17. eintraf. Er war auf dieser Reise von seinem Schwager, Baron Lorenz von Campenhausen, begleitet, einem gewandten und gebildeten jungen Manne, der ihm als Secretär diente. Der Herzog äußerte sich gegen Frau von Plessen

sehr erfreut über dessen schöne, deutliche Handschrift. Die „seines Ministerchens“ lesen zu müssen, sei eine wahre Plage, und wenn es über ganze Bogen gehe, nicht zum Aushalten. In der That schrieb Plessen ziemlich unleserlich.

In Berlin erfuhr er, daß der Zar demnächst Breslau verlassen und sich nach Kalisch begeben werde. Er meldete dies nach Ludwigslust und fragte an, ob er nunmehr direct nach Kalisch reisen solle. Der dadurch veranlaßte Aufenthalt, den er zu Besprechungen mit dem Minister Grafen Goltz und andern Staatsmännern benutzte, verzögerte sich noch um einige Tage durch die Nachricht von der bevorstehenden Rückkehr des Königs nach Berlin, welche auch am 24. März erfolgte. Plessen hatte Tags darauf eine Audienz beim Könige. Hier einige Auszüge aus den Briefen, die er von Berlin an seine Gemahlin richtete:

„18. März. Die Fahrt hierher ging schnell von statten. Die Nacht war schön, wiewohl ziemlich kalt. Ich konnte nicht viel schlafen und blieb halb denkend, halb träumend meinen Betrachtungen überlassen. Hier habe ich mich schnell orientirt und mich gleich gestern Abend, wiewohl ziemlich ermüdet, in der Stadt umgesehen, die zum Einzug des Generals York glänzend illuminirt war. Berlin hat einen günstigen Eindruck auf mich gemacht, besonders in seiner jetzigen Physiognomie, wo man so viel russisches und preußisches Militär sieht. Seit 1806 war ich nicht hier gewesen.“

„25. März. Heute bin ich zu einem großen, solennen Diner beim König geladen. Morgen früh reise ich bestimmt nach Kalisch ab. Ich denke die Fahrt sehr schnell in drei Tagen und zwei Nächten zu machen (es sind 42 Meilen), zwei bis drei Tage dort zu bleiben und dann über Berlin zurückzukehren. . . . Das militärische Schauspiel, wie gegen 20 000 Mann vor dem König vorbei defilirten, war schön und wahrhaft erhebend; es waren darunter 5000 – 6000 russische und das Uebrige preußische Truppen; alle hatten eine vortreffliche Haltung, waren gut ausgerüstet und vom besten Geiste beseelt. Wenn selbige gut geführt und planmäßig geleitet werden, darf man gewiß die herrlichsten Erwartungen von ihnen hegen.“ —

Inzwischen erhielt Plessen auch aus der Heimath erfreuliche Zuschriften. Die Landstände waren zusammengetreten und hatten eine Deputation an den Herzog gesandt, um ihre Zustimmung zu der politischen Wendung und die Bereitwilligkeit financieller Unterstützung auszusprechen.

„Ich bin herzensfroh, lieber Freund“ — schrieb Friedrich Franz am 22. an Plessen — „Unsere Stände sind gut und brav. Es geht doch nichts über die Mecklenburger! Auch Sie sind gut, lieber Plessen. Gott segne Sie! Mit Ungeduld erwarte ich Ihren Brief mit der näheren Bestimmung

über meine Reise. Ich werde blindlings ausführen, was Sie mir zu thun angeben."

Der Herzog hatte sich nach Berlin zum König begeben wollen, unterließ es aber auf Plessen's Rath, der die Anwesenheit des Landesherrn daheim für nothwendig hielt.

Der Erbprinz schrieb am 21. März:

„Ihnen ist ein schönes Loos zugefallen. Aus vollem Herzen freue ich mich, daß Sie vielleicht der Erste sind, der die schlafenden Gemüther wecken und auf den rechten Weg bringen wird. Sie werden sich ein bleibendes Verdienst erwerben und sich und Ihrem Vaterlande einen Namen machen. Unser guter Brandenstein theilt dies Gefühl so lebhaft, daß es mich wahrhaft rührt."

Weiter hieß es in dem Briefe, daß das Land in voller Begeisterung sei, die Stände sich willig und opferfreudig zeigten, daß die Rostocker Studentenschaft durch eine Deputation sich zum freiwilligen Kriegsdienst gemeldet habe. Die Rüstungen würden eifrig betrieben. Tettenborn habe tausend französische Gewehre zur Verfügung gestellt 2c.

In gehobener Stimmung trat Plessen am 26. März seine Reise nach Kalisch an, wo Alexander am 19. wieder eingetroffen war. Unmittelbar vor dessen Abreise von Breslau war daselbst noch zwischen ihm und dem Könige die Convention abgeschlossen, nach welcher die Administration der zu befreienden deutschen Länder von einem Verwaltungsrath geleitet werden sollte. Den Vorsitz erhielt der Freiherr vom Stein. Plessen hatte die Einsetzung dieser Behörde noch in Berlin erfahren. Es lag ihm also sehr daran, ihr Verhältniß zu seiner Regierung durch eine Separatconvention zu regeln.

Das Quellenmaterial, welches unserer Abhandlung zu Grunde liegt, weist gerade bei diesem historisch so wichtigen Zeitpunkt eine empfindliche Lücke auf. Die Berichte des mecklenburgischen Abgesandten über seine Reise nach Kalisch, über die Begegnung mit Kaiser Alexander und die mit Graf Nesselrode getroffenen Verabredungen fehlen in dem Großherzoglichen Staatsarchiv. Sie sind vermuthlich bei dem am 1. December 1865 stattgehabten Brande des Regierungsgebäudes in Schwerin zu Grunde gegangen, bei welchem auch ein Theil des Archivs zerstört wurde, und der Rest nur mit Mühe gerettet werden konnte. Ebenso wenig sind Privatbriefe Plessen's an fürstliche oder verwandte Personen, in welchen er sich doch höchst wahrscheinlich über dies für ihn so merkwürdige und bedeutungsvolle Erlebniß ausgesprochen haben wird,

aufzufinden gewesen. Alles, was über seine Mission nach Kalisch und deren Ergebniß vorhanden ist, besteht in einem Brief des Kaisers Alexander an den Herzog, den Plessen mitbrachte. Derselbe lautet in deutscher Uebersetzung, wie folgt:

„Kalisch, den $\frac{\text{22. März}}{\text{2. April}}$ 1813. —

Mein Herr Vetter! —

Herr von Plessen hat mir den Brief Eurer Durchlaucht übergeben. Ich habe darin mit Vergnügen die Gesinnungen ausgedrückt gefunden, denen Ich überall in Deutschland zu begegnen hoffen darf. Es ist das große Ziel seiner Befreiung vom fremden Joch, auf welches alle Meine Bestrebungen gerichtet sind. Dieses kann nur erreicht werden durch das einmüthige Zusammenwirken aller Fürsten in einer Sache, die in erster Linie die ihrige ist. Alle ihre Kräfte und alle ihre Hülfsmittel müssen dazu in Bewegung gesetzt werden. Diese vorübergehenden Anstrengungen werden in der Zukunft ihren reichen Ersatz finden. Im Einvernehmen mit Sr. Majestät, dem König von Preußen, habe Ich eine Commission ernannt, deren Aufgabe es sein wird, Alles zu ordnen, was auf diesen Gegenstand Bezug hat.

Inzwischen habe Ich, mein Herr Vetter, dem Baron Plessen vorläufig die Grundzüge eines Uebereinkommens zwischen Uns Beiden zustellen lassen. Ew. Durchlaucht werden daraus ersehen, daß ein Jägerbataillon von tausend Mann eine genügende Ergänzung Dero Contingents abgeben würde. Ich würde indessen großen Werth darauf legen, wenn Sie darein willigten, daß zwei Depots zur Rekrutirung für die Nordarmee in Ihren Staaten errichtet würden. Ich übertrage das Commando und die Organisation dieser Armee Meinem Generallieutenant, Grafen von Wallmoden, und Ich glaube, den Wünschen Ew. Durchlaucht entgegenzukommen, wenn ich Sie auffordere, Ihr Contingent unter die Befehle eines so hervorragenden Officiers zu stellen.

Unterdessen bitte Ich Sie, Mein Herr Vetter, von Meiner unveränderten Anhänglichkeit überzeugt zu sein. Ich werde bei keinem, sich irgendwie darbietenden Anlaß ermangeln, Ihren Interessen eine warme Fürsorge angedeihen zu lassen.

Alexander."

Am 9. April traf Plessen über Berlin wieder in Ludwigslust ein. Der Herzog, durchaus bereit, auf die Vorschläge des Zaren einzugehen, beauftragte ihn, sich noch einmal ins Hauptquartier der Verbündeten zu begeben und versah ihn mit ausreichenden Vollmachten, um einen Accessionsvertrag nach Maßgabe der russischen Grundzüge abzuschließen. Diese zweite Reise sollte am 20. April angetreten werden und zwar nach Dresden, wohin sich die Monarchen begeben hatten; allein sie kam aus nachstehenden Gründen nicht zur Ausführung.

Der Verwaltungsrath hatte sich inzwischen constituirt und zwar in einer Weise, die mit Recht das Befremden der mindermächtigen Genossen

des Bundes erregen mußte. Seine ersten Verfügungen waren so peremptorisch gehalten, daß der Herzog es für angezeigt fand, sich zunächst mit dieser Commission auseinanderzusetzen, die den Ton einer vorgesetzten Behörde anschlug. Die zu befreienden Länder von Sachsen bis zur holländischen Grenze waren in fünf Districte getheilt. Das Departement der Elbmündung, zu welchem Mecklenburg gehörte, war dem russischen Staatsrath von Alopëus übertragen. Derselbe residirte während der nächsten Monate abwechselnd in Ludwigslust und Doberan, später in Berlin. Die Beziehungen zwischen dem Delegirten und der mecklenburgischen Regierung litten unter der Unklarheit, welche die Einsetzung des Verwaltungsraths gleich von Beginn an kennzeichnete. Der Vertrag von Kalisch vom 27. Februar und die Convention von Breslau regelten nur das Bündniß zwischen Rußland und Preußen. Ein Vertragsverhältniß zwischen diesen beiden Mächten und den am Befreiungskampf betheiligten deutschen Fürsten bestand aber der Form nach nicht. Trotzdem verfügte der Verwaltungsrath in dictatorischer Weise über die Einkünfte des Landes, schrieb Naturallieferungen aus, bestimmte die Termine, an welchen die baaren Beiträge für die allgemeine Kriegscasse an Herrn von Alopëus abzuliefern seien, und lehnte jede Vorstellung der Herzoglichen Regierung einfach ab (Note vom 7. Mai). Dieses an sich schon ungerechtfertigte Verfahren wurde vom Herzog um so peinlicher empfunden, als er die in Kalisch verabredeten Bedingungen nicht nur auf das Gewissenhafteste erfüllt hatte, sondern über das Maß der gestellten Forderungen noch hinausgegangen war. Durch Aufruf vom 25. März — der Wortlaut desselben rührte vom Erbprinzen her — hatte er die wehrfähige Jugend seines Landes zum Freiwilligendienst in den neu formirten Linienbataillonen aufgefordert, und schaarenweise strömten die jungen Männer herzu. Durch einen zweiten Aufruf vom 27. März, der also noch früher erging, als der Brief Alexander's geschrieben war, erfolgte die Bildung zweier Jägerregimenter, das eine zu Fuß, das andere beritten, jedes zu 680 Mann. Den Befehl des ersteren übernahm der Oberst von Müller, den der reitenden Jäger der Oberstlieutenant Graf von der Osten-Sacken. Mecklenburg-Schwerin stellte also, den Reiter zu drei Mann Infanterie gerechnet, Alles in Allem 4320 Mann, mithin mehr als das Doppelte der höchsten Truppenzahl, die je, auch im Rheinbund, gefordert war. Daneben bot der Herzog eine monatliche Beihülfe von 30 000 fl.

an und zwar 8000 fl. mehr als der ausbedungene, für den Unterhalt dieser Truppen erforderliche Betrag von 22 090 fl. ausmachte. Zugleich machte er sich anheischig, den auch für die andern nach Mecklenburg verlegten Truppen nöthigen Vorrath an Getreide ꝛc. im Lande zu halten, überhaupt jedwede Erleichterung für deren Subsistenz zu gewähren; nur verlangte er eine spätere Rückerstattung dieser Auslagen und erklärte, vor dem 1. Juni kein baares Geld flüssig machen zu können, da die Cassen erschöpft seien, und die Baarmittel kaum für die Ausrüstung der mobilisirten Truppen ausreichten.

Dem gegenüber decretirte Herr vom Stein in einem Tone, der geradezu verletzend war, Mecklenburg habe 40 000 Reichsthaler monatlich an Herrn von Alopëus abzuliefern und ohne irgendwelche Entschädigung allen Ausschreibungen auf Naturalien und Requisitionen einfach und unbedingt Folge zu leisten, welche der Verwaltungsrath bereits verfügt habe und noch verfügen werde. Es ist schwer zu verstehen, was einen edel denkenden und groß angelegten Mann, wie es der Freiherr vom Stein unzweifelhaft war, veranlassen konnte, einen verbündeten, aber doch unabhängigen Fürsten, dessen opferwillige und patriotische Gesinnung sich erst kürzlich unzweideutig bekundet hatte, mit solcher Anmaßung zu behandeln und einem schwergeprüften Lande Lasten aufzulegen, die zu tragen es einfach nicht im Stande war. Erscheint es auch begreiflich, daß in den Anstrengungen des unternommenen Riesenkampfes kleinliche Rücksichten auf einzelne Landestheile nicht genommen werden konnten, und war auch bei der Energie, die den Grundzug von Stein's Charakter ausmachte, eine besondere Schonung territorialer Interessen nicht zu erwarten, so ließ doch der hochmüthige und gereizte Ton der Stein'schen Noten auf eine schlecht verhehlte Mißachtung schließen, die in dem früheren Verhalten mancher Rheinbundhöfe begründet sein mochte, hier aber sicher nicht am Platze war. Der Herzog ließ dem Verwaltungsrath am 23. Mai schreiben, daß er zum Abschluß einer Convention bereit sei, „Zumuthungen aber, welche seine Unabhängigkeit als Landesherr in Frage stellten," mit Entschiedenheit zurückweisen müsse.

War der Eintritt in die neue Allianz von Schwierigkeiten begleitet, so vollzog sich der Austritt aus dem bisherigen Bundesverhältniß ungleich rascher und einfacher. Die Absage an Frankreich erfolgte in der

Weise, daß der seit 1808 am Tuilerienhofe beglaubigte Chargé d'affaires, Oberhofmeister von Lützow, am 13. April seine Pässe forderte und dies mit dem Antritt einer Urlaubsreise motivirte. Herr von Lützow hatte die letzten Wochen seines Pariser Aufenthalts in einer, wie begreiflich, sehr peinlichen Lage verbracht. Zum Glück stand er mit dem Minister des Auswärtigen, dem Herzog von Bassano, auf gutem Fuße. Sein verbindliches, ausgleichendes Benehmen hatte ihm dort überhaupt angenehme Beziehungen verschafft, und da der seit 1811 in Schwerin etablirte französische Geschäftsträger, Herr Desaugier, seine Abreise unbehelligt bewerkstelligen konnte, so wurden auch Lützow keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die französische Regierung theilte durch ein Circularschreiben vom 17. April den Rheinbundshöfen mit, daß „der Herzog von Mecklenburg-Schwerin, indem er seine Häfen den Schiffen aller, mit Rußland nicht im Kriege befindlichen Nationen geöffnet und den Geschäftsträger in Paris angewiesen habe, seine Pässe zu fordern, auf seine Rechte als Mitglied des Rheinbundes verzichtet und somit aufgehört habe, ein Mitglied dieses Bundes zu sein."

Da Lützow die französische Aufstellung umgehen mußte, nahm er seinen Rückweg über Stuttgart, Ansbach und Dresden, wo er am 1. Mai eintraf und die Hauptquartiere der beiden verbündeten Monarchen vorfand. Hier erfuhr er durch den Strelitzer Minister von Pentz, der behufs Abschlusses einer Convention mit den Alliirten nach Dresden gekommen war, die Nachricht von der Reise Plessen's nach Kalisch und der unerfreulichen Wendung in den Verhandlungen mit dem Verwaltungsrath. Er benutzte nun seinen Dresdener Aufenthalt, um seinerseits auf eine Verständigung hinzuwirken, und hatte mehrere Unterredungen mit dem Minister vom Stein. Dieser zeigte sich aber auch ihm gegenüber im Punkt der an Mecklenburg gestellten Forderungen äußerst hartnäckig. Den Einwendungen Lützow's begegnete er immer mit dem Hinweis auf Ostpreußen, das noch viel stärkere Lasten zu ertragen gehabt. Schließlich mußte er aber doch zugeben, daß nächst diesem Landestheile Mecklenburg am schwersten betroffen sei. Trotzdem wollte er von speciellen Abmachungen nichts wissen und behandelte Mecklenburg wie ein feindliches, erobertes Gebiet. Lützow sprach auch in Dresden mit Nesselrode und Hardenberg, doch war die Aufmerksamkeit der verbündeten Cabinette zu sehr auf die nächsten

militärischen Vorgänge gerichtet. Die Nachricht von der Niederlage bei Großgörschen war soeben eingetroffen und versetzte Alles in Spannung.

Der unerquickliche Schriftwechsel zwischen der Schweriner Regierung und dem Commissar des Verwaltungsraths spann sich noch durch mehrere Wochen hin. Bemüht, die Angelegenheit in gütlicher Weise zu regeln, übersandten die Minister Brandenstein und Plessen am 1. Juli dem Staatsrath von Alopëus den Entwurf einer Convention, in welcher der Herzog gegen eine Garantie seines Besitzstandes noch weitere Zugeständnisse machte. Herr vom Stein wies aber seinen Vertreter an, die Conventionsacte einfach mit dem Bemerken zurückzugeben, daß er, Herr von Alopëus, „nunmehr auf weitere Unterhandlungen nicht einzugehen, und Alles in dem Zustand zu verbleiben habe, welcher mit einer militärischen, durch keine Uebereinkunft geregelten Occupation unvermeidlich verbunden wäre" (Note d. d. Doberan 15. Juli). Diese kühle Abweisung war um so härter, als das Land Monate lang von starken Corps der Verbündeten besetzt war und jetzt auch noch eine neue Invasion des Feindes zu erleiden hatte. Nach der Einnahme Hamburgs durch Davoust (30. Mai) war das Gardebataillon über Bergedorf und Lauenburg zurückgekehrt und hatte am 12. Juni seine Garnison Ludwigslust wieder bezogen. Die anderen Truppen des Contingents standen während des nun folgenden Waffenstillstandes im Lande vertheilt. Gegen Ablauf desselben zog sich die Brigade unter dem Befehl des Generals von Fallois in die Gegend von Röbel, wo sie nach dem ursprünglichen Feldzugsplan zu der vom Kronprinzen von Schweden befehligten Nordarmee stoßen sollte. Auch die beiden freiwilligen Jägerregimenter rückten in die dortige Gegend. Auf besondere Verwendung des Erbprinzen wurde aber jene Disposition dahin abgeändert, daß die Mecklenburger sich an der Vertheidigung des eigenen Vaterlandes betheiligen sollten. Sie rückten deshalb Anfangs August in die Aufstellung ein, welche der General von Vegesack zwischen Lübeck und Ratzeburg eingenommen und zu halten hatte. Auf dem linken Flügel derselben schlossen sich die Corps von Wallmoden, Tettenborn, Dörnberg und die Lützow'sche Freischaar an, welche letztere Lauenburg besetzt hielt. Napoleon hatte von diesen zusammengewürfelten Truppen augenscheinlich eine sehr geringe Meinung, denn er forderte in einem Schreiben aus Bautzen vom 17. August den Marschall Davoust auf, sich „in

seinem Vormarsch nicht an eine Canaille zu kehren, wie es die Hanseaten, die Legion und Wallmoden's Haufen wären". An diesem Tage war der Waffenstillstand abgelaufen, und der Marschall begann in Verbindung mit den Dänen vorzurücken. Mit einer Uebermacht von 17 000 Mann gegen 5000 drängte er in einem ziemlich scharfen Gefecht bei Vellahn die vor ihm stehenden Truppen zurück und besetzte am 22. Schwerin. Allmälig zog er an diese Stadt gegen 30 000 Mann heran und ließ sie ein Lager beziehen. Der Herzog hatte sich mit seiner Familie und den Ministern am 22. August nach Rostock, und da auch diese Stadt bedroht war, am 27. von dort nach Stralsund begeben. Wieder folgte Plessen seinem Herrn in die Verbannung, doch sollte sie diesmal nicht so lange währen. Anstatt vorzurücken, schob Davoust nur ein Detachement gegen Wismar vor, welche Stadt General Loison besetzte, und blieb in dieser Position stehen. Vegesack hatte sich mit den Schweden und Mecklenburgern auf Rostock zurückgezogen, drang aber in den nächsten Tagen wieder gegen Gadebusch und Wismar vor. Auch Tettenborn'sche und Wallmoden'sche Detachements betheiligten sich an den in dieser Zeit täglich stattfindenden Scharmützeln. Bei einem derselben, am 26. August, fiel Theodor Körner. Die Franzosen hausten wieder sehr arg im Lande. Obwohl den Einwohnern Schwerins Sicherheit von Leben und Eigenthum zugesagt war, wurden doch vor den Augen des Marschalls und des die Dänen befehligenden Prinzen Friedrich von Hessen die Vorstädte geplündert. Den unglücklichen Landesbewohnern wurden durch die unausgesetzten Durchzüge und Brandschatzungen die letzten Groschen abgepreßt. Nach den später angestellten, amtlichen Erhebungen, welche die Militär-Verpflegungscommission mittels Bericht vom 11. Juni 1814 einreichte, beliefen sich die Kosten für den ordnungsmäßig eingeforderten Unterhalt der französischen und dänischen Truppen in den wenigen Wochen vom 19. August bis 16. September auf 183 666 Thaler, die außerordentlichen Requisitionen an Geld und Naturalien, die Exactionen und Plünderungen aber auf 437 148 Thaler. Das Verhältniß dieser beiden Ziffern zu einander beweist deutlich genug die Rohheit und Entartung der Truppe, wie auch die Willkür und Raubsucht ihrer Führer.

Marschall Davoust schien anfangs unschlüssig, ob er den Kronprinzen auf Stralsund zurückdrängen oder an dessen linker Flanke vorbei

auf Berlin marschiren sollte. Der Sieg bei Großbeeren führte aber eine ganz andere Entscheidung herbei. Am 2. September räumte der Marschall Schwerin und Wismar, ging mit seiner ganzen Streitmacht hinter die Stecknitz zurück und bezog ein Lager bei Ratzeburg. Die verbündeten Truppen rückten nach und nahmen an der Westgrenze Mecklenburgs Stellung. Ein Angriff erfolgte von keiner Seite, und dieser Zustand währte mehrere Monate.

Der Herzogliche Hof und die Landesregierung kehrten am 8. September nach Rostock und später im December in die Residenzen Schwerin und Ludwigslust zurück. Plessen war auf dieser Reise von seiner Familie begleitet gewesen.

II.

Nach der Einnahme Lübecks am 5. December rückten die Mecklenburger als Theil der Division Vegesack in Holstein ein und folgten den abziehenden Dänen bis in die Gegend von Kiel. Die Division gehörte zu dem Corps des General Wallmoden. In dem Treffen von Sehestedt (10. December) griffen die beiden Jägerregimenter unter Müller und Osten-Sacken thatkräftig ein und erlitten bedeutende Verluste. Prinz Gustav, der dritte Sohn des Herzogs, attaquirte an der Spitze einer Schwadron reitender Jäger, verlor in heißem Gefecht sein Pferd und zwei Finger, gerieth auch auf kurze Zeit in Gefangenschaft, wurde aber wieder herausgehauen. Das Treffen ging verloren, und die Dänen setzten ihren Rückzug auf Rendsburg fort. Auf den am 15. December geschlossenen Waffenstillstand folgte am 15. Januar der Friede zwischen Schweden und Dänemark. Die in Holstein verwendeten Corps wurden nun für eine andere Bestimmung frei. Die Landesvertheidigung fiel dem activen Landsturm zu, welcher durch ein Aufgebot vom 12. October 1813 in der Stärke von 4000 Mann ausgehoben und zu sechs Bataillonen formirt worden war.

Während so Alt und Jung an dem Befreiungswerk theilnahm, und die ganze Bevölkerung durch persönliche Opfer und freiwillige Spenden in patriotischer Hingabe wetteiferte, fiel der Regierung zu den vielen finanziellen Sorgen noch die schwierige Aufgabe zu, ihr Verhältniß zu den alliirten Mächten in befriedigender Weise zu regeln. Die Beziehungen zum Verwaltungsrath waren noch immer gespannt. Hierzu gesellte sich ein peinliches Gefühl der Unsicherheit über die Zukunft Deutschlands, ja selbst über den eigenen Besitzstand. Gebietsaustauschungen und Mediatisirungen waren damals an der Tagesordnung. Um so erhebender ist es, den Blick des Herzogs und seiner Räthe in dieser unruhigen Zeit auf die künftige Gestaltung des Deutschen Reiches gerichtet zu sehen. Größer,

als um die eigene Sicherheit, war ihre Besorgniß, die Frucht so vieler Anstrengungen und Opfer möchte in dem Kampf selbstsüchtiger Interessen wieder verloren und Deutschland nicht geeint und gekräftigt aus der Krisis hervorgehen. Genährt wurde diese Befürchtung durch vertrauliche, nach Schwerin gelangte Mittheilungen, wonach bei den Hauptmächten der Plan einer Trennung Deutschlands in einen norddeutschen und einen süddeutschen Staatenbund zu bestehen schien. „Namentlich soll Oesterreich," so schrieb der Minister eines befreundeten Staates, „sein Protectorat über die süddeutschen Staaten fast wie eine ausgemachte Sache ansehen." Herzog Friedrich Franz war über ein solches Theilungsproject in hohem Grade entrüstet, und Herr von Plessen mußte auf sein Geheiß eine Vertragsacte entwerfen, durch welche sich die mindermächtigen deutschen Fürsten verbinden und einander geloben sollten: „sich von allen einseitigen und selbstsüchtigen Interessen loszusagen und die Einheit und Selbstständigkeit des gemeinsamen deutschen Vaterlandes zum Hauptaugenmerk zu nehmen." In einer Reihe von Artikeln wurden die Grundzüge der künftigen Reichsverfassung klar und entschieden bezeichnet. Deutschland sei in seinen geographischen Grenzen zwar nicht genau wieder herzustellen, müsse aber „in Zukunft ein Reich bilden, welches nicht eine Verbindung einzelner Staaten darstelle, sondern in Bezug auf äußere Politik und Militärkraft als ein einziges, ungetrenntes Ganze" erscheine. Jede Theilung in ein südliches oder nördliches oder in ein katholisches und protestantisches Deutschland sei entschieden zu bekämpfen. Der Kaiser als Reichsoberhaupt solle die Leitung der äußeren Politik und die höchste Militärgewalt als Oberfeldherr inne haben und die Kaiserwürde zwischen Oesterreich und Preußen alterniren. In ihrem Landesregiment sollten die Fürsten selbstständig sein; „doch wollen Wir," hieß es, „als deutsche Männer dem Geiste der Deutschen folgen, welche nicht neuerungssüchtig sind, an dem Angeerbten und Herkömmlichen hängen und vor allen Dingen von dem angesprochen werden, was einfach und wahr und gerecht ist. Wir wollen demnach dahin streben, daß bei der künftigen Gestaltung Deutschlands die Erfahrungen und strengen Lehren der letzten Jahre vorurtheilsfrei und redlich benutzt werden." Dieses merkwürdige Actenstück, das von einem Hauch deutschpatriotischer Gesinnung durchweht ist, sollte als Grundlage zu einem Fürstenbund dienen. Es wurde den Herzögen von Oldenburg und Sachsen-Weimar vorgelegt. Beide zeigten

sich zur Unterschrift bereit. Doch kam der Fürstenbund nicht zu Stande, weil der rasche Gang der Ereignisse die Vorschläge des mecklenburgischen Herzogs gegenstandslos machte. Die Acte war kaum abgegangen, als, am 17. November 1813, in Schwerin ein Schreiben des Herrn von Alopëus eintraf, welches, im Gegensatz zu den früheren, sehr verbindlich abgefaßt war und Andeutungen einer Convention enthielt, welche die drei alliirten Großmächte mit den mindermächtigen Bundesgenossen abzuschließen geneigt wären. Solche Tractate kamen denn auch mit einer Reihe deutscher Fürsten zu Stande, und Herzog Friedrich Franz hielt es für angemessen, seine Bundesgenossenschaft, wenngleich dieselbe factisch längst bestand, durch ein formelles Vertragsverhältniß zu regeln. Er beauftragte Herrn von Plessen, über Frankfurt ins Hauptquartier der Verbündeten zu gehen, um mit jedem der Monarchen besonders einen Allianzvertrag abzuschließen.

In Plessen's Instruction wurden seine Aufträge dahin formulirt:

1. Die „bündigste Garantie für Unsere Souveränetät und Unsere Besitzungen" zu erwirken, 2. dafür einzutreten, daß „die von Uns verlangt werdenden Leistungen nicht Unsere und Unseres jetzt so sehr bedrückten Landes Kräfte übersteigen", daß diese durch angemessene Vergütungen später ausgeglichen werden, „wobei Wir unter Anderem auch dasjenige angerechnet zu sehen hoffen, was Wir schon lange vor dem Beitritt Anderer und vor dem 1. November 1813 seit dem letzten Winter gethan und geleistet haben." 3. „Endlich wünschen Wir, daß ihr euren dortigen Aufenthalt dazu mit benutzen möget, um zu erforschen, was für Pläne über die künftige Organisation des deutschen Reichs im Werke sind, und daß ihr, so viel ihr Einfluß werdet erhalten können, dazu mitwirket, daß ein festes Band unter sämmtlichen deutschen Fürsten entstehe, welches Einheit und die nur dadurch mögliche Kraft und Sicherheit gewähre."

Mit diesen Instructionen versehen, trat Plessen am 7. Januar 1814 von Ludwigslust seine Reise an. Nach der Stellung der Armeen konnte er noch hoffen, die Monarchen in Basel oder doch in der Nähe dieser Stadt anzutreffen. Auch auf dieser Reise begleitete ihn sein Schwager Campenhausen als Privatsecretär. In Frankfurt a. M. schloß sich ihm späterhin der Legationsrath Gumpelzhaimer an, sein einstiger Regensburger Kanzleivorstand. Plessen begab sich zunächst nach Hannover, wo er mit den dortigen Ministern, den Grafen Münster und Bremer eine Unterredung hatte, die ihm wichtige Aufschlüsse über die Lage und die nächsten Pläne der Alliirten gab. Er erfuhr, daß die Friedensverhandlungen zwischen Schweden und Dänemark auf Schwierig-

keiten stießen. Dänemark hatte als Entschädigung Holland gefordert, was aber die Verbündeten ablehnten. Dagegen war, wie Graf Münster mittheilte, von England die Abtretung Schwedisch-Pommerns nebst einer Million Reichsthaler und die Herausgabe der von England weggenommenen dänischen Flotte vorgeschlagen worden. Man glaubte aber nicht, daß Dänemark sich damit begnügen werde, und vermuthete eine Fortsetzung des Krieges. In diesem Falle sollte das Corps Wallmoden mit den Mecklenburgern in Holstein verbleiben (der Friede kam indessen, wie schon erwähnt, am 15. Januar zu Stande). Weiter erfuhr Plessen, daß die hannöverischen Lande unbedingt dem neuen deutschen Bunde einverleibt werden sollten und Graf Münster auf Befehl des Prinz-Regenten von England sich gleichfalls ins Hauptquartier der Alliirten begeben werde, um dies Verhältniß zu regeln. Einer Zweitheilung Deutschlands mit Zugrundelegung der Mainlinie war England, wie Plessen mit großer Freude constatirte, entschieden abgeneigt. „Alles ist hier" so schließt der Plessen'sche Bericht — „voll vom Lobe des russischen Kaisers. Der englische General Sir Charles Stuart, der kürzlich hier durchgegangen, hat dem Minister Bremer gesagt, daß der Kaiser von Rußland eigentlich die Seele der ganzen Coalition wäre und durch seine Persönlichkeit die verschiedenartigen Theile zusammen und in Bewegung zu halten, sowie die Zwistigkeiten, die zuweilen zwischen den Ministern oder den Generälen entstünden, zu beseitigen wüßte."

In Frankfurt, wo Plessen einige Tage verweilte, ereignete sich der eigenthümliche Vorfall, daß einer seiner Berichte an den Herzog dadurch verloren ging, daß der als Estafette reitende Postillon den Brief bald hinter der Stadt in einen Graben geworfen, trotzdem aber auf der nächsten Station einen Empfangsschein darüber erhalten hatte. Die Angelegenheit veranlaßte später noch langwierige Schreibereien mit der Thurn- und Taxis'schen Post und die Bestrafung der überführten Individuen. In Basel, welches am 21. erreicht wurde, traf Plessen mit seinem Strelitzer Collegen, dem Minister von Oertzen, zusammen, dem eine gleiche Mission zu den alliirten Monarchen von seinem Herrn übertragen war. Die beiden mecklenburgischen Diplomaten beschlossen nun, ihre Reise gemeinschaftlich fortzusetzen und sich auch bei den Verhandlungen zu gemeinsamem Vorgehen zu verbinden. Die Monarchen von Rußland und Preußen hatten Basel bereits verlassen und sich nach

Vesoul begeben, wohin auch Kaiser Franz am 22. aufbrach. Die Minister und ihre Kanzleien blieben aber einen Tag länger in Basel zurück, und so hatte Plessen noch Gelegenheit, mit Fürst Metternich und den preußischen Staatsmännern die Verhandlungen einzuleiten. Mit Metternich hatte er eine, durch mancherlei Unterbrechungen gestörte, aber doch ziemlich eingehende Unterredung, in welcher er auf den Unterschied hinwies, der zwischen dem Herzog und den andern Rheinbundsfürsten wegen des ungleich früheren Beitritts Mecklenburgs zur Allianz bestehe. Thatsächlich sei dasselbe durch Stellung der Truppen, Lieferungen und Beiträge schon seit dem März mit den Großmächten verbündet und der Tractat nur noch eine Formalität. Der Herzog könne deshalb nicht, wie die später beigetretenen Fürsten zu einem Beitrag von sechs Procent der Brutto-Einnahme aus den Landesrevenüen herangezogen werden. Mindestens müßten davon die vom März bis November 1813 geleisteten und noch unbezahlten Lieferungen in Abzug kommen. Metternich erklärte sich hierüber nicht bestimmt, versprach aber, daß Alles nach Recht und Billigkeit geregelt werden solle.

In gleicher Weise äußerte sich Hardenberg, bei dem Plessen Mittags speiste. Wegen der Verhandlungen wurden die beiden Mecklenburger an den Chef der österreichischen Staatskanzlei, Freiherrn von Binder, und den preußischen Minister von Humboldt verwiesen, welche für diesen Zweck von ihren Monarchen generell bevollmächtigt waren. Humboldt wünschte eine schriftliche Erklärung, und die mecklenburgischen Gesandten reichten eine solche noch an demselben Tage in Form gleichlautender Noten ein.

Am 23. folgten auch die Kanzleien der Minister ihren Hauptquartieren. Vor seiner Abreise hatte Fürst Metternich den in Basel versammelten deutschen Diplomaten sagen lassen, er werde sie benachrichtigen, sobald die Hauptquartiere an einem größeren Ort Rast machen würden. Plessen und Oertzen blieben also vorläufig in Basel. Von den Fenstern des Hotels „Zu den drei Königen“, das sie bewohnten, konnte man sehen, wie Schanzarbeiten bei der Festung Hüningen von den Batterien der Verbündeten beschossen wurden. Von anderen Gesandten befanden sich in Basel noch der neapolitanische, Carcati, der holländische, von Span, der kurhessische, Graf Keller und der hannöversche, von Ompteda. Erwartet wurden noch Graf Münster von Hannover

und Baron Türkheim von Darmstadt. Lord Castlereagh war bereits den Hauptquartieren gefolgt.

Am 29. Januar erfuhr Plessen, daß letztere in Langres vereinigt seien, und ohne erst die von Metternich versprochene Benachrichtigung abzuwarten, bestimmte er seinen Collegen Oertzen zur sofortigen Abreise, welche denn auch in der Frühe des 30. erfolgte. Die nun beginnende Fahrt war äußerst beschwerlich, die Witterung rauh, der Weg oft von nachrückenden Colonnen besetzt. In den tief ausgefahrenen Geleisen drohten die Wagen zu brechen; nur mit Mühe gelang es, die Pferde zu erhalten. Am 3. Februar trafen die Reisenden in Langres ein. Das Städtchen von ca. 8000 Einwohner war überfüllt, das Quartier äußerst mäßig. Die Monarchen hatten inzwischen ihren Vormarsch fortgesetzt und sich wieder getrennt. Kaiser Alexander befand sich mit dem Hauptquartier Schwarzenberg's in Chatillon, Kaiser Franz in Bar-sur-Aube, der König in Chaumont. Einige Tage später vereinigten sich das österreichische und preußische Hauptquartier in Troyes. Die Mecklenburger folgten am 10. dorthin. Hier erst konnten die Unterhandlungen wieder aufgenommen werden. Da Humboldt und Anstett inzwischen zu dem in Chatillon eingeleiteten Friedenscongreß abgegangen waren, wandte sich Plessen zunächst an den österreichischen Bevollmächtigten von Binder. Mit diesem wäre eine Verständigung leicht gewesen. Metternich hatte aber die Unterhändler auch an den Herrn vom Stein verwiesen und dessen Gutachten über die Regelung der Lieferungsverträge als maßgebend bezeichnet.

Hierbei traten nun erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Plessen betonte abermals, daß sein Landesherr nicht auf gleiche Stufe mit den anderen Rheinbundsfürsten gestellt werden könne, und verlangte eine Anrechnung der geleisteten Naturallieferungen. Herr vom Stein wollte anfangs nichts davon hören.

„Er behauptete wieder,“ so heißt es in dem Plessen'schen Bericht, „daß Mecklenburg nicht zu viel oder mehr als andere Länder beigetragen habe und citirte die sächsischen Lande als Beweis für das, was andere Gebiete zu ertragen und aufzubringen vermöchten. Wir sind in sehr genaue Erörterungen über die so bedeutenden Anstrengungen Mecklenburgs eingegangen, so daß der Minister vom Stein am Ende nichts dagegen einzuwenden wußte; indessen darf ich nicht unbemerkt lassen, wie uns bei alledem es sehr ersichtlich ward, daß der Minister eine vorgefaßte ungünstige Meinung gegen Mecklenburg hatte und sich überhaupt in seinen Aeußerungen und Benehmen unfreundlich zeigte.

Wir sahen nun sehr wohl, durch Vermittelung des Herrn vom Stein selbst würde nichts Günstiges zu erreichen sein und hatten Mühe genug, allen widrigen Einwirkungen seinerseits zu begegnen. Wir wandten uns, nach gehörig getroffener Einleitung, zu dem Ende an den Kaiserlich Oesterreichischen Bevollmächtigten, Freiherrn v. Binder und suchten die Unterhandlung mit demselben so zu betreiben, daß ein Tractat zum Abschluß gebracht würde, welcher nachher zur Norm für die beiden anderen Tractate dienen könnte. Nachdem wir dem Herrn von Binder die Lage, das besondere Verhältniß und die vielfachen Anstrengungen Mecklenburgs vollkommen auseinandergesetzt hatten, gestand er uns die Berücksichtigung davon bei dem abzuschließenden Tractate als recht und billig zu."

Dennoch bedurfte es noch vieler vergeblicher Gänge, langer Conferenzen und scharfer Erörterungen mit Herrn vom Stein, ehe der Vertrag mit Oesterreich zu Stande kam. Die Unterhandlungen waren naturgemäß erschwert durch das rege militärische Treiben in den Hauptquartieren und das Wechselvolle eines Lagerlebens im feindlichen Lande. Die Friedensverhandlungen mit Napoleon geriethen ins Stocken; größere Gefechte fanden statt und absorbirten das allgemeine Interesse. Am 21. Februar wurde wegen einer drohenden Bewegung des feindlichen rechten Flügels das Hauptquartier zurückverlegt, und allen in Troyes anwesenden Diplomaten gerathen, sich nach Chaumont zu begeben. Herr von Binder sollte ebenfalls abreisen und seinem Kaiserlichen Herrn nach Bar-sur-Aube folgen.

„Es kam nun darauf an," berichtet Plessen, „mitten in diesen stürmischen Bewegungen noch den Moment festzuhalten und die Sache schnell abzumachen. Es gelang. Herr v. Binder ließ sich bewegen, noch am 22. früh Morgens um 8 Uhr die Verträge mit uns zu unterzeichnen. Wir hatten nun eine Norm für die beiden anderen Tractate und gingen damit, statt nach Chaumont, wo sicher nichts zu thun war, nach Châtillon-sur-Seine."

Dort trafen die Gesandten noch die Herren von Humboldt und von Anstett an, überwanden deren anfängliche Bedenken und schlossen schon am nächsten Tage gleichlautende Verträge mit Preußen und Rußland ab. Das Vortheilhafte dieser Abmachungen lag vor Allem in der Regelung der Entschädigung für geleistete Naturallieferungen. Anstatt eines festen Beitrages von 6 Procent der Brutto-Revenüen des Landes, zu welchem sich die anderen Rheinbundsfürsten hatten verstehen müssen, wurde den mecklenburgischen Herzögen der Unterhalt ihres im Felde stehenden Contingents zugewiesen, dagegen aber die Verrechnung der an andere Bundestruppen geleisteten Lieferungen zugestanden. Da diese

Lieferungen an das vor Hamburg stehende Belagerungscorps sehr bedeutend waren, so erwies sich dieser Berechnungsmodus als günstiger. Nur für die Lieferungen an schwedische und in englischem Sold stehende Truppenkörper wurde Mecklenburg auf directe Verständigung mit Schweden und Großbritannien verwiesen. Plessen verhandelte darüber noch in Chatillon mit Lord Castlereagh.

Bei den Monarchen von Oesterreich und Preußen hatte er mehrere Audienzen. Er fand dabei Gelegenheit, sich eines vertraulichen Auftrags zu entledigen, den ihm der Herzog bei seiner Abreise ertheilt hatte. Derselbe betraf die Regelung des Rangverhältnisses Mecklenburgs in dem neuen deutschen Gemeinwesen. Anknüpfend an die dem Herzog einst in Aussicht gestellte Verleihung des Kurhutes, — wegen deren Plessen 1803 in Wien verhandelt hatte, — und im Hinblick darauf, daß den Regenten kleinerer Landesgebiete inzwischen Titel und Rang eines Großherzogs zugefallen war, glaubte der Herzog nunmehr auch die gleiche Würde beanspruchen zu können. Plessen sollte unter gleichzeitiger Vertretung auch des Strelitzer Hauses die Stimmung der alliirten Monarchen sondiren. Er fand sie äußerst günstig. Kaiser Franz sagte ihm, er werde den Wünschen der herzoglichen Häuser gern entgegenkommen, „da ihm deren Anhänglichkeit an das Haus Oesterreich seit Langem bemerklich gewesen.“ Auch der König von Preußen zeigte sich wohlwollend, ohne indeß bestimmte Zusicherungen zu geben. Bei der nahen Verwandtschaft mit dem Strelitzer Hause war es begreiflich, daß er diesem besondere Berücksichtigung zuwandte, und blieb das gemeinsame Vorgehen der beiden Gesandten daher nicht ohne Rückwirkung auf die Schweriner Ansprüche. Kaiser Alexander war nicht zugänglich gewesen. Sein Interesse blieb zur Zeit ausschließlich auf die militärischen Vorgänge gerichtet. Indessen nahm Graf Nesselrode ein die mecklenburgischen Wünsche und Ansprüche erläuterndes Memoire aus Plessen's Händen entgegen und versprach es in geeigneter Stunde vorzulegen. Nach einem späteren Schreiben des russischen Ministers hatte der Zar diese Ansprüche als billig anerkannt.

Bei einer Unterredung mit dem Kaiser Franz nahm Plessen Gelegenheit, die seinem Herrn so sehr am Herzen liegende Einigung Deutschlands zur Sprache zu bringen. Der Kaiser bemerkte, daß er die Würde eines Reichsoberhauptes nicht wieder annehmen, aber für eine

föderative Gestaltung Deutschlands gleich nach Abschluß des Friedens Sorge tragen werde. Von einer Spaltung des Reiches in zwei oder mehrere Staatengruppen könne ernstlich nicht die Rede sein.

Die Mission Plessen's war damit beendet und ihr Ergebniß ein durchaus befriedigendes. Er verließ den Kriegsschauplatz und traf am 28. Februar wieder in Basel ein, von wo aus er dem Herzog ausführlich berichtete. Für eine günstige Regelung des Rangverhältnisses waren die einflußreichen Mächte gewonnen. Eine Gebietsvergrößerung lag nicht in den Wünschen des Herzogs. Angesichts der schon damals in den Hauptquartieren durch die Abgesandten vieler kleinen Höfe kundgegebenen Begehrlichkeiten hatte Plessen es für nöthig erachtet, sich über diejenigen Gebietsaustauschungen zu informiren, welche die Nachbarländer Mecklenburgs oder gar dieses selbst betreffen konnten. Er hatte dabei constatirt, daß Preußen Lauenburg zu erwerben wünschte, um dieses gegen Schwedisch-Pommern eintauschen zu können, und daß der Kaiser Alexander den Gesandten Hamburgs und Lübecks die Selbstständigkeit dieser Städte zugesichert hatte.

„Besondere Absichten zur Austauschung von Ew. Durchlaucht Landen, entweder ganz oder zum Theil, sind mir bei allen diesen Unterhandlungen keineswegs vorgekommen, und wenn ich mich allerdings gehütet habe, hierüber auch nur die mindeste Besorgniß blicken zu lassen, so habe ich doch auch nirgend dergleichen merken können, oder sonst davon etwas in Erfahrung gebracht. Ueberhaupt erlaube ich mir in diesem Betracht nur die Bemerkung, daß bei jetzigem Zustand der Dinge wohl solche Zumuthungen von der Convenienz eines Dritten gemacht werden könnten, um zu sehen, wie man sich dabei benimmt, und wie weit dergleichen durchzusetzen sein dürfte, daß aber eine Vertauschung alter Länder, bei gehörigem Widerspruch und energischer Behauptung, doch nicht förmlich aufgedrungen werden kann."

Sehr interessant ist ein Bericht Plessen's vom 28. Februar über die damalige politische Lage und die Friedensverhandlungen. Er recapitulirt zunächst die letzten Vorgänge:

„Es ist bekannt, wie zuerst die Alliirten, durch ihre Militäroperationen an den Rhein unerwartet schnell geführt, diesen Strom nicht überschreiten wollten, und durch den Herrn von St. Aignau dem Kaiser Napoleon einen Frieden antrugen, wonach der Rhein, die Alpen und Pyrenäen die Grenzen des französischen Reichs ausmachen sollten. Zögerungen von beiden Seiten machten, daß diesen Anträgen keine rechte Folge gegeben ward, und die Alliirten inzwischen zu Ende December vorigen Jahres über den Rhein ins altfranzösische Gebiet gingen. Da der geringe Widerstand, welchen sie fanden, sie dabei schnelle Fortschritte machen ließ, so kamen die verbündeten Souverains in Langres zusammen, und setzten

unter sich fest, daß der Zustand von Frankreich beim Ausbruch der Revolution, insbesondere die Grenzen des französischen Reichs im Jahre 1792 die Basis des gemeinschaftlich abzuschließenden Friedens sein sollten. Hieraus entstand nun die zweite Periode der Unterhandlungen. Der Friedenscongreß ward zu Châtillon-sur-Seine im Februar dieses Jahres förmlich etablirt. Als Bevollmächtigte erschienen darauf von Oesterreich der Graf Stadion, von Rußland Graf Rasumowsky und als Gehülfe desselben der Geheimrath von Anstett, von Preußen Minister Baron Humboldt, von England Lord Cathcart, Lord Aberdeen und General Stuart, von französischer Seite Monsieur Caulaincourt, Duc de Vicenze. Napoleon stellte sich Anfangs gewaltig an und tobte darüber, daß man mit ihm Frieden schließen wolle und inzwischen in seine alten Länder eingerückt wäre und solche verheere. Er erklärte auch, nicht eher Frieden schließen zu wollen, als bis jene Provinzen vom Feinde geräumt wären. Die Fortschritte der Alliirten und seine Verlegenheit machten jedoch bald, daß er andere Saiten aufzog. Unter wiederholten Versicherungen, daß er die größtmöglichsten Aufopferungen zur Herbeiführung des Friedens machen wolle, waren die Unterhandlungen zu Châtillon von seiner Seite nur auf die Feststellung eines Waffenstillstandes gerichtet, und die Alliirten zeigten sich dazu auch bereit, wenn ihnen die bedeutendsten Festungen, welche sie im Rücken hatten, dagegen überliefert würden. Die glücklichen Gefechte, die Napoleon inzwischen gegen den Feldmarschall Blücher, den General Wintzingerode und den Kronprinzen von Württemberg schnell hintereinander ausführte, bewogen ihn sogleich, die Antwort hierüber auszusetzen und die Unterhandlungen dadurch ins Stocken gerathen zu lassen, welche ohnedem nur sehr zögerlich betrieben wurden, da bis zum 23. Februar, wie ich mich dort befand, überhaupt nur drei wirkliche Conferenzen unter den Bevollmächtigten gewesen waren. — Die dritte Periode der Friedensunterhandlungen fängt hiermit an, indem die Alliirten gewahr wurden, daß mit Napoleon kein dauerhafter Friede zu schließen sein würde, und sie bei dem Zusammentreffen in Troyes den Gedanken und die Möglichkeit ins Auge faßten, der ganzen Regierung Napoleon's ein Ende machen zu können, wenn sie mit irgend einer anderen Autorität des französischen Reiches Frieden tractiren und abschließen könnten. Nur in der Ansicht und in der Art dieses auszuführen herrschten noch merkwürdige Verschiedenheiten in den Cabinetten der Alliirten. Der Kaiser von Rußland hatte den sehr entschiedenen Wunsch und die Hoffnung, Napoleon vom Throne stürzen zu können, und er ist es, der in dieser Hinsicht auch vorzüglich die Schnelle der Militäroperationen und ihre Richtung gegen Paris betrieb. England war jedoch noch mehr für einen Frieden mit Napoleon, weil dieser Friede jetzt so große Vortheile an England gewähren konnte, und das jetzige Ministerium wohl bei irgend einem Mißlingen die laute Stimme der Opposition im Parlamente zu fürchten hatte, welche unter den bisherigen glücklichen Umständen ganz geschwiegen hatte. Oesterreich und Preußen neigten auch mehr zum Friedensabschluß mit Napoleon, weil für sie damit der unerwartet große Vortheil ihrer Wiederherstellung in den vorigen Stand verbunden war. Eigentlich aber traute keine von diesen Mächten der französischen Nation. Es ist nicht möglich, einem großen Volke einen Monarchen geben oder aufdringen zu können. Man wollte also, daß die Nation sich vorher einigermaßen prononciren sollte, und die Franzosen trugen, nicht mit Unrecht, hierbei Bedenken, indem sie auf den Congreß von Châtillon blickten, wo eben

die Alliirten noch mit Napoleon tractirten. Sonst kann man wohl annehmen, daß der größere Theil der Nation Napoleon abgeneigt ist, und sich bei einem zweckmäßigen Schritt der Alliirten gegen ihn erklären möchte. Die Bourbons sind bei dem größeren Theile der Nation in dem Zeitraume von mehr als zwanzig Jahren seit ihrer Auswanderung fast ganz vergessen; sie würden sich aber baldigen Anhang verschaffen können, wenn durch sie und ihre Einsetzung der Friede an Frankreich gegeben würde. Indessen war in Ansehung ihrer bei meiner Abreise noch kein fester Entschluß von den Alliirten gefaßt, und besonders stand die Familienverbindung Oesterreichs dabei im Wege, welches nicht undeutlich den Wunsch zu erkennen gegeben haben soll, daß, im Falle Napoleon's Sturz bewirkt werden könne, die Kaiserin Marie Luise als Regentin für den König von Rom proclamirt werden möchte."

Nicht ohne Besorgniß blickt Plessen auf die nach dem Frieden einzuleitenden Ausgleichs-Unterhandlungen, durch welche so viele und so widerstrebende Interessen befriedigt werden sollten. Wenn Rußland die einzig mögliche Acquisition in Preußisch-Polen mache und Preußen dafür am Rhein entschädigt werde, so würde dies eine Menge anderer Compensationen nach sich ziehen. Oesterreich scheine die deutsche Kaiserwürde nur deshalb abzulehnen, weil es besorge, daß ihm dieselbe besonders hoch angerechnet, und ihm deshalb weniger Gebietszuwachs bei der Ausgleichung zugewiesen werden würde. Bemerkenswerth ist endlich, daß, wie Plessen in den Hauptquartieren erfahren hatte, eine Combination bestand, nach welcher der neue deutsche Bund mit Ausschluß von Oesterreich und Preußen gebildet werden, nur die übrigen Staaten umfassen und unter die Garantie der vier verbündeten Großmächte gestellt werden sollte. Ueberhaupt traten schon damals, noch ehe der Feind besiegt und die Unabhängigkeit Deutschlands wieder hergestellt war, alle jene unlauteren, selbstsüchtigen Bestrebungen hervor, die sich später auf dem Wiener Congreß in so unwürdiger Weise geltend machten.

Die mecklenburgischen Unterhändler kehrten nun nach der Heimath zurück. Herzog Friedrich Franz war sehr erfreut über die günstigen Bedingungen, welche Mecklenburg hinsichtlich der Kriegslasten eine bevorzugte Stellung gewährten, wie sie bisher nur Bayern, Württemberg und Hannover eingeräumt worden war. Plessen schätzte die durch das Abkommen gewonnene, finanzielle Erleichterung auf mindestens $1\frac{1}{2}$ Millionen Reichsthaler. Ein Erlaß des Herzogs an die Stände, welcher die Uebersendung der Tractate begleitete, wies darauf hin, daß die erzielten Vortheile den „geschickten und eifrigen Bemühungen" seines Gesandten

zu danken seien. Der Engere Ausschuß bezeichnete es in seiner Erwiderung vom 5. April als eine „angenehme Pflicht, das große Verdienst des abgeordneten Ministers anzuerkennen,“ und gab diesen Empfindungen auch noch in einem anderen, an Plessen gerichteten Schreiben Ausdruck, welches mit den ehrenvollen Worten schloß: „Wohl dem Lande, wo der vaterländisch gesinnte Minister mit dem Zutrauen seines gnädigsten Fürsten auch die Liebe und das Vertrauen aller Einwohner vereinigt!“ —

Während der Verhandlungen mit den alliirten Mächten hatte die mecklenburgische Brigade unter beschwerlichen Märschen in dem tiefen Schnee Holstein verlassen und sich unter dem Commando des Erbprinzen über Lüneburg, Hannover und Minden auf den westlichen Kriegsschauplatz begeben. In und um Aachen wurden für einige Wochen Cantonnements bezogen. Am 24. März löste die Brigade das Lützow'sche Corps in der Belagerung von Jülich ab, blieb in dieser Stellung bis zum 22. April und marschirte dann über Aachen in die Gegend von Verviers, wo sie nach erfolgtem Friedensschluß bis zum 7. Juni in ihren Quartieren verblieb, um alsdann den Rückmarsch nach Mecklenburg anzutreten.

Der Erbprinz benutzte diese Ruhezeit zu einem Ausflug nach Paris, wo er sich den Monarchen vorstellte und insbesondere mit seinem Schwager, dem Kaiser Alexander, häufig verkehrte. Er begab sich von dort direct nach der Heimath zurück, weil der Gesundheitszustand seiner zweiten Gemahlin Besorgnisse einflößte. Seit dem 1. Juli 1810 war er mit Caroline Luise, einzigen Tochter des Herzogs Carl August von Sachsen-Weimar, vermählt. Am 24. Januar hatte dieselbe einer Tochter das Leben gegeben. Die Schicksale dieser Prinzessin, deren erste Lebenstage mit den heißen Kämpfen auf den französischen Schlachtfeldern zusammenfielen, sollten dereinst mit der Geschichte Frankreichs eng verflochten werden. Dreiundzwanzig Jahre später betrat Herzogin Helene als Braut des französischen Thronerben den Boden des neuen Vaterlandes, welches ihr viel Glück, aber auch viel Thränen bringen sollte. Plessen, der dem erbprinzlichen Paar sehr nahe stand, fand bei seiner Rückkehr nach Ludwigslust die junge Mutter noch in einem leidenden Zustande. Man befürchtete, daß die Folgen des Wochenbetts den Grund zu einer auszehrenden Krankheit legen würden. In der That blieb die Erbprinzessin seit jener Zeit kränklich und starb schon nach zwei Jahren. — —

Der Krieg war beendet, der Mann, der unsägliches Elend über Deutschland gebracht, besiegt und verbannt. Es galt nun die Früchte des Sieges zu pflücken und den Grund zu einem dauerhaften Frieden zu legen. Aber schon die Pariser Maiverhandlungen ließen den Unterschied des Standpunktes, den die einzelnen Mächte der neuen Regierung Frankreich gegenüber einnahmen, deutlich erkennen, und der Bourbonenhof verstand es, diesen Zwiespalt geschickt auszunutzen. Preußen wurde mit seiner Forderung einer Kriegsentschädigung abgewiesen, und wenn dies einer deutschen Vormacht widerfuhr, was durften da die kleineren Staaten erwarten? Selbst mit dem billigen Verlangen einer Rückgabe aller geraubten Kunstschätze vermochte Hardenberg nicht durchzudringen. Die Quadriga des Brandenburger Thors, der Degen Friedrich's des Großen und einige Bücher waren Alles, was die siegreichen Preußen zurückführen durften. Natürlich blieben auch die werthvollen Gemälde und Skulpturen, welche aus den mecklenburgischen Schlössern und Galerien fortgeschleppt waren, im Besitz der Franzosen. Es bedurfte eines zweiten Feldzugs, um sie zurück zu erlangen. Bei der allgemeinen Ermattung, die sich nach den jahrelangen Kämpfen und nach den Anstrengungen der letzten Campagne aller Volksstämme Europa's, insbesondere der Deutschen, bemächtigt hatte, wurde der Verzicht auf das, was man gerechter Weise als Frucht des Sieges hätte beanspruchen dürfen, nicht einmal besonders schmerzlich empfunden. Das Ruhebedürfniß war zu allgemein, zu intensiv. Auch an die Verhandlungen des Wiener Congresses, dessen Eröffnung im Herbst bevorstand, knüpften weiterblickende Fürsten, insofern es sich um Erlangung materieller Vortheile handelte, nur geringe Erwartungen. Herzog Friedrich Franz sah voraus, daß bei dem dort zu gewärtigenden Kampf der Interessen und Begehrlichkeiten nur die Großen und die von ihnen unterstützten Cabinette ihre Ansprüche durchsetzen würden. In der Instruction, welche er seinem Bevollmächtigten dahin mitgab, war auf die Verfechtung der Entschädigungsansprüche zwar auch hingewiesen, das Hauptgewicht aber auf die Neuorganisation des deutschen Staatenverbands gelegt. Die Regelung dieser Frage lag dem alten Herrn ganz besonders am Herzen.

Zum Congreßgesandten war begreiflicher Weise Minister von Plessen ausersehen worden. Für diese Wahl war neben dem Vertrauen des Fürsten und der neuerdings wieder bewiesenen, diplomatischen

Geschicklichkeit Plessen's auch der Umstand entscheidend gewesen, daß derselbe den Monarchen Oesterreichs und Preußens, sowie den einflußreichen Staatsmännern der Alliirten persönlich bekannt, auch vom Regensburger Reichstage her mit dem bisherigen Gang der deutschen Verfassungsfrage vertraut war. Gerade dieser Gang aber hatte dem Herzog und seinen Ministern, — denn auch Brandenstein theilte in diesem Punkt ganz die Ansichten Plessen's, — die Ueberzeugung gewährt, daß der Bau des Reiches auf einer durchaus veränderten, neuen Grundlage aufgeführt werden müsse. Wir kennen die Anschauungen des Herzogs und seine entschiedene Vorliebe für ein festes Gefüge der Reichseinheit schon aus den oben erwähnten Propositionen zu einem Fürstenbund. Dieselben finden sich nun auch in der Instruction, welche Plessen für Wien erhielt, nur sind sie noch schärfer bestimmt, näher begründet und entschiedener betont. Dieses höchst merkwürdige und in seiner Art damals vielleicht einzige Actenstück enthält in einundzwanzig Artikeln die Grundzüge zu einer deutschen Reichsverfassung, die der heute bestehenden sehr ähnlich ist. Verlangt werden darin: ein erbliches Reichsoberhaupt, ein ständiger Fürstenrath, ausgestattet mit Befugnissen, wie sie etwa heute dem Bundesrath zustehen, ein Reichsgericht, eine einheitliche Heeresverfassung mit centralisirter Leitung, Gleichmäßigkeit der Verfassungen in den Einzelstaaten, Einheit von Münze, Maaß und Gewicht, ja sogar, was im heutigen Reich noch nicht zur Anwendung gelangt ist, eine Reichseinkommensteuer zur Unterhaltung der militärischen und sonstigen Reichsinstitutionen. Ein Reichstag, aus Abgeordneten der Einzelstaaten gebildet, sollte nur periodisch zusammentreten, um über Abänderungen der Verfassung oder außerordentliche Reichsbedürfnisse zu berathen und bei dem Recurs eines Reichsstandes gegen Verfügungen des Fürstenrathes mit zu entscheiden. In allen diesen Vorschlägen spricht sich der Wunsch aus, das Reich centralistisch zu einen und eine starke, unter die ausschließliche Führung des Reichsoberhauptes gestellte Wehrkraft zu erzielen. „Alles, was dazu führen kann," heißt es wörtlich, „die Machtstellung des Reiches zu fördern, wird Uns angenehm sein." In den folgenden Artikeln weist der Herzog auf die Nothwendigkeit hin, die Territorialverfassungen den Erfahrungen der jüngsten Zeit entsprechend zu modificiren. Er verlangt eine gleichmäßige Vertheilung der Militärlast und der Steuern auf alle, selbst auf die bisher privilegirten Stände, Ersetzung

der Virilstimmen durch Collectivstimmen in den Landtagsversammlungen und, was für die vorurtheilsfreie Denkart des Herzogs bezeichnend ist, Vertretung der Bauernschaft, soweit sie freies Eigenthum besitzt. Bei diesen letzteren Vorschlägen ging Friedrich Franz von der Verfassung seines eigenen Landes aus, die er zwar hochhielt, aber doch einiger Modificationen bedürftig erachtete. Namentlich sollten die Landessteuern gerechter vertheilt, und zu den außerordentlichen Contributionen alle Stände ausnahmslos herangezogen werden, was bisher nicht der Fall war. „Hierbei muß den Wirkungen des Egoismus, welcher sich in den Landesversammlungen bei einzelnen Individuen oder einzelnen Classen regen könnte, vorgebaut werden, und es muß keinem Stande erlaubt sein und einfallen können, solchen Steuern sich zu entziehen." Am Schluß der Instruction erklärt sich der Herzog mit der Wiederherstellung und Dotirung des deutschen Ordens, falls dies auf dem Congreß angeregt werde, einverstanden. Doch müßte der Orden alsdann aufhören, eine bloße Versorgungsanstalt für den Adel darzustellen und dahin reformirt werden, daß er in Zukunft auch an der Vertheidigung des Reichs gegen äußere Feinde theilnehme.

Der Verlauf des Congresses hat, wie wir näher sehen werden, den vom Herzog gehegten Erwartungen keineswegs entsprochen. Auch haben nur wenige der in diesem Schriftstück niedergelegten Grundgedanken in der Bundes-Acte Eingang gefunden. Immerhin spricht sich in demselben eine bei den Regenten jener Zeit so seltene, humane wie patriotische Gesinnung aus, daß ein kurzes Eingehen auf jene Urkunde angemessen erschien, umsomehr als der Herzog und sein Gesandter auch später während der langen Zeit ihres Zusammenwirkens und in den verschiedenen Phasen, welche die deutsche Bundespolitik durchlief, den hohen, selbstlosen Standpunkt und weitschauenden Blick treu bewahrt haben, den die Grundzüge des vorstehenden Verfassungsentwurfs deutlich erkennen lassen.

Am 7. September traf Plessen von Teplitz aus, wo er eine vierwöchentliche Kur gebraucht hatte, in Wien ein. Er hatte den zweiundvierzig Meilen langen Weg in drei Tagen zurückgelegt. Das Wetter war regnerisch und selbst die anmuthige Gegend, die er durchfuhr, erschien in einem trüben Licht. Die ersten Tage vergingen mit der Installation, dem Miethen einer Equipage, Besuchen und Erkundigungen. Noch waren wenige Congreßmitglieder angekommen. Aber die Stadt war

schon von Fremden überfüllt, die von allen Theilen Europas herbeiströmten, um dem seltenen Schauspiel beizuwohnen. Neugier, Schaulust, die Hoffnung auf Entschädigung oder Gewinn, Ehrgeiz oder Vergnügungssucht trieb sie herbei. Abenteurer und Intriganten, Hochstapler und professionelle Spieler mischten sich unter die Zahl vornehmer Müßiggänger, welche die Erwartung glänzender Feste und der Zusammenfluß so vieler Berühmtheiten anlockte. Man hat die Zahl der während des nächsten Winters in Wien anwesenden Fremden auf ca. hunderttausend veranschlagt. Bereits im September waren alle Gasthöfe besetzt, die besseren Privatquartiere für die Fürsten, ihr Gefolge und die Gesandtschaften in Beschlag genommen. Die Wohnungspreise waren exorbitant; Lord Castlereagh z. B. zahlte für sein am Minoritenplatz 50 gelegenes Appartement fünfhundert £ (zehntausend Mark) monatlich. Viele Gesandte mußten zufrieden sein, in den entlegenen Vorstädten ein bescheidenes Unterkommen zu finden. Plessen's Wohnung befand sich Hohe Brücke 151, also noch in verhältnißmäßig guter Gegend.

„Mit meinem Quartiere," schrieb er am 14. September an seine Frau, „bin ich sehr zufrieden; es war wohl gut, daß ich es schon lange im Voraus bestellt hatte. Denn abgesehen davon, daß die Wohnungen seitdem um das Dreifache gestiegen sind, kann man derselben selbst zu den übermäßigen Preisen kaum noch habhaft werden. Mein Quartier besteht außer einem Bedienten-Vorzimmer aus einem Wohnzimmer, einem Putzzimmer (es ist mit weißer Seide tapezirt und elegant möblirt) und meinem Schlafzimmer, zusammen fünf Fenster vorn heraus und zwei Bedienten-Stuben nebst Küche nach hinten; Alles ganz abgesondert. Ich habe auch einige Verbesserungen angebracht (denn es stand ein sehr elegantes Bett in dem Putzzimmer, welches ich herausgeschafft) und wohne nun durchaus bequem und anständig. Ich denke oft daran, wenn Du mich hier so sehen könntest. Wegen meiner Equipage habe ich vorsichtig für jeden Tag accordirt und zahle mit dem Trinkgeld für den Kutscher monatlich 500 fl. dafür.

Da die Königin von Sicilien in der Nacht vor meiner Ankunft hier plötzlich am Schlagfluß starb, so haben wir nun sechs Wochen Hoftrauer, zur Hälfte tief; die andere Hälfte wird den Hoffesten aber wohl Platz geben. Ich habe mir hier noch etwas Trauerzeug machen und eine neue Uniform etwas reicher sticken lassen, auch sonst noch allerlei Anschaffungen gemacht. Die Preise der meisten Dinge sind aber hier sehr hoch und, was ärger ist, sehr schwankend und ungewiß wegen des Papiergeldes im jetzigen Zustande.

Unter den Geschäftsmännern hier habe ich schon sehr viele Bekannte von den letzten und auch von früheren Zeiten angetroffen und habe mich schon etwas in Train und Zusammenhang gesetzt. Wenn nachher die Festivitäten anfangen, wird dazu wenig Zeit sein."

Dies sollte sich bald bewahrheiten. Schon in seinem nächsten

Briefe vom 23. September klagte Plessen über die Unruhe, Hast und Zerstreuung des Wiener Treibens.

„Um Jemanden zu Hause zu treffen, muß man schon des Morgens um 9 Uhr ausgehen. Um 10 Uhr ist Alles unterwegs, treibt sich herum, ohne viel oder nur etwas zu thun, und so ist man genöthigt, sich auch in das allgemeine Getreibe zu stürzen, aus dem man Abends müde und ziemlich leer heim kommt. So bin ich denn zumeist von 10 Uhr Vormittags bis 11 Uhr Abends unterwegs gewesen, Mittags nur eine halbe Stunde eingekehrt und habe mich Abends angetrieben gefühlt, noch eine gute Stunde zu lesen, um doch nicht so leer zu Bette zu gehen. So viel ich kann, thue ich Einhalt und suche mich zu sammeln. Mancherlei wirkliche Unterhaltungen kommen bei alledem doch auch vor; man macht interessante Bekanntschaften. Das Schauspiel ist gut, ganz gut. Ich besuche es häufig, so lange die großen Abendgesellschaften noch Zeit dazu lassen.

Es sammelt sich jetzt immer mehr mit jedem Tage. In den Straßen ist die Zahl der Fremden sehr auffallend. Ich war schon zu verschiedenen Diners geladen; man speist hier überall sehr gut. Die österreichischen Familien haben ihre Salons noch nicht geöffnet. Ich bringe die Abende öfters bei der Fürstin Taxis zu, wo man immer Leute antrifft. Meine Gesundheit ist hier immer vollkommen gut."

Bei Plessen's Ankunft war von den Bevollmächtigten der Großmächte nur erst der preußische Minister von Humboldt zugegen. Plessen besuchte ihn sogleich. Auch dem Fürsten Metternich, welcher noch in Baden weilte, aber häufig in die Stadt kam, konnte er sich vorstellen. Als Ergebniß dieser Unterredungen berichtete er, daß die Vorarbeiten für den Congreß noch sehr mangelhaft seien und man sich ebenso über dessen Organisation und Geschäftsordnung, als über die der Versammlung vorzulegenden Materien in völliger Unklarheit befände. Man hoffe indessen den Congreß in den ersten Tagen des October eröffnen und nach etwa vier Wochen schließen zu können. (!) Die Annahme einer Erledigung so wichtiger Arbeiten in einem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum ist ziemlich auffallend, findet sich aber in späteren Berichten noch oft wiederholt. Ja, selbst im November hegte Plessen noch die bestimmte Erwartung, die Versammlung werde Mitte December auseinander gehen, denn Kaiser Alexander habe es sehr eilig und wolle nach vorherigem Besuch verschiedener, deutscher Höfe jedenfalls zum russischen Weihnachtsfest wieder in Petersburg sein. Man zog damals augenscheinlich noch nicht die Störungen in Betracht, welche die Anwesenheit so vieler Fürsten und so vieler — schöner Frauen veranlassen sollte.

Plessen war übrigens, seiner Gewohnheit gemäß, schon in den ersten Tagen seines Wiener Aufenthaltes überaus rührig. Er besuchte die ihm bereits bekannten Bevollmächtigten, so die Grafen Christian Bernstorff und Münster, welche Dänemark und Hannover vertraten, die Gesandten Graf Rechberg und von Bildt, die in Regensburg seine Collegen gewesen, knüpfte neue Bekanntschaften an und suchte sich vor Allem über die ihm am nächsten liegenden Fragen der neuen Bundesverfassung und der Entschädigungen zu orientiren. In letzterer Hinsicht berichtete er schon am 12. September, daß keine Kriegserleidungen zum Ersatz und zur Schadloshaltung würden gebracht werden können, da es, wenn die Conventionen der Großmächte gehalten werden sollten, nicht nur an Stoff mangle, sondern auch die sogenannte, allgemeine Kriegsoperationskasse, welche durch Beisteuern der alliirten Staaten gebildet sei, sich in bankerottem Zustande befände. Nur die Hälfte der contrahirten Lieferungen würde daraus bezahlt werden können; dieselbe sei also vielmehr noch zu ergänzen. Auch zu einer Gebietsentschädigung für Mecklenburg sei wenig Aussicht, da in dem kürzlich ratificirten Tractat zwischen Preußen und Dänemark, letzteres die Abtretung Schwedisch-Pommerns eventualiter ausdrücklich zugesagt habe und Hannover seinerseits von einem Austausch Lauenburgs gegen Entschädigungen in Westfalen nichts hören wolle. Plessen meinte, daß ohne besondere Fürsprache einer der vier Großmächte hierin nichts zu erreichen und auf eine solche Fürsprache schwerlich zu rechnen sein werde.

Um so eifriger suchte er nun den Intentionen seines Herrn in der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse Geltung zu verschaffen. Aber auch hierin begegnete er überall Bedenken und Schwierigkeiten. Metternich hatte ihm gesagt, Oesterreich werde die Kaiserwürde nur dann wieder annehmen, wenn sie für erblich erklärt werde. Geradezu beunruhigt aber wurde der mecklenburgische Gesandte durch das Gerücht, daß Preußen in der zweiten geheimen Conferenz, welche die sogenannte deutsche Deputation abhielt, ein Verfassungsproject vorgelegt habe, das in allen Artikeln eine Majorisirung der mindermächtigen Staaten zum Ausdruck bringe. Schon in der spontanen Bildung dieser Deputation, welche aus Oesterreich, Preußen, Bayern, Hannover und Württemberg bestand, erblickte er einen bedenklichen Act von Eigenmächtigkeit der größeren Staaten und ein gefährliches Präjudiz für die Zukunft. Wenn

im Schoß dieser engeren Versammlung, in welcher drei Großmächte saßen, ein Verfassungsproject für Deutschland ausgearbeitet und alsdann dem Plenum vorgelegt werde, so sei es später überaus schwierig, die Grundlagen dieses Projects abzuändern, und auf diese Grundlagen komme es eben an.

Aber nicht nur in der deutschen, sondern auch in den andern europäischen Fragen trat das Bestreben der vier alliirten Mächte, die Angelegenheiten in ihrem Sinne zu ordnen und die Vertreter der Mindermächtigen von den Berathungen möglichst auszuschließen, sehr deutlich zu Tage. Selbst Frankreich, Spanien und die europäischen Mächte zweiten Ranges sollten daran nicht Theil nehmen. Allerdings war nach dem geheimen Artikel des zwischen den Alliirten geschlossenen Vertrags der Bourbonenhof von allen Gebietsverhandlungen ausgeschlossen. Erst der Geschicklichkeit Talleyrand's blieb es vorbehalten, die Theilnahme des französischen Vertreters an den Berathungen durchzusetzen. Vor seiner Ankunft, die am 23. September erfolgte, hatten sich die Alliirten durch vorbereitende Conferenzen bereits über die Geschäftsvertheilung verständigt. Es war nicht leicht, in das Chaos der neben einander laufenden und sich vielfach durchkreuzenden Fragen Ordnung und System zu bringen. Eine von Humboldt entworfene Geschäftsordnung, welche die Materien nach ihrer lokalen oder internationalen Bedeutung gliederte, stieß bei Oesterreich und England auf Widerspruch, und es kam schließlich zu einem Compromiß, nach welchem eine aus den Großmächten Spanien, Schweden und Portugal bestehende Commission die europäisch-politischen, der vorhin erwähnte Fünfer-Ausschuß die deutschen Verfassungsangelegenheiten bearbeiten sollte. Von Berathungen im Plenum war gar nicht die Rede, nicht einmal von einer rein formalen Eröffnungssitzung. Der einzige Act, der den Bestand des Congresses nach außen hin documentirte, war die Declaration vom 8. October, durch welche die Eröffnung des Congresses auf den 1. November vertagt wurde.

Der Ausschuß der acht Signatarmächte trat übrigens nur pro forma zusammen; er hielt während der nächsten Monate nur ganz vereinzelt Conferenzen ab, und diese bezogen sich auf allgemeine Fragen, wie Sklavenhandel, Seerecht und Fluß-Schifffahrtszölle. In den brennenderen Fragen, zu welchen in erster Linie die sächsische und polnische gehörten, verhandelten die Großmächte unter sich, theils durch

Notenaustausch, theils in vertraulichen Besprechungen. Durch den Eintritt Frankreichs erhielten diese freilich sehr bald einen veränderten Charakter. Schon in der ersten Sitzung vom 30. September, welcher Talleyrand beiwohnte, — Metternich und Nesselrode hatten die Einladung veranlaßt, — trat er mit einer Sicherheit und Entschiedenheit auf, welche seine Collegen aus der Fassung brachte. Er beanstandete die Anwesenheit Humboldt's, der den Fürsten Hardenberg wegen dessen bekannter Schwerhörigkeit in die Sitzungen begleitete, verlangte die Heranziehung des portugiesischen und des schwedischen Vertreters, und als er in dem Protokoll der vorangegangenen Sitzungen den Ausdruck „Verbündete" fand, fragte er, ob man sich noch in Chaumont befände, ob noch Krieg bestehe, wozu man verbündet sei und gegen wen? „Wenn es hier noch verbündete Mächte giebt," rief er aus, „dann bin ich hier zu viel, und dennoch, wäre ich nicht hier, würde ich Ihnen sicherlich fehlen. Meine Herren, ich bin vielleicht der Einzige, der nichts verlangt. Ich bitte nur um große Rücksichten für Frankreich, damit Sie es nicht unterschätzen!" Auch in den nächsten Sitzungen kam es noch zu stürmischen Scenen. Talleyrand sprach viel von Völkerrecht und dem geheiligten Princip der Legitimität. Der Entthronung des Königs von Sachsen und der Einverleibung dessen Landes in das preußische Gebiet erklärte er niemals zustimmen zu können. Es mochte seltsam erscheinen, einen Mann, der allen Regierungen Frankreichs gedient, stets den Mantel nach dem Winde getragen hatte, diesen diplomatischen Proteus, den „parjure de deux siècles", wie der Fürst Ligne ihn nannte, mit dem Ausdruck der Ueberzeugung seine Grundsätze betheuern zu hören. Aber der Umstand, daß Frankreich in der That auf dem Congreß keine Gebietserwerbungen verlangte, während die anderen Mächte um Länderstrecken haderten, gewährte dem schlauen Franzosen einen Vortheil, den er geschickt zu benutzen und soweit auszudehnen verstand, daß er nach einigen Wochen nicht nur die Allianz der vier Mächte sprengte, sondern eine ausschlaggebende Vermittlerrolle errang und damit seine Forderungen fast in allen Punkten durchsetzte. Sein erster Erfolg war, daß die Protokolle der von den vier Mächten im September abgehaltenen Sitzungen zerrissen wurden und man in einer zweiten Declaration wenigstens die Prüfung der Vollmachten aller zum Congreß entsandten Bevollmächtigten ansetzte.

War bei den Abmachungen der Großen die Mitwirkung der kleinstaatlichen Gesandten selbstverständlich ausgeschlossen, so wurde deren Interesse um so mehr von dem Gang der deutschen Verhandlungen in Anspruch genommen, und dieser war nicht derart, große Hoffnungen zu erwecken. Plessen berichtete darüber eingehend. Er bemerkte sehr bald, daß auf ein Zusammenhalten der süddeutschen Mittelstaaten mit dem Gros der Kleinstaaten gegenüber den Herrschergelüsten der beiden Vormächte nicht zu rechnen sei. Bayern wollte selbst die Großmacht spielen, trat äußerst selbstbewußt auf; hatte doch Fürst Wrede offen erklärt, es läge Bayern nichts an dem Eintritt in den deutschen Bund. Auch Württemberg und Baden verhielten sich gegen die Annäherung der Mindermächtigen kühl und ablehnend. Nach Plessen's Ansicht konnte einem Vertreter der letzteren nur die Aufgabe zufallen,

1. dahin zu wirken, daß dem Reich ein möglichst einheitliches, nach außen kräftiges Gefüge gegeben werde, und dazu müsse ein Jeder Opfer bringen,

2. gegen eine Theilung Deutschlands in zwei oder gar mehrere Herrschafts-Sphären energisch zu protestiren.

Deshalb erschien ihm der in der Separatconferenz vorgelegte preußische Entwurf höchst bedenklich. Derselbe war von Humboldt verfaßt und wurde noch streng geheim gehalten. Durch seine guten Verbindungen hatte sich aber Plessen eine Abschrift zu verschaffen gewußt und nach Schwerin eingesandt. Nach diesem Entwurf sollte Deutschland in sieben Kreise eingetheilt werden: den Oesterreichischen, Bayerischen und Württembergischen, bestehend aus den betreffenden Ländern, dem oberrheinischen, worin Oesterreich, dem niederrheinisch-westfälischen und obersächsischen, worin Preußen Dirigent wäre, und dem niedersächsischen, dessen Directorium Hannover zufiel. Diese Dirigenten, Kreisobersten genannt, sollten nicht nur in Militärsachen, sondern auch im Polizeiwesen eine ausgedehnte Gewalt innerhalb der Kreise ausüben und nebst ihren Assistenten (Hessen und Baden) einen executiven Ausschuß bilden. Jeder Kreis würde auch ein oberstes Gericht haben. In dem stehenden Executivausschuß, der alle Bundesangelegenheiten zu ordnen hätte, würde Oesterreich das Directorium und Preußen die Assistenz erhalten. Das Uebergewicht auch der Mittelstaaten über die kleineren trat in allen ferneren Bestimmungen deutlich hervor, so daß Plessen entrüstet schrieb, er könne nicht glauben, daß ein solcher

Plan ernst gemeint sei. „Doch weiß ich gewiß," setzte er hinzu, „daß weder Ew. Herzogliche Durchlaucht noch irgend ein freier, deutscher Fürst eine solche unterdrückende Verbindung eingehen können noch dürfen!" —

Auf Plessen's Anregung traten nun die Bevollmächtigten der in dem Fünfer-Ausschuß nicht vertretenen Staaten zusammen, um sich über ihre gemeinsamen Interessen zu berathen. Alle, mit Ausnahme Badens, waren zugegen. Man kam überein, ein Mitglied an den Fürsten Metternich zu deputiren mit der Erklärung, daß die Versammlung sich durch die Bestellung des Fünfer-Ausschusses „zurückgesetzt und zu Besorgnissen veranlaßt" fühle und die Zuziehung mindermächtiger Staaten beantrage. Die Wahl fiel auf Plessen. Dieser aber lehnte mit dem Hinweis ab, daß es die Sache fördern könnte, wenn der Gesandte eines vormaligen Kurfürsten hierbei das Wort führe. Auch sei es besser, daß, nachdem er selbst bereits mit den Ministern der Großstaaten Unterredungen über diesen Punkt gehabt, nun auch noch ein anderes Mitglied der Versammlung mit ihnen in directe Verbindung träte. Er schlug den kurhessischen Gesandten, Grafen Keller, vor. Dieser ward deputirt und von Metternich empfangen. Derselbe erklärte zwar, daß die Heranziehung anderer Vertreter zu den confidentiellen Sitzungen nicht mehr thunlich sei, gab aber beruhigende Zusicherungen und stellte eine schriftliche Mittheilung über die Berathungen des Ausschusses in nahe Aussicht. Uebrigens wurde bald bekannt, daß Oesterreich den preußischen Vorschlag einer Kreiseintheilung abgewiesen habe.

Inzwischen hatte Plessen seine Audienzen am kaiserlichen Hofe gehabt und dem Kaiser Franz ein Handschreiben des Herzogs übergeben, in welchem es unter Anderem hieß:

„Sehr lebhaft ist in mir die Erinnerung aller der Verdienste, welche das erhabene, österreichische Kaiserhaus durch eine lange Reihe von Jahren um die deutschen Fürsten sich erworben und des ausgezeichneten Ruhmes, womit dieses Kaiserhaus die Würde eines Reichsoberhauptes bekleidet hat. Ich kann daher den gegenwärtigen, so wichtigen Moment nicht vorübergehen lassen, ohne Euer Kaiserl. Majestät meine dankbaren Gesinnungen zu bezeugen, und ich hege nach der mir erklärten Gewogenheit und stets erwiesenen Gunst die unbedingte Zuversicht, daß Allerhöchstdieselben bei der bevorstehenden Einrichtung des deutschen Vaterlandes und Gebietes ebenfalls für mich, für meine Hoheits-Rechte und mein Land Alles wohlwollend lenken und mir Allerhöchst Ihren Schutz und

gerechte Unterstützung in allen begründeten Ansprüchen und Gerechtsamen gnädigst angedeihen lassen werden."

Kaiser Franz äußerte sich diesen Erwartungen gegenüber sehr wohlwollend, bemerkte aber dem Gesandten, daß die deutschen Angelegenheiten nicht eher vorgenommen werden könnten, als bis andere politische Fragen wie die betreffs Polens und Sachsens erledigt wären. Hinsichtlich des Königs von Sachsen setzte er noch sehr ausdrucksvoll hinzu: „Wenn man nicht sein Land haben wollte, so würde man auch das, worin er etwa gefehlt, nicht so hoch anrechnen können."

Inzwischen waren nun auch die Monarchen eingetroffen. Am 22. September kamen die Könige von Württemberg und von Dänemark, am 25. der Kaiser Alexander und der König von Preußen. Eine große Schaar souveräner und mediatisirter deutscher Fürsten fand sich in der Hauptstadt ein, ebenso verschiedene hohe Damen, wie die Fürstinnen von Thurn und Taxis und Ysenburg, welche die Interessen ihrer Häuser besser als ihre Männer zu vertreten glaubten.

„Man scheint hier," schrieb Plessen, „gar nicht sehr davon erbaut, daß so viele Fürsten in Person hierher kommen und sich selbst angesagt haben, wenigstens hat man mich versichert, daß keiner derselben, mit Ausnahme der großen Verbündeten, von hier aus eingeladen worden. Auch hat man mir heute bestimmt gesagt, Se. Heiligkeit der Papst habe Neigung bezeigt, zum Congreß hierher kommen zu wollen; die Antwort sei aber gewesen, wie man nicht wisse, daß hier Gegenstände auf dem Congresse verhandelt würden, welche die Kirche und das Seelenheil der Völker angehen."

Den Glanzpunkt der zahlreichen Empfangsfeierlichkeiten bildete zweifellos der Einzug der drei verbündeten Monarchen, welche soeben den glänzenden Feldzug beendet hatten und nun zu gemeinsamem Friedenswerk in die festlich geschmückte Stadt einritten. Kaiser Franz empfing seine Verbündeten am unteren Ende der Taborbrücke, welche auf das linke Donauufer führt. Man begrüßte sich mit herzlichen Umarmungen und stieg zu Pferde. Oesterreichische Truppen, sämmtlich in neuer Ausrüstung, bildeten Spalier. In der glänzenden Suite, welche den Monarchen folgte, schimmerten die Uniformen aller europäischen Armeen, ritten die Träger der berühmtesten Namen. Eine unabsehbare Volksmenge bedeckte die Ufer des Stromes und drängte sich in den Straßen der Stadt. Alles wollte den Festzug sehen, den man nach einer fast zwanzigjährigen Kriegszeit nun als das Symbol einer beginnenden

Friedensära mit jubelndem Zuruf begrüßte. Am nächsten Tage folgte der Einzug der Kaiserin von Rußland. Die Kaiserin von Oesterreich, gefolgt von ihrem ganzen Hofstaat, fuhr ihr bis zur Kirche von Maria-Brunn entgegen. Dorthin begaben sich auch die Kaiser. Die beiden fürstlichen Paare bestiegen sechsspännige, offene Kaleschen und fuhren, umgeben von berittenen Pagen, der ungarischen Edelgarde, den militärischen Stäben und Cavalleriedetachements, im Schritt nach der Hofburg, woselbst für das russische Kaiserpaar, die vier Könige, die Königin von Bayern, die Großfürstinnen Marie und Catharina und einen Theil der Angehörigen und des Gefolges dieser Fürstlichkeiten Wohnungen hergerichtet waren. Es bedurfte in der That weitläufiger Räume, wie sie das österreichische Kaiserschloß enthielt, um eine so große Zahl vornehmer Gäste beherbergen zu können. Mit dem König von Preußen waren auch die Prinzen Wilhelm und August eingetroffen. Es würde zu weit führen, die Namen der sonst interessanten und größtentheils berühmten Persönlichkeiten aufzuzählen, welche theils im Gefolge der Monarchen, theils als Abgesandte ihrer Höfe während dieser Zeit in Wien weilten. Nur einige mögen Erwähnung finden und zwar auf Grund einer Liste, welche Namen, Rang und Wohnung aller officiellen Personen enthielt und einem der Plessen'schen Berichte als Anlage beigefügt war. Im Gefolge des Kaisers von Rußland befanden sich die Minister Grafen Rasumowski, Stackelberg, Capo d'Istria, Nesselrode und Freiherr vom Stein, die Fürsten Galizin, Dolgorucky, Ypsilanti, Narischkin, Repnin, Trubetzkoy, Wolkonsky I und II, von bekannteren Diplomaten Pozzo di Borgo und Anstett, unter den sieben Generalen Jomini und Uwaroff; im Gefolge der Kaiserin die Fürstinnen Prosorowski und Suwarow und die Hofdamen Strudzka und Walujeff. Die Liste der preußischen Herren führte dreiundvierzig Namen auf, unter ihnen den Fürsten Hardenberg, die Minister Fürst Wittgenstein und Baron Humboldt, den Generalpostmeister von Mann, Oberstallmeister von Jagow, die Generale von dem Knesebeck und von Schöler, die Geheimen Räthe der Staatscanzlei Stägemann, Jordan und Hoffmann, die Grafen von Schladen und von Schlitz, den Fürsten Radziwill &c. In der Begleitung des bayerischen Königspaares befanden sich, außer dem Kronprinzen und dem Prinzen Carl, der

Marschall Fürst Wrede, die Minister Grafen Montgelas und Rechberg, der Hofmarschall Baron Washington, die Hofdamen Gräfinnen Taxis und Minuci, der Oberstallmeister Baron Kesling, General Graf Rechberg, die Kammerherren Graf Törring und von Freyberg und ein zahlreicher militärischer Stab. Der König von Württemberg war gleichfalls von seinem Sohn, dem Kronprinzen begleitet, außerdem von den Ministern Grafen Beroldingen und Witzingerode, dem Oberstallmeister Grafen Görlitz, den Generalen von Breuning und Graf Dillen, den Adjutanten Prinzen Hohenlohe und Taxis. In dem Gefolge des Königs von Dänemark und seiner Gesandtschaft nimmt das bekannte Brüderpaar Joachim und Christian von Bernstorff unbedingt den vornehmsten Platz ein. Neben ihnen verdient der Minister Baron Rosenkranz, früher lange Gesandter in Petersburg, gleichfalls Erwähnung. Die Stellung des unglücklichen Königs, über dessen Gebiet hier verfügt wurde, war eine überaus peinliche, und nur die Gewandtheit und Klugheit seiner Räthe, welche in der diplomatischen Welt allgemeiner Achtung und Anerkennung genossen, machte dieselbe einigermaßen erträglich.

Wir brechen mit den königlichen Höfen ab. Eine Fortsetzung dieser Nomenclatur würde ermüden. Wir müssen indessen noch der Vertretung der beiden bisher nicht erwähnten Großmächte England und Frankreich unsere Aufmerksamkeit zuwenden, weil ihre Staatsmänner auf den Gang der Verhandlungen bald einen entscheidenden Einfluß ausübten. Im eminenten Sinne war dies beim Fürsten Talleyrand der Fall. Sehr auffallend war der Umschwung, der sein öffentliches Auftreten begleitete. In den ersten vierzehn Tagen seines Wiener Aufenthaltes begegnete er sowohl bei seinen Collegen als in der Gesellschaft einem unverhohlenen Mißtrauen. Die Monarchen waren kühl gegen ihn; am 1. October hatte er mit dem Kaiser Alexander eine erregte Scene. Der Zar war barsch und heftig, und die Verstimmung, die er auch sonst gegen Talleyrand bekundete, wirkte natürlich auf das Verhalten der diplomatischen Welt zurück. Der Botschafter lebte daher sehr eingezogen, wich den Einladungen aus und verkehrte fast nur mit dem Personal der französischen Mission. Aber sehr bald sollte sich dies ändern. Mit dem Einfluß auf die diplomatischen Verhandlungen wuchs auch seine sociale Stellung. Man drängte sich an ihn; seine geistreiche Unterhaltung ward

nicht minder gesucht, wie seine vorzügliche Tafel, und bald war sein Salon im Palais Kaunitz (Johannesgasse 1029), wo seine liebenswürdige und schöne Nichte, Gräfin Edmond Perigord, die Honneurs machte, der Mittelpunkt der vornehmen Kreise. Auch Plessen fand sich häufig dort ein. Er war früher mit dem Fürsten nicht in persönliche Berührung gekommen. War aber der Ruf des französischen Staatsmanns, der als der gewandteste Diplomat seiner Zeit galt, an sich schon geeignet, sein Interesse zu wecken, so wurde dasselbe jetzt, wo Talleyrand's Einfluß auf die Congreßverhandlungen auch den Fernstehenden bald ersichtlich wurde, noch besonders gefesselt. Dabei mahnte das sichtliche Bemühen des Botschafters, die ehemaligen Rheinbundstaaten an sich zu ziehen und gewissermaßen ihre Sache zu der seinigen zu machen, zu Wachsamkeit und Vorsicht. Plessen traute der Redlichkeit dieser im Verkehr mit den kleinen Gesandten oft geäußerten Absicht keineswegs und that recht daran. Talleyrand wollte die Gefolgschaft der Mittel- und Kleinstaaten nur benutzen, um den Zwiespalt im deutschen Lager zu verschärfen und eventuell einen Druck auf Oesterreich und Preußen ausüben zu können. Die Einheitsbestrebungen der patriotisch gesinnten Höfe war er keineswegs geneigt zu unterstützen, und ihr Ringen nach einer relativen Selbstständigkeit erregte nur seinen Spott. Am 17. October schrieb er an Ludwig XVIII.:

„Die kleinen Potentaten sind durch Auflösung des deutschen Reiches und die Errichtung des Rheinbundes von ihrer Würde als Dynasten herabgestürzt und zu gewöhnlichen Unterthanen geworden, die es nur widerwillig ertragen, Herren über sich zu sehen, denen sie sich gleich achten. Sie streben daher eine Aenderung dieser Zustände an und suchen die vielen kleinen Regierungen durch eine große zu ersetzen. Wie sie, denken namentlich die Universitäten und die von ihren Theorien völlig eingenommene Jugend, kurz Alle, die der Zersplitterung Deutschlands in kleine Staaten die Noth und das Elend zuschreiben, das die vielen Kriege über seine Länder gebracht haben. Die Einheit des deutschen Vaterlandes ist ihre Loosung und der erste Satz ihres Glaubensbekenntnisses, ja ihre ganze, bis zum Fanatismus gesteigerte Religion, und dieser Fanatismus hat selbst regierende Häuser ergriffen. Die Einheit, von der wir nichts zu befürchten hätten, wenn wir das linke Rheinufer und Belgien besäßen, könnte doch früher oder später für Frankreich von schwerwiegender Bedeutung sein. Denn wer kann die Folgen nationaler Erhebung eines so gewaltigen Staatskörpers voraussehen, wenn seine zerstreuten Elemente einmal in Bewegung gerathen und sich fest miteinander vereinigen?“

Was Talleyrand besorgte, sollte allerdings erst sechsundfünfzig Jahre später zur That werden. Wie weit man damals noch von diesem

Ziel entfernt war, erfuhr Plessen täglich in seinem Verkehr mit den deutschen Gesandten. Für die Erfüllung der Wünsche, welche die Instruction seines Herrn formulirt hatte, war dort wenig Boden, und er mußte es mit Schmerz wiederholt berichten. Nur mit dem weimarischen Gesandten von Gersdorff und dem Vertreter Hollands, dem ewig rastlosen, vielredenden, aber wohldenkenden Gagern, fand er Berührungspunkte, und die drei Männer vereinten sich oft zu gemeinsamem Vorgehen. Plessen übernahm dabei, obwohl er sich dessen in seinen Berichten nie rühmte, die führende Rolle. Seine überlegene Ruhe, geschäftliche Gewandtheit und die guten Verbindungen, die er überall, wohin er kam, zu knüpfen wußte, erwarben ihm sehr bald in den diplomatischen Kreisen ein Ansehen, eine Stellung, die weit über das hinausging, was der Bevollmächtigte eines Herzogthums beanspruchen oder erwarten konnte. Metternich wurde sehr bald auf ihn aufmerksam, zeichnete ihn wiederholt aus und bediente sich gelegentlich auch seiner Feder. Bei allen Congressen pflegen die großen Acteurs gern die Vermittlung solcher Personen zu benutzen, die, ihrem Range und der Machtstellung ihres Landes nach zu selbstständigem Eingreifen in die Verhandlungen nicht berufen, durch taktvolles Benehmen und geschäftliche Routine aber dazu befähigt sind. Eine solche Vermittlerrolle fiel diesmal Plessen zu. Er genoß das Vertrauen sowohl der österreichischen wie der preußischen Staatsmänner, und wir werden weiter unten sehen, welche glänzenden Anerbietungen ihm später von beiden Seiten gemacht wurden.

Indessen machten ihn die Vertraulichkeiten des österreichischen Staatskanzlers keineswegs blind gegen dessen Fehler und Schwächen. Schon in seinen ersten Berichten aus Wien klagte er über dessen vornehme Indifferenz gegenüber den deutschen Angelegenheiten. Auch Metternich's Unzuverlässigkeit und Neigung zur Intrigue entgingen seiner Kritik nicht. Ebenso wenig allerdings das schwankende Verhalten Hardenberg's, der ihm den Ränken Metternich's gegenüber bald zu vertrauensselig, bald zu steif und hartnäckig erschien.

Während Talleyrand's Benehmen sich durch würdevolles Phlegma und eine bald salbungsvolle, bald kaustische Redeweise kennzeichnete, gefiel sich der jüngere Metternich, namentlich während der ersten Zeit des Congresses, in einem frivol-nachlässigen Ton, der von seinem französischen

Collegen sehr abfällig beurtheilt wurde. So schrieb derselbe u. A. an König Ludwig XVIII.:

„Der Mann, der in Oesterreich an der Spitze der Geschäfte steht und sich anmaßt, die Geschicke von ganz Europa zu lenken, betrachtet es unglücklicherweise als das sicherste Zeichen eines überlegenen Geistes, eine Leichtfertigkeit zur Schau zu tragen, die er oft bis ins Lächerliche steigert, die aber bei dem ersten Minister eines großen Staates und unter den hiesigen Verhältnissen ein wahres Unglück ist."

Es war gut, daß dem Staatskanzler geschickte und fleißige Hände zur Verfügung standen. Wessenberg und Gentz waren in dieser Hinsicht Kräfte ersten Ranges. Ihre Geschäftsroutine und redactionelle Gewandtheit kam nicht nur der Staatskanzlei, sondern auch dem Congreß zu statten. Von den österreichischen Ministern Choteck, Ugarte, Wallis, Zichy und Stadion trat nur noch der letztere als gewiegter Diplomat und ehemaliger Leiter der auswärtigen Politik neben Metternich hervor.

Im Mittelpunkt des Interesses stand Kaiser Alexander. Auch Plessen theilte die Bewunderung der Zeitgenossen für den jugendlichen Monarchen. Er hatte sich bald nach dessen Ankunft zur Audienz gemeldet und war von derselben sehr befriedigt. Zum russischen Hof war ein intimeres Verhältniß durch die zwischen den beiden Fürstenhäusern bestehende Verwandtschaft längst angebahnt. Kaiser Alexander, der Schwager des Erbprinzen von Mecklenburg-Schwerin hatte, wie wir wissen, im Tilsiter Frieden die Wiedereinsetzung des Herzogs durchgesetzt und demselben auch später bei jeder Gelegenheit sein persönliches Wohlwollen bekundet.

Der Zar stand damals im siebenunddreißigsten Lebensjahre. Seine vornehme, glänzende Erscheinung, ein gewinnendes Wesen, große Gewandtheit in den Umgangsformen machten ihn bald zum Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Sein Auftreten, wenngleich nicht ganz frei von theatralischem Pathos, ermangelte doch nicht der Würde und wirkte namentlich bei festlichen Anlässen bestrickend auf die Menge. Die Damenwelt Wiens stand völlig unter dem Zauber seiner einnehmenden Persönlichkeit, und die Huldigungen, die ihm aus ihrer Mitte entgegengebracht wurden, hätten auch einen festeren Charakter erschüttern können. Man sah ihn am Tage häufig allein oder mit nur einem Begleiter durch die Straßen Wiens oder die Alleen des Praters wandeln. Abends erschien

er regelmäßig in einem Salon oder einer größeren Gesellschaft, wo er eine ungezwungene Unterhaltung liebte und die Schwerhörigkeit auf dem linken Ohr sehr geschickt zu verbergen wußte. Nur wenn er — was das Ceremoniell öfters mit sich brachte — auf der rechten Seite der Kaiserin von Oesterreich saß, wurde die Unterhaltung schwierig, weil diese Fürstin mit demselben Leiden, und zwar auf dem rechten Ohr behaftet war.

Plessen war dem Kaiser und ebenso auch dem Grafen Nesselrode schon von seiner Reise nach Kalisch her persönlich bekannt; mit dem russischen Minister hatte er außerdem noch in den Tagen von Langres und Troyes geschäftlich verkehrt und freundschaftliche Beziehungen angeknüpft. Von den gleichfalls anwesenden Großfürstinnen Katharina und Marie war die letztere seit 1804 mit dem Erbprinzen von Sachsen-Weimar vermählt und dadurch auch mit der zweiten Gemahlin des mecklenburgischen Erbprinzen verschwägert. Sie stand mit dieser in einem regen, brieflichen Verkehr, den Plessen zu vermitteln hatte, und der ihm Gelegenheit gab, die Verbindung mit den russischen Herrschaften und Würdenträgern zu pflegen. Er erfuhr dort Manches von dem, was hinter den Coulissen des Congresses vorging.

Auch mit dem ersten Vertreter Frankreichs fanden sich bald Berührungspunkte. Als der Erbprinz Friedrich Ludwig im Herbste 1807 nach Paris gekommen war, um dort über den Beitritt Mecklenburgs zum Rheinbund zu verhandeln, hatte ihm Talleyrand — der damals zwar nicht mehr Minister, aber doch immerhin eine sehr maßgebende Persönlichkeit war — viel Wohlwollen bezeigt und für sein Benehmen am Hofe Napoleon's öfters nützliche Rathschläge ertheilt. Dasselbe hatte sich auf dem Erfurter Fürstencongreß wiederholt, wo der Erbprinz seinen Vater vertrat. Es bestanden also schon Beziehungen zwischen dem französischen Staatsmann und dem Schweriner Fürstenhaus, und an diese anknüpfend, wußte Plessen sich bald mit Talleyrand auf einen freundschaftlich vertrauten Fuß zu setzen, dem er die Kenntniß mancher sonst geheim gehaltenen Vorgänge verdankte.

Die französische Gesandtschaft war überaus zahlreich. Zu den Bevollmächtigten gehörten noch der Herzog von Dalberg, die Grafen von Noailles und von Latour du Pin. Als Chef der Canzlei fungirte Herr de la Besnardiere, welcher unter Napoleon lange

den Bureaus des Auswärtigen Ministeriums vorgestanden hatte und auch jetzt während des Congresses die amtlichen Berichte an das Pariser Cabinet verfaßte. Noailles war ein umsichtiger, gewandter Geschäftsmann. Dalberg hatte als Deutscher in französischen Diensten keine glückliche Stellung; er mochte dies fühlen und trat wenig hervor. Talleyrand war in Allem die Seele der Mission.

Von den englischen Bevollmächtigten war Lord Castlereagh mit Plessen aus den Tagen von Langres und Troyes bekannt. Dem mecklenburgischen Gesandten war schon damals aufgefallen, wie wenig der britische Staatsmann mit den deutschen Verhältnissen vertraut war, und er betonte diesen Umstand auch jetzt wiederholt in seinen Berichten. Er bedauerte, daß diese Unkenntniß der allergewöhnlichsten Thatsachen sich oft fühlbar mache, und daß trotzdem ein mit diesem Mangel behafteter Mann eine ausschlaggebende Stimme in wichtigen Fragen habe. Dabei litt Castlereagh an starker Selbstüberschätzung, trat mit großem, echt britischen Aplomb auf, war aber in den Geschäften schwankend und unbeständig, bald den oberflächlichsten Einflüssen zugänglich. Die mangelhafte Beherrschung der französischen Sprache machte ihn unbeholfen, führte auch Mißverständnisse herbei. Auf dem Congreß war es, wo die englische Regierung zuerst anfing, ihre Noten in englischer Sprache zu verfassen und eine officielle, französische Uebersetzung beizufügen, deren entsetzlicher Stil der Schrecken der europäischen Kanzleien wurde. Mehr noch als Castlereagh fiel dessen Bruder, Lord Stewart, durch gespreiztes, anmaßendes Wesen auf. Durch exentrische Tracht und gesuchte Originalität wurde er eine der lächerlichen Figuren des Congresses, und als er einmal im Foyer des Opernhauses wegen einer in der guten Gesellschaft nicht üblichen Galanterie von einer „schlagfertigen" Comtesse hörbar abgefertigt, ein anderes Mal von einem Fiakerkutscher, mit dem er in Streit gerathen, mit dem Peitschenstiel übel zugerichtet wurde, war alle Welt über diese drastische Abwehr britischen Dünkels entzückt.

Lord Castlereagh führte sich am kaiserlichen Hofe gleich durch einen feierlichen Akt ein: die Investitur des Kaisers Franz mit dem Hosenband-Orden. Die Feier wurde mit dem üblichen Pomp in Scene gesetzt; der erste Herold des Ordens, Sir Isaac Heart, der eigens zu diesem Zweck von London gekommen war, vollzog die Einkleidung. Der Dank des Kaisers für diese Auszeichnung bestand in der Verleihung der

Feldmarschallswürde an den Prinzregenten von England und dessen Bruder, den Herzog von York. Auch unter den in Wien versammelten Monarchen fand ein allgemeiner Austausch von Decorationen und Regimentsinhaber-Stellen statt. Kaiser Alexander, dem das Regiment Hiller verliehen war, übergab demselben eigenhändig die neue Fahne, auf welche Kaiserin Elisabeth die Inschrift gestickt hatte: „Unauflösliches Bündniß zwischen den Kaisern Alexander und Franz." Auffallend muß es uns heute erscheinen, wenn der bisherige Inhaber, General von Hiller, als Entschädigung für den Verlust seiner Stelle vom Zaren ein Geschenk von 50 000 fl. erhielt.

Während der ersten Wochen seines Wiener Aufenthalts hatte Plessen Mühe, sich in dem großstädtischen Treiben zurechtzufinden und sich über die officiellen Persönlichkeiten zu orientiren. Die zahlreichen Audienzen bei den Souveränen und den Mitgliedern des österreichischen Kaiserhauses mußten in einem umständlichen Verfahren nachgesucht werden. Und zu den Fürstlichkeiten, den gros bonnets der Höfe und der Diplomatie, gesellte sich nun noch die Schaar der Diplomaten zweiten Ranges, der Ministerialbeamten, der hohen Militärs, Mitglieder des einheimischen Adels und vornehmer Fremden. Mit allen mußten Besuche ausgetauscht werden. Das Auffinden ihrer Wohnungen war schwierig und zeitraubend. Einem an ernste Beschäftigung gewöhnten Mann wie Plessen waren diese ermüdenden Aeußerlichkeiten sehr lästig. Indessen suchte er sich schnell an die neuen Verhältnisse zu gewöhnen, und es ward ihm dies um so leichter, als er bald Gelegenheit finden sollte, seine geistigen Kräfte und Fähigkeiten an wichtigen politischen Arbeiten zu erproben.

III.

Der Wiener Hof entfaltete während der Dauer des Congresses eine wahrhaft kaiserliche Pracht. Kaiser Franz übte die traditionelle Gastfreiheit des Habsburger Hauses mit einer Munificenz, welche die Häupter, Mitglieder und Abgesandten andrer Dynastien mit staunender Ehrfurcht erfüllte. Wieder einmal erstrahlte nach so manchen Demüthigungen und Niederlagen der österreichische Kaiserhof in seinem alten Glanz. Während in den öffentlichen Veranstaltungen ein, wenngleich vornehmer, doch steifer, altväterischer Geschmack vorherrschte und die strengen Normen einer aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Etiquette zu den aus Frankreich herübergekommenen freieren Gesellschaftsformen nicht mehr recht zu passen schienen, wurden diese Eindrücke doch durch die Leutseligkeit des „guten Kaisers Franz" und den von ihm im Familienleben bevorzugten gemüthlichen Ton wohlthuend ausgeglichen. Eine stolze Aristokratie schaarte sich um den Thron. Der Hofstaat des Kaisers wies die glänzendsten Namen auf, so die Grafen Wurmbrand, Trautmannsdorf und Wiltzek als Chefs des Ceremonienamts, des Marstalls und des Hofstaats, den Fürsten Trautmannsdorf als Oberhofmeister, die Grafen Edling, Esterhazy, Althann, Grünne, Szapary, Harrach, Nimptsch ꝛc. an der Spitze der erzherzoglichen Hofstaaten. Die kleidsamen Trachten der ungarischen und slawischen Magnaten gaben den Assembleen ein eigenartiges, phantastisches Gepräge.

Die Reihe der Festlichkeiten aufzuzählen, kann hier nicht unsere Aufgabe sein. Redouten, Paraden, Hofjagden, Concerte, Bälle, Schauspiele, Caroussels folgten sich während der nächsten Monate in unabsehbarer Kette, und man muß die Ausdauer bewundern, welche die Betheiligten im Genuß, man möchte fast sagen, im Ertragen dieser Vergnügungen bewiesen. Das leichtlebige Wien war ein geeigneter Schauplatz

für die Lustbarkeiten, und Aristokratie wie Bürgerthum folgten dem vom Hofe gegebenen Beispiel in der Veranstaltung von öffentlichen und privaten Festlichkeiten. Die Straßen waren gefüllt von Menschenmassen, welche die fremden Potentaten sehen wollten, ihre glänzenden Carossen, Vorreiter und Läufer anstaunten, während Kaufleute, Hauswirthe und Handwerker sorglich bedacht waren, den Goldstrom, welcher sich über die Stadt ergoß, in ihre Taschen zu leiten. Mit der beflissenen Unterthänigkeit gegen die vornehmen Gäste ging eine Ausbeutung der Fremden Hand in Hand, die auch unserm Plessen manchen Seufzer auspreßte.

Die in der Burg wohnenden Souveräne sahen sich fast täglich und verkehrten sehr ungezwungen mit einander. Um das Rangverhältniß zu regeln, war gleich anfangs verabredet worden, daß das Lebensalter über den Vortritt entscheiden sollte. Hiernach nahm der sechzigjährige König von Württemberg als Senior den ersten, der siebenunddreißigjährige Zar den letzten Platz in dieser Rangordnung ein.

Die Gäste des Kaisers wurden mit verschwenderischem Aufwand bewirthet. Die Kosten der Tafel für die Fürstlichkeiten und ihre Hofstaaten, die in verschiedenen Sälen gleichzeitig speisten, wurden auf 50 000 fl. täglich angegeben. Die Gesammtausgaben für den Hofhalt während der fünfmonatlichen Dauer des Congresses schätzte der Graf de La Garde in seinen „Fêtes du congrès de Vienne“ auf vierzig Millionen Francs oder sechszehn Millionen Gulden; während Fürst Talleyrand in einem seiner officiellen Berichte die täglichen Ausgaben sogar auf 200 000 fl. anschlug, was einen Gesammtbetrag von circa dreißig Millionen Gulden ergeben würde. Die bemerkenswerthesten Feste in den ersten drei Monaten des Congresses waren die kleinen und großen Redouten in der Burg, — bei den ersteren erschienen die Fürsten in Masken und Domino, bei den großen in Uniform und mit großem Gefolge, — eine Reiherjagd in Laxenburg, ein militärisches Friedensfest mit Parade, ein Volksfest im Augarten, ein Caroussel in der kaiserlichen Reitbahn, ausgeführt von vierundzwanzig Paaren aus der Aristokratie, und ein Ball, den der Zar im Palais des Botschafters Rasumowski zur Feier des Geburtstags seiner Schwester, der Großfürstin Katharina, veranstaltete. Man sprach in Wien damals sehr viel von der gegenseitigen Neigung, welche die Großfürstin mit dem Kronprinzen von Württemberg verband und die später auch zum Ehebunde führen sollte.

(Beide waren bereits einmal unglücklich vermählt gewesen. Die Großfürstin war von ihrem Bruder in den Erfurter Tagen, als jener noch ganz unter dem Einfluß Napoleon's stand, dem letzteren als Gattin bestimmt worden; doch scheiterte dieser Plan an dem entschiedenen Widerspruch der Kaiserin-Mutter, welche den Corsen haßte und die Bewunderung ihres Sohnes für ihn nicht begriff. Sie wählte als Gemahl für ihre jüngste Tochter den Prinzen Peter von Holstein-Oldenburg, der nach wenigen Jahren einer nicht glücklichen Ehe starb. Auch der Kronprinz von Württemberg hatte gegen seinen Willen eine Verbindung eingehen müssen. Napoleon, der es sehr liebte, im Kreis seiner Verwandten und Anhänger Ehen zu stiften, hatte die Prinzessin Caroline von Bayern für ihn gewählt, und der dem Imperator blind ergebene König Friedrich dies der Politik gebrachte Opfer gefordert. Nach dem Sturz des Ehestifters hatten beide Gatten ihre Freiheit gefordert und durch Scheidung erlangt. Prinzessin Caroline bestieg zwei Jahre später als vierte Gemahlin Franz' I. den österreichischen Kaiserthron, während in demselben Jahr auch ihr geschiedener Gemahl die während des Wiener Congresses so heiß umworbene Großfürstin heimführte.)

An den Abenden, an welchen keine officiellen Festlichkeiten stattfanden, waren natürlich die Salons der diplomatischen und österreichischen Welt den Fremden geöffnet. Es bildeten sich auch kleinere Cirkel, in welchen neben den Tagesneuigkeiten die wichtigen politischen Fragen besprochen wurden. Diese Kreise waren für Plessen oft die Quelle nützlicher Informationen, und er besuchte sie häufig. Erwähnenswerth wären neben dem Salon der Fürstin von Turn und Taxis, einer Strelitzer Prinzessin und Schwester der Königin Louise, noch diejenigen der Gräfin Lory Fuchs, der Fürstin Marie Esterhazy, der Fürstin Bagration, Gemahlin des russischen Feldmarschalls und unter den diplomatischen die der Lady Castlereagh und der Gräfin Bernstorff. Unter der Zahl schöner und geistreicher Frauen zeichneten sich die drei Schwestern Prinzessinnen von Kurland aus. Die älteste war mit dem Fürsten von Hohenzollern-Hechingen, Herzog von Sagan vermählt, die zweite mit dem Herzog von Acerenza; der dritten, Gräfin Edmond Perigord, ist als Nichte Talleyrand's schon früher gedacht worden. Plessen kam in diesen Kreisen mit einer Menge von Persönlichkeiten zusammen, die, ohne eine hervorragende Rolle zu spielen, durch ihre

Vergangenheit, ihre Verdienste oder Schicksale die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Zu diesen interessanten Statisten gehörte in erster Linie der geistreiche und liebenswürdige Fürst von Ligne, der Senior der Lebewelt, trotz seiner achtzig Jahre noch von großer Rüstigkeit, Verehrer der Frauen und selbst Gegenstand der Bewunderung der jungen, eleganten Männerwelt. Unter den jüngeren Fürsten erregte namentlich Eugen Beauharnais, der ehemalige Vicekönig von Italien, Theilnahme und Sympathie. Er befand sich als Adoptivsohn Napoleon's in einer besonders schwierigen Lage und hätte dieselbe schwerlich ertragen, wäre sie ihm nicht durch die Freundschaft Kaiser Alexander's erleichtert worden, der ihn fast täglich zu einem Spaziergang abholte und auch sonst in jeder Weise auszeichnete. Er war auf besonderen Wunsch seines Schwiegervaters, des Königs von Bayern, nach Wien gekommen, fühlte sich aber doch isolirt. Neben dem Druck der jüngsten Schicksalsschläge, welche seine politische Zukunft vernichtet hatten, lastete auf ihm noch der Schmerz um den Tod seiner soeben gestorbenen Mutter, der Exkaiserin Josephine. Im freundschaftlichen Verkehr mit diesem erlöschenden Stern stand eine Schaar junger Fürstensöhne, denen die Zukunft eine glänzendere Laufbahn vorbehalten hatte; so der geistreiche, aber schon damals ziemlich exentrische Kronprinz Ludwig von Bayern, der Kronprinz Wilhelm von Württemberg, dessen Empfindungen getheilt waren zwischen der Neigung für die schöne Großfürstin Catharina und den Regungen militärischen Ehrgeizes. Er hatte im letzten Feldzuge schon ungewöhnliches Feldherrntalent gezeigt und bewährte dasselbe auch in der nächsten Campagne.

Weniger beachtet und bescheidener im Auftreten war der vierundzwanzigjährige, liebenswürdige Prinz Leopold von Sachsen-Coburg, dem dereinst die belgische Königskrone zufiel. Auch der militärisch tüchtige Philipp von Hessen, der als fünfzehnjähriger Officier einst in französische Gefangenschaft gerathen und der Guillotine mit genauer Noth entgangen war, jetzt General und später Feldmarschall in österreichischen Diensten, sollte noch als Landgraf von Hessen-Homburg sein Thrönchen erlangen.

Unter den Personen, deren rasche und bewegte Laufbahn einen Zug von Abenteuerlichkeit aufwies, deren Namen aber schon in aller Munde waren, machten sich namentlich Tettenborn und Ypsilanti

bemerklich. Der Erstere war Plessen schon von dem Durchmarsch durch Ludwigslust im März 1813 und der darauf folgenden Campagne her persönlich bekannt. Er hatte Anfangs durch seinen verwegenen, aber unüberlegten Vorstoß auf Hamburg auch in Mecklenburg eine rasche Berühmtheit erlangt. Aber die Rathlosigkeit, die er in der mangelhaften Vertheidigung und Räumung dieser Stadt bekundete, verrieth doch, daß Tettenborn mehr ein kühner Reiterführer als umsichtiger Feldherr war. Was man über das lockere Leben des Generals und seines Hauptquartiers erfuhr, kühlte außerdem die Bewunderung für den waghalsigen Condottiere bedeutend ab. Sein Kriegsgefährte, ehemaliger Adjutant und Historiograph Varnhagen von Ense, befand sich jetzt auch in Wien, wo seine gewandte Feder durch Hardenberg Verwendung fand. Er hatte sich erst kurz zuvor, im Herbst 1814, mit der gefeierten Rahel Levin verheirathet, und das junge Paar bildete in Wien den Mittelpunkt eines literarischen Kreises, dem aber Plessen und seine diplomatischen Collegen im Ganzen fernstanden. Auch in den Häusern der jüdischen Finanzgrößen, Baron Arnstein, Gey-Müller und Eskeles verkehrte Ersterer nur selten und ungern. Die mit raffinirtem Luxus und nicht immer mit dem besten Geschmack ausgestatteten Feste und Schmausereien, mit denen diese Herren sich zu überbieten und die vornehme Lebewelt anzulocken bestrebt waren, widerstanden seinem mehr auf vornehme Einfachheit gerichteten Sinn; auch waren diese Kreise für diplomatische Informationen von geringem Nutzen. Am wohlsten war es unserm Mecklenburger bei den nordischen Freunden, bei Münster, dessen steifleinene Gravität und übertriebene Selbstschätzung ihm wohl ein Lächeln abzwang, in dessen aristokratischer Gesinnung er aber doch ein homogenes Element fand; bei dem ehrenwerthen Schweden Bildt, seinem Strelitzer Collegen Oertzen, einem klugen, hochgebildeten Mann, den die Rücksicht auf eine zarte Gesundheit von dem geräuschvollen Treiben der großen Welt abschloß, und der unter der sorgsamen Pflege seiner ihm nach Wien gefolgten Gemahlin ein ziemlich eingezogenes, aber durch den Besuch gleichgesinnter Freunde erheitertes Leben führte.

Den zusagendsten und zugleich anregendsten Verkehr aber fand Plessen in dem Hause des dänischen Gesandten und Congreß-Bevollmächtigten, Grafen Christian Bernstorff. Dort wohnte auch dessen Bruder, Graf Joachim, der als Minister in der Begleitung des

Königs nach Wien gekommen war und später den dortigen Gesandtschaftsposten erhielt. Graf Christian war ein Mann von seltnen Fähigkeiten, heiterem, witzigen Temperament und liebenswürdigem Wesen. In einem Alter, wo Andere noch zu lernen pflegen, hatte er bereits wichtige Gesandtschaftsposten bekleidet und war, ausgezeichnet durch das Vertrauen des die Regentschaft führenden Kronprinzen, schon im siebenundzwanzigsten Lebensjahr an die Spitze des auswärtigen Departements getreten. In dieser Stellung hatte er sich unter den schwierigen Verhältnissen, welche die Kriege, die Continentalsperre und die englische Gewaltthat von 1807 seinem bedrängten Vaterlande schufen, als Patriot und Staatsmann bewährt. Vielleicht fehlten ihm, um eine noch hervorragendere Rolle in jener politisch bewegten Zeit zu spielen, einmal der Ehrgeiz und sodann die kalte Rücksichtslosigkeit, ohne welche weitgesteckte Ziele in der Staatskunst selten erreicht werden. Ohne gerade Lebemann oder Genußmensch zu sein, widmete er doch den Geschäften nur die unbedingt erforderliche Zeit und legte großen Werth auf geselligen Verkehr, für den er besonders veranlagt war. Getragen von einem hohen Standesbewußtsein, welches damals in den norddeutschen Adelsfamilien als altes Erbtheil mit einer gewissen Pietät gepflegt wurde, war sein Benehmen doch frei von Arroganz. Seine Gemahlin, deren Schönheit und Liebenswürdigkeit die Zeitgenossen rühmten, hielt ein Haus in vornehmem Stil, und ihr Salon in Wien war einer der gesuchtesten während des Congresses. Durch seinen Grundbesitz in Mecklenburg, wie durch mannigfache Familienbeziehungen war zwischen ihm und Plessen schon ein Band geknüpft, welches die späteren Begegnungen bei den Carlsbader und Wiener Conferenzen weiter befestigten, und Bernstorff's 1818 erfolgender Eintritt in den preußischen Staatsdienst brachte ihn der mecklenburgischen Interessensphäre noch näher.

Wir kehren zu den Plessen'schen Berichten zurück. Der deutsche Ausschuß hatte wieder mehrere Sitzungen gehabt. Da aber über deren Ergebniß nichts verlautete, so entsandten die Vertreter der Kleinstaaten den Grafen Keller zum zweiten Male an den Fürsten Metternich, um eine Mittheilung über die Verhandlungen zu erbitten. Metternich erklärte auch diesmal, es sei zu irgendwelcher Besorgniß kein Anlaß. „Oesterreich habe ein Votum zu Protocoll gegeben, wodurch die Gleichheit der Rechte für alle deutschen Fürsten vom ersten bis zum letzten

verlangt und als Grundsatz angenommen werden müßte; dieser Abstimmung wären auch Preußen und Hannover beigetreten. Betreffs der Kaiserwürde lasse sich über die Frage der Annahme nicht eher etwas entscheiden, als bis über die Art und Bedingung bestimmte Vorschläge gemacht seien." Metternich äußerte schließlich den Wunsch, die deutschen Fürsten möchten weitere Schritte unterlassen und ruhig die Mittheilung über die Arbeiten des Ausschusses erwarten.

Diese Mittheilung erfolgte denn auch nach einigen Tagen durch Bekanntgabe von zwölf Artikeln, welche Oesterreich und Preußen verabredet und dem Ausschuß zur Berathung vorgelegt hatten. Die Artikel waren nichts anderes als der ursprünglich von Preußen gemachte und etwas modificirte Vorschlag. Die Executive sollte in den Händen eines Directoriums aus fünf Kreisobersten liegen, in welchem Oesterreich und Preußen je zwei, Bayern, Hannover und Württemberg je eine Stimme hatten. „Es ist gewiß weder ein Recht noch ein sonst zureichender Grund vorhanden," — bemerkte Plessen bei Uebersendung dieses Actenstücks, — „warum die fünf Mächtigeren, und zwar in dieser Macht noch so sehr verschiedenen deutschen Staaten, zu einer wahren Oberherrschaft über ihre bisherigen Mitstände sich erheben, und Deutschland dadurch gleichsam in so viele Abtheilungen getheilet werden soll. Unverkennbar bleibt es trotz der versteckten Einkleidung, daß dadurch ein neues Subjectionsverhältniß der übrigen Fürsten gegen ihren Kreisobersten, und somit eine Art von Mediatisirung hervorgehen würde." Plessen meinte, einer solchen Fünfherrschaft müsse man von vornherein entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Herzog Friedrich Franz theilte diese Ansicht und instruierte seinen Gesandten in solchem Sinne. Einer dahingehenden Demarche glaubten sich zunächst die Mindermächtigen durch den Widerstand überhoben, den der österreichisch-preußische Vorschlag im Ausschuß selbst und zwar namentlich von Seiten Bayerns fand. Als aber am 11. November Rußland an den deutschen Ausschuß eine Note richtete (wie Plessen annahm, infolge einer Anregung von Preußen), und in derselben seine völlige Billigung der zwölf Artikel, nöthigenfalls auch seine Intervention und Unterstützung in Aussicht stellte, besorgte man im kleinstaatlichen Lager, daß der Ausschuß wieder an Halt gewinnen und einer Pression von außen nachgeben möchte. „Unter diesen Umständen," — schrieb Plessen, — „hat es den meisten

deutschen Gesandten der rechte Zeitpunkt geschienen, einen öffentlichen, gemeinsamen Schritt zu thun und sich über die Behauptung ihres Rechtes, bei der Constituirung der neuen deutschen Verfassung zugezogen zu werden, bestimmt zu erklären, dadurch aber theils allen Folgen zu begegnen, die aus der bisherigen, einseitigen Verhandlung des Ausschusses abgeleitet werden möchten, theils auch die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen." Die vereinigten Gesandten, — nur Baden schloß sich aus, — unterzeichneten am 16. November eine Note, in welcher die deutschen Fürsten ihr Recht betonten, bei der Constituirung des Bundes mitzuwirken, zugleich aber auch die Punkte bezeichneten, in welchen sie zu Gunsten der Nationaleinheit Opfer zu bringen bereit wären. Den Schluß bildete der allgemeine Wunsch der Erhaltung der Kaiserwürde. Die Note wurde nur an Preußen und Oesterreich übergeben, da der deutsche Ausschuß als solcher den Fürsten weder officiell bekannt gemacht noch von ihnen anerkannt war. Die nächste Wirkung der Note war, daß die Verhandlungen des Ausschusses völlig ins Stocken geriethen. Vom 16. November bis 20. December hielt er keine Sitzungen ab. Da neue Gegenvorschläge nicht auftauchten, so drohte der Bundesangelegenheit eine verhängnißvolle Verschleppung. Es mochten dabei auch die Schwierigkeiten mitwirken, welche sich der Regelung der polnischen und sächsischen Frage entgegenstellten und die in jenen Tagen einen geradezu bedrohlichen Charakter annahmen.

In der Darstellung dieser Vorgänge zeigen die Plessen'schen Berichte den doppelten Vorzug einer scharfen Beobachtung und kühlen Objectivität. Er nahm darin weder für Oesterreich noch für Preußen Partei. Mochte er auch vielleicht mit Metternich in vertrauterem Verkehr stehen als mit den preußischen Bevollmächtigten und von den Regensburger Tagen her eine gewisse pietätvolle Verehrung für das österreichische Kaiserhaus empfinden, so verbanden ihn doch wiederum mit Preußen die Gemeinsamkeit der erlittenen Schicksalsschläge und der Befreiungskämpfe, die wirthschaftliche und politische Interessengemeinschaft und zahlreiche persönliche Beziehungen zum Berliner Hof und der dortigen Gesellschaft. Ueber die kritische Phase des Congresses im December 1814 ist schon Manches bekannt. Immerhin entnehmen wir den vorliegenden Acten noch einige Details, welche die Geschichte jener Tage theils bestätigen, theils ergänzen.

Was den Conflict veranlaßte, war einerseits die unglückselige Verquickung der sächsischen, also einer internen deutschen Angelegenheit mit der Frage, was aus Polen werden solle; andererseits eine höchst auffallende Schwenkung in der österreichischen und englischen Politik. Daß der König von Sachsen für seine Theilnahme am Kriege gegen die Alliirten zu bestrafen sei, stand allgemein fest. Als Form dieser Bestrafung war seine Thronentsetzung und die Einverleibung seines gesammten Gebiets in Preußen schon bei den Pariser Verhandlungen ins Auge gefaßt. Eine Meinungsverschiedenheit bestand nur insofern, als Preußen der von Rußland geforderten Abtretung Polens zustimmte, während die Cabinette von Wien und St. James einer solchen Vergrößerung des Zarenreiches entgegen waren. Als der Congreß zusammentrat, glaubte man diese Divergenz noch durch andere Tauschpläne ausgleichen zu können. Wenigstens war Preußen nach der Sprache seiner Verbündeten durchaus berechtigt, auf die Einverleibung Sachsens bestimmt zu rechnen. In einer Note vom 11. October hatte Lord Castlereagh dem Fürsten Hardenberg unumwunden erklärt, seine Regierung habe kein principielles Bedenken gegen die Besitznahme des sächsischen Landesgebiets und werde dieselbe unterstützen, wenn Preußen seinerseits die Abtretung Polens an Rußland bekämpfe. Auch Metternich sprach sich in vertraulichen Unterredungen mit Hardenberg im gleichen Sinne aus. Gestützt auf diese Zusicherungen rieth der Staatskanzler dem König, Sachsen zu besetzen, und am 18. October erfolgte der Einmarsch der preußischen Truppen. Diese Nachricht, die am 21. in Wien eintraf, erregte dort Erstaunen und selbst Bestürzung. In der That griff diese militärische Occupation der Entscheidung vor. Nun begann Metternich ein Doppelspiel, welches bald zu einer ernstlichen Gefährdung des Friedens führen sollte. Während er in einer vertraulichen Note an Hardenberg vom 22. October — also nachdem die Besetzung Sachsens ihm bekannt sein mußte — sein bereits mündlich geäußertes Einverständniß mit den preußischen Wünschen wiederholte, erklärte er gleichzeitig den anderen Diplomaten, welche ihn über die Intentionen des Wiener Hofes befragten: es handle sich bei der Besetzung nur um ein Provisorium. Oesterreich werde in eine völlige Incorporirung Sachsens niemals willigen. Talleyrand trat noch viel entschiedener auf; er sagte Jedem, der es hören wollte, daß Frankreich, wenn es auch Sachsens wegen keinen Krieg

anfangen könnte, zu dessen Vernichtung doch niemals seine Zustimmung geben werde. Er nahm sich sogar heraus, den Großmächten zwei Noten zu übergeben, welche nachstehende Anträge enthielten:

1. daß das Königreich Sachsen restituirt werde,

2. daß alle Fürsten des Rheinbunds in ihre vorigen Rechte eingesetzt würden — qu'ils soient ni supprimés ni comprimés,

3. daß der gesammte vormalige Rheinbund ein Corps ausmache, welches durch einen Vertreter gleichfalls den Versammlungen über die allgemeine Friedensgrundlage beiwohne.

Die Minister der vier alliirten Mächte verlangten von Talleyrand die Zurücknahme dieser Noten. Dieser weigerte sich aber, es zu thun. Es kam zu der merkwürdigen Unterredung mit dem Kaiser Alexander, die er in seinen Memoiren schildert. Sie muß in den diplomatischen Kreisen damals viel besprochen worden sein, denn auch Plessen nimmt in seinen Berichten darauf Bezug.

In der ersten Hälfte des November verschärfte sich die Spannung zu einer Krisis.

„Es kommt Alles darauf an," schrieb Plessen am 14. November, „ob es gelingen wird, noch ein Auskunftsmittel zu finden. Dabei wird auch die Alternative entscheidend sein, ob man den Krieg jetzt gleich oder in ein paar Jahren, bei einem nächsten Vorkommniß, zu führen für rathsamer hält. Der Fürst Metternich hat wegen der lebhaften Auseinandersetzungen, die er selbst mit dem russischen Kaiser hatte, die Einberufung eines Staatsraths verlangt. In demselben ist sein Verfahren völlig gebilligt worden. Als der Kaiser überdies bestimmte, daß auch der Feldmarschall Fürst Schwarzenberg und der Minister Graf Stadion ihm noch besonders ihre Meinung deshalb abgeben sollten, vereinigten sich auch deren Ansichten dahin, daß sie nach Pflicht und Ueberzeugung nicht rathen könnten, die Wiederherstellung des Königreichs Polen in der von Rußland beabsichtigten Weise zuzugeben, da hierdurch das Interesse Oesterreichs durchaus gefährdet werde. Dadurch findet sich der Fürst Metternich in seinen Verhandlungen gedeckt. Indessen schmeichelt sich, wie es scheint, das österreichische Ministerium wohl noch mit der Hoffnung, irgend einen gütlichen Ausweg zu finden; oder es will nur die nöthige Zeit gewinnen, um die Verbindungen mit Frankreich und England noch näher und fester anzuknüpfen ... Das hiesige Publicum ist zwar von der eigentlichen Lage der Sachen nicht unterrichtet, durch die verschiedenartigen Gerüchte aber, welche sich darüber verbreiten, täglich alarmirt; vorgestern war eine allgemeine Bewegung, und Jedermann sprach von Krieg. Das Militär äußert sich ziemlich laut, als wenn es den Krieg mit Rußland wünscht. Man sagt, daß Oesterreich an 500 000 Mann stellen könne. So viel ist gewiß, daß es in diesem Augenblick wohl an 200 000 Mann auf der linken Donauseite stehen hat. Frankreich hat wiederholt

im Falle eines solchen Krieges seine Hülfstruppen, wenigstens von 150 000 Mann, angeboten, mit der Aeußerung, daß, um zu zeigen, wie es weiter keine Nebenabsichten damit verbinde, es diese Truppenzahl nach Verlangen in zwei oder drei Corps stellen und dieselben auch von deutschen Generälen commandiren lassen würde."

Dies hatte der Duc Dalberg in einer vertraulichen Unterredung mit Herrn von Plessen ausdrücklich versichert und dabei hinzugefügt, er begreife nicht, wie Preußen es in seiner jetzigen Lage wirklich auf einen Krieg ankommen lassen könne, in welchem es doch höchstens eine Position hinter der Elbe zu behaupten vermöge. Er hatte dabei die Erwartung ausgesprochen, daß sämmtliche deutsche Fürsten gemeinschaftliche Sache gegen Preußen machen würden, zumal Frankreichs Hülfe ganz uneigennützig sei, und man sich in Paris die Basis des letzten Friedensschlusses auch ferner gefallen lassen werde: Aeußerungen, welche Plessen ein ironisches Lächeln entlockten.

Die Lage war übrigens wirklich bedrohlich, ein Scheitern des Congresses und der Wiederausbruch eines Krieges zwischen den Verbündeten selbst keineswegs unmöglich. In jenen Tagen schrieb Stägemann, der preußische Staatsmann, Patriot und Dichter, die Verse:

„Es will sich uns ein neuer Sturm bereiten.
Es will der Zwist der Könige nicht enden.
Mit Palmenzweigen nicht, mit Fackelbränden
Sehn wir die Friedensboten zornig schreiten."

Das Sonett war gegen Gentz gerichtet, dessen Widerstand gegen die Forderungen Preußens, seines einstigen Vaterlandes, Stägemann mit zorniger Erbitterung erfüllte.

Im preußischen Cabinet hatten übrigens die Ansichten betreffs der Organisirung von Sachsen mehrfach geschwankt. Hardenberg wollte sich mit einem Theil begnügen, wenn dafür ein entsprechendes Gebiet von Polen noch zu Preußen käme. Humboldt verlangte ganz Sachsen; andere preußische Staatsdiener wiederum schlugen vor, den König von Sachsen durch das Herzogthum Berg nebst den an der Grenze von Holland gelegenen überrheinischen Landen zu entschädigen, ein Project, welches Preußen von der Grenznachbarschaft mit Frankreich befreit hätte. Hiergegen aber war England, weil das von ihm in Schutz genommene, neue holländische Königreich in einem Conflict mit Frankreich an dem König von Sachsen als Nachbarn nicht die gleiche, kräftige Unterstützung wie an Preußen finden würde.

Mit Recht bemerkte Plessen hierzu, daß jede Art von Entschädigung einer rechtlichen Grundlage ermangele; denn damit erkenne man implicite das Recht des Königs von Sachsen auf seine alten Staaten an, und es sei dann kein hinlänglicher Grund vorhanden, ihm dieselben zu nehmen. Rußland war in jeder Weise bemüht, Preußen den gesammten Besitz Sachsens zu verschaffen. Kaiser Alexander berief sich Talleyrand gegenüber auf sein gegebenes Wort, das ihm höher stehe als alles Andere. Es kam zwischen ihnen wieder zu einer erregten Scene, die damit schloß, daß der Zar drohte, den König von Sachsen, wenn er nicht freiwillig abdanke, nach Rußland bringen zu lassen, wo er sterben könne wie Stanislaus Poniatowsky. Aber mit heftigen Wechselreden kam man nicht weiter. Der lebensfrohen Natur Alexander's wurde die Spannung unbequem, und er äußerte zu seiner Umgebung mehrmals: „Wenn ich nur nicht mein Wort an Preußen gegeben hätte!" Um seine Nachgiebigkeit zu zeigen, bot er Thorn und Krakau an mit der Bedingung, daß sie freie, neutrale Städte sein sollten. Auch den Netze-District stellte er später zur Verfügung.

Lord Castlereagh trat jetzt immer entschiedener auf die Seite Oesterreichs und Frankreichs, die in der Erhaltung des größten Theils von Sachsen völlig einig waren, und gerieth dadurch mit den preußischen Bevollmächtigten wiederholt in Conflict. Der britische Staatssecretär bemäntelte diese auffallende Schwenkung mit der ihm eigenen Unbeholfenheit. Es wurde nicht klar, ob er neue Instructionen vom Prinzregenten erhalten hatte oder lediglich dem Einfluß Talleyrand's nachgab. Während er noch in seiner Note vom 11. October erklärt hatte, daß er weder moralische noch politische Bedenken gegen die Einverleibung Sachsens hege, einen solchen Akt vielmehr für nützlich halte, um zur Einschüchterung der anderen Schuldigen ein Exempel zu statuiren, sprach er sich jetzt in einem neuen Schreiben für die Erhaltung der „respectablen Familie des Königs von Sachsen aus, für welche doch Etwas geschehen müsse, so daß wenigstens ein Mitglied derselben bei der Regierung erhalten würde."

So standen denn zwei Gruppen sich feindlich gegenüber. Von den deutschen Mittelstaaten hielten Bayern und Hannover zu der Majorität der Großmächte, während Württemberg mehr auf der Seite der preußisch-russischen Gruppe stand, da der Kronprinz von Württemberg in der

Hoffnung auf eine Vermählung mit der Großfürstin Katharina eine Annäherung an jene Höfe suchte.

Bei diesen sich kreuzenden Vorschlägen und Gegenvorschlägen verwirrten sich die Dinge immer mehr. Erst mit der österreichischen Note vom 10. December gewann die Lage an Klarheit, zugleich aber auch an Gefahr. Metternich erklärte darin, für Oesterreich und zugleich mit für Bayern, daß man auf keinen Fall die Einverleibung Sachsens in Preußen zugestehen könne und werde und höchstens in eine Abrundung an den Grenzen willigen würde (Nieder-Lausitz und das Gebiet zwischen Jüterbock und Wittenberg). Der Eindruck dieser Note war begreiflicher Weise ein sehr ungünstiger. Die preußischen Staatsmänner beschwerten sich und mit Recht, daß Oesterreich, nachdem es in seinem vertraulichen Schreiben vom 22. October seine Zustimmung zur Einverleibung Sachsens habe erhoffen lassen, dann eine bestimmte Antwort immer verschoben habe, nun, wo Preußen durch seine Occupation compromittirt sei, mit kategorischem Widerspruch hervortrete. Allerdings stand diese Note im diametralen Gegensatz zu dem Schreiben Metternich's. Oesterreich erwiderte indessen auf die preußischen Vorwürfe, daß es füglich nicht in beiden Fragen nachgeben könne. Nachdem es in die Einverleibung Polens habe willigen müssen, da Preußen seinen Widerstand in dieser Frage nicht unterstützt habe, sei es in die Nothwendigkeit versetzt, die Erhaltung Sachsens zu fordern, um wenigstens nicht von beiden Seiten seine Grenzen in Gefahr zu bringen. Die officielle Antwort Hardenberg's vom 16. December brachte neben dem Ausdruck schmerzlichen Befremdens den Vorschlag, den König von Sachsen auf dem linken Rheinufer zu entschädigen. Dieser Gedanke konnte nur der Verlegenheit des Augenblicks entsprungen sein. Alle Theile waren natürlich dagegen, den entthronten Fürsten in die unmittelbare Nachbarschaft Frankreichs zu versetzen. Ueber die nun folgende kriegsschwangere Phase entnehmen wir den Plessen'schen Berichten die nachstehenden Stellen:

„19. December. — Mehrere Conferenzen in der letzten Zeit haben weder die Sache weiter gebracht noch die unterhandelnden Theile etwas genähert. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg sprach gestern Abend noch so, daß, wenn man gegen Preußen in der Forderung beharren würde, man es zwinge, es eher auf einen Krieg ankommen zu lassen. Auch der Minister von Humboldt hat vor Kurzem sich vertraulich fast ebenso geäußert, und daß Preußen, nachdem es in dem Glauben und der guten Meinung von Deutschland schon viel verloren,

nicht noch seine Acquisitionen aufgeben und seine Ehre bloßstellen könne, sondern es dann eher darauf ankommen lassen müsse, sich eine Meinung wieder zu erfechten. Auf der anderen Seite ist es aber auch wahrscheinlich, daß Oesterreich an seinen jetzigen Verbindungen festhalten und nur vielleicht bei der Grenze gegen Sachsen noch in Etwas nachgeben wird. Der österreichische Kaiser selbst scheint zur Erhaltung Sachsens entschlossen, und wie Leute, die sich ihm nähern, bemerkt haben wollen, fühlt er sich durch Preußens schroffes Auftreten gekränkt. Nicht der Fürst Metternich allein, welcher sich jetzt völlig entschieden äußert, sondern auch der Minister Graf Stadion und der Feldmarschall Fürst Schwarzenberg sind dabei zu Rathe gezogen und hatten noch gestern Abend eine Conferenz mit einander; Alle sollen dahinstimmen, vielmehr einen Krieg jetzt gleich zu führen, als weiter wegen Sachsen nachzugeben. Eine Empfindlichkeit mit Rußland war auch letzthin noch daraus entstanden, daß der Fürst Hardenberg das Metternich'sche confidentielle Schreiben vom 22. October wirklich dem russischen Kaiser mitgetheilt hatte. Wie der Fürst Metternich dies erfuhr, und der russische Kaiser sich sehr unzufrieden mit ihm bezeigte, indem er es wäre, der das freundschaftliche Verhältniß stören wollte, so trug Ersterer darauf an, die Russen möchten sich die ganze Correspondenz von den Preußen vorlegen lassen, und als dieses doch nicht vollständig geschehen sein soll, so daß der Fürst Metternich meinte, daß ein anfängliches Schreiben des Fürsten Hardenberg vom 9. October, welches zu der Antwort vom 22. die eigentliche Veranlassung gegeben hätte, nicht mitgetheilt wäre, so hat er selbst die Russen davon in Kenntniß gesetzt, welches Alles dann die verschiedenen Animositäten nur noch vermehrt . . . Es war selbst einen Augenblick im Werk, den Fürsten Metternich von seinem Posten zu entfernen, und dem Feldmarschall Fürsten Schwarzenberg seine Stelle, unter ihm aber die Direction der Geschäfte dem Baron Wessenberg zu geben. Doch steht der Fürst Metternich jetzt wieder im völligen Credit. Einen bedeutenden Einfluß scheint seit Kurzem auch der Erzherzog Palatin zu gewinnen, da derselbe vom russischen Kaiser besonders geschätzt wird und sich bemüht, zwischen beiden Kaisern hier das gute Verständniß zu erhalten Der russische hatte dem österreichischen auch den Vorschlag gemacht, sie beide wollten mit dem König von Preußen allein zusammentreten, um die bisherigen Differenzen freundschaftlich abzumachen . . . Der Kaiser von Oesterreich hat jedoch gemeint, sich auf diese Verhandlungsart nicht einlassen zu können, sondern daß es besser wäre, ihren Ministern diejenigen Geschäfte zu überlassen, zu deren Führung sie einmal bestellt wären."

„26. December. — Es ist nun seit zwei Tagen ein anderer Weg zur Ausgleichung versucht, nämlich eine Commission von den vier Mächten Oesterreich, England, Preußen und Frankreich bestellt, welche die gesammten disponiblen Länder, die noch zur Entschädigung dienen können, tariren soll nach den statistischen Angaben ihrer Bevölkerung und ihres Umfanges nach Quadratmeilen. Hierdurch wird nicht nur die Entschädigung oder sogenannte Reconstruction Preußens befördert, ohne daß man deshalb bei dem bisherigen Anstandspunkt, der Incorporirung von Sachsen, sich allein aufzuhalten braucht, sondern es werden durch diese allgemeine Behandlungsart auch die übrigen Territorialeintheilungen schon vorbereitet und mit zugeschnitten. Von der einen Seite wäre dieses Verfahren also wohl nützlich und zweckmäßig, wenn es gleich andererseits

sehr viel Widriges hat, ganze Länder und Völker, nach bestimmter Seelenzahl, willkürlich hingegeben und vertheilt zu sehen. Die Abgeordneten der vier Mächte zu diesem Zweck sind die zweiten Bevollmächtigten: von Oesterreich Baron Wessenberg, von Preußen Minister Humboldt und Staatsrath Jordan, von England Lord Clancarty und Graf Münster, von Frankreich der Duc Dalberg, welcher auch Rußland vertritt."

„28. December. — Der Kaiser von Rußland soll, wie mir von guter Hand gesagt ist, sich geneigt erklärt haben, dem Könige von Sachsen Dresden mit einem gewissen Gebiete zu lassen, wobei die näher zu bestimmende Größe nach der Anzahl der Einwohner noch offen gelassen war. Wenn Oesterreich und Preußen hierauf eingehen wollten, so würde durch eine Theilung von Sachsen die Sache ausgeglichen werden . . . Das preußische Ministerium selbst ist in sich darüber in zweierlei verschiedene Ansichten getheilt; der Staatskanzler sucht den Krieg möglichst zu vermeiden und soll in dieser Hinsicht auch eher geneigt sein, so viel nur mit der preußischen Ehre vereinbar, von Sachsen Etwas nachzulassen, während eine andere Partei, worunter sich auch der Minister von Humboldt befindet, fester auf ganz Sachsen zu bestehen und dieserhalb es auf einen Krieg ankommen lassen zu wollen scheint. Zu letzterem werden noch immer allerlei Vorbereitungen und Demonstrationen gemacht. Der Großfürst Constantin hat eine förmliche Proclamation an die Polen erlassen, sich zum Kriege bereit zu halten; die Preußen haben schon längs der böhmischen Grenze Vedetten ausgestellt; diesseits fährt man fort, Magazine anzulegen und die Festungen in Stand zu setzen. Im hiesigen Publicum hat es auch viel Aufsehen erregt, daß der russische Kaiser dem Fürsten Metternich gleichsam öffentlich seine Unzufriedenheit dadurch bezeigte, daß auf einem Ball, welchen der Fürst ehegestern den Souveräns gab, weder er noch die beiden Großfürstinnen oder irgend Jemand von ihrem Gefolge erschien. — Ohnerachtet aller solcher Demonstrationen aber glauben die meisten gut unterrichteten Personen doch nicht an den Ausbruch von wirklichen Feindseligkeiten . . ."

Mit dem Eintritt des neuen Jahres schien eine friedlichere Strömung Platz zu greifen. Plessen berichtete am 2. Januar, daß die vier Coalitionsmächte wieder zu officiellen Conferenzen zusammengetreten seien, drückte aber sein Befremden aus, daß man auf Antrag Metternich's auch den Fürsten Talleyrand dazu eingeladen habe. Dieser sei doch der allerentschiedenste Gegner der Incorporirung Sachsens und habe dies noch kürzlich in einem Schreiben an Metternich vom 19. December eingehend begründet. Dieses Schreiben sei eine mit vieler Beredtsamkeit ausgeführte Deduction, daß man in den völkerrechtlichen Verhältnissen auch wieder zu wahren und festen Grundsätzen zurückkehren müsse, und daß durch die Abtretung Sachsens an Preußen sowohl die Grundlagen des Rechts als des politischen Gleichgewichts erschüttert würden. Sachlich könne man allerdings dagegen nichts einwenden, indessen widerspreche doch die Zulassung des Franzosen den bisherigen Abmachungen.

Talleyrand hatte in der That den Mund sehr voll genommen, und die tönenden Phrasen von den geheiligten Principien der Ehre, des Rechts und der Legitimität nahmen einen breiten Raum in dem Schriftstück ein, welches übrigens im glänzendsten Stile verfaßt war. Als Kaiser Franz es dem Zaren zu lesen gab, meinte dieser, man müsse zugeben, daß Frankreich die einzige Macht auf dem Congreß sei, die sich niemals widersprochen, und die ihn niemals hinters Licht geführt habe. An Inconsequenzen hatte es in dem Vorgehen der anderen Mächte freilich nicht gefehlt. Metternich, der noch kürzlich die Integrität der sächsischen Lande als ein Axiom proclamirt, sich dabei auf Stimmen aus Sachsen berufen hatte, schlug nun selbst die Abtrennung eines Theils vor, und sogar Talleyrand, der Mann der Grundsätze, schrieb seinem Herrn, wenn der sächsische Besitz um ein Fünftel geschmälert und dadurch ein Ausgleich erzielt werde, so könne man wohl darauf eingehen. Ludwig XVIII. erwiderte, das sei auch seine Ansicht, und auf dieser Basis kam denn zwischen Oesterreich, England und Frankreich eine so intime Annäherung zu Stande, daß Talleyrand dem Lord Castlereagh den Vorschlag machen konnte, zur Bekräftigung des Einverständnisses eine „kleine Seperatconvention" abzuschließen. Der Lord stutzte Anfangs und meinte, ein solcher Vertrag setze doch einen Krieg voraus, und den wolle man ja gerade vermeiden. Doch wurde er, dank dem Zureden Metternich's, mit dem Gedanken bald so vertraut, außerdem durch eine etwas scharfe russische Note so verstimmt, daß die „kleine Separatconvention" bereits am 3. Januar, und zwar in der Form einer regelrechten Defensivallianz vollzogen wurde. Es waren darin nicht nur die militärischen Streitkräfte genau bezeichnet, die jeder Theil zu stellen hatte, sondern es war auch darauf Bedacht genommen, Holland, Bayern, Hannover und womöglich noch andere Mittelstaaten in das Bündniß aufzunehmen. Ungeachtet des defensiven Charakters der Abmachung lag es doch auf der Hand, daß dieselbe ebensowohl einem Angriff zur Grundlage dienen konnte, wenn es darauf ankam, Preußen aus dem occupirten sächsischen Gebiet zu vertreiben.

Obwohl die Sache streng geheim gehalten war und den nächst betheiligten Mächten Rußland und Preußen erst sehr viel später bekannt wurde, müssen doch Gerüchte, die darauf deuteten, in Umlauf gekommen sein; denn Plessen berichtete schon am 18. Januar, er habe von

einer geheimen Allianz der drei betreffenden Mächte gehört und halte dieselbe für wahrscheinlich, obschon man es in der preußischen Staatskanzlei bestreite.

Die Verlegenheiten der letzteren nahmen in dem Maße zu, als die Einhelligkeit der Gegner sich schärfer accentuirte und die Unterstützung des Zaren, der durch die Regelung der polnischen Frage befriedigt war, lauer wurde. Kaiser Alexander war durch seinen vertrauten Günstling, den Fürsten Adam Czartoryski, mit Talleyrand in engeren Verkehr getreten, zeichnete ihn öffentlich aus, ging auf den Soiréen mit ihm Arm in Arm durch die Säle und erklärte, daß er persönlich nichts gegen seine Betheiligung an der Conferenz habe. Auch Preußen mußte, da die sächsische Angelegenheit nicht vom Fleck rückte, in diesem Punkt nachgeben. Am 12. Januar trat Talleyrand in die Conferenz ein, und der Rath der fünf Großmächte bildete nun den eigentlichen Congreß. Die Verhandlungen kamen in ein schnelleres Tempo, zumal Hardenberg sich schon Tags darauf dahin erklärte, daß Preußen eventuell geneigt sei, etwa 840 000 Einwohner unter der Herrschaft des Königs Friedrich August zu belassen. Damit war der Boden für eine allgemeine Verständigung gewonnen, und es begann nun der unerquickliche Streit um die einzelnen Stücke des Landes. Hand in Hand damit ging das Feilschen um die zahlreichen anderen Gebietsaustauschungen. Das dabei beobachtete Verfahren erregte den Mißmuth Plessen's. „Es sind das schlimme Maßregeln," schrieb er dem Herzog am 6. Februar, „denn so lange es den Landesherren beliebig zustehen kann, ihre angestammten Lande um- und auszutauschen, kann kein festes Princip des Rechts dabei obwalten, sondern nur eine Convenienz eintreten, die nach verschiedenen Ansichten berechnet, und ebensowohl durch Zwang als durch Vortheile herbeigeführt werden kann." Auch die Theilung Sachsens widerstrebte ihm höchlich, doch meinte er, müsse man zugeben, daß, wie die Dinge einmal lägen, ein anderer Ausweg ohne kriegerische Lösung nicht zu finden sei. Bezüglich der preußischen Erwerbungen hatte Preußen ein Tableau ausgearbeitet. Oesterreich antwortete mit einem Contre-Tableau. Man einigte sich schließlich dahin, daß Sachsen circa 900 000 Seelen abtreten und etwas mehr als eine Million behalten solle. Am 6. Februar wurden die Grenzen der sächsischen Abtretung durch Lord Castlereagh und Fürst Hardenberg

im Beisein des Königs von Preußen verabredet. Der Engländer bestand darauf, daß Leipzig bei Sachsen verbleibe. Talleyrand hatte ihn erst neuerdings darauf aufmerksam gemacht, daß dies für die britischen Handelsinteressen wichtig sei, und König Friedrich Wilhelm verzichtete endlich auf Leipzig, nachdem der Zar als Ersatz dafür das Gebiet von Thorn angeboten hatte. Am 12. Februar ging ein Cabinetscourier an den König von Sachsen ab mit einem Schreiben, welches den Theilungsentwurf zur Prüfung und Bestätigung vorlegte. In Wien war man nicht ganz sicher, daß der König bedingungslos zustimmen werde. Man schlug ihm vor, sich nach Brünn, Znaym oder Preßburg zu begeben, um unbeeinflußt und in persönlicher Freiheit seine Entschließungen treffen zu können. Er wählte den letzteren Ort.

Nachdem die Verständigung der Congreßmächte über Sachsen erzielt und damit die Kriegsgefahr beseitigt war, gingen auch die andern Fragen einer rascheren Erledigung entgegen. Die polnische überließ man einer Verständigung der drei Theilungsmächte. Talleyrand hielt sich zurück, und Castlereagh glaubte für die Whigs genug gethan zu haben, wenn er in einer phrasenhaften Note das Verlangen stellte, daß die Theilungsmächte, da die Wiederherstellung eines unabhängigen Königreichs leider nicht möglich sei, sich nunmehr verpflichteten, die Polen wenigstens als Polen zu behandeln. Die drei Cabinette antworteten mit höflichen, aber inhaltslosen Redewendungen. Castlereagh, den die Parlamentsverhandlungen nach London riefen, verließ nun den Congreß, und der Herzog von Wellington, bisher Botschafter in Paris, trat als Bevollmächtigter an seine Stelle. Gegen Mitte Februar waren auch die preußischen Erwerbungen am linken Rheinufer, die Fragen über Hessen, Mainz und somit diejenigen Gebietsverhandlungen erledigt, welche die Großmächte bisher vorzugsweise beschäftigt hatten.

Auf das gesellschaftliche Treiben war die diplomatische Spannung ohne Einfluß geblieben. Der Carneval hatte begonnen. Plessen meinte aber, es sei in der Jagd nach Vergnügungen keine sonderliche Steigerung zu bemerken, da sich die Congreßwelt bereits seit dem October im Faschingstreiben befinde. Die zerstreuende Einwirkung dieser endlosen Kette von Lustbarkeiten auf die Verhandlungen war ihm äußerst peinlich.

„Die Natur der Geschäfte und ihr schleppender Gang, nicht minder die Trennung von Dir" — so schrieb er am 15. Februar an seine Frau — „setzen mich in Verstimmung und Bekümmerniß, so daß ich selbst nicht recht aufgelegt bin, das Gute und Angenehme, was mir der hiesige Aufenthalt doch immerhin darbietet, zu benutzen oder in mich aufzunehmen. Ich suche mich freilich zusammen zu nehmen, und Du weißt wohl, daß es dann auch schon geht. Allein der eigentlich empfängliche Sinn zum Genießen ist nicht da. Ich ziehe indessen das Interessanteste in den Kreis der Beobachtung, besuche täglich einige Gesellschaften und halte mich au courant — von den deutschen Gesandten gewiß am meisten. Auch kann ich mit meinen Verbindungen und der vortheilhaften Meinung die ich mir gewonnen, wohl zufrieden sein; aber wie gesagt, das ganze Wesen und Treiben hier gefällt mir nicht. Es ist nach meinem Sinn nicht recht, und darum möchte ich auch nur, es wäre vorüber, so gut oder schlecht es sich mit solchen Elementen nun einmal machen läßt."

Wenn Plessen nicht zu Tisch eingeladen war, so pflegte er in dem Gasthof zur „Kaiserin von Oesterreich" am Graben zu speisen, wo sich tagtäglich eine große Herrengesellschaft einfand. Es war das eine Art Club und zugleich ein Markt für Neuigkeiten. Hier traf man auch interessante Persönlichkeiten, wie den jungen, phantastischen Ypsilanti, den witzigen Gentz, Tettenborn, Varnhagen, den russischen General von Witt, einen Nachkommen des 1672 vom Pöbel ermordeten holländischen Rathspensionärs, der in der russischen Armee eine sehr rasche, etwas abenteuerliche Carriere gemacht hatte. Man speiste an kleinen Tischen gut und verhältnißmäßig billig. Das Couvert kostete einschließlich mehrerer Weinsorten 5 fl. Papier. In diesem heitern, anregenden Kreise ging es weniger steif zu als bei den Diners der Großwürdenträger. Man erzählte sich die Anekdoten des Tages und die neuesten Witzworte Talleyrand's, Narischkin's oder des Fürsten von Ligne, deren oft treffende Bemerkungen ihren Weg von hier aus durch die Wiener Salons und weiter durch die Welt machten. Narischkin war Oberkammerherr des Zaren und von diesem sehr geschätzt, aber ohne politischen Einfluß. Auch sein Bruder, der Oberstallmeister, dessen Gemahlin damals von Alexander ausgezeichnet wurde, war mit in Wien, die russische Welt überhaupt sehr zahlreich. Plessen hatte zu diesem Kreise mancherlei Beziehungen durch seine Gattin, welche als Russin von Geburt und einstige Hofdame Helene Paulowna's mit einigen der in Wien anwesenden Familien verwandt oder befreundet war. Auch die beiden Großfürstinnen hatten für Plessen besondere Aufmerksamkeiten und luden ihn häufig ein. Die übliche Stunde für die

Hoftafel und die officiellen Diners war 6 Uhr. Um 1 Uhr pflegte man das Gabelfrühstück einzunehmen. Die Theatervorstellungen begannen um 7, die Abendgesellschaften meist schon um 8 Uhr. Die diplomatischen Conferenzen fanden entweder am Nachmittag zwischen 2 und 5 oder zu vorgerückten Abendstunden statt und währten dann oft bis spät in die Nacht. —

Zu den Persönlichkeiten, welche das Interesse Plessen's fesselten, hatte vor Allem auch der Feldmarschall Fürst von Ligne gehört, der nicht nur die höchsten Würden im österreichischen Staat einnahm, sondern durch die Erinnerung an sein bewegtes Leben, durch sein geistreiches Wesen und die seltsame Mischung von Frivolität und Gemüthstiefe, von Spottsucht und Leutseligkeit eine europäische Berühmtheit erlangt hatte. Man sah ihn in den ersten Monaten des Congresses trotz seiner achtzig Jahre noch auf allen Festen in ungewöhnlicher Rüstigkeit und geistiger Frische. Viele seiner Witzworte über den Congreß haben sich erhalten. Bei einer Abendgesellschaft, wo er in jugendlichem Eifer bei zehn Grad Kälte und ohne Mantel einigen schönen Damen zu ihren Wagen verhalf, zog er sich eine Erkältung zu, die nach wenigen Tagen, am 15. December, seinen Tod herbeiführte. Auch in den Stunden der Krankheit verließ ihn sein sorgloser Sinn nicht; er scherzte über seine Lage und über den Tod, dem er entgegensah. Als man ihm aber erzählte, es laufe von ihm die Bemerkung um, er habe sich zu sterben verpflichtet gefühlt, um den fürstlichen Gästen zur Abwechselung auch das Schauspiel einer pomphaften, militärischen Beisetzung zu bieten, wurde er ärgerlich und bestritt die Autorschaft auf das Entschiedenste. „Ich bin nicht Höfling genug, um in dieser Weise den Monarchen als Zeitvertreib zu dienen. Gern hätte ich mein Leben für einen Fürsten, den ich verehrte, hingegeben, — aber auf dem Schlachtfeld. Dies wäre der Tod eines Spaßmachers, eines Hofnarren, und diese Rolle habe ich nie gespielt. Mögen die Herren Festordner mein Leichenbegängniß von der Liste der Schauspiele streichen!" Der geistreiche Fürst konnte indessen nicht hindern, daß sein Tod großes Aufsehen machte, und ganz Wien zu seinem Conduct zusammenströmte. Die Beisetzung wurde mit großem Pomp vollzogen, aber aufrichtige Trauer und nicht bloß Schaulust war es, was die Menge um seinen Sarg vereinigte. Der Fürst war in den unteren Classen überaus populär gewesen und auch die Wiener Gesellschaft betrauerte den Heimgang ihres glänzendsten und genialsten Mitgliedes. Kaiser Franz

folgte dem Sarge, der Kaiser von Rußland und der König von Preußen sahen vom Wallgang aus den Zug an sich vorüberziehen, der sich nach dem Familienbegräbniß auf dem Kahlenberg hin bewegte.

Noch zwei andere Ereignisse ernsten Charakters unterbrachen bald darauf die Reihe der Festlichkeiten. Es waren dies der Brand des russischen Gesandtschaftspalais in der Neujahrsnacht 1814/15 und die Todtenfeier für Ludwig XVI., welche Talleyrand zur Belebung der Bourbonischen Traditionen im St. Stephansdom am 21. Januar veranstaltet hatte. Das Rasumowsky'sche Palais wurde vollständig durch das Feuer zerstört. Eine große Anzahl werthvoller Kunstwerke ging zu Grunde. Der Verlust war selbst für einen so reichen Besitzer ein bedeutender. Rasumowsky, welcher erst kürzlich den Fürstenrang erhalten hatte, war der Sohn des Marschalls Cyrill Rasumowsky, eines Bruders des bekannten Günstlings und Gemahls der Kaiserin Elisabeth. Man erzählt, daß Letzterer, als er vom Kirchensänger zu hohen Ehren gelangt war, sich seines Bruders erinnerte und ihn aus Kleinrußland, wo er die Schafe hütete, nach Petersburg zu bringen befahl. Der Schäfer, welcher in den Sendboten nur ein Aushebungscommando vermuthete, suchte sich dem Militärdienst durch die Flucht zu entziehen. Erst nach einer mühevollen Jagd gelang es, ihn einzufangen und gefesselt in das kaiserliche Palais zu liefern, wo sich der Umschwung auch seines Schicksals rasch vollzog. Kaiserin Elisabeth verlieh ihrem Schwager die Würde eines Kosakenhetmans, welche seit Mazeppa's Verrath abgeschafft war und die nunmehr dem glücklichen Inhaber das Recht gewährte, im ganzen Bereich seines Gouvernements den Zehnten zu erheben. Diese Einnahmequelle legte den Grund zu einem geradezu fabelhaften Vermögen, welches der Marschall seinem Sohne, dem Botschafter hinterließ, und das auch nach dem Wiener Brandunglück noch ein sehr beträchtliches blieb.

Die officielle Todtenfeier für Ludwig XVI. war ein kluger Gedanke Talleyrand's. Sie lenkte nicht nur die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Familie der Bourbonen und schob deren Vertreter in den Vordergrund, sondern sie war auch eine Verherrlichung des Princips der Legitimität, für welches der französische Diplomat mit so viel Pathos eintrat, und welchem in dieser Form ihre öffentliche Anerkennung zu zollen, die versammelten Monarchen nicht wohl umhin konnten. An

diesem einen Tage wenigstens war von Gebietsabtretungen, von Seelenzahl und Steuereinnahmen, von Bällen und Schmausereien nicht die Rede. Die nahe Verwandtschaft zwischen den Bourbons und den Habsburgern wurde mit der Erinnerung an jenes unglückliche Königspaar den Wienern wieder zum Bewußtsein gebracht, — daß im nahen Schönbrunn auch die Kaiserin Marie Luise und der König von Rom weilten, ließ man außer Acht. Jedenfalls konnte Talleyrand mit dem Erfolg zufrieden sein. Die Feier war großartig und erhebend; nicht nur, daß Kaiser Franz, umgeben von sämmtlichen Monarchen, ihr beiwohnte, — er ließ auch die gegen 100 000 fl. betragenden Kosten auf Rechnung der Hofkasse setzen.

Der ganze Dom war innen schwarz ausgeschlagen und von zahllosen Kerzen erhellt. Ueberall waren die Bourbonischen Lilien angebracht. In der Mitte des Schiffs erhob sich ein sechzig Fuß hoher Katafalk, von allegorischen Bildsäulen umgeben. Der weite Raum der mächtigen Kirche war dicht gefüllt; die Fürsten, die Ritter vom goldenen Vließ und die Gesandten saßen im Chor, die anderen Geladenen im Mittelschiff. Der vierundachtzigjährige Erzbischof von Wien, Graf Hohenwart, celebrirte. Der Pfarrer von St. Anna, Zaignelius, ein Franzose von Geburt, hielt eine französische Ansprache, in welcher einige Zuhörer stellenweise die salbungsvolle Diction Talleyrand's wieder erkennen wollten. Darauf sang ein Chor von 250 Stimmen, unter Leitung des Hofcapellmeisters Salvieri, ein Requiem von Neukomm, dem Schüler Haydn's. Der Eindruck dieser Feier war selbst auf die, ihrer Mehrzahl nach überaus frivole und oberflächliche Wiener Gesellschaft ein ergreifender, wenn auch keineswegs nachhaltiger; denn bereits am nächsten Tage begann wieder der alte Reigen der Feste und Lustbarkeiten. Maskenbälle, Schlittenpartieen, Theatervorstellungen, von Dilettanten ausgeführt, welche die Kaiserin von Oesterreich sehr liebte und persönlich zu arrangiren pflegte, folgten einander. Das künstlerische Arrangement der Vorstellungen und sonstigen, eine Ausstattung bedingenden Feste war fast ausschließlich zwei Pariser Künstlern übertragen, dem Maler Isabey und dem Architekten Moreau. Isabey war längst berühmt. Kaum zwanzig Jahre alt, hatte er das Porträt der schönen, unglücklichen Marie Antoinette gemalt; dann unter Napoleon, der ihn sehr protegirte, hatten alle Berühmtheiten des Kaiserreichs, alle schönen Frauen

von Paris seinem Pinsel gesessen. Die Zeichnungen für das Kaiserliche Ornat und die Hoftrachten bei der Krönung waren von ihm entworfen. Kein Fest in den Tuilerien, dessen künstlerische Anordnung ihm nicht zufiel. Dasselbe wiederholte sich nun in Wien. Der Sturz Napoleon's hatte ihn seiner einträglichen Stellen beraubt, auch sonst sein Vermögen vernichtet. Talleyrand war es gewesen, der ihm gerathen hatte, sich neue Reichthümer in Wien zu sammeln. Der Rath war gut. Alle Welt wollte von dem berühmten Künstler gemalt sein und der Wiener Hof war glücklich, für seine Feste den Beistand des Mannes verwenden zu können, dessen Geschick auch auf diesem Gebiete den Glanz des Napoleonischen Thrones erhöht hatte.

Dennoch war es bei der Ausdehnung, welche die Verhandlungen des Congresses nahmen, schwer, eine gewisse Eintönigkeit in den geselligen Unterhaltungen zu vermeiden. Jede Abwechselung war erwünscht, und es fand denn auch der seltsame Vorschlag des Admirals Sir William Sidney Smith, der auf ein Herren-Picknick hinauslief, rege Zustimmung und Betheiligung. Dieser alte Seemann war ein höchst origineller Kauz; eine sehr bewegte Laufbahn lag hinter ihm. Er hatte in britischen, schwedischen, auch eine Zeit lang in türkischen Diensten gestanden, war dann wieder in der englischen Marine angestellt worden, war in französische Gefangenschaft gerathen, durch seine Freunde mittels einer gefälschten Polizei-Ordre aus dem Temple befreit, hatte 1799 St. Jean d'Acre mit seiner Fregatte entsetzt, später nach zahlreichen Seegefechten den vertriebenen Prinzregenten von Portugal und dessen Familie nach Brasilien überführt, dann den Dienst quittirt und vertrat nun am Congreß die Sache seines einstigen Herrn, des entthronten Königs Gustav IV. von Schweden. Seine Denkschriften und Demarchen in dieser Angelegenheit hatten begreiflicher Weise nicht den geringsten Erfolg; ebenso wenig sein Antrag, einen Kreuzzug gegen die Barbaresken zu organisiren, um das Seeräuberwesen und den Sklavenhandel an der nordafrikanischen Küste zu unterdrücken. Aber mit seiner Idee, die Monarchen und Großwürdenträger zu einem Diner auf gemeinschaftliche Kosten zu vereinigen — das Couvert zu einem Ducaten —, hatte er Glück, und auch der Vorschlag, bei diesem Anlaß eine Sammlung zu veranstalten, mit deren Ertrag möglichst viel Christensklaven in den Barbareskenhäfen freigekauft werden sollten, schreckte die Theilnehmer

nicht ab. Die beiden Kaiser zeichneten jeder 1000 Ducaten, die Uebrigen verschiedene hohe Beträge, so daß 150 000 fl. zusammen kamen. Das Festmahl fand im Palais Augarten statt; alle Monarchen, mit Ausnahme des unpäßlichen Kaiser Franz, und die meisten Notabilitäten des Congresses, im Ganzen 150 Personen, waren erschienen, und als am Schluß der Tafel der Zahlkellner mit einem silbernen Teller die Runde machte, zogen die Fürsten vergnügt und lachend ihre Börsen. Nur der König von Bayern, der die seinige vergessen hatte, die Taschen erfolglos durchsuchte, und seinen, weit entfernt sitzenden Kammerherrn durch Zeichen vergeblich zu Hülfe rief, während der gewissenhafte Kellner schweigend und geduldig den Teller hinhielt, mußte schließlich zur Belustigung der hohen Herren vom Kaiser Alexander ausgelöst werden. An das Bankett schloß sich noch ein Ball im Nebensaal, zu welchem die Wiener gegen ein Eintrittsgeld von 10 fl. freien Zutritt hatten.

Wir nehmen nach dieser Abschweifung die Darstellung der diplomatischen Verhandlungen wieder auf. Anfangs Februar war zu Plessen's lebhafter Befriedigung auch die deutsche Bundesangelegenheit endlich wieder in Fluß gekommen. Die Bevollmächtigten der vereinigten Fürsten hatten am 3. Februar den Ministern von Oesterreich und Preußen eine Note übergeben, welche, anschließend an die vom 16. November 1814, die Heranziehung aller Regierungen zum Verfassungswerk in erneute Anregung brachte. Diesmal hatten sich auch Baden, Oldenburg und die beiden Hohenzollern, im Ganzen zweiunddreißig Staaten betheiligt. Die Demarche hatte den Erfolg, daß schon am nächsten Tage die preußischen Minister eine Note an Metternich richteten, worin sie sich bereit erklärten, den Anträgen der vereinigten Fürsten nachzugeben und von dem bisherigen Wege der ausschließenden Verhandlungen abzugehen. In einer weiteren Note vom 7. Februar folgte dann die Vorlage eines von Humboldt ausgearbeiteten, doppelten Verfassungsentwurfs, in dem die Verfassung theils mit, theils ohne Kreiseinrichtung aufgestellt war. Die Humboldt'sche Deduction bewegte sich so ziemlich auf dem Boden der früheren Vorschläge. Namentlich ward an den drei Punkten eines Bundesgerichts, einer Kriegsgewalt der Executive und an der Einführung landständischer Verfassungen in allen Bundesstaaten festgehalten. Plessen war wenig davon erbaut, meinte auch, Oesterreich werde auf diese Pläne nicht eingehen, und täuschte sich

darin nicht. Metternich ließ das Humboldt'sche Project zunächst unbeantwortet, erwiderte auf die Note vom 4. nur, daß er mit der Heranziehung von Bevollmächtigten der Kleinstaaten gleichfalls einverstanden sei, und beschäftigte sich im Stillen mit der Herausgabe eines Gegenvorschlages, welcher die Parität aller Bundesglieder zum Ausdruck bringen, die Bundesgewalt dagegen weit weniger kräftig gestalten sollte, als der preußische Entwurf. In dieser Hinsicht war schon durch einen aus der Feder Wessenberg's stammenden Verfassungsentwurf vorgearbeitet, den Metternich bereits im December vertraulich an Preußen und Bayern mitgetheilt hatte, und der, obwohl in seinen Grundzügen ziemlich verschwommen, die Ansichten der Hofburg über das deutsche Verfassungswerk doch zum Ausdruck brachte. Zu einer officiellen Mittheilung desselben aber kam es jetzt noch nicht. Der Streit mit Bayern um das Innviertel und die Austauschungen am Mittelrhein beschäftigten die österreichischen Staatsmänner sehr, und Plessen klagte in seinen Berichten wiederholt, daß das nicht endenwollende Feilschen um Land und Leute die deutsche Angelegenheit ganz von der Tagesordnung zu verdrängen drohe. Er hatte in den letzten Tagen des Februar mehrmals Besprechungen mit Hardenberg und Humboldt, welche ihn kommen ließen, um die Stimmung im Lager der Mindermächtigen kennen zu lernen, auch wohl durch ihn im preußischen Sinne darauf einwirken zu lassen. Plessen konnte sich aber mit der Kreiseintheilung nicht befreunden. Er rieth, sich in Wien nur auf die Feststellung allgemeiner Grundsätze zu beschränken, hierbei aber die Stimmen aller Bundesstaaten zu hören und dann die Berathung der einzelnen Artikel einer nach einigen Monaten zu berufenden Bundesversammlung vorzulegen. Ihm kam es vor Allem darauf an, daß der Congreß nicht auseinander gehe, ohne den Bund constituirt zu haben. Dennoch hätte dies leicht geschehen können, wenn nicht ein ganz unerwartetes Ereigniß die Verhandlungen plötzlich in eine raschere Bewegung versetzt hätte.

Am 7. März, in der Frühe des Morgens, wurde dem Fürsten Metternich eine per Estafette angelangte Depesche des österreichischen Consuls in Genua übergeben, nach welcher der englische Commissar Campbell Genua mit einer Fregatte angelaufen und sich erkundigt hatte, ob Napoleon sich an der dortigen Küste habe blicken lassen, denn von der Insel Elba sei er verschwunden. Infolge der verneinenden

Antwort war die Fregatte ungesäumt wieder in See gestochen. Der Fürst erhielt die Depesche im Bett, stand sogleich auf und fuhr zu seinem Kaiser, bei dem er gegen acht eintrat. Kaiser Franz las die Depesche und sandte Metternich sogleich zum Kaiser von Rußland und König von Preußen mit der Erklärung, daß er bereit sei, seiner Armee den sofortigen Rückmarsch nach Frankreich zu befehlen. Beide Monarchen waren entschlossen, das Gleiche zu thun. Um 9 Uhr war Metternich wieder in seinem Palais, wo ihn der Feldmarschall Fürst Schwarzenberg schon erwartete, und während die eiligst herbeigerufenen Minister der anderen vier Großmächte sich am Ballplatz einfanden, waren die Adjutanten bereits in allen Richtungen unterwegs, um den verschiedenen im Rückmarsch befindlichen Armeen den Befehl des Haltmachens zu überbringen. Die Kunde des Geschehenen verbreitete sich rasch durch die Stadt und erregte Aufregung und Bestürzung. Bald trafen auch Couriere mit bestimmteren Nachrichten ein. Man erfuhr die Landung in Cannes, den Vormarsch auf Grenoble.

Plessen hatte noch am 7. einen kurzen Bericht durch Estafette an den Herzog geschickt. Seine nächsten Berichte betrafen fast ausschließlich die Wiedergabe der Nachrichten, welche von Paris und der Schweiz aus über den Vormarsch Napoleon's in Wien einliefen. Es mögen hier einige Auszüge daraus folgen, welche ein Bild des damaligen Nachrichtenwesens entwerfen:

„13. März. — Auf dem Weg über Italien erfährt man, daß Napoleon mit seinen 1200 Mann, nämlich 700 alten Garden, 200 polnischen Lanciers und 300 angeworbenen Corsicanern am 1. dieses in der Bucht von Jouan bei der kleinen Stadt Cannes, zwischen Nizza und Frejus gelegen, gelandet und sich gleich darauf des nahe belegenen, befestigten kleinen Seehafens von Antibes hat bemächtigen wollen, allein von dem dortigen Commandanten zurückgetrieben worden ist. Man ist nun voller Erwartung, was Napoleon weiter unternehmen, wohin er sich richten, und besonders welche Verbindung er im Innern Frankreichs haben könnte, da die Engländer von Genua gleich Schiffe abgeschickt haben, die ihm seinen Rückweg abschneiden müssen. Der Fürst von Monaco, der seine Besitzungen nahe bei Nizza hat, war von den Lanciers Napoleon's auf der Straße angehalten, vor ihn geführt und von demselben eindringlich befragt worden: was der Congreß in Wien machte, ob er nicht schon auseinander wäre, und wie man über König Ludwig XVIII. dächte. Da die Antworten des Fürsten von Monaco den Wünschen Napoleon's nicht entsprachen, so hat er ihn ziemlich unwillig entlassen; dieser schickte aber sogleich durch Couriere über Turin Berichte von dem, was er erfahren, hierher, und daß Napoleon, den er in einem Bivouak bei Cannes getroffen, ihm gesagt, er werde nach Grasse

marschieren; dies wäre die Straße nach Grenoble. Meldungen, die gestern auch aus Straßburg und durch den Telegraphen schon von Paris hier eingingen, sagen, daß in beiden Städten die erste Nachricht von dieser Unternehmung Napoleon's keinen großen Eindruck gemacht und man sie mehr nur wie ein bloßes Wagestück angesehen hat.

15. März. — Neue Nachrichten über Napoleon's Bewegung sind gestern und vorgestern nicht eingegangen. Man hat aber allerlei über Unruhen in Paris verbreitet, wobei denn die hiesigen Agioteurs in Papiergeld sich auch sehr wirksam zeigen. Nun eben heute kommt ein Courier vom preußischen Gesandten in Paris hier an und bringt vom 8. dieses die guten Nachrichten: daß am 6. dieses man zu Paris zuerst die Landung Napoleon's erfahren, daß der König noch am selbigen Abend sein Ministerialconseil zusammenberufen, folgenden Tags das corps diplomatique gesehen und sehr gefaßt gewesen, daß zu Paris völlig Ruhe herrsche, und man im dortigen Publicum die Unternehmung Napoleon's nur wie ein abenteuerliches Wagestück ansehe; der Comte d'Artois, die Herzöge von Angoulême und Berry haben alle drei gleich abgehen wollen; es ist aber beschlossen, daß einer von ihnen beim Könige bleiben soll; man wird bei Lyon die Truppen versammeln und alsdann auf Napoleon losgehen.

18. März. — Es sind in den letzten Tagen sehr schlimme Nachrichten aus Frankreich eingegangen. Napoleon hatte sich auf Grenoble gewandt. . ."

Es folgt nun ein umständlicher Bericht über den bekannten Abfall der königlichen Truppen, über Napoleon's Vormarsch bis Lyon, die Stimmung im Lande und Napoleon's Proclamation an die Armee und die Nation.

„. . . Diese Proclamationen sind aber noch nicht zu haben. Napoleon hat Allen die Amnestie angekündigt, und nur Talleyrand, Marmont, Augereau und Soult ausgenommen. — In dieser Nacht sind nun aus Paris weitere Berichte des österreichischen Gesandten General Vincent vom 11. dieses eingegangen, die noch übler lauten und zwar im Wesentlichen dahin: daß der König Paris bereits verlassen, indem er gar nicht mehr auf das Militär rechnete, und daß der Comte d'Artois im Begriff sei, von Paris wegzugehen; man wußte noch nicht, wohin sie sich zu wenden gedachten. Napoleon rückte in Eilmärschen auf Paris, und alles Militär ging zu ihm über; in mehreren Provinzen war Alles im Aufstand, so daß der letzte Courier des Gererals Vincent nur versteckt und mit Mühe hat durchkommen können, und man nun so bald vielleicht nicht mehr ordentliche Nachrichten von da hierher bekommen wird.

Die Thätigkeit und die Einigkeit unter den Alliirten und besonders unter den drei Monarchen von Oesterreich, Rußland und Preußen hat nach allen diesen Vorgängen sich nur vermehrt, und es sind bereits Verabredungen getroffen, um die kräftigsten Maßregeln zu ergreifen und sogleich in Ausführung zu bringen."

Der rasche Gang der Ereignisse beschleunigte die Entschlüsse. Zunächst kam die sächsische Frage zur definitiven Erledigung. Bereits

am 7. März waren Wellington, Talleyrand und Metternich als Deputirte des Congresses nach Preßburg gereist, um dem am 4. dort eingetroffenen König von Sachsen eine Erklärung über das Theilungsproject abzufordern. Der König wich einer bestimmten Antwort aus, erklärte in einer von seinem Minister, Graf Einsiedel, übergebenen Note, daß er außer Stande sei, auf den Theilungsplan einzugehen, und beschwor in einem Privatschreiben den Kaiser Franz, sich in seinem Interesse zu verwenden. Erst als dieser erwidert hatte, was er für Sachsen habe thun können, sei geschehen, er könne nur dringend zur Annahme rathen, ging Friedrich August auf Verhandlungen über die Ausführung des Theilungsplans ein. Die Einigkeit der Mächte wurde in demonstrativer Weise durch das Manifest verkündet, welches die Aechtung Napoleon's aussprach. In einer Sitzung vom 13. März hatten die acht Signatarmächte des Pariser Friedens diese Erklärung berathen und im Namen aller europäischen Regierungen unterzeichnet. Fünf Bevollmächtigte hatten dazu die Ermächtigung ihrer Cabinette nicht abwarten können, denn die Zeit drängte, und Napoleon näherte sich Paris mit raschen Schritten. Ueber die Fassung der Declaration bestanden Meinungsverschiedenheiten. Man einigte sich schließlich zu dem Ausspruch, daß „Bonaparte als Friedensbrecher und Ruhestörer sich von den bürgerlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen ausgeschlossen, des gesetzlichen Schutzes beraubt und den öffentlichen Strafgerichten preisgegeben" habe. Seltsamer Weise hielten die Urheber der Declaration noch eine besondere Rechtfertigung für nöthig. Herr von Gentz wurde mit der Abfassung beauftragt, und sein Elaborat erschien auch schon am 16. März im „Oesterreichischen Beobachter". Es fiel ziemlich trocken aus und blieb übrigens ebenso wie der Akt, den es vertheidigen sollte, ohne wesentlichen Einfluß auf die öffentliche Stimmung in Europa, die sich bereits überall gegen den Unruhestifter ausgesprochen hatte.

Auch in den militärischen Maßregeln ging man ziemlich rasch vor. Am 15. traten Fürst Schwarzenberg, Fürst Wolchonsky und General von dem Knesebeck zu einer Conferenz zusammen, in welcher der allgemeine Operationsplan und die Aufstellung der Armeen berathen wurde. Die russische Armee sollte in Polen zusammengezogen werden, zunächst aber zwischen Kalisch und Krakau stehen bleiben. An der französischen Grenze sollte zwischen der Schweiz und Mainz die öster-

reichische Heeresmacht nebst 40 000 Bayern, 20 000 Württembergern, 10 000 Badnern und 8000 Hessen-Darmstädtern unter Befehl des Fürsten Schwarzenberg Stellung nehmen; nördlich davon bis Coblenz die preußische Armee mit den anderen Bundescontingenten, endlich zwischen Mons und Namur unter Wellington's Befehl die dort noch befindlichen englischen, holländischen und hannöverschen Truppen. Plessen theilte diesen Plan in seinem Bericht vom 20. mit, bemerkte aber dazu, daß er sehr geheim gehalten werde und ihm nur im strengsten Vertrauen zu lesen gegeben sei. Lord Wellington sollte sich unverzüglich nach Brüssel begeben. Am Abend des 18. berichtete Plessen:

„Es ist heute im Laufe des Tages noch ein preußischer Courier aus Paris gekommen, der dort am 12. abgegangen war. Damals hatte der König wenigstens diese Stadt noch nicht verlassen, obgleich er es Willens war, und man es erwartete, weil er sich nicht mehr auf das Militär verlassen konnte. Es frägt sich indessen noch, in wie ferne der König nicht die Pariser Nationalgarden und ein Aufgebot der anderen wird gebrauchen können, da gewiß noch sehr viele Bürger und ganze Departements es mit den Bourbon's halten. Wie stark jetzt schon die Armee Napoleon's ist, konnte man nicht wissen, man meinte wohl an 40 000 Mann; allein er kann darauf rechnen, daß alle Militärs in Frankreich für ihn sind, wo er nur hinkommt. Die ganze Division Gazan, die in Montpellier stand, ist ihm nachgegangen, um sich mit ihm zu vereinigen. Seine Getreuen Maret, Caulaincourt und Savary haben sich auch schon wieder zu ihm begeben. — Die hiesige französische Mission ist nicht nur consternirt, sondern hat gänzlich den Kopf verloren; sie geben Alles verloren.

20. März. — Die Couriere sind bis jetzt ausgeblieben, und man muß vermuthen, daß sie auf dem geraden Weg nicht mehr durchkommen können. Die letzten französischen Nachrichten sagen noch, daß der König bei der guten Stimmung, die sich für ihn in Paris gezeigt, dort so lange wie möglich zu bleiben gedachte. Man will hier noch wissen, daß Napoleon gar nicht in der Stadt Lyon selbst gewesen sei und überhaupt bisher noch vermieden habe, in den größeren Städten einzuziehen. Sehr wahrscheinlich befindet sich Napoleon jetzt aber doch auf dem Wege zwischen Lyon und Paris. Man kennt hier noch die Lage zu wenig, um die Hülfsmittel beurtheilen zu können, welche dem Könige übrig bleiben. . . .

Bei den Militärstellungen haben die vier alliirten großen Mächte Oesterreich, Rußland, England und Preußen ihren letzten Hülfstractat von Chaumont wieder als Norm zu Grunde gelegt, wonach also jede von diesen Mächten eine Armee von 150 000 Mann ins Feld zu stellen hat. Die anderen Militärstellungen werden sich mindestens nach den damaligen Accessionstractaten richten. Aufforderungen oder Anträge sind von den größeren Mächten an keinen Staat dieserhalb ergangen. . . .

Dänemark und Schweden haben sich noch nicht erklärt; es scheint mir aber nach preußischen Aeußerungen eben nicht, daß man nach den schwedischen Truppen großes Verlangen trägt, weil das nicht anders als unter gewissen Bedingungen

beim Commando geschehen könnte und die Schweden auch nur mit englischen Subsidien marschieren würden. Ich habe mich hiernach erkundigt, weil gerade ein schwedisches Hülfscorps von lästigen Folgen für Mecklenburg sein könnte und Ew. Herzoglichen Durchlaucht Lande sonst in diesem neuen Kriege nicht viel von Durchmärschen zu besorgen haben würden.

24. März. — Das Neueste aus Paris ist, daß die beiden Kammern auf den Kopf Napoleon's eine Prämie von zwölf Millionen Franken gesetzt haben, was wohl eine Aufmunterung für ein ganzes Militärcorps abgeben soll. Napoleon hat sich in Lyon verstärkt und auch organisirt. Ob aber die Angabe, daß seine Streitkräfte schon auf 40 000 Mann angewachsen seien, richtig ist, vermag man noch nicht zu beurtheilen. . . .

In dieser Nacht ist aus Italien die leidige Nachricht gekommen, daß der König Joachim von Neapel sich für Napoleon erklärt und mit seiner fertigen Armee in Oberitalien einrückt. Es ist nun zu besorgen, daß ganz Italien in Aufruhr stehen wird. . . .“

Am 27. März lauteten die in Wien eintreffenden Nachrichten ziemlich günstig. Ludwig XVIII. rechnete auch noch auf die Nordarmee. Der Abfall Ney's war in Paris noch nicht bekannt. Die Nachrichten kamen von dort auf dem Telegraphen gewöhnlich bis Straßburg oder Karlsruhe und wurden dann mit Courieren nach Wien befördert. Erst am 29. erhielt man auf diesem Wege Kunde von der Abreise des Königs nach Lille und dem am 21. erfolgten Eintreffen Napoleon's in der französischen Hauptstadt.

„Der Kampf der Alliirten,“ schrieb Plessen an diesem Tage, „wird nun unverzüglich beginnen, sobald eine genügende Anzahl von Truppen an der Grenze versammelt ist, was nach neuen Ordres durch beschleunigte Märsche bewirkt wird.

Es ist in den letzten Tagen viel über die Truppenaufstellung berathen worden. Nachdem Württemberg, Baden und Darmstadt darauf angetragen haben, ihre Contingente der österreichischen Armee anzuschließen, verlangt Preußen ein Gleiches von den übrigen Contingenten; allein Lord Wellington will auch mehrere derselben unter sein Commando gestellt wissen, um sein Armeecorps verstärkt zu sehen. Man hat sich dahin verständigt, daß die Contingente von Hannover, Braunschweig und den zunächst den Niederlanden gelegenen Ländern unter englisches Commando kommen. Ob von den englischen Subsidien für die kleineren Contingente etwas zur Vertheilung kommt, ist ungewiß. Die fünf Millionen Pfund, welche nach der Erneuerung des Vertrages von Chaumont England auch diesmal zu zahlen hat, nehmen die Hauptverbündeten für sich allein in Anspruch. Es ist wahrscheinlich, daß England noch zwei weitere Millionen zur Verfügung stellt und diese auch für die anderen Staaten pro rata zur Verwendung gelangen. Die hiesige britische Mission erklärt aber, über diese Frage nicht instruirt zu sein.

Neben dem Corps des Lord Wellington stellt sich zwischen Luxemburg und Coblenz das preußische mit den angeschlossenen Contingenten unter Blücher und Gneisenau auf. Dann schiebt sich das russische zwischen Coblenz und

Mainz unter Barclay de Tolly ein und von da bis an die Schweiz die süddeutsche Heeresmacht unter Schwarzenberg. Die Bayern stellen 60 000 Mann unter Wrede."

Während so die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf die Vorgänge in Frankreich und die der ersten Congreßmächte auf die Vorbereitungen zum Kriege mit dem Usurpator gerichtet war, blieb Plessen eifrig bemüht, einer Verschleppung der Bundesfrage vorzubeugen. Er brachte eine neue Versammlung der Mindermächtigen in Anregung und zu Stande. Man beschloß, eine Note an die deutschen Großmächte zu richten, und übertrug deren Redaction den Herren von Plessen und von Gagern. Diese am 22. März unterzeichnete Note erklärte die Bereitwilligkeit aller Betheiligten zur Stellung von Militär für die bevorstehende Campagne, betonte zugleich aber auch die Nothwendigkeit, die Regierungen „durch eine verfassungsmäßige Ordnung und Sicherheit zu verbinden, und stellte deshalb das Verlangen, daß die Grundlage der beabsichtigten Bundesverfassung noch vorher in Wien festgestellt und darauf der Bund wirklich abgeschlossen werde". Eine Deputation, bestehend aus Graf Keller, Plessen und Senator Smidt-Bremen überreichte die Note.

„Sowohl Metternich wie Hardenberg" — berichtete Plessen — „haben diesen Schritt sehr wohl aufgenommen und die Zusicherung gegeben, daß man sich hier auf keinen Fall eher trennen würde, als bis die Grundlagen der Bundesverfassung beschlossen wären, und zwar unter Zuziehung aller Bevollmächtigten. Fürst Metternich wiederholte mehrmals, wie er es allerdings für nöthig halte, daß während eines solchen Krieges eine Bundesversammlung beisammen bleibe, um als gesetzliche Behörde in allgemeinen Fragen einzutreten; er bat aber, die Kaiserfrage gar nicht anzuregen Oesterreich reflectire nicht auf diese Würde; man wünsche vielmehr Alles zu entfernen, was nur im mindesten zu Differenzen führen könne. In eben diesem Sinne sprach auch nachher Fürst Hardenberg; er erklärte, daß Preußen in die Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an Oesterreich nicht willigen könne noch würde. Es war aber nöthig, diese Gesinnungen zu sondiren, um darnach angemessene Schritte zu thun und unnöthige zu vermeiden.

Eine Abschrift unserer Note ist außer an Hannover diesmal auch an Bayern und Württemberg abgegeben, eine Rücksicht, die gute Folgen haben kann. Sonderbarer Weise haben Baden und Hessen-Darmstadt die Note nicht mit unterschrieben, ohne dafür einen Grund anzugeben und obwohl sie Anfangs dazu bereit waren. Die gewöhnliche Unentschlossenheit des Großherzogs von Baden scheint dies veranlaßt zu haben. Vielleicht haben aber auch beide, in der Neigung, kleine Puissancen zu spielen, geglaubt, jetzt, nachdem sie die Truppen angeboten, alles Weitere entbehren und umgehen zu können. Indessen ist dies für den Gang der Angelegenheit für jetzt ohne Belang."

IV.

Die officielle Antwort von Oesterreich und Preußen erfolgte am 30. März durch Noten, in welchen beide Höfe die Vertreter der vereinigten Fürsten und Städte aufforderten, einige Bevollmächtigte aus ihrer Mitte zu wählen, um sich über die Einleitung und Form der Verhandlung zu besprechen. Die Wahl dieser Deputirten erfolgte in einer Conferenz vom 31. März. Sie fiel auf Graf Keller (Hessen-Kassel), von Plessen, von Minkwitz (Sachsen-Gotha), von Berg (Lippe-Schaumburg) und Smidt (Bremen). Diese Herren erwarteten nun schon am nächsten Tage ihre Einberufung; sie erfolgte aber erst am 12. April. Die Besprechung, welche sie an diesem Tage mit dem Fürsten Metternich und Hardenberg in der Staatskanzlei hatten, bezog sich auch noch keineswegs auf die Bundesverfassung. Metternich bemerkte, Wessenberg sei mit der Ausarbeitung des österreichischen Entwurfs noch nicht fertig. Man verhandelte nur über den Modus, wie die Einzelstaaten zum Anschluß an die Coalition einzuladen seien, und welcher Procentsatz der Bevölkerung für die zu stellenden Contingente maßgebend sein sollte. Die Großmächte verlangten zwei Procent, wie sie Hannover, Braunschweig und Hessen-Darmstadt auch thatsächlich stellten. Die fünf Deputirten beantragten dagegen, daß es, wie im letzten Kriege, bei der doppelten Höhe des Rheinbund-Contingents verbleiben möge.

Plessen war über diese neue Verschleppung der Bundesangelegenheit sehr unwillig. Dieselbe ging lediglich von Oesterreich aus, welches seine Gebietsaustauschungen mit Bayern erst ins Reine bringen wollte. Fürst Wrede, der den miles gloriosus spielte und seit der Kriegserklärung sich als Vertreter einer militärischen Großmacht betrachtete, trat in seinen Forderungen jetzt noch anmaßender auf, während Fürst Schwarzenberg auf die Abtretung des ganzen Innviertels aus militärischen Gründen nicht verzichten zu können erklärte. Daneben

verhandelte Preußen mit Hannover wegen Ostfriesland und Oldenburg, mit Dänemark wegen Pommern, welches Schweden im Kieler Vertrag als Entschädigung für Norwegen angeboten hatte.

„Es geht mit allen diesen Dingen," schrieb Plessen an seine Frau, „immer auf die gleiche Weise. Man begreift es kaum, woher dieser stets wiederholte Aufschub in den Geschäften kommt, wenn man nicht selbst den Gang und die Behandlung der Geschäfte und die daran betheiligten Individualitäten in der Nähe beobachtet hat. Und dennoch, wäre kein Krieg in Aussicht, würde es noch langsamer gehen; nach der Art, wie Alles bisher betrieben wurde, hätten wir noch mehrere Monate zusammensitzen können, ohne daß mit den vorhandenen Elementen überhaupt etwas Brauchbares erreicht worden wäre. Ich bin gegenwärtig mit mancherlei beschäftigt. Wohin dies führen kann, muß sich in wenigen Wochen zeigen; ich kann wenigstens sagen, daß ich es redlich gemeint und mir auch viele Mühe gegeben, viele rechtliche Mittel angewandt habe. Wenn aber auch wenig bei alledem herauskommen sollte, so muß ich mir doch gestehen — und das wird auch Dir zu einigem Trost dienen — ich habe in der hier zugebrachten Zeit in doppelter Beziehung gewonnen: ich habe die Dinge und die Menschen der jetzigen Lage besser kennen gelernt, und auch ich bin ihnen bekannter geworden, was für die Zukunft immer sein Gutes hat. Meine Beschäftigung hier hat sich dadurch vermehrt, daß ich zu der Deputation mitgewählt bin, welche im Namen der deutschen Fürsten unterhandelt, wie Du vielleicht aus den Zeitungen ersehen hast, und was immer eine persönliche Auszeichnung ist."

Wenn Plessen hier auf eine besondere Art der Thätigkeit anspielte, so bezog sich dies auf eine schriftliche Abhandlung, an der er lange gearbeitet und die nichts Geringeres war, als der selbstständige Entwurf einer deutschen Bundesverfassung. Er hatte dieses Schriftstück schon Ende März den Fürsten Metternich und Hardenberg überreicht. Es vertrat in elf Artikeln so ziemlich diejenigen Grundsätze, die sich schon in der Instruction des Herzogs vom Juni 1814 ausgedrückt fanden. Der Rechtsstandpunkt der einzelnen Staaten war gewahrt, die Gleichberechtigung der Kleinen mit den Großen vielleicht zu sehr betont, dabei aber dem Bunde ein kräftiges und einheitliches Gefüge vorgezeichnet, wie es weder Humboldt noch Wessenberg auszudenken gewagt. Den ganzen Verfassungsplan durchwehte ein nationaler Hauch. In gedrängter Kürze und scharfer Umgrenzung waren die wichtigsten Postulate einer Reichseinheit aufgestellt: oberste Leitung durch ein erbliches Bundeshaupt, womöglich als Kaiser, der auch im Kriege die Heeresleitung hätte, gemeinsame diplomatische Vertretung, Gesetzgebung und Executive durch Beschlüsse einer Bundesversammlung, ein Bundesgericht, Einführung landständischer Verfassungen, überall, wo sie nicht bestehen, binnen sechs

Monaten; außerdem Freizügigkeit zwischen allen Staaten, das Recht, auf jeder deutschen Lehr- und Bildungsanstalt zu studiren, gleichmäßige Sicherheit des Eigenthums, Aufhebung der Leibeigenschaft und geregelte Preßfreiheit.

Es waren dies, wie man sieht, Forderungen, welche manchem Congreßmitgliede höchst bedenklich und allzu liberal erscheinen mochten, und in der That blieb es einem späteren Geschlecht vorbehalten, dieselben erfüllt zu sehen. Es war immerhin ein Beweis von Muth und Ueberzeugungstreue, mit diesem Programm damals öffentlich hervorzutreten. Auf Annahme aller seiner Punkte rechnete Plessen wohl selbst nicht, indessen fand er doch auf mancher Seite Zustimmung, und es gelang ihm thatsächlich, bei den spätern Berathungen einigen seiner Vorschläge Eingang in die Bundesakte zu verschaffen. Auch ist nicht unwahrscheinlich, daß Wessenberg, mit dem er damals viel verkehrte, bei der Ausarbeitung des österreichischen Verfassungsplans die Grundsätze der Plessen'schen Denkschrift theilweise verwerthete.

Mit diesem Plan trat nun die österreichische Regierung endlich zu Anfang Mai officiell hervor, zunächst aber noch in vertraulicher Form, indem sie die Wessenbergischen Propositionen zur Kenntnißnahme an Preußen, Hannover und Bayern übersandte und die Vertreter dieser Staaten zu vorbereitenden Besprechungen darüber einlud. In diesen Conferenzen, in welchen, neben Humboldt und Münster, der an Wrede's Stelle bevollmächtigte Graf Rechberg theilnahm, wurde nun das österreichische Project berathen. Der Humboldt'sche Doppelplan mit oder ohne Kreiseintheilung fand keine Billigung. Der preußische Staatsmann zeigte sich zwar zu Modificationen geneigt, wollte aber die Hauptidee seines Plans nicht aufgeben, nach welcher ein besonderer vollziehender Ausschuß ständig tagen und die laufenden Geschäfte des Bundes besorgen sollte, während die allgemeine Bundesversammlung nur zu gewissen Zeiten und für besondere Fälle zu berufen wäre. Erst als er sich von der Unmöglichkeit der Annahme überzeugt hatte, zog Humboldt diese Vorschläge zurück. Gegen das Bundesgericht und die Garantie der landständischen Verfassungen waren Bayern und Württemberg so entschieden, daß auch diese Forderung fallen mußte. Ueberhaupt blieb, wenn man nicht offenen Zwiespalt hervorrufen wollte, am Ende nichts übrig, als den Verfassungsplan nur in allgemeinen Umrissen vorzulegen und alle

nähern Details der Bundesversammlung selbst vorzubehalten. Metternich sagte am 20. Mai zu Plessen, er werde nach diesem Princip verfahren, denn es käme jetzt nur darauf an, den Bund zu constituiren. Bei der allgemeinen Ermüdung gelang es ihm, den Wessenbergischen Plan mit einigen, durch Hardenberg vorgenommenen Aenderungen bei den größeren Staaten zur Annahme zu bringen, und am 23. Mai legte er ihn als österreichisch-preußische Proposition in einer feierlichen Conferenz vor, die in der Staatskanzlei abgehalten wurde. Zugegen waren die Vertreter von Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Dänemark (für Holstein), den Niederlanden (für Luxemburg), Baden, Hessen-Darmstadt und die fünf Deputirten der vereinigten Fürsten und Städte. Die württembergischen Bevollmächtigten Linden und Wintzingerode hatten sich entschuldigt. Sie blieben auch den nächsten Sitzungen fern. König Friedrich war über einige, den Mediatisirten gewährte Zugeständnisse so erbost, daß er von dem ganzen deutschen Bund nichts hören wollte. Vielleicht hoffte er im Stillen auf neue Siege seines Freundes Bonaparte und eine Wiederherstellung des Rheinbunds. Auch Baden zog sich nach der ersten Sitzung zurück. Dagegen erreichten die Mindermächtigen, welche sich schon in einigen, durch Plessen und Gagern geleiteten Separatconferenzen zu geschlossenem Vorgehen vereinigt hatten, daß von der dritten Sitzung an jeder Staat durch einen eigenen Gesandten vertreten wurde.

Die verschiedenen Schwankungen und Phasen der elf Conferenzen zu verfolgen, deren letzte am 10. Juni stattfand, würde hier zu weit führen. Indem er die Sitzungsprotocolle seinem Herrn übersandte, bemerkte Plessen, daß dieselben nur ein ungenügendes Bild von dem Durcheinander der Einwände, Veränderungen, Proteste und Bedenken gäben. „Mit schriftlichen Erklärungen," schrieb er, „trete ich meinerseits nicht gern anders hervor, als wenn sie wirklich erforderlich werden, oder man sich einigermaßen der Wirkung versichert hat. Es ist sonst gerathener und wirksamer, die beabsichtigten Anträge mit Andern zu verabreden und solche zu unterstützen, je nachdem man im Gang der Verhandlung sieht, daß die Sache angebracht ist und sich behaupten läßt." Durch dies Verfahren gelang es Plessen, zu erwirken, daß dem Hause Mecklenburg eine Stimme allein zugebilligt wurde, während es dieselbe nach dem ursprünglichen Plan mit Oldenburg und Anhalt hatte theilen

sollen. Mit einem andern Vorschlag, der dahin ging, dem Art. XIII eine schärfere Fassung zu geben und die Einführung landständischer Verfassungen innerhalb des Zeitraums eines Jahres nach Publication der Bundesakte auszubedingen, drang Plessen nicht durch. Vielmehr wurde in dem Wessenbergischen Entwurf die ohnehin schon allgemeine Bestimmung: „in allen Bundesstaaten soll eine landständische Verfassung stattfinden" durch das noch unbestimmtere „wird" bedeutend abgeschwächt. Im Ganzen war Plessen mit dem Wessenbergischen Plan nicht zufrieden. Er bot ihm ein zu lockeres Föderativsystem. Indessen kam es ihm im Interesse der kleineren Staaten und insonderheit seines eigenen Herrn darauf an, daß die Versammlung nicht auseinandergehe, ohne den Bund und zwar für alle deutschen Staaten begründet zu haben. Die Gefahr, daß dies Ziel nicht erreicht werde, war in der That groß. Plessen berichtete in jenen Tagen über verschiedene Gerüchte von Separatverträgen, Gerüchte, die keineswegs grundlos waren. Der königlich sächsische Vertreter hatte seine Zulassung zum Congreß gleich dazu benutzt, die Bildung eines Südbundes, der auch Sachsen umfassen sollte, anzuregen. Metternich fand aber doch, daß dies dem Berliner Cabinet die Führerschaft des übrigen Deutschland zuweisen hieße. Württemberg wollte mit Bayern, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau, aber ohne Oesterreich einen Sonderbund abschließen und dazu noch die Schweiz einladen. Wie weit war man doch von der Einheitsidee entfernt!

Bayerns Haltung war höchst zweideutig.

In der neunten Sitzung vom 5. Juni, nachdem man nach langen Mühen endlich der Verständigung nahe gekommen war, erklärte Graf Rechberg plötzlich, er müsse sich den Beitritt Bayerns noch vorbehalten. Man glaubte allgemein, dies bedeute so viel wie eine Absage, und mehrere Staaten, darunter auch Mecklenburg, gaben nun Vorbehalte zu Protocoll für den Fall, daß der Bund nicht ganz Deutschland umfasse. In dem mecklenburgischen Votum vom 6. Juni erklärten sich die beiden Mecklenburg zwar bereit, die Bundesakte so wie sie aus den letzten Berathungen hervorgegangen sei, zu unterzeichnen, verbanden aber damit den Wunsch, daß man denjenigen Bevollmächtigten, welche noch Bedenken hätten, den Beitritt durch Gewährung von Modificationen erleichtern möchte, damit die Gesammtverbindung aller deutschen Staaten bewirkt

werde. Dies geschah auch. Metternich und Hardenberg hatten am Abend des 7. mit Rechberg eine mehrstündige Besprechung, in welcher sie dem bayerischen Vertreter mehrere Zugeständnisse, u. a. die Streichung des Bundesgerichts, machten. Nachdem somit eine vorbereitende Einigung erzielt war, gab Rechberg in der Sitzung des folgenden Tages die Erklärung ab, daß seine neuen Instructionen ihm die Annahme der so veränderten Artikel gestatteten. Man schritt nun zur Berathung der neuen Fassung, welche schließlich von allen Anwesenden angenommen wurde. Die nächste und zugleich letzte Sitzung am 10. Juni war nur noch der formellen Unterzeichnung der Bundesakte gewidmet. Dem Bund nicht beigetreten waren Baden und Württemberg. Doch blieb ihnen die spätere Accession vorbehalten, welche denn auch am 26. Juli bezw. 1. September erfolgte.

Man mußte in der That sehr genügsam sein, wenn man von dem Ergebniß des Congresses, soweit es die Begründung des deutschen Bundes betraf, befriedigt war. Neun Monate waren die deutschen Abgesandten in Wien versammelt gewesen, und jetzt am Schluß, in elf rasch aufeinander folgenden Sitzungen, sollte eins der schwierigsten Verfassungswerke, welche das europäische Staatsleben überhaupt kannte, berathen und beschlossen werden. Und diesen Grundlagen, aus denen die deutsche Einheit erwachsen sollte, fehlte es an allen den Bestimmungen, die eine organische Fortentwicklung, eine Ausgestaltung im Sinne der Kraft und Einheit hatten erhoffen lassen. Wenn der größte Theil der Bevollmächtigten, und unter ihnen auch unser Plessen, Wien dennoch mit einem Gefühl der Befriedigung und Erleichterung verließ, so mochte die allgemeine Abspannung ebenso sehr dazu beitragen, als die Erwägung, daß das Ergebniß noch dürftiger hätte sein können, und man es eigentlich nur dem abenteuerlichen Unternehmen Napoleon's zu danken hatte, daß überhaupt irgend ein Verband deutscher Staaten wieder hergestellt war. So wenigstens faßte es Plessen auf, als er seine Berichterstattung aus Wien mit dem Hinweis beschloß, daß die eigentliche Aufgabe noch ungelöst sei und die Hauptarbeit nunmehr der nächsten Bundesversammlung zufalle. Er kehrte übrigens nicht ganz mit leeren Händen nach der Heimath zurück. Er brachte dem Fürstenhause, dem er diente, die Rangerhöhung, auf welche dasselbe sowohl wegen seiner alten Abstammung und der Größe seines Länderbesitzes, als auch im

Hinblick auf die andern Staaten ertheilten Würden gerechten Anspruch machen konnte. Schon am 29. Mai hatte Plessen dem Herzog in einem vertraulichen Privatschreiben gemeldet, daß die Großmächte sich dahin ausgesprochen hätten, die Großherzogliche Würde für das Haus Schwerin anzuerkennen. Die gleiche Absicht bestand bezüglich der Häuser Strelitz und Oldenburg. Hier war die nahe Verwandtschaft mit dem preußischen bezw. russischen Hofe ausschlaggebend gewesen, für das Schweriner Fürstenhaus aber vorwiegend die patriotische Haltung des Herzogs im Frühjahr 1813 und die von ihm und dem Lande getragene, außerordentlich hohe Kriegslast in Anrechnung gekommen. Außerdem stand noch die Erhebung von Sachsen-Weimar zum Großherzogthum bevor.

Weniger Erfolg hatte Plessen mit seinen Bemühungen gehabt, dem Herzog eine Entschädigung für die unverhältnißmäßig hohen Kriegslasten zu erwirken, welche die französische Invasion und ihre Folgen dem Lande aufgebürdet hatten. Schon am 15. Februar hatte er an die Fürsten Hardenberg und Metternich eine Denkschrift übersandt, in welcher nachgewiesen war, wie die Theilnahme des Herzogs an der Bekriegung Napoleon's mit größern Gefahren, mit mehreren Anstrengungen und Aufopferungen als bei andern deutschen Staaten verbunden gewesen. Sein Herr beantrage daher eine Gebietsentschädigung, für welche der Pariser Frieden in den französischen Gebietsabtretungen und den sich daran knüpfenden Umtauschungen hinlänglichen Stoff biete. Es wurde dabei auf Schwedisch-Pommern oder Lauenburg hingewiesen, auf welches letztere das herzogliche Haus in Folge früherer Erbverbrüderungen auch rechtliche Ansprüche geltend machen konnte.

Diese Denkschrift übergab der mecklenburgische Bevollmächtigte auch den russischen Staatsmännern und erhielt von ihnen die Zusage gelegentlicher, wohlwollender Fürsprache. Indem er seinen Herrn von diesem Schritt in Kenntniß setzte, rieth er aber zugleich, irgend welche Erwartungen an die Erfüllung des zweiten Wunsches nicht zu knüpfen. In der That war es längst bekannt, daß Preußen den Besitz Schwedisch-Pommerns erstrebte und das von Großbritannien an Preußen abzutretende Lauenburg Dänemark gegenüber als Compensationsobject dienen sollte. Allerdings hatte sich Lord Castlereagh ungern zu dieser Abtretung verstanden, doch wollte Preußen nur unter dieser Bedingung Ostfriesland hergeben, da es sich für den Wegfall der dortigen Häfen durch die

pommerschen Häfen entschädigen mußte. Eine Zeit lang war auch die Rede davon, Lauenburg dem Herzog von Oldenburg und dessen Eutinschen Lande an Dänemark zu überweisen. Der Kaiser Alexander begünstigte diesen Plan im Interesse seines oldenburgischen Verwandten. Allein Preußen bestand auf seinem ursprünglichen Tauschplan und setzte ihn auch schließlich durch. Am 29. Mai kam die Convention zwischen Hannover und Preußen, am 4. Juni der Tauschvertrag zwischen diesem und Dänemark zu Stande. Plessen war durch seine freundschaftlichen Beziehungen zu Graf Münster und den beiden Bernstorff über alle Phasen dieser Unterhandlung gut informirt; so erfuhr er denn auch, daß der schwedische Gesandte, Graf Löwenhjelm, den Vorschlag gemacht habe, die Herrschaft Wismar mit zur Entschädigung für Dänemark dienen zu lassen, ohne auf das mit Mecklenburg bestehende Pfandverhältniß Rücksicht zu nehmen. Wismar, welches der westfälische Friede Schweden zugesprochen hatte, war 1803 gegen eine Summe von 1 250 000 Thalern auf die Dauer von hundert Jahren an Mecklenburg verpfändet worden. Der Versuch des Cabinets von Stockholm, dieses Pfandobject jetzt hinter dem Rücken Mecklenburgs in die Tauschmasse zu werfen, war allerdings naiv. Plessen sprach sich denn auch gegen Fürst Hardenberg darüber so rückhaltslos aus, daß dieser „auf das Bestimmteste versicherte, es solle davon gar nicht weiter die Rede sein; der Versuch sei so abgewiesen, daß er nicht wieder zum Vorschein kommen werde." Auch zu einer Abtretung des hannoverschen Amtes Neuhaus an Mecklenburg, die Plessen vorübergehend in Anregung brachte, kam es nicht. Alles war längst vertheilt und vergeben, und zumal bei der Eilfertigkeit, mit der in den letzten vierzehn Tagen, namentlich nach der Abreise der Monarchen alle Geschäfte betrieben wurden, hatte Niemand Zeit und Lust, sich mit den Beschwerden und Wünschen kleiner Fürsten zu befassen. Plessen beschränkte sich darauf als vorsichtiger Diplomat, noch vor seiner Abreise dem Fürsten Metternich für die Congreßacten eine Erklärung zu übergeben, in welcher er sein Bedauern darüber aussprach, daß sein Memoire vom 1. Februar unberücksichtigt und unbeantwortet geblieben sei. Er müsse demnach für die weitern Verhandlungen, die noch aus der Congreßakte hervorgehen würden, seinem Herrn alle geltend gemachten Ansprüche auf Lauenburg oder eine sonst entsprechende Entschädigung vorbehalten.

Trotz des gerade in den letzten Wochen sich anhäufenden Arbeitsstoffs fand der rührige Mecklenburger noch Zeit, den schon früher aufgestellten Entwurf einer deutschen Bundesverfassung gründlicher auszugestalten und zu einer Denkschrift zu erweitern. Er ließ dieselbe drucken und vertheilte sie vor dem Auseinandergehen des Congresses an seine deutschen Collegen. Diese Schrift, 55 Druckseiten stark, war betitelt: „Grundzüge zu einem künftigen deutschen Gesammtwesen und einer Nationaleinheit." Sie zeichnete sich durch Klarheit des Stils und Prägnanz der Ausdrücke vor andern Elaboraten dieser Gattung, deren im Lauf der nächsten Monate noch mehrere erschienen, vortheilhaft aus und fand auch in der Presse allgemeine Beachtung und Anerkennung. Einige der hier vorgeschlagenen Bestimmungen hatten inzwischen in der Bundesakte Eingang gefunden, andere sehr wesentliche Forderungen aber waren nicht berücksichtigt und sollten auch noch ein halbes Jahrhundert hindurch auf dem Wunschzettel deutscher Patrioten stehen bleiben.

Der Tag der Heimkehr ins Vaterland rückte nun heran. Der Aufenthalt in Wien hatte über neun Monate gewährt. Plessen hatte in dieser Zeit achtzig Berichte abgeschickt, deren jeder durchschnittlich sechs eng geschriebene Seiten umfaßte. Daneben hatte er viele Privatschreiben an den Herzog, den Erbprinzen, die Erbprinzessin, den Minister von Brandenstein, sowie an andere höhere Staatsbeamte und einflußreiche Mitglieder der Ritterschaft gerichtet, auch mit seiner Gemahlin eine rege Correspondenz unterhalten. Die Berichte und Briefe gingen gewöhnlich mit dem preußischen Cabinetscourier nach Berlin und wurden von der dortigen mecklenburgischen Gesandtschaft mittels Estafette oder Post an das Schweriner Ministerium befördert. Durch diese Couriergelegenheit gewannen sie einen Vorsprung von nahezu drei Tagen vor der Briefpost. Die klare und eingehende Berichterstattung des Gesandten schien aber die Leser in der Heimath nicht völlig zu befriedigen. Man erwartete noch mehr Mittheilungen über das gesellige Treiben, über die Personalien des Congresses, über pikante oder sensationelle Begebenheiten und dergl. Frau von Plessen hatte dies ihrem Gemahl mitgetheilt. Er antwortete darauf am 14. Februar:

„Man hat Dir gesagt, ich möchte doch noch öfter Privatbriefe schreiben, und daß man das einigermaßen erwartete, besonders der Erbprinz. Ich sollte

mich eigentlich hierauf nicht einlassen, weil es unnöthig und unrichtig ist, auf Neuigkeitskrämereien hinausläuft, die man nicht treiben muß; wenn Andere es thun, so geht mich das nichts an. Vielmehr muß man die Fürstlichkeiten daran gewöhnen, die Sache ernsthaft zu fassen, und daß die jetzigen politischen Angelegenheiten, also auch die Nachrichten davon, nicht zum Amusement dienen können noch sollen. Ob die Berichte ihren Beifall haben oder nicht, ist so lange gleichgültig, als sie selbst nicht den richtigen Gesichtspunkt erfaßt haben. Nun könnte ich zwar noch außerdem einige andere Neuigkeiten melden, allein das ist nicht gut und zieht gerade vom Wichtigen ab. Auch habe ich dazu weder Zeit noch Lust. Daß Lützow sich in eine solche Correspondenz mit dem Erbprinzen eingelassen, darin mag er in seinem Verhältniß nicht Unrecht haben; ich habe aber denn doch nicht die Absicht, ihn nachzuahmen. Wenn ich auch Manches, was nicht für Berichte paßt, schreiben könnte, so kann man hierin doch nicht vorsichtig genug sein; denn Anekdoten und Personalien interessiren meistens mehr als die Sachen selbst. Trotzdem will ich den Leuten zu Gefallen schreiben, was ich sagen kann; und so habe ich denn auch seitdem schon an den Herzog, an den Erbprinzen und Brandenstein Briefe geschickt, an den Erbprinzen erst heute wieder. . . ."

Diese kleinen Verdrießlichkeiten, dazu der Unmuth über den schleppenden Gang der Congreßgeschäfte, schließlich noch ein Wohnungswechsel, der mancherlei Unbequemlichkeiten mit sich führte, trübten öfter Plessen's Stimmung.

„Dein letzter Brief," schrieb er am 25. Februar, „hat mich durch alle die gütigen und liebreichen Mittheilungen, die Du mir darin giebst, auf ein paar Stunden zu Dir hin versetzt und mir dadurch ein Gefühl verschafft, dessen ich zu meinem Trost recht sehr bedarf. Du kannst Dir nicht oft genug sagen, daß ich gewiß ebenso sehr wie Du meine baldigste Rückkehr wünsche, und daß es mir doch eigentlich schlechter geht als Dir, indem ich eine so lange Zeit mich ganz verlassen fühlen muß von Allem, was mich liebt und wahrlich in keinen angenehmen Verhältnissen. Durch die Länge der Zeit wird dies aber nur noch fühlbarer. Warum preisest Du denn hierin die Männer um so viel glücklicher als die Frauen? Es frischt wohl auf, sich eine Zeit lang in einen neuen Kreis unter andere Menschen versetzt zu sehen, aber mit meinen Gesinnungen fühlt man sich gerade hier für die Dauer doch sehr isolirt. . . . Sonderbar, daß Du zu glauben scheinst, als sagte ich über die Dauer meines Aufenthaltes nicht Alles, was ich denke, und zwar um Dich zu schonen. Ich habe Dir schon früher erklärt, was diese stete Ungewißheit veranlaßt, und daß man für den Augenblick immer nur die nächste Zeit übersehen kann. Es ist mir nicht eingefallen, Dir dabei etwas verschweigen zu wollen. Möglich, daß ich mir immer schmeichle, es werde besser gehen, und zwar so, wie es eigentlich gehen sollte."

Der schriftliche Gedankenaustausch der beiden Ehegatten war ein sehr offener und intimer. Frau von Plessen theilte ihre kleinen häuslichen Sorgen und Erlebnisse dem fernen Hausvater mit. Er mußte dann rathen, anordnen, beschwichtigen; aber er wollte auch von allen

diesen Dingen unterrichtet sein und forderte seine Frau geradezu auf, sich nicht durch die Rücksicht auf die großen Verhältnisse, in denen er sich bewegte, von der Schilderung des kleinstädtischen Lebens in der Heimath abhalten zu lassen. Er wollte nach wie vor an ihren Erlebnissen Theil nehmen. Die Fragen der Kindererziehung, der Wirthschaftscasse und der Dienstbotenverhältnisse wurden dabei ebenso eingehend erörtert, als die Einzelheiten des Ludwigsluster Hoflebens. Das Letztere mochte nicht immer frei sein von kleinen Intriguen und persönlichen Rancunen. Mit Bezug darauf bemerkte Plessen in einem seiner Briefe:

„Es ist eine gute Regel, liebste Sophie, daß man die gewöhnlichen Dinge ebenso wie die Alltagsmenschen nicht zu ernst nehme und in keiner Hinsicht zu viel aus ihnen mache, möge es sich nun auf ihr Gerede oder auf ihr Thun und Treiben beziehen. Diese Regel wird besonders eine goldene in unsern Ludwigsluster Verhältnissen. Es ist eigentlich einerlei, wie die Menschen dort die Ereignisse oder ein von Andern beobachtetes Verfahren auffassen. Man muß ihnen nur bestimmt, aber ruhig darthun, wie sie es anzusehen haben. Ich meinerseits frage nicht viel nach der Meinung oder gar nach dem Wohlwollen mancher Leute, weil ihre Ansicht doch nicht aus lauterer Quelle entspringt.

Dagegen sind sie wiederum weniger schlimm als sie Dir zuweilen erscheinen, sondern nur engherzig, beschränkt und egoistisch — die currenten Fehler unseres Zeitalters — und das von den höchsten Kreisen der europäischen Politik an bis auf die unseres Höfleins und Hauptstädtchens. Aber wenn wir einen weiteren Gesichtspunkt haben, so wollen wir es doch gleichmüthig ertragen und uns nicht dadurch verdrießen lassen. Das nur, mein liebes Kind, ein Stück von meiner Lebensphilosophie! —"

Ein anderes Mal, als die Nachrichten von Napoleon's raschem Vormarsch überall Bestürzung und Unruhe verbreiteten, warnte Plessen seine Frau vor Kleinmuth und Verzagtheit. Er bedauerte, daß der Krieg nothwendig sei, war aber völlig überzeugt von dem Siege der deutschen Waffen.

„Auch hier in Wien," schrieb er, „ist die Menge sehr unglücklich über den Krieg und sehnt sich nach Frieden; manche sind von panischem Schrecken ergriffen. Die Furcht ist, wie Du weißt, eine schlimme Leidenschaft; also wollen wir mit solchen Leuten und dem Unfug, den sie in ihrer aufgeregten Stimmung anrichten, nicht rechten. Man sollte eigentlich versuchen, dies Benehmen nur von der lächerlichen Seite aufzufassen."

In einem späteren Briefe kam er noch einmal auf seine amtliche Berichterstattung zurück:

„In letzter Zeit habe ich an alle Welt daheim eigenhändige Schreiben gerichtet, wiewohl dies eine bloße Höflichkeit ist, die man mir bei allen übrigen Quälereien sehr wohl erlassen könnte. Die Berichte müssen Alles enthalten, was

zur Sache gehört. Die müssen die Leute studiren. Alles übrige Geschreibe führt nur zu Anekdotenkram oder voreiligen Nachrichten; davon muß man sie zurückbringen. Glaube mir, es ist bloße Eigenliebe und Eitelkeit, welche geschmeichelt sein will. Jeder möchte etwas Besonderes haben. Nun kennst Du aber meine Nachgiebigkeit, mit der ich anderen Leuten gern einen Gefallen erweise. So habe ich denn auch schon nebenher viele Privatbriefe geschrieben und will es weiter thun. Niemand kann aber fleißiger und sorgsamer alle interessanten Nachrichten sammeln und liefern als ich hier in meinen Berichten. Die anderen Gesandten kommen oft und erkundigen sich bei mir. Ich habe auch eine Menge interessanter und geheimer Stücke eingeschickt. Du siehst also, daß es lächerlich ist, wenn man sagt, ich gäbe nicht genug Nachrichten. Freilich Kinkerlitzchen mag ich nicht schreiben, und ich habe dem Erbprinzen letzthin auch etwas davon merken lassen.

Uebrigens habe ich hier gar nicht so viel Zeit übrig, wie man daheim zu glauben scheint. Ich muß mich täglich hier gewaltig in Bewegung setzen, Besuche machen und annehmen, nur um jeden Tag zu wissen, was vorgeht, es zu berichten und zu verfolgen. Diese Berichte kosten manche Mühe, die man ihnen nicht ansehen mag; und dann muß man auch suchen so viel als thunlich zu wirken. Lesen muß ich hier auch allerlei Politisches, was ich sonst ungelesen lassen würde."

In einem andern Briefe heißt es:

„Es ist mir angenehm gewesen, daß Du durch die vortheilhaften Nachrichten über meine hiesigen Verhältnisse eine Freude gehabt hast; nur laß Dir dieselbe ein anderes Mal nicht durch das Urtheil Solcher, die es anders ansehen, verderben. Darauf kommt ja nicht viel an, wenn ich gleich gestehe, daß etwas Contenance dazu gehört, um den Gleichmuth nicht zu verlieren. Allein man stößt überall auf solche Menschen und erwehrt sich vergebens der Mißgunst."

Vielleicht war es die Wirkung dieser übrigens nicht nachhaltigen Verstimmungen, daß Plessen noch im letzten Monat seines Wiener Aufenthalts von der Gelbsucht befallen wurde. Sie trat zum Glück nur leicht auf; nach Verlauf von sechs Tagen konnte er sich wieder allen Geschäften widmen. Es war dies gerade in der Zeit, als die deutschen Angelegenheiten berathen wurden und seine Thätigkeit am stärksten in Anspruch genommen war. Plessen hatte den berühmtesten Arzt Wiens, Dr. Malfati, consultirt, welcher auch den Fürsten Ligne in seiner letzten Krankheit behandelt hatte und in den ersten Häusern Wiens verkehrte. Malfati war ein liebenswürdiger, geistreicher Mann und in manche Geheimnisse der Congreßpolitik eingeweiht. Plessen, der seinen Umgang auch außer der ärztlichen Behandlung pflegte, erfuhr durch ihn mancherlei. Seit dem Eintritt der Fasten hatten die großen Festlichkeiten aufgehört. Man sah die Monarchen jetzt seltener in den

Salons, die für einen kleineren Kreis von Vertrauten nach wie vor geöffnet blieben. Allmälig begann die mildere Jahreszeit auch die Fremden ins Freie zu locken, und Plessen machte mit anderen Collegen häufig Ausflüge in die reizvolle Umgebung Wiens. Die freien Abende brachte er meistens in den Salons Taxis, Rechberg und Bernstorff zu. Gegen Ende Mai verließen die gekrönten Häupter den Congreßort. Der König von Dänemark reiste am 15. ab, der Kaiser von Rußland am 26., König Friedrich Wilhelm an demselben Tage und Kaiser Franz am 27. Die drei alliirten Monarchen begaben sich zu ihren Armeen, König Friedrich Wilhelm auf dem Umweg über Berlin, wo er einige Tage verweilte. Die Abreise der Kaiser und Könige war das Signal zum Aufbruch für die andern Fürsten, für die Mediatisirten und alle Diejenigen, welche die Unterzeichnung der Bundesakte noch zurückhielt. Der große Schwarm der Fremden, Congreßbummler, Bittsteller und Schmarotzer stob nach allen Richtungen auseinander, und das Treiben in den Straßen Wiens nahm wieder seinen alltäglichen, spießbürgerlichen Charakter an. Plessen hatte Alles zur Abreise vorbereitet, um dieselbe gleich nach der Erledigung der letzten, dringenden Geschäfte antreten zu können. Am 13. Juni bestieg er den Reisewagen und traf am 23. in Ludwigslust ein. Sein Weg führte ihn über Prag, Jung-Bunzlau, Zittau und Herrenhuth, wo er eine dort lebende ältere Verwandte seiner Frau, die Generalin Baranow, geb. Campenhausen, besuchte.

In den lauen Sommernächten dieser Fahrt schweifte sein Geist zurück auf die jüngst erlebten ereignißvollen Monate. Wäre Plessen den Regungen des Ehrgeizes und der Eitelkeit zugänglich gewesen, so hätten seine persönlichen Erfolge in Wien ein Gefühl der Befriedigung bei ihm zurücklassen können. Aber bei diesem tief angelegten Charakter überwog das Sachliche stets das Persönliche. Und sachlich erschien ihm das Ergebniß des Congresses, soweit es die deutschen Angelegenheiten betraf, durchaus unzulänglich. Er theilte nicht die Ansicht vieler Optimisten, welcher Gentz in einer rückschauenden Betrachtung des „Oesterreichischen Beobachters" Ausdruck verliehen hatte, und die in dem Satz gipfelte, daß man die Leistungen des Congresses nicht nach dem Maßstab dessen zu beurtheilen habe, was hätte erreicht werden können, sondern nach dem, was thatsächlich erreicht worden, und dies

sei schon so erhaben und gewaltig, daß man nur mit Dank und Bewunderung zu den Männern aufblicken könne, die bei dem großen Werk mitgewirkt hätten. Nein, die Wünsche und Forderungen des mecklenburgischen Staatsmannes und deutschen Patrioten gingen weiter, und bereits in jenen Reisetagen beschäftigte ihn der Gedanke, wie die Unvollkommenheiten der Bundesakte in der demnächst zusammentretenden Bundesversammlung zu ergänzen und auszugleichen seien.

Aber Andere dachten anders über ihn als er selbst. Es war jedenfalls sehr eigenthümlich, daß ein Diplomat in einer so wenig hervorragenden Stellung und bei dem bescheidenen Auftreten Plessen's während der bewegten Congreßzeit und mitten in dem Gewühl wichtiger politischer Fragen und wirr sich kreuzender Interessen, daß er in diesem Gemenge von Eigennutz, Intrigue und seichtem Salongewäsch die Aufmerksamkeit gerade der bedeutenderen und maßgebenden Staatsmänner auf sich zog. Es muß in seinem Wesen und in seiner Unterhaltung Etwas gelegen haben, was mehr noch als seine sachlich gefaßten Berichte und schriftlichen Aufzeichnungen den Stempel einer ungewöhnlich hohen Begabung trug. Es liegen dafür zahlreiche Belege vor, die von seiner Familie gesammelt und aufbewahrt sind.

So äußerte sich in jener Zeit Graf Nesselrode nach einem vorliegenden Brief dahin, daß Plessen seiner Ansicht nach ganz dazu geschaffen sei, „d'être à la tête des grandes affaires des plus grands cabinets, que son influence y serait des plus heureuses et que l'élévation de son âme ressemble à la noblesse et loyauté de son cœur."

Graf Münster schrieb einmal: „Plessen ist ein seltener Mensch; er vergißt sich stets, Andere nie, deshalb kann ihn der Ehrgeiz auch nicht verschlingen," und der durch seine historischen Schriften wie durch seine wechselvolle, politische Laufbahn bekannte Freiherr von Hormayr entwarf das nachstehende Bild: „Herr von Plessen ist ein Edelmann, wie man ihn in den Zeiten von Franz von Sickingen wohl fand. Aber jetzt begegnet man etwas so Vollkommenem nicht mehr. Er ist mir immer vorgekommen wie ein ganz rein gestimmtes Instrument; man mag anschlagen, wo man will, immer klingt es rein, und das giebt eine Harmonie in dem ganzen Mann, wovon Jeder angesprochen wird, und die einen tiefen, nie zu verlöschenden Eindruck hinterläßt. Fürst

Metternich ist von diesem klaren, reinen Geist unwiderstehlich angezogen worden, und wenn ich mich so ausdrücken darf, in Respect erhalten, was bei ihm viel sagen will."

Es war begreiflich, daß solche Urtheile, die auch ihren Weg nach Mecklenburg fanden, das Herz der Gattin dessen, dem sie galten, mit Stolz und Freude erfüllten. In dem letzten Brief, den Frau von Plessen im Juni 1815 noch an ihren Mann vor dessen Abreise von Wien richtete, schrieb sie:

„Wenn Dein dortiger Aufenthalt auch manche Widerwärtigkeiten für Dich nach sich gezogen, so ist er Dir doch zum wahren und bleibenden Vortheil gewesen, da Du bei der Gelegenheit gekannt und allgemein geschätzt und geachtet worden bist. Davon haben wir auch hier, von manchen Orten her, Vieles gehört und erfahren, was ich Dir mündlich, wohl mehr zu meiner als zu Deiner Freude mittheilen will, da Du nicht viel auf Alles dies hältst und was dafür giebst. Indessen glaube ich doch, daß es Dir nicht ganz gleichgültig sein kann, eine allgemein anerkannt ausgezeichnete Rolle durch eigene, persönliche Verdienste gespielt zu haben — Daß man Dir dort Gerechtigkeit widerfahren läßt, wundert mich übrigens viel weniger, als daß auch hier im Lande Du und Deine Verdienste anerkannt und laut gerühmt werden, wie dies nicht nur von Einzelnen, sondern auch bei den Landesversammlungen öffentlich geschehen sein soll." (Dies war in der That der Fall. Später, auf dem Landesconvent zu Rostock, wurde am 12. December 1815 der Dank der Stände für die von Plessen in Wien bewiesene Fürsorge für die Erhaltung der alten, vaterländischen Verfassung in das Protocoll aufgenommen und der engere Ausschuß beauftragt, den Gefühlen der Versammlung in einem, die Verdienste des Ministers anerkennenden Schreiben Ausdruck zu geben.) „Der Herzog gehört zu denen Vielen, die Dich mit unaussprechlicher Ungeduld zurückerwarten. — Er ist in der That Dein wahrer und immer gleichgesinnter Freund, das muß ich Dir aufrichtig gestehen und ich kann nicht anders als mit Rührung sagen, daß er auch während Deiner ganzen Abwesenheit sich gegen mich auf das Allerhübschheste benommen. Wenn ich Dir die Details davon mündlich mittheile, so weiß ich, daß Dir dies selbst wohlthun und gefallen wird. — Seine Reise nach Doberan hat er bis zum 1. Juli aufgeschoben, um Dich noch hier zu sehen und einige Tage wenigstens mit Dir zuzubringen."

Während Plessen sich auf der Heimreise befand, fiel auf dem Kriegsschauplatz bei Waterloo die Entscheidung. Das mecklenburgische Contingent, welches durch einen noch zu Wien am 27. April abgeschlossenen Accessionsvertrag zur Verfügung der Alliirten gestellt war, trat diesmal auf besonderen Wunsch des Herzogs unter preußischen Oberbefehl. Am 8. Juli trat die Brigade, wieder unter dem Commando des Erbprinzen, in der Stärke von 115 Officieren und 3152 Mann ihren Marsch nach Frankreich an, gelangte über Minden, Köln und Jülich in die Nähe der

Festung Montmedy und betheiligte sich an der Blockade dieses Platzes, sowie später an der Belagerung und Einnahme der Festung Longwy. Diese Campagne bot den mecklenburgischen Truppen wenig Gelegenheit, sich auszuzeichnen. Die gelieferten Scharmützel waren unbedeutend. Auf dem Rückmarsch erhielt der Erbprinz ein Commando über verschiedene deutsche Contingente, die er bis an den Rhein zu führen hatte. Gern wäre er den Truppen vorausgeeilt; denn ihn drückte die Sorge um seine Gemahlin, deren Gesundheitszustand ernste Besorgnisse einflößte. In dieser Stimmung schrieb er an Plessen:

„Villers la Montagne, den 21. October 1815. — Mein lieber Freund! — Sie haben mich freilich ganz vergessen und lassen nichts von sich hören, ich liebe Sie aber dennoch treu und will hoffen, daß bloß des Staates Wohl es macht, daß Sie keinen Augenblick für mich finden können. Zu allererst von häuslichen Dingen. Ich fange an, wieder in großer Angst um meine Frau zu sein. Sie erklärt sich freilich nicht deutlich, allein ich fürchte, es ist wieder übler mit ihr. Sie redet von fieberartigen Erregungen des Abends, von Anträgen, die man ihr macht, den Winter in einem warmen Lande zuzubringen. Sie können sich meine Angst denken. Ich bitte Sie, lassen Sie doch den Doctor kommen, fragen Sie ihn aufs Gewissen, ob die Reise nöthig ist; sagt er ja, so thun Sie doch Alles in der Welt dazu, damit meine Frau sich dazu entschließt. Geld werden Sie wohl vorschießen können; Alles, was ich habe, setze ich zum Unterpfand, es wieder zu erstatten. Die Reise ist mir freilich ein Greuel, allein hängt die Erhaltung meiner Frau davon ab, so kann keine Wahl stattfinden. Was sollte aus mir und meinen Kindern werden, wenn ich sie verlöre!"

Plessen unterzog sich dem Auftrag. Allein zu einer Reise nach dem Süden war es zu spät. Durch seine Frau, welche der Erbprinzessin sehr nahe stand und täglich einige Stunden im Schloß zubrachte, wußte er bereits, daß der Zustand ein hoffnungsloser war. Als solchen mußte ihn auch der unglückliche Gatte erkennen, als er Ende November mit seinen Truppen nach Mecklenburg zurückkehrte. Caroline Louise verschied am 20. Januar 1816. Plessen betrauerte die edle Fürstin tief. Sie hatte einen sehr wohlthätigen Einfluß in der fürstlichen Familie und auf den Ton bei Hofe ausgeübt, und ihr Tod hinterließ in jeder Hinsicht eine schmerzliche Lücke. Allein Plessen hatte nicht lange Zeit, sich Betrachtungen über die künftige Gestalt der Hofverhältnisse hinzugeben. Seiner harrte eine neue und verantwortungsvolle Aufgabe. —

Nachdem die Kriegsarbeit beendet war und das Pariser Friedenswerk die großen Fragen der europäischen Politik geregelt hatte, richtete sich in Deutschland das Interesse aller Patrioten auf die Organisation

der Bundesverhältnisse, deren erste Lebensäußerung in der Frankfurter Bundesversammlung zu Tage treten sollte. Aber die Geduld Derer, die eine baldige Eröffnung der Verhandlungen erwarteten, wurde auf eine harte Probe gestellt. Zu ihnen gehörte auch Plessen. Daß er seine Regierung auf dem Bundestage vertreten werde, stand von vornherein fest. Eine in gleicher Weise geeignete Persönlichkeit wäre auch gar nicht zu finden gewesen. Nach vorheriger Uebereinkunft mit dem Strelitzer Hofe wurde er am 7. October 1815 zum Gesandten am Bundestage für beide Großherzogthümer Mecklenburg ernannt. Diese gemeinsame Vertretung durch einen Bevollmächtigten blieb auch später während der ganzen Dauer des deutschen Bundes in Bestand.

Der Winter 1815—16 verging, ohne daß die Versammlung sich constituirte. Die Neigung zu einer Verschleppung trat namentlich in dem Verhalten der beiden Großmächte schon von Anfang an deutlich zu Tage. Einige Gesandte der Mittelstaaten fanden sich nach und nach in Frankfurt ein, aber die Cabinette in Berlin und Wien zögerten noch mit der Beschickung. Die zum Theil sehr verwickelten Gebietsaustausche boten dazu den willkommenen Vorwand. Im Frühjahr 1816 waren indessen die meisten derselben erledigt, und man glaubte die Eröffnung der Sitzungen nahe bevorstehend. Auch Plessen machte sich nun auf den Weg und traf gegen Ende April in Frankfurt ein. Der Entschluß zur Abreise war durch Privatschreiben einiger schon am Sitzungsort befindlicher Collegen beschleunigt, welche seine Anwesenheit herbeiwünschten, um dem schon vor Beginn der Verhandlungen dort auftretenden Intriguenspiel durch seinen Einfluß zu begegnen. Der für Holstein ernannte, dänische Gesandte, Baron Eyben, namentlich drängte zum Kommen. Er schrieb, die Gesandten der Kleinstaaten wollten durchaus, ohne das Eintreffen der Vertreter Oesterreichs und Preußens abzuwarten, in vorbereitende Berathungen eintreten, um eine Pression auf die größeren Cabinette auszuüben, und nur Plessen werde im Stande sein, sie von diesem nutzlosen Vorhaben abzubringen. Kam es auch nicht zu solchen Demarchen, so war doch die Stimmung, die Plessen in Frankfurt vorfand, eine wenig erfreuliche Eifersucht gegen die Großen, Mißachtung der Kleinen, ängstliches Festhalten an den Prärogativen der Souveränität, alles das machte sich mehr geltend, als die Neigung, an der Ausgestaltung des Bundeswerks thätigen und opferfreudigen Antheil zu nehmen. Nicht

so unser Mecklenburger. Er nahm seine Mission durchaus ernst. Er kam nach Frankfurt mit dem festen Glauben an die Möglichkeit eines einheitlichen Zusammenwirkens und dem ehrlichen Vorsatz, seine Kräfte in den Dienst der allgemeinen deutschen Sache zu stellen. Seltsam genug verband sich mit seinem im Dienst der alten Diplomatenschule anerzogenen Formalismus ein gewisser großdeutscher Zug, der nicht ohne idealen Anflug war und in den Berichten der nächsten Jahre häufig zu Tage trat. Wenn er unter der Einwirkung der Regensburger Traditionen und der Wiener Erlebnisse den Kaiserhof für den allein berechtigten und am meisten befähigten Führer des Bundes ansah, auf die Ehrlichkeit der österreichischen Absichten vertraute und den Fürsten Metternich für den einsichtsvollsten Staatsmann seiner Zeit hielt, so waren das Täuschungen, die er mit den meisten seiner Collegen und selbst mit den Leitern der preußischen Politik theilte. Fürst Hardenberg hatte, ungeachtet des Ränkespiels auf dem Congresse und der unverhüllten Feindseligkeit beim Abschluß des zweiten Pariser Friedens, die geheimen, undeutschen Ziele der österreichischen Hauspolitik nicht erkannt. Auch in seinem Debut am Bundestage war das Berliner Cabinet nicht glücklich. Nachdem Freiherr vom Stein den preußischen Gesandtschaftsposten ebenso wie kurz zuvor den österreichischen Präsidialposten ausgeschlagen hatte, weil er sich weder zu Hardenberg noch zu Metternich in eine abhängige Stellung begeben wollte, war die Wahl des Königs auf den bisherigen Gesandten am kurhessischen Hofe, Herrn von Hänlein, gefallen. Auch Graf Buol-Schauenstein, dem die Präsidialgeschäfte übertragen wurden, war zuletzt Gesandter in Cassel gewesen. Er traf am 21. Mai in Frankfurt ein, sein preußischer College erst am 29. Juni. Das Beisammensein der zwei ehemaligen Casseler Amtsgenossen dauerte aber nur wenige Tage. Hänlein übergab dem Präsidialgesandten ein Memoire und reiste dann wieder ab, um Vorbereitungen für seine definitive Uebersiedelung zu treffen. Dieses Memoire nun, von dessen Inhalt Graf Buol Herrn von Plessen und einigen andern Gesandten Kenntniß gab, drohte einen ernsten Conflict heraufzubeschwören. Preußen verlangte darin eine Art von Condirectorium oder doch eine Vertheilung der Directorialgeschäfte dergestalt, daß Oesterreich zwar der Vorsitz mit wesentlichen Attributen zufallen, Preußen aber gleichsam die Stelle des vormaligen Erzkanzlers einnehmen, das Protokoll

führen, die Beschlüsse ausfertigen und ein zweites Archiv aller in duplo zu vollziehenden Actenstücke in Verwahrung haben solle. Preußen meinte ferner, daß andere Materien, Cassenwesen und Polizei, auch noch einer dritten Macht zugetheilt werden könnten; es vermöge aber nicht zuzugeben, daß alle diese Befugnisse unter dem Präsidio von Oesterreich allein vereinigt würden. Graf Buol erklärte sogleich, daß Oesterreich auf diese Vorschläge niemals eingehen werde; es erblicke darin einen Akt des Mißtrauens und der Zurücksetzung und müsse im Fall irgend einer Beschränkung seiner Präsidialbefugnisse auf den Vorsitz verzichten.

„So entsteht denn," schrieb Plessen am 2. Juli, „gleich beim ersten Zusammentreffen der beiden großen deutschen Mächte eine Schwierigkeit, die für das Wesen des Bundes gefährlich ist und noch andere nach sich ziehen wird. Indessen frägt es sich hierbei weniger, was Recht ist, als welches Benehmen zu beobachten sein wird, um jeden Zwiespalt gleich im Entstehen möglichst zu vermeiden. Die Bundesacte giebt in Art. 5 den Vorsitz an Oesterreich, ohne dessen Befugniß allerdings näher zu bestimmen, aber einige derselben gehen doch unmittelbar aus der Sache hervor. Politisch kommt noch in Betracht, daß, je mehr man die Befugnisse dieses Präsidii verstärkt, desto mehr auch die so nöthige und bis jetzt nur in schwachen Umrissen bezeichnete Einheit im Bunde befördert wird, während jede Vertheilung solcher Befugnisse, wenn auch durch den Schein gleicher Rechte begünstigt, unvermeidlich zu einem Dualismus führt oder doch den Mangel an Zusammenhang bestehen läßt. Auf der anderen Seite ist jedoch eine gewisse Rücksicht und Schonung für Preußen bei dessen Ansprüchen zu beobachten, um ihm nicht sogleich alles eigene Interesse am Bunde zu nehmen, sondern die Aussicht nützlicher Wirksamkeit zu eröffnen."

Plessen sprach sich in diesem Sinne auch gegen Herrn von Hänlein aus und schlug vor, die Angelegenheit in die Präliminarconferenzen zu verlegen, diese aber ohne Zögern zu eröffnen. Er fand es der Würde der Regierungen nicht entsprechend, wenn ihre Vertreter Monate lang müßig an dem Versammlungsort weilten und nicht einmal zur Constituirung des Bundestags gelangen könnten. Aber dieser Akt wurde aufs Neue vertagt. Der Inhalt des preußischen Memoires war auch direct von Berlin nach Wien mitgetheilt und zwar, wie es scheint, in streng vertraulicher Form. Metternich äußerte sich nun sehr entrüstet darüber, daß ein Antrag Preußens, dessen Geheimhaltung ihm empfohlen war, in Frankfurt ganz offen von den Gesandten besprochen werde. Seine Ablehnung war so kategorisch und die Aufforderung an Hardenberg, sich über den Vorfall zu erklären, so gereizt, daß man sich in Berlin nicht anders als durch ein Desavouiren des Hänlein'schen

Verhaltens zu helfen wußte. Es wurde beschlossen, an seiner Stelle den ehemaligen Minister, Grafen von der Goltz, nach Frankfurt zu entsenden. Weil dieser aber die Kur in Karlsbad gebrauchte und vor dem Herbst nicht in Frankfurt eintreffen zu können erklärte, so wurden die Functionen des Bundestagsgesandten provisorisch dem Freiherrn von Humboldt übertragen, welcher als Mitglied der aus ihm, Wessenberg und Anstett bestehenden Territorialcommission sich schon seit längerer Zeit in Frankfurt aufhielt. Graf Buol, der mit Humboldt nicht zum Besten stand, und dem das Provisorium überhaupt unbequem war, suchte nun wieder die unerledigten Territorialfragen hervor, um durch diesen Vorwand die Eröffnung der Sitzungen bis zum Eintreffen des Grafen Goltz zu verschieben. Die andern Gesandten, welche dies merkten, waren unangenehm berührt, und es gab neue Verstimmungen. Die meisten gingen auf Urlaub. Auch Plessen begab sich auf einige Wochen nach Baden-Baden. Dort traf er häufig mit dem Könige von Bayern zusammen, der von seinem Sohn, dem Kronprinzen Ludwig begleitet war, und erhielt Kenntniß von einem Plan, welcher den Mangel an Einheitsgefühl, der an manchen mitteldeutschen Cabinetten bestand, in recht trauriger Weise veranschaulichte. Der König von Württemberg erschien plötzlich in Karlsruhe, sandte von dort seinen Minister, Grafen von Wintzingerode, und ließ den König von Bayern zu einer Zusammenkunft einladen, um sich mit ihm und dem Großherzog von Baden über eine wichtige geheime Angelegenheit zu besprechen. Es handelte sich um einen Sonderbund der drei süddeutschen Staaten, zu welchem auch Darmstadt und Nassau der Beitritt angeboten werden sollte. Zweck der Separatconvention war zunächst die Einführung gleichmäßiger Territorialverfassungen, sodann aber auch Uebereinstimmung in der Haltung am Bundestage, Einvernehmen betreffs der Abstimmung und gegenseitige Garantie des Besitzstandes. König Max Joseph ging aber auf den Vorschlag nicht ein, wich der Einladung des Württembergers aus und sandte später Montgelas nach Stuttgart, um seine Ablehnung zu motiviren. Plessen war durch das Scheitern des Projects wesentlich beruhigt, denn er hatte befürchtet, daß dessen Zustandekommen zu Gegenbündnissen anderer Gruppen geführt haben würde. Jedoch sah er ein Wiederholen ähnlicher Bestrebungen voraus. Die süddeutschen Staaten, meinte er, hätten nicht nur in vielen Fragen ein gemeinsames Interesse,

wie z. B. in der Sache der Mediatisirten, in der Abneigung gegen das Bundesgericht 2c., sondern es zeige sich bei ihnen auch eine gewisse Tendenz zum Absolutismus, die man bei den norddeutschen Mittelstaaten Sachsen und Hannover nicht antreffe. Sie wären deshalb stets in Besorgniß, daß der Bund ihre absoluten Machtvollkommenheiten in der inneren Landesverwaltung irgendwie beschränken könne, und es sei vorherzusehen, daß sie in dieser Hinsicht bei den demnächstigen Berathungen manche unerwünschte Schwierigkeit erheben würden.

Die Monate August und September verstrichen in unthätigem Warten. Plessen berichtete über häufige Besprechungen mit Buol und Humboldt, die er einander zu nähern suchte. Beide lasen ihm ihre Instructionen und Berichte vor, und es ist merkwürdig, wie rasch es ihm immer gelang, in allen Verhältnissen das besondere Vertrauen gerade der maßgebendsten Persönlichkeiten zu gewinnen. Endlich traf aus Wien die Nachricht ein, daß die Eröffnung des Bundestages nach dem 15. October erfolgen könne. Buol, dem Humboldt's Betheiligung daran unlieb war, wußte aber trotz Plessen's gegentheiliger Bemühungen den Termin auf den 4. November hinauszuschieben, und dies ward nun in der Presse verkündigt. Im Laufe des October hatten vorher noch mehrere Präliminarconferenzen stattgefunden, die sich mit der Geschäftsordnung, dem Verhältniß des Bundestages zur Stadt Frankfurt und ähnlichen Fragen beschäftigten. In der ersten dieser Sitzungen (am 1. October) wurden die Beitrittserklärungen von Württemberg und Baden vorgelegt, welche bekanntlich die Bundesacte nicht mit unterzeichnet hatten. Die Motivirung des verspäteten Beitritts in der württembergischen Erklärung hätte wohl zu Entgegnungen Anlaß geboten, doch beschlossen die Gesandten Oesterreichs und Preußens, über die Form hinwegzugehen, weil doch die Thatsache des Beitritts vorliege. Die wenig bundesfreundliche Haltung Württembergs zeigte sich auch darin, daß dem Gesandten, Freiherrn von Linden, der ausdrückliche Befehl des Königs zuging, von der Eröffnungssitzung des 5. November fern zu bleiben. Nun starb zwar König Friedrich am 30. October, und der von seinem Sohn, König Wilhelm, ernannte Nachfolger Linden's, Staatsminister von Mandelsloh, erhielt Befehl, sogleich nach Frankfurt abzureisen. Er konnte aber nicht mehr rechtzeitig dort eintreffen, und die Eröffnung vollzog sich ohne Beisein des württembergischen Vertreters.

Sie war übrigens sehr feierlich. Die Gesandten fuhren in ihren Staatscarossen und in großer Gala nach dem Taxis'schen Palais in der Eschenheimer Gasse, welches fortan fünfzig Jahre hindurch der Versammlungsort des Bundestages blieb. Die Garnison bildete Spalier. Von einer religiösen Vorfeier war abgesehen worden, weil man sich im Hinblick auf die Verschiedenheit der Confessionen über Ort und Form nicht einigen konnte. Die Ansprache, welche Graf Buol halten sollte, war ihm von Wien im Wortlaut zugeschickt. Er fand sie aber zu lang und las nur den letzten Absatz vor, der den salbungsvollen, wohlwollenden Ton des Metternich'schen Kanzleistils verrieth und durch Gentz mit einigen rhetorisch effectvollen Wendungen ausgestattet war. Hierauf sprach Humboldt, welcher den am 3. angekommenen, aber gleich an der Gicht erkrankten Grafen Goltz noch vertrat. Die österreichischen und preußischen Zusicherungen eines gleichen Rechts für Alle wurden mit Befriedigung aufgenommen. Einige Gesandte, darunter auch Plessen, drückten dies in gedrängter Kürze aus: nur der redselige Gagern, der die Niederlande für Luxemburg vertrat, ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen, eine längere Ansprache zu halten. Abends vereinigte der Präsidialgesandte seine Collegen zum Diner und die Frankfurter Gesellschaft zu einem großen Rout.

Die Versammlung war nun constituirt und machte sich mit redlichem Eifer an die Arbeit. Die Gegenstände aber, mit welchen sie sich in den ersten Monaten ihrer Tagung beschäftigte, boten gerade kein spannendes Interesse. Es handelte sich meist um die Regelung von Verhältnissen, die sich noch aus der Zeit des alten Reiches her schrieben, z. B. um die Reclamation der Mediatisirten, Sustentation der transrhenanischen Bischöfe, die Bezüge der Mitglieder des früheren Reichsgerichts und der westfälischen Staatsdiener &c., ferner um zahllose Bittgesuche und Beschwerden privater Personen, um die Reclamation der Frankfurter Judenschaft gegen die Verfügungen des Senats, endlich um Fragen der Geschäftsordnung und des Kassenwesens. Plessen war Mitglied der drei Commissionen, welche gleich Anfangs November gewählt waren

1. für die Petitionen und Beschwerden,
2. für die Feststellung der Reihenfolge, in welcher die einzelnen Materien der Bundesacte zur Berathung gelangen sollten,

3. zur Ausarbeitung eines Gutachtens über die Grenzen der Competenz des Bundestages.

In letzterer Hinsicht bestanden bereits erhebliche Meinungsverschiedenheiten, und in der zwölften und dreizehnten Sitzung war es zwischen Plessen und seinen bayerischen Collegen zu einer Auseinandersetzung gekommen über die Grundsätze, auf denen die Competenz der Bundesversammlung zu etabliren sei. Bayern wollte alle diejenigen Gegenstände, die nicht in der Bundesakte ausdrücklich bezeichnet waren, so lange von der Erörterung ausgeschlossen sehen, als nicht durch „organische Bestimmungen" die Befugnisse der Bundesvertretung klar begrenzt seien. Plessen erkannte darin den Versuch, die Thätigkeit des Bundestages gleich von vornherein zu lähmen. Er bekämpfte den Antrag aufs Entschiedenste und setzte es schließlich in der Commission durch, daß ein provisorischer Zustand anerkannt wurde, in welchem auch solche Gegenstände zur Berathung gelangen konnten, welche nach dem allgemeinen Zweck des Bundes und den Grundideen der Bundesakte zur Competenz der Versammlung gehörten. Man bemerke überhaupt, berichtete Plessen, bei der bayerischen Regierung eine gewisse Aengstlichkeit und die Tendenz, den Bund von allen inneren Angelegenheiten der Länder fern zu halten, ihn überhaupt, wenn möglich, auf eine Allianz für auswärtige Angelegenheiten zu beschränken. Der eigentliche Vertreter dieser Ansicht sei Graf Montgelas, der sich auf der einen Seite vor dem Bunde fürchte, auf der anderen sich die Miene gebe, als bezweifle er dessen Dauerhaftigkeit.

Mit dem Sturz dieses allmächtigen Ministers, der wenige Wochen später sein Portefeuille an den bisherigen Bundestagsgesandten Grafen Rechberg abgeben mußte, trat indessen eine Schwenkung in der bayerischen Cabinetspolitik ein und damit zugleich eine wohlwollendere Haltung dem Bundestag gegenüber. Auch die süddeutschen Sonderbundspläne waren inzwischen durch den Thronwechsel in Stuttgart gänzlich zu Fall gekommen. König Wilhelm neigte mehr zu Preußen. Zu Ende December 1816 kam er mit seiner Gemahlin auf einige Tage nach Frankfurt, um sich, wie Plessen meinte, die Verhältnisse und Personen einmal in der Nähe anzusehen, verkehrte viel mit den Diplomaten und sprach sich im Ganzen sehr bundesfreundlich aus.

In den Monaten Februar und März des Jahres 1817 kamen

einige wichtigere Fragen zur Berathung; so die über Einführung einer Austrägalinstanz, bestimmt, die Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern im Wege gütlichen Ausgleichs zu schlichten, die Garantie der weimarischen Bundesverfassung durch den Bund und die Regelung des Militärwesens. In der letzteren Angelegenheit schienen Oesterreich und Preußen es Anfangs sehr eilig zu haben. Sie beantragten gleich in den ersten Sitzungen, die Organisation des Kriegswesens vorzunehmen, und ernannten jedes einen General zur militärischen Vertretung am Bunde. Bald darauf aber zeigte sich der Wiener Hof unschlüssig. Der General wurde nicht abgeschickt, und Graf Buol suchte mit dem Mangel an Instructionen die Verhandlung hinauszuschieben. In der Frage des Obercommandos und der Eintheilung in Armeecorps war man in Oesterreich unsicher. Preußen seinerseits hatte wohl einen bestimmten Plan, wagte aber nicht, ohne vorherige Verständigung mit dem Kaiserhof, direct damit hervorzutreten, um sich nicht einem ähnlichen Echec wie in der Hänlein'schen Affaire auszusetzen. Den früheren Plan, das deutsche Bundesheer in zwei große Armeeverbände zu theilen und dieselben einem österreichischen bezw. preußischen Feldherrn zu unterstellen, hatte man in Berlin aufgegeben, wünschte aber doch — wie der durch Frankfurt reisende General Wolzogen an Plessen vertraulich mittheilte — den möglichst starken Anschluß kleiner Contingente an die großen Armeen. Bayern wirkte diesem Vorhaben insgeheim entgegen, und Oesterreich fuhr fort, einem offenen Zwiespalt durch Verschleppung auszuweichen. Einiges Befremden erregte es, als Graf Buol seinen Collegen von einem vertraulichen Schreiben des Fürsten Metternich Kenntniß gab, welches die Mahnung enthielt, der Bundestag möge sich doch „eines Drängens in Geschäftssachen und nachtheiliger politischer Reibungen" enthalten. Plessen meinte, ein unziemliches Drängen könne man der Versammlung füglich nicht vorwerfen, und Reibungen hätten bisher nicht stattgefunden. Man könne diese Aeußerungen daher wohl nur als eine Art der Entschuldigung für die von den großen Höfen veranlaßten Zögerungen ansehen. Eine Reibung sollte übrigens wenige Tage später eintreten. Sie hatte einen seltsamen, fast komischen Charakter.

Gegen den Kurfürsten von Hessen, der nach seiner Rückkehr in das Land wieder als der alte Despot auftrat und namentlich mit unerhörter Willkür die in der Jérôme'schen Zeit abgeschlossenen Guts- und

Domänenverkäufe einseitig aufgehoben hatte, lagen am Bundestage zahlreiche Beschwerden vor. Eine derselben war in der achten Sitzung von 1817 zum Vortrag gekommen, und der Reclamant, ein Oekonom Hofmann, zunächst an seinen Landesherrn verwiesen mit dem Bedeuten, daß, wenn er dort „wider besseres Erwarten kein rechtliches Gehör finden sollte", er sich aufs Neue an den Bundestag wenden möge. Diese Verfügung erregte den höchsten Zorn des Kurfürsten, und sein Gesandter mußte in der Sitzung vom 13. März eine ihm von Cassel wörtlich zugegangene Erklärung verlesen, die in den schärfsten und unpassendsten Ausdrücken dem Bundestag jedwedes Eingreifen in die Justizpflege seines Landes verwies. Darüber lauter Unwille der Versammlung. Sie beauftragte sofort drei ihrer Mitglieder, darunter Plessen, den Entwurf einer Gegenerklärung aufzusetzen, welche „in ziemlich kräftigen Wendungen" das Ansehen des Collegiums wahrte und den Protest des Kurfürsten zurückwies. Dieses Schriftstück, das in einer vertraulichen Sitzung unterzeichnet wurde, ging nach Cassel ab, und die Bundesregierungen ertheilten dem Schritt ihre Billigung. Weitere Folgen hatte der Vorgang nicht.

Die Osterferien brachten eine kurze Unterbrechung; dann nahmen die Sitzungen vom 28. April an wieder ihren Fortgang. Graf Buol war in Wien gewesen, brachte eine Menge Instructionen über Einzelfragen mit, und die Berathung einiger derselben kam dadurch vorübergehend in ein etwas rascheres Tempo. Im Ganzen aber erwies sich doch der Geschäftsgang, nachdem nunmehr eine Erfahrung von sechs Monaten vorlag, als ein höchst schwerfälliger. Dieser umständliche Apparat von Vorberathungen, vertraulichen und Commissionssitzungen, die langathmigen Vorträge der Ausschüsse, die nicht minder langen, motivirten Vota bei den Abstimmungen, bei denen jeder Gesandte es für seine Pflicht hielt, sein staatsrechtliches Lichtlein leuchten zu lassen oder der Vorlage einen neuen Gesichtspunkt abzugewinnen, dieser Wust von Bedenken, Einwänden, Verwahrungen und Vorbehalten — Alles das wäre an sich schon genügend gewesen, auch die einfachste Frage zu compliciren. Nun trat aber noch als wesentlich lähmendes Element die Instructionseinholung hinzu, die nicht allein bei der räumlichen Entfernung mehrerer Residenzen (z. B. Wien, Schwerin, Kopenhagen und der Haag) äußerst zeitraubend war, sondern die auch dem kleinsten

Höfchen Gelegenheit zur Obstruction oder doch zur Verschleppung gewährte. Die Postverbindung, besonders im Winter, war mangelhaft, und die kleineren Staaten scheuten oft die beträchtlichen Kosten einer Beförderung durch Courier oder Estafette. So ward allmälig und unwillkürlich der Schwerpunkt der Entscheidung in die Vorberathungen oder selbst in die vertraulichen Berathungen, welche die Gesandten unter sich hielten, verlegt, und damit war ebenso sehr dem persönlichen Einfluß angesehenerer und klügerer als auch der Intrigue ränkesüchtiger Mitglieder die Thür geöffnet. Eine Bildung von Gruppen und Coterien fand zwar in diesem ersten Jahre des Beisammenseins noch nicht statt; sie sollte sich aber später um so üppiger entwickeln. Merkwürdig genug waren es vorläufig gerade die beiden Großmächte, deren Auftreten am Bunde den Stempel des Tastenden, Unsicheren trug, während die Mittel- und Kleinstaaten ein bestimmter ausgeprägtes Verfahren in der Wahrung ihrer Rechte oder Ansprüche beobachteten. Die Indolenz des Wiener Hofes wirkte geradezu einschläfernd, und der behutsame Hardenberg, dessen Blicke stets nach Wien gerichtet waren und der den Einfluß Metternich's noch immer nicht abzuschütteln vermochte, trat am Bunde mit der Schüchternheit eines diplomatischen Anfängers auf. Humboldt war ihm schon zu scharf vorgegangen, und der von Gicht geplagte Goltz ganz der Mann des Abwartens und der Zurückhaltung, die der Staatskanzler von dem preußischen Vertreter forderte.

Trotz des gegenseitigen Beobachtens, des steten An- und Rückfragens, des vorherigen Verständigens, womit die Bundesregierungen die Behandlung jeder neuen Frage einleiteten, ehe sie eine noch so allgemein gehaltene Instruction an den Frankfurter Gesandten abgehen ließen, wurden in dem Frühjahrsquartal zwischen den Oster- und Sommerferien doch noch eine Reihe von Fragen durchberathen und erledigt. Von der Fluth der Privatreclamationen, der Sustentation ehemaliger Reichsgerichtsbeamten, der Pensionirung der Deutsch-Ordensritter ꝛc. können wir absehen, ebenso von den Verhandlungen über die Freizügigkeit aus einem Bundesstaat in den anderen, über Erleichterungen des Getreidehandels ꝛc. Alle diese Verfügungen trugen einen provisorischen Charakter. Auch in der Militärfrage gelangte die Commission, in welcher neben Oesterreich, Preußen, Bayern und Hannover auch Mecklenburg vertreten war, nicht einmal hinsichtlich der Matrikel zu einer principiellen Einigung.

Oesterreich war noch unentschieden, ob es Illyrien und sein schlesisches Gebiet, Preußen, ob es Schlesien und die Lausitz in den Verband des Bundesheeres aufnehmen sollte. So legte denn Plessen, der in dieser Frage besonders rührig war, noch kurz vor der Vertagung zwei Bevölkerungstableaux vor, welche jene Ländergebiete einbegriffen bezw. ausschlossen. Die Statistik war damals noch äußerst mangelhaft. Man mußte sich mit den bei den Regierungen befindlichen Staatslisten begnügen. Die mecklenburgischen Staatskalender gaben für Schwerin rund 350 000, für Strelitz 76 000 Einwohner an.*) Für ein Bundesheer von 150 000 Mann hatte das erstere 1800, das andere 420 Mann zu stellen. Das Contingent erhöhte sich aber für den Fall des Ausschlusses der oben erwähnten Grenzländer auf 1980 bezw. 460 Mann. Das Plenum des Bundestages nahm diesen Doppelentwurf an, um ihn den Höfen vorzulegen und nach den Ferien darüber zu beschließen. Ueber die Eintheilung in Armeecorps wollten sich die beiden Großmächte noch nicht aussprechen. Sie beabsichtigten eine directe Verständigung in Karlsbad, wo im August Metternich und Hardenberg zusammentreffen und auch die zu Bundescommissaren designirten Generale von Steigentesch und Freiherr von Wolzogen anwesend sein sollten. Auch ging das Gerücht von einer Begegnung der drei alliirten Monarchen, und Plessen erwähnte bereits im Juli, daß Aachen als Congreßort für das nächste Jahr 1818 in Aussicht genommen sei. Zur definitiven Beschlußfassung gelangte der Bundestag noch über drei wichtigere Fragen; betreffs der Austrägalinstanz einigte man sich dahin, daß, vorbehaltlich der späteren Errichtung einer permanenten Instanz, die obersten Gerichtshöfe der Bundesstaaten die Schlichtung der Streitigkeiten vornehmen und die bereits vorliegenden entscheiden sollten. Vorschriften über das Verfahren dabei wurden festgesetzt. Der zweite wichtige Beschluß war die Feststellung der Reihenfolge, nach welcher die Materien der Bundesakte vorzulegen und zu berathen seien. Das Plenum nahm den Commissionsentwurf an. Ein dritter regelte die Befugnisse des Präsidialgesandten und das Verhältniß des Bundestages zu den in Frankfurt residirenden

---

*) Man ließ damals bei der Volkszählung, die von den Pfarr- und Schulämtern vorgenommen wurde, die Kinder unter fünf Jahren außer Betracht und veranschlagte deren Zahl nach einem willkürlichen Procentsatz. Der Staatskalender von 1815 gab 301 389 Eingepfarrte und 48 611 Kinder unter fünf Jahren an.

auswärtigen Gesandtschaften. Die Cabinette von Wien und Berlin waren ursprünglich gegen die Zulassung einer auswärtigen diplomatischen Vertretung am Bunde gewesen; der preußische Hof hatte sogar im Januar 1817 durch den Gesandten von Schöler in Petersburg den directen Antrag gestellt, Rußland möchte auf eine Vertretung in Frankfurt verzichten. Dann könnten Frankreich und England auch nicht darauf bestehen. Es sei zu besorgen, daß die Anwesenheit dieser Diplomaten einen ungestörten Verlauf der Verhandlungen beeinträchtige. Kaiser Alexander hatte aber diesen Antrag sehr entschieden abgelehnt mit dem Hinweis, daß es angemessener sei, das Interesse an den Berathungen des Bundestages offen durch Accreditirung eines Gesandten zu bekunden, anstatt sich für Information und Einwirkung geheimer Agenten zu bedienen. Alle anderen Bundesstaaten von Bayern abwärts waren für die Zulassung der fremden Diplomaten, bei welchen sie einen Rückhalt gegen etwaige Uebergriffe der deutschen Großmächte zu finden hofften. Ohne daß die Sache principiell entschieden worden wäre, wurde nun doch ein Regulativ für die Beziehungen und den geschäftlichen Verkehr des Bundestages zum auswärtigen diplomatischen Corps ausgearbeitet und nach längeren Deliberationen am 12. Juni angenommen. Der Präsidialgesandte sollte den Verkehr vermitteln, seine Noten aber nicht „im Namen des Bundes" zeichnen. Bayern hatte ihm — wohl zur Controle — noch einen Ausschuß von drei wechselnden Mitgliedern beigesellen wollen, doch fiel dieser Antrag auf Preußens Veranlassung durch. Eine besonders umständliche Verordnung betraf die Befugnisse des Präsidiums zur zeitweiligen Geheimhaltung von Mittheilungen auswärtiger Mächte. An die Vertreter der letzteren erging nun als erste Lebensäußerung des Bundes ein Notificationsschreiben des Präsidialgesandten, welches die vor circa acht Monaten erfolgte Constituirung der Bundesversammlung zur officiellen Anzeige brachte.

Wäre die Frage der Accreditirung früher geregelt gewesen, so hätte auch eine Reclamation der Hansestädte, betreffend die Streifzüge tunesischer Piraten nach dem Canal und der Nordsee schneller Erledigung gefunden. Die Seeräuber hatten verschiedene deutsche und englische Handelsschiffe gekapert, und die Küstenstaaten waren sehr an der Abstellung dieses Unwesens interessirt. Der Bundestag stellte nun den Grundsatz auf, daß alle Schiffe der Barbaresken, welche sich außerhalb des Mittel-

ländischen Meeres blicken ließen, wie Seeräuber zu behandeln seien. Um demselben Geltung zu verschaffen, war man freilich auf die guten Dienste der westmächtlichen Flotten angewiesen und konnte nichts thun, als die Bundesregierung auffordern, sich mit den Cabinetten von London und Paris direct darüber ins Benehmen zu setzen. Baden knüpfte an diesen Vorfall bereits damals den Antrag auf Gründung einer Bundesmarine, der aber nicht ernst genommen wurde.

War die Machtentfaltung nach außen noch gering, so erwuchs dem Bunde im Innern eine freilich sehr geringfügige Vergrößerung seines Ländergebietes. In einer der letzten Sitzungen vor den Ferien wurde der Antrag des Landgrafen von Hessen-Homburg auf Eintritt in den Bund angenommen. Am 17. Juli vertagte sich die Versammlung bis zum 3. November.

V.

Am 18. Juli 1817 trat Plessen seine Urlaubsreise von Frankfurt an. Nach fünfzehnmonatlicher Abwesenheit kehrte er in die Arme seiner Gattin zurück, die ihn längst mit banger Sehnsucht erwartete. Die Trennung hatte diesmal länger gewährt als bei früheren Anlässen; sie hatte von beiden Theilen viel Geduld und Entsagung gefordert. Der Briefwechsel der Ehegatten gestattet noch manche Einzelheiten über Plessen's Privatleben und die Frankfurter Verhältnisse nachzutragen. Noch ausführlicher ließe sich nach den Briefen der Frau von Plessen, die mit jedem Posttage und sehr eingehend schrieb, eine Schilderung des Ludwigsluster Hof- und Gesellschaftslebens entwerfen, die sich an der Hand der feinen Detailmalerei zum vollendeten Culturbild der damaligen Zeit gestalten könnte. Indessen würde das hier zu weit führen. Frau von Plessen litt sehr unter der Abwesenheit ihres Mannes. Durch ihre ganze Correspondenz klingt bald leise, bald vernehmlicher die Klage über die lange Trennung durch. Auch war ihre isolirte Stellung nicht eben leicht an dem kleinen, in Coterieen gespaltenen Hof und in einer Umgebung, welche die wachsende Stellung ihres Gatten zum Theil mit mißgünstigen Augen betrachtete. Daneben lasteten auf ihr die Erziehung der drei Kinder, die Verwaltung des Hausstandes und des Vermögens, gesellige Verpflichtungen mancher Art, und ihre Gesundheit war zart. Schon wiederholt hatte sie die Brunnenkur in Karlsbad gebraucht. Auch im Sommer 1816 ging sie für mehrere Wochen dorthin, begleitet von ihrem Töchterchen, während die beiden Söhne der Obhut ihres in Wismar lebenden Schwagers anvertraut wurden. Karlsbad war überfüllt, die Gesellschaft glänzend, aber die Preise waren enorm. Frau von Plessen zahlte für eine sehr bescheidene Wohnung im zweiten Stock der „Drei Lerchen" am Markte dreißig Gulden Silber, und dies galt allgemein noch als besonders billig. Die meisten Wohnungen von zwei

bis drei Zimmern kosteten das Doppelte. Frau von Plessen wurde von der überaus zahlreichen, vornehmen Gesellschaft, in der sie viele Bekannte fand, sehr freundlich aufgenommen. Sie verkehrte viel mit der Fürstin Taxis, Gräfin Goltz, Generalin Lestoq, Gräfin Bülow von Dennewitz, mit den österreichischen Gräfinnen Festetics und Esterhazy, daneben mit europäischen Berühmtheiten, wie Blücher, Hardenberg, Rostopschin, dem „herrlichen Gneisenau", den sie jeden Morgen am Neubrunnen traf, mit Krusemark, Wittgenstein und anderen preußischen Staatsmännern, die dem Könige nach Karlsbad gefolgt waren.

Nach günstigem Verlauf der Kur kehrte sie erfrischt und befriedigt nach Ludwigslust zurück, wo der Winter denn freilich wieder mancherlei kleine Sorgen und Kümmernisse brachte. Zu ihnen gesellte sich der Verdruß über die auffallende Zurückhaltung, welche die mecklenburgischen Blätter und darunter selbst die von der Regierung subventionirte „Neue Schwerin'sche Zeitung" gegenüber der Wirksamkeit Plessen's am Bundestage beobachteten. Sie sandte ihrem Manne Ausschnitte aus derselben, die in der That eine unfreundliche Beurtheilung Plessen's verriethen, während die auswärtige Presse ihn als einen der hervorragendsten Mitarbeiter am Bundeswerke bezeichnete. Auch war sie unzufrieden, daß der Erbgroßherzog nie ein Wort der Anerkennung für ihn habe.

Plessen tröstete sie in seiner ruhigen, freundlichen Weise:

„Du gutes Kind bist so sehr auf meinen Ruhm und Lob bedacht, daß es Dir zu wehe thut, wenn Du solche geschmälert oder gehindert findest. Ich erkenne ganz Deine gute, treue Gesinnung, womit Du mir auch darin Deine Anhänglichkeit bezeigst; ich freue mich dieser Theilnahme und, was mehr ist, ich fühle den ganzen Werth davon. Nur möchte ich wohl, daß es Dir selbst nicht zur Qual oder nur zur Unannehmlichkeit würde. Deine Liebe verlangt vielleicht von gleichgültigeren Menschen zu viel in der Anerkennung oder auch nur im Ausdruck derselben; da, wo Scheelsucht und Neid wirklich etwas vermindert oder verschweigt, laß es Dich nicht bekümmern noch verdrießen, sondern sieh Du mir auf die Ursache, die freilich nicht edler Art, aber doch immer erklärbar und bei gewöhnlichen Menschen leider häufig ist. — Recht wohl begreife ich, wie dergleichen kleinlicher Sinn und Erbärmlichkeit zuerst ergreifen und ärgern kann, wenn so absichtlich vermieden wird, nichts Verbindliches zu sagen; allein das ist nun einmal so die bekannte Manier, die von gemischter Natur ist, nämlich theils aus einer Art Eigendünkel entspringt, theils aus der Absicht, dem Anderen nichts weismachen zu wollen, was aber denn freilich ganz seinen Zweck verfehlt.

Und nun, mein liebes Kind, was Dich und uns Alle trösten und stärken kann, ist, daß das Gute doch oben bleibt und siegt in der Achtung und Meinung, die man allgemein für oder gegen sich davon trägt. Nimm dieses an mir selbst. Wie ist die allgemeine Stimme, wie der Wunsch Aller? Liegt darin nicht eine größere, wahre Genugthuung, als im Lobe, das einem selbst gezollt wird? Manche Menschen, und namentlich die Neider, tragen am meisten durch ihr Benehmen dazu bei, indem sie am stärksten schweigend davon zeugen. Der Erbgroßherzog hat mir letzthin eine Menge schöner Dinge, gewiß mehr als ich sie verdiene, geschrieben, die er über mich und mein hiesiges Benehmen in Berlin von allen Seiten gehört habe; er hätte ebenso gut wohl auch Dir etwas davon erzählen können. Ich fragte ihn danach, gewiß nicht, um mein Lob singen zu hören, sondern mir zu einiger Notiz, wie man in Berlin darüber dächte. Der freilich alberne Zeitungsartikel, den Du mir schicktest, war mir schon bekannt. Er war dem „Deutschen Beobachter" entnommen. Allein man hätte nicht nöthig gehabt, etwas so Voreiliges ohne Weiteres aufzunehmen, und ich hoffe, man wird nun auch nicht angestanden haben, die besseren Nachrichten mitzutheilen."

Abgesehen von der Trennung von den Seinigen gefiel es Plessen in Frankfurt recht gut. Die vielseitige Thätigkeit sagte seinem regen Geiste zu, und die geselligen Verhältnisse waren angenehm. Man lud sich häufig zu Diners oder zu Abendgesellschaften, welche letztere gewöhnlich um 7 Uhr anfingen und zwischen 10 und 11 Uhr endeten. Plessen verkehrte viel im Hause der Gräfin Rechberg, die er von Regensburg und Wien her kannte, und die auch nach der Ernennung ihres Mannes zum Minister noch einige Monate in Frankfurt verblieb. Auch mit den Familien der Grafen Buol und Goltz stand er auf vertrautem Fuße. Während der Wintermonate 1816/17 hielt sich der Freiherr vom Stein, welcher im Sommer auf seinen Gütern lebte, mit seiner Familie in Frankfurt auf. Die unerfreulichen Erinnerungen an den einstigen reizbaren Präsidenten des Verwaltungsrathes und dessen feindselige Stimmung gegen Mecklenburg hatten sich bei Plessen schon seit der Begegnung auf dem Wiener Congreß etwas verwischt. Hier in Frankfurt traten sich die beiden Männer noch näher, und der alte Freiherr faßte sogar für Plessen eine besondere Zuneigung. Dieser schrieb am 18. März 1817 an seine Frau:

„Stein ist nun wieder abgereist. Er ist mir sehr gewogen, und ich bin auch sehr gut mit ihm gewesen. Er ist aber auch jetzt viel milder in seinen Ansichten und ruhiger im Wesen. Und an sich ist er wirklich ein braver, edler und verständiger Mann; eine große Irritation und Heftigkeit, die sonst in seiner Manier lag, scheint auch größtentheils aus seinem damaligen (1813), physischen Zustand und seinen gespannten Verhältnissen entstanden und vorübergehend gewesen zu sein. Er lebt jetzt ganz für sich und zufrieden, geht fast gar nicht

in Gesellschaften, sieht deren wenige nur in einem kleinen Zirkel bei sich und beschäftigt sich mit Correspondenz, Lectüre und der Verwaltung seiner Güter. Doch bewegt er sich gern in Reminiscenzen. Seine Frau ist recht gescheut und liebenswürdig; er hat nur Töchter, von denen erst eine erwachsen ist."

Von den Bundestagscollegen werden noch häufiger erwähnt Graf Görtz (Kgr. Sachsen), Baron Berstett (Baden), von Harnier (Hessen-Darmstadt), Baron Hendrich (Sächsische Häuser) und von Martens (Hannover und Braunschweig). Letzterer war der bekannte Staats- und Völkerrechtslehrer, dessen Vorlesungen Plessen einst in Göttingen gehört. In der Vertretung Württembergs trat mehrmaliger Personalwechsel ein. Auf Baron Linden war mit der Thronbesteigung König Wilhelm's Graf Mandelslohe gefolgt, der aber im Herbste 1817 dem bisherigen Cultusminister Freiherrn von Wangenheim den Platz räumte, einem energischen und leidenschaftlichen Manne, der sich am Bundestage bald sehr bemerklich machte.

In dem niederländischen Gesandten, Baron Gagern, fand Plessen einen guten Bekannten aus den Tagen des Wiener Congresses wieder. In den Pfingsttagen 1817 besuchte er ihn auf dessen bei Worms gelegenen Landgute. „Im Ganzen", schrieb er darüber, „habe ich diesen Gagern recht gern. Er gewinnt sehr bei näherer Bekanntschaft, und wenn er auch wohl etwas excentrisch erscheint, so hat er dagegen so viel Originalität in seinem Wesen, ist ein so gemüthlicher, braver, unterrichteter Mann, daß der Umgang mit ihm recht angenehm ist." In diesem Sinne bedauerte Plessen denn auch die Abberufung Gagern's, welche im März 1818 erfolgte und in Meinungsverschiedenheiten zwischen dem niederländischen Minister, Freiherrn von Nagel, und dem Gesandten über die Behandlung der Bundesangelegenheiten ihren Grund hatte. An Stelle Gagern's wurde alsdann Graf Grünne ernannt, der an Kenntnissen und Fähigkeiten seinem Vorgänger nach Plessen's Meinung bedeutend nachstand.

Inzwischen hatten sich auch die Vertreter der auswärtigen Höfe in Frankfurt eingefunden. Als die ersten hatten die Gesandten Frankreichs und Großbritanniens, Graf Reichard und Mr. Lamb, im November 1817 ihre Creditive übergeben. Rußland folgte im März 1818 mit der Beglaubigung des Geh. Staatsrathes von Anstett. Successive trafen auch die Gesandten der Mächte zweiten Ranges ein. Eine irgendwie

bedeutsame Thätigkeit war der auswärtigen Diplomatie in Frankfurt nicht beschieden; sie blieb in der Hauptsache auf Informationen gerichtet. Auch war der amtliche Verkehr mit dem „Durchlauchtigsten Bunde" durch Beschränkung der für den Notenaustausch zulässigen Gegenstände und durch umständliche Formalitäten erschwert. An Versuchen zu Intriguen fehlte es zwar nicht, doch gelangten selbst die Gesandten der fremden Großmächte zu keinem politischen Einfluß auf die Mitglieder des Bundestages.

Im Sommer 1816 hatte Plessen einige Wochen in Baden zugebracht, auch von Frankfurt aus dem in Homburg und Rumpenhein wohnenden Landgrafen von Hessen Besuche abgestattet. Ein besonderer Anlaß führte ihn während der Osterferien 1817 an den kurfürstlichen Hof. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, Bruder der Königin Luise, der erst kürzlich am 6. November 1816 die Regierung angetreten hatte, verlobte sich am 23. März 1817 mit einer Tochter des Landgrafen Friedrich von Hessen, zweiten Bruders des Kurfürsten. Er lud Plessen ein, der Feier beizuwohnen, was dieser um so bereitwilliger zusagte, als er nicht allein ein Gesandter auch des Strelitzer Hofes war, sondern den Großherzog persönlich hochschätzte. Letzterer war von seinem Minister von Oertzen begleitet, dem langjährigen Freunde Plessen's und einstigen Reisegenossen auf der Fahrt nach Langres und Chatillon. Wegen einer wichtigen Sitzung des Bundestages konnte Plessen an der Verlobungsfeier selbst nicht mehr Theil nehmen, fand aber den Großherzog noch am 28. März in Cassel anwesend und wohnte am Abend seiner Ankunft einem größeren Hoffeste bei, auf welchem er auch die fürstliche Braut beglückwünschen konnte, die er als sehr distinguirt und anziehend schilderte. Der Großherzog reiste zwar am nächsten Tage ab, aber Oertzen und seine Frau, welche aus Cassel stammte, blieben noch einige Tage mit Plessen zusammen, und dieser erfuhr nun Mancherlei aus der Heimath. Nicht gerade bequem war es, daß der Kurfürst, der Plessen's Ankunft erfahren hatte, ihn zu sich bescheiden ließ, um sich über die damals gerade am Bundestage schwebende Differenz mit ihm zu besprechen. Wegen seines Gichtleidens empfing er ihn im Bette liegend, schalt auf die Herren in Frankfurt, ließ sich aber doch durch Plessen so weit beschwichtigen, daß dieser den Eindruck mitnahm, der Kurfürst werde wohl den Streit aufgeben. — —

Die zukünftige Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz hatte noch eine ältere Schwester, und man fand am Strelitzer Hofe, daß diese eine passende Gemahlin für den verwittweten Schweriner Erbgroßherzog sein würde. Friedrich Ludwig fühlte sich seit dem Tode seiner zweiten Gemahlin sehr vereinsamt; mit Wehmuth sah er seine Kinder der mütterlichen Liebe und Pflege beraubt. Der Gedanke einer Wiedervermählung lag nahe. Dieselbe schien noch durch besondere Gründe geboten. An dem Ludwigsluster Hofe fehlte der weibliche Einfluß. Seitdem im Jahre 1810 die hochbetagte Mutter des Großherzogs gestorben war, gab es dort keine Fürstin mehr. Der Erbgroßherzog zeigte sich der von Strelitz aus ergangenen Anregung nicht abgeneigt. Er schrieb deshalb an Plessen, der hierbei wieder helfen und vermitteln sollte. Dieser rieth indessen, nichts zu übereilen. Er fand überhaupt die Wiederverheirathung, kaum ein Jahr nach dem Heimgange der Gemahlin, zu früh und äußerte sich in diesem Sinne. Darauf schrieb ihm der Erbgroßherzog am 14. April 1817:

„Sie haben mir durch Ihren Brief vom 9. d. M. einen neuen Beweis von Freundschaft gegeben, lieber Freund, den ich lebhaft erkenne. Ich finde solchen besonders in der Art, mit welcher Sie mir über meine Zukunft sprechen. Wären Sie nicht seit einem Jahr abwesend und sähen die hiesigen Verhältnisse, so würden Sie begreifen, daß ich es meiner Tochter schuldig bin, hierin Wandel zu schaffen.“ (Prinzessin Marie stand damals im fünfzehnten Lebensjahre.) „Auch mein eigener Vater scheint es zu fühlen und redet mir alle Tage zu, ihm wieder eine Frau ins Haus zu schaffen. Freilich rechne ich keineswegs auch nur zum geringsten Theile dasjenige anjetzt wieder zu finden, was Gott mir nahm; aber eine rechtliche Frau wird sich doch wohl noch finden lassen, die dem Haus mit Ehren vorsteht. Ihnen darf ich es gestehen: wäre eine Veränderung hier wahrscheinlich, ich würde nie wieder heirathen. So aber bin ich es dem Ganzen schuldig.“

Der Erbgroßherzog ging nun die Reihe der ihm von verwandten Personen vorgeschlagenen Prinzessinnen durch. Die Eine habe keine Tournüre, die Andere könne nicht Französisch u. s. w. Kurz, die Prinzessin von Hessen-Cassel scheine ihm die passendste. Daß sie nicht hübsch sein solle, wäre ihm eben recht, weil er dann nicht zu fürchten habe, daß es dereinst eine Rivalität mit seiner zukünftigen Schwiegertochter gebe. Plessen möge noch nähere Erkundigungen einziehen und ihm darüber schreiben. Dann, auf ein anderes Thema übergehend, hieß es weiter in dem Briefe:

„Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit, Ihnen auch noch mein Herz über Ihre Rückkunft hierher erschließen zu dürfen. Diese wird nicht allein von mir, sondern von Jedermann heiß ersehnt. Gleiche Wünsche und Gefühle vereinigen sich aber auch dahin, daß Sie uns nicht wieder verlassen mögen. Ich weiß wohl, daß es kein Freundschaftsdienst ist, den ich Ihnen thue, indem ich dies ausspreche; denn ich fühle lebhaft, daß außer Ihrer Familie keine Freuden Ihnen hier blühen; allein wenn es darauf ankommt, einem ganzen Lande zu nützen, so führt doch die Ueberzeugung, daß man es thut, auch seine Belohnung mit sich. B. wird außerordentlich schwach, er macht, ohne es zu ahnen, sich viele Feinde, ist so in den Banden seiner Collegen, daß er nur durch ihre sehr kurzsichtigen Augen sieht. Der Großherzog hat, wie Sie wissen, kein Zutrauen zu B. Ich thue das Möglichste, um jeden Anstoß zu beseitigen und den sonst so braven, mir wahrlich theuern Mann bei jeder Veranlassung zu vertheidigen. Da der Großherzog jetzt öfter als sonst über dergleichen mit mir spricht, so habe ich mehr Gelegenheit dazu. Hier herrschen die sous-ordres, daß es eine Lust ist. Hoese (der Cabinetssecretär) möchte gern den Minister spielen, was bei seiner bekannten Grobheit zuweilen sehr lästig ist. In der That, wenn nicht Alles zu Grunde gehen soll, so ist es Zeit, daß Sie das Ruder wieder ergreifen. Ich glaube gern, daß Ihre Gegenwart auf dem Bundestag nothwendig ist; allein ist es denn nicht möglich, daß Sie nach eigener Wahl einen Mann finden, der dort unser Gesandter wird und unter Ihrer Direction dort arbeitet? Doch eigener Augenschein wird Ihnen die Wahrheit davon zeigen, daß es so, wie jetzt, nicht fortgehen kann. Auf Sie, Freund, baue ich meine Hoffnung für Gegenwart und Zukunft. Lassen Sie mich nicht umsonst hoffen und glauben Sie nur, daß ich es so meine, wie ich es Ihnen aus vollem Herzen sage. Einer baldigen freundlichen Antwort entgegensehend, bin ich Zeitlebens

Ihr treuer Freund
Friedrich Ludwig."

Der schon längst gehegte Plan, seinen ältesten Sohn Paul zu besuchen, der sich mit seinem Gouverneur Studien halber in Genf aufhielt, gab dem Erbgroßherzog erwünschten Anlaß zu einer Brautschau an den Höfen von Cassel und Homburg. Er verließ Ludwigslust am 18. Mai 1817 und reiste über Weimar, wo er die jüngeren Kinder unter der Obhut seiner Schwiegereltern zurückließ, zunächst nach Cassel. Dort scheint seine Bewerbung nicht auf günstigen Boden gefallen zu sein. Nach kurzem Aufenthalt begab er sich an den Hof des Landgrafen Friedrich von Hessen-Homburg. Die vierte Tochter dieses Fürsten, Prinzessin Auguste, damals schon im einundvierzigsten Lebensjahre stehend und mithin zwei Jahre älter als Friedrich Ludwig, war mit dessen zweiter Gemahlin, der jüngst verstorbenen Caroline Luise nahe befreundet gewesen. Auf dem Sterbebette hatte diese ihren Gemahl für den Fall einer Wiedervermählung auf die Freundin verwiesen, deren

Sorgfalt sie die zurückbleibenden Kinder am liebsten überantwortet sah. In ihrem Wesen und, wie man sagt, auch in ihrer äußeren Erscheinung waren die beiden Freundinnen einander sehr ähnlich, und als Friedrich Ludwig nun die persönliche Bekanntschaft der Prinzessin Auguste machte, war sein Entschluß, um ihre Hand anzuhalten, sogleich gefaßt. Der Landgraf, ihr Vater, aber, der ein ziemlich unangenehmer Herr gewesen zu sein scheint, wies den Antrag schroff ab. Die Prinzessin zeigte sich zwar der Verbindung geneigt, war aber machtlos gegen den Vater, der seine zehn Kinder mit großer Strenge behandelte. Plessen war auch hier der Vertraute des Bewerbers, was manche Ungelegenheit für ihn im Gefolge hatte. Er fand übrigens, daß dieser in der Form der Brautwerbung etwas zu hastig vorging. Zudem war seiner Meinung nach Prinzessin Auguste für ihn zu alt, wenngleich ihre vorzüglichen Eigenschaften unbestreitbar blieben.

Der Erbgroßherzog hielt sich Anfangs Juni acht Tage in Frankfurt auf, wo ihm zu Ehren verschiedene diplomatische Diners veranstaltet wurden. Er begab sich von dort aus wiederholt nach Homburg, ohne den Landgrafen umstimmen zu können, und reiste schließlich mit dem Vorsatze ab, im August auf der Rückkehr noch einmal anzufragen. Inzwischen war der eigensinnige alte Herr von verschiedenen Seiten bearbeitet worden und ließ sich bei diesem zweiten Besuche die Einwilligung abringen. Die Hochzeit wurde auf das nächste Frühjahr angesetzt. Die Zwischenzeit war aber für die fürstlichen Brautleute nichts weniger als angenehm. Dem Landgrafen durfte von der Heirath nicht gesprochen werden, und die Prinzessin litt unter der quälenden Besorgniß, ob sie recht thue, den Vater in dieser Stimmung zu verlassen. Plessen, der sich mit dem fait accompli abgefunden, suchte zu vermitteln, zu trösten.

„Ich danke Ihnen" — schrieb Friedrich Ludwig — „daß Sie in Homburg waren und daß Sie mit Ihrer lieben Frau wieder hingehen wollen. Das ist doch recht freundlich von Ihnen, daß Sie die Tochter die Grobheit des Vaters nicht entgelten lassen. Der Alte ist doch unausstehlich. Von der Prinzessin habe ich recht lange und ausführliche Briefe. Unverkennbar darin ist die Freundschaft, welche sie mir schenkt, und das Zutrauen, womit sie mich beehrt; mithin bliebe mir persönlich nichts zu wünschen übrig, wenn nicht ebenso unverkennbar die Gemüthsunruhe wäre, welche sie verzehrt und die doch nur durch das Benehmen des Vaters, das sie jedoch nie mit einer Silbe erwähnt, hervorgerufen wird. . . . . Sie würden sehr wohl thun, wenn Sie dem Herrn von Brints

einmal ein Wörtchen ins Ohr sagten. Die Taxis'schen Posten verleugnen ganz ihren alten Ruf. Meine Briefe aus Homburg sind immer zehn bis zwölf Tage alt. Das ist doch ein Scandal! .... Mir geht es körperlich sehr gut. Der Großherzog behandelt mich fortdauernd mit der größten Güte und Liebe, allein von Geschäften hat er mir seit Ihrer Abreise auch nicht ein einziges Wort gesagt. Herr Hoese scheint ausschließend das höchste Vertrauen zu genießen, und ich weiß mich zu bescheiden. Ihre Abwesenheit ist eine Calamität, die wir Alle empfinden."

Dieser Schmerzensruf wiederholte sich in den späteren Briefen noch oft. In der That war der Erbgroßherzog gerade jetzt von mancherlei Sorgen bedrängt. Abgesehen von den unerquicklichen Nebenumständen des Brautstandes, hatte er auch Schwierigkeiten in der eigenen Familie. Sein Vater zeigte nach einer schweren Krankheit, die er im letzten Jahre glücklich überstanden, jetzt häufig eine krankhaft argwöhnische Stimmung und vermied es sichtlich, Angelegenheiten der Landesregierung mit ihm zu besprechen. Sein Bruder Carl war durch ungeordnete Lebensweise in die Hände von Wucherern gerathen und befand sich in einem Zustande der äußersten Bedrängniß. Friedrich Ludwig mußte, um einen öffentlichen Eclat zu vermeiden, die Sache unter der Hand arrangiren und eine Art geheimer Curatel für ihn übernehmen. Sein anderer Bruder Adolf stand im Begriffe, zur katholischen Kirche überzutreten.

„Ich vermuthe, daß Ostern zu diesem Schritt bestimmt ist, der natürlich im Lande das größte Aergerniß geben wird. Seiner Familie hat er zwar noch kein Wort gesagt. An Pastor Schulz (den katholischen Geistlichen in Ludwigslust) hat er sich schon mehrere Male gewandt. Der aber benimmt sich vortrefflich und hat ihm rund heraus alle und jede Assistenz versagt. Ich ahne, er wird einmal verreisen und dann auswärtig plötzlich abschwören, wahrscheinlich in Hildesheim.*) So etwas hat er gegen Schulz geäußert, der es mir selbst gesagt hat. Rathen Sie mir doch, was dabei zu thun, wenn er es heimlich vornimmt. .... Alle diese bitteren Erfahrungen, lieber Freund, ziehen mich immer mehr von der Welt ab. Ich fühle klar und lebendig, daß unsere wahre Heimath nur da oben ist. Dahin werde ich ja auch kommen und die Vorangegangenen wiederfinden. Möge Gott mir nur Kraft verleihen, meine Pflichten hienieden treu zu erfüllen. Dann will ich dulden, bis ich das Ziel erreiche. Erhalten Sie nur Ihre Freundschaft Ihrem treuen Freunde

Friedrich Ludwig."

Solche Anwandlungen von Niedergeschlagenheit und Lebensüberdruß überkamen den Prinzen jetzt häufig. Vielleicht standen sie in Zusammenhang mit dem körperlichen Leiden, das seine Gesundheit untergrub,

*) In dieser Form erfolgte der Uebertritt im nächsten Jahre (1818). Der Prinz, der von schwächlicher Constitution war, starb bereits am 8. Mai 1821.

ohne daß er selbst dessen ernsten Charakter erkannte. Um ihn diesen Stimmungen zu entreißen, erwirkte Plessen vom Großherzog, daß dieser ihn wieder mehr an den Regierungsarbeiten Theil nehmen ließ. Im Januar 1818 wurde ihm der Vorsitz einer Postcommission übertragen, der die Ausarbeitung eines neuen Tarifs und Reglements zugewiesen war. Der Erbgroßherzog nahm sich der Sache mit großem Eifer an, correspondirte darüber mit Plessen und lobte dabei die Unterstützung, welche ihm dessen Bruder*), der Oberpostdirector des in Hamburg etablirten mecklenburgischen Postamtes, bei den Verhandlungen gewährte. Auch die Wartezeit des Bräutigams ging nun zu Ende. Am 3. April wurde der dritte Ehebund geschlossen.

So erwünscht auch dem Erbgroßherzog und nicht minder seinem Vater die Rückkehr Plessen's nach Ludwigslust gewesen wäre, so war doch dies bei der Fülle des in Frankfurt noch vorliegenden unerledigten Arbeitsmaterials zur Zeit unausführbar. Bei dem Herbsturlaub im Jahre 1817 war die Angelegenheit zur Sprache gekommen. Plessen kam jetzt auf sein schon früher geäußertes Verlangen zurück, daß es ihm gestattet sein müsse, seine Familie mit nach Frankfurt zu nehmen. Achtzehn Monate war er von derselben getrennt gewesen. Friedrich Franz willigte, wenngleich ungern, in die Fortdauer des Frankfurter Commissoriums und gewährte natürlich auch die Erlaubniß zur Uebersiedelung der Plessen'schen Familie dorthin. Obwohl die Besoldung von zweitausend Thalern nicht hoch war und gegen die, welche die Gesandten der anderen Großherzogthümer erhielten, weit zurückstand, so entsprach es doch nicht dem bescheidenen und selbstlosen Wesen Plessen's, aus dieser veränderten Lage den Anlaß zu einer Bitte um Gehaltserhöhung zu entnehmen. In einem am 6. October eingereichten Memoire erklärte er sich ausdrücklich mit der bisherigen Besoldung zufrieden, damit die Gesandtschaftskosten nicht vermehrt würden, bat aber um theilweise Erstattung der für den Umzug und die größere Einrichtung in Frankfurt erwachsenden, einmaligen Auslagen, und zwar auf Grund der nachweislich

*) Von den anderen Brüdern Plessen's lebte Christian (geb. 1770) als Kammerherr am Hofe zu Ludwigslust, wo er zum intimen Kreise des Großherzogs gehörte, und Ludwig (geb. 1771) als Oberhauptmann in Weimar. Der jüngste, Ernst (geb. 1772) war Geheimrath und Landes-Recepturdirector und besaß das Rittergut Madsow.

verausgabten Beträge. Daraufhin wurde ihm ein Zuschuß von viertausend Gulden bewilligt.

In den letzten Octobertagen traf das Plessen'sche Ehepaar mit den drei Kindern und dem größtentheils aus der Heimath mitgenommenen Dienstpersonal in Frankfurt ein, bezog eine geräumige Wohnung und befand sich bald in behaglicher Einrichtung. Frau von Plessen war überglücklich, wieder mit ihrem Manne vereinigt zu sein. Daneben fühlte sie sich sehr wohl in dem internationalen und gesellig anregenden Kreise, dessen belebendes Element sie wurde. Ihr heiteres Temperament und ihre liebenswürdigen Umgangsformen bildeten eine vortheilhafte Ergänzung zu dem mehr ernsten und würdevollen Auftreten ihres Gatten. Das Plessen'sche Paar genoß in dem diplomatischen Collegenkreise eine angesehene und selbst bevorzugte Stellung, und die mit verschiedenen Persönlichkeiten dieses Kreises später noch Jahre lang gepflogene Correspondenz bewies, daß beide Gatten dort wahre Zuneigung und dauernde Freundschaft gefunden hatten.

Am 3. November 1818 wurden die Sitzungen der Bundes-Versammlung wieder eröffnet. Obwohl die Protocolle mit dem Kalenderjahre begannen und abschlossen — im Jahre 1818 z. B. zählte man 58 Plenarsitzungen — so lag doch der sachliche und geschäftliche Zusammenhang in dem Verlaufe der jedesmaligen Tagung zwischen den mehrmonatlichen Sommerferien. Ueberblickt man nun die Arbeiten der beiden folgenden Sitzungsperioden, welche vom 3. November 1817 bis zum 14. October 1818 und vom 21. Januar bis zum 20. September 1819 währten, so ist das Gesammtergebniß gering und eine Verlangsamung in dem Tempo unverkennbar.

Immer deutlicher traten die Widerstände hervor, die einer organischen Ausbildung des Bundes nach innen und außen entgegenzuwirken suchten. Immer kräftiger machte sich das Bestreben geltend, die Wirksamkeit der Bundesversammlung zu schwächen, die wichtigeren Gegenstände ihrer Berathung zu entziehen, den Geschäftsgang zu verschleppen. Plessen fühlte das bald heraus und gab dem Unmuth darüber in seinen Berichten unverhohlenen Ausdruck. Jetzt waren es nicht bloß Bayern und die andern Mittelstaaten, über welche er Klage führte. Auch Oesterreichs Haltung flößte ihm Mißtrauen ein, und schon im Herbst 1817 sprach er den Verdacht aus, daß die Hofburg es darauf anlege, den Bundestag

zu einer möglichst inactiven Rolle herabzudrücken. Die Präsidialvorträge des Grafen Buol zeichneten sich zwar immer noch durch nationales Pathos aus, aber man erfuhr doch auf dem Umweg über die andern Höfe, daß Metternich in seinen Depeschen an die bei diesen accreditirten Gesandten eine andere Sprache führte als in den an Graf Buol gerichteten Instructionen. Trotz der Verstimmung über die Doppelzüngigkeit des von ihm bisher so hochgestellten Staatsmannes ließ aber Plessen seinen Eifer nicht erkalten. Ja, er ging sogar zur offenen Bekämpfung der Metternich'schen Tendenzen über, und ein besonderer Anlaß bot ihm Gelegenheit, mit seiner Ansicht über die dem Bundestag zukommenden Pflichten und Rechte öffentlich hervorzutreten.

Bekanntlich enthielt die Bundesacte in Artikel 13 die freilich ziemlich allgemein gehaltene Ankündigung, daß in allen deutschen Bundesstaaten landständische Verfassungen bestehen würden. Dem Wortlaut nach war dies mehr eine Prophezeiung als eine Zusicherung. Auch hatten sich die meisten Regierungen sorgfältig gehütet, diese Frage anzuregen. Dem Regenten eines Landes, welches nicht als der Hort liberaler Gesinnungen galt, war es vorbehalten, dieselben in Fluß zu bringen. Großherzog Friedrich Franz hatte mit Plessen während dessen Herbsturlaub darüber Rücksprache genommen und ihm entsprechende Weisungen für Frankfurt ertheilt. Es handelte sich dabei auch um eine Competenzfrage des Bundestags, an welcher Mecklenburg speciell interessirt war. Der Großherzog hatte in der sogenannten Patentverordnung vom 28. November 1817 ein Staatsgesetz erlassen, welches für den Fall eines Conflicts zwischen Landesherrn und Ständen ein schiedsrichterliches Verfahren festsetzte. In diesem Verfahren fiel auch unter gewissen Eventualitäten dem Bundestag eine vermittelnde Rolle zu. Dieses Staatsgesetz wünschte nun der Großherzog unter die Garantie des Bundes gestellt zu sehen, und er beauftragte seinen Gesandten, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Gleichzeitig sollte derselbe seine Collegen — zunächst in vertraulichen Besprechungen — von der Nothwendigkeit überzeugen, daß die Bundesversammlung nach Erledigung der Artikel 12 und 14 sich nunmehr auch mit Artikel 13 zu beschäftigen und von den einzelnen Regierungen Anzeige einzufordern habe, wie weit diese Angelegenheit in den Bundesstaaten gediehen sei. Plessen führte diesen Auftrag gleich nach seiner Ankunft in Frankfurt aus, stieß aber bei den

Gesandten der Großmächte und der meisten Königshöfe auf unverhohlene Abneigung, dieser Angelegenheit näher zu treten. Nur der Württemberger und einige Vertreter der Kleinstaaten sagten ihre Unterstützung zu. Vergeblich wies Plessen darauf hin, daß es nicht nur eine Pflicht des Anstandes, sondern auch ein Gebot der Klugheit sei, den berechtigten Wünschen des deutschen Volks entgegenzukommen; überall zeige sich ein Geist der Unzufriedenheit und Erregung, der zwar vielfach in anmaßender Gestalt und Sprache zu Tage trete, aber doch auch auf billigen Forderungen fuße. Es sei an der Zeit, beschwichtigend einzugreifen, das Ungebührliche von dem Berechtigten zu scheiden und damit dem Gebahren der Umsturzpartei wirksam zu begegnen. Der Gesandte bezog sich dabei auf eine kurz zuvor von dem Justizrath Beck in Frankfurt und Umgegend in Umlauf gesetzte Massenpetition, welche man mit einigen tausend Unterschriften dem Bundestag zu überreichen beabsichtigte und die denselben zu einer Initiative in der Verfassungsfrage auffordern sollte. Einer derartigen, „völlig unpassenden und unzulässigen Demonstration", deren Wirkung aber noch nicht abzusehen sei, müsse man zuvorkommen.

Aber gerade solche Aeußerungen der Ungeduld und des Mißbehagens, sowie die in dem Wartburgfest, in Flugschriften und andern Erscheinungen zu Tage tretende Aufregung versetzten die Wiener Staatscanzlei in Unruhe. Man war dort weniger als je geneigt, der öffentlichen Meinung Zugeständnisse zu machen, und Metternich sprach dies sehr deutlich in einer Depesche aus, welche er am 11. December 1817 an den Münchener Gesandten behufs Mittheilung an das dortige Cabinet richtete, von deren Inhalt auch die andern Königshöfe und der Präsidialgesandte gleichzeitig Kenntniß erhielten. Plessen las dieselbe bei Graf Buol und war entrüstet. Die österreichische Darstellung, berichtete er, bezwecke nichts Anderes, als „dem Bundestag jedwede Thätigkeit und alles Ansehen zu nehmen, welche ihm doch zu seinem eigenen Bestande und zur Sicherung aller Bundesglieder nöthig" seien. Das Wiener Cabinet suche dem Bunde nach innen eine Organisation zu geben, durch welche „die Frankfurter Versammlung, wo nicht gar paralysirt, doch soweit beschränkt werde, daß sie nur über dasjenige zu verhandeln hätte, was in Berlin und Wien bereits verabredet oder allenfalls einigen Königshöfen zum Zweck der Zustimmung vorher mitgetheilt" wäre. Die

Frage wegen Artikel 13 sei nun gar in der österreichischen Denkschrift „höchst einseitig, absprechend und gänzlich unausführbar behandelt." Eine Initiative darin werde dem Bundestag abgesprochen: „Das Gesetz bestünde; dieses müsse für den Augenblick genügen und die Anwendung desselben — die Zeit und Art der Einführung — der Weisheit jeder einzelnen Regierung überlassen bleiben." Sollten die Regierungen mit der Erfüllung des Artikels 13 zurückhalten, und die Stände sich an den Bundestag wenden, so solle nach der Wiener Ansicht dieser nichts thun können, als sie immer wieder an die Landesherren verweisen. Brächen nun gar Unruhen aus, so sollte der Bundestag nur das Instrument sein, „um marschiren zu lassen, ohne sich weiter um die Entstehung, Beschaffenheit oder die gegründete Veranlassung zu bekümmern."

Indem er über die einzelnen Punkte dieser Denkschrift nach Ludwigslust berichtete, unterzog Plessen dieselbe einer scharfen Kritik. Sollte Oesterreich diese Anschauung wirklich am Bundestag vertreten wollen, so erforderten es Pflicht und Ehre des Letzteren, standhaft zu widersprechen und die Unhaltbarkeit jener Gesichtspunkte darzuthun. Auch gegen Graf Buol hielt er mit seiner Ansicht nicht zurück und lehnte dessen Ansinnen, die mecklenburgischen Anträge zurückzuziehen, entschieden ab. Diese waren schon am 18. December, also vor Bekanntwerden der obigen Denkschrift eingebracht. Sie betrafen erstens die Garantie des Bundes für die mecklenburgische Landesverfassung und die schon erwähnte Patentverordnung, zweitens eine Aufforderung an die Regierungen, sich über ihre Absichten betreffs des Artikels 13 zu äußern. Die Versammlung hatte beschlossen, in beiden Fällen die Erklärungen der Bundesregierungen einzuholen. Dieselben trafen nun successive im Laufe der nächsten Monate ein. In der Zwischenzeit fehlte es nicht an Versuchen, den Antrag betreffs Artikel 13 abzuschwächen oder doch die Entscheidung zu vertagen. Die stärkste Abneigung gegen eine Aeußerung zeigte Bayern. „Dieses Cabinet," schrieb Plessen am 30. December 1817, „befolgt auch nach der Entfernung des Ministers, Grafen Montgelas, noch fortwährend dieselben Maximen, nur mit weniger Consequenz, Zusammenhang und Gewandtheit. Es sucht den Bund, wo es irgend kann, zu lockern und zu schwächen, ist gegen die andern Regierungen anmaßend, in seiner inneren Politik furchtsam und ängstlich." Diese Haltung des Münchener Cabinets gab denn auch dem Fürsten Metternich den Vorwand zum

Rückzug. Er ließ vertraulich erklären, seine Denkschrift vom 11. December habe nur den Zweck gehabt, Bayern zu beruhigen, und im Grunde sei auch er der Ansicht, daß die Erfüllung des Artikel 13 rathsam und nützlich sei; nur müsse die erforderliche Frist den einzelnen Regierungen überlassen bleiben. Aehnlich fielen die meisten andern Erklärungen aus, die einen mit gewissen Vorbehalten, die andern mehr oder weniger gewunden. Württemberg ging über seinen eigenen Verfassungsstreit hinweg. Nur Preußen sprach sich rückhaltsloser aus, als die andern. Es billigte mit anerkennenden Worten die Initiative Mecklenburgs, wies auf die Schwierigkeiten hin, welche in seinen Landen die Einführung einer allgemeinen Verfassung bisher nur verzögert hätten, und erklärte sich mit einer periodisch wiederkehrenden Anregung von Seiten des Bundes völlig einverstanden.

Am 25. Mai 1818 fand die Abstimmung über die mecklenburgischen Anträge statt. Die Garantie des Staatsgesetzes Seitens des Bundes ward einstimmig beschlossen, und betreffs des Artikel 13 aus den abgegebenen Erklärungen „die Versicherung entnommen, diesen Artikel auf angemessene Weise in Vollziehung zu bringen und der Bundesversammlung binnen Jahresfrist die geeigneten Mittheilungen von den fernern Einleitungen in den ständischen Einrichtungen, von deren Fortgange und wo möglich, von ihrem allerseitigen, endlichen Resultate zu machen.“

Mehr war fürs Erste nicht zu erreichen gewesen. Der Antragsteller konnte aber in seinem Bericht über die Beschlußfassung mit Recht darauf hinweisen, daß seine Anregung einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Verfassungsfrage gehabt, ja, daß dieser Einfluß bereits in Bayern seine Wirkung geübt habe, indem die dortige Regierung, um den Schein einer vom Bunde ausgehenden Pression zu vermeiden, jetzt die schon lange zuvor ausgearbeitete, aber bisher immer zurückgehaltene Landesverfassung am 27. Mai, dem Geburtstag des Königs, publicirt habe. Auch in Baden und Württemberg kam diese Frage nun in Fluß und durch die Einführung der Verfassungen vom 22. August 1818 bezw. 25. September 1819 zur vorläufigen Erledigung. Für Mecklenburg aber war der von Plessen erzielte Bundesbeschluß von einer Bedeutung, deren Umfang Jener selbst damals schwerlich ahnte. Er sollte zweiunddreißig Jahre später die Grundlage bilden zur Beendigung eines sehr

ernsten und äußerst verwickelten Rechtsstreits zwischen der Ritterschaft und dem Landesherrn. In Folge eines Appells, den die Ritterschaft bei der den Bundestag zeitweilig vertretenden Centralbundescommission einlegte, ward es möglich, im Frühjahr 1850 das durch die Patentverordnung vom 28. November 1817 vorgeschriebene, schiedsrichterliche Verfahren einzuleiten und damit den überaus peinlichen Conflict zu beendigen, der sich an die 1849 eingeführte, durch das Schiedsgericht nunmehr wieder aufgehobene, constitutionelle Verfassung knüpfte und einen Zustand allgemeiner Verwirrung im Lande hervorgerufen hatte. Die Zulässigkeit einer schiedsrichterlichen Entscheidung in dem vorliegenden Fall ist seitdem von der liberalen Partei wiederholt bestritten worden. Mag man über diese staatsrechtliche Controverse denken, wie man will. Immerhin bleibt die Thatsache bestehen, daß Friedrich Franz I. und sein Gesandter durch Erwirken der Bundesgarantie für jenes Austrägalverfahren in weiser Umsicht den Ausweg aus den Verwicklungen der späteren Verfassungskrisis geschaffen haben. Die Anhänger der alten, ständischen Institutionen aber sind jenen beiden Männern zweifellos zu besonderem Danke verpflichtet.

Das entschiedene und zugleich maßvolle Auftreten Plessen's in dieser Angelegenheit hatte die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf ihn gelenkt. Die liberale Gesinnung, welche er schon früher als Mitglied einer Commission zu Gunsten der vom Senat schwer geschädigten Frankfurter Judenschaft bekundet hatte und die sich auch jetzt in der Vertretung berechtigter Volkswünsche geltend machte, erwarb ihm die Sympathien patriotischer Meinungsgenossen. In den Cabinetten der Mittelstaaten blickte man mit einem gewissen Staunen auf den Mann, der als Vertreter eines kleinen Landes die Kühnheit gehabt hatte, einer hochmögenden Wiener Staatscanzlei die Stirn zu bieten und sie zum Eingehen auf seine Anträge zu bestimmen. In Wien selbst hatte man die Festigkeit Plessen's unbequem gefunden, und seine Beziehungen zu Buol litten eine Zeitlang unter einer Verstimmung, die noch durch andere Differenzpunkte verschärft wurde. So hatte Plessen seit seiner Rückkehr aus den Herbstferien bemerkt, daß die von dem Ausschuß festgesetzte, sogenannte Reihenfolge der Verhandlungsobjecte nicht eingehalten wurde, und das Präsidium augenscheinlich bestrebt war, die wichtigeren, organischen Materien auszuschließen. Er verhehlte dem Grafen Buol sein

Befremden darüber nicht. Dieser zeigte einige Verlegenheit und berief sich auf Instructionen von Wien, worauf Plessen ihm eine Liste der zuvörderst zur Erledigung stehenden Berathungsgegenstände übergab und deren Einsendung an die Staatscanzlei verlangte. Bald darauf kam denn auch von dort ein von allgemeinen Entschuldigungen begleiteter Auftrag, nach dieser Liste zu verfahren.

In dieser Zeit begegnet man in den Plessen'schen Berichten den ersten Aeußerungen eines Zweifels an der Ehrlichkeit der Wiener Bundespolitik. Es werden Besorgnisse laut, daß die Hofburg den Schwerpunkt des Bundesverhältnisses in directe Verhandlungen mit den einzelnen Höfen zu verlegen und den Bundestag nur zu einer Abstimmungsmaschine herabzuwürdigen trachte. Allerdings sträubt sich Plessen gegen die Annahme, daß die anderen Regierungen hierauf eingehen könnten. Indessen giebt ihm ein Satz in der österreichischen Denkschrift vom 11. December viel zu denken. „Der Kaiser," hieß es darin, „erkennt nur den Bund in den verbündeten Fürsten und keineswegs in der Bundesversammlung." Dies stand in entschiedenem Widerspruch zum Artikel 4 der Bundesacte, nach welchem die Bundesversammlung das eigentliche und einzige Organ des Bundes, und dieser außerhalb derselben gar nicht existent oder wirksam war. Auch bestritt Plessen dem Kaiserstaat irgend eine andere Präsidialstellung als die, welches die Bundesacte (Artikel 5) ihm in der Frankfurter Versammlung zusprach, und rieth in seinen Berichten der großherzoglichen Regierung, allen solchen Uebergriffen Oesterreichs mit entschiedenem Widerspruch zu begegnen.

Indessen kam es zunächst noch zu keinem Conflict. Die Wiener Denkschrift mochte nur ein Fühler gewesen sein. Metternich lenkte wieder ein, und Graf Buol überbrachte, als er am 5. April 1818 von einer Reise nach Wien zurückkehrte, seinem mecklenburgischen Collegen ein eigenhändiges Schreiben des Fürsten, das neben schmeichelhaften Aeußerungen für den Empfänger die bestimmte Zusicherung enthielt, daß der Kaiser die Wirksamkeit des Bundestags auch ferner unterstützen und fördern werde. In der That bewegte sich die Wiener Politik während der nächsten Jahre in diesen Bahnen. Das später eingeschlagene Einschüchterungsverfahren und die Epuration der Bundesversammlung von oppositionellen Elementen fielen in eine Zeit, wo Plessen bereits

Frankfurt verlassen und der Württemberger Wangenheim die Führung der Opposition übernommen hatte.

Einstweilen nahmen die Dinge in Frankfurt ihren gewohnten Verlauf, und bei der fast täglichen Berührung in den zahlreichen Commissionssitzungen verflüchtigte sich auch die Spannung zwischen dem Präsidialgesandten und seinem kleinstaatlichen Collegen. Eine schwierige und verwickelte Aufgabe, die Redaction einer Bundeskriegsverfassung, lag vor. Sie erforderte angestrengte Arbeit und versöhnliche Stimmung, denn es galt tiefgreifende Gegensätze auszugleichen.

Wie schon erwähnt, hatten die leitenden Staatsmänner Oesterreichs und Preußens während ihres Aufenthalts in Karlsbad im August 1817 unter Zuziehung militärischer Beiräthe Unterhandlungen über die künftige Gestaltung des Bundesheers gepflogen. Doch war nicht viel mehr daraus hervorgegangen als die Verabredung, dem Bunde nur das vorzulegen, was von beiden Mächten vorher gemeinschaftlich vereinbart sei. Zur Feststellung eines solchen gemeinsamen Entwurfs war der Geheime Legationsrath von Jordan im November 1817 nach Wien geschickt worden, woselbst er mit dem dortseits bestellten Baron Wessenberg zwei Monate lang conferirte. Am 15. Januar legte Graf Buol der Bundesversammlung das österreichisch-preußische Project vor, nach welchem das Bundesheer eine Friedensstärke von 120 000 Mann erhalten, im Kriegsfall aber auf Grund einer Aushebung von drei Procent der Bevölkerung auf circa 900 000 Mann gebracht werden sollte. Plessen fand den Friedensstand verhältnißmäßig viel zu klein oder die Aushebungsziffer zu hoch, da die Cadres eine so starke Vermehrung bei der Mobilmachung nicht fassen könnten. Auch bemängelte er die Ungleichheit der Corps, von denen das I. und II. je 41 000, die nächstfolgenden zwischen 5000 und 6000 Mann zählen sollten, das XI. aber nur 1840 Mann. Vieles in dem Entwurf fand er unbestimmt, Anderes wieder zu detaillirt. Mit welchen Landesgebieten die beiden Mächte in den Bund eintreten wollten, war noch immer nicht gesagt. Die Abschätzung der Seelenzahl in den Einzelstaaten erschien willkürlich, nicht minder die Vertheilung der Waffengattungen. „Von den freien Städten z. B. werden,“ schrieb Plessen, „lauter Artilleristen, jedoch ohne Kanonen verlangt. Da aber in keiner dieser Städte eine Artillerieschule vorhanden ist, was diese Forderung erklärlich machen könnte, so muß man wohl bei den freien

Bürgern besondere Anlagen zu diesem Fach voraussetzen." Auch von Seite der andern Gesandtschaften hatte man gegen den Entwurf mancherlei einzuwenden. Man ging sogleich an die Aufstellung eines Contreprojects, welches ebenso wie das österreichisch-preußische an die Höfe versandt wurde. Zwar hatte man sich in der Hauptsache an den Entwurf der Großmächte gehalten, doch kamen auch sehr bedeutende Abweichungen vor. So war u. a. die Aushebungsziffer auf $1\frac{1}{2}$ Procent herabgesetzt und — auf Bayerns Betreiben — das Bundesheer in vier große Armeen eingetheilt, von denen zwei durch Oesterreich und Preußen gestellt, die beiden andern durch die übrigen Bundescontingente gebildet werden sollten. Mit Ausnahme dieser Bestimmung, die er für undurchführbar hielt, empfahl Plessen dem Großherzoge, dieses Contreproject (an dessen Redaction er wohl selbst betheiligt war) den Instructionen zu Grunde zu legen.

Diese Instructionen trafen nun im Laufe des Februar von allen Seiten ein, und alle Mittelstaaten erklärten sich sogleich für das Contreproject. In Wien und Berlin war man darüber verstimmt. Um indessen nicht eine Spaltung zwischen den beiden Cabinetten und dem Gros der übrigen Bundesregierungen eintreten zu lassen, schlug Metternich einen Ausgleich vor. Er richtete ein Memoire an Hardenberg, von dem auch Graf Buol eine Abschrift erhielt. Plessen erlangte vertraulich Kenntniß davon. „Ich kann bezeugen," berichtete er darüber am 3. März 1818, „daß die Vorschläge des österreichischen Ministerii sehr wohlmeinend für die allgemeine Sache und die zweckmäßige Einrichtung des Bundesmilitärs lauten. Man hat in Wien die Mängel und Schwächen des ersten Entwurfs erkannt und scheint nun die Sache ohne weitere Nebenrücksichten geraden Wegs zum Ziel leiten zu wollen. Man glaubt dies am ersten durch einen Bundesausschuß zu erreichen, welcher die Abstimmungen zu bearbeiten und in einem dem Plenum vorzulegenden Plan zusammenzustellen hätte, während daneben ein Militärcomité sich über den technischen Theil und die rein militärischen Punkte gutachtlich zu äußern haben würde."

Nachdem Graf Buol, der während der Osterferien in Wien gewesen war, einen in obigem Sinne verfaßten, neuen Entwurf von dort mitgebracht und der Bundesversammlung am 9. April vorgelegt hatte, beschloß die Letztere, diesen Entwurf, der allseitig als geeignetes

Compromiß angesehen wurde, nunmehr den Berathungen zu Grunde zu legen. Auch der Vorschlag betreffs der beiden Commissionen fand allgemeinen Anklang, und man schritt sogleich zur Wahl des Bundesausschusses. Oesterreich, Preußen, Bayern, Hannover, Württemberg, Dänemark und Mecklenburg waren darin vertreten. Man erbat sich als Deputirten des Kaiserstaats den Baron Wessenberg, der das Präsidium erhielt und die Sitzungen am 24. April eröffnete.

Die Beschickung der Militärcommission stand allen Bundesstaaten frei. Doch hatte Preußen den Wunsch geäußert, dieselbe möge nicht zu zahlreich ausfallen. Da es sich nicht um Vota, sondern nur um technische Gutachten handelte, so sahen die Regierungen der kleineren Staaten — wohl auch mit Rücksicht auf die Kosten — von der Betheiligung ab. Anfangs Mai trafen folgende höhere Officiere in Frankfurt ein: die Generale von Steigentesch (Oesterreich), von Wolzogen (Preußen), von Maillot (Bayern), von Varnbüler (Württemberg), von Hinüber (Hannover), von Weihers (Hessen-Darmstadt), die Obersten von Ochs (Kurhessen), von Freidorff (Baden) und der Major von Minkwitz (Sachsen). Die Sitzungen begannen am 9. Mai. Später traten noch für Luxemburg Oberst Wildemann, für Dänemark Oberst von Haffner ein. Letzterer vertrat auch die beiden Mecklenburg, welche mit Holstein-Lauenburg, Oldenburg und den Hansestädten zusammen eine Division bilden sollten.

Oesterreich hatte inzwischen erklärt, mit denjenigen Theilen seines Staatsgebiets dem Bunde beitreten zu wollen, welche vormals zum Deutschen Reich gehört hatten und eine Einwohnerzahl von 9 ½ Millionen umfaßten. Doch beabsichtigte der Kaiser nicht, die Defensionslinie des Bundes über die Alpen auszudehnen. Preußen folgte bald darauf mit der Erklärung, daß es gleichfalls mit seinen dem ehemaligen Reichsgebiet angehörenden Provinzen, außerdem aber noch mit Schlesien und der Grafschaft Glatz dem Bunde beitrete. Es gab die Einwohnerzahl dieses Gebiets auf 7,9 Millionen an.

Beide Commissionen, die militärisch-politische wie die militärisch-technische, gingen nun vereint an die Arbeit. In regem Austausch von Gutachten, Rückfragen, Collectiv- und Einzelvoten, Denkschriften 2c. ward der österreichische Entwurf durchberathen und amendirt, dazwischen an die Höfe berichtet und über Specialfragen Weisung eingeholt. Es

tauchten erhebliche Schwierigkeiten auf, so hinsichtlich der Wahl und Befugniß des Oberfeldherrn, der Matrikel, der Bundesfestungen und der Corpseintheilung. Hinsichtlich der letzteren Frage handelte es sich darum, ob die gemischten Verbände zu drei oder zu vier Corps formirt werden sollten. Oesterreich und die Mittelstaaten waren für die kleinere Zahl. Preußen wünschte die Corps weniger stark, also zahlreicher. Die Militärpartei in Berlin suchte womöglich durchzusetzen, daß im Frieden gar keine Armeecorps, sondern nur Divisionsverbände beständen, um im Kriegsfall die Angliederung derselben an die größeren Heeresabtheilungen leichter ins Werk zu setzen. Dies rief wiederum das Mißtrauen der Mindermächtigen hervor. Preußens schüchterne Versuche, mit den kleineren Nachbarn Militärconventionen abzuschließen, mißlangen vollständig. Es ist gerade kein erfreuliches Bild, das uns jene Verhandlungen entrollen. Die centrifugale Tendenz des Bundes, das ängstliche Festklammern der schwächeren Mitglieder an dem Princip der Gleichberechtigung, die Besorgniß vor finanzieller Belastung, vor dem Einfluß der Nachbarn, alles dies trat hierbei recht deutlich zu Tage. Dieser Bundesstaat wollte nicht mit jenem in demselben Corpsverbande stehen, jener wiederum nur mit einem dritten, vielleicht entlegenen. Die Vertheilung von Artillerie und Cavallerie machte die allergrößten Schwierigkeiten. Mancher Hof wollte sein Fähnlein, sein Schwadrönchen behalten und es doch wiederum nicht einem größeren Verband einfügen. Mit vornehmer Indifferenz blickte Oesterreich, mit spöttischem Unmuth Preußen auf dieses Treiben. Im Ganzen aber zeigten sich beide den Wünschen ihrer schwächeren Bundesgenossen gegenüber gefällig. So kam denn in der Schlußsitzung vor den Herbstferien am 14. October 1818 die Bundeskriegsverfassung mit dem begleitenden Bericht des Ausschusses zur Vorlage und nach Wiedereröffnung der Session am 21. Januar 1819 in den ersten vier Sitzungen zur Abstimmung und Annahme. Die Majorität entschied sich für drei gemischte Corps, so daß das Bundesheer deren nun im Ganzen zehn zählte. Den Einwand der beiden Hessen, welche sich militärisch nicht trennen wollten, erklärte der Bundestag für unbegründet und wies das Großherzogthum dem VIII., das Kurfürstenthum dem IX. Corps zu. Gleichzeitig wurde beschlossen, eine ständige Militärcommission in Frankfurt einzusetzen, welche der Bundesversammlung als technischer Beirath dienen sollte. Dieser Commission

und dem noch nicht aufgelösten Bundesausschuß fiel sodann die Berathung zweier, noch nicht erledigter Punkte zu: die Wahl, Fortification und Armirung der Bundesfestungen und die Entscheidung über Fragen, welche den Kriegsfall betrafen. Den einzelnen Bundesregierungen blieb es überlassen, sich wegen der Organisation der Corps- und Divisionsverbände miteinander ins Benehmen zu setzen, und es traten dieserhalb überall Commissionen zusammen. Bei diesen Verhandlungen machten sich die particulären Interessen noch schärfer als in Frankfurt geltend. Die Separatconvention, welche Mecklenburg mit den anderen, zu dem gleichen Divisionsverband gehörigen Staaten abschloß, wurde am 22. December 1822 in Altona unterzeichnet. Es währte aber noch mehrere Jahre, bis die Bundeskriegsverfassung in allen ihren Theilen wenigstens auf dem Papier fertig war.

Man hat von dem heutigen Standpunkte der Kriegswissenschaft und Heeresverwaltung aus nur noch ein mitleidiges Lächeln für die militärische Organisation des alten Bundes. Gewiß ist, daß keine staatliche Einrichtung so wenig eines einheitlichen Charakters entbehren kann als das Heerwesen. Auch war es für die Integrität deutschen Gebietes sicherlich ein Glück, daß die Zweckmäßigkeit der Bundeskriegsverfassung niemals auf die Probe gestellt wurde. Beruhte auch der Bund seinem Wesen nach lediglich auf einem Schutzvertrag, und bewahrte demnach seine Kriegsverfassung einen streng defensiven Charakter, so ist der Zweifel wohl erlaubt, ob die innere Haltlosigkeit des deutschen Heereswesens einem Anprall von außen Widerstand zu leisten vermocht hätte. Bei der Mobilmachung von 1859 traten diese Schwächen sehr greifbar zu Tage, und Preußen entnahm aus ihnen den Anlaß zu seinen wiederholten, aber stets erfolglosen Anträgen einer Revision der Kriegsverfassung. Gewiß, jene Mißstände waren sehr fühlbar, und der Keim zu ihnen lag bereits in den Grundzügen jener Akte, welche damals, im Januar 1818, als Bundesgesetz ins Leben trat.

Dennoch wäre es ungerecht, den Begründern dieser Heeresorganisation aus der Schwäche und Unzulänglichkeit ihrer Schöpfung einen Vorwurf zu machen. Das Widersinnige lag in dem ganzen Bundesverhältniß selbst, welches einen Kleinstaat, der ein Contingent von dreitausend Mann aufbrachte, mit den großen Militärmächten auf eine Stufe stellte und das Princip der Gleichberechtigung auch in einem

Organismus durchzuführen bestrebt war, der, wie das Heerwesen, zu jedweder Kraftentfaltung ein festes Gefüge und eine einheitliche Leitung erheischt. Die Unvereinbarkeit dieser zwischen dem gegebenen Vertragsverhältniß und den Erfordernissen eines kriegstüchtigen Heerwesens bestehenden Gegensätze muß dem Frankfurter Gesandtencollegium und den ihm beigeordneten Officieren damals schon ebenso klar gewesen sein wie uns. Wenn sie trotzdem und unbeirrt durch die zahllosen Rücksichten und Hemmnisse in emsiger Arbeit und redlichem Bemühen ein Werk zu Stande brachten, welches bei aller Mangelhaftigkeit immerhin — mit der kurzen, an die Krisis 1848 geknüpften Unterbrechung — bis zum Jahre 1866 bestanden hat, so sind wir gezwungen, der bei dieser undankbaren Aufgabe aufgewendeten Arbeitskraft auch heute noch unsere Anerkennung zu zollen.

Und was von der Kriegsverfassung gilt, läßt sich zum großen Theil auch von den anderen Schöpfungen des Bundestags sagen, namentlich in den ersten Jahren seines Bestehens. Es ist sehr leicht, jetzt, wo die Phase der politischen Zerklüftung längst hinter uns liegt, auf die Misere der Kleinstaaterei geringschätzige Blicke zu werfen, das Unzureichende der Bundeseinrichtungen zu bespötteln und die Staatsmänner jener Zeit des Mangels an Einsicht oder an Patriotismus zu bezichtigen. An dem Bundestag vor Allem hat die Geschichtschreibung wie die Presse ihren Witz geübt. Es mag zu Zeiten nicht angenehm gewesen sein, einer Versammlung als Mitglied anzugehören, die in der öffentlichen Achtung nicht eben hoch stand, deren Wirksamkeit äußerst beschränkt war, deren Bestand aber dennoch für nothwendig galt, eben weil Niemand etwas an die Stelle zu setzen wußte. Daß es ein Provisorium war, welches die Bundesacte von 1815 geschaffen hatte, werden sich die Einsichtigeren unter unseren Vorfahren auch wohl gesagt haben. In Plessen's Berichten aus den Jahren 1816—1820 finden sich häufig Bemerkungen, welche auf diese Erkenntniß hindeuten. Man glaubte aber damals noch an die Möglichkeit einer weiteren Ausbildung des Bundesorganismus und beschränkte sich auf das, was den Interessen des Augenblickes entsprach. Man hielt den Dualismus der beiden Großmächte für keine immanente Gefahr, schon deshalb nicht, weil der Kaiserstaat damals noch das ganze Prestige seines ehemaligen Reichsprimats besaß und durch die Ausdehnung seines Gebietes, durch das Ansehen und die Verbindungen

seines Herrscherhauses, sowie nicht zum Mindesten durch die damals noch unbestrittene Ueberlegenheit seiner Diplomatie die führende Rolle in Deutschland beanspruchen durfte. Neben der historisch begründeten, fest gelagerten Machtstellung der Habsburger wies das Urtheil der Zeitgenossen dem eben erst reconstruirten Preußen mit seinen erschöpften Finanzen und seinem unzusammenhängenden Staatsgebiet den zweiten Platz an. Es mußte sich erst consolidiren, die neuen Provinzen fester in den Verband des Staatswesens einfügen, wollte es den Kampf um die Hegemonie in Deutschland ernstlich aufnehmen. Auch besorgte dies zur Zeit Niemand. Allgemein bekannt war es, wie sehr der alternde Hardenberg unter dem Einfluß Metternich's stand. Die Pariser Friedensverhandlungen hatten es dargethan, und die Conferenzen in Aachen und in Karlsbad sollten es bestätigen. Weit größer war die Besorgniß der Mindermächtigen vor einem allzu intimen Zusammengehen der beiden Vormächte und einer daraus entspringenden Vergewaltigung der schwächeren Bundesgenossen. Solche Beklemmungen verrathen auch gelegentlich die Plessen'schen Berichte. Die Zeit, in welcher die Mittelstaaten aus dem Antagonismus der beiden großen Cabinette das Gefühl der eigenen Sicherheit schöpften, kam erst später. In den ersten Jahren des Bundes waren die Blicke von Frankfurt aus hauptsächlich auf Wien gerichtet, und es galt für ein beruhigendes Zeichen, wenn die von dort kommenden Instructionen und die Präsidialvorträge eine selbstständige, „durch Gefälligkeiten für Preußen nicht beeinflußte" Bundespolitik bekundeten. Weit mehr als gegen das Auffstreben Preußens richtete sich der Argwohn der Kleinen gegen die Sonderbundsgelüste der süddeutschen Staaten. Alles in Allem aber war doch das Ruhebedürfniß nach der schweren Kriegszeit so vorherrschend und so allgemein, daß die Gefahr gewaltsamer Eingriffe der Mächtigen und mit ihr ein Zerfall des Bundes nicht in den Kreis ernster Erwägungen gezogen wurde. —

Beruhigend wirkte in dieser Hinsicht auch der Aachener Congreß, der sich, einer ausdrücklichen Verabredung gemäß, mit den deutschen Angelegenheiten nicht befaßte. Eine Zusammenkunft der drei Monarchen im September 1818 war schon im Herbst des vorangehenden Jahres ins Auge gefaßt worden. Bezüglich der Wahl des Ortes gingen aber die Wünsche noch auseinander. Kaiser Alexander hatte Aachen

vorgeschlagen; Preußen hielt aber diese Stadt als Badeort und wegen ihrer Lage in der Nähe der Grenze nicht für geeignet. Kaiser Franz, dessen Ansicht erbeten wurde, proponirte nun Düsseldorf, womit man in Berlin, nicht aber in St. Petersburg einverstanden war. Endlich gab doch der bestimmte Wunsch des Zaren den Ausschlag, und es blieb bei Aachen. Gegen Ende September trafen die Monarchen einzeln in Frankfurt ein, verweilten aber nur kurze Zeit und setzten dann die Reise nach dem Congreßort fort. Die Anwesenheit des Kaisers von Rußland in Frankfurt veranlaßte dort den Besuch seiner deutschen Verwandten, des württembergischen Königspaares, sowie des Herzogs und des Erbprinzen von Oldenburg. Der König von Bayern sandte seinen Sohn Carl zur Begrüßung. Frankfurt wimmelte von Fremden, und die Arbeiten ruhten einige Tage. Kaiser Franz war von dem Kurfürsten von Hessen gebeten worden, auf seiner Reise nach Mainz in Wilhelmsbad Nachtquartier zu nehmen. Alles war dort aufs Prächtigste zum Empfang vorbereitet. Der Kaiser aber, der noch über das Vorgehen des Kurfürsten am Bundestage und über sein ganzes politisches Verhalten verstimmt war, lehnte die Einladung Anfangs ab und ließ sich nur mit Mühe von Metternich bewegen, eine Stunde in Wilhelmsbad zu rasten.

Ungeachtet dieser auffällig kühlen Reserve ließ sich der Kurfürst nicht abhalten, gleich darauf den in Aachen versammelten drei Monarchen den längst heimlich gehegten Wunsch nach Verleihung der Königswürde auszusprechen. „Es ist kaum glaublich," schrieb Plessen am 3. October, „daß der Kurfürst bei den jetzigen Zeiten und der Beschaffenheit seines Staates auf solche Gedanken hat verfallen können. Ein Königstitel würde nur die Kosten eines scheinbaren Glanzes vermehren, ohne innere Würde und Stärke zu verleihen. Von Seiten der Monarchen sind denn auch Erinnerungen gemacht, welche den Kurfürsten zum reiferen Nachdenken bringen sollen. Dennoch bin ich nicht sicher, ob man einem weiteren Andringen nicht nachgiebt, indem der Kurfürst versprochen, sich dann in allen schwebenden Differenzen willfährig zu zeigen, was freilich auch durch ein festeres Benehmen zu erreichen sein würde. Sollte man ihm aber dennoch den Königstitel gewähren, so könnte man nur bedauern, daß ein Scandal aus den Zeiten Napoleon's im deutschen Bunde von Neuem aufgeführt und der Souveränitätsschwindel deutscher

Regierungen den gegründeten Angriffen revolutionärer Gegner öffentlich bloßgestellt würde. Auch wäre vorauszusehen, daß Hessen-Darmstadt und Baden, die beide mehr Einwohner haben als Kurhessen, gleichfalls den Königstitel verlangen würden." Die letztere Erwägung mochte wohl auch für die drei Monarchen bestimmend sein, denn der Antrag ward definitiv abgelehnt. Den Ingrimm darüber bekamen die armen hessischen Landesbewohner deutlich genug zu fühlen.

Die Aachener Verhandlungen wurden streng vertraulich geführt, und die mit Richelieu abgeschlossene Convention wegen Räumung des französischen Gebietes überraschte die diplomatische Welt bei ihrem Bekanntwerden. Auf die deutschen Angelegenheiten übte die Zusammenkunft insofern eine nachhaltige Wirkung aus, als Hardenberg seitdem mehr denn je unter den Einfluß Metternich's gerieth und sich dessen reactionärer Politik jetzt offen anschloß. Die beiden Staatsmänner hatten noch vor dem Aachener Congreß eine vertrauliche Zusammenkunft auf dem Johannisberg gehabt. Hier war es dem Oesterreicher gelungen, durch kleine Concessionen auf dem Gebiete des Bundes-Heerwesens seinen preußischen Collegen so zu umgarnen, daß dieser, nach Berlin zurückgekehrt, seinen bisherigen Verbindungen entsagte und ins Lager der Hofpartei überging, die dem Verfassungswerk entschieden widerstrebte. Die Enttäuschung, welche sich nach diesem Systemwechsel aller Verfassungsfreunde und Liberalen in Preußen und durch natürlichen Rückschlag auch in anderen Staaten bemächtigte, fiel zusammen mit jener unklaren Gährung, welche seit Kurzem in einigen politisch erregten Köpfen spukte und namentlich in akademischen Kreisen Unheil anrichtete.

Geradezu gefährlich war diese Bewegung nicht. Ihre Bedeutung ist damals von den Cabinetten sicherlich vielfach überschätzt worden. Sie hat ferner den Vorwand hergeben müssen zu Coercitivmaßregeln, deren Schärfe durch den mehr schwärmerischen als subversiven Charakter der Bewegung nicht gerechtfertigt war. Aber auch in der Kritik des von den Regierungen eingeschlagenen Verfahrens hat die spätere Geschichtschreibung nicht immer die nöthige Billigkeit walten lassen. Der Vorwurf der Unterdrückung eines nationalen Zugs wenigstens ist ungerecht, denn dieser Zug fehlte in jener Volksbewegung. Das Streben der deutschen Liberalen war damals weit weniger auf nationale Einheit als auf persönliche Freiheit gerichtet. Der Particularismus steckte den

Bürgern nicht minder tief im Blute als dem Adel. Fußend auf der Eigenart der verschiedenen Stämme, genährt durch geschichtliche Entwickelung, locale Abgeschlossenheit und begünstigt durch die Verschiedenheit der Lebensgewohnheiten, der Sitte, Confession und der wirthschaftlichen Interessen, hatte er sich allen Krisen und Umwälzungen zum Trotz in den breiteren Volksschichten noch strenger erhalten als in den höheren, von dem Hauch internationaler Bildung angewehten Gesellschaftsklassen. Dort ging der politische Horizont nicht weiter als an die Grenzen des landesherrlichen Territoriums. Von dort konnte eine Anregung zur Begründung eines deutschen Gemeinwesens nicht erwartet werden. So richteten sich denn die Forderungen und Wünsche zunächst nur auf Befreiung von den Fesseln des herrschenden Landesregiments, und Decennien sollten vergehen, ehe — nach endlicher Befriedigung dieser Wünsche — auch der nationale Einheitsgedanke im liberalen Bürgerthum Eingang fand.

Der Bundestag wurde zu einer Beschäftigung mit dieser Frage zuerst durch die Mittheilungen veranlaßt, welche der Großherzoglich Sächsische Gesandte seinen Collegen im December 1817 über das von der Jenenser Burschenschaft veranstaltete Wartburgfest zu machen angewiesen war. Der Weimarische Minister, Graf Edeling, brachte in zwei Rundschreiben die Auffassung der Regierung über jene Feier und deren unpolitischen Charakter zum Ausdruck. Er erklärte, daß die Vorgänge in Eisenach keinen Anlaß zur Beunruhigung böten, wenn kein weiteres Aufheben davon gemacht werde. In der That war die Feier selbst harmlos verlaufen, und nur das satyrische Nachspiel mit dem Autodafé mißliebiger Bücher konnte als unnöthige und unpassende Provocation betrachtet werden. Daß dieser karnevalistische Scherz den Zorn der Cabinette von Berlin und Wien auf sich lenkte und sogar eine officielle Demarche derselben bei dem Großherzog von Sachsen veranlaßte, ist wohl nur damit zu erklären, daß das Treiben der Burschenschaft und der Ton, den einige Jenenser Professoren in Wort und Schrift angeschlagen hatten, schon seit einiger Zeit mißfällig bemerkt war. Wenn reactionäre Fanatiker, wie Kamptz und Gentz, ihre Federn schliffen und mit einem Uebermaß von Entrüstung gegen die weimarische Presse zu Felde zogen, so war das weniger auffallend, als daß selbst Stein das Gebahren der jugendlichen Schwärmer damals noch mit harten

Worten als staatsgefährlichen Unfug brandmarkte. Wenige Monate später freilich trieb ihn die reactionäre Strömung der Cabinette ganz in das Lager der Liberalen, und seine persönliche Abneigung gegen Metternich und Hardenberg gab seinen gegen deren Politik gerichteten Angriffen eine Schärfe, welche die Objectivität des Urtheils oft vermissen ließ. Plessen hielt alle diese Maßregeln für übertrieben und meinte in einem Bericht vom 9. December 1817, es sei rathsam, der Sache nicht mehr Wichtigkeit beizulegen, als sie gehabt, um nicht unnöthige Spannung hervorzurufen. Es genüge, der Wiederkehr solcher Vorgänge vorzubeugen, und dazu werde es sich empfehlen, „die übermüthige und anarchische Sprache einiger Zeitungsschreiber" zu zügeln, eventuell auch denjenigen Professoren die Lehrfreiheit zu entziehen, welche „die Jugend durch sophistische und überspannte Begriffe vom ernsten Studium abzögen und ihre Köpfe verwirrten."

Um den Druck abzuschwächen, der von den Cabinetten im Sinne einer strengeren Censur in Weimar ausgeübt wurde, beantragte die Großherzogliche Regierung am Bunde die Einführung eines allgemeinen Preßgesetzes, sowie am 1. April 1819 eine allgemeine Revision des deutschen Universitätswesens. Sie gab dabei Erklärungen ab über das in Jena beobachtete Verhalten und die von ihr erlassene Verfügung, nach welcher dort nur solche Ausländer Aufnahme finden sollten, die ein Leumundszeugniß ihrer Heimathsregierung beibrächten. Den sächsischen Landeskindern war das Studium auf auswärtigen Universitäten überhaupt untersagt. Plessen fand diese Maßregel ebenso unzweckmäßig als unwürdig im Hinblick auf die Bedeutung der berühmten Jenenser Hochschule. Er war mehr für den von Hannover eingebrachten Antrag, demzufolge die Staaten, welche Universitäten besaßen, sich unter einander über eine Reform der akademischen Disciplin zu verständigen hatten und der Bundestag zunächst unbetheiligt blieb. Dieser Antrag war schon Anfangs Januar 1819 gemacht, die Berathung darüber aber verschoben worden. Jetzt lenkte die Sand'sche Bluttthat wieder die allgemeine Aufmerksamkeit auf die studentischen Schwärmer. Oesterreich trat am 6. Mai mit dem Vorschlag auf, eine Commission zu wählen, welche eine für alle Bundesstaaten gültige Universitätsordnung auszuarbeiten habe. Die Metternich'sche Depesche enthielt nach dieser Hinsicht schon einige Winke. Preußen war Anfangs gegen eine solche Verallgemeinerung

der Frage, da es immer noch Jena als den Herd der geheimen Umtriebe betrachtete und darin durch die Geständnisse Sand's einigermaßen bestärkt war. Doch trat es schließlich dem Antrag bei, und die Commission wurde gewählt. Plessen gehörte ihr an. Nach mehreren Sitzungen wurde dem hannöver'schen Mitglied von Martens, der als ehemaliger Universitätsprofessor mit den akademischen Einrichtungen vertraut war, die Ausarbeitung eines Entwurfs übertragen. Seine Arbeit wurde noch rechtzeitig fertig, um später in Karlsbad den Berathungen über diese Frage als Grundlage zu dienen. Seine Vorschläge liefen in der Hauptsache auf eine schärfere Beaufsichtigung der studirenden Jugend hinaus. Sie betrafen u. A. die Aufnahmebedingungen für die Studirenden, die anzuwendenden Strafen und deren Wirkung für andere Universitäten, sowie das Proceßverfahren selbst. Der privilegirte Gerichtsstand der Studentenschaft sollte aufgehoben und das Urtheil über namhafte Vergehen entweder den ordentlichen Gerichten oder einer besonderen, von der Universität unabhängigen Behörde zugewiesen werden. Ueber eine Controle der akademischen Lehrer und ein Verfahren zu deren Maßregelung, wie sie Oesterreich in der Commission angeregt hatte, äußerte sich der Martens'sche Entwurf nicht. Plessen fand ihn im Ganzen annehmbar, zweifelte aber, daß seine Bestimmungen die erwartete Wirkung ausüben würden. Die alten akademischen Gesetze seien noch brauchbar und nur geringer Reformen bedürftig, ihre Handhabung aber eine laxe. Wenn man sie mit Strenge und Umsicht anwende, würden sie auch jetzt noch genügen. Dies war auch die Ansicht des Großherzogs, der überhaupt die an den meisten anderen Höfen herrschende Besorgniß vor Verschwörung und Aufruhr nicht theilte. Er betrachtete die Wallungen der aufgeregten Jugend mehr als Aeußerungen unklarer Schwärmerei und war keineswegs geneigt, sie wie politische Verbrechen zu bestrafen. In einem an Plessen gerichteten Rescript ward dieser angewiesen, bei den ferneren Verhandlungen über diese Frage besondere Vorsicht walten zu lassen.

Wir nähern uns nun dem bedeutsamsten Zeitabschnitt im Leben Plessen's, demjenigen nämlich, welcher ihm Gelegenheit bot, seine diplomatische und staatsmännische Befähigung auch in einem größeren Rahmen zu bethätigen. Seine Betheiligung an den Karlsbader und Wiener Ministerconferenzen führte ihn in die erste Reihe der Staats-

politiker, und sie war für ihn um so ehrenvoller, als er die Berufung dazu nicht dem Range des von ihm vertretenen Hofes, sondern seinen persönlichen Eigenschaften verdankte. Schon längst war man in Berlin und Wien auf diese Eigenschaften aufmerksam geworden. Plessen's gediegene Kenntnisse und geradezu erstaunliche Arbeitskraft — er war Mitglied aller wichtigen Commissionen und übernahm darin meistens die Hauptarbeit — hatte ihm in dem Frankfurter Collegenkreise eine hervorragende Stellung verschafft. Seit dem Frühjahr 1818 aber, wo er die mecklenburgischen Anträge mit Geschick und Kühnheit gegen die meisten größeren Cabinette verfocht, war dies Ansehen noch bedeutend gewachsen. Man lernte ihn als Mann von entschlossenem und freimüthigem Charakter kennen. Solche Leute konnte man auch in anderen Staaten wohl brauchen, und in jener Zeit mag schon bei Metternich der Gedanke aufgestiegen sein, Plessen für den kaiserlichen Dienst zu gewinnen, ein Gedanke, der, wie wir bald sehen werden, in directen Anträgen zum Ausdruck kam. Es ist schon erwähnt worden, wie der Fürst im Frühjahr 1818 seine Verstimmung über den unbequemen mecklenburgischen Antrag überwand und ein verbindliches Schreiben an Plessen richtete. Im September desselben Jahres kam er auf dem Wege nach Johannisberg und Aachen durch Frankfurt und hielt sich dort eine Woche auf. Obwohl gleich bei seiner Ankunft vom Fieber befallen und während seines ganzen Frankfurter Aufenthalts bettlägerig, mußte ihn Plessen täglich besuchen, und während er sonst für wenige Diplomaten sichtbar wurde, hatte er mit Jenem eingehende Unterredungen über die deutschen Verhältnisse. Plessen berichtete darüber im Ganzen befriedigt, doch stimmte er dem Programm Metternich's nicht in allen Punkten zu. Obwohl er von seiner abweichenden Ansicht auch dem österreichischen Staatslenker gegenüber kein Hehl machte, blieb dieser doch fortdauernd sehr günstig für ihn gestimmt. Ja, er warb geradezu um Plessen's Freundschaft und dessen amtliche Unterstützung. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht der nachstehende Brief, den er bei Wiedereröffnung der Sitzungen des Bundestags zu Beginn des Jahres 1819 an ihn richtete, und worin er auf die österreichischen Vorlagen betreffs der Bundeskriegsverfassung Bezug nahm.

„Wien, den 12. Januar 1819. — Ich kann die Rückkehr des Herrn Grafen von Buol nach Frankfurt nicht unbenutzt lassen, um Ew. Excellenz

ein paar Worte der Erinnerung zu schreiben und Sie zugleich aufzufordern, auch im Verlauf der nächsten, so wichtigen Sitzung in dem Sinne vorzugehen, welcher bisher so glückliche Folgen für die gemeinsame Sache dargeboten hat. Es wäre überflüssig, Sie zu versichern, daß Graf Buol die Weisung hat, fortan im genauesten Einverständniß mit Ew. Excellenz zu handeln; sein eigenes Vertrauen in Ihren bewährten Charakter und in Ihre Geschäftskenntniß würde ihn ebenfalls ohne bestimmten Befehl zu diesem Gange bewegen.

Ich hoffe, daß Ew. Excellenz mit den Acten, welche Graf Buol nach Frankfurt überbringt, vollkommen zufrieden sein werden. Ich hege die Ueberzeugung, daß der Kaiser nicht correcter handeln könnte, als er es thut, und unter diesem Grundsatze muß allerdings der Sieg der guten Sache errungen werden — die deutschen Fürsten müßten denn ihre eigenen Feinde sein, um sich einem System reiner Willkür hingeben zu wollen. Sollte diese Möglichkeit für einige Verblendete unter ihnen bestehen, so wird derselbe Vorwurf sicher nie die Mehrheit treffen.

Empfangen Ew. Excellenz die Versicherung meiner vollkommensten Freundschaft und Hochachtung. F. v. Metternich."

Während der nächsten Monate bot sich kein Anlaß zu weiterer Annäherung. Der Plan des Wiener Hofes, sich auf einer Ministerialconferenz mit einigen Cabinetten über die Maßregeln zu berathen, welche die angeblich immer mehr anwachsende demagogische Bewegung nothwendig zu machen schien, wurde sehr geheim gehalten.

VI.

Wir können auf die Vorgeschichte der mit den Karlsbader Beschlüssen verbundenen Epoche hier nicht näher eingehen, dürfen auch die Vorgänge des Sommers 1819 als genugsam bekannt voraussetzen. Neues bietet das uns vorliegende Actenmaterial in dieser Hinsicht nicht. Auch wollen wir es ununtersucht lassen, ob die damals an den meisten Höfen herrschende Furcht vor der Revolution sachlich begründet oder ob sie übertrieben und von Wien aus künstlich angeregt war, ob Metternich wirklich seine Ueberzeugung aussprach, wenn er seiner Frau schrieb: „Ich stehe dafür, die Welt befand sich im Jahre 1789 in voller Gesundheit, verglichen mit ihrem heutigen Zustande." Gewiß ist, daß er den Hebel der Furcht Anderer schlau benutzte, um sich zum Herrn der Situation zu machen und sein verhängnißvolles Stabilitätsprincip zu etabliren. Die Stimmung der in Deutschland einflußreichen Cabinette war seinen Plänen günstig. Der Kaiser, sein Herr, wollte vor Allem Ruhe haben; das turbulente Gebahren der deutschen Jugend sollte das politische Stillleben seiner Staaten nicht beeinträchtigen. Von dieser Seite her hatte sein Minister freie Hand. England war an den inneren Verhältnissen Deutschlands nur durch Hannover betheiligt, und dort herrschte unter Graf Münster's Leitung das torystische Adelsregiment. Der Zar war durch die heftigen Angriffe, welche die von Aachen aus lancirte Flugschrift Stourdza's Seitens der liberalen Presse erfahren, verstimmt, durch Kotzebue's Ermordung persönlich verletzt und voll Zorn gegen den deutschen Jacobinismus. Die süddeutschen Könige empfanden schon eine gewisse Reue über die in den ganz oder halb fertigen Repräsentativverfassungen gemachten Zugeständnisse. Dem König Max und seinem ersten Minister Rechberg wäre der Vorwand einer douce violence von Bundeswegen ganz recht gewesen, um einige der gewährten Freiheiten wieder zurückzuziehen. Aber die bayerische Verfassungspartei hatte in

der Mehrheit des Ministercollegiums, namentlich in Wrede und Lerchenfeld, vor Allem aber in dem feurigen, enthusiastischen Kronprinzen einen starken Rückhalt. Der württembergische Minister, Graf Winzingerode, war zwar Particularist und nicht leicht für Oesterreich zu haben, aber doch entschieden reactionär. In den Ministern von Baden und Nassau fand Metternich willfährige Comparsen. Weniger zugänglich waren die Cabinette von Dresden und Cassel, aber Metternich rechnete auf das Schwergewicht der Majorität.

Was Preußen betraf, so war es längst gewonnen. Seit dem Aachener Congreß steuerte die Hardenberg'sche Politik beharrlich im Kielwasser der österreichischen. Die Ausschreitungen der Presse hatten den König schon während des Winters lebhaft beunruhigt. In der Ermordung Kotzebue's glaubte er nun die Bestätigung alles dessen zu erblicken, was Metternich in Aachen vorausgesagt und Wittgenstein und Kamptz jetzt nicht müde wurden, zu wiederholen. Er hielt die größte Strenge nunmehr für ein Gebot der Pflicht, berief die preußischen Studenten von Jena ab, setzte eine Ministerialcommission zur Untersuchung der hochverrätherischen Umtriebe ein und lieh allen Vorschlägen ein williges Ohr, die auf eine Beschwörung der von ihm ohne Zweifel weit überschätzten Gefahr abzielten. Kamptz, ein geborener Mecklenburger, aber in der preußischen Bureaukratie groß gezogen, wurde zum Polizeidirector ernannt. Er warf sich, gefolgt von einer Schar beflissener Räthe, wie Dambach, Tzschoppe, Grano auf die Verfolgung. So war das Terrain in Berlin für die Metternich'sche Saat gut vorbereitet.

Diesem ging aber das Tempo der Frankfurter Commissionsberathungen über die Universitäten zu langsam. Auch war Graf Buol nicht der Mann, die österreichischen Anträge durchzudrücken. Metternich beschloß daher, die Angelegenheit persönlich in die Hand zu nehmen und theilte dies von Italien aus, wo er den Kaiser auf einer Reise begleitete, zunächst vertraulich nach Berlin mit. Es handle sich darum, erklärte er, durchgreifende Bundesgesetze zu Stande zu bringen, denn Maßregeln der Einzelstaaten genügten längst nicht mehr, um dem vorgeschrittenen Uebel zu begegnen. Diese Mahnung traf in Berlin gerade um die Zeit ein, wo das Ergebniß der von Kamptz veranlaßten Haussuchungen und Verhaftungen die Sicherheit der Monarchie in gefährlichster Weise

bedroht erscheinen ließ. Jahn und Arndt waren die ersten Opfer. Angesehene Männer wie Eichhorn und Schleiermacher wurden verdächtigt. Unter zahlreichen harmlosen Herzensergießungen schwärmerischer Jünglinge fanden sich auch hin und wieder bedenkliche Hinweise auf eine thatsächlich bestehende, geheime Verbindung, so z. B. unter den beschlagnahmten Papieren Adolf Follen's, der ein Mitglied des „Bundes der Unbedingten" war. König Friedrich Wilhelm, der die Kur in Teplitz brauchte, befand sich, als Metternich ihn dort am 29. Juli aufsuchte, in Folge aller dieser Nachrichten in einer Erregung, die bei der Unschlüssigkeit Hardenberg's wohl begreiflich war und nun von dem Oesterreicher geschickt benutzt wurde. Zunächst überzeugte dieser den König leicht, daß die Sicherheit der Krone Preußens durch Gewährung einer Repräsentativverfassung untergraben werde. Der König dürfe — und dies stimmte ja auch mit dem Hardenberg'schen Project — nur eine ständische Verfassung einführen. Sodann wußte Metternich, gestützt auf die jüngsten Berliner Polizeiberichte, es so darzustellen, als seien die preußischen Hochschulen der eigentliche Sitz der Verschwörung. Er entwickelte nun seine auf Einschränkung der Presse und Lehrfreiheit gerichteten Pläne, betonte die Nothwendigkeit, dem Art. 13 der Bundesacte eine die Volksvertretung ausschließende Interpretation zu geben; kurz, er legte das ganze Programm der in Karlsbad zu beschließenden Ausnahmegesetze vor und gewann dafür die Zustimmung des Königs. Auf Befehl des letzteren traten Hardenberg, Bernstorff und Wittgenstein sogleich mit Metternich in Berathung, und am 1. August unterzeichneten Hardenberg und Metternich eine aus sieben Artikeln bestehende Punctation über die von beiden Regierungen fortan gemeinsam einzuschlagende Bundespolitik. Die sich daran knüpfenden weiteren Verabredungen bezweckten und erzielten ein volles Einverständniß über die in Karlsbad vorzulegenden Entwürfe. In Wahrheit bedeuteten sie die völlige Unterwerfung Preußens unter die Leitung Oesterreichs, und in diesem Sinne war die Teplitzer Zusammenkunft ein verhängnißvoller Wendepunkt in der Bundespolitik Preußens. Beide Contrahenten verpflichteten sich, die Punctation geheim zu halten, um nicht den Argwohn der anderen Bundesregierungen gegen diese „engere und so heilsame Vereinigung" der beiden Mächte wachzurufen. Hoch befriedigt kehrte Metternich nach Karlsbad zurück, wo seine Getreuen, die

Hannoveraner Münster und Hardenberg und der unvermeidliche Gentz ihn erwarteten.

Die Einladung an diejenigen deutschen Minister, welche Metternich zur Theilnahme an der Conferenz ausersehen hatte, war erst in den letzten Tagen erfolgt. Plessen erhielt sie am 30. Juli und zwar in der Form, daß Graf Buol ihm den Inhalt eines noch von Florenz aus datirten Schreibens des Fürsten mittheilte, worin dieser ihn, Plessen, auffordern ließ, sich sogleich nach Karlsbad zu begeben. Der Fürst, hieß es darin, wünsche sich mit Herrn von Plessen „über mehrere hochwichtige Interessen Deutschlands zu besprechen und würde auf diese Begegnung großen Werth legen." Um welche Punkte es sich dabei handelte, war nicht näher angegeben. In Frankfurt wußte Niemand etwas von dem Karlsbader Project; auch Graf Buol war nicht in die Pläne seines Chefs eingeweiht.

Plessen schrieb noch an demselben Tage an den Großherzog:

„Eine solche Aufforderung und zu dem angegebenen Zweck ist an sich ebenso ehrenvoll als wichtig, so daß ich um so weniger Anstand nehmen darf, diesem Rufe zu folgen, als solcher ohnedem meinem hiesigen Berufe entspricht und den Absichten von Ew. Königl. Hoheit zur Beförderung des Bundes angemessen ist. Ich weiß freilich nicht, inwiefern ich im Stande sein werde, mich hierbei wirksam zu zeigen. Indessen darf ich auf jeden Fall wohl die Allerhöchste Genehmigung zu dieser Geschäftsreise in der Art voraussetzen, daß ich mich unverzüglich noch heute Abend nach Karlsbad begebe, wo auch noch einige Minister von größeren deutschen Höfen zusammentreffen; von hiesigen Bundesgesandten geht aber sonst keiner hin. Der Moment ist allerdings kritisch und wichtig, und die Absicht ist wohl, fürs Künftige den Bund und seine Institutionen etwas kräftiger zu machen, um dem Bedürfniß der Zeit zu genügen."

Plessen war also in seiner Eigenschaft als Staatsminister, nicht als Bundestagsgesandter, zur Conferenz geladen. Am 3. August traf er in Karlsbad ein, gleichzeitig mit ihm der württembergische Staatsminister, Graf Winzingerode. In den nächsten Tagen kamen nun auch die anderen Minister an: für Preußen der seit einem Jahre zum Minister des Auswärtigen ernannte Graf Christian Bernstorff, für Bayern Graf Rechberg — beide waren ebenso wie Graf Münster intime Bekannte Plessen's — für Sachsen Graf von der Schulenburg, für Baden Frhr. von Berstett, für Nassau Frhr. von Marschall, im Ganzen acht Delegirte. Gegen Schluß der Sitzungen wurde auch der kurhessische Gesandte in Wien, Frhr. von Münchhausen,

zugezogen. Derselbe erklärte indessen, sich an den Berathungen nur in informatorischer Eigenschaft und unter Enthaltung von der Discussion betheiligen zu können. Der vierten Sitzung wohnte auch der zufällig in Karlsbad anwesende weimarische Staatsminister Freiherr von Fritsch und den letzten beiden der aus Dresden herübergekommene Cabinetsminister Graf Einsiedel bei. Preußen, Bayern und Hannover waren noch durch zweite Bevollmächtigte vertreten, nämlich durch ihre Gesandten am Wiener Hofe von Krusemark, von Stainlein und von Hardenberg.

Am 6. August eröffnete Fürst Metternich die Conferenz mit einer Ansprache, in welcher er die Berufung der Anwesenden mit den beunruhigenden Nachrichten motivirte, die dem Kaiserlichen Hofe neuerdings aus verschiedenen Bundesstaaten über die Ausbreitung revolutionärer Umtriebe und geheimer Verbindungen zugegangen wären. Die bereits eingeleiteten Untersuchungen hätten diese Vorgänge nicht nur außer Zweifel gestellt, sondern auch so drohende Anzeichen zu Tage gefördert, daß zur Sicherstellung des Gesammtwesens der einzelnen Staaten die ernstesten und dringendsten Maßregeln nöthig würden. Der Fürst legte nun eine Punctation vor, worin die Gegenstände der zu treffenden Uebereinkunft in zwei Klassen getheilt waren, je nachdem sie entweder durch ihre Dringlichkeit augenblickliche Maßregeln erforderten, oder wegen ihres Zusammenhanges mit den Grundverhältnissen des Bundes ausführlichere Berathschlagungen nothwendig machten. Zur ersten Klasse gehörten:

1. Die ungesäumte Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Presse in Deutschland.
2. Die dringendsten Maßregeln in Hinsicht auf die Universitäten, Gymnasien und Schulen.
3. Maßregeln in Ansehung der bereits entdeckten Umtriebe der Parteien.

Als Gegenstände der zweiten Classe wurden bezeichnet:

a) die nähere Bestimmung und Erläuterung des Art. 13 der Bundesacte;
b) eine permanente Instanz, um Rechtsstreitigkeiten zwischen den Bundesstaaten zur schnellen gerichtlichen Entscheidung zu bringen;
c) die Einführung einer Bundesexecutionsordnung, um sowohl die Bundesbeschlüsse als die Erkenntnisse der gerichtlichen Instanz in ungehinderte Vollziehung zu setzen;
d) die Erleichterung des Handels und Verkehrs zwischen den Bundesstaaten.

Man trat nun sofort in die Berathung ein. Im Ganzen wurden

23 Sitzungen abgehalten und zwar gewöhnlich des Abends von 7 bis 10 Uhr. Die Führung des Protocolls wurde Plessen übertragen. Da die conferirenden Minister, mit Ausnahme Bernstorff's, weder mit Instructionen versehen noch auch größtentheils dieselben einzuholen in der Lage waren, so konnten sie die von Metternich beantragten Maßregeln nur nach eigenem Ermessen begutachten und modificiren. Was auf diese Weise zu Stande kam, konnte also füglich nicht als eine Convention der betreffenden Regierungen, noch weniger als der vereinte Ausdruck einer Willensmeinung der souveränen Fürsten gelten. Wenn Metternich es trotzdem verstand, den in Karlsbad vereinbarten Grundsätzen und Vorschlägen diesen Charakter zu geben und auf sämmtliche Bundesregierungen, auch die in Karlsbad nicht vertretenen, einen Druck auszuüben, der die spätere Beschlußfassung des Bundestages als eine leere Formalität erscheinen ließ, so ist ein solches Verfahren von der liberalen Partei damals mit Recht als ein Act der Ueberrumpelung bezeichnet worden. Als solcher stellte er sich aber erst nachträglich heraus. Der Vorwurf unwürdiger Nachgiebigkeit trifft die Cabinette als solche, nicht die an der Conferenz betheiligten Minister, denn für sie handelte es sich zunächst um einen persönlichen Meinungsaustausch ohne amtliche Verantwortung. Die strengste Verschwiegenheit war verabredet, und der Inhalt der Protokolle blieb auch später noch Jahre lang für alle Nichtbetheiligten ein Geheimniß. Publicirt wurden sie erst 1843 durch C. Welcker, der sie dem Nachlasse des ehemaligen preußischen Staatsraths Klüber entnahm.

Es würde zu weit führen, den Gang der Verhandlungen in jenen 23 Sitzungen im Einzelnen zu verfolgen. Es mag genügen, ihn in den Hauptzügen zu skizziren und das Verhalten der einzelnen Mitglieder dabei flüchtig zu beleuchten.

Eine unbedingte Unterstützung und völlige Hingabe an sein System fand Metternich eigentlich nur bei Graf Münster und Baron Marschall. Letzterer führte im Herzogthum Nassau ein ziemlich reactionäres Ministerregiment und war daher für jede, auch noch so scharfe, polizeiliche Maßregel. Auch Graf Bernstorff ging, seiner gebundenen Marschroute entsprechend, auf alle österreichischen Vorschläge mit großer Deferenz ein. Die formelle Unterlage, für welche man die eines dem Bundestage vorzulegenden Präsidialvortrages gewählt hatte,

ging aus seiner Feder hervor. Auch war er Vorsitzender der Redactionscommission, in welcher außer ihm noch Rechberg, Münster und Plessen saßen. Nur einmal, in der neunten Sitzung, trat er dem österreichischen Programm mit einem selbstständigen Vorschlage entgegen, indem er ankündigte, daß seine Regierung, wie ihm soeben aus Berlin mitgetheilt, zwar auch einer Central-Untersuchungscommission zustimmen werde, es aber als einen höheren, unbefangeneren und freieren Standpunkt betrachte, wenn an Stelle jener Commission ein außerordentliches Bundesgericht bestellt werde. „Der Nutzen, den man sich von einer Centralbehörde zu versprechen habe, werde von der Ausdehnung ihrer Attributionen abhängen; eine nicht mit richterlicher Gewalt bekleidete Inquisitions-Commission werde die öffentliche Meinung nicht für sich haben. Ein Bundesgericht entspräche überdies der alten Reichsjustizverfassung, nach welcher Landfriedensbruchssachen zur Competenz des Reichsgerichtes gehörten."

Dieser Vorschlag fand zwar bei Winzingerode, Münster und Plessen Anklang, doch wurden von anderer Seite Bedenken laut. So machte u. A. Graf Rechberg geltend, „daß die nach allen Nachrichten sich vermehrende Gährung in den Gemüthern schleunige Maßregeln erfordere. Man möge daher zunächst die Untersuchungsbehörde, über die man ja im Princip einig sei, ins Leben rufen und deren Ausbildung zu einem Gerichte der weiteren Berathung der Bundesversammlung überlassen." Da auch Metternich der gleichen Ansicht war, so zog Bernstorff, nachdem die Frage noch zu verschiedenen Malen discutirt worden, in der zwanzigsten Sitzung seinen Antrag zurück, sprach aber die Hoffnung aus, daß der Bund zur Einsetzung einer richterlichen Behörde schreiten werde, sobald sich aus der angeordneten Untersuchung der Anlaß zu einem peinlichen Processe ergeben sollte.

Ueber die Maßregeln gegen den „Unfug" der Presse einigte man sich leicht. Schon in der ersten Sitzung hatte Fürst Metternich zwei umfangreiche, der Feder des vielgeschäftigen Gentz entflossene Denkschriften vorgelegt. Die Meisten waren für die Censur, die ja ohnehin in vielen Staaten bestand; nur Graf Winzingerode gab dem französischen System des Cautionnements den Vorzug, theils weil man nicht genug tüchtige Subjecte zu Censoren finden würde, theils weil es mißlich sei, in Staaten, welche die Preßfreiheit bereits eingeführt hätten, dem Volke

diese Vergünstigung wieder zu entziehen. Die Mehrheit blieb indessen dabei, daß die Censur überall gleichmäßig einzuführen sei, wenngleich nur provisorisch auf fünf Jahre, und Plessen wurde beauftragt, mit Unterstützung von Gentz die Redaction der diesbezüglichen Bestimmungen zu übernehmen. Dem Ersteren war die Association mit dem dienstbeflissenen Hofrath nicht gerade angenehm. Wenn er auch dessen stilistischer Gewandtheit Gerechtigkeit widerfahren lassen mußte, so waren ihm doch Wesen und Charakter des von Eitelkeit und Genußsucht zerfressenen Intriganten höchst umsympathisch, und er beschränkte den Verkehr mit ihm auf das Nothwendigste. Gentz dagegen erwähnt in seinem 1861 erschienenen Tagebuch verschiedene Besprechungen mit Plessen, bemerkt auch mit der ihm eigenen Selbstgefälligkeit, wie seine Arbeit über die Presse mit einer Art von Inspiration entstanden und in der Conferenz mit ungetheiltem Beifall aufgenommen sei.

Die dritte als dringlich bezeichnete Maßregel betraf die Ueberwachung der Universitäten und Schulen. Der weimarische Minister von Fritsch wurde über die in Jena getroffenen Einrichtungen befragt. Er äußerte, daß dieselben bisher noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt hätten, und man daher im Begriff stehe, ein neues Statut für die Landesuniversität auszuarbeiten. Hinsichtlich der Professoren werde die Verfügung getroffen, daß man „eine Nachweisung der Grundsätze und Lehren, wonach sie unterrichteten, abverlange." Die Conferenz sprach sich dahin aus, daß die Universitätslehrer, welche wegen verderblicher Lehren oder unerlaubter, geheimer Verbindungen von einer Hochschule entfernt wären, an einer anderen nicht wieder angestellt werden dürften. Sie beschloß aber, zuvörderst die Vorarbeiten der mit dieser Frage bereits betrauten Bundestagscommission einzufordern. In der vierzehnten Sitzung wurde das von Martens entworfene Gutachten der Commission von Graf Münster vorgelegt, und man einigte sich nun an der Hand desselben dahin, daß alle für Aufsicht der öffentlichen Schulanstalten hier getroffenen Verabredungen für sämmtliche Bundesstaaten maßgebend sein sollten.

Von den anderen, die Ausbildung und Befestigung des Bundes bezweckenden Gegenständen kam nur die Einführung einer provisorischen Executionsordnung zur principiellen Erledigung. Die Ausarbeitung des Entwurfes hatten Münster und Marschall übernommen. Diese legten

einen Gesetzentwurf in acht Artikeln vor, in welchem „das Verfahren bezeichnet wurde, das die wirksame Vollziehung der Bundesbeschlüsse im Wege der Execution zu sichern hatte." Zunächst waren darin nur diejenigen Beschlüsse ins Auge gefaßt, die, gleichfalls provisorisch, die Niederhaltung revolutionärer Bewegungen bewirken sollten. Mehrere Mitglieder wünschten dem Gesetze aber eine erweiterte Anwendung. Plessen machte sich zu ihrem Wortführer und hielt in der vierzehnten Conferenz eine längere Rede, worin er den Antrag ausführlich begründete, daß der provisorische Zustand der Executionsordnung in einer definitiven, das ganze Gebiet der Gesetzgebung umfassenden hinüber zu leiten sei. „Die Befugniß des Bundestages, seinen Beschlüssen die gehörige Vollziehung zu verschaffen, liege in der Natur des Bundes selbst; es hätte bisher nur an organischen Mitteln der Vollstreckung gefehlt, und demnach sei eine Einrichtung zu treffen, welche bewirke, daß eine vom Bundestage ausgehende Requisition nicht nur als rechtmäßig erkannt, sondern auch wirklich befolgt werde. Es werde einen widrigen Eindruck machen, wolle man das neue Gesetz nur für die Durchführung der schwebenden, polizeilichen Verfügungen anwenden. Die öffentliche Sicherheit werde mehr dabei gewinnen und das Ansehen des Bundes nicht minder, wenn das einmal angenommene Princip der Vollzugsberechtigung nach seinem ganzen Umfange auf alle Bundesbeschlüsse angewendet werde." Die Majorität stimmte diesem Antrage zu, und die Verfasser des Entwurfes wurden ersucht, denselben in diesem Sinne, sowie nach Maßgabe anderer, durch die Discussion zu Tage geförderter Amendements abzuändern. Dies geschah, und das Project wurde in seiner nunmehrigen Fassung angenommen.

In der nicht minder wichtigen Frage wegen Erläuterung des Art. 13 ward eine Einigung aber nicht erzielt. In Metternich's Auftrag hatte Gentz ein ausführliches Exposé verfaßt, welches einerseits die Nothwendigkeit einer bestimmten Interpretation motivirte, sodann aber gleich diese Interpretation dahin abgab, daß unter den landständischen Verfassungen, welche der Art. 13 in Aussicht stelle, niemals solche gemeint sein könnten, welche auf dem Princip der allgemeinen Volksvertretung beruhten. Der Wortlaut „landständische" Verfassung sei absichtlich im Gegensatze zu dem der „repräsentativen" gewählt, um eine größtmögliche Einheit im Bunde zu sichern. Diese sei nur auf der Basis ständischer Einrichtungen zu erzielen, welche mit dem Herkommen innig verwebt

wären, und deren Begriff den deutschen Regierungen näher liegen müsse als die Nachahmung von Institutionen, welche als die Folge von Revolutionen in fremden Reichen eingeführt worden. Auch habe die Gefahr, welche mit einer noch so beschränkten Volksvertretung immerhin verbunden sei, den Gründern des Bundes 1815 noch nicht so bestimmt vorgeschwebt, wie eben jetzt, wo lehrreiche Erfahrungen vorlägen.

An die Verlesung dieses Schriftstückes schloß sich in der siebenten Sitzung eine lebhafte Discussion. Es war klar, daß die Spaltung der Ansichten durch den Umstand bestimmt wurde, ob in dem betreffenden Staate schon eine neue Verfassung bestand oder nicht. Die Vertreter der Staaten letzterer Gattung stimmten der österreichischen Interpretation im Princip zu. Aus ihrer Mitte ging sogar der Vorschlag hervor, Bestimmungen zu treffen, welche verhüten würden, daß während der nächsten Zeit von etwa drei bis vier Monaten neue Verfassungen eingeführt würden. Dies zielte direct auf Württemberg, wo der König im Begriff stand, die verheißene Verfassung ins Leben zu rufen, und darüber mit einer constituirenden Versammlung bereits verhandelte. Bayern und Baden, welche schon Constitutionen eingeführt hatten, konnten einer Interpretation natürlich nicht zustimmen, welche dieselben als mit dem Sinne des Artikels 13 unvereinbar bezeichnet hätte. Es ward nun zunächst beschlossen, die aus Bernstorff, Rechberg, Münster und Plessen bestehende Redactionscommission zu beauftragen, diesen Theil des Entwurfs der Präsidialproposition gemeinschaftlich zu bearbeiten. Die vier Herren gelangten aber, wohl wegen des abweichenden Standpunkts Rechberg's, zu keiner einhelligen Redaction und übergaben, ein jeder für sich, ausführliche Gutachten. In dem Bernstorff'schen war die Interpretationsfrage nur flüchtig gestreift oder richtiger gesagt, umgangen, indem sie mit anderen gerade schwebenden Gegenständen gemeinschaftlich behandelt war, und der Verfasser zugleich erklärte, daß er auf eine Trennung der einzelnen Vorschläge nicht eingehen könne. Dies hieß so viel, als einer bestimmten Aeußerung ausweichen. Münster und Plessen erklärten sich rückhaltloser. Beide stimmten der österreichischen Auslegung zu und suchten die Beibehaltung des ständischen Princips historisch und rechtlich zu motiviren. Münster gelangte sogar zu der Folgerung, „daß die Beschlüsse des Bundes die höchste Autorität in Deutschland bildeten, und die Fürsten in dieser Rücksicht nicht befugt

wären, den gesetzmäßigen Standpunkt ihrer Souveränität zu verrücken oder ihren Ständen Rechte einzuräumen, welche dieser Souveränität widerstrebten und sogar zu Revolutionen führen könnten." Das hieß die Hoheitsrechte der Territorialfürsten geradezu von einem Consens des Bundes abhängig machen und ging viel weiter, als selbst Metternich beabsichtigt hatte.

Bei der ferneren Erörterung dieses Gegenstandes traten die drei süddeutschen Minister mit schärferen Einwendungen hervor. Rechberg bemerkte, daß er die mehrfach ausgesprochene Deutung, nach welcher „eine Volksrepräsentation von einer Volkssouveränität abgeleitet" werde, für die bayerische Verfassung ausschließen müsse. Diese unterscheide sich von anderen neuen Verfassungen dadurch, daß die früheren Classen noch theilweise vertreten wären, die legislative Gewalt zwischen Krone und Ständen getheilt sei, und der König alle Rechte der höchsten Staatsgewalt in sich vereinige. Der badische Minister Berstett erklärte, daß die Verfassung Badens gleichfalls nicht unter die Voraussetzung falle, welche das österreichische Exposé mit dem System der Volksvertretung verbinde. Graf Winzingerode endlich legte eine schriftliche Erklärung vor, laut welcher der König, sein Herr, zwar gern bereit sei, in den schwebenden Verhandlungen mit der constituirenden Versammlung sich solcher Verbindlichkeiten zu enthalten, die mit den Karlsbader Abmachungen collidiren könnten. Indessen seien diese Verhandlungen schon zu weit gediehen, als daß ein Hinausschieben des ganzen Verfassungsprojectes thunlich wäre. Der württembergische Hof dürfe daher erwarten, daß sein gegenwärtiger Standpunkt als von allen anderen unverkennbar verschieden, in der Redaction (betreffend die Auslegung des Art. 13) Berücksichtigung finde. Jedenfalls dürfe man die mißlichen Folgen nicht außer Acht lassen, welche für Württemberg entstehen müßten, wenn der Grundsatz aufgestellt würde, daß der Art. 13 unter der Bezeichnung „landständische Verfassungen" nur solche verstanden habe, welche nach Analogie der altdeutschen Verfassung nicht aus dem Volke durch Volkswahlen, sondern aus den einzelnen Ständen und Körperschaften gebildet würden. Die Zulässigkeit einer Volksrepräsentation sei ohne Widerspruch des Bundes von verschiedenen Regierungen schon zu lange angewendet worden, als daß ein retrograder Schritt dieser Art nicht die öffentliche Meinung an ihrer empfindlichsten Stelle verletzen müßte.

Wie man sieht, waren diese Vorbehalte und Einwendungen der Süddeutschen sehr zahmer Natur. Zu einem directen Widerspruch gegen die österreichische Auffassung, die doch eigentlich ihre zu Recht bestehenden bezw. nahezu vollendeten Verfassungen mit einem Federzuge über den Haufen warf, wagte sich keiner der drei Minister zu erheben. Dennoch war es nicht wohl angängig, über die Winzingerodische Denkschrift einfach hinwegzuschreiten. Der Redactionsausschuß mußte sich damit begnügen, in seinem Entwurfe die Ungewißheit über den Sinn des Art. 13 und die daran haftende Mißdeutung darzulegen und die im Laufe der Conferenz zu Tage getretenen vielseitigen Ansichten und Interessen möglichst zu verschmelzen. In dieser Fassung wurde die Ausarbeitung, an welcher auch Gentz wieder betheiligt war, in die Präsidialproposition aufgenommen und Letztere in der neunzehnten Sitzung verlesen. Dieselbe brachte in einer Einleitung die Motive zu den nachfolgenden Vorschlägen:

1. Durch eine provisorische Executionsordnung soll den auf Erhaltung der Sicherheit und Ordnung gerichteten Beschlüssen der Bundesversammlung die gehörige Vollziehung gesichert werden.
2. Ueber die Universitäten, den Geist der Lehrer und die Disciplin der Studirenden soll durch Curatoren eine genauere Aufsicht geübt werden. Lehrern, welche verderbliche Grundsätze verbreiten, soll das Lehramt entzogen, ebenso den ausgewiesenen oder flüchtig gewordenen Studenten die Aufnahme auf anderen Universitäten verweigert werden.
3. Ueber periodische Schriften und solche, welche nicht über zwanzig Bogen im Druck betragen, soll einstweilen auf fünf Jahre eine strenge Censur angeordnet werden. Die Bundesversammlung soll berechtigt sein, Schriften, welche die Ordnung und den Frieden in Deutschland bedrohen, von Amtswegen zu unterdrücken.
4. Zur Vermeidung revolutionärer Umtriebe und demagogischer Verzweigungen soll eine von sieben Regierungen beschickte Centralcommission niedergesetzt werden.
5. Es soll eine auf alle Bundesstaaten anwendbare Auslegung und Erläuterung des Art. 13 der Bundesacte vorgenommen werden. Diese soll nicht von allgemeinen Theorien oder fremden Mustern, sondern von deutschem Recht und deutscher Geschichte abgeleitet werden und vor Allem der Aufrechterhaltung des monarchischen Princips angemessen sein.

Das waren also die fünf Punkte, die als sogenannte „Karlsbader Beschlüsse" — die Bezeichnung „Vorschläge" wäre richtiger gewesen — später ein so großes Odium auf die Bundesregierungen wälzten. In den letzten beiden Sitzungen kam es noch zu einer Aus-

einandersetzung zwischen Winzingerode und Metternich. Diesem war die württembergische Erklärung doch unbequem, und er glaubte sie mit einigen pathetischen Phrasen über die Nothwendigkeit des unverbrüchlichen Festhaltens an den Grundsätzen des Rechtes und über die festere Verknüpfung des Föderativbandes zwischen den Bundesgliedern abthun zu können. Winzingerode replicirte darauf: seine Anträge bezweckten nur die Möglichkeit bedenklicher Folgen anzudeuten, welche aus den schwebenden Verabredungen entspringen könnten. Der König wünsche diese zu vermeiden und halte auch eine Interpretation des Art. 14, die mediatisirten Fürsten betreffend, für nothwendig. Diese und einige andere Fragen könnten indeß hier in Karlsbad nicht mehr erledigt werden, worauf Fürst Metternich bemerkte, daß sich dazu demnächst Gelegenheit finden werde. In einer schwungvollen Rede in dem bekannten, hochtrabenden und etwas schwülstigen Stil recapitulirte der Fürst die Ergebnisse der Conferenz. Die dringlichsten Maßregeln seien erledigt. Es erübrige aber noch die Berathung über andere, nicht minder wichtige Punkte. Im Namen seines kaiserlichen Herrn lade er daher die anwesenden Minister ein, sich am 20. November wieder in Wien einzufinden, um die hier abgebrochenen Verhandlungen dort fortzusetzen. Als Berathungsgegenstände schlage er zunächst vor:

1. Eine permanente Instanz für Rechtsstreitigkeiten zwischen den Bundesstaaten.
2. Die Einführung einer definitiven Executionsordnung.
3. Feststellung der völkerrechtlichen Verhältnisse des Bundes in Ansehung von Krieg und Frieden.
4. Definitive Bestimmungen über die Bundesfestungen.
5. Prüfung der Beschwerden über die matricularmäßigen Contingentstellungen.
6. Erleichterungen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten.

Fürst Metternich fügte diesen sechs Punkten vertraulich noch vier andere hinzu, für deren Berathung er die Herren Minister ersuchte, sich gleichfalls mit Instructionen zu versehen. Er bezeichnete als solche:

7. Aufstellung von Grundsätzen darüber, in wie weit bei organischen Bundeseinrichtungen relative oder absolute Stimmenmehrheit entscheiden solle.
8. Erörterung der betreffs Art. 13 in Karlsbad aufgestellten Gesichtspunkte.
9. Endliche Regelung der bundesrechtlichen Stellung der Mediatisirten und
10. Feststellung der ihnen im Pleno zufallenden Curiatstimmen.

So war denn die Karlsbader Conferenz eigentlich nur vertagt und die Berathung über die den Ausbau der Bundesverfassung betreffenden Materien nach Wien verlegt. Es konnte nicht verkannt werden, daß die noch unerledigt gebliebenen Fragen für die organische Gestaltung des Bundes ungleich wichtiger waren, als die polizeilichen Verordnungen, welche das alleinige Ergebniß der Conferenz bildeten. Graf Bernstorff sprach dies und zugleich die Zustimmung seiner Collegen zu der vorgeschlagenen Fortführung der Verhandlungen in einer längeren Ansprache aus, und die letzte Sitzung schloß damit, daß Fürst Metternich „mit lebhafter Zustimmung der Versammlung dem Herrn Freiherrn von Plessen für die Bereitwilligkeit und Unverdrossenheit dankte, mit welcher er sich während der jetzt geschlossenen Verhandlungen der Führung der Protocolle unterzogen habe, wobei die ausgezeichnete und einsichtsvolle Weise, auf welche diese Aufgabe von ihm erfüllt worden war, von allen Seiten anerkannt wurde."

Die letzte Sitzung hatte am 31. August stattgefunden. In den darauf folgenden Tagen verließen die Conferenzmitglieder Karlsbad. Auch Plessen trat am 2. September die Rückreise nach Frankfurt an. Aus den vierzehn Tagen, auf welche er die Dauer seiner Abwesenheit Anfangs berechnet hatte, waren vier Wochen geworden. Sie waren ihm rasch genug verstrichen, getheilt zwischen ernster Arbeit und angenehmer Geselligkeit. Die Badesaison war besonders glänzend, und Karlsbad wimmelte von berühmten und interessanten Persönlichkeiten. Man veranstaltete gemeinschaftliche Diners im „Sächsischen Saal", im „Posthof" und im nahegelegenen „Hammer", machte in den Vormittagsstunden Ausflüge in die reizende Umgebung und promenirte auf der berühmten „alten Wiese", wo die elegante Damenwelt zusammenkam. Unter den vornehmen Curgästen befanden sich der Herzog und die Herzogin von Coburg, die Herzogin von Württemberg, der Fürst und die Fürstin von Anhalt-Köthen, der Feldmarschall Fürst Schwarzenberg, Graf Wallmoden, der russische Geh. Rath von Alopëus; unter den sonstigen Notabilitäten der Historiker Schlosser und Adam Müller, damals österreichischer Generalconsul in Leipzig.

Plessen hatte wegen Mangel eines sicheren Courierdienstes von Karlsbad aus nicht an seine Regierung berichtet. Erst als er nach Frankfurt zurückgekehrt war, sandte er dem Großherzog am 7. September

eine umfassende Darstellung der Conferenzverhandlungen, die er zugleich kritisch beleuchtete. Wir können von einer Wiedergabe dieser Aufzeichnungen absehen, weil sie größtentheils eine Wiederholung des schon Gesagten bringen würde. Den größten Werth legte der Berichterstatter auf diejenigen Resolutionen, die eine Entwicklung des Bundesorganismus bezweckten. Wenn es galt, das deutsche Einheitsband fester zu knüpfen und die Centralgewalt zu kräftigen, war dieser Mann immer mit ganzer Seele dabei. Freilich gingen seine patriotischen Wünsche und Hoffnungen weiter, als es in den Absichten der Wiener Hofburg liegen mochte; freilich war das Ziel, welches Metternich verfolgte, mehr die Verstärkung des österreichischen Einflusses auf die mittelstaatlichen Cabinette als ein centralistisch geleiteter Bundesstaat mit Oesterreich an der Spitze, wie er schon damals den großdeutsch gesinnten Patrioten vorschwebte. Aber schon die Initiative, die von dem Kaiserhof ausging, schien Plessen dankenswerth, und daß dieser Initiative zugleich eine reactionäre Tendenz beigemischt war, hielt er von seinem mecklenburgisch-conservativen Standpunkte aus nicht für bedenklich. Wie weit die Befürchtungen anderer Cabinette hinsichtlich des revolutionären Treibens gerechtfertigt, ihre Angaben über das Bestehen gefährlicher Verbindungen zutreffend waren, vermochte er nicht zu übersehen. Das vorgelegte Actenmaterial mußte zunächst als glaubwürdig gelten. In Mecklenburg war von einer bedrohlichen Aufregung bisher nichts wahrzunehmen gewesen. In der Landbevölkerung, wie in den kleinen Städten war man vorwiegend auf die Heilung der wirthschaftlichen Schäden bedacht, die noch aus der Kriegszeit stammten. Eine Unzufriedenheit mit der Landesverfassung bestand nicht. Der Begriff des Constitutionalismus war den Meisten unbekannt. Die Verbreitung aufreizender Flugschriften verfing nicht viel in einem schwach bevölkerten Lande und bei dem ziemlich niedern Bildungsgrad der arbeitenden Classen. Die Studentenschaft in Rostock war zu gering an Zahl und zu wenig von auswärtigen Elementen durchsetzt, um in der wohlhabenden Seestadt irgend eine Rolle zu spielen.

So hatte denn der mecklenburgische Vertreter sicher keinen Anlaß, an der Hand heimathlicher Erfahrungen die strengen Maßregeln gegen die Lehranstalten und die Presse zu unterstützen. Er war sogar nach Maßgabe des früher citirten Großherzoglichen Rescripts angewiesen, gegen allzu einschneidende Maßregeln zu protestiren, und wir dürfen — wenn

dies auch in den Protocollen nicht ausdrücklich erwähnt wird — von der Gewissenhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit Plessen's mit Sicherheit annehmen, daß er in der Redactionscommission wie im Plenum diesem Auftrag entsprach. Allein die Furcht vor der Revolution war an den meisten Höfen zu groß. Sie fand neue Nahrung durch die tumultuarischen Auftritte gegen die Juden, welche gerade während der Karlsbader Verhandlungen an verschiedenen Orten stattfanden. So auch in Frankfurt a. M., wo nach einem Briefe der Frau von Plessen die Stadt sich in großer Aufregung befand. „Der Senat und die zwei Bürgermeister," schrieb sie, „haben sich sehr gut benommen; der alte Metzler, obgleich noch halb krank, hat sich mit Muth und Festigkeit allein unter die Aufrührer begeben und durch sein vernünftiges Zureden den Trupp, dem er begegnete, gleich auseinandergesprengt. Dem Einwerfen der Fenster war nicht so schnell Einhalt zu thun. Doch weiter ist der Exceß nicht gegangen; das ganze Militär war gleich auf den Beinen, und auch jetzt patrouilliren sie verstärkt alle Nacht."

Wenngleich Plessen die Besorgnisse seiner Collegen nicht in deren Umfange theilte, so erkannte er doch das Princip der Solidarität als eine der wichtigsten Grundlagen des Bundes an. In diesem Sinne faßte er die vorliegenden Ausnahmegesetze auf, die ohnehin nur für eine kurze Frist geplant waren. Hinsichtlich der Ausführungsbestimmungen rieth er dem Großherzog zu einer milden Handhabung der Censur. Dagegen möge die Regierung die Zahl der in Mecklenburg erscheinenden Tagesblätter, die ohnehin unnöthig groß sei, dadurch zu beschränken suchen, daß man ihr Erscheinen an die Ertheilung einer eventuell widerruflichen Concession knüpfe, Cautionen fordere und überhaupt mehr durch prophylaktische Maßregeln den journalistischen Wühlereien entgegenwirke. Diese hätten freilich in Süddeutschland Dimensionen angenommen, die in dem ruhigern Norden noch ganz unbekannt seien. Das Curatorium der Universität Rostock empfahl er einem dortigen Staatsbeamten als Nebengeschäft zu übertragen. Ein Verbot an die Studirenden, der Burschenschaft beizutreten und die Androhung der Relegirung für Alle, welche sich an politischen Umtrieben betheiligten, werde man freilich erlassen müssen.

Diese Vorschläge konnten nicht anders als ziemlich allgemein gehalten sein, und der Großherzog erwiderte daher in einem Rescript vom

15. September, indem er „dem Minister von Plessen über die zu Karlsbad bewiesene Thätigkeit Seinen gnädigsten Beifall" bezeugte, daß er sich noch eine nähere Prüfung der an den Bundestag gelangenden österreichischen Propositionen vorbehalten müsse. Es sei nicht zu verkennen, hieß es in dem Schreiben, daß eine genaue Interpretation des Artikels 13 — die Beschränkung der Preßfreiheit, die Einschränkung der Lehrmethode auf den Akademieen und strenge Vigilanz über dieselbe — sowie die Behandlungsart dessen, was man gegen revolutionäre Umtriebe für nothwendig erachte, „große Vorsicht und so kaltblütige als reifliche Prüfung" erfordere. „Auch könnte Manches, was von größeren Staaten durch Stimmenmehrheit beschlossen werden möchte, für Uns und Unsere Lande und Verhältnisse in der Ausführung lästig und selbst drückend werden." Nachdem Plessen darauf „im Vertrauen auf seine Umsicht und Vorsicht" die Ermächtigung ertheilt war, sein Votum zu den Propositionen abzugeben, kam der Großherzog später seiner in diesem Votum liegenden Verpflichtung zur Publication der Bundesbeschlüsse durch verschiedene Verordnungen vom 27. October gewissenhaft nach.

Das stark ausgeprägte Gefühl für Solidarität, auf das schon oben hingedeutet wurde, kam in Plessen's Verhalten auf der Conferenz noch in einer andern Angelegenheit zu bezeichnendem Ausdruck. Vor seiner Abreise von Karlsbad benutzte er eine seiner häufigen, vertraulichen Unterredungen mit dem Fürsten Metternich zu der Bemerkung, wie doch eine „Zuziehung auch der andern, bisher nicht vertreten gewesenen Höfe zu den bevorstehenden Wiener Conferenzen billig und rathsam wäre, damit diese sich nicht für zurückgesetzt oder ausgeschlossen hielten und dies am Ende gar durch spätere Erklärungen in der Bundesversammlung an den Tag legen möchten." Metternich meinte zwar, es sei unmöglich, alle siebenunddreißig Regierungen zur Beschickung der Conferenz einzuladen — das hieße den Bundestag von Frankfurt nach Wien verlegen — indessen versprach er doch, auf einen Ausweg Bedacht zu nehmen.

In dieser Unterredung kam auch eine Plessen persönlich betreffende Frage zur Sprache. Man war in Wien schon seit längerer Zeit mit dem Verhalten des Grafen Buol nicht ganz zufrieden. Es fehlte ihm zwar nicht an Sicherheit und Würde im Auftreten, dagegen an dialectischer

Begabung und an der Fähigkeit, die Ansichten seines Hofes gegen Angriffe und Einwände in der Discussion gehörig zu vertheidigen. Metternich suchte nach einem Ersatzmann, und diesen glaubte er in Plessen gefunden zu haben. In den täglichen Begegnungen von Karlsbad hatte er dessen staatsmännische Anlagen noch näher kennen gelernt und gerade diejenigen Eigenschaften bei ihm gefunden, die er an dem bisherigen Dirigenten der Frankfurter Versammlung vermißte. So bot er denn Plessen in jener Unterredung den Uebertritt in den kaiserlichen Dienst und die Stellung eines Präsidialgesandten formell an. Plessen war überrascht, aber sein Entschluß schnell gefaßt. Er lehnte ohne Zögern ab. Abgesehen davon, daß es ihm nicht möglich sei, seinen Landesherrn in so kritischer Zeit zu verlassen, könne er auch eine Stellung nicht annehmen, welche der ihm befreundete Graf Buol noch innehabe. Diesen zu verdrängen, dürfe man ihm nicht zumuthen. Metternich meinte darauf, es werde sich für Buol schon ein anderer guter Posten finden; man könne ja den Wechsel noch einige Zeit hinausschieben. Auch könne er Plessen en attendant das Portefeuille der Finanzen anbieten. Plessen beharrte auf seiner Ablehnung, doch meinte Metternich, man könne ja später wieder auf die Sache zurückkommen. Er betrachtete augenscheinlich Plessen's Entscheidung nicht als so fest, wie sie es thatsächlich war, mochte auch wohl glauben, daß derselbe für den Glanz einer so hohen Stellung und deren reiche Dotirung bei längerer Ueberlegung nicht unempfindlich bleiben werde. Vorläufig wurde die Angelegenheit von beiden als tiefes Geheimniß behandelt, und selbst Frau von Plessen, auf deren Discretion zu zählen der Gatte sonst gewohnt und berechtigt war, erfuhr erst nach Monaten davon. — — —

Inzwischen waren die Karlsbader Abmachungen Seitens Oesterreichs auch den andern nicht dabei vertreten gewesenen Höfen mitgetheilt worden, und die Instructionen liefen nun in Frankfurt ein. In der letzten Sitzung vor den Ferien, am 20. September, wurde der darauf bezügliche Präsidialvortrag einstimmig zum Beschluß erhoben und ein zweiter, der die in Wien zu behandelnden Gegenstände zur Kenntniß brachte, ad referendum genommen. Um die Einmüthigkeit dieses Beschlusses nicht abzuschwächen, wurden die einzelnen Vota der Gesandten, deren einige, wie z. B. der württembergische, noch Einwendungen und Vorbehalte

geltend machten, nicht in das Protocoll aufgenommen, sondern in einer separaten Registratur niedergelegt, die erst später nachgeliefert wurde.

Der Bundestag vertagte sich bis zum 20. Januar 1820. Bis dahin hoffte man die Wiener Conferenzen beendet zu haben und deren Ergebniß in Frankfurt vorlegen zu können. Am 28. September trat Plessen die Reise nach Mecklenburg an. Im Hinblick auf seine voraussichtlich viermonatliche Abwesenheit von Frankfurt nahm er Frau und Tochter nach der Heimath mit. Die beiden Knaben wurden bei einem Lehrer, Professor Zipf, in Hanau in Pension gegeben, um die dortige Schule zu besuchen. Die Abwesenheit von Frankfurt sollte aber viel länger dauern, als Plessen damals voraussah. Die Wiener Conferenzen währten bis in den Mai. Erst am 11. Juli 1820 sah er die alte Mainstadt wieder und zwar auch nur, um sie nach einigen Monaten für immer zu verlassen.

Wir haben hier noch die Regelung einer Personalfrage nachzuholen, welche in die Zeit vor der Karlsbader Conferenz fiel. Wie man sich erinnern wird, hatte der Großherzog seit dem Bestehen des Bundestags nur ungern in Plessen's diplomatische Verwendung gewilligt. Seine Beziehungen zum Minister von Brandenstein waren nicht immer die besten. Letzterer, ein überaus rechtlicher, arbeitsamer, aber etwas pedantischer Mann, verstand die complicirte Eigenheit seines Herrn nicht so gut wie Plessen, wußte nicht, wie dieser, gelegentlich nachzugeben und auszugleichen. Der alternde Fürst war erst kürzlich wieder auf die Heimkehr seines Cabinetsministers zurückgekommen. Auch die Stände hatten Wünsche in dieser Richtung laut werden lassen. Plessen's vermittelndes Wesen wurde auf dem Landtag vermißt. Als Mecklenburger von Geburt und Mitglied der Ritterschaft kannte er die Verhältnisse auf dem platten Lande aus eigener Erfahrung und genauer als Brandenstein, der, aus Braunschweig stammend, erst im dreiundzwanzigsten Lebensjahr nach Mecklenburg gekommen war.

Ganz besonders aber lag dem Erbgroßherzog Friedrich Ludwig daran, Plessen wieder in der nächsten Umgebung seines Vaters zu wissen. Der günstige Einfluß, den dieser selbstlose Mann auf seine Umgebung ausübte, war, so lange er noch in der Heimath weilte, am Hofe stets wohlthuend empfunden worden und wurde nun von mancher Seite vermißt. Durch sein ruhiges, besonnenes Wesen, seine sich stets

gleichbleibende Stimmung gefiel, ja imponirte er in gewissem Sinne seinem fürstlichen Herrn, der, wie der nachgelassene Briefwechsel bekundet, großen Werth auf seine Rathschläge legte. Der Erbgroßherzog war — wie wir wissen — schon früher oft in Plessen gedrungen, seinen Frankfurter Aufenthalt so viel als möglich abzukürzen. Jetzt, im Sommer 1819, befand er sich zur Cur in den böhmischen Bädern. Am 24. Juli schrieb er an Plessen aus Teplitz:

„Seitdem ich Mecklenburg verlassen, haben Sie, lieber Freund, mir kein Zeichen des Lebens und Andenkens gegeben. Ich hoffte, dadurch für Ihr Stillschweigen entschädigt zu werden, daß Sie mit mir gleichzeitig in die Heimath zurückkehrten, und dann keine fernere Trennung stattfinden würde. Ich baute auf Ihr mir gegebenes Wort. Seit gestern aber erfahre ich, daß man bemüht ist, Ihnen die Erfüllung desselben zu erschweren. Wie ich höre, hat der Kaiser von Oesterreich an den Großherzog geschrieben, um ihn zu ersuchen, Sie noch länger in Frankfurt zu lassen. Ich selbst bekomme einen Brief vom Fürsten Metternich, vom 7. d. M. aus Florenz datirt, nach Teplitz adressirt, weil er berechnet, daß ich am 20. nicht mehr in Karlsbad sei, er mich daher dort nicht mehr finden würde (ich hätte nicht vermuthet, daß er so genau auf Tag und Stunde wisse, was ich vornehme), in welchem er mich in den schmeichelhaftesten und, gern setze ich hinzu, in den verdientesten Ausdrücken für Sie, lieber Freund, bittet, meinen ganzen Einfluß (diesmal ist er schlecht unterrichtet) anzuwenden, damit bei der Krisis, in welcher Deutschland sich befindet, der Großherzog Sie nicht dort abberufe, sondern so der Gesammtheit Deutschlands und sich selbst den wesentlichsten Dienst leiste. Meine Antwort wird kurz die sein können, daß ich meinem Vater den Brief vorlegen werde; meine Ansicht braucht er nicht zu kennen.

Wie ich früher über das Sujet Ihres Abganges von Frankfurt dachte, ist Ihnen genugsam bekannt, meine Meinung ist unveränderlich. Was die jetzige Krisis anbetrifft, so bin ich Metternich's Ansicht, daß man sich keine Illusion darüber machen muß, daß solche wirklich vorhanden ist. Wäre ich der Ueberzeugung, daß in der That der Bundestag thätig genug sein wird, um der Gefahr kräftig zu begegnen, so habe ich gewiß ein zu echt deutsches Herz, um nicht dem Ganzen jedes persönliche Opfer zu bringen. Die bisherigen Resultate desselben können mir solche aber unmöglich geben. Und wo ist die Linie abgesteckt, die uns sagen wird: Bis dahin ist Gefahr und nicht weiter? Will man mir den Zeitungsartikel entgegensetzen, der uns sagt, daß Sie von Frankfurt aus alle mecklenburgischen Geschäfte dirigiren, so drängt sich mir der natürliche Gedanke auf, daß es Ihnen nur desto leichter werden könnte, von Mecklenburg aus Ihre Frankfurter Vota zu bearbeiten und solche dem von Ihnen selbst zu wählenden Nachfolger zu dictiren. Der allgemeinen Sache blieben Ihr Rath und Ihre Verdienste unbenommen, und die privative Sache litte nicht Schaden wie bisher. Der Geschäftsgang bliebe nicht so zerrissen; die Hoffnungen, die man allgemein auf Ihre Rückkehr setzt, würden nicht abermals getäuscht. Dauert Ihre Abwesenheit wieder Jahr und Tag, bleibt bei uns dieser interimistische prekäre Zustand, so sehe ich nicht ein, wie es unter den gegebenen Bedingungen

bei uns werden soll, und ich laufe Gefahr, meiner wieder hergestellten Gesundheit mich nicht zu erfreuen, denn diese Zustände, die meine eigene Zukunft untergraben, so ruhig mit ansehen zu müssen, ist im 42. Lebensjahr hart. Ihrer eigenen Sachkenntniß und Beurtheilung stelle ich diese Reflexionen anheim, da ich nicht zweifle, daß der Großherzog Ihnen selbst die Entscheidung überlassen wird."

Dies war in der That der Fall, aber Plessen's Entscheidung fiel nicht in dem vom Prinzen gewünschten Sinne aus. Er hielt für jetzt seine Thätigkeit am Bundestag noch für ersprießlicher als im Schweriner Ministerium. Vielleicht sagte sie ihm auch mehr zu. Sicher galt er bei den meisten seiner Frankfurter Collegen zur Zeit als unabkömmlich. Vor Allem vertrat Graf Buol diese Ansicht. „Er lamentirt gewaltig über Dein langes Fortbleiben" — schrieb Frau von Plessen ihrem Gemahl nach Karlsbad — „und hat mir expreß aufgetragen, Dir doch dringend zu empfehlen, zu der Sitzung am 26. August hier zu sein, weil es ohne Dich nicht gehen könnte. Er sagt, Du fehltest ihm täglich, und ohne Dich könnte er es hier nicht aushalten. Alles fragte gestern auf der Soirée nach Dir mit verschiedenem Interesse und verschiedenem Ausdruck desselben. Es mögen manche unter Deinen hiesigen Collegen sein, die Dir den Karlsbader Aufenthalt mißgönnen und beneiden. Zu denen rechne ich aber weder Buol noch Goltz. Letzterer, den ich weit öfter gesehen, spricht immer mit großer Anhänglichkeit und Zutrauen von Dir." —

Eine directe Demarche des Kaisers Franz beim Großherzog zu Gunsten eines ferneren Verbleibens Plessen's in Frankfurt war nicht erfolgt. In dieser Hinsicht war die in dem obigen Brief des Erbgroßherzogs gemachte Andeutung nicht zutreffend. Dagegen hatte Graf Buol entweder aus eigener Initiative oder vielleicht auch in Folge eines Auftrags von Wien ein vertrauliches Schreiben an den Großherzog gerichtet, worin er die Gründe ausführlich darlegte, welche für eine Verlängerung der Wirksamkeit Plessen's am Bunde sprachen.

Dies war um die Mitte Juli geschehen, also noch ehe man in Frankfurt von dem Plan der Karlsbader Conferenzen eine Ahnung hatte. Auch Plessen schrieb in jenen Tagen an seinen Herrn, trug ihm die Sachlage vor und erbat die Genehmigung zu einem weitern Aufenthalt in Frankfurt für die Dauer eines Jahres. Er knüpfte daran den Vorschlag, den Ständen die Gründe seiner verlängerten Abwesenheit bekannt

zu geben. Sobald die noch unerledigten Theile der Bundes-Kriegsverfassung durchberathen und andere für den Bundesorganismus wichtige Gesetze, deren Zustandekommen er betreibe, beschlossen wären, würde er unverzüglich auf seinen Ministerposten zurückkehren.

Die Antwort des Großherzogs aus Doberan vom 26. Juli lautete:

„Mein lieber Plessen! — Ihren von so viel Rechtschaffenheit zeugenden Brief habe ich am 23. hujus richtig erhalten und stimme völlig Ihren Ansichten in Betreff Ihres ferneren Dortbleibens bei. Ich sehe wohl, daß nicht davon zu kommen ist. Ich würde schon heute dem Grafen Buol geantwortet haben, möchte aber zuvörderst von Ihnen gern die Adresse desselben haben. Auch wünsche ich, daß Sie mir sobald als möglich ein Concept zur Antwort an den Grafen Buol schickten, worin ich ihm anzeigte, seinem Ansuchen willfahren zu wollen, indem ich die Nothwendigkeit davon einsähe und gern dadurch einen Beweis meines patriotischen Eifers gäbe. Dagegen hoffte und wünschte ich sehr, daß die allgemeinen deutschen Bundesangelegenheiten es sicher verstatten würden, meinen lieben Freund nicht länger als sechs Monate im zukünftigen Jahre von mir entfernt zu sehen. Vorläufig können Sie den Grafen davon in Kenntniß setzen. Ihre Ankunft im August erheitert mein Gemüth, und der im Herbst zu erhoffende Bundesbeschluß über die Kriegsverfassung würde mich ganz glücklich machen, indem sich sonst das hiesige Militär ganz auflöst. Ueber Ihren längeren Aufenthalt in Frankfurt mich mit Brandenstein in Rapport zu setzen, finde ich aus manchen Gründen nicht passend; mündlich ein Mehreres. Den Landrath von Oertzen auf Roggow werde ich bei Gelegenheit von Ihrem längeren Verbleiben am Bundestage confidentiellement in Kenntniß setzen, so wie ich dies auch früher gethan habe.

Nochmals danke ich für Ihren rechtschaffenen Brief und erwarte baldigst eine Antwort. Empfehlen Sie mich Buol bestens und danken Sie ihm für sein Andenken. Zur Nachricht schicke ich Ihnen den Buol'schen Brief abschriftlich zu Ihren Acten.

Heute kommt meine Schwiegertochter mit den Kindern hier an. Es ist entsetzlich voll, und täglich nimmt die Menge der Gäste zu, wozu die Anwesenheit der Luftschifferin Reichart mit ihrem Mann und die bevorstehende Ankunft der Madame Catalani Vieles beitragen.

Leben Sie wohl! Ich bin ewig und unveränderlich

Ihr

getreuester Freund

Friedrich Franz."

Dieser Brief wurde Plessen nach Karlsbad nachgeschickt. Er dankte von dort dem Großherzog für die Gewährung seiner Bitte. Die Angelegenheit war damit erledigt; die Rückkehr auf den Ministerposten wäre aber auch ohnehin nicht ausführbar gewesen, da die Wiener Ministerialconferenzen ihn, wie gesagt, Monate lang von der Heimath fernhalten sollten.

Die Urlaubszeit in Mecklenburg war diesmal nur kurz. Sie währte kaum sechs Wochen. Dennoch genügte sie, um Plessen tiefere Einblicke in die heimathlichen Verhältnisse und damit die Ueberzeugung zu gewähren, daß seine fortgesetzte Abwesenheit von dort nicht wohl thunlich sei. Namentlich beunruhigte ihn der Gesundheitszustand des Erbgroßherzogs. Er fand ihn in Wesen und Aussehen sehr verändert. Friedrich Ludwig litt seit zwei Jahren an einem organischen Leiden, das die Aerzte augenscheinlich nicht richtig erkannten, und das bald für gichtisch, bald für eine Affection des Herzens oder der Nieren gehalten wurde. Die in den Sommermonaten 1818 und 1819 unternommenen langen Curen in Karlsbad, Teplitz und Pyrmont hatten seinen Körper mehr geschwächt als gekräftigt. Was sein Gemüth gegen diese Leiden noch widerstandsfähig machte, waren die glücklichen Familienverhältnisse. In seiner dritten Gemahlin, Prinzessin Auguste von Hessen-Homburg, hatte er eine liebevolle Gattin und sorgliche Mutter für seine vier Kinder gefunden. Plessen erkannte jetzt, was ihm früher nicht so einleuchtend gewesen, daß dieser dritte Ehebund ein wahrer Segen für das großherzogliche Haus war. Erbgroßherzogin Auguste war die einzige fürstliche Frau in diesem Kreise. Ohne blendende äußere Eigenschaften hatten ihr ernster Sinn, ihr selbstloses Wesen und gleichmäßiges Temperament ihr bald die Achtung und Zuneigung der neuen Umgebung gewonnen. Auch der Großherzog, obwohl von ganz anderer Sinnes- und Geschmacksrichtung, räumte ihr die Stellung und den Einfluß ein, auf welche sie mit Recht Anspruch machen konnte, und Plessen benutzte seinen Aufenthalt in Ludwigslust dazu, ihn darin zu bestärken.

Eine andere Angelegenheit, welche die fürstliche Familie besonders lebhaft beschäftigte, war das Verlöbniß des zukünftigen Thronerben, Prinzen Paul mit der Prinzessin Alexandrine von Preußen, zweiten Tochter des Königs. Bei den Vorverhandlungen, welche diese Verbindung einleiteten, hatte Plessen zu den wenigen Eingeweihten gehört, und der Erbgroßherzog viel und ausführlich mit ihm correspondirt. Die erste Anregung war von dem in Mecklenburg begüterten Königlichen Oberhofmeister von Schilden ausgegangen, welcher am Berliner Hofe eine Vertrauensstellung einnahm und den Erbgroßherzog bei seiner Durchreise durch Berlin, Ende Mai 1818, vertraulich sondirt hatte. Am 3. Juni schrieb dieser aus Teplitz an Plessen, deutete die Sache ohne

Nennung eines Namens in allgemeinen Umrissen an und bat ihn um eine mündliche Unterredung in Teplitz oder Pyrmont. Er bedürfe dringend seines Raths in einer so wichtigen Angelegenheit, die nicht nur sein Haus, sondern auch sein Land betreffe, und in welcher er auf eigene Verantwortung hin nicht zu handeln wage. Den Chef seines Hauses zu befragen, gehe nicht an, weil auf eine Geheimhaltung dann nicht zu rechnen sei. Auch sonst habe er Niemanden, dem er sich anvertrauen könne. Er müsse Plessen daher nothwendig sprechen. „Können und wollen Sie mich aus dieser Verlegenheit ziehen, so werden Sie die Schuld meiner Dankbarkeit noch sehr vermehren. Sie sollen wenigstens nie sagen können, daß in meinem Herzen etwas gewesen, was Sie nicht gekannt. Beruhigend ist mir übrigens der Gedanke, daß mein bisheriges Benehmen Ihren Beifall finden wird, und der ganze Plan, wie ich überzeugt bin, Ihren Ansichten entspricht."

Hierin irrte Friedrich Ludwig nicht. Eine Familienverbindung zwischen seinem Fürstenhause und dem preußischen erschien Plessen in jeder Hinsicht wünschenswerth und vortheilhaft. In der weiteren Correspondenz mit dem Erbgroßherzog erfuhr er, daß auch der König derselben sehr geneigt sei. Eine mündliche Besprechung wurde mit dem Erbgroßherzog für die Zeit verabredet, wo dieser in Pyrmont sein werde. Sie fand am 28. Juli in Fulda statt. Plessen begab sich von Frankfurt aus für einen Tag dorthin. Er bestärkte den Erbgroßherzog in dessen Ansicht — welche auch der König theilte — daß der Plan zunächst streng geheim zu halten und der Neigung das entscheidende Wort einzuräumen sei. Es wurde daher eine Begegnung des Prinzen mit der Prinzessin für die ersten Septembertage in Berlin verabredet. Prinz Paul, welcher gerade einen zweijährigen Aufenthalt in Genf beendet hatte und nun eine deutsche Universität beziehen sollte, nahm seinen Rückweg über die preußische Hauptstadt und traf dort mit seinem Vater zusammen. Die daselbst angeknüpfte Bekanntschaft ließ bald deutlich erkennen, daß die gegenseitigen Empfindungen des jungen Paares den Wünschen der fürstlichen Väter entgegenkamen, doch wurde die Verlobung noch verschoben, um den Studienplan des jungen Prinzen nicht allzu häufigen Störungen auszusetzen. Immerhin war das lange Geheimhalten einer Angelegenheit, für welche sich in beiden Ländern die weitesten Kreise interessirten, nicht wohl durchführbar. Anfangs Februar 1819

begab sich das erbgroßherzogliche Paar mit dem Prinzen Paul wieder nach Berlin, wo am 7. die Verlobung im Familienkreise gefeiert wurde. Von einer Publication nahm man auch jetzt noch Abstand, da die Prinzessin noch nicht confirmirt war. „Diese Verbindung," schrieb Friedrich Ludwig zwei Tage später an Plessen, war das, was ich noch eifrig auf dieser Welt wünschte. Mir fehlen wirklich die Worte, um Ihnen meine innige Zufriedenheit zu schildern; lassen Sie sich meinen Sohn empfohlen sein, seien Sie ihm Rath und Freund, so, wie Sie es seinem Vater sind, und bleiben Sie es immer; Sie wissen, daß ein großer Theil der Hoffnungen meiner Zukunft auf Ihnen beruht."

Das Ende des Erbgroßherzogs war näher, als er selbst es damals befürchten mochte. Auch Plessen konnte nicht ahnen, als er sich bei ihm vor der Abfahrt nach Wien am 6. November jenes Jahres 1819 verabschiedete, daß er den ihm so nahe befreundeten Thronerben nie wiedersehen sollte.

Plessen hatte auf den Wiener Conferenzen auch den Strelitzer Hof zu vertreten. Er nahm daher seinen Weg über Neu-Strelitz, theils um sich mündliche Instructionen zu holen, theils, um sich dem Großherzog wieder einmal vorzustellen, der ihm sehr wohlgeneigt war und dies besonders gewünscht hatte. Er verweilte dort zwei Tage, conferirte mit dem Großherzog und dem Minister von Dewitz und setzte dann die Reise über Berlin, wo er noch Hardenberg, Wittgenstein und Schilden aufsuchte, über Dresden, Teplitz, Prag, Iglau und Znaim fort. Da er nur an den beiden letzten Orten übernachtete, gelang es ihm, noch am Abend des 19. November, dem Vorabend des festgesetzten Termins, in Wien einzutreffen, wo er im Gasthof zur „Ungarischen Krone" in der Himmelpfortengasse abstieg. Die Fahrt auf schlechten Wegen und ausgefahrenen Chausseen bei kaltem, trüben, regnerischen Wetter und in einem Wagen, dessen Spurweite zu den österreichischen Geleisen nicht paßte, war äußerst beschwerlich.

„Die einzige leidliche Strecke auf dem ganzen Wege hierher," schrieb er an seine Frau, „war das Stück Chaussee von Berlin nach Treuenbrietzen. Nur zweimal während der ganzen Fahrt habe ich für einige Minuten die Sonne und in keiner Nacht einen gestirnten Himmel gesehen. Es ist eine keineswegs erfreuliche Lage, so an dreizehn Stunden von Nachmittag 5 Uhr bis zum andern Morgen 6 Uhr für sich allein in der Dunkelheit zu sitzen und dabei wegen des starken Stoßens des Wagens sehr wenig schlafen zu können. Da kann man denn freilich manchen Gedanken nachhängen, und so fuhr ich bei dem schwachen,

aber doch hülfreichen Licht meiner zwei Wagenlaternen, durch die Finsterniß. — Fünf Nächte habe ich so durchwacht und manche andere halbe noch dazu, nur um noch rechtzeitig vor dem 20. hier einzutreffen. Gott hat mich in seine gnädige Obhut genommen, und bis auf diese Unbequemlichkeiten ist Alles gut abgelaufen. Der Wagen hat sich zum Glück auch vortrefflich gehalten; nur in Prag habe ich ein paar kleine Reparaturen zu beschaffen gehabt. Die meisten der hierher reisenden Minister haben unterwegs die Wagen gebrochen. Es war aber auch zu arg; auf den Wegen durch Sachsen und selbst in Böhmen gab es heftige Stöße, und mein Trost war nur, daß Du sie nicht mit zu erleiden brauchtest."

Die Eile war übrigens unnöthig gewesen, denn die Sitzungen begannen erst am 25. November, weil Fürst Metternich die Ankunft des für Luxemburg ernannten niederländischen Bevollmächtigten, Minister von Falck, abzuwarten wünschte. Alle anderen Bevollmächtigten waren sonst zur Stelle. Graf Bernstorff war noch in der Frühe des 20. eingetroffen. Die Versammlung war zahlreicher als in Karlsbad. Metternich hatte, der von Plessen gegebenen Anregung folgend, den Kreis wenigstens dahin erweitert, daß die siebzehn Stimmen des engeren Bundesausschusses durch je einen Bevollmächtigten vertreten waren. Die Einladung dazu seitens des Kaisers Franz war Mitte October an die deutschen Höfe gelangt, und Metternich hatte Plessen davon in einem sehr freundschaftlich gehaltenen Privatschreiben noch besonders in Kenntniß gesetzt. Die Zahl der Conferenzmitglieder betrug, da einige Staaten mehrere Delegirte entsendet hatten, nunmehr zweiundzwanzig. Dem Grafen Bernstorff waren General von Krusemark und der Wiener Gesandte von Küster beigegeben. Bayern hatte an Stelle Rechberg's den Staatsrath Freiherrn von Zentner entsendet, eine der Hauptstützen der Verfassungspartei. Seine Ernennung war nicht ohne Mühe und wesentlich durch die Einwirkung des Kronprinzen im Kronrath durchgesetzt worden. Er war von bedächtigem, zurückhaltendem Wesen und nahm in den Plenarsitzungen nur selten das Wort. In dem stark reactionär gefärbten Kreise, der um den Conferenztisch versammelt war, fühlte er sich, als Liberaler bemißtraut, zu Anfang nicht behaglich. Doch gewann er, dank seiner ausgezeichneten juristischen Kenntnisse, die ihm Plessen's besondere Anerkennung gewannen, auf die Commissionsarbeiten sehr bald einen überwiegenden Einfluß, der sich in Folge persönlicher Annäherung an Metternich und Bernstorff auch auf den Gang der Conferenzen selbst übertrug.

Noch zurückhaltender als sein bayerischer College war der württembergische Bevollmächtigte, Graf Winzingerode, dem die Karlsbader Tage einen unangenehmen Eindruck hinterlassen hatten, und der es auch wohl für nothwendig halten mochte, Angesichts der sprunghaften politischen Wandlungen des Königs, in dessen Nähe zu verweilen, und es vorzog, sich durch den Wiener Gesandten Grafen Mandelslohe vertreten zu lassen. Plessen kannte diesen schon von der Zeit her, als er, ein Vorgänger Wangenheim's, Gesandter am Bundestag gewesen. Mandelslohe gehörte zur Classe der vornehmen und liebenswürdigen Salondiplomaten. Unter gewöhnlichen Verhältnissen vermochte er seiner Aufgabe zu genügen, allein den Ansprüchen, welche während der Conferenz an den württembergischen Vertreter gestellt wurden, war er in keiner Weise gewachsen. Auf die unklare, zweideutige Haltung, welche der Stuttgarter Hof während der nächsten Monate einnahm und die schließlich das ganze Werk in frivolster Weise zum Scheitern zu bringen drohte, kommen wir noch zurück. Dem Grafen Mandelslohe war übrigens zur Unterstützung ein neuer Günstling des Königs, der intelligente und intrigante Freiherr von Trott, beigegeben. Seine Vergangenheit als ehemaliger westfälischer Präfect unter Jérôme war ihm aber in der legitimistischen Versammlung hinderlich, und selbst trotz größter Regsamkeit gelang es ihm weder hier in Wien noch später als Bundestagsgesandter in Frankfurt, eine einflußreiche Stellung zu gewinnen.

Hannover, Sachsen, Baden, Kurhessen und Nassau hatten nach Wien dieselben Staatsmänner geschickt, die in Karlsbad gewesen. Der erste sächsische Bevollmächtigte, Minister Graf Einsiedel, kehrte gegen Jahresschluß nach Dresden zurück und wurde durch den kurz zuvor zum Bundestagsgesandten ernannten Herrn von Globig ersetzt. Als zweiter badischer Delegirte fungirte der in Wien accreditirte Gesandte, General von Tettenborn. Von den in Karlsbad nicht vertreten gewesenen Staaten waren ernannt für Hessen: der Geheime Rath Freiherr du Thil, für die Großherzoglich und Herzoglich sächsischen Häuser der Staatsminister Freiherr von Fritsch, für Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg der Präsident und Gesandte von Berg, für die freien Städte der Senator Hach, für Holstein der dänische Gesandte in Wien, Graf Joachim Bernstorff. Zu Anfang Januar wurde auch der k. k. Bundestagsgesandte, Graf Buol, von Metternich als zweiter Bevollmächtigter

eingeführt, jedoch ohne Stimmberechtigung. Man glaubte diese Rücksicht dem Vorsitzenden des Bundestages schuldig zu sein, nachdem drei Mitglieder des letzteren in der Conferenz saßen.

Bei der Eröffnung der Sitzungen am 25. November erklärte Metternich, indem er an die bekannten Frankfurter Beschlüsse anknüpfte, die Versammlung sei kein Congreß und habe keine eigentlichen Beschlüsse zu fassen. Ihr Zweck sei, sich über die Ansichten der Regierungen zu besprechen und sich in einer zwar nur vorbereitenden, doch für die Cabinette verbindlichen Weise über die deutschen Bundesangelegenheiten zu vereinigen. Man schritt nun zur formellen Festsetzung des Geschäftsganges und wählte zur Führung des Protocolls eine Commission, bestehend aus Plessen, Küster und Stainlein. Auf Bernstorff's Vorschlag wurde Gentz mit dem Recht, den Sitzungen anzuwohnen, dieser Commission beigeordnet. Schließlich legte Metternich noch seine Vollmacht vor, vertheilte Abschriften davon und sprach den Wunsch aus, die Herren möchten demnächst Vollmachten einreichen, die in dem gleichen Sinne abgefaßt wären. In der nächsten Sitzung legte er in zwei gesonderten Vorträgen die Aufgaben der Conferenz und die Ansichten des Kaisers über die Nothwendigkeit einer ferneren Entwickelung der bundesgesetzlichen Fundamentalbestimmungen dar. Als Berathungsgegenstände führte er die zehn Punkte an, welche er vor dem Auseinandergehen in Karlsbad als der Erörterung bedürftig bezeichnet hatte. Nur war die Reihenfolge jetzt eine andere. An die erste Stelle traten die Fragen, welche eine Erweiterung und Befestigung der organischen Bundeseinrichtungen im Auge hatten, wie 1. diejenige über die Entscheidung durch absolute oder relative Majorität, 2. die Einsetzung einer permanenten Instanz, 3. die Einführung einer definitiven Executionsordnung, 4. die Erläuterung des Artikels 13. Diese verschiedenen Fragen waren in dem zweiten Vertrag Metternich's unter der allgemeinen Bezeichnung einer Feststellung der Competenz des Bundestages zusammengefaßt und einer sofortigen Behandlung empfohlen worden. Die Vorbereitung derselben fiel einer Commission zu, und wurden sogleich Bernstorff, Zentner, Berstett, Plessen und Berg zu Mitgliedern derselben gewählt. Ueberhaupt stellte sich sehr bald die Nothwendigkeit heraus, die Zahl der Plenarsitzungen, welche Anfangs dreimal wöchentlich abgehalten wurden, auf eine pro Woche zu verringern und die verschiedenen Materien zunächst

in besonderen Ausschüssen bearbeiten zu lassen. Es wurden zehn solcher Ausschüsse gebildet, und zwar nach einem Tableau des Vorsitzenden, welches eine Betheiligung aller Mitglieder in Berücksichtigung zog. Plessen war Mitglied von vier Commissionen, welche die Competenz, die Stimmenmehrheit, die Executionsordnung und die Contingenzstellung zu berathen hatten. Während die Hauptarbeit somit zunächst in die Ausschüsse verlegt war, machten sich in diesen bereits die Strömungen geltend, welche die verschiedenartige Stellung der Cabinette zu dem Conferenzverfahren kennzeichneten.

„Die Elemente der hiesigen Versammlung," heißt es in einem Plessenschen Bericht, „sind zwar nach den Ansichten der betreffenden Cabinette verschieden, jedoch nur nach dem Grade, in welchem man den Bund oder die eigene Sicherheit befestigt zu sehen wünscht. Die Persönlichkeit der anwesenden Staatsmänner ist natürlich hierbei von gewissem Einfluß. Indessen läßt sich doch als gewiß annehmen, daß bei fast Allen guter Wille und die Absicht vorhanden ist, eine festere Ordnung der Dinge im deutschen Bunde herbeizuführen. Der Fürst Metternich trägt unstreitig sehr viel durch sein offenes und loyales Benehmen dazu bei, und Bernstorff unterstützt ihn in eben diesem Sinne. Eine Opposition in wesentlichen Punkten kann man der Lage der Sache nach nur von Bayern und Württemberg erwarten, wiewohl jeder dieser Höfe verschiedene Tendenzen dabei verfolgt."

Im Verlaufe der Verhandlungen traten aber diese Divergenzen noch sehr viel deutlicher hervor. Zum Verständniß des Folgenden wird es nöthig sein, hier einen Blick auf die damals in den politischen Kreisen Deutschlands herrschende Stimmung zu werfen. Die Verkündigung der Karlsbader Beschlüsse war überall um die Mitte October erfolgt. Preußen hatte, was die Erbitterung verschärfte, dazu den Jahrestag der Schlacht bei Leipzig gewählt. Eine große Niedergeschlagenheit bemächtigte sich der liberalen Kreise; in den drei constitutionellen Staaten Süddeutschlands herrschte Bestürzung unter allen Verfassungsfreunden. In der That war durch die in Karlsbad im Princip angenommene Auslegung des Artikels 13 der Bestand der süddeutschen Verfassungen ernstlich bedroht. In Ulm kam es zu einem merkwürdigen Ausbruch der Mißstimmung. Die Officiere der dortigen Garnison richteten an den König eine Eingabe, in welcher sie an dessen bewährte Liebe für das Volk appellirten und eine entschiedene Zurückweisung fremder Eingriffe in die württembergische Gesetzgebung erbaten. Es sei eines Württembergers unwürdig, vor ein fremdes Inquisitionstribunal geschleppt zu werden

und selbst den Weg zur Gnade seines Königs verschlossen zu sehen. Die württembergische Armee harre nur eines Winkes, um solcher Vergewaltigung mit den Waffen zu begegnen, und was ihr an Zahl abginge, werde durch den Anschluß aller gut gesinnten Deutschen reichlich ersetzt werden. Diese Art von pronunciamento war allerdings in Deutschland ungewöhnlich und erregte am grünen Tisch der schon versammelten Conferenz lebhafte Entrüstung. Der Vorgang blieb aber vereinzelt und auch ohne weitere Folgen, da der württembergische Bevollmächtigte die von Metternich verlangte Abgabe entschuldigender Aufklärungen ablehnte. In der akademischen Welt blieb es ruhig. Durch die scharfen, polizeilichen Vorschriften war einem öffentlichen Ausbruch der Leidenschaften vorgebeugt; um so heißer gährte es in den Köpfen. Der Unmuth hatte auch sonst loyale, aber freidenkende Männer erfaßt, und wer sich irgend wie in äußerlich gesicherter Stellung befand, übte in Privatschreiben und mündlichem Gedankenaustausch scharfe Kritik an dem Karlsbader Werk. So schrieb z. B. Gagern im November einen langen Brief an Plessen, von dem er auch Abschriften an verschiedene Cabinette sandte. Er redet ihn darin „mein edler Freund“ an, will ihn auch als solchen ferner betrachten, kündet ihm aber dennoch Fehde an „wegen der Karlsbader Ausrichtungen“, gegen die er dann in den schärfsten Ausdrücken zu Felde zieht. Er bezichtigt Plessen eines Abfalls von der ehrlichen Gesinnung. „Sie waren es, von dem ich mir am meisten versprochen hatte, dessen Hingang und Berufung mich so sehr erfreute. Sie waren so sehr der Mann, der Alles besser wissen und temperiren konnte. Sie durften nur sich selbst treu bleiben.“ In der ihm eigenen weitschweifigen Form tadelte der Autor die ungeschickte Vermischung von „Prohibitionen, Pönalmandaten und Beschuldigungen (lauter Dinge des Augenblicks) mit einer gesunden Entwicklung des Bundessystems, die jeder Verständige“ wolle. Die Karlsbader Herren hätten wie Männer im Monde gehandelt. Die Repräsentativform sei nicht undeutsch, sondern längst in Deutschland heimisch. Als Vater von sechs Söhnen sei er zwar auch mit der Lehrmethode an den Universitäten unzufrieden, doch sei es unbillig, die Professoren zu maßregeln, wenn sie gegen die Ordnung der Dinge auftreten, denn diese Ordnung sei nicht definirt und bestände überhaupt in Deutschland gar nicht u. s. w.

Plessen erhielt diese geharnischte Philippika in Wien. Er schenkte ihr trotz der oft verletzenden, persönlichen Ausfälle keine große Beachtung, nannte sie in einem Brief an seine Frau ein „Eitelkeitsstückchen in der bekannten Manier" — womit er wohl das Richtige traf, und meinte dabei: „Wer Gagern nicht kennt, würde sich kaum einen Begriff davon machen, daß solch' ein Einfall einem gesunden Menschen beikommen könnte." Stein dagegen, der seit seinem Rücktritt von den öffentlichen Geschäften sich in eine verdrossene Stimmung hineingesteigert und die Karlsbader Versammlung als „eine Zusammenkunft mittelmäßiger und oberflächlicher Menschen" verspottet hatte, war von Gagern's halb öffentlichem Sendschreiben hoch entzückt. „Haben Sie schon eine Antwort von Plessen?" fragte er in einem Schreiben vom 25. December, „hat er eine Palinodie angestimmt? Auf jeden Fall wird es ihn auf sich selbst und auf das Hingeben an fremde Einflüsse aufmerksam machen." — Ob Plessen antwortete, ist aus den vorliegenden Papieren nicht ersichtlich; zu dem von Stein erwarteten Widerruf lag für ihn sicher kein Anlaß vor.

Allein es traten auch gewichtigere Gegner gegen die Karlsbader Beschlüsse auf, Männer von öffentlichem Ansehen und amtlichen Einfluß. In Preußen zumal war diese Gruppe zahlreich und durch alle Diejenigen verstärkt, welche das zögernde Verhalten Hardenberg's in der Verfassungsfrage mißbilligten. Gelehrte, wie Niebuhr und Altenstein, verfochten die akademische Lehrfreiheit; Staatsmänner, wie Humboldt, Beyme und Boyen, tadelten ungescheut die Karlsbader Mißgriffe, hielten die Erweiterung der Bundescompetenz für bedenklich, so lange Preußen in Frankfurt keinen ausschlaggebenden Einfluß besitze, und riethen dem König, noch nachträglich von den übereilten Abmachungen zurückzutreten. Dieser hielt sich aber durch sein gegebenes Wort gebunden, war auch schon zu sehr gegen Humboldt eingenommen, um Vorstellungen von jener Seite Gehör zu schenken. Bernstorff trat den Angriffen seiner Collegen mit dem Einwand entgegen, daß der Bund zu schwach und zu schwerfällig sei für eine thatkräftige Ausübung der Centralgewalt. Deshalb sei es besser, wenn diese in der Praxis von einer Verständigung der beiden Großmächte ausginge. Die Uneinigkeit im preußischen Ministerium war so offenkundig und wurde so gefahrdrohend, daß Hardenberg den Kampf mit Humboldt und seinen Gesinnungsgenossen

definitiv auszufechten beschloß. In diesem Kampfe verquickte sich die Meinungsverschiedenheit über die preußische Verfassungsfrage mit der über die einzuschlagende Bundespolitik. Metternich hatte eine lange Denkschrift nach Berlin gesandt, welche den österreichischen Standpunkt gegen die Opposition vertheidigte und den König an seine Teplitzer Zugeständnisse mahnte. Die Krisis endete zu Ausgang des Jahres mit dem Austritt der drei mißliebigen Minister. Damit war die Opposition gegen das Karlsbader Cartell im preußischen Beamtenthum gebrochen.

Um so hartnäckiger ward sie fortgesetzt von den liberalen Particularisten Süddeutschlands. Zu ihnen gehörten vor Allen die constitutionell gesinnten Mitglieder des bayerischen Ministeriums: Wrede, Zentner, Lerchenfeld. Letzterer, ein Mann von großen Fähigkeiten und entschiedenem Auftreten, war nach dem Sturz des ihm persönlich feindlichen Montgelas als Finanzminister in das Cabinet berufen und hatte sich an dem Zustandekommen der Verfassung eifrig betheiligt. Als vormaliger Gesandter in Stuttgart war er mit Wangenheim befreundet. Ein Brief, den er an diesen gleich nach Publication der Septemberbeschlüsse schrieb, wurde bald in den politischen Kreisen bekannt. Lerchenfeld erblickte in dem Karlsbader Programm nur die geheimen Machinationen einer selbstsüchtigen, durch „die List und Gewandtheit des Einen verstrickten Aristokratie", welche die heiligsten Rechte der Souveränität über Bord werfe, nur um die alten Vorrechte ihrer Kaste zu bewahren. Abgesehen von solchen Uebertreibungen, enthielt das Schreiben aber geschickte Hinweise auf die den Fürsten drohende Beeinträchtigung ihrer Hoheitsrechte durch die Executionsordnung, sowie auf gewisse Schwächen der Metternich'schen Deduction. So habe man die in Artikel 2 als Zweck des Bundes aufgeführte innere Sicherheit nicht auf die Erhaltung des Friedens unter den Bundesgliedern bezogen, wie doch Artikel 11 des Näheren besage, sondern ihr die künstliche Auslegung gegeben, daß damit die Erhaltung der Ruhe innerhalb der einzelnen Staaten gemeint sei; damit sei ein Hebel gewonnen, die Selbstständigkeit der Staaten wieder zu beschränken und auf deren innere Gesetzgebung einzuwirken. Deutschland werde dadurch faktisch aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelt.

Derartige Einwände, von klugen Köpfen erdacht und mit Energie verfochten, konnten in der That dem Metternich'schen Programm

gefährlich werden, denn sie weckten das Selbstgefühl der Monarchen und boten deren Argwohn gegen die Herrschaftsgelüste der Hofburg neue Nahrung. König Max stand bereits unter dem Einfluß dieser Strömung. Er hatte zugegeben, daß der die Bundesexecution betreffende Bundesbeschluß in der amtlichen Bekanntmachung gänzlich weggelassen und den anderen (Universitäten, Censur, Untersuchungscommission) dabei die Klausel hinzugefügt war: „sofern sie der in der Bundesacte und den Staatsverträgen anerkannten Souveränität, der Verfassung und den bestehenden Gesetzen nicht entgegenstünden.“ Auch die Wahl Zentner's zum Conferenzdelegierten war ein Sieg der Verfassungspartei. Graf Rechberg hatte seinem badischen Collegen Berstett bei dessen Durchreise nach Wien zwar gesagt, „er hoffe, daß es ihm noch gelingen werde, die Ungläubigen im Ministerium zu bekehren,“ allein darin täuschte er sich. Die Instruction für Zentner, welche dieser und Lerchenfeld gemeinsam entworfen hatten, wies den bayerischen Vertreter ausdrücklich an, sich auf den Boden der Bundesacte zu stellen und jeder Erweiterung der Bundescompetenz auf die inneren, namentlich Verfassungsangelegenheiten entgegenzutreten. Diese Instruction, ebenso wie alle späteren Anweisungen wurden diesmal nicht vom Minister des Auswärtigen ertheilt, sondern im Ministerrath berathen und beschlossen.

In Stuttgart wirkte inzwischen Wangenheim im gleichen Sinne. Wie sein Freund Lerchenfeld gegen Graf Rechberg, so vertrat er gegen Winzingerode dort die Rechte der Verfassungspartei. Doch ging er dem bayerischen Gesinnungsgenossen in der Opposition gegen die Bundes-Suprematie oft zu weit. Wangenheim's Lieblingsidee war die deutsche Trias, d. h. der engere Zusammenschluß der rein deutschen Staaten als Gegengewicht gegen die beiden Großmächte. Schon in Frankfurt hatte er dafür Stimmung zu machen gesucht, was Plessen mißfällig bemerkte. Jetzt hielt er den Augenblick für gekommen, diesem Gedanken Gestalt zu geben. Bayern sollte sich an die Spitze der Mittelstaaten stellen und auf den Wiener Conferenzen die entsprechenden Aenderungen der Bundesverfassung durchsetzen. Lerchenfeld hielt dies für eine Utopie, wußte auch recht gut, daß der König von Württemberg sich noch viel weniger dem Münchener als dem Wiener Hofe unterordnen würde.

König Wilhelm wandelte, seitdem er die Regierung angetreten, in der Bundespolitik dieselben Bahnen wie sein Vater. Auf dem Wiener Congreß von 1814/15 war dieser auch nur widerwillig auf das Metternich'sche Programm eingegangen und dem Bunde überhaupt erst nachträglich und verdrossen beigetreten. Sein Sohn hatte die bedrohliche Annäherung Preußens an Oesterreich mit Argwohn beobachtet und war nicht gewillt, wie jenes in eine demüthigende Abhängigkeit von Wien zu gerathen. Der Bund war locker genug, um eine Verbindung der Mittelstaaten den Großmächten gegenüber möglich zu machen, und wenn der König auch nicht auf Wangenheim's Trias-Gedanken einging, so plante er doch ein unbeschränktes und vielleicht vergrößerungsfähiges Württemberg. Von einer Einmischung des Bundes in seine inneren Angelegenheiten wollte er nichts hören. Bei der Betonung dieser Selbstständigkeit rechnete er auf die Unterstützung seines Schwagers, des Kaisers Alexander, der zwar durch die deutschen Studenten geängstigt, daneben aber wiederum dem liberalen Einfluß Kapo d'Istrias' und Laharpe's zugänglich war. Dem Zaren war eine Stärkung des Constitutionalismus in Süddeutschland nicht unerwünscht, weil dadurch der Einfluß Preußens in Deutschland vermindert und in die Einigkeit der Bundesglieder ein Keil geschoben wurde, der gelegentlich zu einer Einmischung Rußlands die Hand bieten konnte. Als daher sein Schwager, der König, sechs Tage nach den Frankfurter Beschlüssen die Verfassung einführte und beschwor und sich zu ihm nach Warschau begab, um dort persönlich seinen Schutz in dieser Angelegenheit anzurufen, erklärte er zwar dessen Haltung für incorrect, da er sich durch seinen Gesandten in Karlsbad nicht entschieden genug ausgesprochen habe, entließ ihn aber doch mit der Hoffnung, daß Württemberg bei ernsteren Collisionen an Rußland eine Stütze finden werde. Die Drohung Oesterreichs, daß es aus dem Bunde austreten werde, wenn Württemberg die September-Beschlüsse nicht unverändert publicire, schüchterte den König nicht im Geringsten ein, und sein Muth wuchs noch, als das Petersburger Cabinet in einer Circulardepesche vom 30. November — also zu einer Zeit, wo die Wiener Conferenzen bereits eröffnet waren — die Karlsbader Abmachungen unverblümt als einen Mißgriff kennzeichnete. Die durch die Frankfurter Abstimmung scheinbar erzielte Einhelligkeit, hieß es darin, sei eine bedauerliche Illusion, denn zahlreiche Thatsachen — und diese

wurden angeführt — hätten seitdem bekundet, daß in Deutschland große Mißstimmung und unter den Regierungen selbst Uneinigkeit herrsche. Gleichzeitig wurden die Gesandten der süddeutschen Höfe in St. Petersburg von Kapo d'Istrias vor einer Erweiterung der Bundescompetenz und Einführung der Executionsordnung dringend gewarnt. Werde dieselbe je practisch, sagte er, so wäre es mit der Selbstständigkeit der kleineren Staaten vorbei; bliebe sie aber ein todter Buchstabe, so werde der Bundestag noch mehr als bisher discreditirt. In Baden fanden derartige Ermahnungen wenig Gehör. Der dort sehr einflußreiche Berstett gehörte mit Münster und Marschall zur allergetreuesten Gefolgschaft Metternich's. Auch auf Sachsen durfte dieser unbedingt zählen. Dort bestand unter dem altväterischen Regiment des populären Königs kein Verlangen nach Aenderung und keine Unzufriedenheit. Eher war noch der Geist des Widerspruchs gegen das Wiener Programm an den Höfen von Darmstadt und Oldenburg, sowie in den Senaten der Hansestädte wahrnehmbar. Der Großherzog von Hessen hatte die Verkündigung der Septemberbeschlüsse dadurch zu mildern gesucht, daß er seinem Lande gleichzeitig für den Mai 1820 eine Verfassung verhieß. Der Bremer Smidt fand sich ungeladen in Wien ein und beunruhigte Gentz durch freisinnige Denkschriften und Kassandra-Rufe. Kurz, es fehlte nicht an Strömungen, welche dem Plan Metternich's hinderlich zu werden drohten, und Anstett, der auf seinem Frankfurter Posten Gelegenheit hatte, das Getriebe an den kleinen Höfen in der Nähe zu beobachten, stellte in einem seiner Berichte an den Zaren schon im November 1819 die Prognose, „daß auf den Wiener Conferenzen so gut wie nichts zu Stande kommen werde."

VII.

Von allen deutschen Höfen nahmen die beiden mecklenburgischen vielleicht die freieste und unbefangenste Stellung zu den Wiener Verhandlungen ein. Ihrem Bevollmächtigten war daher eine bestimmte Marschroute nicht vorgezeichnet. Die Schweriner Instruction, welche Plessen unter dem 27. October 1819 zugefertigt war, ging im Wesentlichen dahin, die Beschlüsse ad referendum zu nehmen. Nur hinsichtlich der Interpretation des Art. 13 war auf die Wahrung des monarchischen Princips im Rahmen des Bundesvereins hingewiesen und zugleich ausdrücklich erklärt, daß die „auf Grundverträgen und Rechten beruhende landständische Verfassung Mecklenburgs wohl Verbesserungen und Reformen auch auf einem verfassungsmäßigen Wege der Revision erhalten, aber nicht der Bestand derselben eine Abänderung von Bundeswegen zu gewärtigen haben könne."

Auf Grund dieser Instruction, sodann aber auch, weil er selbst ganz auf dem Boden des altständischen Princips stand, suchte Plessen in den Commissionsberathungen über den Art. 13 der Bundesacte den Begriff einer corporativen Landesvertretung noch bestimmter zum Ausdruck zu bringen. Natürlich stieß er dabei auf den Widerstand derjenigen Bevollmächtigten, in deren Staaten das ständische Princip aufgegeben und eine Repräsentativverfassung bereits eingeführt war. So blieb denn auch in den Anträgen, welche die Commission in der siebenten Sitzung vom 19. December dem Plenum vorlegte, jedwede Erläuterung über das Wesen der von den Souveränen zu gewährenden Verfassungen fort. Die Anträge beschränkten sich darauf, die Rechte der Monarchen zu wahren und die Verpflichtung zu betonen, daß deren Leistungen für den Bund von einem ständischen Bewilligungsrecht nicht abhängig gemacht werden könnten. In dieser milden Form hatten sie die Wünsche der reactionären Minister Berstett und Marschall keineswegs befriedigt. Ersterer

hatte gehofft, man werde den Bund mit der Berechtigung ausstatten, die Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen in den Einzelstaaten aufzugeben, sobald die Ruhe in Deutschland dadurch gefährdet sei. Diese Oeffentlichkeit war dem Großherzog von Baden ein Dorn im Auge, und Berstett angewiesen, in Wien auf jede Weise dahin zu wirken, daß sie wenigstens für die Dauer des Preßgesetzes in seinem Lande suspendirt werden könne. Die Zustimmung Bayerns zu dieser Maßregel war schon deshalb nicht zu erwarten, weil jenes Preßgesetz bekanntlich in Bayern nur unter Vorbehalt publicirt war. Berstett war nicht Mitglied der betreffenden Commission und hatte daher keine directe Einwirkung auf deren Berathungen. Unter der Hand aber setzte er alle Hebel in Bewegung, und es gelang ihm, einen Theil seiner Collegen davon zu überzeugen, daß das Preßgesetz unwirksam bleiben müsse, so lange es gestattet sei, die von den radicalen Abgeordneten gehaltenen Reden durch den Druck zu verbreiten. Marschall ging in seinen Forderungen sogar so weit, die unbedingte Verbindlichkeit der Stände zur Bewilligung aller für die Landesverwaltung erforderlichen Ausgaben zu verlangen. Beide Bevollmächtigte setzten durch, daß die Anträge noch einmal der Commission zurückgegeben wurden. Doch gelangten diese in der nächsten (achten) Sitzung ohne wesentliche Modificationen zur Annahme.

Auch Plessen's Antrag, die Versammlung „möge sich noch ganz besonders mit der richtigen Bestimmung des Begriffs ‚landständische Verfassung' beschäftigen," führte zu keinem Ergebniß. Der mecklenburgische Bevollmächtigte hatte diesen Antrag in einer Denkschrift, die er der Commission vorlegte, näher motivirt. Er wies darauf hin, daß die einzige Bestimmung des ohnehin so knappen Art. 13 um so mehr einer unzweideutigen Erklärung bedürfe, als von Seiten revolutionärer und demagogischer Kreise die Meinung verbreitet werde, daß unter landständischer Verfassung auch „eine Volksvertretung durch Wahlen aus der Masse und nach Kopfzahl verstanden sein könne". Dies sei aber nicht die Absicht der Unterzeichner der Bundesacte gewesen. Noch weniger „hätten sie durch Zulassung einer verschiedenartigen Interpretation einer Trennung im deutschen Bunde Vorschub leisten wollen." Er schlage daher vor, in die neue Acte an geeigneter Stelle einen Zusatz aufzunehmen, etwa dahin gehend: „daß unter landständischer Verfassung eine solche verstanden werde, die auf richtigen corporativen Grundlagen

oder, nach dem jetzigen Zustande, auf einer Repräsentation nach Classen und Ständen, als den rechtlichen Elementen im Staate, beruhe.“

Nachdem Plessen diesen Antrag in der siebenten Sitzung mündlich vorgetragen hatte, erklärte Metternich, daß es allerdings sehr wünschenswerth gewesen wäre, wenn man dem in Rede stehenden Begriff schon in Art. 13 selbst eine bestimmte Erläuterung beigefügt hätte, „daß aber jetzt, wo bereits mehrere Regierungen ihre Verfassungen angeordnet hätten, eine solche Bestimmung nicht nur ihren Zweck verfehlen, sondern auch leicht zu neuen Mißdeutungen Anlaß geben würde.“ Der Rückzug Metternich's auf diesem Gebiete war unverkennbar. Die obige Phrase deckte ihn nur schwach. Indessen die Majorität trat der Ansicht des Vorsitzenden bei, und die Sache war damit erledigt. In seinem Bericht an den Großherzog schrieb Plessen, er sehe in dem Einwand, daß einzelne Staaten schon Verfassungen in einem unzweifelhaft nichtständischen Sinne eingeführt hätten, keinen entscheidenden Gegengrund, und in der Thatsache selbst weit eher ein Motiv als ein Hinderniß, die authentische Interpretation festzustellen. „Ich will die vorliegende Schwierigkeit nicht verkennen, glaube aber, daß sie zu beseitigen und damit der bedeutendste Schritt gethan wäre, um das revolutionäre System auf seinem eigenen Grunde zu bekämpfen.“

So war einer der Punkte, wegen deren man die Wiener Conferenz berufen hatte, eliminirt. Aber auch bei der Berathung der anderen wurde Plessen bald gewahr, daß jetzt ein anderer Wind wehe als in Karlsbad. Die Aufnahme, welche die dort gefaßten Beschlüsse nicht nur bei der großen Masse des Volkes, sondern auch bei den meisten kleineren Regierungen gefunden hatten, ließ Metternich erkennen, daß eine Stärkung der Centralgewalt des Bundes Angesichts des wachsenden Mißtrauens aller particularistischen Kreise nicht in dem Maße durchführbar sei, wie es in Karlsbad beabsichtigt war. Auch war das dort mit so glänzendem Erfolg ins Werk gesetzte System der Ueberraschung und Einschüchterung jetzt in langwierigen Ministerconferenzen nicht wohl anwendbar. Und da der größte Theil der in Wien eingetroffenen Bevollmächtigten mit dem ausdrücklichen Auftrag ihrer Herren versehen war, von der Souveränität nichts nachzulassen, so verständigte er sich mit Bernstorff dahin, daß man zwar an den Karlsbader Abmachungen im Princip festhalte, in ihrer praktischen Anwendung aber doch nicht

weiter gehe, als ohne Erwecken von Mißtrauen seitens der Kleinen ausführbar sei. Die Schonung der auf die Bahn des Repräsentativsystems geglittenen Regierungen bei der Berathung des Art. 13 war der erste Ausdruck dieser milderen Stimmung Metternich's. Sie übertrug sich auch bald auf die Behandlung der Competenz und Stimmenmehrheitsfrage, in welchen beiden Oesterreich sich gegen die Mittelstaaten sehr nachgiebig zeigte. In Folge dessen kam der bayerische Bevollmächtigte mit den beiden Vertretern der Großmächte bald auf einen guten Fuß. Zwar blieb er ein eifriger Verfechter der particularistischen Politik der Wittelsbacher, zeigte sich aber im Ganzen verträglich und fand ein Motiv zur Annäherung an Preußen in der neuerdings ganz veränderten Haltung des Berliner Cabinets, welche sich in der Behandlung der Frage einer permanenten Bundesinstanz bekundete. Wir haben weiter oben gesehen, wie eifrig Preußen auf dem Wiener Congreß, auf dem Bundestag und, wo sich sonst Gelegenheit dazu fand, für die Einsetzung eines Bundesgerichts eingetreten war. Plessen, der gleichfalls von der Nothwendigkeit eines solchen Gerichtshofs überzeugt war, hatte seine preußischen Collegen darin stets unterstützt. Jetzt bemerkte er mit einigem Erstaunen, daß sein Freund Graf Bernstorff ganz neue Instructionen erhalten haben mußte; denn denselben Eifer, den Humboldt einst zu Gunsten des Bundesgerichts eingesetzt hatte, verwendete dieser nun gegen dasselbe. Der zweite Bevollmächtigte, Herr von Küster, motivirte das preußische Votum damit: man halte ein Bundesgericht jetzt nicht mehr für nöthig, da die gegenwärtig bestehende provisorische Instanz völlig genüge. Rechtsstreitigkeiten zwischen Bundesgliedern kämen nur höchst selten vor. Ein dafür eingesetzter Gerichtshof werde die längste Zeit unbeschäftigt sein, vielleicht gar durch sein Dasein eine Proceßsucht erwecken und nähren. Auch die Verfassung eines Bundesgerichts sei schwierig zu organisiren; die gesetzlichen Quellen, nach denen es zu entscheiden habe, würden Stoff zu Controversen bieten. Seine Regierung halte daher eine Austrägalinstanz in der bisherigen Form für genügend.

So trat Preußen in dieser Frage auf die Seite Bayerns, das von jeher einem Bundesgerichte entgegen gewesen war, und auch Oesterreich ließ seinen Antrag zu Gunsten desselben fallen. Die Befürwortung durch die Vertreter Kurhessens, Oldenburgs und der freien Städte war natürlich nicht ausreichend. Und so schloß sich auch Plessen der Majorität an,

welche sich für die Beibehaltung des bisherigen provisorischen Zustandes entschied. Er knüpfte aber an sein Votum den Vorbehalt, daß der Bundesversammlung die weitere Berathung und Verhandlung dieses Gegenstandes zur Pflicht gemacht würde.

Der Schlüssel des seltsamen Umschwunges in der preußischen Beurtheilung dieser Frage lag in der kurz zuvor von diesem Staate betretenen Handelspolitik. Eine Art von Zollkrieg mit den nachbarlichen Kleinstaaten hatte bereits eine Reihe von Klagen und Beschwerden hervorgerufen. Besonders benachtheiligt fühlten sich die von Preußen umschlossenen anhaltinischen Lande, sowie die zwischen Preußen und Bayern eingeklemmten thüringischen Staaten. Anhalt-Cöthen ging in seiner Fehde gegen Preußen so weit, daß es am Schluß der Conferenz seine Ratification der Schlußacte von der vorherigen Beilegung des obschwebenden Streites abhängig machte, und der Herzog von Coburg kam persönlich nach Wien, um durch Einspruch gegen die Bundeskriegsverfassung unbedingte Verkehrsfreiheit zu erlangen. Daneben betrieb er allerdings auch noch als persönliche Angelegenheit die Erwirkung des Prädicats „Hoheit" für die herzoglich-sächsischen Häuser. Auf keinem Gebiet war die innere Zerrissenheit Deutschlands so offenkundig und so fühlbar wie auf dem des Handels und Verkehrswesens. Der Congreß von 1814—15 hatte schon versucht, wenigstens in der Flußschifffahrt einen Ausgleich zwischen den Uferstaaten und eine gewisse Gleichmäßigkeit der Schiffsabgaben und Zölle herbeizuführen. Humboldt war darin besonders thätig gewesen, aber seine Anträge und Denkschriften hatten die Angelegenheit nur wenig gefördert. Die Bundesacte stellte in Art. 19 nur die Berathung über den freien Handel und Verkehr in Aussicht. Jetzt fiel diese Aufgabe der Conferenz zu. Aber schon die erste am 12. Januar stattfindende Ausschußsitzung ließ erkennen, daß sie ungelöst bleiben würde. Bernstorff erklärte, daß das preußische Zollgesetz zu eng mit dem Finanz- und Steuerwesen des Landes verknüpft sei, um eine Aufhebung der Zollgrenzen zuzulassen. Er halte daher Verhandlungen darüber für zwecklos und rathe ganz davon abzustehen. Der badische Bevollmächtigte von Berstett widersprach aufs Heftigste. Der Bund sei nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, eine Freigabe der Binnenzölle anzustreben und zu erwirken. Gegen das Ausland könnten die Zölle bestehen bleiben. Im Innern Deutschlands werde durch die

Handelsfreiheit eine wohlthätige Ableitung der treibenden Elemente auf das volkswirthschaftliche Gebiet veranlaßt werden. Berstett fand Unterstützung bei seinen Collegen von Hessen-Darmstadt und Nassau, mit denen er schon im December 1819 wegen gemeinschaftlicher Schritte und eines eventuell ins Leben zu rufenden Zollverbandes der Süd- und Rheinstaaten in vertrauliche Unterhandlung getreten war. Es waren dies die Anfänge jener süddeutschen Zollunion, die später zu den Darmstädter Conferenzen führten.

Der Ausschuß setzte nun seine Berathungen fort. Es zeigte sich aber bald, daß dieselben ein Ergebniß nicht haben konnten, weil die Interessen der einzelnen Gruppen zu weit auseinander gingen. Preußen blieb in diesem Kampf isolirt. Obwohl Oesterreich und Bayern, letzteres erst kürzlich, das Prohibitivsystem in ihrer Zollgesetzgebung eingeführt hatten, richtete sich der Ansturm der mittelstaatlichen Regierungen doch vorwiegend gegen das Berliner Cabinet, und die Haltung verschiedener Höfe nahm einen so feindseligen Charakter an, daß Preußen aus diesem Grunde von seiner früheren Befürwortung eines Bundesgerichts zurückkam. Es besorgte, daß eine unparteiische Beurtheilung der wahrscheinlich sehr zahlreichen Streitigkeiten in Zoll- und Handelsfragen von einem Gerichtshof nicht zu erwarten sei, bei dessen Zusammensetzung Preußen nur mit einer Stimme vertreten war.

In allen anderen Fragen indessen ging Preußen mit Oesterreich und Bayern so ziemlich Hand in Hand. Bernstorff trat in Wien viel entschiedener und selbstbewußter auf als in Karlsbad, wo er noch unter dem Druck der Teplitzer Punctation stand. Er war in den Commissionen sehr thätig, und Plessen rühmte in den Berichten seine Geschäftskenntniß, Umsicht und Urbanität. Metternich war glatt und verbindlich wie immer, und noch mehr zu Compromissen geneigt, als man nach seinem dictatorischen Auftreten in Karlsbad hätte erwarten können. Seine Befähigung, die Stimmung einer Versammlung auch in ihren leisesten Fluctuationen zu verstehen und zu benutzen, war in der That erstaunlich. Wie keiner verstand es dieser Mann, den Strömungen nachzugeben und dabei stets den Schein zu wahren, als sei er es allein, der die Lage beherrsche.

In den beiden Fragen, welche für eine Centralisation des Bundes am wichtigsten waren, nämlich in derjenigen über die Competenz des

Bundestags und das Abstimmungsverfahren, wurde das vorgesteckte Ziel nicht erreicht. Die Anträge des Competenzausschusses blieben bei der Aufstellung allgemeiner, die bisherige Lage wenig verändernder Grundsätze stehen. In dem Abstimmungsausschuß kamen die gegensätzlichen Auffassungen zwar schärfer zum Ausdruck, allein das Endergebniß förderte auch in dieser Frage keine volle Klarheit zu Tage. Die Bundesacte verlangte bei allen Beschlüssen über organische Bundeseinrichtungen die Stimmenmehrheit. Sie ließ aber unerörtert, was geschehen solle, wenn die von ihr selbst verfügten Einrichtungen diese Stimmeneinheit nicht fänden. Es kam nun in der Commission zu lebhaften Debatten. Berstett schlug vor, die Bundesbeschlüsse in zwei Kategorien zu theilen, je nachdem sie die Existenz oder nur das Wohl des Bundes beträfen. Für die ersteren forderte er Stimmeneinhelligkeit, für die letzteren einfache Majorität. Küster wollte das Princip der Stimmeneinheit nicht aufgeben und nur für einzelne Fälle die Zweidrittel-Majorität zugestehen. Plessen trat nun als Vermittler auf. Er entnahm dem Berstett'schen Vorschlag und der Küster'schen Entgegnung einige Punkte und stellte danach einen dritten Entwurf auf. Da man sich aber in der Commission nicht einigen konnte, gelangten alle drei Anträge an das Plenum. Dieses überwies sie dem Competenzausschuß. In dem Vortrag des letzteren kam die Angelegenheit nochmals vor die Versammlung. Plessen hatte die Genugthuung, daß in den sechs Artikeln, welche angenommen wurden, der größte Theil seiner Vermittelungsvorschläge Aufnahme gefunden hatte. „Es sollen danach," berichtete er am 5. März, „alle Angelegenheiten des Bundes, die nicht gesetzlicher Natur sind, sondern nur die Anwendung und Ausführung betreffen, im engeren Rathe nach absoluter Stimmenmehrheit entschieden werden. Am wichtigsten ist die Bestimmung des Art. 5, welche die für organische Einrichtungen geforderte Stimmeneinhelligkeit auf die Vorfragen, d. h. die allgemeinen Grundsätze beschränkt, alsdann aber Alles, was dabei die Ausführung und das Einzelne angeht, durch Stimmenmehrheit in der engeren Versammlung entscheiden läßt. Diese Unterscheidung wird hoffentlich in allen Fällen ausreichen."

Darin irrte Plessen freilich. Gerade die Theilung des Berathungsgegenstandes in eine Erörterung über seinen gesetzlichen Charakter und den Ausführungsmodus lähmte später am Bundestag die Entwicklung seines Organismus. Die Bundesacte hatte wenigstens auf die Noth-

wendigkeit einer solchen Entwicklung hingewiesen, und die Frankfurter Versammlung sich während der vier Jahre ihres Bestehens bemüht, in Einzelfragen praktisch ein Bundesrecht auszuarbeiten. Jetzt, wo die Schlußacte die Theorie dieses Rechts feststellen sollte, kam man nicht über allgemeine Phrasen hinaus, die in jedem einzelnen Falle erst wieder der Interpretation bedurften. Die Unfähigkeit der deutschen Cabinette, ein kräftiges Bundeswesen zu gestalten, war hiernach evident, und die Schlußacte das testimonium paupertatis, welches den Bundestag zu der unwürdigen Existenz verurtheilte, die er fortab zu führen hatte.

Plessen war mit dem Ergebniß der Conferenz wenig zufrieden. Er hatte sowohl seiner Instruction als seiner eigenen Ueberzeugung nach eine kräftigere Ausgestaltung des Bundes zu fördern gestrebt. Er war mit der Hoffnung nach Wien gekommen, daß die Schlußacte eine Erweiterung, nicht eine Restriction des Bundesorganismus darstellen werde. Und in dieser Hoffnung sah er sich getäuscht. Er gehörte ebenso wie sein Herr, der Großherzog, zu den wenigen deutschen Patrioten, welche überzeugt waren, daß der Particularismus, den sie im Princip vertheidigten, der Nationaleinheit Opfer zu bringen habe. Freilich sollte dieser Verzicht nicht der Machterweiterung einer der beiden Großmächte oder gar der Bildung eines diesen gegenüber zu stellenden Sonderbundes (wie Wangenheim ihn plante) zu Gute kommen. Allein auch mit dieser Einschränkung war der Einheitsgedanke an den deutschen Höfen und Cabinetten wenig verbreitet, und die Wiener Zusammenkunft zeigte weit eher das allgemeine Bestreben, den Bund zu lockern und zu decentralisiren, damit das Souveränitäts- und Machtgefühl der Einzelnen nur ja keiner Beeinträchtigung ausgesetzt sei. Mit seinem großdeutschen Standpunkt fand Plessen allenfalls nur Verständniß bei dem großherzoglich sächsischen Bevollmächtigten, Freiherrn von Fritsch. Es lag indessen nicht in seiner politisch angelegten Natur, einen Kampf mit Windmühlen aufzunehmen oder seine Ansicht in akademischen Erörterungen zu verfechten. Lebhaft und rührig, wie er war, widmete er sich mit Eifer den Geschäften, sowie sie an ihn herantraten, auch den bloß formalen, wie z. B. bei der Redaction, und in letzterer Hinsicht nöthigte er sogar den gewandten Gentz zu häufigen Aeußerungen der Anerkennung.

In der 22. Sitzung vom 15. April legte die Redactionscommission den Entwurf einer Supplementaracte vor und begleitete dieselbe mit

einem Vortrag, welcher einen Commentar der Acte zu bilden bestimmt war und sich ausführlich über die Motive verbreitete, welche zur Feststellung des Wortlauts der einzelnen Artikel geführt hatten. Nach diesem Vortrag zerfiel die Acte in drei Abschnitte, welche a) Wesen und Wirkungskreis des Bundes, b) dessen auswärtige Beziehungen und c) besondere innere Verhältnisse behandelten. Mit Rücksicht darauf aber, daß die Acte ein Vertragsinstrument darstellte, wurde diese Eintheilung bei deren Redaction nicht hervorgehoben. Der Commentar betonte, daß sieben der von Fürst Metternich in der ersten Sitzung vorgelegten zehn Berathungsgegenstände ihre Erledigung gefunden hätten. Die hier in Wien noch nicht abgeschlossenen drei Materien (Contingentsstellung, Bundesfestungen und freier Handel) sollten dem Bundestage zugewiesen werden. Plessen, der an der Ausarbeitung dieses sehr umfangreichen und gründlichen Schriftstücks besonderen Antheil gehabt hatte, übersandte es dem Großherzog am 16. April.

Das öffentliche und gesellschaftliche Treiben Wiens war dem der großen Congreßepoche ziemlich ähnlich, wenn auch nicht so glänzend und farbenprächtig. Die Vergnügungssucht der Wiener Aristokratie wirkte aber doch ansteckend auf einen Theil der Conferenzmitglieder, und Plessen klagte oft über den schleppenden Gang der Berathungen, die sich weit rascher hätten abwickeln lassen. Es fehlte nicht an Lustbarkeiten jeder Art. Doch wich Plessen dem großen geselligen Treiben diesmal mehr aus, da die Soiréen und politischen Salons jetzt für ihn nicht wie damals 1814 den Werth politischer Informationsquellen hatten. Ging er Abends in eine der großen Assembléen, die fast täglich abgehalten wurden, und die sich, wie er schrieb, durch die Schönheit der Frauen und den Geschmack der Toiletten auszeichneten, so pflegte er eine Partie L'hombre zu spielen, die selten vor 2 Uhr früh endete.

„Wie gern möchte ich Dir," schrieb er an seine Frau, „bei Deiner gänzlichen Eingezogenheit dort einige von den hiesigen Unterhaltungen, wäre es auch nur zur einstweiligen Aufheiterung, zukommen lassen. Doch glaube ich, daß sie auch Dir für die Länge keinen großen Genuß bieten würden. Für fremde Damen, auch selbst für die Frauen der Gesandten, ist es nicht leicht, in der Gesellschaft Stellung zu gewinnen, wenn man nicht über Familienverbindungen verfügt."

In einem anderen Brief heißt es:

„Stets suche ich mein inneres Leben so viel wie es mir nur möglich ist, von den äußeren Umgebungen und den jeweiligen Eindrücken frei zu halten,

von dem Wandelbaren der Zeit an das Höhere, Geistige, Ewige zu knüpfen und dadurch auch in dem Leben voll Wechsel und Zerstreuungen etwas Sicheres und Haltbares zu gewinnen, immer mich selbst wieder zu finden. Für solche erhebenden Betrachtungen, glaube ich, müssen wir vorzüglich unser vergangenes Leben benutzen, um daraus das Gute, Liebe und Edle in unserer Erinnerung festzuhalten und im Leben zu verwirklichen."

Das innige Einvernehmen der beiden Ehegatten, die, wie bei jeder Trennung, so auch diesmal einen lebhaften Briefwechsel unterhielten, mag das nachstehende Schreiben beleuchten. Es giebt zugleich die ersten Andeutungen von einer neuen Anerkennung, die der staatsmännischen Begabung Plessen's zu Theil wurde, und von dem bescheidenen Sinn, mit dem er sie aufnahm:

„Wien, den 1. Januar 1820.

Liebe, gute Sophie! — Zum ersten Mal schreibe ich hier die neue Jahreszahl, und meine ersten Zeilen in diesem Jahre sind an Dich gerichtet. Ich beginne mit dem Wunsch, daß bei diesem Wechsel der Zeit Du und ich immer unwandelbarer in unserer Liebe und Zuneigung erscheinen und mit einander zufrieden und einig gegenseitiges Glück begründen mögen. Dabei möge es Dir denn auch recht wohl und gesund ergehen. Ich habe noch heute mehr, als sonst täglich, Gottes besten Segen für Dich und die Kinder erfleht; der Himmel erhalte Dich noch recht lange; er schütze, tröste und stärke Dich und führe uns recht bald wieder zusammen.

Du erinnerst Dich wohl, daß ich seit Jahren gewohnt bin, bei jedem Jahreswechsel meine Betrachtungen über Vergangenheit und Zukunft anzustellen, in mich zu gehen, mich mit guten Vorsätzen zu stärken, und so habe ich es denn auch gestern Abend gemacht, bin ganz zu Hause geblieben, und auf bis nach Mitternacht. Ich denke auch viel an einen über mich selbst zu fassenden Entschluß wegen meiner künftigen Bestimmung, wozu ich in den letzten Tagen veranlaßt bin. Graf Bernstorff war bei mir, und mit seiner gewohnten guten Manier eröffnete er mir bestimmter, was er mich schon früher wohl hatte merken lassen, daß der würdige alte Staatskanzler ihm aufgetragen, mir den Antrag zu machen, ob ich den preußischen Posten bei der Bundesversammlung wohl annehmen wollte; er wünsche nun meine Antwort. Ich habe sie gegeben, gleich, und geleitet von der Rücksicht auf mein Vaterland, weil ich wirklich dem glaube nöthig und nützlich zu sein, sollte es auch nur in dem Glauben der Menschen bestehen. Noch mehr bestimmte mich der feste, auf religiöser Ueberzeugung beruhende Entschluß, sich selbst verleugnen, der Welt Herrlichkeiten entsagen und nur dem Beruf folgen zu wollen, den eine höhere Hand uns gerade in unserem Vaterlande anweist, wenn es uns in die Lage setzt, dort Gutes zu stiften und auf Recht zu halten. Ich habe also in diesem Sinne meine Antwort gegeben, mit ganz fester Entschließung, aber ich gestehe Dir, nicht ohne inneres Bedauern und der Versuchung widerstehend. Denn ich würde Preußen gern dienen, vor allen Andern; ich würde noch ein größeres Feld zur Wirksamkeit offen gehabt haben, und wenn auch dieses keineswegs meinen Ehrgeiz in Bewegung setzt, so ist denn doch wohl die Frage zu erwägen, ob nicht hierbei im Großen das

wahre und meiste Gute zu wirken und auszurichten wäre. Und darauf konnte ich mich denn auch eigentlich nur bedenken; dagegen auf mich selbst und meine Convenienz oder meinen Vortheil bin ich gar nicht dabei gekommen. Indessen es ging mir recht frisch aus dem Gemüth mit der Antwort, wie ich sie, ohne mich zu bedenken, gegeben. Ich habe Dir dieses Alles nur noch im Vertrauen gleich mittheilen wollen. Statt dessen will ich also auf dem morsch gewordenen Ministerboden meinen Kampf beginnen mit allerlei Verkehrtheiten und versuchen, ihn etwas zu reinigen. Gott wird mir seinen Beistand schenken, Mühe und Sorge will ich nicht achten, wenn ich nur den höheren Willen zu erfüllen vermag."

Die Ablehnung des Anerbietens, in preußische Dienste zu treten, mochte Plessen schwerer fallen als die der österreichischen Offerte. Aber auch hier sehen wir ihn keinen Augenblick zögern. Auch die Haltung, die er in dem weiteren Verlauf dieser Angelegenheit bewahrte, ist charakteristisch für seine edle, selbstlose Gesinnung. Wir werden einen Augenblick dabei verweilen müssen. Das Geheimniß, welches Plessen seiner Gattin anempfahl, wurde von dieser streng beobachtet. Plessen selbst schwieg gegen Jedermann darüber. Es gelangte aber doch von Berlin aus, wo Lützow Gesandter war, gerüchtweise nach Schwerin, wo es natürlich in den Hof- und Beamtenkreisen lebhaft discutirt, vielfach angezweifelt und von mißgünstigen Collegen direct bekämpft wurde. Auch der Großherzog schenkte ihm keinen Glauben. Dies verdroß Plessen's Freunde, und einige von ihnen, namentlich der General von Both und der Hofmarschall von Oertzen, bestürmten Frau von Plessen, sie möge in ihren Mann dringen, den Ausschlag eines so glänzenden Anerbietens nicht länger geheim zu halten. Das Land und der Fürst müßten wissen, welchen Beweis der Anhänglichkeit an Mecklenburg er damit gegeben. Frau von Plessen war eine beredte Fürsprecherin in dieser Ansicht, die sie in vollem Maße theilte. Allein ihr Gemahl erwiderte auf alle Vorstellungen: es sei Zeit mit der Mittheilung, bis er zurückkomme. Es bedurfte eines besonderen Anlasses, um ihm die Zunge zu lösen.

Der Großherzog, der entweder bessere Informationen aus Berlin erhalten hatte oder bei dem doch die Empfindung angeregt worden war, daß er einem Mann wie Plessen nach so langer, erfolgreicher Wirksamkeit ein Zeichen der Anerkennung schulde, beschloß, ihm eine Gehaltserhöhung zuzuwenden. Plessen bezog — seltsam genug — noch immer den Ministergehalt von 2000 Rthlr., mit dem er vor nahezu 13 Jahren

angestellt worden war. Es war dies nicht mehr, als was die Assessoren bei der Schweriner Regierung erhielten. Der Gehalt der Regierungsräthe betrug 4000, der des Ministerpräsidenten 12000 Rthlr. Der Unterschied zwischen der Besoldung des ersten Ministers (Brandenstein und des zweiten (Plessen) war demnach sehr auffallend und wohl nur dadurch so lange erhalten worden, daß Plessen nie eine Zulage verlangt und sich, wie wir schon oben citirt haben, mit seinem Diensteinkommen wiederholt zufrieden erklärte. Der Großherzog sprach nun gegen Brandenstein die Absicht aus, diesen Unterschied ganz oder doch nahezu aufzuheben. Allein Brandenstein erklärte es für unthunlich, seinen Collegen im Gehalt höher zu stellen als die Regierungsräthe, und begründete dies mit alten Observanzen. So mußte sich denn Friedrich Franz begnügen, die Gehaltserhöhung auf 4000 Rthlr. anzusetzen. Er erließ am 3. Februar 1820 eine dahin gehende Verfügung und theilte ihren Inhalt Plessen in dem nachstehenden Schreiben mit:

„Schwerin, den 4. Februar 1820.

Mein lieber Plessen! — Schon längst fühlte ich die unbedeutende Summe Ihres Gehalts gegen Andere, besonders in Rücksicht Ihrer vielen wichtigen Geschäfte und deren so treuen Ausrichtung, die meine unbegrenzte Dankbarkeit und Anhänglichkeit an Sie schon längst erregt und befestigt hat, und nur mit meinem Ableben aufhören wird. Daher empfangen Sie hieneben abschriftlich dasjenige, was ich desfalls erlassen habe. Nehmen Sie es als einen Beweis meiner aufrichtigen Freundschaft an und bleiben Sie ferner mein Freund und treuer Rathgeber (ich brauche es wahrlich jetzt mehr als jemals). So werde ich bis an mein Ende mich glücklich fühlen und mich stets nennen

Ihr getreuester Freund
Friedrich Franz."

Gleichzeitig erhielt Plessen ein ziemlich erregtes Schreiben seiner Gemahlin, welche ihn dringend bat, die Gehaltszulage abzulehnen, da es für ihn nicht passend sei, den Regierungsräthen gleichgestellt zu werden. Sie war entrüstet über die kleinlichen Machenschaften einer Beamten-clique, welche die guten Absichten des Großherzogs stets unwirksam zu machen strebe und Plessen's Verdienste nicht aufkommen lassen wolle. Die stolze Frau erklärte, sich lieber mit dem bescheidenen bisherigen Gehalt begnügen und darnach einschränken zu wollen.

Plessen machte ihr mit milden Worten bemerklich, daß eine Ablehnung nicht angehe. „Ich kenne Deine gute treue Absicht und den Grund Deines Eifers für mich. Aber was die Liebe zu hoch anschlägt,

muß ich besser oder richtiger zu würdigen wissen. Ich sage dies nur mit einem bescheidenen Sinn, aber nicht mit schüchterner Bescheidenheit." Er wies darauf hin, daß die Verdoppelung eines Gehalts immer als eine Auszeichnung aufgefaßt werden müsse. Wesentlich sei ihm überhaupt, daß die Intention dazu von seinem Fürsten ausgegangen. „Mögen auch Andere beschränkend auf dieselbe eingewirkt haben, so wissen wir schon, wie sie, ohne eigentliche böse Gesinnung gegen mich, nur an und für sich kleinlich und einseitig sind." Aber die für gerechte Würdigung ihres Gatten so besorgte Frau erfuhr doch die Genugthuung, daß Plessen in seinem Dankschreiben an den Großherzog jetzt auf die Anträge Bezug nahm, welche seitens der Cabinette von Wien und Berlin an ihn ergangen waren, und die er „ausgeschlagen habe, um in einer Stellung zu verharren, die ihm gestattete, seinem Fürsten und seinem Vaterlande zu nützen. Er habe bisher angestanden, dies zu melden, um auch den entferntesten Anschein zu meiden, dadurch eine Verbesserung seiner gegenwärtigen Lage herbeiführen zu wollen. Nachdem nunmehr eine spontane Verfügung des Großherzogs ihn dieser Rücksicht entbinde, glaube er den Vorgang auch nicht länger geheim halten zu sollen." Seiner Frau aber schrieb er, daß dieser Schritt seiner Natur doch eigentlich nicht entspreche und er ihn nur thue, um ihrem Wunsch und dem wohlmeinender Freunde entgegen zu kommen. Ueber den Eindruck, den Plessen's Bericht auf den Großherzog und die Schweriner Gesellschaft machte, wollen wir seiner Gattin das Wort lassen.

Frau von Plessen war den Winter über ziemlich leidend gewesen und hatte Ludwigslust nicht verlassen können. Der Großherzog hatte, wie gewöhnlich, Anfangs Januar sein Hoflager nach Schwerin verlegt. Auch er kränkelte an dem Asthma, das ihn schon vor langen Jahren befallen hatte und bis in sein hohes Alter begleitete. Dabei war er verstimmt durch die lange Abwesenheit Plessen's, den die Conferenz länger, als er ursprünglich angenommen, in Wien zurückhielt. Eine Menge von Geschäften war zu erledigen, eine Reihe höherer Posten, so der des Finanzministers (des Präsidenten der Lehns- und Domänenkammer, wie der eigentliche Titel lautete) neu zu besetzen. Der Großherzog war von Strebern und Bewerbern bedrängt; man verlangte seine Entscheidung. Er selbst sehnte sich nach dem Beistand seines Freundes und bewährten Rathgebers.

„Sie haben mir neues Leben gegeben" — schrieb er aus dieser Stimmung heraus an Frau von Plessen — „durch die Hoffnung, Ihren lieben Mann bald wieder zu sehen. Ich hatte schon allen Trost und Muth verloren. Wie nöthig er uns hier thut, kann ich gar nicht sagen. Ich fühle mich ganz verwaist. Aber die Hoffnung, ihn bald zu besitzen, giebt mir wieder Muth,. allen Cabalen zu widerstehen. Er ist mein einzigster Freund, der mir immer aus aller Noth heraushilft. Kommen Sie, meine gnädige Frau, denn nicht einmal hierher, um mich zu besuchen, da Sie jetzt doch wieder wohl sind. Mich verlangt auch recht nach Ihnen."

Dieser Aufforderung leistete Frau von Plessen Folge und begab sich am 28. Februar nach Schwerin, wo der Großherzog sie mit großer Herzlichkeit empfing. Sie besaß das Vertrauen des alten Herrn, der ihren Verstand und ihre Menschenkenntniß schätzte. Auch jetzt wirkte eine Aussprache mit ihr sehr wohlthuend auf ihn. Ueber den Schweriner Aufenthalt schrieb sie an Plessen:

„Abends war bei Hof die gewöhnliche Cour, wo ich von allen Bekannten aufs Freundlichste und Beste empfangen wurde. Da hörte ich denn erst die unendlich verschiedenen Gerüchte, die sich über Deine Anstellung in anderen Diensten auch hier verbreitet hatten. Von mehreren Menschen wurde ich bestürmt, doch die Wahrheit zu sagen, Dich zu bitten, es doch bekannt zu machen, da es von den allerbesten Folgen sein müßte u. s. w. Denke Dir nun meine Freude, als ich in Deinem am folgenden Tag mir nachgeschickten Briefe endlich lese, daß Du den Großherzog davon in Kenntniß gesetzt, und einige Minuten nachher ein mich bis zu Thränen rührendes Billet von ihm empfange, wo er in den allergefühlvollsten Ausdrücken mir seine große unendliche Freude bezeugt über das Opfer, das Du ihm und Deinem Vaterlande gebracht. Er schickte mir sogleich Deinen Brief, von dem er denn auch, wie man mir gesagt, den Mittag an der Tafel immer fort gesprochen, es Allen erzählt, aber Keinem gezeigt. Diese Nachricht war wie ein Lauffeuer durch ganz Schwerin gedrungen. Obgleich sie Alle schon viel davon gehört, mit unendlich gewaltigen Zusätzen, so wußte man doch nicht, woran man war, und Alles glaubte, Du müßtest dergleichen große Anerbietungen angenommen haben. Daß Du sie ausgeschlagen, daß Du in Mecklenburg bleiben wollest, rührte Alle, die ich seitdem sah, recht tief. Die Meisten sprachen nur mit Thränen davon. Es war ein so allgemeines Gefühl von hoher, begeisternder Achtung für Dein Opfer, eine so laut sich aussprechende gerührte Dankbarkeit und Anhänglichkeit und so sehr noch vermehrtes Zutrauen zu Dir, daß ich ein ähnliches Gefühl von Freude in Mecklenburg noch nie erlebt. Du setzest keinen großen Werth in Alles dies, ich weiß es wohl, Dir wird es aber doch nicht ganz gleichgültig sein können."

Die Rückkehr Plessen's nach Mecklenburg war auch noch aus einem anderen Grunde besonders erwünscht. Er entsprang einem Vorgang, der noch in den Herbst des Jahres 1819 fiel, den wir aber erst hier erörtern wollen, da seine Folgen im näheren Zusammenhang mit

den inneren mecklenburgischen Angelegenheiten standen und sich mit den großen in Wien verhandelten politischen Fragen nicht berührten. Am 29. November 1819 verschied Erbgroßherzog Friedrich Ludwig nach kurzem Krankenlager.

Plessen erhielt die erste Kunde durch einen Brief des Großherzogs, der per Estafette eintraf:

„Ludwigslust, 29. November 1819.

Lieber Plessen! — Mit tief bekümmertem und gebeugtem Herzen muß ich Ihnen eine höchst traurige Nachricht mittheilen. Mein ältester Sohn, der Erbgroßherzog, hat, wie Sie wissen, lange schon die Zeichen einer schwächlichen Existenz gezeigt, allein leider ist auf einmal das Uebel schlimmer geworden. Seit acht Tagen bekam er täglich die stärksten Fieber, die Nervenfieber wurden, und so hat denn Gott nach seinem heiligen Rathschluß gewollt, daß mein geliebter Sohn mir heute Morgen um $^1/_2$10 Uhr von der Seite gerissen ward. Ich bin gewiß überzeugt, daß Sie meinen gerechten Schmerz mit mir theilen, da Sie mir stets so viele thätige Beweise von Ihrer Anhänglichkeit an mich und mein Haus geben und gegeben haben. Er ist die letzte Zeit meist bewußtlos gewesen, indessen die letzten Stunden hat man doch bemerkt, daß er litt, und darauf ist das Ende erfolgt. Nach seinem letzten Willen will er ganz in der Stille beigesetzt werden, getragen von seinen Bedienten und gefolgt von seinen Kindern und Cavalieren. In einem andern letzten Willen, den er anno 12 gemacht hat, hat er Sie und den Hofmarschall von Oertzen seinen Nachlaß zu besorgen bestimmt. Heute Mittag um $^1/_2$1 Uhr ist Paul von Rostock angekommen. Aber leider hat er seinen Vater nicht mehr lebend vorgefunden. Die Erbgroßherzogin hat sich, wie immer, himmlisch standhaft benommen. Ich habe sie noch nicht gesprochen, was mir in gewisser Hinsicht sehr lieb ist, weil dies doch angreifen würde. Die Marie soll sehr leidend sein. Paul ist sehr traurig, aber gefaßt. Ich habe ihn nur einen Augenblick bei seiner Ankunft gesprochen. Nach Petersburg schicke ich den Oberst von Steinäcker mit eigenhändigem Briefe an Kaiser, Kaiserin und verwittwete Kaiserin, nach Strelitz, Weimar und Homburg den an der Tour zum Verschicken stehenden Kammerherrn von Both auf Kalkhorst. Nun, mein bester Freund, nehmen Sie sich ferner des verlassenen Vaters an und behalten Sie mir Ihre Liebe und Anhänglichkeit. Dieses traurige Ereigniß ist noch ein Grund mehr, warum ich Sie vom Bundestag zurückrufen muß, wenn die zugegebene Zeit um ist. Denn der Verblichene war mir doch oft eine Stütze, besonders in der Familie. Ich bin Zeitlebens mit der größten Werthschätzung und Anhänglichkeit

Ihr getreuester Freund
Friedrich Franz.

P. S. Ich hoffe, Sie werden des Verewigten Brief nebst Einlagen erhalten haben. Wer dachte, daß dies sein letztes Schreiben sein würde!"

Der Tod des Erbgroßherzogs war ein schwerer Verlust für das Land und das Fürstenhaus. Friedrich Ludwig besaß alle

Eigenschaften eines tüchtigen Regenten. Man setzte große Hoffnungen auf seine Thronfolge, die bei der Kränklichkeit des alternden Großherzogs nicht allzu fern zu liegen schien. Dagegen war der nunmehrige Thronerbe noch jung und unerfahren. Mit dem Hinscheiden seines Vaters fiel das Bindeglied zwischen der ältesten und jüngsten Generation aus. Die anderen drei Söhne des Großherzogs waren unvermählt, blieben es auch und waren ohne jeden persönlichen Einfluß. So fiel denn der erst kürzlich in den Familienkreis getretenen Wittwe des Entschlafenen die schwere Rolle zu, den Mittel- und Stützpunkt für die jüngeren Familienmitglieder zu bilden. Erbgroßherzogin Auguste trat mit großem Ernst und der ihr ganzes Leben kennzeichnenden Pflichttreue an diese Aufgabe heran. Sie war noch ziemlich fremd an diesem Hofe, und nun traf sie fast gleichzeitig der Verlust des Gatten und des Vaters. Der Landgraf verschied am 20. Januar 1820. Ihm succedirte sein Sohn, Prinz Wilhelm, dem wir schon früher auf dem Wiener Congreß begegnet sind. Die Erbgroßherzogin fühlte aber doch, daß bei den vielen Fragen, welche hinsichtlich des Nachlasses, ihres Wittwensitzes, der Erziehung der jüngeren Kinder u. s. w. auf sie einstürmten, ein Berather Noth thue, und sie schrieb daher an Plessen, bat ihn, seinen Aufenthalt in Wien womöglich zu unterbrechen, jedenfalls aber bald ins Land zurückzukehren und ihr beizustehen. Auch Großherzog Friedrich Franz, der jetzt erst fühlte, welche Stütze er an seinem ältesten Sohn gehabt, klagte in seinen Briefen an Plessen beständig über die lange Dauer der Conferenzen. Der Hofmarschall von Oertzen, der langjährige Freund und Begleiter des Erbgroßherzogs, that dasselbe. So sah sich Plessen denn täglich durch Briefe bestürmt, die ihn nach Mecklenburg zurückriefen, und dabei nahmen die Congreßverhandlungen einen Gang, der ihn zur Verzweiflung brachte. Ja, sie drohten ganz zu versanden, als der König von Württemberg durch einen mit wahrer Arglist ersonnenen Plan das Vertragswerk noch in elfter Stunde umzustürzen versuchte.

Dieser Coup war von langer Hand vorbereitet. Er brachte die Ueberhebung, die Eigenwilligkeit des Königs und dessen unaufrichtige Politik in auffälliger Weise zum Ausdruck. Schon im Januar waren die Conferenzmitglieder in vertraulichen Besprechungen und auf Metternich's Vorschlag dahin übereingekommen, das Ergebniß ihrer Berathungen in eine Acte zusammen zu fassen und als Supplement zur Bundesacte

den Fürsten zur Ratification vorzulegen. Der Bundestag sollte also diesmal gar nicht in Action treten. Graf Mandelslohe, der, wie gewöhnlich, ohne Instructionen war, hatte dies nach Stuttgart berichtet und die ihn selbst überraschende Antwort erhalten, daß der König diesem Project niemals zustimmen werde. Es werde dadurch in die Rechte des Bundestags eingegriffen, zu dessen Beschlußfassung diese Materie ohne Zweifel gehöre, und durch die Anerkennung ein neues Organ in die Bundesverfassung eingefügt. Nach einem solchen Präcedens sei den Großmächten (puissances prépondérantes) der Weg eröffnet, das Forum des Bundestags jedesmal dann zu umgehen, wenn ihnen die Oeffentlichkeit der dortigen Verhandlungen unbequem sei. Württemberg verlange daher, daß die Resultate der Wiener Conferenz an den Bundestag gelangten und dieser ordnungsmäßig darüber abstimme. Mandelslohe, dessen ängstlicher Natur jedes oppositionelle Auftreten zuwider war, schwieg über diese Instruction, mußte sich aber doch äußern, als Metternich in der 18. Sitzung am 4. März die bisher vertraulich getroffene Verabredung in die Form einer Proposition des Kaiserhofes kleidete, nach welcher die Supplementar- oder Schlußacte nach erfolgter Ratification publicirt und dem Bundestag einfach mitgetheilt werden sollte. Der schüchterne Württemberger wagte auch jetzt keinen offenen Widerstand, sondern beschränkte sich auf den Einwand, daß, wenn dies Verfahren eingeschlagen würde, doch wohl auch die Genehmigung der Großmächte, welche die Wiener Congreßacte garantirt hätten, für diese Erweiterung derselben einzuholen sei. Dieser Einfall war nicht glücklich. Er rief in der Versammlung allgemeine Entrüstung hervor und gab Metternich Anlaß zu der mit vielem Pathos vorgetragenen Erklärung, daß die deutschen Cabinette vollberechtigt seien, ihre Bundesangelegenheiten ohne fremde Einmischung zu ordnen, und der Kaiser, sein Herr, eine solche niemals zulassen werde. Mandelslohe zog nach dieser Zurechtweisung seine Bemerkung zurück. Aber der Stuttgarter Hof beharrte auf seiner Opposition, und der Gesandte mußte dessen förmlichen Protest in der Sitzung vom 29. März zu Protocoll geben. Inzwischen hatte Metternich die anderen Vertreter aufgefordert, ihre Zustimmung zu dem österreichischen Vorschlag in einer schriftlichen Erklärung abzugeben, was geschah. Plessen hatte keinen Anstand genommen, das Schriftstück zu unterzeichnen, da er über die württembergische Incartade

empört war. In einem ausführlichen Bericht vom 2. April entkräftete er die Begründung des Stuttgartes Hofes, welche sich auf den Wortlaut der Bundesacte zu stützen suchte. „Dieselbe sagt zwar Art. 4, daß die Angelegenheiten des Bundes von der Bundesversammlung besorgt werden; allein das heißt darum noch keineswegs, daß dieselbe das alleinige Organ des Bundes sei, und noch weniger ist dadurch ausgeschlossen, daß die Bundesglieder selbst oder durch ihre Cabinette, nicht auf eine andere Art zusammentreten könnten, sobald sie sämmtlich deshalb übereinkommen, um das Wohl und die Befestigung des Bundes noch in einem besseren und leichteren Einverständniß zu berathen. Beim Anfang der hiesigen Conferenzen hatte man sich freilich diese Form noch nicht so deutlich gedacht. Im Fortgang der Verhandlungen fand man aber sehr bald, daß, wenn etwas Festes und Bestimmtes zu Stande kommen sollte, die Sache selbst, bis auf Fassung und Ausdruck, hier genau und unabänderlich abgemacht werden müßte." Wollte man daher nicht eine bloße Comödie am Bundestag aufführen, so sei es ganz unthunlich, die festen Wiener Abmachungen noch einmal in Frankfurt zur Discussion zu stellen. Unerhört aber sei es von Württemberg, welches an der Berathung und Beschlußfassung Theil genommen, jetzt durch einen formalen Einwand das ganze Vertragswerk in Frage zu stellen. „Bei diesem Widerspruch gegen die Form der Verhandlung geschieht auch gleichzeitig ein heimlicher und nicht weniger gefährlicher Angriff gegen den Stoff und die Sache selbst, theils weil diese dadurch indirect gehindert würde, theils auch, weil Württemberg zugleich noch mit mehreren Einwendungen und Behauptungen aufgetreten ist, und zwar in einem so anmaßenden Tone, daß, wenn es nicht nachdrücklich damit zurückgewiesen würde, die hiesigen Conferenzen ohne bestimmte Resultate ausgehen könnten."

Für Alle die, welche wie Plessen sechs Monate „ehrlicher Arbeit" an das Zustandekommen dieses Werkes gesetzt hatten, kam es jetzt natürlich nur darauf an, den Widerstand des einen Opponenten zu besiegen. In diesem Bestreben waren sie einmüthig. Vielleicht war es die Heftigkeit des Kampfes und die Besorgniß, vergeblich getagt zu haben, die ihr Urtheil über die österreichische Proposition befangen machten. Es wäre ihnen sonst nicht entgangen und bei ruhigerer Behandlung der Frage wohl auch zur Discussion gelangt, daß die von Metternich gewählte Form zwar scheinbar eine Schonung der Würde des Bundestages

14*

bezweckte, in Wahrheit aber die Unzulänglichkeit dieses Organs nur noch stärker betonte, und auch wirklich, wie man in Stuttgart herausgefühlt hatte, dessen späterer Wirksamkeit bedenklich präjudicirte. Der österreichische Vorschlag entsprach in erster Linie den Interessen des Wiener Cabinets selbst. In der Kaiserstadt unter den Augen Metternich's hatten sich die Dinge leichter gefügt. In Frankfurt war man nicht so sicher, die Zustimmung der liberalen Regierungen zu finden. Die Zeit zwischen dem Auseinandergehen der Conferenz und der Abstimmung am Bundestag konnte Bedenken wach rufen, den Einfluß der öffentlichen Meinung und der liberalen Presse erstarken, Separatverbindungen einzelner Höfe entstehen lassen. Die demüthigende Form, in welcher die Beschlüsse vom 20. September 1819 publicirt waren, wollte man dem Bundestage nicht noch einmal zumuthen. Auch scheute man die Wiederholung der daran geübten Kritik. Metternich fand es unbequem, mißliebige Anträge in einem Präsidialvortrag zu vertreten und das Risico ihrer Verwerfung auf seine Schultern zu nehmen. So wählte er denn den jetzt betretenen Weg. Er gewann Bayerns und Preußens Zustimmung mit dem Hinweis, daß eine solche Demonstration den neuerungssüchtigen Cabinetten zur Warnung dienen und zugleich jedem Versuch vorbeugen werde, den Ständen der Einzelstaaten eine directe Einwirkung auf die Beschlüsse der Bundesversammlung zu gewähren. Die anderen Regierungen folgten, und der württembergische Protest fand sie alle geeint.

Uebrigens war der Zwischenfall bald erledigt. Die Versammlung beschloß, zunächst den Weg vertraulicher Vorstellungen zu beschreiten. Gentz verfaßte eine Widerlegung der württembergischen Protestnote, und der Kaiser hielt dem König in einem eigenhändigen Schreiben mit ernsten Worten das Tadelnswerthe seiner Handlungsweise vor. Während der Courier mit diesem Schreiben nach Stuttgart eilte, begab sich der König nach Weimar, um den Großherzog, dessen liberale Richtung bekannt war, für seine Sache zu gewinnen. Mit demselben Anliegen wandte er sich an die Höfe von München und Karlsruhe. „Wenn ich", schrieb Plessen, „die deshalb von Stuttgart nach München ergangene Depesche des Grafen Winzingerode an den Grafen Rechberg nicht selbst hier gesehen hätte, würde ich mich kaum von der Anmaßung und dem unhaltbaren Tone, die darin herrschen, überzeugt haben." Allein

die Versuche des Königs mißlangen, und mehr noch als der Ton der österreichischen Depeschen überzeugte ihn eine Abschrift des die Unterschrift aller Bevollmächtigten tragenden Actenstücks, das wir oben erwähnten, von der Unhaltbarkeit seines Standpunktes. Er gab seinen Widerstand auf, und der Rückzug war, wie ihn Plessen bezeichnete, ein kläglicher. Die Schlußacte war inzwischen fertig geworden, und mit Ausnahme Mandelslohe's von allen Conferenzmitgliedern unterzeichnet. Dieser gab nun in der 23. Sitzung eine äußerst lahme Erklärung zu Protocoll, nach welcher das Stuttgarter Cabinet es als ein bedauerliches Mißverständniß bezeichnete, wenn man ihm die Absicht zuschreibe, die Wiener Verhandlungen hindern zu wollen. Es habe nur formale Bedenken gehabt, die sich leicht beseitigen ließen, wenn man von dem Princip einer Supplementaracte absehen und die in Wien getroffenen, völlig verbindlichen Abmachungen zum Beschluß an den Bundestag bringen wollte, jedoch ohne dort irgend eine Erörterung zuzulassen. Plessen bezeichnete die württembergische Note als „Advocatenarbeit ohne jede staatsmännische Auffassung." Um die Sache endlich zu erledigen, ging die Conferenz auf den württembergischen Vorschlag ein. Vom 24. bis 26. April hielt sie täglich Plenarsitzungen, in welchen alle noch schwebenden Differenzpunkte ausgeglichen und die 66 Artikel des Vertragsinstruments im Wortlaut festgestellt wurden. Dasselbe erhielt nun den Titel: „Schlußacte der über Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes zu Wien gehaltenen Ministerialconferenzen". Die Acte sollte nicht, wie früher verabredet, von den Bundesfürsten ratificirt, sondern — dies war die Concession an Württemberg — „mittelst Präsidialvortrages an den Bundestag gebracht und dort, in Folge gleichlautender Erklärungen der Bundesregierungen, durch förmlichen Bundesbeschluß zu einem Grundsatz erhoben werden." Plessen stimmte zwar dieser Verfügung zu, gab aber dabei die Erklärung ab, daß er die früher gewählte Form als der Würde des Bundestages mehr entsprechend vorgezogen haben würde. Des letzteren Ansehen gewinne nicht durch Beschlüsse über Gegenstände, welche er nicht berathen habe. Ungeachtet dieser Kritik erhielt er den Auftrag, den Entwurf für den Präsidialvortrag zu machen. Ueber die Fassung desselben einigte man sich, ebenso über den Wortlaut der bei der Beschlußfassung in Frankfurt abzugebenden Voten der Einzelregierungen, die man möglichst in Uebereinstimmung

zu bringen suchte. Kurz, man war sorgfältig bemüht, jede Störung zu beseitigen. Trotzdem trat eine solche noch in letzter Stunde ein, und zwar in ganz unerwarteter Weise.

Der Herzog von Anhalt-Köthen ließ, zugleich im Namen der beiden anderen Herzöge seines Hauses, in der 25. Sitzung erklären, daß er seinen Beitritt zur Schlußacte davon abhängig mache, daß in dieselbe eine Bestimmung aufgenommen werde, welche die Regulirung der Flußschifffahrt den Obliegenheiten der Bundesversammlung zuweise. Wie wir schon oben flüchtig andeuteten, bestand zwischen Preußen und den anhaltischen Landen ein Zollstreit, dadurch hervorgerufen, daß der Tarif für die preußischen Landzölle, welche eine sehr hohe Consumtionssteuer in sich schloß, unrechtmäßiger Weise auch von den preußischen Zollstätten an der Elbe erhoben wurde, und demnach diejenigen Waaren, welche nach den anhaltischen Staaten verfrachtet wurden, diese Consumtionssteuer zu tragen hatten. Der Herzog, welcher selbst in Wien anwesend war, betrieb seine Beschwerde sehr energisch und brachte auch, wie Plessen berichtet, Belege vor, welche den Thatbestand feststellten. Daß der Herzog auf Grund des Artikels 115 der Congreßacte die Befreiung der Flußschifffahrt von den willkürlichen Zollerhebungen der Uferstaaten durchzusetzen suchte, war vollkommen begreiflich, nicht aber, daß er durch Verweigerung seiner Unterschrift die an dem vorliegenden Streit völlig unbetheiligten Regierungen zu einer Pression auf Preußen veranlassen wollte.

„Er ist in der That auf einen Abweg gerathen," schrieb Plessen am 8. Mai, „wenn er von der hiesigen Conferenz eine Abhülfe verlangt. Und seine im letzten Protocoll abgegebene Erklärung ist wirklich in so starken und unangemessenen Ausdrücken gegen Preußen abgefaßt, daß man wohl hätte Anstand finden können, sie aufzunehmen. Uebrigens wird der preußische Minister niemals autorisirt werden, sich hier auf die Sache einzulassen. Es steht zu hoffen, daß der Herzog vernünftigen Vorstellungen Raum geben wird und, wenn es demnächst hier zur Unterzeichnung der Schlußacte kommt, seinen Beitritt nicht wirklich versagen wird. Die Vollziehung jener Acte würde dadurch keineswegs aufgehalten noch behindert werden, doch möchte der Herzog dadurch fürs Künftige in unangenehme Collisionen gerathen."

Angesichts dieser Eventualität gaben denn auch die anhaltischen Herzöge ihr Obstructionsverfahren auf, nachdem Metternich sie damit vertröstet hatte, daß die Angelegenheit in den Verhandlungen der Dresdener Elbschifffahrtscommission zur Sprache gebracht werden sollte

und der Wiener Hof dabei seine guten Dienste eintreten lassen werde. So konnte denn in der 31. Sitzung vom 15. Mai die Schlußacte von allen Anwesenden unterzeichnet werden. Tags darauf reiste Plessen von Wien ab. Er vermochte den dringenden Bitten aus der Heimath nicht länger zu widerstehen. Seine Anwesenheit dort war noch nöthiger geworden, seitdem der Hofmarschall von Oertzen am 15. Februar plötzlich gestorben war. Die Regulirung des erbgroßherzoglichen Nachlasses fiel ihm nun allein zu. Auch hinsichtlich des fernern Aufenthalts und der Begleitung des Prinzen Paul mußten Entschlüsse gefaßt werden, bei denen der Großherzog an seinen Rath appellirte. Plessen hatte nicht nur ein persönliches Interesse daran, wie sich der fernere Bildungsgang des jungen Thronerben gestalte, sondern der ihm bevorstehende Antritt eines Ministerpostens wies ihm auch eine amtliche Einwirkung auf diese Verhältnisse zu. Bisher hatten der Legationsrath von Schmidt als Instructor und der Kammerherr von Bülow als Cavalier die Begleitung des Prinzen gebildet. Nun schien der bisherige Flügeladjutant des Erbgroßherzogs, Oberst von Steinäcker, ein aus der preußischen Armee übernommener Officier, die Neigung zu haben, in der Umgebung des Prinzen eine einflußreiche Stellung einzunehmen. Seine Freunde hatten ihn dem Großherzog warm empfohlen, und dieser war nicht abgeneigt, ihn der Person seines Enkels zu attachiren. Plessen aber hatte Gründe, dies nicht zu wünschen. Der Prinz war lebhaft, lebenslustig, von weicher, nachgiebiger Gemüthsart, und bedurfte, zumal in seiner Stellung als Verlobter, eines Berathers von viel Takt, Lebenserfahrung und Festigkeit des Charakters. Dies war zu ordnen und manches Andere mehr, die Stellung eines Kammerpräsidenten neu zu besetzen; — kurz, Plessen, der stets gewohnt war, seine eigenen Wünsche den Amtspflichten unterzuordnen, entschloß sich, Wien noch vor dem Ende der Conferenzen zu verlassen.

„Ich freue mich, nun bald wieder mit Dir und Euch Allen vereinigt zu sein, wenn ich gleich eben nicht angenehmen Geschäften und Eindrücken in Mecklenburg entgegensehe. Indessen erstere müssen doch auch abgemacht werden, und Pflicht und Vertrauen rufen mich dazu. Und so denke ich: in Allem wird Gott mir helfen und ein redlicher Wille mich führen. Ich habe gestern einen Brief vom Großherzog erhalten, nachdem er mir erst kurz zuvor geschrieben, und zwar sehr gerührt über meinen Entschluß, und wie er nun für seine übrigen Tage darüber beruhigt wäre, daß ich bei ihm bliebe. Ich habe ihm geantwortet, daß ich mich ihm mündlich noch näher äußern würde. Denn es ist doch nöthig, daß

dies so geschieht, daß man mir in Berlin die Sache nicht verübeln kann, was ich ebenso wenig möchte, als mich dem Vorwurf auszusetzen, indiscret gehandelt zu haben. Für uns wird es allerdings dort in Mecklenburg seinen Nutzen bei den Menschen haben und so der guten Sache und dem Dienst frommen, was wahrlich allein meine Absicht und mein Zweck war, da ich es sonst als das tiefste Geheimniß bewahrt haben würde. Aber freilich, man muß die Menschen nehmen wie sie sind."

Es fanden in Wien noch vier Plenarsitzungen nach seiner Abreise statt. Plessen hatte viel Arbeit im Redactionsausschuß gehabt und auch den Dank wohl verdient, den die Versammlung deren Mitgliedern in der Schlußsitzung aussprach. Die wichtigsten Fragen waren freilich erledigt, allein es kamen doch noch Materien zur Berathung, welche Plessen's Interesse besonders in Anspruch genommen hatten und über deren fernere Behandlung am Bundestag die Versammlung jetzt Abrede traf. Dahin gehörten: die Contingentsstellung, die Bundesfestungen (Mainz, Landau und Luxemburg wurden in der 34. Sitzung als solche designirt), die Austrägalinstanz, die Verbesserung der Lage der Juden, Verfügungen gegen den Nachdruck. Auch über eine veränderte Geschäftsordnung am Bundestag kam man überein und stimmte dem Vorschlag Metternich's zu, der das Amtsjahr in zwei Perioden getheilt wissen wollte. Während der einen, die vom 15. November bis Ostern reichte, sollte die Bundesversammlung vollzählig, eine Substitution nicht zuläßig sein und die Wirksamkeit sich auf die wichtigeren Berathungen und Beschlüsse erstrecken. In den anderen Monaten dagegen sollten laufende oder dringende Angelegenheiten vorgenommen werden, sowie Beurlaubungen und Substitutionen stattfinden können. Metternich erklärte außerdem noch, daß im Hinblick auf die von den sächsisch-ernestinischen Häusern ausgegangene Anregung der Kaiserhof damit einverstanden sei: „daß sämmtlichen regierenden Herzögen im Deutschen Bunde, mit Einschluß des Herrn Landgrafen von Hessen-Homburg, für ihre Personen das Prädicat „Herzogliche Hoheit" beigelegt werde, insofern die übrigen Höfe gegen eine solche Titulation nichts zu erinnern fänden". Alle die hierauf bezüglichen Schriftstücke wurden Plessen nach Mecklenburg nachgesandt, und er legte sie in einem Schlußbericht vom 3. Juli dem Großherzog vor.

Es mag von Interesse sein, hierbei auch einen Blick auf die dem Bericht beigefügte Berechnung der Kosten des Wiener Aufenthalts zu

werfen. Sie betrugen im Ganzen nach verschiedenen Münzsorten berechnet: 525 Dukaten, 119 Louisd'or, 8443 Gulden 27 Kreuzer Wiener Währung, was nach unserm Münzfuß ca. 24 100 Mark ausmachen würde. Eine außerordentliche Zulage erhielt der Gesandte nicht, durfte aber die Auslagen für Wohnung: 2886 fl., Equipage: 2017 fl., Trinkgeld an den Kutscher: 438 fl., für den Lohnbedienten: 793 fl., für die üblichen Neujahrsgeschenke, Trinkgelder 2c.: 626 fl. in Ansatz bringen. Die Reisekosten wurden mit einem halben Louisd'or pro Meile vergütet, was bei einem Hinweg von 124 und einem Rückweg von 114 Meilen den Betrag von 119 Louisd'or ergab. Der Kanzlist Helmcamp, welcher eigentlich zur Frankfurter Gesandtschaft gehörte, aber Plessen bei dieser, wie bei seinen anderen diplomatischen Missionen begleitete, erhielt eine tägliche Zulage von 4 fl., Plessen's Diener eine solche von 3 fl. Die Postporti beliefen sich in den sechs Monaten auf 175 fl. Nicht unbeträchtlich war der Posten der üblichen Kanzleigeschenke. Die Gratification an die kaiserliche Staatskanzlei betrug 100 Dukaten, und außerdem bekam der für solche Aufmerksamkeiten sehr empfängliche Gentz noch 300 Dukaten (ca. 2900 Mark). In Karlsbad waren ihm bereits 125 Dukaten behändigt worden.

Nachdem sich Plessen vom kaiserlichen Hof und den Conferenzmitgliedern verabschiedet, trat er in der Frühe des 17. Mai die Rückreise an, erreichte ohne Aufenthalt in achtundvierzig Stunden Prag und am Abend des 22. Berlin. In Dresden hatte er sich einen halben Tag aufgehalten, um mit dem mecklenburgischen Kammerrath Steinfeld zu conferiren, welcher Mitglied der dort versammelten Commission der Elbuferstaaten war. Es galt denselben über die in Wien getroffenen Verabredungen betreffs der Flußschifffahrt und insbesondere über den Ausgang der preußisch-anhaltischen Zollcontroverse zu informiren. In Berlin besuchte er Hardenberg und Wittgenstein, gab dem ersteren gegenüber auch wohl eine mündliche Erklärung ab über die Gründe, welche ihn zur Ablehnung der preußischen Offerte bestimmt hatten. Der König war, wie immer, sehr gnädig und lud ihn zur Tafel, eigens zu dem Zweck, ihn der künftigen Erbgroßherzogin vorzustellen, von deren Anmuth und herzgewinnendem Wesen Plessen entzückt war. Am Abend des 26. traf er in Ludwigslust ein und schloß die Seinigen nach siebenundeinhalbmonatlicher Abwesenheit wieder in die Arme.

Der Aufenthalt in der Heimath war aber kurz bemessen; er währte nur wenige Wochen. Sie vergingen ihm in rastloser Thätigkeit, in der Ordnung des erbgroßherzoglichen Nachlasses und der Entwirrung der schon oben angedeuteten, zum Theil recht unerquicklichen Personalfragen. Seine Abwesenheit war von verschiedenen ehrgeizigen Beamten und intriganten Höflingen benutzt worden, auf den Großherzog und den bejahrten Minister von Brandenstein einen ungünstigen Einfluß auszuüben. Größtentheils handelte es sich dabei um die Verfolgung eigennütziger Zwecke, die Erlangung einträglicher Stellen u. dgl. Plessen trat diesen unlauteren Bestrebungen sogleich mit der Entschiedenheit entgegen, die ihm eigen war, sobald es sich um sachliche Erwägungen handelte. Er stellte einfach die Cabinetsfrage und erklärte, daß er den Ministerposten nur dann übernehmen werde, wenn seine Gründe Gehör fänden. Dies gab natürlich den Ausschlag. Der Großherzog war entzückt, an seiner Seite wieder einen Mann zu haben, der das, was er für recht erkannte, auch entschlossen durchführte. Denn diese Entschlossenheit fehlte häufig seinem ersten Minister, der, obgleich wohlmeinend und überaus pflichttreu, dennoch den Einflüssen seiner Räthe oft mehr, als wünschenswerth, zugänglich war. Ueberdies war er damals kränklich und hatte während des Winters wochenlang das Haus gehütet. Plessen wußte das persönliche Verhältniß, das bei dem umständlichen Schriftwechsel der letzten Monate etwas gelitten hatte, wieder auf den besten Fuß zu setzen. Brandenstein, der große Stücke auf ihn hielt, war wohlthuend berührt von der frischen Kraft des thätigen und dabei so bescheidenen, nie sich vordrängenden Collegen. So knüpfte sich jetzt und befestigte sich im Laufe der Zeit immer mehr ein Freundschaftsverhältniß und ein geschäftliches Zusammenwirken, welches fünfzehn Jahre lang, d. h. bis zu Brandenstein's Tode ungetrübt bestand und in einer selbstlos umsichtig und einheitlich geleiteten Verwaltung der Landesangelegenheiten für Fürst und Volk von den segensreichsten Folgen war.

Wie Plessen das Vertrauen des Großherzogs Friedrich Franz gewonnen hatte, so schloß sich nun dessen Enkel, der zukünftige Thronerbe, mit einer fast ungestümen Zuneigung an ihn an. Auch zwischen ihnen entstand ein intimes Verhältniß, von dem ein umfangreicher Briefwechsel beredtes Zeugniß ablegt. Plessen erkannte in dem jugendlichen, noch unentwickelten Charakter des Prinzen Paul die Keime zu Anlagen,

welche nur einer gewissenhaften Pflege und der Abwehr schädlicher Einflüsse bedurften, um sich freier zu entfalten. Der Prinz hatte eine gute Fassungsgabe, besaß die im Kreise seiner Standesgenossen damals geforderten Kenntnisse und ein reines, unverdorbenes Gemüth. Aber er war im Ganzen eine weiche Natur, leicht bestimmbar und in seinen Beschäftigungen wenig ausdauernd. Ein heiteres, liebenswürdiges Temperament, große Natürlichkeit, Lebenslust und jugendlicher Uebermuth waren noch die hervorstechenden Seiten seines Wesens. Plessen nahm sich vor, ihn auch auf den Ernst des Lebens und die Pflichten seiner Stellung bestimmter hinzuweisen, und es ist ihm das in der That gelungen. Den Hausgesetzen gemäß erlangte der nunmehrige Erbgroßherzog gerade jetzt während Plessen's Anwesenheit am 13. Juni die bedingte Großjährigkeit. Einen Hofstaat erhielt er noch nicht. Kammerherr von Bülow, ein Sohn des Oberhofmarschalls, blieb auch ferner sein Cavalier. Der bisherige Gouverneur, Herr von Schmidt, trat in den Ruhestand und der Oberst von Steinäcker in den preußischen Heeresdienst zurück.

Es blieb Plessen nicht viel Zeit für die Regelung der heimischen Angelegenheiten übrig. Die Bundestagsgeschäfte riefen ihn schon wieder nach Frankfurt. Am 11. Juli traf er dort ein, nachdem er zuvor in Hanau seine beiden Söhne besucht hatte. Sie verblieben noch bis zum Herbst unter der Obhut des Professors Zipf. Plessen kam diesmal nach Frankfurt mit dem bestimmten Auftrag, die Geschäfte der Gesandtschaft am Bunde nur so lange noch zu führen, bis sein Nachfolger, der Strelitz'sche Minister von Pentz, sie aus seinen Händen entgegennehmen könnte, was indessen vor dem Spätherbst nicht erwartet wurde. Es lag Plessen sehr daran, daß in der Zwischenzeit noch die Berathungen über diejenigen Punkte zu Ende geführt würden, welche die Wiener Conferenz dem Bundestage zugewiesen hatte und deren Resultat eine nothwendige Ergänzung der Schlußacte darstellte. Die Schlußacte selbst war in der ersten förmlichen Sitzung der nach langer Unterbrechung wieder zusammengetretenen Bundesversammlung am 8. Juni zum Grundgesetz des Deutschen Bundes erhoben, — ganz so, wie es in Wien verabredet gewesen. Die Stimme für die beiden Mecklenburg hatte als deren interimistischer Vertreter der dänisch-holsteinische Gesandte Graf Eyben abgegeben. Durch ein Publicandum der Schweriner Regierung vom

13. Juli wurde die Schlußacte in dem „Officiellen Wochenblatt" bekannt gemacht. Inzwischen war Plessen aufs Höchste befremdet, gleich nach seiner Ankunft in Frankfurt bei seinen dortigen Collegen eine starke Neigung für einen baldigen Beginn der Ferien vorzufinden. Dieser schien ihm sehr wenig angebracht. Die Versammlung hatte bis zum 20. Januar 1820 Ferien gehabt, und diese waren dann noch wegen des langsamen Ganges der Wiener Conferenzen bis zum 8. April verlängert worden. Jetzt hatten erst fünf Plenarsitzungen stattgefunden, und schon wollten die Herren wieder auseinandergehen. „Ich habe hier allenthalben geäußert," schrieb Plessen, „wie ich meinerseits solche Ferien nicht für zulässig halten kann, so lange nicht die zur Berathung stehenden Gegenstände und darunter hauptsächlich die Militärorganisation weiter gefördert sind, auch daß ich mich in den Stand gesetzt und instruirt sähe, um über alle hier vorliegenden Gegenstände mich schon jetzt, soweit erforderlich, zu erklären."

Der Wiener Hof war der gleichen Ansicht und instruirte Buol dahin, daß die Unterbrechung der Arbeiten nur in dem Falle statthaben dürfe, wenn der Eingang der Instructionen für die Abstimmung nicht bis Anfang August zu gewärtigen sei. Für einige Fragen, wie die Austrägalinstanz, die Executionsordnung und die Flußschifffahrts-Bestimmung, handelte es sich übrigens um eine einfache Formalität; denn die Zustimmung war ja schon in Wien beschlossen. Die Instructionen liefen denn auch rechtzeitig ein, so daß die in Wien hinsichtlich dieser drei Materien gefaßten Beschlüsse in der 19. Sitzung vom 3. August die ihnen vorbehaltene Sanction durch die Bundesversammlung erhielten. Man blieb nun beisammen und ging ungesäumt an die Berathung derjenigen Fragen, welche in den letzten Separatprotocollen zu Wien zwar allgemein behandelt waren, deren definitive Erledigung man aber der Bundesversammlung zugewiesen hatte. Dahin gehörten: die Contingentsstellung, die Bundesfestungen, die Regelung des Handels und Verkehrs und die Angelegenheit der Mediatisirten, ferner noch in zweiter Linie: die Verbesserung der bürgerlichen Stellung der Juden, der Schutz gegen Nachdruck, die Geschäftsordnung des Bundestags und seine politische Stellung zur Stadt Frankfurt rc.

Für alle diese Gegenstände wurden nun im Laufe des August Commissionen gebildet. Plessen nahm dabei die auf ihn fallenden

Wahlen nur so weit an, als er erwarten durfte, daß die betreffende Materie noch während seiner Anwesenheit in Frankfurt erledigt werde. Dies war indessen bei keiner einzigen der Fall. Die alte Bundestagsmaschine arbeitete wieder mit der gewohnten Schwerfälligkeit. Namentlich in allen militärischen Angelegenheiten kam man wegen des steten Hin- und Herschiebens der Detailfragen zwischen den verschiedenen Ausschüssen nur äußerst langsam vom Fleck.

Obwohl das am 5. October eingereichte Gutachten der Militärcommission alle die Erleichterungen für die Contingentsstellung enthielt, die man in Wien verabredet hatte ($1^1/_2$ statt $1^5/_6$ Procent der Bevölkerung, davon $^1/_7$ statt $^1/_6$ Cavallerie), so hatten selbst an diesen mäßigen Anforderungen viele der kleinen Höfe noch zu mäkeln, und es vergingen Monate, ehe die Vorlage vor das Plenum gelangte. Ebenso ging es mit den Bundesfestungen. Zwar bestand über deren Besatzungsrecht kein Zweifel. Allein die Frage, ob die Unterhaltungskosten nach Maßgabe der Matrikel oder nach andern Grundsätzen repartiert werden sollten, war offen geblieben, und dies gab nun zu Differenzen Anlaß, welche namentlich Württemberg für seine beliebte Obstructionspolitik ausnutzte.

Es begann sich überhaupt, wie Plessen mit Unmuth wahrnahm, in der Bundesversammlung eine Gruppirung herauszubilden, welche einem einmüthigen Zusammenwirken sehr hinderlich war, sich in den nächsten Jahren immer mehr verschärfte und schließlich 1822 zu heftigen Scenen und einer Art Krisis führte. Als das treibende Element konnte der Württemberger Wangenheim gelten, dem die Sachsen Globig und Carlowitz und der Darmstädter Harnier secundirten. Im zweiten Treffen dieser Opposition standen der Bayer Aretin und der Kurhesse Lepel. Ein guter Beobachter der Frankfurter Verhältnisse (aber nicht Plessen) schrieb damals:

„Aretin läßt die Anderen reden, schließt sich aber meistens den Beschlüssen gegen Oesterreich an. Lepel stimmt offen und unverhohlen für Alles, was gegen die Großmächte ist. Auf die Grafen Eyben, Grünne und Beust ist nicht zu rechnen; sie sind beiden Parteien persönlich befreundet, und wenn sie auch gegen die Großmächte nichts unternehmen, so sind sie doch auch nicht für sie zu gebrauchen; macht man Ansprüche an sie, so schützt der Eine die Forderung der Ehre, der Andere das Pandektenrecht vor; im Grunde liebäugeln auch sie mehr oder weniger mit der Popularität. Bayern hält noch am meisten auf seine Unabhängigkeit. Daher darf dies Gouvernement nicht gereizt werden, wenn

man es für die Sache der Großmächte gewinnen will. Dieses ist auch gar nicht so schwer, da der Minister von Rechberg das bayerische System vergißt, sobald man in irgend einem magischen Spiegel die Revolution und den Fürst von Metternich als deren Bändiger zeigt."

Die heftigeren Fluctuationen jener am Bundestag herrschenden Oppositionsbewegung fallen nicht mehr in die Zeit des Plessen'schen Aufenthalts daselbst. Er sah sie indessen noch entstehen und hatte für die separatistischen Tendenzen, die darin zum Ausdruck kamen, ein sehr abfälliges Urtheil. Schon die Darmstädter Handelsconferenz, die im September 1820 zusammen kam, erschien ihm als eine Art von Sonderbund und ebenso sehr wirthschaftlich bedenklich als politisch verdächtig. Wie erinnerlich, hatte Berstett schon in Wien mit Marschall und du Thil die Grundzüge zu einer solchen Handelsvereinigung insgeheim entworfen und anderen Collegen vertraulich mitgetheilt. In Folge dessen waren Württemberg, die Großherzoglich und Herzoglich Sächsischen, so wie die Reußischen Länder und später auch Bayern dem Project beigetreten. Es war noch in Wien zum Abschluß einer Convention gekommen und die Verabredung getroffen, im Herbst zu Darmstadt die Berathungen fortzusetzen. Bei diesen Verhandlungen waren die meisten Höfe durch ihre Frankfurter Gesandten vertreten, die sich mehrmals in der Woche nach dem nahen Darmstadt begaben.

Plessen berichtete darüber am 23. September, daß die Verhandlungen vorläufig noch nicht klar erkennen ließen, wo man eigentlich hinauswolle. Eine Menge sich kreuzender Ansichten trat dabei zu Tage. Die Majorität scheine die Aufhebung der Binnenmauthen und eine Zollgrenze gegen das übrige Deutschland im Auge zu haben. Es sei aber zu besorgen und bereits erkennbar, daß einzelne Staaten diese Zolleinigung zu politischen Zwecken zu benutzen und dieselbe zu einem Sonderbunde auszugestalten bestrebt seien, welcher eine geschlossene Stellung am Bunde begünstige. Man müsse daher diese Bestrebungen aufmerksam beobachten. Uebrigens sei ein solcher Zollbund ohne débouchés an den Küsten nicht lebensfähig. Die Darmstädter würden daher versuchen, auch Kurhessen, Oldenburg und Hannover, letztere im Hinblick auf die Küste, zum Anschluß an ihren Handelsbund zu bestimmen. Dadurch werde auch der Norden Deutschlands in die Angelegenheit hineingezogen.

Als mecklenburgischer Landstand und Grundbesitzer war Plessen naturgemäß Freihändler. Auch die Handelspolitik der großherzoglichen Regierung bewegte sich in der gleichen Richtung. Der Landesherr war als Inhaber eines bedeutenden, zwei Fünftel des ganzen Landesgebietes ausmachenden Domaniums gleichsam der reichste Grundbesitzer Mecklenburgs, und seine wirthschaftlichen Interessen deckten sich in diesem Sinne mit denen der Ritterschaft. Jedwedem Anschluß an einen größeren Zollverband mußten daher Regierung und Stände gleichmäßig widerstreben. Dazu kam, daß die Verfassung so eng mit dem directen Steuer- und Abgabewesen verwachsen war, daß eine durchgreifende Aenderung des letzteren, wie sie die Einführung hoher Finanzzölle mit sich gebracht hätte, auch die staatsrechtliche Grundlage leicht hätte erschüttern können. Man betrachtete demnach in Mecklenburg alle Zolleinigungen innerhalb des Bundes mit argwöhnischem Blick, und hieraus erklärt sich die oben geäußerte Besorgniß Plessen's, daß der zur Zeit in Darmstadt geplante Zollbund auch die Seeküsten zu erreichen streben werde. Es war schon schwierig genug, sich den damals bereits beginnenden preußischen Werbungen zu entziehen.

Plessen's Befürchtungen waren aber diesmal grundlos. Anfangs freilich wurde der Vorschlag einer Aufhebung der Binnenmauthen in den süddeutschen Handelskreisen mit Jubel begrüßt. Auch führten die Darmstädter Conferenzen zur Klärung mancher wirthschaftlichen Frage. Als es sich aber um die Aufstellung eines bestimmten Zolltarifs handelte, kam die Kleinstaaterei und die particularistische Mißgunst wieder voll zum Ausdruck. Man gerieth an einander; der Streit dauerte mehrere Jahre. Und nachdem im Sommer 1823 Hessen-Darmstadt und Bayern ihren Austritt angekündigt, löste sich der Congreß auf. Wangenheim fühlte in ihm die letzte Stütze seines phantastischen Triasprojects zusammenbrechen.

Plessen sah dem Scheitern der politischen Pläne seines einstigen Collegen bereits aus der Ferne zu. Nachdem sich die Bundesversammlung am 26. October 1820 auf sechs Wochen vertagt hatte, war er am 12. November nach der Heimath abgereist. Die letzten Wochen hatte er mit der Theilnahme an verschiedenen Ausschußsitzungen und der Ordnung seiner häuslichen Angelegenheiten verbracht. Als er mit seiner Familie nach Frankfurt gezogen war, hatten die Kosten der Einrichtung seines

Hauswesens, Mobilien, Tafelzeug, Wagen ꝛc. eine Ausgabe von 13 746 Gulden erfordert, wofür ihm aus der großherzoglichen Kasse ein Zuschuß von 4000 Gulden zugebilligt war. Den gleichen Zuschaß beantragte er jetzt für seinen Nachfolger Herrn von Pentz. Dieser nahm ihm einen Theil seiner Einrichtung zum Taxwerth ab, der Rest wurde versteigert. Immerhin blieb von den aus eigenen Mitteln aufgewendeten 9700 Gulden ein großer Theil ungedeckt.

Der Abschied von der fröhlichen Mainstadt wurde Plessen nicht leicht. Er hatte dort angenehme Jahre verbracht, in dem anregenden kosmopolitischen Verkehr Genuß und Belehrung gefunden, in dem amtlichen Wirkungskreise Ansehen und Einfluß erlangt und manche persönliche Beziehung angeknüpft, die er nur ungern aufgab. Der Kreis, in den er nunmehr eintrat, war enger, das persönliche Verhältniß unfreier, das geschäftliche Leben einförmiger. Allein er ging mit dem frischen Muth, den wir an ihm kennen, an die Aufgabe heran. Erleichtert wurde sie ihm durch das unverhohlene Vertrauen, mit dem man ihm im ganzen Lande entgegenkam. Der engere Ausschuß der Ritter- und Landschaft richtete am 22. November an den Großherzog ein Schreiben, worin er um die Erlaubniß bat, „Serenissimo die allgemeine herzliche Freude des Landes über die Rückkehr des Ministers von Plessen, sowie den Dank der Stände dafür bezeugen zu dürfen, daß Se. Königl. Hoheit diesen nicht allein in Mecklenburg, sondern in ganz Deutschland hochverehrten Mann ungeachtet der selbigem nach anderen Seiten hin eröffneten glänzenden Aussichten der gesegneten Wirksamkeit in seinem näheren Vaterlande zu erhalten gewußt" hätten. Zugleich wurde in der Eingabe der Wunsch ausgedrückt, auch „dem Minister von Plessen selbst die Freude des Landes und der getreuen Stände über seine glückliche Rückkehr in das geliebte Vaterland bezeugen zu dürfen." Nachdem der Großherzog diese Schritte mittelst eines sehr gnädigen Handschreibens genehmigt, traf in Ludwigslust eine aus sechs Mitgliedern bestehende ständische Deputation ein, welche bei dem Landesherrn und seinem Minister die Empfindungen der Landtagsversammlung mündlich zum Ausdruck brachte.

Das war für Plessen ein schöner ermuthigender Anfang, allein er sollte bald erkennen, daß die Unterhandlung mit den mecklenburgischen

„getreuen Ständen" nicht so leicht und bequem war, wie mit den Frankfurter Collegen, und die Popularität eines Ministers, wenn es sich um Geldfragen handelt, rasch verfliegt. Schon im nächsten Jahre, 1821, in welchem neben dem ordentlichen Herbstlandtag noch ein außerordentlicher Frühjahrslandtag abgehalten wurde, hatte er als erster Schwerinscher Commissarius einen schweren Stand. Es handelte sich um die Verfechtung der von beiden Großherzögen gestellten Forderung eines Beitrags der Stände zu den Militärlasten, welche durch die Bestimmungen der Wiener Schlußacte eine beträchtliche Erhöhung erfahren hatten. Plessen, der, wie wir gesehen haben, in den Commissionen für die Contingentsstellung persönlich thätig gewesen war, sollte nun das, was man am grünen Tisch beschlossen hatte, auch praktisch zur Durchführung bringen. Der Widerstand der Stände war ein lebhafter und entschiedener. Wie immer in solchen Fällen beriefen sie sich auf die alten Verträge, denen zufolge die Kosten des Landesregiments ausschließlich den beiden Landesherren zufielen. Der Conflict spitzte sich immer mehr zu. Auf dem nächstfolgenden Landtage von 1822 trugen die Stände auf Beschreitung des Rechtsweges und Anrufung der Compromißinstanz an, deren Einsetzung Plessen, wie wir uns erinnern, 1817 nicht ohne Mühe am Bundestage durchgedrückt hatte. Während der Großherzog von Strelitz sich nun mit den Ständen des Stargarder Kreises dahin verglich, daß deren Beitrag zunächst provisorisch für die Dauer von zwei Jahren gefordert und bewilligt wurde, lehnte Großherzog Friedrich Franz auf Plessen's Rath die Anrufung der Compromißinstanz auf das Bestimmteste ab. Für Plessen war dabei der Grundsatz entscheidend gewesen, daß Bundesrecht unter allen Umständen vor Landesrecht gehe und Mehransprüche des Bundes an die Territorialstaaten unbestreitbar von dem ganzen Lande, nicht aber nur von einem Theile desselben, welcher im vorliegenden Falle das Großherzogliche Domanium war, getragen werden mußten. Ueberdies war die Mehrbelastung keineswegs drückend und im Interesse der Wehrkraft des Bundes unvermeidlich. Wohin sollte es führen, wenn die Stände der Einzelstaaten gleich von vorne herein jedes Opfer ablehnten, welches dem Wohle der Gesammtheit zu gute kam. Es gewährte ihm daher eine gewisse Genugthuung, daß gerade in dem Augenblicke, als der Conflict zu einer Krisis zu führen drohte, ein Ruf von auswärts ihn wieder in die Reihen der

Männer führte, welche sich vorzugsweise mit den Gesammtinteressen Deutschlands beschäftigten.

Schon seit einigen Monaten war der Gedanke einer Wiederaufnahme der letzten Wiener Berathungen in Metternich's Kopf aufgestiegen. Diesmal sollten sie aber in einem kleineren Rahmen stattfinden. Diesmal galt der Angriff, zu dem Gentz die stilistischen Waffen schmiedete, nicht sowohl den Demagogen und Unruhestiftern, als den oppositionellen Höfen und in letzter Linie dem Bundestage selbst. Die Gentz'sche Denkschrift über die Veränderung der Bundeseinrichtungen und eine andere über die Knebelung der Presse lagen bereits fertig vor. Die Vorarbeiten zum Congreß von Verona schoben die Angelegenheit zunächst in den Hintergrund. Während der dortigen Zusammenkunft aber hatte Metternich den gleichfalls anwesenden Bernstorff für eine intimere Besprechung in Wien gewonnen, an welcher nur noch einige wenige mit den Bundesangelegenheiten besonders vertraute Staatsmänner Theil nehmen sollten. In diesem vertrauten Kreise glaubte er seine Pläne rückhaltloser darlegen zu können als in einer zahlreich besuchten Ministerconferenz. Am 16. December war der Veroneser Fürstencongreß beendet und noch auf der Rückreise, am 20., schrieb Metternich aus Venedig an Plessen, um ihn zur Theilnahme an den Besprechungen einzuladen. Es hieß darin: „Ew. Excellenz haben mit Ihrer tiefen Kenntniß der deutschen Angelegenheiten und mit Ihrer bewährten Einsicht zur Aufstellung des Gebäudes, welches alle Bundesstaaten in Deutschland vereinigt, so kräftig mitgewirkt, daß es unter meine angenehmsten Erwartungen gehört, Ihres Beiraths auch bei der Befestigung und Vervollkommnung desselben nicht zu entbehren." Welche Gegenstände zur Berathung kommen sollten, war nicht gesagt. Indessen ließ sich annehmen, daß das Zusammensein Plessen's mit den einflußreichsten Staatsmännern Deutschlands ihm Gelegenheit geben würde, die Grundsätze, welche die mecklenburgische Regierung in dem Conflicte mit den Ständen verfocht, auch in Wien näher darzulegen und die Rechte seines Herrn dabei zu vertreten. In ständischen Kreisen machte dies auch einen gewissen Eindruck. Der Großherzog Georg von Strelitz, der gegen Plessen stets sehr gnädig gesinnt war, schrieb ihm:

„Es ist beschämend für unsere Stände, daß sie dem nämlichen Manne, der dem Vaterlande so große Opfer brachte, dessen Rückkehr an das Ruder der

Geschäfte sie förmlich feierten — daß sie, sage ich, gerade diesem Manne und gleich beim ersten unangenehmen Geschäft so wenig Vertrauen zeigten. Es liegt daher in dieser Reise wirklich noch für Sie eine ganz persönliche Genugthuung und Compensation für die erhaltene Wunde, und dies freut mich noch ganz besonders, weil es jeden Tag allgemeiner gefühlt werden muß, wenngleich die Herren natürlich sich sehr hüten werden, es einzugestehen."

So trat denn Plessen am 8. Januar 1823 zum dritten Male die Reise nach der alten Kaiserstadt an. In Berlin hielt er sich einen halben Tag auf. Die Beziehungen zwischen dem preußischen und seinem eigenen Fürstenhause hatten sich naturgemäß intimer gestaltet, seitdem der Ehebund zwischen Erbgroßherzog Paul Friedrich und Prinzessin Alexandrine am 25. Mai 1822 in Berlin vollzogen war. Das junge Paar bewohnte seitdem das zweite Stockwerk in dem Ludwigsluster Schlosse. Einen eigenen Hofhalt führte der Erbgroßherzog nicht. König Friedrich Wilhelm III. hing mit besonderer Zärtlichkeit an dieser Tochter. Der Umstand, daß die Entfernung von Berlin nach Ludwigslust nicht weit und ein Verkehr jederzeit leicht möglich war, hatte ihm den Abschied wesentlich erleichtert. Aber die Prinzessin war noch sehr jung, — an ihrem Vermählungstage war sie erst eben in ihr neunzehntes Jahr eingetreten, — und es lag dem königlichen Vater sehr viel daran, in ihrer Umgebung eine Persönlichkeit zu wissen, auf deren Rath und Fürsorge sie in der neuen, nicht ganz leichten Stellung zählen konnte. In diesem Sinne war seine Wahl auf Frau von Plessen gefallen, die er lange, schon aus der Zeit, als sie noch Hofdame von Helene Paulowna gewesen, kannte, die er ungemein schätzte und der er nun die Stellung einer Oberhofmeisterin übertragen zu sehen wünschte. Der alte Vertrauensmann der königlichen Familie, Oberhofmeister von Schilden, machte auch hierbei den Vermittler. Friedrich Franz war völlig damit einverstanden. Allein Frau von Plessen kannte die Schattenseiten des Hoflebens aus eigener Erfahrung zu gut, um ihre Unabhängigkeit gegen eine glänzende Unfreiheit einzutauschen. Sie wich dem Antrage mit der Bemerkung aus, daß ihre häuslichen Pflichten sich mit der Uebernahme der obliegenden Functionen nicht vereinigen ließen. Allein unter dem Ansturm von allen Seiten gab sie schließlich mit Genehmigung ihres Gatten so weit nach, daß sie die Stellung provisorisch für die Dauer eines Jahres zu versehen versprach. In dieser Eigenschaft hatte sie den Vermählungsfeierlichkeiten beigewohnt, die Vorstellungen

der Damen in den Residenzen Schwerin und Ludwigslust vorgenommen und seitdem in fast täglichem intimem Verkehr die Zuneigung und das Vertrauen der jungen Erbgroßherzogin gewonnen. Der Zustand derselben erforderte jetzt besondere Schonung und Fürsorge, da sie ihrer Niederkunft zum Frühjahr entgegensah. Länger als bis zum Ablauf der Wochenpflege wünschte aber Frau von Plessen ein Amt nicht fortzuführen, welches ihre Zeit übermäßig in Anspruch nahm. Auf dieses Verhältniß beziehen sich einige Bemerkungen Plessen's über seinen Aufenthalt in Berlin am 9. Januar 1823:

„Mittags 1 Uhr kam ich an, schickte gleich zu Wittgenstein, der aber zum Militärdiner beim König war. Lützow besuchte mich; nach dem Diner kam Wittgenstein zu mir; ich nahm einige Abrede mit ihm und gab ihm den Brief der jungen Erbgroßherzogin an den König. Nun machte ich meine Besuche, zuerst bei Schilden, den ich aber nicht traf und nachher auch nicht wieder gesehen habe. Nur weiß ich von Wittgenstein, daß er mit diesem kürzlich über Deinen letzten Brief und wegen der Oberhofmeisterin gesprochen. Wittgenstein findet die Gräfin Rehden durchaus dazu passend, meint aber, daß sich diese mit dem Erbgroßherzog nicht vertragen, auch sonst die Stelle nicht annehmen würde. Auch habe man für den Fall einer Vermählung des Kronprinzen wohl die Absicht, sie dort zu placiren. Wittgenstein meinte, ob Du die Stelle nicht noch ferner behalten könntest, wenn auch in weniger genirtem Verhältniß und bloß mit einer gewissen oberen Aufsicht. Ich habe mich aber bestimmt dagegen erklärt. — Ich fuhr nun gerade zum Kronprinzen, ward gleich angenommen, sehr gnädig empfangen und unterhielt mich mit ihm allein eine gute halbe Stunde. Dann ging ich zu Fräulein von Kamecke*), die gleich unten daneben wohnt. Sie machte Toilette, hatte Ordre gegeben, Niemanden anzunehmen; ich übergab den Brief der Erbgroßherzogin nebst meiner Karte und saß schon wieder in meinem Wagen, als ein Mädchen keuchend denselben auf dem Schloßplatz wieder einholte, indem Fräulein von Kamecke doch sehr mich zu sprechen wünschte, da sie meine Karte gesehen. Ich ließ mich rühren und kehrte zu ihr zurück, wo sie mich dann äußerst freundlich empfing, nach vielen Dingen fragte, und ich ihr so aufrichtig und so viel sagte, als zur Sache diente. Besonders wollte sie wissen, wie es nun mit der Oberhofmeisterin wohl würde, da Du es bestimmt nicht bleiben wolltest. Ich sagte, man müßte sich aufs Suchen legen, noch wäre dort durchaus keine Wahl getroffen. Sie erzählte mir auch, wie sie Dir kürzlich geschrieben, und wie sie auch die Erbgroßherzogin zur Folgsamkeit stets und noch kürzlich ermahnt habe. Sie schien es sehr anzuerkennen, daß ich zu ihr gekommen war. — Nun fuhr ich zum Herzog Carl von Strelitz, den ich aber nicht traf, jedoch nachher in des Königs Loge lange und ausführlich gesprochen habe. Denn wie ich nun ins Theater kam, stand Buchheim an der Casse, um mich zu präveniren, daß der Fürst Wittgen-

*) Sie war Erzieherin der Erbgroßherzogin Alexandrine gewesen, besuchte dieselbe häufig in Mecklenburg und blieb mit ihr fortgesetzt in vertrautem Verkehr. Auch am Berliner Hofe war sie eine bekannte und beliebte Persönlichkeit.

stein mich noch vorher zu sprechen wünsche und schon ein paar Mal geschickt habe. Ich stieg also gleich wieder in den Wagen und fuhr zu ihm, da er mir denn anzeigte, wie der König mich zu sehen und zu sprechen befohlen, ich möchte im Concertsaal in die königliche Loge nur gleich hereinkommen. Dies geschah, wo mich dann der König in seine kleine Loge kommen ließ und sich sehr gnädig mit mir eine Zeit lang unterhielt über meine vorhabende Reise, besonders aber über die Erbgroßherzogin, von deren Befinden und sonstigen Verhältnissen ich ihm denn nur erfreuliche Dinge sagen konnte, aber auch erfuhr, daß selbige in ihren Briefen Deiner immer nur mit Lob und Zufriedenheit, auch mit Anhänglichkeit gedenkt. Der König sah sehr wohl und heiter aus. Nachher sprach ich in der Loge auch noch Prinzeß Luise, ging von da eine halbe Stunde ins Theater, fuhr nachher erst zum Besuch bei Fräulein von Lützow und zum kleinen Souper bei Wittgenstein, wo ich tête à tête mit ihm ganz interessant bis 1/2 1 Uhr Nachts geplaudert und so, wie Du bemerken wirst, meinen halben Tag in Berlin sehr benutzt habe."

Nach einer durch starken Schneefall erschwerten Fahrt langte Plessen am Morgen des 17. in Wien an, stieg wieder im „Römischen Kaiser" ab, konnte aber die früher von ihm bewohnten guten Zimmer nicht erhalten, weil sich eine Baronin Rothschild darin etablirt hatte. Er übersiedelte daher einige Tage später nach der „Kaiserin von Oesterreich", wo auch der preußische Minister Graf Bernstorff wohnte. In Folge dessen sahen sich die beiden befreundeten Staatsmänner häufig auch außerhalb der Sitzungen, und die gegenseitige Zuneigung, wie die Gemeinsamkeit der politischen Anschauungen gestalteten diesen Verkehr aufs angenehmste. Gleich in den ersten Tagen fanden bei Metternich mehrere vertrauliche Conferenzen zwischen ihm, Bernstorff und Plessen statt. Später wurden auch der bayerische Minister von Zentner und der badische Bundestagsgesandte von Blittersdorf herangezogen. Ersterer war von Metternich geladen, letzterer proprio motu von seinem Großherzog nach Wien geschickt, um Aufschlüsse über die badischen Kammerwirren zu geben und die Unterstützung des Kaiserhofs für den Fall einer Krisis anzurufen. Sonst waren keine deutschen Minister geladen. Doch wurden gelegentlich einige der in Wien accreditirten Gesandten zu den Besprechungen hinzugezogen. Diese hatten einen streng vertraulichen Charakter. Protocolle wurden nicht geführt. Auch sandte Plessen keine Berichte an den Großherzog oder das Ministerium.

Die Nachrichten über den Verlauf der Verhandlungen sind mithin sehr spärlich. Wir wissen indessen, daß die Vorschläge Metternichs, wie sie in der Gentz'schen Denkschrift verarbeitet waren und, soweit sie

sich auf einen Eingriff des Bundestags in die Landesverfassungen bezogen, an dem energischen Widerstande Bernstorff's scheiterten, dem sich Plessen und Zentner unbedingt anschlossen. Der zweite Theil der Denkschrift nämlich stellte die Forderung auf: der Bundestag solle im Interesse des Gesammtwohls befugt sein, die Landesverfassungen einzelner Staaten auf Antrag der betreffenden Regierungen abzuändern, vor Allem aber dahin zu wirken, daß die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen beschränkt oder selbst aufgehoben werde, damit nicht der schädliche Einfluß der in diesen Verhandlungen zu Tage tretenden demagogischen Maximen auf die ruhige Bevölkerung anderer Staaten einwirke. Bernstorff verwahrte sich gegen eine solche Zumuthung, durch welche man den Rechtsboden der Schlußacte verlasse, und Plessen stand keinen Augenblick an, ihn darin zu unterstützen, wenngleich eine derartige Auslegung des Bundesrechtes unzweifelhaft die Stellung der mecklenburgischen Regierung in dem derzeit schwebenden Conflicte mit den Ständen stärken mußte.

Auch die anderen Vorschläge der Hofburg, welche ein Niederhalten der Presse, eine Beschränkung der Tagung der Bundesversammlung auf vier Monate und die Aufhebung der Veröffentlichung ihrer Protocolle betrafen, fanden nicht die Zustimmung der Conferenz. Hinsichtlich der Presse einigte man sich schließlich dahin, den Preßausschuß des Bundestages wieder in Thätigkeit zu setzen und zum Einschreiten gegen einige besonders aufgeregte süddeutsche Blätter anzufeuern. Nur mit einem Antrage hatte Metternich Glück, dem nämlich, der eine Säuberung des Bundestages von den oppositionellen Elementen bezweckte. Die Mitglieder der Conferenz fanden, daß in der That in der Bundes-Versammlung unfruchtbare Debatten, welche nur die Eigenliebe der Redner befriedigten, eingerissen seien, daß Rechthaberei und zänkische Intrigue das sachliche Urtheil der Mitglieder trübten und daß es an der Zeit sei, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Wie wir schon oben andeuteten, waren Wangenheim und seine beiden hessischen Collegen in dieser Hinsicht höchst lästig geworden.

Zur Beseitigung des ersteren bot nun ein Zwischenfall die Hand, den wir hier nur flüchtig berühren können. Der König von Württemberg hatte sich durch das von den drei Großmächten erlassene Veroneser Circularschreiben verletzt gefühlt. Zwar war dasselbe in dem von Metternich beliebten dictatorischen Tone verfaßt. Allein keiner der

anderen deutschen Bundesstaaten hatte eine Empfindlichkeit darüber gezeigt. Graf Winzingerode mußte nun auf Befehl seines Herrn und sehr gegen seinen eigenen Willen ein Rundschreiben an die württembergischen Gesandten erlassen, welches einer feierlichen Verwahrung gegen die angebliche Rechtsverletzung Ausdruck gab. Der indiscrete Wangenheim zeigte es einigen seiner Frankfurter Collegen, so auch Herrn von Pentz. Dieser bezeichnete es in einem Berichte vom 20. Januar 1823 als „wirklich merkwürdiges Product gereizter Eitelkeit, Schwäche, Empfindlichkeit, Galle und Ueberschätzung der württembergischen Monarchie und ihrer Stellung unter den Staaten Europa's." In der württembergischen Depesche war gesagt: man habe allen Grund, die diplomatische Neuerung mit Besorgniß zu betrachten, welche darin bestünde, daß die „cours prépondérantes" die auf den Congressen gefaßten Beschlüsse den anderen Höfen einfach mittheilten und die Möglichkeit anderer Auffassung völlig unberücksichtigt ließen. Aber nicht nur die unzulässige Form, sondern auch der Inhalt dieser Beschlüsse, welche in die Rechte unabhängiger Staaten eingriffen, errege Bedenken. Ein solches Verfahren rechtfertige die äußerste Reserve. Ganz besonders anstößig aber war ein in der Depesche vorkommender Ausdruck, welcher die Congreßmächte als solche bezeichnete, „qui ont hérité de l'influence que Napoléon s'était arrogée en Europe." Eine solche Sprache im Munde eines von Napoleon creirten Königs mußte einen Sturm von Entrüstung hervorrufen. Eine Maßregelung des Stuttgarter Hofes und seines vorlauten Wortführers am Bundestage fand daher die allgemeine Billigung, und die Conferenz stimmte Metternich zu, wenn er die Beseitigung einer zänkischen Opposition in der Frankfurter Versammlung für unerläßlich hielt.

Zur Durchführung dieses Vorhabens schien aber auch ein Wechsel im Präsidium unbedingt geboten. Metternich hatte ihn, wie wir aus seiner Karlsbader Unterredung mit Plessen wissen, schon früher im Auge gehabt. Buol war theils zu weich und nachgiebig, theils wieder zu heftig. Diese Ungleichmäßigkeit im Auftreten hatte seine Autorität untergraben. So suchten denn Metternich und Bernstorff gleich in der ersten vertraulichen Abendconferenz vom 17. Januar Plessen aufs Neue für die Annahme des Präsidialpostens zu gewinnen. Dieser erwiderte mit der gleichen Entschlossenheit wie früher. Er sei entschlossen, sein Dienstverhältniß in Mecklenburg so lange nicht zu verlassen, als

sein Herr, der Großherzog Friedrich' Franz, lebe. Dazu habe er sich diesem gegenüber durch eine bindende Zusage verpflichtet, und jedwede Bestimmung in dieser Frage hänge nicht von ihm allein ab. Selbst diese formelle Ablehnung genügte aber nicht. Einige Tage später bemerkte Metternich zu Plessen, daß der Kaiser sehr bereit sei, an den Großherzog zu schreiben, um eine Dienstveränderung zu bewirken, „da doch die Stelle eines Präsidialgesandten nicht dem österreichischen Interesse allein, sondern auch dem allgemeinen Wohl des deutschen Bundes gewidmet sei." Einem solchen Wunsch des Kaisers werde der Großherzog wohl nachgeben und ihn, Plessen, seines Wortes entbinden. Plessen ließ aber durchblicken, daß auch diese Demarche keinen Erfolg haben werde. Er sei eben seinem Fürsten und Lande nicht mit einem Wort, sondern mit dem Herzen verbunden und wolle beiden freiwillig auch ferner dienen. In der Meinung, daß ihm ein preußisches Dienstverhältniß vielleicht mehr zusagen würde, erneuerte auch Graf Bernstorff seine Anträge vom Winter 1820, natürlich mit dem gleichen Mangel an Erfolg. Welchen Werth man auf Plessen's Erfahrung und seine Kenntniß der Bundesangelegenheiten legte, beweist noch der Umstand, daß der nunmehr zum Präsidialgesandten designirte Baron von Münch-Bellinghausen angewiesen wurde, seinen Rath über die am Bundestag zu beobachtende Haltung einzuholen. Es fanden dieserhalb mehrere streng vertrauliche Conferenzen statt, denen auch Metternich und Bernstorff beiwohnten und denen eine Denkschrift Plessen's zu Grunde gelegt war. In derselben waren diejenigen Punkte hervorgehoben, die ihm geeignet schienen, „durch eine zweckmäßigere Leitung den Bundestagsverhandlungen mehr Ordnung, Zusammenhang, Gehalt und Würde zu verschaffen."

Für Buol, der gleichfalls in Wien anwesend war, mochte dies nicht angenehm sein. Plessen schrieb an seine Frau, er komme oft mit ihm zusammen, und ihr gutes Einvernehmen sei durch diese Verhältnisse nicht getrübt. Uebrigens scheine er mit seiner Versetzung selbst nicht ganz unzufrieden zu sein. In der Folge ging Münch nach Frankfurt. Er war ein Bureaukrat von strictester Observanz, hing an den Lippen seines Herrn und Meisters Metternich, zeigte sich aber geschickter als sein Vorgänger und wußte sich bis zum Jahr 1848 an der Spitze der Bundesversammlung zu behaupten. Ein Jahr nach der Abberufung

Buol's wurde auch der sanftmüthige Goltz durch den Generalpostmeister von Nagler ersetzt, einen überaus thätigen Mann von schroffem, anspruchsvollen Wesen, in Frankfurt wenig beliebt, aber durch seine Tüchtigkeit den Collegen imponirend und durchaus befähigt, dem Vertreter der Hofburg die Stange zu halten. Abgesehen von dem äußeren Glanz der Stellung mochte einer schaffensfreudigen Natur wie Plessen der Verzicht auf die fernere Theilnahme an den Bundesangelegenheiten vielleicht jetzt nicht schwer fallen. Das Ansehen des Bundestags war unverkennbar im Abnehmen. Der vornehme Müßiggang, dem seine Mitglieder nothgedrungen verfielen, hätte Plessen auf die Dauer schwerlich zugesagt. Er hatte den Bund mit begründen helfen. Mit der Schlußacte war diese Arbeit beendigt und die Aussicht, den Organismus kräftiger auszugestalten, vorläufig gering. In der Heimath dagegen winkte ihm ein Feld der Thätigkeit, das seine Kräfte vollauf in Anspruch nahm und auf dem sich Erfolge erzielen ließen, die Befriedigung gewährten. Als daher Metternich beim Abschied ihm nochmals bemerklich machte, daß man in Wien die Hoffnung, ihn für den kaiserlichen Dienst zu gewinnen, nicht aufgebe, zumal in dem Fall, daß die Verhältnisse sich ändern sollten und er durch eine Zusage nicht mehr gebunden wäre (womit wohl ein Thronwechsel gemeint war), konnte Plessen mit gutem Gewissen erwidern, daß er das Schmeichelhafte solcher Anerbieten zu schätzen wisse, daß er sich aber in dem Bewußtsein, seinem Vaterlande und Fürstenhause nützen zu können, vollkommen glücklich fühle.

Mit diesen Empfindungen schied er am 1. März von Wien und traf um die Mitte desselben Monats in Ludwigslust ein. Der Großherzog, der sich durch die Gerüchte der erneuten Anerbietungen sehr beunruhigt gefühlt hatte, war hoch erfreut, aus Plessen's Munde die Versicherung zu vernehmen, daß er an der gegebenen Zusage festhalte. Diese Treue gegen Fürst und Land machte auch bei den Ständen großen Eindruck, und auf dem im Mai in Schwerin zusammentretenden Convocationstage kam es wesentlich unter Plessen's Einwirkung zu einer gütlichen Auseinandersetzung über den Beitrag zu den Militärlasten. Plessen's Einfluß sowohl bei Hofe als in den Kreisen der Ritterschaft war neu befestigt, und sein Einvernehmen mit den Ständen wurde von da an durch keine Differenz mehr getrübt.

Der Großherzog, in dem Gefühl, daß er dem treuen Diener doch eine öffentliche Anerkennung schuldig sei, verlieh ihm mittels eines sehr gnädigen Cabinetsschreibens vom 18. Juli 1823 als „Beweis seiner Achtung und Dankbarkeit" die Anwartschaft auf das nächste heimfallende Lehen. Allein diese wohlwollende Absicht ward nicht zur That; denn bei Lebzeiten Plessen's fiel kein einziges Lehen an die Krone zurück. Es stand geschrieben, daß dieser Staatsmann sich nicht im Dienste seines Fürstenhauses bereichern sollte.

Die Vermögenslage Plessen's war indessen derart, daß er solcher Zuwendungen für einen standesgemäßen Lebensunterhalt nicht bedurfte. Die Zinsen aus Livland gingen jetzt regelmäßig ein, und durch den Verkauf eines seiner Gemahlin in Folge neuer Erbauseinandersetzung mit deren Brüdern zugefallenen Ritterguts — der älteste Schwager Balthasar war kurz zuvor gestorben — sah er sich zur Gründung eines Familienfideicommisses in den Stand gesetzt. Er wählte dazu das Gut Dolgen bei Laage, welches er 1824 nach getroffener Vereinbarung mit seinen Brüdern annahm. Hier pflegte er von da an in jedem Sommer einige Monate zuzubringen, und zwar gewöhnlich in der Zeit, während welcher das Hoflager nach Doberan verlegt war. Die Geschäfte folgten ihm zwar auch dahin. Boten mit Mappen kamen und gingen. Dem Großherzog wurde es schwer, irgend eine wichtige Entscheidung ohne seinen Rath zu treffen. „Ich bedaure" — schrieb er einmal — „daß ich Sie so oft mit Geschäften behellige. Allein, wo ich nicht sicher bin, das Rechte zu treffen, da muß mein Freund helfen." Auch von andern Mitgliedern des Fürstenhauses wurde er vielfach in Anspruch genommen. Der junge Erbgroßherzog Paul Friedrich, dessen Verhältniß zu dem alternden Großvater nicht immer das beste war, bedurfte sehr häufig seiner Vermittelung, ebenso wie dessen Gemahlin sich mit besonderem Vertrauen an Frau von Plessen wandte, wenngleich diese ihr Amt als Oberhofmeisterin im Frühjahr 1824 definitiv niedergelegt hatte. König Friedrich Wilhelm schrieb ihr darüber aus Potsdam am 6. Juni 1824:

„Da es mir nicht möglich war, Ihnen durch Herrn von Rehden zu schreiben, so werden Sie mir erlauben, es jetzt nachträglich zu thun, um Ihnen noch einmal schriftlich meine innige Dankbarkeit auszudrücken für die Opfer, die Sie Ihrer Lage nach meiner Tochter während zweier ganzen Jahre gebracht haben in der alleinigen Absicht, ihr in ihren neu gestalteten Verhältnissen durch Leitung und Rath Nutzen zu bringen. Wenn es zu Ihrer Beruhigung und

Genugthuung dienen kann, zu wissen, wie sehr ich dies erkenne, so hoffe ich, daß Sie es längst wissen müssen. Auch Alexandrine, seien Sie davon fest überzeugt, erkennt dies ebenso sehr als ich.

Seit zwei Jahren hat sie das Terrain näher kennen gelernt, auf das sie die Vorsehung versetzt hat; ich darf daher hoffen, daß sie nun durch eigene Erfahrung und durch Ihre Anleitung gelernt haben wird, was zu ihrem wahren Nutzen und Frommen erforderlich ist. Dennoch wird sie noch immer in Verhältnisse gerathen, wo geprüfter Rath ihr von Nöthen sein wird. Diesen wird sie sich auch ferner von Ihnen erbitten; denn ich habe sie dazu aufgefordert, und sie hat es mir versprochen. Und gewiß werden Sie ihr diesen mit derselben Offenheit und Freimüthigkeit geben, als Sie es bisher gethan haben.

Erlauben Sie mir schließlich, Ihnen die Versicherungen meiner besonderen Achtung und Werthschätzung zu wiederholen.

Ihr ergebener
Friedrich Wilhelm."

Zur Oberhofmeisterin wurde nun Frau von Lützow ernannt, die Gemahlin des in Berlin als Gesandter accreditirten Oberhofmeisters. Sie nahm ihren Wohnsitz in Ludwigslust und begleitete Herrn von Lützow nur zeitweise auf seinen Posten, den er im Sommer gewöhnlich mit längerem Urlaub verließ. Das Plessen'sche Ehepaar bewohnte in Ludwigslust eines der geräumigen Häuser, welche bereits Herzog Friedrich für die höheren Hofbeamten in der Nähe seines Schlosses erbaut hatte. Von den Söhnen war der ältere, Fritz, auf der Schule in Wismar und unter Aufsicht des dort lebenden Onkels. Der jüngere, Hermann, wurde Anfangs von einem Hauslehrer unterrichtet, später besuchte er das Johanneum in Lüneburg. Seit seiner Rückkehr von Frankfurt hatte Plessen eine junge Verwandte, Julie von Horn, in sein Haus aufgenommen. Sie stand mit seiner Tochter in gleichem Alter, wurde mit dieser zusammen erzogen und von den Eltern ganz wie ein eigenes Kind behandelt. Luise von Plessen vermählte sich später mit dem Regierungsrath Friedrich von Oertzen, nachdem Julie von Horn kurz zuvor einem Engländer, dem in hannöverschen Diensten stehenden Major Baring die Hand gereicht hatte. Das Plessen'sche Haus wurde bald zum geistigen Mittelpunkt der kleinen Residenz. Es ging von ihm durch die mannigfachen Beziehungen zum Auslande, durch die häufigen Besuche durchreisender Staatsmänner und foreigners of distinction, welche namentlich während der Doberaner Badezeit in Ludwigslust Rast hielten, durch die Pflege von Kunst und Literatur eine Anregung aus, welche die meisten anderen, mit der großen Welt weniger in Berührung

gekommenen einheimischen Familien nicht zu bieten vermochten. Plessen war gastfrei, und seine Frau liebte die Geselligkeit. Sie war noch immer eine anmuthige Erscheinung. Ihre gewinnenden Formen und ihre anziehende Unterhaltung fesselten die Besucher ihres Salons. Ein Porträt Plessen's aus jener Zeit zeigt ihn uns als einen ziemlich hochgewachsenen Mann von stattlicher Gestalt. Der Ausdruck des Gesichtes ist geistvoll, die Stirn hoch und frei, das Haar darüber dicht, dunkel und kraus, der Mund edel und fein geschnitten. Nach der Sitte der Zeit trug Plessen Kinn und Oberlippe rasirt und nur längs der Wange einen schmalen, kurz gehaltenen Bart. Im Sommer pflegte das Plessen'sche Ehepaar eine Badereise zu machen; dann folgte der Aufenthalt in Dolgen, und im Spätherbst begab sich der Minister regelmäßig als erster landesherrlicher Commissar auf den Landtag, der abwechselnd in Malchin oder Sternberg abgehalten wurde.

VIII.

Die diplomatische Phase in dem Leben Leopold's von Plessen, welche darzustellen wir uns vorgenommen hatten, schließt mit dem Jahre 1823 ab. Die Wirksamkeit der folgenden Jahre war ausschließlich dem innern Staatsdienst gewidmet. Nur zweimal noch entzogen ihn besondere Aufträge seines Fürsten vorübergehend der ministeriellen Thätigkeit. Im Jahre 1834 nahm er an den Conferenzen Theil, welche vom 13. Januar bis 12. Juni in Wien abgehalten wurden und neben der Berathung über Mittel zur Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe auch eine partielle Revision der Schlußacte von 1820 bezweckten. Drei Jahre später, 1837, wurde er aus Anlaß der sensationellen Orleans'schen Heirathsangelegenheit noch einmal mit einem diplomatischen Auftrag betraut. Auf diesen werden wir weiter unten aus besonderen, dort näher zu erörternden Gründen zurückkommen. Würde es sich hier um eine Biographie Plessen's handeln, so würden natürlich auch die soeben erwähnten Wiener Conferenzen ausführlich zu besprechen sein. Wir können aber dem Leser nicht zumuthen, noch einmal den mühsamen Gang durch die langwierigen und unfruchtbaren Verhandlungen jenes Ministercollegiums anzutreten, zumal deren Endergebniß ein sehr dürftiges, für die Geschichte des Deutschen Bundes ziemlich belangloses war. Nur der Vollständigkeit wegen und weil Plessen auch in dieser Versammlung wieder seinen Einfluß und seine Arbeitskraft zur Geltung brachte, schließlich auch in Berücksichtigung dessen, daß es die letzte der das Bundeswerk zum Abschluß bringenden Conferenzen war, mag sie hier mit wenigen Strichen skizzirt werden.

Der Plan zu dieser vertraulichen Ministerzusammenkunft war in einer Begegnung festgestellt, welche Fürst Metternich im Juli 1833 mit dem preußischen Minister Ancillon in Teplitz gehabt hatte. Letzterer war dem 1832 abgetretenen Grafen Bernstorff im Amte

gefolgt und sicher nicht der Mann, sich dem Einfluß Metternich's zu entwinden. Indessen waren diesmal die Vorschläge des österreichischen Staatskanzlers doch weniger verhängnißvoll für Preußen, als bei jener früheren Teplitzer Unterredung im Juli 1819. Sie beschränkten sich auf allgemeine Andeutungen über die gefährlichen Umtriebe der revolutionären Partei und die Nothwendigkeit, Mittel zu ihrer Abwehr aufzusuchen. Welcher Art diese Mittel sein sollten, war auch in dem Einladungsschreiben, das die beiden Großmächte im August erließen, nicht gesagt. Auf die Anfrage einiger Höfe, wie man denn dem Uebel zu begegnen gedenke, erfolgte von Wien die harmlose Antwort: „Das wolle man ja gerade von ihnen erfahren.“ Die Undurchsichtigkeit dieses Verhaltens erregte zwar bei den constitutionellen Regierungen Mißtrauen und Verstimmung, doch konnten sie die Beschickung der Conferenz nicht wohl ablehnen. Preußen hatte gewünscht, daß die Staaten durch ihre Minister und nicht durch ihre Bundesgesandten vertreten würden, weil es sonst auf eine Zusammenkunft des Bundestags, nur an einem anderen Orte, hinausliefe. So fand denn Plessen diesmal nur wenige Bekannte aus der Versammlung von 1820 vor. Es waren dies Fritsch, du Thil, Berg und Smidt. Bernstorff fehlte ihm sehr. Zwar war diesem, da Ancillon gerade kurz vor dem Eröffnungstermin erkrankt war, die Vertretung Preußens vom König angeboten worden. Allein der über seine Entlassung verstimmte Staatsmann lehnte eine solche Gastrolle ab. Der Justizrath Graf Alvensleben ward nun nach Wien delegirt; später kam auch Ancillon nach.

Wie bei den früheren Conferenzen wurden auch diesmal die Materien an verschiedene Commissionen vertheilt. Plessen war Mitglied der drei wichtigsten, sowie der Redactionscommission, bei welcher an Stelle des vor anderthalb Jahren verstorbenen Gentz jetzt der Hofrath Freiherr von Werner als Protocollführer betheiligt war. Metternich hatte sich doch entschließen müssen, eine Art von Programm aufzustellen, in welchem vier Punkte als der Abhülfe zumeist bedürftig bezeichnet waren: Der Mißbrauch, welcher mit mehreren Bestimmungen der in Deutschland eingeführten Constitution getrieben werde, die Einwirkung der revolutionären Faction auf die Jugend, die Zügellosigkeit der Presse und der Zwiespalt, welcher zwischen den Particularverfassungen und der Bundesverfassung bestehe. War auch Plessen an einen langsamen

Geschäftsgang derartiger Ministerconferenzen gewöhnt, so wurde diesmal seine Geduld doch auf eine äußerst harte Probe gestellt. Monate vergingen mit Commissionsberathungen, deren Ergebniß schließlich nur ein sehr unbefriedigendes war. Gelang es auch, ein Schlußprotocoll von 59 Artikeln zu Stande zu bringen, so war doch eine Ausgestaltung des Bundesorganismus, eine Kräftigung der Bundesgewalt, wie Plessen sie erhofft und in den Commissionen zur Geltung zu bringen sich redlich bemüht hatte, in keiner Weise erreicht. Das einzige befriedigende Resultat war noch die Einsetzung eines permanenten Schiedsgerichts, welches die Zwistigkeiten zwischen den Regierungen und ihren Ständen definitiv beizulegen bestimmt war. Im Uebrigen enthielt das Schlußprotocoll allgemeine Phrasen und einige polizeiliche Verordnungen bezüglich der Presse und des Universitätswesens. Von einer Revision der Schlußacte, wie sie Metternich im Auge gehabt, war nicht mehr die Rede. Ueberall, wo man versucht hatte, dem Bunde eine stärkere Einwirkung auf das Verhalten der Regierungen ihren liberalen Kammern gegenüber zuzuweisen, hatten die süddeutschen Bevollmächtigten die Bestimmungen abgeschwächt, die Ausdrücke verallgemeinert. Selbst der Impresario des ganzen Unternehmens, der sieggewohnte Metternich, konnte sich nicht verhehlen, daß der Ausgang der Verhandlungen ein verschleiertes Fiasco war, und viel hätte nicht gefehlt, so wäre ihm das mit so viel Mühe zu Stande gebrachte Werk noch im letzten Augenblick in der Hand zerschlagen worden. Wie vor vierzehn Jahren Württemberg, so war diesmal Bayern der Störenfried. Am 29. Mai 1834 waren alle Bevollmächtigte zur Unterschrift autorisirt, nur der bayrische nicht. Vergebens wartete man einige Tage auf das Eintreffen des Münchener Couriers. Man erfuhr unter der Hand, daß der sehr einflußreiche Minister des Innern, Fürst von Oettingen-Wallerstein, das ganze Conferenzproject bekämpfe, weil die Souveränität des Königs durch die von ihm geforderten Verpflichtungen gegen den Bund beeinträchtigt werde. Der König, hieß es, sei gewillt, seinen Beitritt zu versagen. Es bedurfte der ungewöhnlichen Gewandtheit Metternich's und seines geheimen Einflusses in den Münchener Hofkreisen, um diesen Schlag abzuwenden. Jedoch mußte die Conferenz sich bequemen, das ganze Protocoll noch einmal durchzunehmen und nach den bayrischen Wünschen zu amendiren. Was darin für die Autorität des Bundes noch von Werth sein konnte, ging dabei verloren.

Enttäuscht kehrte Plessen nach der Heimath zurück. Der ganze Verlauf der Conferenz war nur ein neuer Beleg für die Unzulänglichkeit des Bundesorganismus, für die innere Zerfahrenheit Deutschlands und den allgemeinen Mangel an Verständniß für die Einheitsidee bei den Fürsten, wie bei den Völkern. Die Freudigkeit an solchen Arbeiten, die doch zu nichts führten, war ihm genommen, aus dem Bunde das nicht geworden, was ihm vor zwanzig Jahren vorschwebte, als er den Entwurf einer deutschen Verfassung herausgab. Er, der Minister, und sein hochsinniger Herr hatten andere Pläne gehabt, andere Hoffnungen gehegt!

Am 24. Juni traf er wieder in Ludwigslust ein. Es war das seine letzte Dienstreise gewesen. Während der drei Lebensjahre, die ihm noch beschieden waren, verließ er Mecklenburg nur zweimal, in diesem und im nächsten Sommer, für einige Wochen, um seine Frau nach Marienbad zu begleiten, wo sie beide die Kur gebrauchten. Frau von Plessen litt seit einigen Jahren an einem organischen Uebel, welches sie zwang, in jedem Jahr regelmäßig eine Brunnenkur vorzunehmen, übrigens aber keinen gefährlichen Charakter bekundete. Sie konnte ihren häuslichen und gesellschaftlichen Pflichten durchaus nachkommen und befand sich meistens wohl und in heiterer Stimmung. So schrieb sie noch am 3. April 1835 an ihren Bruder Hermann:

„Auf dem Segen unseres theuren vortrefflichen Vaters, den er bei meinem Abschied von ihm auf mich und Alle, die mir dereinst zugehören würden, ausgesprochen hat, ruht auch der Segen Gottes! Wie fühle ich das täglich mit tief gerührtem, dankbaren Herzen! Es geht mir wohl auf Erden, meine Verhältnisse sind alle glücklich. Mein Lebensschicksal ist an einen Mann gebunden, der zu den vorzüglichen, ausgezeichneten gehört, und der es ist, weil seine Seele glaubensvoll dem ergeben ist, von dem allein alle guten und vollkommenen Gaben kommen. Auch an meinen Kindern erlebe ich nur Freude. Wie lange aber dies Erdenglück noch währen wird, steht in Gottes Hand. Ich werde jetzt oft daran gemahnt, daß ich wohl nahe dem Zeitpunkt stehe, wo mich mein himmlischer Vater zu sich rufen will."

Und dieser Zeitpunkt war näher, als sie damals glauben mochte. Freilich fehlte es auch an bestimmten Anzeichen dafür. Die Marienbader Kur des Sommers 1835 hatte einen guten Erfolg gehabt, und es war sogar die Rede davon, daß Frau von Plessen die Erbgroßherzogin auf einer Reise nach Petersburg begleiten sollte. Das russische Kaiserpaar war im Frühjahr mit Paul Friedrich und seiner Gemahlin

am Berliner Hofe zusammen getroffen. Dort hatten die beiden Schwestern den Besuch in der russischen Hauptstadt verabredet und Kaiser Nikolaus dabei ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen, Frau von Plessen möge sich den mecklenburgischen Herrschaften anschließen, um ihr Geburtsland und den dortigen Verwandtenkreis bei dieser Gelegenheit wiederzusehen. Die Reise, die ursprünglich für den Herbst desselben Jahres 1835 geplant war, wurde auf das nächste Frühjahr verschoben. Sophie von Plessen sollte aber ihre russische Heimath nicht wiedersehen. Im September befand sie sich in Gesellschaft ihrer Tochter, Frau von Oertzen, in Dolgen, während der Minister beim Großherzog in Doberan weilte. Ein Unwohlsein, welches leichter Art zu sein schien, veranlaßte sie, für einige Tage gleichfalls nach Doberan zu gehen, um einen der dortigen Aerzte zu consultiren. Dort trat ganz unerwartet eine Verschlimmerung ein, und zwar so plötzlich, daß die Kranke am 21. September, ohne vorher bettlägerig gewesen zu sein, in den Armen ihres Gatten verschied. Auf dem freundlichen Friedhofe des Orts wurde sie bestattet.

Tief erschüttert kehrte Plessen von der Grabstätte zurück. Nach dem Einblick, den wir in den Schriftwechsel der beiden Gatten gethan, können wir ermessen, was diese Frau ihm im Leben gewesen, und wie der Verlust für ihn ein unersetzlicher sein mußte. Nach menschlicher Berechnung war nicht zu erwarten gewesen, daß die treue Gefährtin ihm im Tode vorangehen werde. Mit ihr erlosch auch der wärmende Strahl, der den Abend seines Lebens erleuchtete. Schwer lastete auf ihm die Vereinsamung in dem öden Hause, das die Kinder längst verlassen hatten. So wurde aus dem ernsten ein stiller, trauriger Mann. In der Arbeit suchte und fand er das Mittel, sich seinen schmerzlichen Gedanken zu entreißen, und als eine besondere Fügung mochte er es erkennen, daß sich gerade jetzt das Feld seiner Wirksamkeit noch erweiterte.

Am 12. April 1836 verschied im einundachtzigsten Lebensjahre sein alter Freund und langjähriger College Freiherr von Brandenstein. Es war natürlich, daß Plessen an seine Stelle rückte. Hatte in den letzten Jahren seine Thätigkeit auch schon mehrfach in die amtliche Sphäre des alternden Collegen eingegriffen, so war er doch stets bedacht gewesen, die Würde und Stellung des letzteren zu schonen. Dies bezog sich namentlich auf die Abneigung Brandenstein's gegen jedwede Neuerung in der Administration. Diese war von einem veralteten Bureaukratismus

durchwachsen, von schwerfälligem Geschäftsgang und mancher Reform bedürftig. So weit es, ohne die Bequemlichkeit und die Gewohnheiten des betagten Ministerpräsidenten zu stören, irgendwie thunlich gewesen, hatte Plessen schon einige kleine Verbesserungen in dem Regierungsmechanismus eingeführt. Jetzt, wo er freie Verfügung hatte, ging er energischer vor. Die angestrengte Thätigkeit, welche die Verwaltung mehrerer Aemter — denn er hatte auch das eines Cabinetsministers behalten — von ihm erforderte, bot eine willkommene Ableitung von schmerzlichen Rückblicken. Dazu gesellte sich ein häufiger Wechsel des Aufenthalts in Ludwigslust und Schwerin. Die Geschäfte des Cabinets waren am Hoflager des Großherzogs zu erledigen. Die Kanzleien der Regierung befanden sich in der Landeshauptstadt.

An den Einzelheiten der Regierungsgeschäfte konnte sich Friedrich Franz nicht mehr in dem Maße wie früher betheiligen. Am 10. December 1836 vollendete er sein achtzigstes Lebensjahr. Die Schwächen des Alters machten sich geltend. Zwar blieb sein Geist rege und ungetrübt. Allein das asthmatische Leiden, das ihn schon seit zwanzig Jahren quälte, zehrte an seinen Kräften. Sein Verhältniß zu Plessen war stets das gleiche, sein Vertrauen in dessen Rath ein unbedingtes, seine Zuneigung zu ihm echt und warm.

Es war daher ein neuer schmerzlicher Verlust, wenngleich in anderer Art wie der zuletzt erlittene — als am 1. Februar 1837 der Tod ihm auch den fürstlichen Freund von der Seite riß. Ein langes Leben hatte den Altersunterschied allmälig ausgeglichen. Schulter an Schulter hatten die beiden Männer den schweren Schicksalsschlägen, welche das Vaterland trafen, die Stirn geboten, Hand in Hand waren sie auf der Lebensbahn fortgewandert, jeder in seinem Stande, in seinem Wirkungskreise bedacht für Mecklenburg's Wohlfahrt, für die Ehre des Fürstenhauses, für des Deutschen Reiches Einheit. Das war es gewesen, was sie so fest verbunden, daß während eines fünfunddreißigjährigen Zusammenwirkens auch nicht ein einziges Mal eine Störung oder auch nur eine Trübung des vertrauten Verhältnisses eintrat. Gewiß ein seltener Fall in den Beziehungen zwischen Fürst und Diener! So verschieden auch der religiöse und sittliche Standpunkt dieser beiden höchst eigenartigen Männer war, so häufig sie auch in ihren Neigungen und Gewohnheiten, in den Aeußerungen ihres Geschmacks contrastirten —

der Patriotismus, diese geradezu rührende Anhänglichkeit an das Geburtsland, an seine Bevölkerung und seine Einrichtungen war der Boden, auf dem sie sich stets wieder zusammenfanden, und das heiße Streben, diesem Vaterlande zu dienen und zu nützen, der eigentliche Kitt ihrer Freundschaft.

Mit warmen Worten hatte der verewigte Fürst in seinem schon im Jahre 1823 aufgesetzten Testament dem Thronfolger seinen Freund, den Minister von Plessen, empfohlen, dessen Anhänglichkeit an seine Person hervorgehoben und die Erwartung ausgesprochen, sein Enkel werde denselben in „einen solchen Geschäftskreis und in ein Dienstverhältniß setzen, wie er selbst es für sich angemessen finden" werde. Bei Paul Friedrich bedurfte es indessen einer solchen Empfehlung nicht. Seit lange stand er, wie wir wissen, zu Plessen in einem intimen Verhältniß. Er kannte den Werth dieses Mannes und war an seinen Rath und Einfluß so gewöhnt, daß ein Wechsel in der Person des leitenden Ministers gar nicht in Frage kam. Am wenigsten wäre der damalige Augenblick dazu geeignet gewesen. Zu keiner Zeit war Paul Friedrich des Beistands eines erfahrenen Rathgebers mehr benöthigt als eben jetzt, wo eine äußerst schwierige und verwickelte Frage der Entscheidung des Familienhaupts unterlag. Wir können hier auf die Einzelheiten der einst so viel besprochenen Orleans'schen Werbung um die Hand der Herzogin Helene nicht näher eingehen. Selten hat ein Heirathsproject die politische Welt Europa's, die Höfe und die Salons der Aristokratie so in Spannung erhalten, die Köpfe der Rechtsgelehrten und gefühlvolle Frauenherzen in gleichem Maße lebhaft beschäftigt. Wir dürfen die Vorgänge selbst als hinlänglich bekannt voraussetzen, zumal erst neuerdings der Verlauf der Angelegenheit, die Stellung des preußischen Hofes zu dieser Frage, die correcte Haltung des Großherzogs Paul Friedrich an der Hand zuverlässiger Documente actenmäßig dargestellt ist*). Da aber dem Minister von Plessen hierbei eine besonders schwierige Rolle zufiel — eine Rolle, die ihm noch Gelegenheit gab, Charakterfestigkeit, Tact und Umsicht in hervorragender Weise zu entfalten —, da außerdem der Tag des Abschlusses seiner Aufgabe auch

*) Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und seine Vorgänger. Von L. von Hirschfeld. Bd. I., Cap. 5: Die Verbindung mit dem Hause Orleans. Leipzig, Duncker & Humblot. 1891.

mit dem Abschluß seines Lebens zusammenfiel, so mögen zur Ergänzung der schon publicirten Acten und Correspondenzen hier noch einige Schriftstücke vorgelegt werden, welche sich im Nachlaß Plessen's vorgefunden haben. Sie werfen ein eigenthümliches Streiflicht auf die Personen, welche bei dieser Angelegenheit in der Couliffe standen und deren Intriguen auf die Handlungen der eigentlichen Acteurs nicht ohne Einfluß blieben.

Zur allgemeinen Orientirung des Lesers wollen wir kurz vorausschicken, daß der erste Gedanke einer Verbindung des französischen Thronerben mit der Prinzessin Helene in dem Kopf des in Berlin beglaubigten französischen Gesandten Herrn Bresson entsprungen war. Dieser hatte die junge anmuthige Fürstentochter in Teplitz kennen gelernt und die Reise des Herzogs von Orleans nach Berlin im Mai 1836 zu dem Zwecke veranlaßt, das Wohlwollen des Königs für den Sohn Ludwig Philipp's und dessen Heirathspläne zu gewinnen. Gleichzeitig hatte er zwei am Hofe Friedrich Wilhelm's III. sehr einflußreiche Personen in diese Pläne eingeweiht und auf seine Seite zu ziehen gewußt. Es waren dies der Minister des Königlichen Hauses Fürst Wittgenstein und der Oberhofmeister von Schilden, beides Männer, welche in hohem Grade das Vertrauen und das Ohr des Monarchen besaßen. Friedrich Wilhelm war alt und wollte Frieden haben. Die Befestigung des Julithrones erschien ihm als politische Nothwendigkeit und die Aufnahme der Orleans in die Reihen der legitimen Fürsten als das nächste Mittel, ihr Ansehen in Frankreich selbst zu stärken. Inzwischen hatten auch bei anderen altfürstlichen Häusern vertrauliche Anfragen des Tuilerienhofes bezüglich einer Familienverbindung stattgefunden; aber sie alle hatten diese Zumuthung mit großer Kälte, einige sogar mit verletzender Schroffheit zurückgewiesen. Alle legitimen Höfe und die Aristokratie ihrer Länder sahen in Ludwig Philipp einen Thronräuber und würden eine Familienallianz mit der Julidynastie für unzuläßig und selbst schmachvoll gehalten haben. Diese Anschauung herrschte auch in der Berliner Königsfamilie und den ihr zunächst stehenden Kreisen so unbedingt vor, daß Friedrich Wilhelm mit der Ansicht völlig isolirt stand: eine Werbung des Herzogs von Orleans verdiene, wenn sie stattfinde, nicht nur volle Berücksichtigung, sondern es könnten ihr auch politische Bedenken in keiner Weise hinderlich werden. Außer ihm gab

es wohl in dem ganzen monarchisch-conservativen Lager Deutschlands nur noch einen Mann, der diese Ansicht theilte, und zwar aus dem gleichen Motiv eines im Alter sich steigernden Ruhebedürfnisses. Dieser Mann war Metternich. Sein Opportunismus gestattete ihm das Banner der Legitimität, das er so oft hatte flattern lassen, wenn es seine reactionäre Politik zu decken hatte, gemächlich einzuziehen, sobald dadurch eine momentane Schwierigkeit beseitigt und sein geliebtes Stabilitätsprincip für einige Zeit wieder in Sicherheit gebracht wurde.

In Mecklenburg waren Gerüchte von einer beabsichtigten Werbung des Tuilerienhofes längst im Umlauf. Die ausländische Presse hatte dies Thema schon wiederholt besprochen, und das „Journal d'Anvers" in seiner Nummer vom 4. November 1836 sogar eine ausführliche, übrigens wenig schmeichelhafte Schilderung der Personen und Verhältnisse des Ludwigsluster Hofes entworfen. Der kranke Großherzog, dessen Ende man bereits entgegen sah, war nicht mehr im Stande, sich mit dieser Angelegenheit näher zu befassen. Das erbgroßherzogliche Paar aber hatte zu der Frage längst Stellung genommen, und zwar in entschieden ablehnendem Sinne. Schon die Möglichkeit einer Verbindung des uralten, nahezu tausend Jahre regierenden mecklenburgischen Fürstenhauses mit der durch Barrikadenkämpfe auf den Thron gelangten Familie Orleans erschien dem Erben der Wendenkrone als eine beleidigende Zumuthung.

Uebrigens konnte er sich seit dem Herbst 1836 nicht verhehlen, daß eine solche bevorstehe. Die Gerüchte aus Paris nahmen immer bestimmtere Gestalt an. Herr Oerthling, der bei der französischen Regierung accreditirte mecklenburgische Ministerresident erhielt, als er zu Anfang October von einer Urlaubsreise nach der französischen Hauptstadt zurückkehrte, die Besuche fast aller Mitglieder des diplomatischen Corps, welche ihn mit Fragen bestürmten, ob die Angelegenheit schon geordnet, wann der Zeitpunkt der Vermählung sei u. s. w. Man wollte wissen, der zwischen Mecklenburg und Frankreich kürzlich abgeschlossene Handelsvertrag enthalte nur deshalb so günstige Bedingungen für das Großherzogthum, weil er in Verbindung stehe mit anderen Allianzprojecten. Die Thatsache, daß der Vertrag Mecklenburg Vortheile gewährte, war richtig; aber Plessen hatte diese erst nach langen Verhandlungen und nicht ohne Mühe erwirkt.

Ein auffallender Schritt des Pariser Cabinets aber war allerdings die Ernennung eines sehr vornehmen Franzosen, des Baron de Maussion, zum Consularagenten in Rostock. „Dieser aus einer der ältesten Adelsfamilien stammende und mit den Montmorency's nahe verwandte Cavalier" — berichtete Oerthling am 19. October 1836 — „ist einer der habitués in den Tuilerien und steht in täglichem vertrautesten Verkehr mit der königlichen Familie. Man hat hier ausgesprengt, der König habe ihm, weil er in derangirten Verhältnisse lebe, aus besonderem Wohlwollen einen Posten im Staatsdienst zugewendet, der ohne Bedeutung und eigentlich eine Sinekure sei. Es ist aber einleuchtend, daß die Ernennung als Consularagent nur eine Maske ist und der geheime Zweck seiner Sendung darin besteht, die Verhältnisse am Ludwigsluster Hofe kennen zu lernen und über die dortigen Persönlichkeiten, namentlich über die Herzogin Helene, zu berichten." Baron Maussion traf in der That Anfangs December auf seinem bescheidenen Posten ein, begab sich aber zum 10., dem Geburtstage des Großherzogs, nach Ludwigslust, wo er während der dortigen Festlichkeiten vollauf Gelegenheit hatte, die ihm aufgetragenen Beobachtungen anzustellen.

Der Erbgroßherzog hatte von seiner entschiedenen Abneigung gegen den Tuilerienhof zu keiner Zeit und jetzt am wenigsten ein Hehl gemacht. Er war dem vertriebenen König persönlich attachirt. Während manche der kleineren deutschen Fürsten ängstlich die Blicke nach dem Sitz der großen Cabinette richteten, ungewiß, welcher Partei sie sich zuwenden sollten, trat das Schweriner Fürstenhaus in loyaler Weise offenkundig auf die Seite des Entthronten. Als dieser 1830 in die Verbannung ging, in Hamburg landete und, auf der Weiterreise nach Prag, Ludwigslust berührte, wurde er dort gastlich aufgenommen und mit königlichen Ehren empfangen. Karl X. war davon tief gerührt und schied mit warmen Dankesworten. Auch in den folgenden Jahren hatte der Schweriner Hof mit den verbannten Bourbons in brieflichem Verkehr und freundschaftlichen Beziehungen gestanden. Diese Stimmung konnte daher für Herrn von Maussion kein Geheimniß bleiben. Allein man schien sich in den Tuilerien nicht daran kehren zu wollen. Wittgenstein und Schilden hatten inzwischen die Gerüchte, welche von Zeit zu Zeit über den Rhein drangen und die Lage des Julithrons als gefährdet darstellten, geschickt benutzt, um den König von Preußen für die

Bresson'schen Pläne günstig zu stimmen. Der Gesandte hielt nun zu Anfang des Jahres 1837 den Zeitpunkt für gekommen, offen vorzugehen, und ließ durch Wittgenstein den König bitten, seinen Antrag in Ludwigslust zu unterstützen. Die Vollmacht, welche ihn zu einer einleitenden Demarche autorisirte und zu diesem Behufe bei dem Minister von Plessen als Unterhändler beglaubigte, lag längst in seinem Schreibtisch.

Am 15. Januar schrieb Friedrich Wilhelm an seine Tochter, die Erbgroßherzogin Alexandrine, benachrichtigte sie von der nahe bevorstehenden officiellen Werbung und sprach sich dann, in der Voraussetzung, daß es ihr und ihrem Gemahl erwünscht sein werde, seine Ansicht darüber zu kennen — sehr unumwunden zu Gunsten des Heirathsprojects aus. In politischer Hinsicht sei „kein Hinderniß vorhanden, das erheblich genug wäre, um den Antrag zurückzuweisen", und, was die persönlichen Erwägungen beträfe, so rathe er, die Entscheidung ganz in die Hände der Prinzessin und ihrer Mutter zu legen. Fast gleichzeitig mit jenem Briefe traf in Ludwigslust ein Schreiben des Fürsten Wittgenstein an Minister von Plessen (d. d. 16. Jan.) ein, dem ein anderes, gleichfalls an Plessen gerichtetes, des Herrn Bresson beigeschlossen war. Der Gesandte bat darin zum Zweck einer hochwichtigen confidentiellen Mittheilung um eine mündliche Unterredung, fügte aber hinzu, daß es wünschenswerth sei, wenn dieselbe, um ein öffentliches Aufsehen zu vermeiden, weder in Schwerin noch in Ludwigslust stattfinde. Der Ton des Briefes war knapp, geschäftsmäßig und ziemlich unverbindlich. Das Schreiben des Fürsten Wittgenstein lautete:

„Hochwohlgeborener Freiherr!
Hochzuverehrender Herr Geheimrathspräsident!

Ich bin von einem Mann, den ich fast täglich bei mir sehe, ersucht worden, das anliegende Schreiben an Ew. Excellenz einzuschließen. Man hat von dem für Ew. Excellenz bestimmten Auftrag hier vertraulich Kenntniß gegeben und, in so weit dieses in dergleichen Familienangelegenheiten zuläßig ist, die hiesige Verwendung in Anspruch genommen. Da wir schon recht lange das Glück entbehrt haben, Ew. Excellenz hier zu besitzen, so wünsche ich sehr, daß diese Angelegenheit uns die Freude verschafft, Sie bei uns zu sehen. Es könnte dieses auch zu manchen interessanten Aufschlüssen die Veranlassung geben. Eine Zusammenkunft an einem dritten Orte würde immer Aufsehen erregen und zu allerhand voreiligen Gerüchten die Veranlassung geben. Ich hoffe, daß Ihre Gesundheit und Geschäfte diese kleine Reise gestatten. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung u. s. w."

Der Brief des Königs versetzte das erbgroßherzogliche Paar in nicht geringe Bestürzung. Paul Friedrich sah mit Recht voraus, daß die Differenz der Ansichten auch eine Spannung in den persönlichen Beziehungen zu seinem königlichen Schwiegervater veranlassen würde. Er schrieb an den Großherzog Georg von Strelitz, theilte ihm den Brief des Königs mit und bat ihn als Agnaten um seine Unterstützung in dem Widerstande gegen die französischen Anträge. Gleichzeitig legte er seiner Schwester Helene und deren Mutter die Ansicht des Königs und seine eigene gegentheilige offen dar. Am 18. früh erhielt Plessen ein Billet der verwittweten Erbgroßherzogin Auguste, welche ihn von allen diesen Vorgängen und von dem Entschluß ihrer Tochter Helene unterrichtete, die Werbung nicht zurückzuweisen. Sie bat ihn zugleich, „sich in diesem geschwisterlichen Conflict als Anwalt in Helenen's Sache erfinden zu lassen".

So sah sich Plessen in eine dynastisch-politische Frage und einen peinlichen Familienconflict hineingezogen. Seine persönliche Stellung dazu konnte bei seiner ausgesprochen conservativen deutschen Gesinnung nicht zweifelhaft sein. Aber abgesehen von der Principienfrage, mißtraute er dem Bestand der Julidynastie. Wenn er demnach unbedingt für eine Ablehnung der Werbung war, so hielt er doch vor Allem eine Schonung des augenscheinlich unter fremdem Einfluß handelnden Königs für dringend geboten und ermahnte den Erbgroßherzog zur Ruhe und Mäßigung. Er rieth, die Sache dilatorisch zu behandeln und erklärte, daß er die Briefe Wittgenstein's und Bresson's unbeantwortet lassen werde. Leider hatte er sich am 17. in Schwerin befunden und daher die Absendung des Briefes nach Strelitz nicht verhindern können. Die Rückwirkung dieses etwas voreiligen Schrittes läßt der nachstehende Brief Wittgenstein's erkennen, den Plessen am 25. Januar erhielt und sogleich an Paul Friedrich sandte:

„Ich habe mir erlaubt, Ew. Excellenz unter dem 16. d. M. zu schreiben und zugleich ein anderes Schreiben anzuschließen. Die inzwischen hier eingegangenen Briefe aus Strelitz machen es mir erklärlich, weshalb mich Ew. Excellenz bis jetzt mit keiner Antwort beehrt haben. Nachdem die Höchsten Herrschaften in Schwerin, ohne vorher die Genehmigung Sr. Majestät einzuholen, für angemessen gefunden haben, ein ganz vertrauliches Schreiben des Königs anderweitig mitzutheilen, so ist hier mit Recht die Besorgniß entstanden, als ob die Höchsten Herrschaften in Schwerin dem Gedanken Raum geben, daß Se. Majestät die Absicht hätten, Sich in eine Höchsteigene fremde Familien-

angelegenheit einmischen zu wollen. Ew. Excellenz werden es daher nicht auffallend finden, daß ich bei dem stattgefundenen Mißbrauch mit dem vertraulichen, väterlichen, königlichen Schreiben ermächtigt bin, Ihnen bemerklich zu machen, daß eine Einmischung in fremde fürstliche Familienangelegenheiten dem Charakter Sr. Majestät durchaus entgegen und fremd ist. Se. Majestät haben vermuthen dürfen, daß es dem Herrn Erbgroßherzog K. H. angenehm sein würde, die Ansicht Sr. Majestät in politischer Beziehung zu kennen, und dieses allein hat zu dem Schreiben an die Frau Erbgroßherzogin K. H. die Veranlassung gegeben. Wäre in dieser ganzen Angelegenheit irgend Etwas, was dem Großherzoglichen Hause zur Unehre hätte gereichen können, so würden Se. Majestät Sich zuverlässig nicht in einer solchen Weise in ihrem Schreiben an Höchstihre Frau Tochter ausgesprochen haben. Ein ähnlicher Antrag bei dem Hause Oesterreich ist in einer ganz anderen Weise als in Schwerin aufgenommen worden; alle hierauf Bezug habenden Papiere sind durch den Herren Fürsten von Metternich Sr. Majestät mitgetheilt worden, und man würde kein Bedenken gehabt haben, selbige vertraulich zu Ihrer Kenntniß zu bringen, wenn Ew. Excellenz oder ein anderer dortiger Staatsbeamter hierher gekommen wäre.

Man hat von Strelitz den Wunsch ausgedrückt, daß Sich Se. Majestät gegen die Prinzessin Helene in einem Sinne aussprechen möchten, als dieses in dem Schreiben der Frau Erbgroßherzogin K. H. stattgefunden hat; aber auch dieses ist dem Charakter und der Denkungsweise Sr. Majestät zuwider. Das Schreiben an die Frau Erbgroßherzogin K. H. ist nach reiflicher Ueberlegung abgefaßt worden, und die in demselben ausgesprochene Ansicht in politischer Beziehung werden Se. Majestät nicht zurücknehmen. Selbige ist auch zu genau mit der politischen Ansicht des hiesigen und des österreichischen Cabinets verwebt. Beide Höfe, welche von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß die Erhaltung des Friedens für beide Staaten und für Deutschland die erste Pflicht ist, bemühen sich seit Jahren, den König Louis Philippe zu bewegen, seine Politik, so viel dieses seine Lage und Verhältnisse erlauben, derjenigen der conservativen Mächte anzuschließen. Wenn aber derselbe von anderen Fürstenhäusern zurückgestoßen und isolirt, auch eine Verbindung mit seinem Sohn als beschimpfend betrachtet wird, so werden die oben bemerkten Bemühungen von Oesterreich und Preußen künftig ohne Erfolg bleiben müssen. Ich fühle wohl, daß eine andere Verbindung angenehmer sein kann und, wenn man sich hier in derselben Lage befände, so würde man auch so denken, die Sache aber dennoch lediglich der Entscheidung der Hauptperson, nämlich der Prinzessin, überlassen. Es ist nicht gut, daß in einer so wichtigen Sache eine aufgeregte Stimmung vorherrschend zu sein scheint. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung &c.

Wittgenstein."

Diesem Schreiben lag noch ein vertrauliches, anscheinend nur für Plessen allein bestimmtes Billet folgenden Inhalts bei:

„Ich kann Ew. Excellenz im Vertrauen sagen, daß die Art, wie man diese Angelegenheit dorten behandelt hat, Sr. Majestät recht unangenehm ist; selbst das Schreiben des Königs ist über Strelitz wieder hierher gekommen. Daß man bei Ihnen eine andere Ansicht hat, ist eine Sache für sich, und dieses kann von Niemandem übel genommen werden; denn es ist nicht unsere, sondern Ihre

Angelegenheit. Warum dieses nicht Alles ruhig entwickeln! Man muß doch bei Ihnen die freundschaftlichen und theilnehmenden Gesinnungen des Königs kennen. Mir scheint die Hauptsache, daß Ew. Excellenz zu uns kommen und daß, wenn Sie die Reise nicht unternehmen können, Sie einen anderen vertrauten Beamten zu uns senden. Wittgenstein."

Der Erbgroßherzog schrieb am 26. Januar an Plessen:

„Liebe Excellenz! — Ich remittire Ihnen hierbei das Schreiben des Fürsten Wittgenstein. Ein ähnliches, jedoch nicht so spitzig abgefaßtes, erhielt meine Frau gestern vom König. Beide Schreiben haben auf unsere Gesinnungen weder den gewünschten Eindruck gemacht, noch uns zu einer Sinnesänderung bewogen. Daß der Fürst Wittgenstein Gift und Galle speit, wundert mich gar nicht, indem gewiß durch ihn allein der König zu dem ersten Briefe an meine Frau bestimmt worden ist, und davon, daß der König innerlich viel darum gäbe, ihn nicht geschrieben zu haben, bin ich auch überzeugt. Möge der Fürst Wittgenstein, wenn er politische Opfer haben will, sie in anderen Häusern als den unsrigen suchen. Rußland, was hierin doch auch wohl eine Stimme haben möchte, erwähnen Se. Durchlaucht gar nicht, und wohl aus sehr triftigen Gründen. Daß unter den jetzigen hiesigen Umständen dem Bresson nicht geantwortet werden kann, würde der Fürst als Minister des königlichen Hauses sich wohl selbst erklären können. Wer aufgeregter geschrieben hat, Wittgenstein oder meine Frau, überlasse ich Ihrer Entscheidung. Wie immer

Ihr ergebener Freund

Paul."

Inzwischen hatte Plessen unter dem 27. Januar das zweite Schreiben Wittgenstein's dahin beantwortet, daß es ihm bei dem Besorgniß erregenden Gesundheitszustand des Großherzogs nicht möglich sei, Mecklenburg zu verlassen, er bitte dies Herrn Bresson mitzutheilen. Sodann hatte er ruhig und sachlich die Stellung des Großherzogs zur Frage entwickelt. Wittgenstein erwiderte darauf, man bedauere am Berliner Hofe lebhaft die betrübende Veranlassung, welche zur Zeit eine Reise des Ministers nach Berlin verhindere, nicht minder „die unangenehmen Verwickelungen, wozu die bewußte Angelegenheit die Veranlassung gegeben" habe. Man werde dortseits bemüht sein, zu „einer freundlichen Entwicklung der Verhältnisse" beizutragen. „Se. Majestät haben Ihr Schreiben gelesen und Allerhöchstdieselben sind mit Ihren sehr richtigen Ansichten und Bemerkungen vollkommen einverstanden, und Se. Majestät werden in der Folge die einmal genommene Entschließung der Prinzessin gewiß gern unterstützen. Es ist aber hierzu demnächst auch erforderlich, daß Ew. Excellenz zu uns kommen".

Der entschiedene Widerstand des Erbgroßherzogs, welcher der Lage nach in wenig Wochen zum Chef der Familie aufrücken mußte, war den

in Berlin wirkenden Anhängern und Agenten der Orleans doch unerwartet gekommen. Man überlegte, was zu thun sei, wenn Paul Friedrich als Chef des Hauses sein Veto aufstellte, und suchte nach juristischen Waffen, um die Gründe dieses Veto zu entkräften oder doch in der öffentlichen Meinung zu discreditiren. Der König selbst war verstimmt, mehr durch das Ungestüm, mit dem sein Schwiegersohn die Frage behandelte, als durch die Ablehnung selbst. Indessen konnte er, nachdem sein Brief in weiteren Familienkreisen bekannt geworden, füglich nicht mehr zurück. Auf Wittgenstein's Vorschlag beauftragte er den Grafen Lottum mit der Aufstellung eines staatsrechtlichen Gutachtens, welches dieser am 28. Januar einreichte und das Plessen am 1. Februar zugesandt wurde. Die darin enthaltenen Deductionen waren sehr matt: Eine Verbindung mit dem Hause Orleans könne an sich wohl von keinem fürstlichen Hause als ungleichartig betrachtet oder eine dahin gehende Zumuthung als Kränkung empfunden werden. Der dagegen sich äußernde Widerwille könne also nur in den Ereignissen des Jahres 1830 seinen Grund haben. Da nun aber diese unglückseligen Ereignisse einmal stattgefunden hätten, käme Alles darauf an, den König Ludwig Philipp von der Bahn der Revolution abzudrängen. Wenn man ihn aber von der Gemeinschaft der Fürsten ausschließe, so hieße das so viel, als den deutschen und polnischen Revolutionsmännern einen Triumph bereiten, welche die Erbitterung in der Seele des verschmähten französischen Thronerben geschickt benutzen würden &c. Das Schreiben übte in Schwerin nicht die geringste Wirkung.

Inzwischen erfolgte am 1. Februar der Hintritt Friedrich Franz' I. Die tiefe, aufrichtige und allgemeine Trauer, welche dieser Todesfall hervorrief, die Vorbereitungen zur Beisetzung in Doberan, endlich diese Feier selbst drängte die Heirathsangelegenheit selbstverständlich in den Hintergrund. Außerdem aber gaben sie dem neuen Landesherrn auch den willkommenen Anlaß, Aeußerungen darüber zurückzuhalten. Er befahl dem mecklenburgischen Gesandten in Berlin, Grafen von Hessenstein, „sich auch weiter, wie er schon gethan, hinter den drei Monaten Landestrauer, während welcher er von nichts sehen und hören dürfe, fest zu verschanzen, sowie dem alleinigen Anstifter dieses Unglücks Bresson (so hatte ihn Hessenstein bezeichnet) so deutlich als möglich zu verstehen zu geben, daß von seiner (Paul Friedrich's) Seite

nie und nimmer die Einwilligung zu dieser Ehe erfolgen werde und die Prinzessin nur ohne den Segen der Familie dieses Bündniß eingehen könne. Mit Bresson habe der Gesandte den Verkehr sonst möglichst zu meiden."

Den geschäftigen Seelen in Berlin kam die Vertagung der Frage sehr ungelegen. Man suchte neue Fäden anzuspinnen, und Schilden eröffnete eine Correspondenz mit seiner Cousine, der Gräfin Marie von Bassewitz, geb. von Lützow, welche Oberhofmeisterin bei der Gemahlin Paul Friedrich's, der nunmehrigen Großherzogin, war. Durch sie versuchte man auf ihre Herrin und auf Plessen einzuwirken. „Was wird die Welt sagen," schrieb Schilden am 9. Februar, „wenn in dieser Sache die Kinder mit dem sie vermittelnden Vater in völligem Widerspruche sich befinden. Durch solches Benehmen geben die kleinen Herren Anlaß zu Unfrieden und zu den gefährlichsten Verwickelungen. Kommt es dann zu etwas Ernstem, so sitzen sie da, können weder sich noch andere schützen, und alle Last und Vertretung fällt auf die großen deutschen Mächte. Das sollten die Rathgeber den kleinen Herren nur deutlich sagen! Bresson besorgt mit Recht, daß die Angelegenheit bald bekannt und von den Pariser Journalen ausgebeutet wird. Dies könnte nachtheilige Eindrücke selbst für die Prinzessin herbeiführen, für den Herzog von Orleans ebenfalls. Der Widerspruch der Familie wäre ein gefundener Stoff für die Opposition. Er drängt daher auf Beschleunigung."

In dem nächsten Briefe hieß es: „Der König hat mir das vertrauliche Schreiben des hochseligen Großherzogs an den Thronfolger gezeigt, welches Höchstderselbe aus Ludwigslust erhalten hat. Nach diesem letzten Willen hat die verwittwete Frau Erbgroßherzogin eine sehr ausgedehnte Gewalt über die Kinder aus der zweiten Ehe des hochseligen Erbgroßherzogs. Käme es auf das Aeußerste, so wäre davon Gebrauch zu machen. . . . . In Paris ist die lebhafte Opposition jetzt vollständig bekannt. Wieder ein neues désagrément für den König! Man ist in Paris sehr entrüstet, giebt aber die Sache keineswegs auf."

Auch in dem fürstlichen Familienkreise fand eine lebhafte und zum Theil leidenschaftliche Correspondenz statt. Alle Mitglieder des preußischen Königshauses standen auf der Seite Paul Friedrich's. Der Entschluß der Prinzessin Helene, dem ihr unbekannten Bewerber,

allen Abmahnungen zum Trotz, die Hand zu reichen, wurde nicht begriffen und vielfach offen gemißbilligt. Da aber Friedrich Wilhelm III. in einem neueren Schreiben an seine Tochter sich dadurch verletzt zeigte, daß man in Ludwigslust eine Verbindung für unehrenhaft hielt, die er selbst angerathen habe, da er sich in dieser Weise auch in einem an Plessen gerichteten Schreiben aussprach, so mußte ein Ausweg gefunden werden. Plessen rieth daher dem Großherzog, sich seiner Rechte als Chef des Hauses für den vorliegenden Fall zu begeben und diese Rechte in die Hände seiner Stiefmutter, der Erbgroßherzogin Auguste, niederzulegen. Paul Friedrich stimmte zu, und in einem Schreiben vom 12. Februar theilte der Minister diesen Entschluß seines Herrn dem Fürsten Wittgenstein unter dem Ersuchen mit, Se. Majestät davon in Kenntniß zu setzen. Der König war aber keineswegs dadurch befriedigt. Er fand, daß man sich gegen den französischen Hof über die Gründe dieser auffallenden Handlungsweise doch werde aussprechen müssen. Das werde in Paris einen peinlichen Eindruck machen. Wittgenstein schrieb darüber an Plessen am 18. Februar:

„. . . . . . Eine Verlegenheit für Se. Majestät kann aus dieser ganzen Angelegenheit nicht entstehen, und in dieser Beziehung verlangen Allerhöchstdieselben keine Rücksichten. Der König hat seine Ansicht ausgesprochen und eine Veränderung derselben ist nicht zu erwarten. Se. Majestät haben indessen über die Legitimitätsfrage eine ganz verschiedene Ansicht als Se. Königl. Hoheit der Großherzog und würden, wenn ein solcher Antrag für eine preußische Prinzessin gemacht worden und die Prinzessin sich demselben geneigt erklärt, kein Bedenken getragen haben, Höchstihre Einwilligung als Chef des Hauses zu ertheilen. Die weitere Behandlung dieser Angelegenheit müssen Se. Majestät dem französischen und großherzoglichen Hofe anheimstellen. . . . . Es ließe sich wohl denken, daß die Ehepakten zwischen dem König Louis Philippe oder dem Herzog von Orleans und der verwittweten Frau Erbgroßherzogin abgeschlossen und von dem Könige und Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog ratificirt würden. Wenn diese Ratification aber unterbleiben soll, so wird man von französischer Seite verlangen, die Gründe zu wissen, weshalb Se. Königl. Hoheit jede Einwilligung verweigere. Da diese Legitimitätsfrage von Seiten des großherzoglichen Hofes auf eine so bestimmte Weise zur Sprache gebracht worden, so haben Se. Majestät dem Herrn Justizminister von Kamptz den Auftrag ertheilt, ein staatsrechtliches Gutachten auszuarbeiten. Se. Majestät schenken dieser Ausarbeitung Ihren Beifall und haben dem Herrn Justizminister den Auftrag ertheilt, sich nach Schwerin zu begeben, um dasselbe Sr. Königl. Hoheit vorzulegen und die erforderlichen Erläuterungen zu geben. Der Herr Justizminister ist ein geborener Mecklenburger, der für das Großherzogliche Hohe Haus die treueste und ehrerbietigste Anhänglichkeit hat. Se. Majestät haben diese Sendung angemessener gefunden als die meinige. . . . ."

Plessen hatte auch auf den Unterschied der Confession als ein eventuell in Betracht kommendes Hinderniß hingewiesen. Wittgenstein erwiderte darauf:

„Was die Religionsfrage betrifft, so habe ich selbige dem Herrn Bresson auch mitgetheilt. Er hat mir hierauf zwei Briefe des Herzogs von Orleans vorgelegt, welche folgende Aeußerungen enthalten:

„Quant à la religion, à aucun prix je ne voudrais épouser une femme, qui se serait convertie pour faciliter un mariage. Je demande donc, que, dans aucun cas, il ne puisse être question de conversion ou d'abjuration; je m'y oppose formellement. Mais je suppose que l'on comprendra, qu'il serait indispensable, que tous mes enfants fussent catholiques."

Und ein zweiter Brief enthält folgende Aeußerung über diesen Gegenstand:

„Je crois cependant devoir Vous dire que je tiens d'une manière toute particulière, à ce que dans la négociation qui va s'ouvrir aucune insinuation ne soit faite, si indirecte qu'elle puisse être, pour engager la princesse à changer de religion; car je ferai plus que désavouer une tentation de ce genre, qui du reste ne me semble même pas devoir être regardée comme possible."

Es scheint fast, daß der Herzog von Orleans die Besorgniß hegt, daß man ohne sein Vorwissen irgend Etwas über diesen Gegenstand äußern könnte und daß ihn dieses veranlaßt hat, sich so bestimmt auszusprechen."

In einem Briefe vom nächsten Tage, den Herr von Kamptz überbrachte, hieß es weiter:

„. . . . . Da Ew. Excellenz die Ansicht haben, daß, ehe Herr Bresson zu Ihnen kommt, Alles vorbereitet sein muß, so läßt mich dies vermuthen, daß über den eigentlichen Auftrag dieses Gesandten ein Irrthum obwaltet. Sein Geschäft besteht nur in einer vertraulichen Einleitung und Vorbereitung. Er ist gar nicht in dem Fall, eine Audienz von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog oder einem Mitglied des Großherzogl. Hauses zu verlangen. Er hat nur ein Schreiben des Grafen Molé für Ew. Excellenz. Dem Herrn Bresson wird nicht die Ehre der Anwerbung zu Theil werden. Hierzu werden wohl höher stehende französische Familiennamen ausgesucht werden. . . ."

Diesem Schreiben lag eine Note Bresson's an Wittgenstein bei, in welcher Ersterer sich bereit erklärte, mit Plessen in Hamburg oder irgend einem anderen unweit der mecklenburgischen Grenze gelegenen Ort zusammenzukommen. Am Schluß hieß es: „Ich verlange nicht, daß Herr von Plessen den anderweitigen Verpflichtungen entsagt, welche ihn zur Zeit von einer solchen Begegnung abhalten können. Aber ich glaube von Sr. Excellenz eine Mittheilung darüber erwarten zu dürfen, ob und wann dieselbe stattfinden soll."

Plessen fand indessen, daß dazu immer noch Zeit sei und ver-

harrte bei seinem Schweigen. Auch gefiel ihm der anmaßende Ton des Franzosen nicht. Paul Friedrich hatte inzwischen sein Hoflager nach Schwerin verlegt. Das gespannte Verhältniß zwischen ihm und seinen nächsten Verwandten machte ihm den Aufenthalt in Ludwigslust unleidlich. Am 20. Februar traf Kamptz in Schwerin ein und legte dem Großherzog sein Memoire vor. Dasselbe war betitelt: „Ueber Legitimität in Beziehung auf Vermählungen", und suchte in breiter Ausführung und spitzfindiger Casuistik einen Unterschied aufzustellen und zu begründen zwischen einer Regierungs- und Familienlegitimität. Die erstere gründe sich auf Erbrecht, Wahl ꝛc. oder auch auf die Anerkennung der auswärtigen Regierungen, wie dies bei der Napoleonischen Dynastie der Fall gewesen. Der Begriff der Usurpation falle damit fort und die Ausübung der höchsten Staatsgewalt involvire, wenn sie von anderen Fürstenhäusern anerkannt werde, zugleich auch die Rechte, welche insgemein als mit der Legitimität verbunden angesehen würden. Die Familienlegitimität verlange dagegen nur die Zugehörigkeit zu der bisher herrschenden Dynastie. Es genüge, Mitglied dieser Familie zu sein. Man könne einem neuen Regenten um so weniger die Anerkennung versagen, wenn die bisherige Dynastie nicht durch eine andere illegitime verdrängt worden sei, sondern nur ein Kronwechsel unter ihren Mitgliedern stattgefunden habe (wie beim Julikönigthum). Ob dies Verfahren gesetzwidrig oder nicht, sei bisher stets von den auswärtigen Höfen als eine innere Angelegenheit des betreffenden Staates angesehen worden. Ein Einspruch seitens des Auslandes sei schon deshalb nicht möglich, weil alle Mitglieder einer Dynastie ein gleich (?) starkes Successionsrecht hätten, wenn auch die Successionsordnung eine bestimmte Reihenfolge vorschreibe. Auf den concreten Fall der Orleans eingehend, suchte der Verfasser die Julirevolution als den zwar bedauerlichen, aber doch zulässigen Ausdruck des Volkswillens und die Einsetzung Ludwig Philipp's als einen legalen Act darzustellen. Letzterer sei ohne sein Zuthun zum König ausgerufen und somit legitim. Was den bisherigen Regenten (Carl X.) betreffe, so habe derselbe durch eigene Handlungen in seinem Lande einen Zustand herbeigeführt, der ihm factisch und moralisch nicht gestatte, zu regieren. Er und seine Nachkommen wären „in Folge der Proscription dem Fürstenstuhl und dem Lande bürgerlich abgestorben."

Diese kurzen Andeutungen werden genügen, das Kamptz'sche

Machwerk zu kennzeichnen. Von einem so gewandten Stilisten und erfahrenen Juristen hätte man in der That ein besseres Advocatenstück — denn um ein solches handelte es sich doch eigentlich — erwarten können. Die Fadenscheinigkeit der Gründe, die Entstellung der historischen Vorgänge, die Beugung und Verdrehung der allereinfachsten Rechtsbegriffe, Alles dies war so in die Augen fallend, so wenig verschleiert, daß Paul Friedrich die Zumuthung, er werde durch diese Art der Beweisführung in seiner Ueberzeugung erschüttert werden, mit Recht hätte übel nehmen können. Allein er ließ sich eine Verstimmung dem Unterhändler gegenüber nicht anmerken, nahm dessen mündliche Erläuterungen, sowie eine Reihe anderer Schriftstücke, welche Kamptz während seines Schweriner Aufenthaltes noch einreichte, gelassen entgegen und behandelte ihn mit ostentativer Freundlichkeit. Als der preußische Unterhändler sah, daß seine juristischen Deductionen nicht verfingen, ging er auf das politisch-juristische Gebiet über und holte seine Argumente aus der Geschichte europäischer Fürstenhäuser, welche analoge Verbindungen anstandslos abgeschlossen hätten. Aber auch dies machte natürlich keinen Eindruck. Schließlich suchte er das Herz Paul Friedrich's durch den Hinweis auf die peinliche Lage seines königlichen Schwiegervaters zu rühren und malte in düsteren Farben die politischen Folgen, welche eine Kränkung des reizbaren Louis Philipp für den Frieden Europa's haben könnte. Die Orleans würden sich dann mit sämmtlichen revolutionären Parteien verbünden, und der Umsturz vieler Throne sei gewiß. „Wegen Helena von Troja," hieß es in seiner letzten Abhandlung, „gerieth Griechenland in Brand, und wegen Helena von Mecklenburg wird die Brandfackel über Europa geschleudert, um die Resultate der vieljährigen, von Gott so sichtbar gesegneten Bemühungen der Fürsten zu zerstören!" Es war das eigentlich nicht die Sprache des alten trockenen Polizeimanns und Untersuchungsrichters. Wahrscheinlich wurde ihm manches von Wittgenstein soufflirt, mit dem er in lebhaftem Briefwechsel stand. Als Paul Friedrich das letzte Schriftstück dieser Art an Plessen, durch dessen Hände es gegangen war, zurücksandte, schrieb er dabei: „Ich habe Kamptz'ens Schrift zweimal aufmerksam gelesen. Sie verändert meine Ansicht nicht im mindesten. Im Gegentheil sehe ich nur darin den Aerger über das Mißlingen einer unrechtmäßig begonnenen und ebenso durchgeführt werden sollenden Sache."

In der That war Kampz sehr enttäuscht und verdrießlich. Er hatte sicher gehofft, den kleinen Hof umzustimmen, die Unterhandlung einzuleiten, Dank und Geschenke zu ernten. Verstimmt kehrte er am 2. März nach Berlin zurück, wo ihn der König sehr ungnädig empfing. Er beklagte sich darüber in einem Brief an Plessen vom 12. März und stellte einen für seinen königlichen Herrn nicht gerade schmeichelhaften Vergleich auf zwischen diesem und seinem Schwiegersohn: „Ich habe eine wahre und innige Verehrung für den Großherzog mit aus Mecklenburg gebracht, da ich keinen Mann kenne, der bei entgegengesetzten Ansichten so offen ist, und sie denjenigen, der sie hat, gar nicht entgelten läßt, sondern außer der Sache immer gnädig und freundlich bleibt. Von einem anderen Fürsten, der einige vierzig Jahre mein recht wohlwollender gnädiger Herr war, kann ich dies seit meiner Rückkehr leider nicht rühmen. Dafür lobe ich mir den Großherzog, der in einer ihn so nahe angehenden Sache doch Freimüthigkeit gnädig aufnimmt, sie selbst gern hört und die Sache nicht auf die Person überträgt." Weiter heißt es dann: „Ich habe hier eine sehr aufgeregte Stimmung gefunden. Die Sache steht sehr übel und darf schlechthin nicht ohne schleunige Erledigung bleiben. Der König Louis Philippe hat sich unmittelbar an den König gewandt in einem wahrhaft edlen Schreiben, und Bresson hat die allergemessensten Befehle erhalten. Er kann ihrer Ausführung nicht länger Anstand geben. Unter uns gesagt, ist er sehr aigrirt, daß er von Ihnen nicht eine Zeile Antwort hat. Wenn der Großherzog doch nur, auf der von ihm selbst gewählten Basis verbleibend, recht bald einen Schritt thun und die mütterliche Hand, in welche er die Angelegenheit gelegt hat, nicht binden und aufhalten wollte."

Dies lag auch keineswegs in Paul Friedrich's Absicht. Die unbedingte Zustimmung, welche sein Verhalten von Seiten vieler Fürstenhäuser, der ganzen conservativen Partei des Landes und neuerdings auch durch ein sehr energisches Schreiben seines Oheims und Schwagers, des Kaisers Nicolaus, erfahren hatte, that ihm wohl. Die Aufregung der ersten Tage hatte sich gelegt. Er verfuhr fortan mit Ruhe und Entschiedenheit. Ein Schreiben des Königs vom 13. März, welches ruhig und ziemlich freundlich gehalten war, bot den Anlaß zur Aufnahme einer directen Correspondenz, welche zu einer Verständigung führte. Der König nahm Act von der Uebertragung der Rechte an die Erbgroßherzogin

Auguste, sprach den Wunsch aus, daß dies in formeller Form geschehen möge und die Einleitung von Verhandlungen zwischen ihr und dem französischen Hof ungehindert ihren Anfang nehme. Daß letzterer entschlossen war, die Werbung auch unter dieser beschränkenden Form vorzunehmen, wußte man bereits. Mit einer gewissen Schadenfreude schrieb Wittgenstein an Plessen: Er könne ihn benachrichtigen, daß der Tuilerienhof von der Ansicht des Großherzogs genau in Kenntniß gesetzt und ihm dessen lebhafte Abneigung gegen diese Verbindung nicht unbekannt geblieben sei. Bei den Ansichten der beiden mächtigsten Monarchen des deutschen Bundesstaates scheine der französische Hof diese Abneigung zwar zu bedauern, aber weiter nicht zu berücksichtigen.

Damit stimmten auch die Berichte Oerthling's. Diesen hatte man absichtlich ohne Instructionen gelassen, und der Aermste war, um sich den peinlichen Fragen seiner Collegen zu entziehen, mitten im Winter aufs Land gegangen. Die Nothwendigkeit aber, seine neuen Creditive zu überreichen, rief ihn nach Paris zurück. Er erhielt seine Audienz am 11. März und bediente sich bei der Uebergabe der Beglaubigungsschreiben der üblichen Formel. Der König antwortete mit auffallender Kälte und, als er die Redewendung gebrauchte, daß es sein Wunsch sei, die guten Beziehungen zu erhalten, welche bisher zwischen den beiden Familien bestanden hätten, verbesserte er sich schnell mit den Worten: „zwischen den beiden Staaten". In Paris beschäftigte man sich in Hof- und Diplomatenkreisen jetzt sehr lebhaft mit dieser Frage. Die Orleans'schen Blätter hielten den Widerspruch eines kleinen deutschen Fürsten nicht für beachtenswerth. Es genüge, daß der König von Preußen diese Verbindung protegire. Man erzählte sich, ein preußischer Minister werde nach Paris kommen, um den Ehecontract zu unterzeichnen, die Vermählung aber solle in Weimar bei den mütterlichen Verwandten der Braut stattfinden.

Inzwischen hatte die Entsendung des Generals von Both nach Wien, wo er den Thronwechsel anzuzeigen hatte, Gelegenheit gegeben, die in der Hofburg herrschende Stimmung näher zu erkunden. Wittgenstein und Schilden hatten wiederholt behauptet, man sei dort sehr entrüstet über das Verhalten des Großherzogs. Dies war ganz unrichtig. Dem Kaiser Franz war die Sache ziemlich gleichgültig. Als man von Paris aus vertraulich wegen der Hand einer Tochter des Erzherzogs

Carl angefragt, hatte er diese wie alle unbequemen Angelegenheiten seinem Staatskanzler zu ordnen übertragen, und dieser sich mit gewohnter Geschicklichkeit herausgewunden. Zu seinen Intimen äußerte Metternich, es sei zu viel von Oesterreich verlangt, daß es eine dritte Erzherzogin opfern und ihr Schicksal in den Untergang einer dritten französischen Dynastie verflechten solle. Aber dem französischen Botschafter gegenüber fand er andere Ausflüchte. Man wollte indessen in Wien sich dem König Friedrich Wilhelm gern gefällig zeigen, dessen Lage in der That eine peinliche war. Der General Freiherr von Marschall, welcher zur Beglückwünschung des neuen Landesherrn nach Ludwigslust ging, erhielt zugleich den geheimen Auftrag, auf Plessen dahin einzuwirken, daß er den Großherzog zur Nachgiebigkeit bestimme. Er überbrachte ihm einen Brief Metternich's, worin es unter Anderem hieß: „Freiherr von Marschall ist in der vollen Kenntniß meiner politischen Gefühle und Ansichten. Er ist von mir eigens beauftragt, Sie in deren Kenntniß in Beziehung auf die Heirathssache zu setzen, und hat hierüber mit Niemand Anderem als Ew. Excellenz zu sprechen, dies aber mit aller Freimüthigkeit. Ich berufe mich somit ganz auf ihn. . . . . Regierungswechsel sind stets ein hartes Ereigniß, und den Gewandtesten bieten sie von vornherin nicht zu lösende Aufgaben. Ein nicht zu berechnendes Glück für jeden an die Regierung gelangenden Fürsten ist das Dasein eines im Staatsdienste gereiften Ministers. Dieses Glückes ist der neue Herr Großherzog theilhaft, und er wird es sicher zu würdigen wissen."

Die Wiener Demarche hatte indessen bei Plessen und seinem Herrn ebenso wenig Erfolg wie die Mission des Ministers von Kamptz. Die Verzichtleistung des Großherzogs, von Plessen entworfen, war bereits unterzeichnet. Sie war ernst und würdig gehalten. Die Erbgroßherzogin sollte ihre Tochter noch einmal ernstlich auf die Lage und ihre Pflichten gegen das Großherzogliche Haus aufmerksam machen, dann aber befugt sein, „nicht nur Anträge und Erklärungen entgegenzunehmen, sondern auch verbindende Gegenerklärungen darüber abzugeben, fürstliche Ehepacten abzuschließen und überhaupt Alles zu thun oder zu unterlassen, was Höchstdieselbe der Wohlfahrt und dem Interesse unserer Schwester entsprechend und den Verhältnissen angemessen finden wird, so wie Wir daher unserer Frau Mutter in Allem, was sie in vorerwähnter Hinsicht

17*

thun oder unterlassen wird, völlig freie Hand lassen." Gleichzeitig wurde Plessen durch einen besonderen Erlaß ermächtigt, der Erbgroßherzogin mit seinem Rathe beizustehen und die Unterhandlungen mit dem französischen Gesandten in deren Namen zu führen.

Am 22. März überbrachte ein französischer Legationssecretär der Erbgroßherzogin ein Schreiben des Herrn Bresson, welches die officielle Werbung und die Bitte um Bestimmung eines Bevollmächtigten für den Abschluß der Ehepacten enthielt. Die Herzogin Helene sprach das entscheidende Wort, Erbgroßherzogin Auguste erwiderte dem Gesandten, daß Minister von Plessen zu ihrem Bevollmächtigten ernannt sei. Für diesen begannen nun anstrengende Tage. Er mußte häufig nach Ludwigslust fahren und hatte dort lange ermüdende Besprechungen über die Einzelheiten des Vertrages. Außerdem mußte er Auskunft und Rath ertheilen, vermitteln und beruhigen; denn die beiden fürstlichen Damen befanden sich in einer begreiflichen Aufregung. War er dann nach Schwerin zurückgekehrt und hatte dem Großherzog umständlich Bericht erstattet — denn dieser wollte, wenn er auch officiell zurücktrat, doch natürlich von dem Verlauf der Angelegenheit in Kenntniß erhalten werden — so langte gewöhnlich eine Estafette an mit einem Billet der Erbgroßherzogin, welche neue Bedenken und Fragen geltend machte oder das Verabredete wieder zu ändern wünschte. Es liegt eine große Zahl solcher Schreiben vor. Es war nicht leicht, den wechselnden Ansprüchen der Hohen Frau gerecht zu werden. Doch gelang es Plessen endlich, die kleinlichen Einwände zu beseitigen und den Ehevertrag in der Weise festzustellen, daß die Interessen der fürstlichen Braut, welche er dabei in erster Linie im Auge hatte, gewahrt wurden. Namentlich bestand er auf dem Zusatz eines geheimen Artikels, nach welchem das zugesicherte Witthum von 300 000 Francs Rente nicht durch die königliche Civilliste, sondern durch den Privatbesitz des Hauses Orleans garantirt sein sollte. Das Bedenken der Erbgroßherzogin, daß das darin ausgesprochene Mißtrauen gegen den Bestand des Königthums die Orleans verletzen könne, beseitigte er mit der Erklärung, daß er nur unter dieser Bedingung den Vertrag negociiren würde. Auch die Wahl des Orts für die Zusammenkunft war umständlich. Plessen hatte erst Ludwigslust vorgeschlagen, und der Großherzog dies, wenn auch ungern, genehmigt. Die Erbgroßherzogin aber wünschte, daß Plessen nach Berlin ginge, um Bresson, der

„schon so oft den Fuß im Wagen gehabt," die Reise zu ersparen. Sie hielt es überdies für schwierig, „in einem ausgestorbenen Orte einige Tage einen Mann von fremder Zunge, gewöhnt an großweltliches Leben, nicht nur zu unterhalten, sondern selbst zu ertragen." Ihr Hausstand sei nicht auf solchen Besuch eingerichtet. Es fehle an passendem Logis außer im Schloß, und dort wiederum könne sie ihn nicht gut empfangen. Plessen lehnte es aber entschieden ab, nach Berlin zu gehen und schlug in einem Schreiben an Bresson vom 27. März Perleberg als Begegnungsort vor. Der Gesandte nahm dies an, und am 4. April Vormittags trafen die beiden Bevollmächtigten in dem besten Gasthof des kleinen Städtchens zusammen. Jeder von Beiden hatte einen Secretär mitgebracht. Die Begegnung war eine durchaus freundschaftliche; der Störungen und Zwischenfälle wurde nicht gedacht. Man ging sogleich an die Aufsetzung eines Protocolls. Bresson nahm den Ehevertrag anstandslos an, und nach weniger als einer halben Stunde war das Schicksal der mecklenburgischen Fürstentochter besiegelt. Die Franzosen zeigten sich überglücklich über den endlichen Abschluß. Plessen kehrte mit gemischten Empfindungen nach der Heimath zurück. Er fand den Großherzog in einer trüben Stimmung. Das weiche Gemüth Paul Friedrich's, der seine Schwester aufrichtig liebte, litt unter der Spannung dieser Tage. Er, der gewohnt war, das Leben von der heiteren Seite aufzufassen, der gern Freude genoß und Freude bereitete, empfand schmerzlich den klaffenden Riß in seiner Familie. Dieser umwölkte Regierungsantritt erfüllte ihn mit düsteren Ahnungen. Dennoch blieb er fest in seinen Entschlüssen. Eine neue Verstimmung erwuchs ihm aus dem Anspruch der Erbgroßherzogin, eine officielle Anzeige der stattgehabten Verlobung an die Stände zu erlassen und in den Zeitungen zu veröffentlichen. Plessen hielt dies nach dem Sinn der an die Erbgroßherzogin abgetretenen Rechte für zuläßig und rieth dem Großherzog, diese Publication zu genehmigen. Dieser aber war entschieden dagegen. „So gern, wie ich auch" — schrieb er an Plessen — „wenn es mir immer möglich ist, Ihre Ansichten theile (Sie wissen ja, wie lieb ich Sie habe), so ist es mir leider in diesem Falle nicht möglich. Mein Gewissen, meine innerste Ueberzeugung verbieten es mir. Mein Brief an meine Mutter ist schon fort, und ich gestehe offen, daß er mich nicht gereut. Ich muß nun ruhig abwarten, was die Mutter thut. Sollte sie wider

Erwarten doch noch darauf bestehen, so muß ich es mir vorbehalten, selbst eine Anzeige an den Engern Ausschuß zu machen. In den hiesigen Blättern lasse ich aber unter keiner Bedingung etwas einrücken. Ich wollte, die ganze Sache wäre zu Ende."

Für Plessen sollte sie es sein! Es war dies der letzte Brief, den der Großherzog ihm schrieb. Keiner von Beiden konnte ahnen, daß der Tod so bald zwischen sie treten würde. Der junge Landesherr hatte in den letzten Wochen eine Charakterfestigkeit und Selbständigkeit gezeigt, welche seine Umgebung überraschte und die Gewähr bot, daß er die Zügel der Regierung mit sicherer Hand führen werde. Ohne diese Wahrnehmung, welche sich in der Folgezeit bestätigen sollte — denn die Regierung Paul Friedrich's war eine kurze, aber segensreiche — wäre der Verlust einer so bedeutenden Persönlichkeit wie Plessen von dem Fürsten und Lande noch schmerzlicher empfunden worden. Daß der Hintritt eines Staatsmannes, dessen ganzes Leben dem Dienst seines Vaterlandes gewidmet gewesen, der, wie keiner, mit allen Verhältnissen vertraut und durch eine dreißigjährige Erfahrung besonders befähigt war, ein Rathgeber seines Fürsten zu sein — daß ein solcher Todesfall eine unersetzliche Lücke reißen mußte, wird nach der Schilderung seines Lebens, die wir hier abschließen, nicht zweifelhaft sein. Paul Friedrich betrauerte den älteren Freund aufrichtig. Das Unerwartete und Plötzliche dieses Todesfalls erschütterte ihn. Am 21. April wurde Plessen von einem grippeähnlichen Unwohlsein befallen, welches man in Hinsicht seines perniciösen Verlaufs heute wohl als Influenza bezeichnen würde. Weder er noch seine Umgebung maßen der Unpäßlichkeit irgend welche Bedeutung bei. Doch mußte Plessen, da der Zustand sich etwas verschlimmerte, die auf den 24. angesetzte Reise nach Warnow aufgeben, wo am folgenden Tage eine zweite Zusammenkunft mit Bresson zwecks Austausches der Ratificationsurkunden stattfinden sollte. Ein Beamter des Ministeriums wurde noch schleunigst mit den nöthigen Vollmachten versehen und trat an Stelle des Ministers die Reise an. Da er den französischen Gesandten in Warnow nicht vorfand, fuhr er weiter nach Perleberg, wo er Bresson antraf und mit ihm den Austausch vollzog. Am Morgen dieses Tages, des 25. April, war Plessen an einer plötzlich eingetretenen Lungenlähmung verschieden.

Der Minister hatte, seitdem er durch Uebernahme des Präsidiums genöthigt war, einen Theil des Jahres in Schwerin zu verweilen, dort das neustädtische Palais bewohnt, welches einst der Wittwensitz der Mutter Friedrich Franz' I. gewesen war und lange unbenutzt gestanden hatte. Nach diesem Hause und den anliegenden Straßen strömte am 28. April die Bevölkerung Schwerins und vieler anderer Ortschaften, um dem Mann die letzte Ehre zu erweisen, den man überall im Lande kannte, liebte und achtete. Eine lange Reihe von Männern aller Stände, geführt von ihrem Fürsten, gaben bis zum Thore dem Trauerwagen das Geleit. Dann setzte dieser, von Freunden und Angehörigen gefolgt, die einsame Fahrt nach Doberan fort, auf demselben Wege, den zwei Monate zuvor der fürstliche Conduct eingeschlagen hatte. Leopold von Plessen wurde an der Seite seiner Gattin bestattet, nur wenige Schritte entfernt von den ehrwürdigen Mauern der alten Kirche, einem herrlichen Denkmal gothischer Baukunst, dem Mausoleum der mecklenburgischen Herzöge, in deren Mittelschiff sich der steinerne Sarkophag Friedrich Franz' I. erhebt. So ruhen sie auch im Tode nahe bei einander, die drei Menschen, deren Schicksale im Leben eng verflochten waren. Wir sind ihnen auf diesen Blättern häufig begegnet. War es auch kein Charakter-, sondern ein Zeitbild, welches wir zu entwerfen suchten, so hat sich doch die Gestalt des Einen von diesen Dreien deutlicher von dem geschichtlichen Hintergrunde abheben sollen. Leopold von Plessen verdiente, daß die Nachwelt ihn als das kennen lernt, was er war: ein edler Mensch, ein bedeutender Staatsmann und — was man von seinen Zeitgenossen nur selten sagen konnte — ein deutscher Patriot! —

Ein Thronerbe als Diplomat.

Historische Studie
aus der Rheinbundszeit.

Nach archivalischen Quellen.

I.

Im Herbst des Jahres 1806, dem Zeitpunkt, mit welchem diese Studie beginnt, regierte in Mecklenburg-Schwerin Herzog Friedrich Franz I. Im reifen Mannesalter stehend, — er war am 7. December 1754 geboren, — blickte er auf eine einundzwanzigjährige Regierungszeit zurück, und diese war nicht nur eine friedliche gewesen, sondern sie hatte auch den alten Besitzstand des Landes, in welchem seine Ahnherren seit grauer Vorzeit geherrscht hatten, in vollem Umfang wieder hergestellt. Dank dem ausgezeichneten Stand der herzoglichen Cassen war es Friedrich Franz gelungen, die in früherer Zeit an Preußen verpfändeten vier Aemter Eldena, Marnitz, Plau und Wredenhagen wieder einzulösen und die im westfälischen Frieden an Schweden gekommene Stadt Wismar nebst den Aemtern Neukloster und Pöl gegen Erlegung einer Pfandsumme von 1 250 000 Thalern zurück zu erwerben. Der Herzog führte ein mildes patriarchalisches Regiment und war im Lande überaus beliebt. Er war von heiterem, jovialen Temperament, klarem Verstande und strengem Rechtsgefühl, dabei von einer geradezu rührenden Liebe zu seinem Lande, welches er während seiner zweiundfünfzigjährigen Regierung höchst selten und dann stets nur gezwungen verließ. Eine halbfranzösische Erziehung hatte in ihm den Sinn für deutsche Eigenart nicht zu unterdrücken vermocht; vielmehr hatte sich mit zunehmendem Alter eine starke Abneigung gegen französische Staatseinrichtungen bei ihm herausgebildet. Mit norddeutscher Zähigkeit hing er an dem Hergebrachten sowohl in den eigenthümlichen Verhältnissen seines Landes als in dessen Beziehungen zu Kaiser und Reich, und sein erster großer Schmerz auf politischem Gebiete war der schmähliche Zusammenbruch der deutschen Reichseinheit und die Bildung des Rheinbunds, der die Gemeinschaft der deutschen Fürsten zerriß.

So war der Fürst geartet, den ein Act unerhörter Willkür seiner angestammten Krone beraubte und in die Verbannung trieb, der es

blutenden Herzens geschehen lassen mußte, daß sein schönes Land der Schauplatz wilder Verheerungen und unsäglicher Greuel wurde, der — was vielleicht das Schwerste war — nach all' der erlittenen Unbill noch gezwungen wurde, den Schutz des übermüthigen Siegers anzurufen und jahrelang zu ertragen. Wohl mochte es in dieser Zeit der Noth und der Demüthigung Trost gewähren, daß die Mecklenburger treu zu ihrem Fürsten standen, doch mit Geduld und Entsagung allein waren die Schwierigkeiten der Lage nicht zu überwinden. Man bedurfte auch der Thatkraft, Umsicht und Gewandtheit, um in dem unnatürlichen Verhältniß, welches die Gewaltherrschaft des Imperators geschaffen, das Gefühl der Würde nicht zu verlieren und die Interessen der unterdrückten Völkerschaften, wo es nur irgend anging, zu vertreten. Auch in Mecklenburg hat es damals an Männern nicht gefehlt, welche patriotische Hingebung mit staatsmännischer Klugheit zu verbinden wußten, und deren umsichtige Dienste noch schwerere Bedrückungen von dem Lande abzuwenden vermochten, als ohnehin schon darauf lasteten. Unter diesen Männern nimmt des Herzogs ältester Sohn, der Erbprinz Friedrich Ludwig, einen hervorragenden Platz ein, und seinen bisher wenig gekannten Verdiensten sind die nachstehenden Blätter vorzugsweise gewidmet. Das dazu benutzte Material ist zum Theil dem großherzoglichen Geheimen- und Hauptarchiv zu Schwerin, zum Theil dem brieflichen Nachlaß verschiedener Mitglieder des dortigen Fürstenhauses entnommen. Ehe wir an die Katastrophe des Jahres 1806, als den Ausgangspunkt dieser Darstellung, herantreten, möchten wir noch einige, das Verständniß des Nachfolgenden erleichternde Personalnotizen voranschicken.

Herzog Friedrich Franz war seit 1775 vermählt mit einer Prinzessin von Sachsen-Gotha-Roda. Sie hatte ihrem Gemahl sechs Kinder geschenkt, vier Söhne: die Prinzen Friedrich Ludwig, Gustav, Carl und Adolf, und zwei Töchter: die Prinzessinnen Louise und Charlotte. Erstere hatte sich am 21. October 1797 mit dem Erbprinzen August von Sachsen-Gotha vermählt, starb aber bereits am 4. Januar 1801. Letztere war seit dem 11. Juni 1806 mit dem Prinzen Christian von Dänemark vermählt, demselben, der später 1839 als Christian VIII. den dänischen Königsthron bestieg. Von den jüngeren Söhnen des Herzogs stand Prinz Carl in der russischen Armee; die Prinzen Gustav und Adolf lebten am Hof ihres Vaters. Obwohl Schwerin die Hauptstadt des

Landes und Sitz der Regierung war, bevorzugte der Herzog als Wohnsitz die zweite Residenz Ludwigslust, wo ein um die Mitte des vorigen Jahrhunderts erbautes, prächtiges Schloß einen behaglichen Aufenthalt und die geeigneten Räume zur Entfaltung fürstlichen Gepränges gewährte. Die Vorliebe früherer Generationen für vornehm abgeschlossene Landsitze hatte diese zweite Residenz ins Leben gerufen, und die wildreichen Forsten, welche den Ort umgaben, machten die Bevorzugung dieses vor den anderen meistens ziemlich baufälligen Schlössern auch sonst erklärlich. Friedrich Franz ging daher nur selten nach Schwerin. Die Sommermonate aber brachte er regelmäßig in dem von ihm begründeten Seebade Doberan zu, welches sich unter seiner steten Fürsorge allmälig zum Weltbade und zum Vereinigungspunkt fürstlicher und vornehmer Reisenden entwickelte.

Der Erbprinz Friedrich Ludwig war am 13. Juni 1778 geboren. Er hatte die in fürstlichen Kreisen damals übliche Hofmeistererziehung genossen, dann einige Reisen gemacht und war, kaum einundzwanzig Jahre alt, von seinem Vater nach St. Petersburg geschickt worden, um dort um die Hand der Großfürstin Helene Paulowna, Tochter Kaiser Paul's I. zu werben. Der Aufenthalt am Zarenhofe, der sich noch um einige Monate über die im October 1799 stattfindende Vermählung ausdehnte, war für den jungen Prinzen eine lehrreiche Schule. Aus den kleinen Verhältnissen des heimischen Hoflebens plötzlich auf eine der größten Weltbühnen des Jahrhunderts versetzt, gewann er Einblicke in das politische Getriebe und das diplomatische Ränkespiel, die für seine spätere Laufbahn nicht ohne Nutzen blieben. Unterstützt durch natürliche Anlagen, durch eine einnehmende Erscheinung und ein liebenswürdiges Wesen, lernte er bald sich mit Sicherheit auf dem glatten Parquet der großen Welt bewegen. Die Gabe scharfer Beobachtung, ein seltenes Sprachtalent und Gewandtheit im Ausdruck kamen ihm dabei zu Statten. Auch das Verhältniß zum Zaren, dessen unberechenbare Stimmungen rasch wechselten, und die Beziehungen zu den einflußreichen, aber argwöhnischen Palastbeamten erforderten Takt und Vorsicht. Friedrich Ludwig machte hier eine Art Lehrzeit der Diplomatie durch. Im Winter 1800 führte er seine bildschöne, kaum dem Kindesalter entwachsene Gemahlin aus dem geräuschvollen Treiben des Kaiserhofes nach dem stillen Ludwigslust. Es folgten drei glückliche Jahre. Dann

raffte der Tod die junge Fürstin von der Seite des trostlosen Gatten, dem sie zwei Kinder, Paul und Marie, hinterließ. Der Erbprinz empfand diesen Schlag sehr schwer. Er war eine weiche, empfindsame Natur, mit einem Hang zur Schwärmerei, ein echtes Kind seiner Zeit, rasch begeistert, aber auch leicht entmuthigt und seinem Vater sehr unähnlich. Er besaß zwar dessen klaren Verstand, auch seinen Sinn für Geschäfte, nicht aber dessen heitere Gemüthsart, Humor und nüchternes Urtheil. Nach dem Tode seiner Gemahlin suchte und fand er Trost in angestrengter Arbeit. Sein Vater übertrug ihm ein Ressort im Domänen-Departement, und er hielt sich deshalb häufig und lange in Schwerin auf. Die Regierung war eine collegialische unter dem Vorsitz des Ministers Grafen von Bassewitz. Als zweiter Minister und Vorstand der Lehns- und Domänenkammer fungirte der Freiherr von Brandenstein. Die dritte Stelle im Ministerium nahm der Geheimrath von Plessen ein. Derselbe hatte früher Mecklenburg am Regensburger Reichstage vertreten und war nach Auflösung dieser Körperschaft wieder in der Landesverwaltung beschäftigt worden. Unter den ersten Räthen des Herzogs stand er diesem persönlich am nächsten.

Von den politischen Erschütterungen und Kriegsstürmen, welche die Wende des Jahrhunderts begleiteten, war Mecklenburg bis zum October des Jahres 1806 verschont geblieben. Zwar hatten in der letzten Zeit wiederholt Durchzüge russischer und schwedischer Truppen stattgefunden, aber diese Truppen hatten das Land als neutrales Gebiet behandelt, und was sie requirirten, war bezahlt worden. In den am 25. October bezw. 25. November 1805 mit Rußland und Schweden abgeschlossenen Conventionen waren die Beträge festgesetzt worden, welche für die Verpflegung der Mannschaften, für geleistete Fuhren und Handdienste entrichtet werden sollten. Mit Ausnahme der Einquartirungslasten und der mit dem Durchzug nicht völlig disciplinirter Truppen unvermeidlichen Reclamationen erwuchs dem Lande aus diesen freilich zwangsweise geforderten Leistungen ein directer Schade nicht. Aber mit dem Tage von Jena zog auch für Mecklenburg ein drohendes Unwetter herauf. Blücher's Rückzug auf Lübeck lenkte ungeheure Heeresmassen seiner Verfolger nach Norden ab. Die Corps von Soult, Murat und Ponte-Corvo drangen in Mecklenburg ein. Das ganze Land war von den Franzosen überschwemmt, die, an 80 000 Mann stark, hier wie in Feindesland

hausten. Am 6. November 1806 fiel Lübeck. Blücher capitulirte, indem er seiner Unterschrift zu dem Vertrage noch die Worte hinzusetzte: „Ich capitulire, weil ich weder Munition noch Brot, noch Fourage habe." Vom 9. bis 22. November nahmen die drei französischen Heere ihren Rückmarsch durch ganz Mecklenburg nach Stettin und Berlin. Die Verpflegung der Truppen hatte bei den zahlreichen Gefechten und Eilmärschen der letzten Wochen fast ausschließlich im Wege gewaltsamer Requisition stattgefunden. Mißhandlung der Bevölkerung, Ausschreitungen jeder Art, Plünderung und muthwillige Zerstörung waren davon unzertrennlich gewesen, und obwohl Marschall Soult durch einen Armeebefehl vom 11. November die Schonung der Landbevölkerung auf das Nachdrücklichste anbefahl, war letztere durch die verübten Grausamkeiten schon so erbittert, daß Versprengte und Nachzügler vieler Orten heimlich erschlagen wurden.

Der Herzog und sein Hof waren in Ludwigslust unbehelligt geblieben. Am 10. November begab sich der Erbprinz im Auftrag seines Vaters nach Berlin, um bei den dortigen kaiserlichen Armeebehörden wegen Verletzung der Neutralität Protest zu erheben und für die gewaltsamen Requisitionen Entschädigung zu verlangen. Es war dies die erste der vier officiellen Sendungen, die er in dem Zeitraum von zwei Jahren successive übernahm. Nähere Berichte liegen darüber nicht vor. Wir wissen nicht, welche Schritte er in Berlin that; jedenfalls blieben sie erfolglos. Die Occupation Mecklenburgs war bereits vom Imperator beschlossen. Um die Auffindung eines Vorwands war die kaiserliche Kanzlei nicht verlegen.

Am 27. November 1806 traf in Schwerin eine Note des in Hamburg residirenden und bei den „niedersächsischen Staaten" beglaubigten französischen Gesandten von Bourienne ein, in welcher dieser dem herzoglichen Ministerium ankündigte, daß Frankreich das Herzogthum nicht länger als neutral betrachten könne, „da dasselbe den russischen Truppen nicht nur den Durchmarsch und einen langen Aufenthalt im Lande gestattet, sondern ihnen auch Unterstützung gewährt habe, was als eine natürliche Folge des engen Bündnisses zu betrachten sei, welches Mecklenburg mit Rußland verknüpfe. Ueberdies müßten die mecklenburgischen Herzöge, da sie militärische Grade in der russischen Armee bekleideten, als unter den Fahnen des hauptsächlichsten Gegners Frankreichs stehend

betrachtet werden. Andrerseits nehme Rußland aus verschiedenen Gründen ein besonders hohes Interesse an Mecklenburg, und da das Petersburger Cabinet gegen alles Recht und ohne jeden Anlaß durch Besitznahme der Moldau und Walachei die Unabhängigkeit der ottomanischen Pforte verletzt habe, so sei jede Maßregel, welche dahin ziele, Compensationsobjecte in Besitz zu nehmen, eine solche, welche die Gerechtigkeit zulasse, die Politik empfehle und das Interesse Frankreichs erheische." Deshalb habe der Gesandte zu erklären, „daß

1. Se. Majestät der Kaiser und König Mecklenburg als ein mit seinen Feinden gemeinsame Sache machendes Land betrachte und zwar auf Grund der denselben geleisteten Hülfe, und daß
2. das zukünftige Schicksal Mecklenburgs von dem Verhalten abhängen werde, welches Rußland der Moldau und Walachei gegenüber beobachte."

Waren auch derartige Gewaltacte Bonaparte's an sich nichts Ungewöhnliches, so war doch in diesem Fall der gegen Mecklenburg erhobene Vorwurf ein befremdlicher, wenn nicht gar lächerlicher. Der angekündigte Entschluß, das Herzogthum als ein Pfand für die Donaufürstenthümer in Besitz zu nehmen, erschien geradezu unerklärlich. In der Antwortnote, welche tags darauf nach Hamburg abging, hieß es denn auch: „der Herzog könne nur an das Obwalten eines Irrthums glauben. Niemals habe seit dem siebenjährigen Kriege Mecklenburg zu Rußland in irgend welcher politischen Beziehung gestanden. Während des Durchmarsches russischer Truppen im Jahre 1805 habe der Herzog einfach der Gewalt weichen müssen. Man habe den passirenden 20 000 Mann nothgedrungen die requirirten Lebensmittel zu liefern gehabt, welche diese in Anerkennung der Neutralität Mecklenburgs bezahlt hätten. Man habe übrigens gegen diesen gewaltsamen Durchmarsch in einer Form protestirt, welche das Mißfallen der russischen Regierung erregt habe. Auch sei seither kein mecklenburgischer Gesandter am dortigen Hofe beglaubigt. Der Vorwurf, einen militärischen Rang in der russischen Armee zu bekleiden, könne den Herzog nicht treffen, da dieser einen solchen nicht innehabe. Der Erbprinz habe die russische Uniform, die ihm sein Schwiegervater, der Zar, seiner Zeit verliehen, aus Courtoisie nicht ablehnen können. Sein jüngerer Bruder diene in der russischen Armee, doch seien derartige Dienste deutscher Fürstensöhne in anerkannter Ueblichkeit und hätten keinen Einfluß auf die politischen Beziehungen der Staaten. Der Herzog

rechne auf den gerechten Sinn des Kaisers, wenn er nach dieser wahrheitsgetreuen Darlegung der Verhältnisse auf eine Zurücknahme der angekündigten Maßregeln hoffe.“ Eine Abschrift des am 14. October 1805 an den russischen Befehlshaber Grafen Tolstoi gerichteten Schreibens war beigefügt, aus welchem hervorging, daß der Herzog damals volle Neutralität für sein Land beansprucht hatte.

Diese Note war kaum abgegangen, als die Avantgarde des achten Corps unter General Michaud von Hamburg aus über Ratzeburg und Gadebusch einrückte. In wenig Tagen waren die beiden Residenzen und die Hauptorte des Landes besetzt. An Widerstand war natürlich nicht zu denken. Die mecklenburgischen Truppen wurden entwaffnet und aufgelöst. Einige ihrer Officiere blieben noch so lange im Dienst, bis die Magazine, Waffen- und Monturdepots, Pulvervorräthe u. s. w. an die französische Intendantur übergeben waren. Dann mußten auch sie ihre Degen abgeben. Auf Befehl des zum Generalgouverneur von Mecklenburg ernannten Generals Laval durfte sich Niemand mehr in mecklenburgischer Uniform auf der Straße blicken lassen. Sämmtliche Geschütze, Gewehre, Munition und Pulvervorräthe wurden nach Lenzen an die Elbe geschafft und von da auf dem Wasserwege nach Magdeburg transportirt. Alles dies geschah mit größter Schnelligkeit und bewies die Routine der französischen Beamten. Am 9. December, also kaum acht Tage nach dem Einrücken, war die ganze Armatur Mecklenburgs fortgeschafft, und das Land von allen militärischen Hülfsmitteln entblößt. Nur in den Städten war für die Bürgerwehr, welche den Wachtdienst zu versehen hatte, eine kleine Anzahl Gewehre zurückgelassen (in Schwerin 86). Geheimrath von Plessen berichtete am 9. December an den Herzog, es sei nicht möglich festzustellen, ob der Inhalt der Zeughäuser und Depots mitgenommen, verschenkt oder verkauft worden.

Der Herzog vermochte immer noch nicht an die Thatsache zu glauben, daß sein Land als feindliches Gebiet behandelt werde. Er war sich bewußt, keinen Anlaß zu diesem Friedensbruch gegeben zu haben, und hoffte, daß eine Aufklärung in dieser Hinsicht genügen würde, um Napoleon's Entschließungen zu ändern. Zu diesem Behuf entsandte er am 4. December den Oberhofmeister von Lützow und den Geheimrath von Müller in das kaiserliche Hauptquartier nach Posen, beide mit ausreichenden Vollmachten und mit dem Auftrag versehen, die Zurück-

ziehung der französischen Besatzung zu erwirken. Die Gesandten nahmen ein Schreiben des Herzogs an den Kaiser Napoleon und ein solches an den Minister des Auswärtigen, Fürsten von Talleyrand, mit. In diesen von Plessen entworfenen, kurz und würdig gehaltenen Schriftstücken bat der Herzog, den Herrn von Lützow zu empfangen und dessen wahrheitsgetreuem Vortrag Glauben zu schenken. Wie weit des Herzogs Illusionen damals noch gingen, beweist die geheime Instruction, welche Lützow mitnahm. Darin war sogar von Geld- oder Gebietsentschädigungen die Rede, welche er für das Einrücken der französischen Truppen und die weggeführten Depots fordern solle. Fände er das Terrain für solche Ansprüche nicht günstig, so solle er Vorbehalte machen, gegen jeden Gebietsaustausch entschieden protestiren, falls ein solcher aber unabwendbar, nur solche Vorschläge ad referendum nehmen, die auch für die Zukunft einen gesicherten Besitzstand gewährleisteten.

Die Enttäuschung, welche den armen Herzog treffen sollte, war eine sehr harte. Seine Abgesandten wurden gar nicht angehört oder nur vorgelassen. Lützow, der auch einen Brief an den Kaiser Alexander bei sich hatte, um dessen Intervention anzurufen, erlangte nur mit Mühe die Erlaubniß, die Vorposten zu passiren, und am 22. erhielt der Herzog von dem General Laval die nachstehende, in der unverbindlichsten Form abgefaßte Ausweisungsordre:

„Herr Herzog! — Ich habe die Ehre, Ihnen mitzutheilen, daß in Folge eines durch den Marschall Mortier mir zugegangenen Befehls Sr. Majestät Sie und Ihre ganze Familie Mecklenburg zu verlassen haben. Ich kann Ihren hiesigen Aufenthalt nur bis zum Donnerstag den 26. d. M. gestatten. Ich ersuche Sie, mir das Land zu bezeichnen, in welches Sie und Ihre Familie sich zu begeben wünschen, um Ihnen dementsprechend die nöthigen Pässe zu geben.

Herr Herzog, ich habe die Ehre mit vollkommener Hochachtung zu sein
der Generalgouverneur von Mecklenburg.
Laval."

Der Herzog befand sich in Ludwigslust. Ein französischer Officier überbrachte dies bündige Decret. Ein ähnliches Schreiben erhielt die in Schwerin residirende Herzogin Louise. Dieselbe begab sich sogleich nach Ludwigslust, um das fernere Schicksal ihres Gatten zu theilen, nachdem sie zuvor in einem Schreiben an den Generalgouverneur ihre in Schwerin zurückbleibende Schwiegermutter, die fünfundsiebzigjährige Herzogin Charlotte Sophie, einer schonungsvollen Behandlung empfohlen hatte. Die Herzogin-Mutter bewohnte mit ihrer Schwägerin,

der gleichfalls hochbetagten Prinzessin Ulrike, das Neustädtische Palais. Die beiden Fürstinnen hatten dem Gouverneur erklärt, nicht reisen zu können, und blieben auch während der französischen Occupation unbehelligt.

Herzog Friedrich Franz beantwortete die Zuschrift des Generals zunächst durch eine kurze Empfangsbestätigung, sandte aber gleichzeitig den Kammerherrn von Mecklenburg zu ihm, um seinen Rath über diejenigen Schritte einzuholen, welche eine Aenderung des kaiserlichen Befehls etwa noch herbeiführen könnten. General Laval zeigte sich theilnehmend, konnte aber natürlich nur auf die ihm zugegangene Ordre hinweisen. Ein directer Appell an den Kaiser schien ihm das einzige Mittel in dieser bedrängten Lage zu sein. Der Herzog setzte noch am folgenden Tage ein solches Schreiben an Napoleon auf. Er erklärte darin, daß er sich dem an ihn ergangenen Befehl unterwerfe, doch rufe er den Gerechtigkeitssinn des Siegers an, der nicht verkennen werde, daß sein bisheriges Verbleiben in dem occupirten Lande ein Act des Vertrauens und der Friedensliebe gewesen. Sollte er dennoch gezwungen werden, sein geliebtes Land zu verlassen, so bitte er, ihm und seiner Familie wenigstens die nöthigsten Subsistenzmittel zu gewähren, deren er schon jetzt ermangele, da sämmtliche Kassen von den französischen Behörden beschlagnahmt seien. „Möge es mir erlaubt sein, Sire," so schloß das Schreiben, „mein Land Ihrer besonderen Fürsorge zu empfehlen, ebenso meine getreuen Diener aller Klassen, welche sich sonst im tiefsten Elend befinden würden. Ew. kaiserl. und königl. Majestät würden meine Leiden mildern, wenn Sie Sich ihrer annähmen."

Mit diesem Brief sandte er seinen dritten Sohn, den damals fünfundzwanzigjährigen Prinzen Gustav, an den Marschall Mortier, der sein Hauptquartier in Anklam hatte. Kammerherr von Mecklenburg begleitete den Prinzen. Letzterer berichtete am 26. December aus Anklam:

„Gnädigster Vater! — Unsere Reise ist nicht ganz fruchtlos gewesen, und wir schmeicheln uns Ihrer gnädigen Zufriedenheit. Nach einer höchst langweiligen Fahrt sind wir heute Morgen um 7 Uhr erst hier angekommen und hatten um 11 Uhr schon beim Marschall Mortier die erbetene Audienz, bei welcher wir sehr gut aufgenommen wurden und der Marschall uns des Antheils versicherte, den er an unserer unglücklichen Lage nehme. Er würde gern Alles thun, was bei ihm stände, sie zu erleichtern, woher er auch gestattete, ihm Ihren Brief an Se. Majestät den Kaiser zu geben, dessen genaue Besorgung er über

sich nehme. Auch hat er uns erlaubt, ihm ein kleines Memoire zu übergeben, worin wir ihm die hauptsächlichsten Stücke unserer Aufträge genauer detailliren, und welches ich ihm heute Mittag übergeben werde, wo wir bei ihm essen sollen. Er wird uns eine Ordre mitgeben an den Generalgouverneur oder sie ihm sonst bald zukommen lassen, daß wir ruhig in Ludwigslust bleiben können, bis Antwort vom Kaiser erfolgt. Doch da er nicht glaubt, die Erlaubniß für uns zu erhalten, daß wir in Ludwigslust auf immer bleiben können, auch wenn wir versprechen uns in nichts zu meliren, so räth er recht sehr, mit den Arrangements der Abreise fort zu fahren, damit wir nicht in Verlegenheit kommen, wenn er die erste kaiserliche Ordre erneuern müßte. Auf jeden Fall hat er uns noch die Versicherung gegeben, daß Großmama und Tante Ulrike in Schwerin bleiben können. Ich hoffe, daß dieses Sie für den Moment wenigstens etwas beruhigen wird. Mündlich werde ich das Glück haben, Ihnen von allen Details und vom übergebenen Memoire genauer zu berichten, sowie Ihnen die kindliche Hochachtung zu versichern, mit welcher ich mich nenne

Ihren ganz gehorsamen Sohn
Gustav."

In dem Memoire, welches Herr von Mecklenburg in den Händen des Marschalls zurückließ, war namentlich auf die traurigen Folgen hingewiesen, welche durch die Occupation des Landes und die Depossedirung seines Fürsten nicht nur für alle Hof- und Staatsbeamte, die ihrer Gehalte und Pensionen verlustig gingen, sondern auch für die Inhaber der Pfandbriefe und Schatzscheine entstehen mußten. Der Herzog appellirte an die Großmuth des Siegers, indem er ihn mit beweglichen Worten bat, diese Zahlungen nicht zu sistiren und eine allgemein gehaltene, beruhigende Zusicherung zu veröffentlichen, dahin gehend, daß die Zinsen der öffentlichen Schuld auch ferner gezahlt werden sollten. Den Herzog, hieß es darin, versetze gerade dieser Gedanke in die qualvollste Unruhe. Er wäre in Verzweiflung, wenn das Unglück, das ihn niederdrücke, zugleich verhängnißvoll würde für eine so große Zahl von Personen, welche ihm ihr Vermögen anvertraut hätten. Der Herzog sei der Ansicht, daß diese Leute nicht getroffen werden dürften durch eine Staatsumwälzung, bei welcher nur ein Souverän an die Stelle des Andern trete. Einer Annahme dieses Princips werde auch Se. kaiserliche Majestät sich nicht entziehen wollen. Was die Ehre aller Fürsten anginge, könne auch einem so großmüthigen und erleuchteten Manne nicht gleichgültig sein u. s. w.

Friedrich Franz I. hatte von jeher ein höchst persönliches Regiment geführt. Er war dabei begünstigt worden durch die eigenthümliche Verfassung des Landes, von welchem der dritte Theil, als

Domanium, eine Art von fürstlichem Fideicommiß darstellte und vom Landesherrn unumschränkt verwaltet wurde. Die beiden Stände, Ritter- und Landschaft, besaßen zwar weitgehende Privilegien und nahmen an der Gesetzgebung Theil, doch lag die ganze Verwaltung und Jurisdiction in den Händen der Landesregierung, und die persönliche Einwirkung des Fürsten auf die verschiedenen Bevölkerungsklassen wurde durch die allgemeine Liebe und Achtung vermehrt, die derselbe bei seinen Unterthanen genoß. In Ermangelung eines Staatsschatzes, wie eines Staatsbegriffs überhaupt, waren denn auch die Landesschulden eigentlich Personalschulden des Fürsten, für welche dieser mit dem Domanium haftete und die er aus dessen Einkünften verzinste. Der Gedanke, daß diese Rentenbriefe jetzt werthlos seien, und ihre Besitzer, meistens kleine Beamte und Privatleute, durch den Ausfall der Rente in Noth gerathen könnten, hatte für das landesväterliche Herz des edeldenkenden Fürsten etwas Drückendes. Die Stimmung in Ludwigslust war eine sehr trübe. In diesem kleinen Orte lebte Alles vom Hofe. Hunderte von Familien waren mit ihrer Existenz an seinen Bestand gebunden. Dazu kam, daß die Geldmittel selbst für den fürstlichen Haushalt zu fehlen begannen, und die Gehalte an die Dienerschaft nicht mehr ausgezahlt werden konnten.

Der Bericht des Prinzen Gustav hatte die Hoffnung neu belebt. Der Herzog schrieb einen Dankesbrief an den Marschall Mortier: es sei ein Trost für ihn, in seinem Unglück einen Mann gefunden zu haben, der großherzig und wohlwollend an seiner traurigen Lage Antheil nehme und diese, soweit es in seinen Kräfte stehe, zu erleichtern bereit sei. Dieser Dankeserguß war aber sehr wenig angebracht. Der doppelzüngige Franzose hatte den jungen Prinzen mit liebenswürdigen Phrasen und Versprechungen abgespeist, nach dessen Abreise aber dem General Laval geschrieben, er könne dem Herzog einen Aufschub der Abreise von einigen Tagen gewähren „pour regler ses affaires“. Von einem Abwarten der kaiserlichen Antwort war nicht die Rede. Ja, es mußte hiernach sehr fraglich erscheinen, ob das Gesuch des Herzogs überhaupt weiter befördert war. Vergebens ließ dieser durch seine Minister dem Generalgouverneur vorstellen, daß der bis zum 4. Januar bewilligte Aufschub nicht ausreiche, um einen Courier aus Posen abzuwarten. Der General sprach sein Bedauern aus, verschanzte sich aber hinter seine Ordre, und von Marschall Mortier, an den man sich wiederum

wandte, kam gar keine Antwort. In dieser Bedrängniß rieth der Minister Graf Bassewitz, den Prinzen Gustav noch einmal nach Anklam zu schicken, aber der Herzog hielt dies unter seiner Würde. Auch das Anrufen einer Intervention Oesterreichs und Dänemarks, wozu der Minister drängte, erschien ihm vorläufig aussichtslos, wenigstens soweit es sich um eine Vermeidung der Abreise handelte. Für diese wurden nunmehr alle Vorbereitungen getroffen. Der Herzog bestimmte, daß ihn der Major und Kammerherr von Boddien und der Stallmeister von Bülow begleiten sollten. Außerdem folgten ihm der Geheimrath von Plessen und der Hofsecretär Kentzler in die Verbannung. Von der zahlreichen Dienerschaft wurden nur einige Personen mitgenommen.

Der Herzog beantragte bei dem Generalgouverneur die Auszahlung eines monatlichen Aversums von eintausend Louisd'or für seinen persönlichen Unterhalt im Auslande und die Verabfolgung der Apanagen an die zurückbleibenden Mitglieder des fürstlichen Hauses. Der Gouverneur erklärte indessen, daß er hierüber erst die Befehle des Kaisers einholen müsse. Der Einwand des Herzogs, daß, wenn er der Ausweisung aus seinem Lande Folge leiste, man ihm doch auch die Mittel gewähren müsse, dieser Verfügung nachzukommen, blieb unberücksichtigt. Mit Mühe gelang es den Ministern, wenigstens die einmalige Auszahlung eines „Reisegeldes" von eintausend Louisd'or zu erwirken, da es dem Herzog thatsächlich an Baarmitteln gebrach. General Laval bewies übrigens in dieser peinlichen Lage persönlichen Takt und Mitgefühl. Graf Bassewitz berichtete am 4. Januar: „Gestern habe ich mehrmalen von dem Gouverneur Laval die Aeußerung gehört, daß die Restitution der herzoglichen Lande gar keinen Zweifel litte, und daß er für die sorgfältigste Erhaltung alles Desjenigen, was Ew. Herzogliche Durchlaucht im Schlosse und sonst zurücklassen würden, gewissenhaft sorgen würde, um dadurch seine aufrichtige Theilnahme zu bethätigen." Indessen wurden diese wohlwollenden Intentionen später keineswegs eingehalten. Zwar blieb das Mobiliar der herzoglichen Schlösser intact, doch wurde ein großer Theil der Kunstschätze, namentlich Gobelins, Broncen und vor Allem die werthvolle von den früheren Herzogen gesammelte Gemäldegalerie nach Paris geschickt und — wie wir zur Ehre des Generals annehmen wollen — in Folge höheren Befehls. Diese Gegenstände wurden erst im Herbst 1815 nach dem zweiten Pariser Frieden wieder zurückgegeben.

Am Morgen seiner Abreise richtete Friedrich Franz noch an den Minister Grafen von Bassewitz das nachstehende Schreiben:

„Ludwigslust, den 8. Januar 1807.

Mein lieber Graf! — Da ich heute durch die Gewalt des Mächtigeren dem schrecklichen Augenblick entgegengehe, von Mutter, Anverwandten, von meinem geliebten Vaterlande und von meinen getreuen Dienern getrennt zu werden, so halte ich es für meine heiligste Pflicht, Ihnen als erstem Minister Mein ganzes Land, insbesondere Meine ganze Dienerschaft, vom Vornehmsten bis zum Geringsten, zur besten Fürsorge zu empfehlen. Die Mehrsten werden durch meine Entfernung an den Bettelstab gebracht. Thun Sie, lieber Graf, was in Ihren Kräften steht, die Leute aus dem Unglück zu retten. Stellen Sie dem Gouverneur und dem Intendanten die letzten Wünsche eines Tiefbekümmerten vor. Die Verwaltung und Leitung der Regierung Meines unglücklichen Landes empfehle ich Ihnen auf das Beste. Fahren Sie fort, Ihrem Vaterlande nützlich zu sein, wie Sie es immer gewesen, so werden Sie den Segen des Höchsten einernten! Nun, bester Graf, empfiehlt sich Ihr schuldloser, unglücklicher Herr Ihrem besten Andenken. Suchen Sie, soviel Sie können, für Mich zu sorgen nach aller Art; Gott wird der reiche Vergelter aller Ihrer Bemühungen sein. Er segne Sie, er segne alle Meine getreuen Diener und Unterthanen! Mein Herz bricht vor Schmerz, daß ich ein Volk verlassen soll, was Mich liebt; allein Gott will es, sein Wille geschehe! —

Ich bin mit der aufrichtigsten Werthschätzung

Ihr getreuester Freund
Friedrich Franz."

Schweren Herzens bestieg der Herzog mit seiner Gemahlin den Reisewagen und verließ das Schloß seiner Väter, das er einundzwanzig Jahre als regierender Herr bewohnt. In den nachfolgenden Wagen befanden sich der Erbprinz mit seinen Kindern und deren Hofmeisterin, Fräulein von Mecklenburg, Prinz Gustav, die Herren des Gefolges und die Dienerschaft. Die Fahrt ging auf der sandigen Landstraße über Redefin und Boizenburg nach Hamburg. Chausseen gab es damals in Mecklenburg noch nicht. Die erste Kunststraße dieser Art, welche, von Berlin nach Hamburg führend, einen Theil des Landes durchschnitt, wurde erst 1826 fertig gestellt. Am 10. Januar Abends erreichte die kleine Reisegesellschaft Altona, wo zunächst in einem Gasthof Quartier genommen, und einige Tage später ein an der Palmaille gelegenes, dem Herrn John Blacker gehöriges Haus bezogen wurde. Dasselbe war vollständig möblirt. Der auf sechs Monate vereinbarte Miethspreis betrug viertausend Mark. Die herzogliche Familie lebte hier in strengster Zurückgezogenheit. Die Lebensweise war äußerst einfach. Aber diese Ent-

behrungen waren leicht zu ertragen, gedachte man der materiellen Nothlage im Vaterlande, die immer drückender wurde.

Das französische Gouvernement hatte, wie dies meistens bei der Occupation fremden Staatsgebietes geschah, die herzoglichen und Landesbehörden bei Bestand gelassen, mischte sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten der Verwaltung. Aber es störte indirect deren Organismus durch unausgesetzte Eingriffe in das Finanzwesen, durch Einforderung von Contributionen, Beschlagnahme der Kassenbestände und Ausschreibung von Lieferungen. Zu Ende Januar berichtete Graf Bassewitz an den Herzog, mit dem er in fortgesetztem Briefwechsel stand, daß kein Geld mehr vorhanden sei, um diese Lieferungen baar zu bezahlen, und daß man sie jetzt mit Gewalt eintreiben müsse. Auf dem platten Lande zog man den Gutsherren und Bauern Pferde und Vieh aus dem Stalle; die dafür ausgegebenen Bons waren zunächst werthlos. Es fehlte bald an Betriebsmitteln für die Ackerbestellung. Von den Schäden, welche die sechsmonatliche Fremdherrschaft damals der Landwirthschaft zugefügt, hat Mecklenburg sich erst nach zwei Decennien zu erholen vermocht. Mit dem 1. Februar hörte auch die Zahlung der Löhnung an die entlassenen Militärmannschaften auf. Diese harte Maßregel sollte vor Allem die französischen Werbungen begünstigen. In der That trieben Hunger und Kälte, der Arbeitsmangel mitten im Winter, viele Individuen zu den Werbebureaus, die überall im Lande errichtet waren. Die Anträge des Herzogs um weitere Gewährung von Subsistenzmitteln blieben unbeachtet. Marschall Mortier ließ selbst die Anfragen und Berichte des Generals Laval unbeantwortet. Aber in dieser Zeit allgemeiner Noth zeigte es sich, welch' enges Band den Fürsten mit seinen Ständen vereinte. Am 5. Februar überbrachten die Landräthe von Vieregge und von Flotow dem Herzog in Altona Namens der Ritterschaft die Summe von viertausend Thalern zur Bestreitung seiner Privatausgaben. Die Landschaft folgte bald diesem Beispiel und übersandte am 2. April durch die Bürgermeister Sibeth-Güstrow und Wennmohsen-Grabow die gleiche Summe. Derartige Zuwendungen wiederholten sich noch mehrmals, und zwar seitens der Ritterschaft am 22. April und 18. Juli, seitens der Stadt Rostock am 12. Mai und seitens der Landschaft am 24. Juli. Auch der Herzogin wurden zweitausend Thaler zugestellt. Diese Beträge waren nur gerade ausreichend für den Unterhalt der fürstlichen Familie.

Es konnte wenig davon an die Nothleidenden in der Heimath abgegeben werden. Um so gerührter war der Herzog über das Eintreffen einer reichen Beihülfe, die ihm unerbeten und unvermuthet von Seiten des Kaisers von Rußland zuging.

Dem Oberhofmeister von Lützow war es endlich gelungen, durch die französischen Vorposten zu dringen und seine Reise nach Petersburg fortzusetzen. Mitten im strengsten Winter war diese Fahrt äußerst beschwerlich. Anfangs Februar traf Lützow in Petersburg ein. Zar Alexander nahm ihn gütig auf und beantwortete das Schreiben des Herzogs sogleich durch den nachstehenden Brief, der auf dem Seewege nach Altona befördert wurde:

„St. Petersburg, den 7. Februar 1807.

Mein Herr Vetter! — Der Baron von Lützow hat mir den Brief richtig übergeben, mit welchem Ew. Durchlaucht ihn betraut hatten. Mit sehr schmerzlichen Empfindungen erfüllt mich die Nachricht von der peinlichen Lage, in welche Ew. Durchlaucht durch die Verleugnung jedweden Princips der Ehrenhaftigkeit und Gerechtigkeit seitens der französischen Regierung sich versetzt sehen. Dieses System ist die wahre Quelle des empörenden, gegen Höchst-Sie gerichteten Verfahrens, und wenn Ew. Durchlaucht das letztere nur einen Augenblick den Gründen zuschreiben konnten, welche die Note des Herrn Bourienne angiebt, so zweifle ich doch nicht, daß Sie sich im Hinblick auf so viel ähnliche Beispiele bald überzeugt haben werden, wie der Einmarsch meiner Truppen in die Moldau nur ein eitler Vorwand ist, mit welchem die französische Regierung diesen neuen Act der Ungerechtigkeit bemänteln zu können glaubt. In Ermangelung desselben würde sie um die Auffindung eines andern nicht verlegen gewesen sein.

Ich bitte Ew. Durchlaucht, an dem lebhaften und zärtlichen Interesse nicht zu zweifeln, welches ich nie aufhören werde, Höchst Ihrem Hause zuzuwenden. Aber ich überlasse es Ihrem eigenen Urtheil, ob, selbst in dem Fall, wo ich mich beim Chef der französischen Regierung verwenden könnte, eine solche Demarche meinerseits nicht eher dazu beitragen würde, das Ungemach, das auf Ihnen lastet, zu vermehren, anstatt Ihre und Ihrer Unterthanen Lage zu verbessern. Es wird mir demnach erst unter günstigeren Verhältnissen möglich sein, mich mit einem Gegenstand zu beschäftigen, an dem ich so lebhaften Antheil nehme, und Ew. Durchlaucht mögen überzeugt sein, daß ich die Gelegenheit dazu mit Eifer ergreifen werde.

Ich bin, mein Herr Vetter, mit dem Gefühl der vollkommensten Hochachtung Ew. Durchlaucht sehr ergebener Vetter

Alexander."

Mehr war im Grunde nicht zu erwarten gewesen, und eine Intervention bei Napoleon zu einer Zeit, wo die russischen und französischen Streitkräfte sich gegenüber standen, natürlich unausführbar. Aber die guten Absichten Alexander's blieben für die Zukunft immerhin

werthvoll. Ein zweites, sehr warm gehaltenes Schreiben an seinen Schwager, den Erbprinzen Friedrich Ludwig, gab der Zar am 16. März dem nach Altona zurückkehrenden Herrn von Lützow mit.

„Ich schmeichle mir,“ hieß es darin, „daß Sie mich genugsam kennen, um die Gewißheit zu haben, daß ich nichts versäumen werde, um, sobald es mir möglich ist, dafür zu wirken, daß die Unbill, deren Opfer Sie sind, wieder gut gemacht werde.“

In zarter Weise besagte ein Postscriptum:

„Ich füge hier zur Erleichterung Ihrer gegenwärtigen Lage einen Creditbrief bei, den ich Sie bitte, in Berücksichtigung der wahren Freundschaft, mit welcher er angeboten wird, anzunehmen und zu verwerthen.“

Die Höhe der Summe ist aus den Acten nicht ersichtlich, doch muß sie beträchtlich gewesen sein, denn der Prinz äußerte in seinem Dankschreiben vom 16. Mai:

„Die Hülfe, Sire, welche Sie mir gewährt haben, hat mich in den Stand gesetzt, die Thränen vieler Familien zu trocknen, welche mich als einzigste Stütze haben und die sonst dem bittersten Elend preisgegeben wären. Ew. Majestät hat mir die Ruhe des Herzens wieder gegeben! Sie hat so viele Gemüther von Verzweiflung gerettet, und die Segenswünsche der Getrösteten werden ohne Zweifel einigen Werth haben für ein Herz, das edel und mitleidsvoll ist wie das Ihrige!“

Kaiser Alexander hegte für seinen Schwager eine aufrichtige Freundschaft. Beide verband die liebevolle Erinnerung an die in ihrer Jugendblüthe dahingeraffte Helene Paulowna. Alexander hatte durch Herrn von Lützow dem Erbprinzen anbieten lassen, mit seinen beiden Kindern, Paul und Marie, nach Petersburg zu kommen, wo die Kaiserin-Mutter bereit war, die Enkelkinder unter ihre Obhut zu nehmen. Aber Friedrich Ludwig konnte sich nicht entschließen, seine Eltern in ihrem traurigen Exil zu verlassen. Er bat den Kaiser, ihm zu erlauben, seinen Besuch für einen gelegeneren Zeitpunkt zu vertagen, und dieser Plan wurde auch, wie wir sehen werden, bald darauf ausgeführt.

Inzwischen hatten die mecklenburgischen Stände kurz nach der Ausweisung des Herzogs eine Deputation an den Kaiser Napoleon geschickt, welche dem Gewalthaber eine Petition um Rückberufung des verbannten Landesherrn vorlegen sollte. An der Spitze dieser Deputation, welche ihre Reise von Rostock aus am 3. Februar antrat, stand der

Oberhofmarschall und Geheimrath von Bülow-Düssin. Die vom engeren Ausschuß der Ritter- und Landschaft mitgegebene Bittschrift lautete wie folgt:

„Sire! — Nachdem die Besitzergreifung Mecklenburgs im Auftrage Napoleon's, Kaisers von Frankreich und Königs von Italien, vollzogen worden, fühlen sich die Stände des Landes gedrängt, die Hülfe dieses mächtigen Monarchen anzurufen. Die Herren Gutsbesitzer von Bülow und von Preen, der Bürgermeister der Stadt Parchim, Löscher, und der Syndicus der Stadt Boizenburg, Rönneberg, sind beauftragt, zu den Füßen Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät unsere ehrfurchtsvollsten Huldigungen niederzulegen.

„Ew. Majestät wollen die Bitten eines Volkes gnädigst berücksichtigen, welches jetzt unter Dero Herrschaft steht! Mildern Sie, Sire, durch Ihre Huld die drückende Lage, unter der wir seufzen. Geben Sie uns die theuren Nachkommen eines erlauchten Hauses zurück, welches so lange für das Glück und Gedeihen unseres Landes wirkte, und wir werden den Himmel anflehen, die kostbaren Tage Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät zu segnen und zu bewahren.

Wir zeichnen mit tiefster Ehrfurcht als Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät

ehrerbietigste und unterthänigste Landräthe
und
Deputirte zum Engern Ausschuß der mecklenburgischen Stände
v. Levetzow. Spalding."

Die Deputation begab sich zuerst nach Greifswald ins Hauptquartier des Marschalls Mortier und dann über Berlin nach Warschau, von wo sie sehr bald unverrichteter Sache wieder heimkehrte.

Ebenso vergeblich waren die Schritte, welche Herzog Friedrich Franz bei einigen Monarchen that, um eine Intervention zu seinen Gunsten herbeizuführen. Gleich nach seiner Ankunft in Altona, hatte er dem Prinzen Friedrich von Dänemark, welcher seit 1784 an Stelle des geisteskranken Königs Christian VII. die Regierung führte, sein Eintreffen auf dänischem Gebiete angezeigt und sich unter seinen Schutz gestellt. Zwischen den beiden Fürstenhäusern bestanden verwandtschaftliche Beziehungen. Schon die Gemahlin des 1805 verstorbenen Erbprinzen Friedrich von Dänemark war eine Prinzessin aus dem Schweriner Hause gewesen, und auch ihr Sohn, Prinz Christian, der damals in Plön residirte, hatte sich, wie wir wissen, erst kürzlich mit der zweiten Tochter des Herzogs Friedrich Franz (Charlotte Friederike) vermählt.

(Diese Ehe war sehr unglücklich und wurde bereits nach wenigen Jahren 1812 gelöst. Die geschiedene Prinzessin zerfiel auch mit ihrer

eigenen Familie, führte ein unstetes Leben, trat zum Katholicismus über und starb 1840 zu Rom. Auch der einzige Sohn dieser Ehe und Enkel des alten Herzogs, der nachmalige König Friedrich VII., welcher 1841 eine mecklenburgische Prinzessin, diesmal aus dem Strelitzer Hause, heimführte, wurde einige Jahre später von dieser Gemahlin geschieden.)

In seiner Antwort vom 12. Januar versicherte der Regent den verbannten Herzog der unbedingten Sicherheit auf dänischem Gebiete, erklärte aber wegen der getrübten Beziehungen zum französischen Hofe, zu irgend welcher Intervention nicht in der Lage zu sein. Dagegen hatte der König von Holland durch seinen in Hamburg residirenden Geschäftsträger Reinhold dem Herzog seine guten Dienste anbieten lassen und unterstützte auch wirklich auf dessen Wunsch die Bittschrift der mecklenburgischen Stände durch ein an seinen Bruder Napoleon gerichtetes Schreiben. Der Imperator war aber bekanntlich nicht der Mann, den Vorstellungen seiner Angehörigen irgend welche Bedeutung beizulegen. Auch diese Demarche hatte daher nicht die geringste Wirkung.

Zu den ungeheuren Lasten, welche die Fremdherrschaft dem Lande auferlegte, kamen nun auch noch die willkürlichen Bedrückungen französischer Befehlshaber und Beamten, sowie die betrügerischen Acte, durch welche einzelne Individuen die ungeordneten Zustände für eigenen Vortheil auszubeuten suchten. So hatte z. B. der großherzoglich bergische Postdirector Desmoulins in Hamburg mit einigen dänischen Kaufleuten einen geheimen Vertrag geschlossen, laut welchem er von dem französischen Gouvernement in Schwerin durch Scheinkauf einen Theil der an der Elbe gelegenen herzoglichen Waldungen erwerben und von den Kaufleuten die Hälfte des durch Abholzung erlösten Betrages einstreichen sollte. Die dänischen Fahrzeuge waren die einzigen, denen noch die Schifffahrt auf der Unterelbe freistand. Dieser schwindelhafte Anschlag wurde noch rechtzeitig entdeckt und mit Hülfe der dänischen Regierung vereitelt.

Nach einer amtlichen Zusammenstellung, welche von den herzoglichen Registratoren Buchholz und Paschen verfaßt und mit Belegen ausgestattet wurde, beliefen sich die „Schäden und Kosten, welche vom Einmarsch der Franzosen 1806 bis zum 10. Februar 1807 (also in weniger als drei Monaten) verursacht wurden“, auf 7 306 723 Thaler 32 Groschen. Hiervon entfielen für „irreguläre Ernährung der Truppen, Plünderungen, Exactionen“ auf das Domanium 1 466 758, auf die

Ritterschaft 2 213 277, auf die Städte und Stadtgüter 2 826 687 Thaler, während der Rest von circa 800 000 Thalern die Beschlagnahme der Kassen und den Verlust an Revenuen und Effecten des herzoglichen Hauses betraf. Dieser Betrag von rund 7,3 Millionen Thalern oder circa 27,3 Millionen Franken erhöhte sich vom 18. Februar bis zum Juli, d. h. bis zum Ende der Occupation, auf circa 33 Millionen Franken.

Dazu kamen nun noch die regulären Lieferungen an die französische Armee, an Pferden, Rindvieh, Schuhwerk, Getreide, Branntwein und sonstigen Verpflegungsbedürfnissen mit 1 290 510, die Unterhaltung des Gouvernements mit 37 060, die Schanzarbeiten, Stellung von Matrosen, Fahrzeugen rc. mit 68 516, die rauhen Fouragen, Gespanndienste rc. mit 290 250 Thalern, im Ganzen 1 686 336 Thaler oder circa 6,3 Millionen Franken. Ueber alle diese Schäden und Verluste befinden sich in den Acten genau specificirte Listen, welche auf Grund amtlicher Erhebungen seitens der Landescredit-Commission aufgestellt worden sind. Alles in Allem belief sich diese Schadensrechnung zur Zeit des Tilsiter Friedens auf etwa vierzig Millionen Franken, für ein Land von der Größe Mecklenburgs mit circa 340 000 Einwohnern eine enorme Summe.

Diese Last war um so drückender, als die Naturallieferungen an Pferden und Vieh einer ackerbautreibenden Bevölkerung die nöthigsten Betriebsmittel entzogen. Die französischen Anforderungen waren in dieser Hinsicht geradezu exorbitant und für die Landwirthschaft vernichtend. So wurden z. B. in den ersten sechs Monaten des Jahres 1807 2150 Reitpferde für die Cavallerie, 20 000 Centner Rindfleisch in lebendigen Ochsen und 6000 Centner geschlachtetes Vieh geliefert, ferner 20 000 Centner Weizen und Roggen und 75 000 Pinten Branntwein. Bei den Lieferungsverträgen wurden von Seiten der französischen Unterbeamten häufig insgeheim Zwangscontracte oder sogenannte marchés d'urgence abgeschlossen, welche selbst vom französischen Gouvernement nicht gebilligt worden wären, hätte dieses davon Kenntniß gehabt. Das Land war aufs Aeußerste erschöpft, aber auch die Stunde der Erlösung nahe.

Am 14. Juni endete mit der russischen Niederlage bei Friedland der Krieg. Kaiser Alexander's Muth brach nach diesem Schlage plötzlich zusammen, obwohl sein Land vom Feinde noch unberührt, seine

militärische Macht keineswegs erschüttert war. Aber Großfürst Constantin und die ihm verbündete Hofclique drängten zum Frieden. Der Zar bot dem Sieger einen Waffenstillstand an, den dieser bereitwilligst annahm. Zu den Forderungen, welche Alexander für den Friedensabschluß stellte, gehörte die Wiedereinsetzung des Schweriner Fürstenhauses in seine Rechte. Napoleon ging darauf ein. Die erste Nachricht dieser unerwartet günstigen Wendung brachte ein Schreiben des commissaire ordonnateur en chef Morand aus Pasewalk vom 17. Juli, welches in Schwerin am 20. eintraf und dem dortigen Gouvernement anzeigte, daß das herzogliche Landesgebiet fortan als neutral zu betrachten sei und sich in dieser Rücksicht bei den etwa noch nöthigen Erfordernissen der französischen Truppen einer angemessenen und schonenden Behandlung zu erfreuen haben werde. Man solle sich daher des Ausdrucks „Requisition" hinfort nicht mehr bedienen, auch seien alle „Vexationen und ungehörigen Forderungen strengstens zu vermeiden". Die Freude über diese Nachricht wurde zwar gleich wieder zerstört durch die Weigerung des Generals Laval, diesem Befehl nachzukommen. Derselbe erklärte dem Grafen Bassewitz, es müsse hier ein Mißverständniß vorliegen. Das Schreiben sei wahrscheinlich für Strelitz bestimmt und nur irrthümlich nach Schwerin gelangt. Die Vergünstigung beziehe sich demnach auf den Strelitzer, nicht auf den Schweriner Landestheil. Zu dieser befremdlichen Auslegung war der General vermuthlich durch die Annahme bestimmt, daß bei den Waffenstillstandsverhandlungen, von denen das Gerücht bereits nach Mecklenburg gedrungen war, die nahe Verwandtschaft zwischen dem preußischen und Strelitzer Fürstenhause eine Begünstigung des letzteren bewirkt habe. Auch Graf Bassewitz fühlte sich beunruhigt. Er bestritt zwar entschieden die Möglichkeit eines Irrthums bei einem so wichtigen Act — das Briefcouvert trug deutlich die Aufschrift: Suérin — doch bestand General Laval auf seiner Weigerung. Alle Zweifel schwanden indessen, als am 5. Juli in Altona ein Courier eintraf, der dem Erbprinzen nachstehendes Schreiben des Kaisers Alexander überbrachte:

„Tilsit, den 27. Juni 1807.

Mein lieber Bruder! — Bei der erfreulichen Annäherung, welche sich soeben zwischen dem Kaiser der Franzosen und mir vollzogen hat, war einer der ersten Gegenstände meiner Fürsorge derjenige, mich mit den Interessen Ihres Hauses zu beschäftigen. Meine Wünsche dieserhalb sind in Erfüllung gegangen,

und ich beeile mich, Ihnen die Duplicate der Ordres zu übersenden, welche an den in Mecklenburg stehenden, französischen Befehlshaber ergangen sind. Bitte, übergeben Sie dieselben dem Herzog, Ihrem Vater, damit sie durch ihn an ihre Bestimmung gelangen. Ich bin hocherfreut Ihnen nützlich gewesen sein und Ihnen einen neuen Beweis haben geben zu können von der aufrichtigen Freundschaft, die ich Ihnen persönlich entgegenbringe.

Ganz der Ihrige! Alexander."

Die Ordre, auf welche der Kaiser Bezug nahm, war von dem Chef des kaiserlichen Stabes, Marschall Berthier, gleichfalls unter dem Datum des 27. Juni an General Laval gerichtet. Sie wies denselben an, sofort nach Eingang dieses Befehls den Herzog wieder in den Besitz seiner Staaten zu setzen und ihm Alles wieder auszuliefern, was von seinem oder seiner Unterthanen Eigenthum etwa beschlagnahmt worden sei. Die französischen Civil- und Militärbehörden sollten ihre Functionen sofort niederlegen und die mecklenburgischen ihre Befugnisse uneingeschränkt auszuüben berechtigt sein. „Endlich," hieß es am Schluß, „werden Sie in Zukunft, General, den Herzog von Mecklenburg wie einen Souverän zu betrachten haben, an welchem der Kaiser ein ganz besonderes Interesse nimmt."

Das war mehr, als man erwartet hatte. In Schwerin traf nun auch die Ordre aus dem kaiserlichen Hauptquartier direct ein. Die Nachricht von dem so plötzlichen Umschwung der Lage verbreitete sich rasch durch das Land und erregte überall stürmischen Jubel. Die lang verhaltene Erbitterung gegen die Franzosen würde sich wohl in gefährlichen Demonstrationen und Ausschreitungen Luft gemacht haben, hätte nicht die Besatzung des Landes noch immer etwa 26 000 Mann betragen. Aber die Freude der Bevölkerung über die Rückkehr des geliebten Landesherrn zeigte sich doch unverhohlen. „Die Franzosen", schrieb die hochbetagte Herzogin-Mutter am 6. Juli an ihren Sohn, „und alle andern Truppen, welche bei uns durchmarschiren, geben ihrem Erstaunen Ausdruck über die Anhänglichkeit, welche alle Mecklenburger ihrem Herrn bezeigen. Hätten Sie, lieber Sohn, Zeuge sein können von den zahlreichen Beweisen dieser Anhänglichkeit, so wären Sie dadurch gerührt worden; aber Sie werden noch Gelegenheit finden, sich davon zu überzeugen, und ich bin sicher, daß Sie als Landesvater gegen Niemand ein Vorurtheil in dieser Hinsicht hegen und nach Ihrer Rückkehr Alle nur glücklich machen werden. Kommen Sie nur bald, lieber Sohn. Wie

innig dankbar müssen wir dem höchsten Wesen sein, welches unsere Gebete erhört und unseren Leiden ein Ziel gesetzt hat in einem Augenblick, wo man es noch gar nicht zu hoffen wagen durfte. Mögen unsere Herzen ihm ewig erkenntlich bleiben! Dies ist die Opfergabe, die vor seinen Augen am meisten Wohlgefallen findet! . . ."

Der Herzog beschloß, sich zum Zeichen, daß er die Regierung übernehme, nach Schwerin und Ludwigslust zu begeben, dann aber noch für kurze Zeit nach Altona zurückzukehren. Vorher waren noch einige Schreiben zu erledigen. Keines derselben mag dem alten Herrn zu unterzeichnen so schwer geworden sein, als das von Plessen aufgesetzte, in welchem er dem verhaßten Imperator für die Wiedergabe seines rechtmäßigen Eigenthums zu danken und für die Zukunft dessen Schutz nachzusuchen genöthigt war. Doch war dieses Schreiben in so zurückhaltender Form abgefaßt, als der phrasenhafte Kurialstil der damaligen Zeit nur irgendwie zuließ. Dagegen kam dem Herzog der Dank von Herzen, den er seinem mächtigen Freund, dem Zaren, in warmen Worten ausdrückte. Er schrieb am 7. Juli aus Altona:

„Sire! — Mit welchen Ausdrücken könnte ich die Empfindungen der tiefsten Dankbarkeit zu erkennen geben, welche mein Herz in Ansehung der Beweise des hohen Wohlwollens und gnädigen Gedenkens erfüllen, die Ew. Kaiserliche Majestät für mein Haus an den Tag legten; und dies in einem Augenblick, wo Höchstdieselben im Begriffe standen, sich mit den wichtigsten Interessen der hohen Politik und mit der allgemeinen Pacification Europas zu beschäftigen. Sire! Sie halten das Glück aller Völker in Ihrer Hand. Aber Ew. Majestät haben insbesondere mein Haus und meine Lande zu unwandelbarer Ergebenheit verpflichtet durch die edle und großherzige Art, mit der Sie uns unsere Existenz wieder gegeben haben. . . . . Ew. Majestät wolle mir gestatten, meinen Sohn, den Erbprinzen zu Höchst-Ihnen zu senden, um persönlich meine ehrerbietigsten Huldigungen zu überbringen. Er wird, durchdrungen von den Empfindungen, die ihn selbst für Ew. Majestät beseelen, der beste Dolmetscher der Gefühle meiner aufrichtigen und treuen Ergebenheit sein. . . . .

Indem ich meine Wünsche und Interessen, wie überhaupt mein ganzes Geschick in Höchst-Ihre Hände lege, wage ich, gestützt auf Ew. Majestät mächtigen Schutz, mich der Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft und eine weniger peinliche Lage hinzugeben.

Ich bitte Ew. Majestät, die Versicherungen der tiefsten Ehrfurcht und der unverbrüchlichen Anhänglichkeit zu genehmigen, mit welchen ich zu verharren die Ehre habe als Ew. Majestät sehr ergebener Vetter und gehorsamer Diener

Friedrich Franz,
Herzog von Mecklenburg-Schwerin."

Der Erbprinz, dessen Ankunft dieser Brief meldete, trat seine Reise am 7. Juli an und nahm seinen Weg über Schwerin, Anklam und Danzig zunächst nach Tilsit, wo er die Monarchen noch zu finden hoffte. Er war begleitet von seinem Hofchef, dem Kammerherrn von Oertzen, und dem russischen Feldjäger, der den Brief des Zaren überbracht hatte. Der Herzog selbst verließ Altona am 10., — seine Familie blieb dort noch zurück, — übernachtete in Boizenburg und hielt am 11. seinen feierlichen Einzug in Schwerin. Alle Orte, die er auf der Fahrt berührte, waren festlich geschmückt. Ueberall strömte die Landbevölkerung herbei und stellte sich am Wege auf, um den heimkehrenden Landesherrn zu begrüßen. Ueber den Einzug in Schwerin brachte die „Staats- und Gelehrte Zeitung des Hamburgischen unpartheyischen Correspondenten" vom 17. Juli einen ausführlichen Bericht, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen.

In Pampow, etwa eine halbe Meile vor der Stadt, wurde der Herzog von den beiden Ministern, Grafen von Bassewitz und Freiherrn von Brandenstein, sowie von dem General-Gouverneur Laval empfangen, welcher von einem glänzenden Stabe und einem Detachement des spanischen Cavallerie-Regiments Villa Viciosa begleitet war. Der Herzog verließ den Reisewagen und stieg zu Pferde. Vierundzwanzig Postillone, die Schweriner Bürger- und Kaufmannsgarde, sämmtliche Oberförster und Förster, viele Pächter, die Hofjägerschaft, alle beritten, waren dem Herzog entgegengezogen und bildeten einen stattlichen Reitertrupp, der nun in die Stadt durch das Mühlenthor einritt. Der Zug ging über den Altmarkt nach dem Schloß. Ueberall Ehrenpforten, Deputationen, Ansprachen, Blumen streuende Mädchen ꝛc. Die Gewerke und das spanische Infanterie-Regiment Katalonien bildeten Spalier. Im Gefolge des Herzogs befanden sich auch die Herren von Plessen, von Boddien und von Bülow, welche das Exil getheilt hatten. An der Schloßtreppe wurden „Serenissimus von dem ganzen zur Cour in Gala versammelten Hofe, den sämmtlichen Dikasterien, der Geistlichkeit und dem Militär complimentirt. Gleich nach der Ankunft auf dem Schlosse entließ der Herr Gouverneur, General Laval, in Gegenwart des Hofes, der Landes- und übrigen Deputationen, sämmtliche Landes-Autoritäten ihres dem Kayser der Franzosen und König von Italien geleisteten Eides und überwies dieselben im Namen Sr. Majestät wieder an den Durch-

lauchtigsten Herzog als ihren Souverain. Gegen 5 Uhr ritten Serenissimus in Begleitung des Gouverneurs Laval, unter Vorreitung der Bürger- und Kaufmannsgarde und Vortretung sämmtlicher jungen Mädchen, auch Paradirung der Bürgerschaft und Gewerke, nach dem Palais der Herzogin Frau Mutter. Auf dem Palais speiseten Serenissimus mit der Herzogin Frau Mutter, dem Gouverneur Laval und dem von Sr. Durchlaucht dem Herzog von Mecklenburg-Strelitz zum Complimentiren geschickten Cavalier, Kammerherr von Schmalensee, en retraite. Des Abends war Tafel auf dem Schlosse. Gegen 11 Uhr brachten die hiesigen Domschüler mit ihren Lehrern an der Spitze dem Durchl. Herzoge ein Vivat mit Musik und Fackeln. Dies geschah auch von einigen der hiesigen Judenschaft, die sich in eine Garde formirt hatten, und durch ihre Gesetze gehindert worden waren, dem geliebten Landesherrn an diesem Tage entgegenzureiten. Am Sonntage, den 12., war bey Hofe große Galatafel, wozu der Gouverneur Laval nebst den übrigen fremden Generals und Officiers eingeladen war. Die spanischen Truppen haben wir im Ganzen sehr bescheiden und in ihren Forderungen genügsam gefunden. An den Genuß des Biers und des Branntweins müssen sie sich in Deutschland schon ziemlich gewöhnt haben; denn der größere Theil der Gemeinen verschmähte diese Getränke nicht."

Am 13. begab sich der Herzog nach seinem geliebten Ludwigslust und traf am 15. wieder in Altona ein, um sodann am 29. Juli mit seiner Gemahlin, dem Prinzen Gustav und den beiden Enkelkindern definitiv in die Heimath zurückzukehren. Von Schwerin aus hatte er an den Befehlshaber des in Pommern und Mecklenburg stehenden Observationscorps Marschall Brune ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihm die Besitznahme seines Landes anzeigte und ihn zugleich bat, das mecklenburgische Gebiet soweit als irgend thunlich mit weiteren Requisitionen für die Truppen zu verschonen. Der Marschall antwortete sehr höflich, daß er an der Restitution des Landes ein lebhaftes, persönliches Interesse nehme, daß er auch nach Kräften bereit sei, dem mecklenburgischen Gebiet weitere Lieferungen zu ersparen. „Indessen," fuhr er fort, „muß ich Ew. Hoheit ersuchen, für die Armee, die ich befehlige, auch weiter den nöthigen Unterhalt zu beschaffen. Meine Truppen sind zahlreich, und ich muß mich behufs ihrer Verpflegung an alle zunächst liegenden Ländergebiete wenden. Ich zweifle nicht, daß

mein Souverän, der den loyalen Gesinnungen Ew. Hoheit gerecht geworden ist, sich Ihnen dereinst dankbar bezeigen wird für eine Mitwirkung an dem Unterhalt seiner in Pommern stehenden Armee." In der That vergingen denn auch noch Monate, bis die letzten Durchzüge von Truppen und die Naturalforderungen völlig aufhörten, und das erschöpfte Land daran denken konnte, alle Kräfte für den eigenen Unterhalt und die Heilung der schweren Schäden zu verwenden.

Am 7. Juli war der Friede zwischen Frankreich und Rußland, am 9. der mit Preußen zu Stande gekommen. Die erste Nachricht davon erhielt man durch eine Bekanntmachung des Marschalls Berthier, welche der Generalgouverneur von Berlin publiciren ließ. Die Hamburger Blätter brachten sie erst am 17. An diesem Tage reiste bereits der Erbprinz von Memel nach Petersburg ab, nachdem er einen Theil seiner Mission erledigt hatte. Wir lassen die Briefe, in welchen er seinem Vater über diese Reise Bericht erstattete, hier im Wortlaut folgen, da sie für den Autor wie für die ganzen damaligen Verhältnisse höchst charakteristisch sind:

„Schwerin, den 8. Julius 1807.

Mein gnädigster Vater! — Wo Worte hernehmen, Ihnen die tobende Ungeduld der hiesigen Bürger, kurz aller Schweriner zu beschreiben, mit welcher dieselben Ihre Ankunft erwarten. Es ist über alle Begriffe, bester Vater, welche Freude hier herrscht, mit welcher grenzenlosen Liebe man an Ihnen hängt. Auf allgemeines Bitten sende ich Ihnen eine Estafette, um Sie zu ersuchen, Ihre Ankunft so viel als möglich zu beschleunigen. Alle mecklenburgischen Officiers sind in Uniform, die wenigen Gemeinen auch. Auf Bitte meiner lieben Großmutter und des Grafen von Bassewitz habe ich dem General Laval eine Visite gemacht. Hochdieselben waren aber ziemlich unhöflich, jedoch erwiderten Sie mir die Visite den Nachmittag und waren da doch ganz artig.

Die hiesigen garnisonirenden Holländer sind äußerst höflich gegen mich gewesen; der Oberst ist ein sehr braver Mann. Die Artillerie marschirt morgen ab, dafür kommen übermorgen 2000 Mann Spanier an.

Graf Bassewitz hat mir das Verzeichniß aller Verluste gegeben; es beläuft sich auf zehn Millionen Thaler.

Ich kann nicht schließen, ohne Ihnen, bester Vater, noch einmal von meiner kindlichen Dankbarkeit für den gestrigen Tag zu sagen. Ihre Gnade und Güte haben mich manche trübe Stunde der verflossenen sechs Monate vergessen lassen. Innig danke ich Ihnen; möge mein ganzes Dasein Ihrem Dienste gewidmet sein und angewandt werden, Ihnen meine kindliche Liebe zu beweisen. Ihre Gnade und Ihr Zutrauen zu verdienen, dies ist mein höchster Wunsch. Morgen um 4 Uhr reise ich weiter. Gebe der Himmel, daß Sie Ursache haben mögen, von meiner Sendung zufrieden zu sein. Alle mögliche Mühe werde ich mir geben, Ihre Befehle gut zu erfüllen.

Meiner theuren Mutter lege ich mich zu Füßen. Meinen lieben Kindern tausend Segenswünsche. Ewig und unwandelbar meines gnädigsten Vaters unterthänigst treu gehorsamster Sohn Friedrich Ludwig."

* * *

„Danzig, den 13. Julius, Morgens um 9 Uhr 1807.

Mein theuerster und gnädigster Vater! — Nach einer sehr glücklichen und schnellen Reise kommen wir eben hier an und werden auch sogleich unsere Reise weiter fortsetzen. Morgen um diese Zeit sind wir in Königsberg. Verschiedentlich hatte man mir unterwegs versichert, daß der Kaiser von Frankreich schon auf seiner Rückreise nach Paris begriffen sei und daß der Kaiser Alexander auch schon nach St. Petersburg abgegangen wäre. Hier aber erfahren wir, daß alle drei Monarchen noch in Tilsit sich befinden. Außer der einen Nacht in Schwerin haben wir keine geschlafen, bloß gestern Abend einige Stunden in Neustadt, um hier heute nicht des Nachts anzukommen. Ohne Aufenthalt werde ich jetzt die Tour vollenden, vielleicht schon übermorgen ankommen. Ich bitte Sie, bester Vater, sich zu überzeugen, daß ich nichts verfehlen werde, um so oft und bestimmt wie möglich Ihnen Nachricht zu geben. Mich Ihrer väterlichen Gnade und Liebe empfehlend, nenne ich mich 2c."

„Elbingen, den 14. Julius 1807.

Mein gestriger Brief aus Danzig wird meinem gnädigsten Vater gemeldet haben, daß ich hoffte, heute in Königsberg anzukommen. Wie ich aber gestern Nachmittag 4 Uhr in Marienburg eintraf, erfuhr ich, daß Se. Majestät, der Kaiser und König Napoleon auf Ihrer Rückreise nach Paris über Posen und Dresden unverzüglich dort eintreffen würden. Ich ging also zum dasigen Gouverneur, General Rivaud, um ihn zu fragen, ob er es angebracht glaube, beim Umspannen der Pferde mich Sr. Majestät vorstellen zu lassen. Der General empfing mich ungemein artig und billigte dieses sehr. Jeden Augenblick sahen wir also der Ankunft des Kaisers entgegen, allein solche verzögerte sich bis heute Morgen um 10 Uhr. Der Kaiser traf mit einem großen Gefolge von zwanzig Wagen ein und ließ in der Vorstadt umspannen, ohne seine Kalesche zu verlassen. Der General Rivaud präsentirte mich Sr. Majestät, welche ziemlich lange und freundlich mit mir zu sprechen geruhten. Ich setze wörtlich die gehabte Unterredung hierher. Ich fing damit an, dem Kaiser zu sagen*):

„Daß der Herzog, mein Vater, mich abgesandt habe, um Sr. kaiserlichen und königlichen Majestät den Ausdruck seines ehrerbietigsten Dankes für die ihm bewiesene Güte zu Füßen zu legen und ihn, wie sein Land, seiner hohen Protection zu empfehlen."

Der Kaiser erwiderte:

„Ich bin erfreut, all' Ihr Unglück nun beendet zu sehen." —

„Dank der Gnade Euerer Majestät." —

„Sie sind in Ihre Staaten zurückgekehrt?" —

---

*) Der Erbprinz bedient sich bei der Aufzeichnung dieses Gesprächs als auch der späteren in Paris mit Napoleon stattgehabten Unterredungen jedesmal der französischen Sprache. Wir haben es vorgezogen, in diesen übrigens ganz vereinzelten Fällen den Originaltext in möglichst wortgetreuer, deutscher Uebersetzung wiederzugeben.

„Ja, Sire, sogleich, nachdem wir die Erlaubniß dazu erhalten hatten." —

„Ihre Angelegenheiten werden bald geordnet sein. Sie haben keine fremden Truppen mehr in Ihrem Lande? —

„Bei meiner Abreise zählte man deren noch 27 000 Mann." —

„Wie, soviel? vermuthlich die, welche nach Pommern gehen!" —

„Ich glaube wohl, Sire, und empfehle inständig mein Vaterland Ihrem hohen Schutz" —

Hierauf machten Se. Majestät eine Entlassungsverbeugung und setzten hinzu: „Ich bedaure sehr, Sie nicht in einer Stadt haben empfangen zu können."

So endigte diese während dem Umspannen und großen Lärmen der Postillone ertheilte Audienz.

Die oben unterstrichene Stelle hat mir viele Beruhigung gewährt, einmal, weil mir der Sinn darinnen zu liegen scheint, daß man sich mit unseren Angelegenheiten noch beschäftigt, und zweitens, weil es deutlich beweist, daß keine Truppen in Mecklenburg bleiben sollen.

Noch muß ich unterthänigst bemerken, daß der gerade mit Briefen angekommene Flügeladjutant des Königs von Sachsen Major von Funk, welcher den Kaiser öfters gesprochen hat, mir versicherte, daß Derselbe heute übler Laune gewesen wäre, man aber sichtlich bemerkt hätte, wie Höchstderselbe freundlich geworden wäre, als er mit mir redete. In der That war seine Stimme sehr sanft und gütig.

Gleich darauf habe ich meine Reise weiter fortgesetzt und mich hier nur so lange aufgehalten, um diesen Bericht zu schreiben.

Unterthänigst bitte ich wegen meines undeutlichen Schreibens um Verzeihung, allein ich bin so echauffiert von der Reise, daß ich kaum die Feder zu führen im Stande bin.

Mit der kindlichsten Ehrfurcht und Liebe rc."

* * *

„Memel, den 16. Julius 1807.

Heute Morgen um 6 Uhr bin ich hier glücklich angelangt und benutze die Abreise des Obersten von Sontag nach Altona, um meinen Bericht unterthänigst abzustatten.

Sowie der König erfuhr, daß ich angekommen sei, hatte er die Gnade, den General von Köckeritz zu mir zu schicken und mir sagen zu lassen, daß er mich um ½11 Uhr Morgens sehen würde. Ich habe den theuren König und die Königin in dieser Stunde gesehen, und Worte würden nicht hinreichen, Ihnen, gnädigster Vater, die Empfindungen zu schildern, welche dieser Augenblick in mir hervorrief. Es ist besser zu schweigen, um nicht weitläufig zu werden. Ueberhaupt darf ich nur wenige Dinge der Feder anvertrauen, mündlich werde ich eine Relation machen, der ich unterthänigst bitte, vollen Glauben zu schenken, weil sonst leicht mein Vortrag Ihnen fabelhaft scheinen könnte. Es ist gewiß, daß russischerseits blindlings alle Forderungen Frankreichs zugestanden worden sind, mehr als wahrscheinlich, daß General Bennigsen absichtlich stets nach den größten Vortheilen den Sachen ein ungünstiges Ende gegeben hat, um den Kaiser zum Frieden zu zwingen. Unerhörte Dinge sind vorgegangen, gebe

Gott, daß sie in ihren Folgen nicht noch sichtbarer werden mögen. Der Großfürst Constantin hat an allem Vorgefallenen große Schuld!

Die Conditionen des Friedens mit Rußland sind noch nicht bekannt, indem dem preußischen Hofe keine Communication davon gemacht worden ist, indessen sind der Kaiser Alexander und der König von Preußen persönlich immer die besten Freunde. Der preußische Frieden ist grenzenlos schrecklich. Hier flüchtig einige Worte darüber." (Es folgt eine Darstellung der preußischen Gebietsabtretungen, der Gründung des Königreichs Westfalen ꝛc.) „Der Kurfürst von Hessen erhält nichts wieder von seinen Staaten, auf Lebenslang eine Pension von 200 000 Gulden. Gleiches Schicksal erleben der Herzog von Braunschweig und der Prinz von Oranien; Beide erhalten lebenslängliche Pension für sich und ihre Gemahlinnen, ersterer 100 000 Gulden, letzterer 60 000 Gulden. Dieses hat man ausdrücklich in den preußischen Frieden hineingesetzt, versteht sich französischerseits, und noch als eine Gnade angerechnet.

Eine ungeheure Contribution von über 100 Millionen soll der übrig gebliebene preußische Staat noch entrichten, so lange bleiben die Truppen von Frankreich im Lande. Man sendet heute den General Knobelsdorf nach Dresden zum Kaiser Napoleon, um eine Abminderung der Contribution zu erwirken.

Man sagt, daß Rußland die Moldau und Walachei erhält. Das dritte und vierte Corps der großen Armee unter den Befehlen des Marschalls Davoust und des Marschalls Soult bleiben im Herzogthum Warschau bis auf Weiteres stehen. In Stettin bleiben bis zur Beendigung der schwedischen Angelegenheit 6000 Mann Franzosen.

Der Rheinbund ist zum voraus für alle Fürsten, die man noch darin aufnehmen wird, anerkannt. Nur bis an die Elbe soll derselbe gehen, über den Norden ist noch nichts definitiv beschlossen. Mit tiefer Rührung und Ehrfurcht stehe ich vor dem unglücklichen König, wenn ich die seltene Standhaftigkeit bedenke, mit welcher er sein Elend erträgt. Mit Bewunderung und Dankbarkeit werden Sie, bester Vater, ihn mit mir verehren, wenn Sie von mir erfahren werden, und zwar auf meine Ehre: daß ihm der Kaiser Napoleon in demselben Augenblicke, da er uns einsetzte, Mecklenburg mit den Worten angeboten hat, c'est tout ce qu'il Vous faut, und der edle, unglückliche König — schlug es rund aus!!! Wo ist ein Edelmuth, der diesem gleicht!!! —

Der General Savary ist heute hier als Ambassadeur nach Petersburg durchpassirt. Morgen mit Tagesanbruch trete ich meine Reise dorthin auch an.

Mein Bruder Carl befindet sich, wie ich heute gehört habe, in Riga, um sich heilen zu lassen; seine Blessur ist nicht gefährlich, sondern nur leicht. Ich freue mich, ihn übermorgen zu sehen."

* * *

„St. Petersburg, den 9./21. Julius, Abends, 1807.

Am 17. h. früh Morgens verließ ich Memel und setzte ohne Aufenthalt meine Reise nach Riga fort. Unterwegs fuhr ich dem neuen französischen Ambassadeur, dem General Savary vorbei, welcher mit einer Suite von sechs Wagen reist. Alle seine Begleiter waren mit dem Kreuze der Ehrenlegion bezeichnet. Meine Hoffnung, in Riga meinen Bruder Carl zu finden, ward

getäuscht; es war ein falsches Gerücht gewesen. Er befindet sich bei der Armee. Hingegen sah ich dort den Großfürsten Constantin, welcher mich mit vieler Freundschaft empfing. Wir fanden uns bei der Herzogin Alexander von Württemberg, meiner Tante" (einer geborenen Prinzessin von Sachsen-Saalfeld-Coburg).

„Als ich gestern Abend in Narva ankam, sandte ich den Feldjäger Lieutenant Behrens zum voraus mit einem Briefe an den Kaiser, in welchem ich ihn um Erlaubniß bat, nach Petersburg kommen zu dürfen, und Sr. Majestät meldete, daß ich seine Befehle in Strelna, der letzten Station, erwarten würde. Ich schrieb gleichfalls an die Kaiserin-Mutter und an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn von Budberg. Der Feldjäger kam mir heute wieder nach Strelna entgegen und brachte einen überaus gnädigen Brief des Kaisers. Gegen 10 Uhr Abends kam ich hier an. Am Thor fand ich den Capitän der Preobraschensky'schen Garde, Baron von Driesen, welcher mich im Namen des Kaisers empfing und ins Winterpalais begleitete, wo ich ein sehr schönes Appartement und ein ganz montirtes Haus vorfand. Ich ward dorten von dem General-Adjutanten Fürsten Dolgorucky empfangen, welcher mir die gnädigsten Sachen im Namen des Kaisers ausrichtete und mir sagte, daß der Kaiser mich morgen Mittag um 2 Uhr sehen würde (derselbe bewohnt noch das Taurische Palais), daß ich mich hier wie zu Hause ansehen möchte, und daß Se. Majestät in Ermangelung eines Adjutanten, weil die seinigen sich größtentheils noch bei der Armee befänden, den obgedachten Herrn von Driesen zu meinem Dienst während der Zeit meines hiesigen Aufenthalts bestimmt habe.

Die Kaiserin-Mutter befindet sich schon in Paulowsky. Noch heute Abend habe ich dorthin geschrieben, um sie zu bitten, mir den Tag zu bestimmen, an welchem ich ihr aufwarten darf. Der Minister Baron von Budberg ist noch nicht von der Armee zurückgekommen.

Der Kaiser hat gestern und ehegestern eine Reise nach Kronstadt gemacht, um die von der Armee dorthin eingeschifften Kranken und Blessirten zu besuchen. Se. Majestät sollen über den Mangel an Proviant sehr aufgebracht gewesen sein, ein gleiches wegen der unverzeihlich schlechten Verpflegung der Armeen, obgleich der Kaiser unendliche Summen dazu hergegeben hat. Dieserhalb ist heute ein sehr strenger Ukas erschienen, welcher der Gerechtigkeit und Billigkeit des Kaisers ganz angemessen ist. Allen bei dem Proviantwesen angestellten Personen ist die Uniform ausgezogen, und sind solche unter Kriegsrecht gesetzt. Dem General-Director Fürsten Wolkowsky ist sogar der Aufenthalt in Moskau und Petersburg versagt worden. Indessen sollen diejenigen Personen, welche sich werden rechtfertigen können, wieder angestellt werden. Dieser merkwürdige Ukas hat hier große Sensation gemacht. Auch ist dem General en chef Bennigsen das Commando genommen und in dem nämlichen Ukas dem General Buxhöwden das Obercommando ertheilt worden.

Nicht genug kann ich sagen, wie unendlich verschönert ich Petersburg gefunden habe. Es ist nicht möglich, sich etwas Prachtvolleres wie diese Stadt zu denken.

Ich sage meinem gnädigsten Vater nichts von den verschiedenen Gefühlen, die heute meine Seele erfüllt haben. Sie werden sie sich leicht vorstellen können.

Ein Rückblick auf alles dasjenige, was ich seit vier Jahren erlebt habe, wird dazu hinlänglich genügen."

* * *

„St. Petersburg, den 10./22. Juli 1807.

Der Kaiser hatte befohlen, daß ich ihm heute Mittag um 2 Uhr aufwarten sollte. Statt dessen aber war er so gnädig, selbst zu mir zu kommen und über eine Stunde mit mir zuzubringen. Ich kann nicht genug rühmen, wie unendlich freundschaftlich der Kaiser gegen mich war, — gerade wie in alten Zeiten. Ich übergab Sr. Majestät Ihren Brief, theuerster Vater, und brauchte nur die Sprache des Herzens zu reden, um ihm unsern Dank und unsere Ergebenheit zu versichern. Der Kaiser erwiderte, wie es eine seiner ersten Beschäftigungen gewesen, sich unserer anzunehmen und auf die Herausgabe Mecklenburgs zu dringen, daß auch solches der französische Kaiser sogleich bewilligt und ihm die Ihnen übersandten, für das französische Gouvernement in Mecklenburg bestimmten Befehle selbst gebracht habe. Um nicht gleich mit Bitten bei der ersten Unterredung den Kaiser zu ermüden, schilderte ich Sr. Majestät nur in allgemeinen Ausdrücken unser erlittenes Unglück und empfahl uns seiner Gnade und Protection. Der Kaiser sprach lange und viel über Anfang, Gang und Ende des Krieges, welcher denn freilich nicht viel glückliche Resultate lieferte. Mein Journal wird darüber genauere Angaben enthalten; ich glaube aber nicht, solches der Post anvertrauen zu dürfen. Ich sagte dem Kaiser, daß ich in Marienburg den Kaiser Napoleon gesprochen habe, und theilte ihm meine Unterredung mit demselben mit. Ich frug Se. Majestät, wie Sie die Phrase verständen: j'espère que vos affaires s'arrangeront bientôt. Sie glaubten, daß man uns eine Proposition machen würde, zum Rheinbunde herüberzutreten und setzten hinzu: „alors je serais le premier à vous le conseiller".

Leider scheint es ausgemacht zu sein, daß das Schicksal Deutschlands lediglich den französischen Entscheidungen überlassen ist. Sich also gut mit dem französischen Kaiser zu stellen, wird durchaus nothwendig werden. Die unwandelbare feste Conduite, welche Sie bis jetzt gehalten haben, mein gnädigster Vater, wird hier allgemein geschätzt und anerkannt. Sie wird, glaube ich, sicher auch hier ein mächtiger Beweggrund sein, sich Ihrer Angelegenheiten mit Wärme anzunehmen. Es wird nicht verkannt, daß Mecklenburg das einzige treu gebliebene Land ist.

Mittags speiste ich beim Kaiser und der jungen Kaiserin, welche wie immer äußerst gnädig und freundschaftlich war. Ein für allemal bin ich zur Tafel gebeten.

Ich habe heute den Fürsten Czartorisky und den Herrn von Novosilzof besucht und lange mich mit ihnen unterredet. Ich habe sie ganz die nämlichen für mich gefunden. Ueberhaupt bin ich ungemein mit der Aufnahme zufrieden, welche ich von jedermann hier empfangen habe.

Von den Bedingungen des russischen Friedens ist durchaus nichts bekannt; alle hiesigen Minister wissen nichts, und der Kaiser spricht mit niemandem davon. Der Minister von Budberg ist noch nicht hier; auch sagt man, daß er gar nicht kommen werde und um seinen Abschied gebeten habe. Da, wie man gewiß weiß, der russische Kaiser mit dem französischen Alles persönlich verabredet hat, gar kein russischer Minister zugegen gewesen ist, und bloß Herr von

Talleyrand den Secretair gemacht hat, so herrscht eine Dunkelheit über alle diese Verhandlungen, welche jedermann in große Unruhe versetzt. Gewiß ist, daß die Nation über diesen Frieden sehr unzufrieden ist, und ich fürchte, daß der brave, gute Kaiser viel an Liebe und Zutrauen im Volke verloren hat. Ein Friede, wie dieser und auf solche Art geschlossen, wird wahrscheinlich einzig in der Geschichte bleiben."

* * *

„Paulowsky, 11./23. Juli 1807.

Da die Kaiserin-Mutter mir erlaubt hatte, zu ihr zu kommen, wann ich wollte, so fuhr ich heute Mittag heraus. Die Kaiserin hatte das Haus des Großfürsten Constantin zu meiner Aufnahme bereiten lassen. Sie können sich, mein bester Vater, alles das Schmerzliche denken, welches diese erste Entrevue hatte. Die Kaiserin war unendlich gnädig gegen mich. Nicht allein, daß sie mich bat, die Nacht dort zu bleiben, sondern sie verlangte, daß ich meinen eigentlichen Wohnort in Paulowsky nehmen und nur, wenn meine Geschäfte es nöthig machten, nach Petersburg gehen sollte. Ich werde also abwechselnd beide Orte bewohnen. Der Kaiser war heute Mittag auch dort, und wie er wegfuhr, bat ich ihn, mir eine Stunde zu geben, um einmal ausführlich mit ihm über unsre Angelegenheiten reden zu können. Er antwortete, wie er hoffte, daß ich Morgen bei ihm essen würde, ich alsdann eine Stunde früher kommen möchte, wo wir Zeit zum Reden haben würden."

* * *

„St. Petersburg, den 12./24. Juli 1807.

Ich übersende hierbei ein Exemplar der Zeitung vom heutigen Datum, welche merkwürdig ist, weil sie einen Parolebefehl aus Tilsit wegen des Friedens enthält. Dies ist die einzige officielle Communication, die dem Publico gemacht worden ist, und auch diese enthält nichts Bestimmtes und giebt keine Aufklärung über das Abgeschlossene.

Heute Mittag habe ich bei dem Kaiser die Bekanntschaft des Fürsten Labanoff Rostowsky gemacht, des nämlichen, welcher bei den Unterhandlungen die ersten Wege gebahnt hat.

Schließlich muß ich noch einmal wiederholen, wie sehr ich Ursache habe, mit meiner hiesigen Aufnahme zufrieden zu sein, und wie ich darauf noch manche frohe Hoffnung baue."

* * *

„St. Petersburg, den 13./25. Juli 1807.

Nach Tafel nahm mich der Kaiser in sein Cabinet und frug mich, was ich ihm vorzutragen habe. Unsere Unterredung dauerte beinahe zwei Stunden. Ich fing damit an, dem Kaiser die vom G. R. Graf von Bassewitz erhaltene Berechnung der durch den Krieg und die Occupation verursachten Schäden und Kosten zu zeigen und setzte hinzu, wie nun der Kaiser sich wohl von selbst schon den Vortrag würde denken können, welchen ich ihm zu machen hätte. Der Kaiser las diesen Aufsatz genau durch und war sehr theilnehmend über die Größe unseres Verlustes. „Was ist nun zu thun?" setzte er hinzu, „reden wir einmal darüber." Ich erneuerte den schon oft gemachten Antrag wegen Lauenburg und

setzte ausführlich Sr. Majestät auseinander, wie höchst unglücklich es sein würde, wenn dieses Land von England getrennt, irgend einen anderen mächtigen Landesfürsten erhielte. Wie sehr unser Handel vollends zu Grunde gerichtet würde, wie wir von allen Seiten von mächtigeren Nachbarn eingeschlossen mehr oder weniger eine Provinz des Mächtigsten werden würden. Ich stellte dem Kaiser vor, wie es fast unmöglich sei, daß ohne Indemnisation wir uns jemals erheben könnten. Ich glaube, keinen Gesichtspunkt ausgelassen zu haben, welcher unsern Wünschen Werth und Gewicht beilegen konnte. Selbst den Fall des Rheinbundes stellte ich vor, wie es meiner Meinung nach bei den jetzigen Umständen die höchste Schwierigkeit, wo nicht gar Unmöglichkeit werden würde, die dadurch zu übernehmenden Verbindlichkeiten zu erfüllen. Der Kaiser sah alles dieses ganz vollkommen ein, verhehlte mir aber nicht, daß er nicht wisse, wie in diesem Augenblick etwas zu machen stehe. Hannover, mithin Lauenburg, sagte er, wäre der Kaiser Napoleon geneigt, an England wieder zu geben, wenn es Frieden machen wolle. Da der hiesige Kaiser den Frieden natürlich wünscht, so ist es freilich unmöglich, Anträge zu machen, welche denselben erschweren könnten. Im Fall England keinen Frieden macht, sind diese Länder bestimmt, zum Königreich Westfalen geschlagen zu werden.

Ich redete auch von Schwedisch-Pommern im Fall der Fortdauer des Krieges mit Schweden, an welchen indessen der Kaiser nicht zu glauben schien. Vielmehr vermuthete er, daß der König von Schweden, wenn er die jetzige Lage der Dinge erfahren habe, Frieden machen würde.

Eine Summe Geldes auszumitteln, fand auch seine großen Schwierigkeiten. Für den Augenblick sehe ich also keine Hülfe, indessen hat mir der Kaiser versprochen: im Fall, daß kein Frieden mit England und Schweden gemacht würde, und der Kaiser Napoleon über Hannover, d. h. Lauenburg und Pommern disponirte, sich für uns zu dieser Acquisition zu verwenden; auch erlaubte er mir in den gütigsten, und ich darf sagen, freundschaftlichsten Ausdrücken, im vorkommenden Falle so wie stets und in jedem andern mich vertrauensvoll gerade an ihn zu wenden.

Ich stellte dem Kaiser vor, sich bloß bei allem diesen des Sohnes seiner Schwester zu erinnern und zu bedenken, daß dasjenige, was er für das mecklenburgische Haus thäte, ja nur für sein eigenes Blut gethan wäre. Der Kaiser erwiderte sehr gütig, daß sein erster Gedanke beim Frieden unsere Wiedereinsetzung gewesen sei, er aber versichern könne, daß er nicht des Sohnes seiner Schwester gedacht, sondern es aus Freundschaft für das mecklenburgische Haus gethan habe. Er äußerte auch, daß er gleich damals von Indemnisation geredet habe. Der Kaiser Napoleon schien indessen zu glauben, schon sehr viel zu thun, das Land zurückzugeben. In der That, wenn wir unser Schicksal mit dem der unglücklichen Häuser von Hessen, Braunschweig und Oranien vergleichen, so können wir Gott nicht genug danken.

Der Kaiser sprach mir noch viel über unsere stets bezeigte Festigkeit. Sicher hat dieses weise Betragen unsere Erhaltung motivirt, denn es ist weiter keinem Zweifel unterworfen, daß wir lediglich und allein dem russischen Kaiser dieselbe verdanken. Ohne ihn würden wir bestimmt das Schicksal jener Fürsten getheilt haben.

Der Kaiser wiederholte mir, wie er glaube, daß wir dem Rheinbunde beitreten müßten, er uns daher riethe, alsdann zu erklären, daß wir dazu

bereitwillig wären. Mais que nous désirions ne l'être pas seulement de nom mais de fait, que nous demandions donc de nous en procurer les moyens s'il fut possible. Diese Wendung sei am besten, um zum gewünschten Ziel zu gelangen.

Der Kaiser versicherte mir, daß Kaiser Napoleon versprochen habe, sonst keine Veränderungen mit Deutschland vorzunehmen: doch wenn man bedenkt, daß gegen das gegebene Versprechen Preußen selbst noch nach abgeschlossenem Frieden 100 Millionen abgefordert worden sind, so darf man wohl kaum fest darauf bauen. — Eine unangenehme Nachricht habe ich noch zu geben, nämlich die, daß Napoleon dem Kaiser von Rußland bei der Zurückgabe von Mecklenburg gesagt hat, er möge ihm nicht verargen, wenn er bis zum Frieden mit England alle Häfen der Ostsee besetzt hielte. Wir dürfen uns also wohl nicht schmeicheln, vor Beendigung jenes Krieges die französischen Truppen ganz aus dem Lande verschwinden zu sehen."

* * *

Der Erbprinz blieb noch bis zum 7. August im Kreise der kaiserlichen Familie, war noch wiederholt in Paulowsky bei der Kaiserin, die ihn „wie eine liebende Mutter" aufnahm. Am 4. August wurde deren Namenstag in Peterhof durch ein glänzendes Fest gefeiert. Vor seiner Abreise hatte Friedrich Ludwig noch mit dem eben vom Kriegsschauplatze zurückgekehrten Minister des Auswärtigen Baron Budberg eine Conferenz, in welcher er seine Wünsche darlegte und die Zusicherung einer thunlichsten Unterstützung derselben erhielt.

In der Nacht vom 7. auf den 8. trat der Erbprinz in Begleitung des Kammerherrn von Oertzen die Rückreise an, traf am 12. in Memel ein und verweilte einen Tag bei dem preußischen Königspaar. Wie begreiflich herrschte dort die tiefste Niedergeschlagenheit. Der Erbprinz nahm den wärmsten Antheil an dem schweren Unglück, welches Preußen und sein Herrscherhaus betroffen. Seit lange war er dem Königspaar nahe befreundet. Königin Luise hatte eine besonders warme Zuneigung zu der verstorbenen Helene Paulowna empfunden. Als diese im Sommer 1803 schwer erkrankte, hatte sie wiederholt darauf gedrungen, daß die Erbprinzessin zu ihr nach Sanssouci gebracht würde, und, da dies sich unthunlich erwies, ihren Leibarzt Dr. Brown zur ärztlichen Behandlung nach Ludwigslust geschickt. Dann, als der Zustand bedenklicher wurde, war sie selbst mit dem König an das Krankenbett der Freundin geeilt. Der frühe Heimgang der jungen Fürstin hatte die Freundschaftsbande zwischen ihr und dem Schweriner Fürstenhause, ihren Antheil an den mutterlosen Kindern nur noch fester

geknüpft. Aber weder die Königin noch der Erbprinz sollten den Tag erleben, an welchem ihre Kinder fünfzehn Jahre später sich am Altar die Hand reichten.

Das Reisejournal des Erbprinzen schildert den wehmüthigen Eindruck jener Begegnung in Memel mit ergreifenden Worten. Es bringt auch eine Reihe von Einzelheiten über die traurigen Tilsiter Tage und das übermüthige Gebahren des Siegers, welche in Memel niedergeschrieben, höchst wahrscheinlich von dem Königspaar selbst herrühren, und die wir deshalb im Auszug hier folgen lassen.*)

„Kaiser Alexander wollte die von Napoleon vorgeschlagene Unterredung Anfangs nicht gewähren; er lehnte sie mehrmals entschieden ab. Napoleon hatte aber einen bestimmten Grund, darauf zu bestehen. Bei einer solchen Begegnung mußte ihm ein kaiserlicher Rang in den Formen der Etiquette zugestanden werden. Darin lag eine formelle Anerkennung seiner Stellung; das war es, was er erstrebte. Hätte man russischerseits dies als eine Concession geltend gemacht und verwerthet, so wären ohne Zweifel weit günstigere Bedingungen zu erlangen gewesen. Aber Großfürst Constantin, der sehr für den Frieden war, stellte seinem Bruder vor, daß er durch eine Entrevue Alles erlangen würde, was er wünsche. Der thatsächliche Verlauf hat das Gegentheil bewiesen. Der Fürst Labanoff Rostowsky, ein braver, alter Soldat, der aber niemals auf der politischen Bühne aufgetreten war, der sogar die letzten vierzehn Jahre in strengster Zurückgezogenheit verbracht hatte, ward nun ins französische Hauptquartier entsandt. Die Pourparlers begannen, und dieser Mann sollte den Vermittler zwischen den beiden Monarchen abgeben. Da er hierzu in keiner Weise genügte, so übernahm später in Tilsit Herr von Talleyrand das Protocoll. — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — Napoleon hat keine Gelegenheit versäumt, um durch Aufmerksamkeiten das Wohlwollen des Kaisers zu gewinnen. Dennoch hat man einen Umstand bemerkt, welcher beweist, wie groß das Mißtrauen bei schlechten Menschen ist, die immer Andere nach sich selbst beurtheilen. Napoleon bat öfters den Kaiser, den Thee bei ihm nehmen zu dürfen; er that dies gewöhnlich laut vor anderen

*) In deutscher Uebersetzung. Das Manuscript ist französisch, oft schwer leserlich und augenscheinlich ziemlich eilig niedergeschrieben.

Personen. Wenn aber der Thee im Cabinet des Kaisers Alexander servirt wurde, fand er immer Vorwände, um nicht davon zu nehmen, und in der That hat er dort niemals einen Tropfen getrunken. — — — — — — — — — — — — Napoleon hat den König von Preußen Anfangs durchaus nicht sehen wollen, und nur auf wiederholtes Bitten des Kaisers Alexander ist es geschehen. Die erste Begegnung fand auf dem Niemen statt; sie war sehr frostig. Der König kam in der Folge noch häufig nach Tilsit, übernachtete aber niemals dort. Napoleon erwies ihm äußerlich scheinbar die Ehren, die einem gekrönten Haupt zukommen, behandelte ihn aber in den Conferenzen mit einer beleidigenden Ironie. Er nahm nicht die geringste Notiz von den Bemerkungen des Königs. Als dieser ihn fragte, ob er seinen Minister von der Goltz mit Herrn von Talleyrand in Unterhandlung treten lassen solle, antwortete Bonaparte: „Wenn es Herrn von der Goltz Spaß macht (amuse) zu unterhandeln, ganz wohl, dann mag er unterhandeln, und wenn es auch zwei Jahre dauert.“ Eines andern Tages sagte er, er habe gar nicht gewußt, daß Herr von der Goltz in Tilsit sei, worauf der König erwiderte, daß sei nicht seine Schuld, indem Goltz sich täglich zwei Mal bei Herrn von Talleyrand eingefunden habe, ohne jemals vorgelassen zu sein. Napoleon schwieg darauf. — — — — — — Ein anderes Mal fragte er den Kaiser von Rußland: „Wer ist denn dieser Herr von Budberg? Er ist doch kein Russe?“ — „Gewiß ist er es.“ — „Ach so, aus einer Ihrer deutschen Provinzen.“ — Die Bemerkung des Zaren: „Sind denn die Elsässer nicht auch Franzosen“ schloß ihm den Mund. — — — — — — — — — — Napoleon schien mit einer Offenheit prahlen zu wollen, die uns mit Recht in Erstaunen setzen kann und welche beweist, wie viel er sich neben seinen anderen Erfolgen auch auf seine geistige Ueberlegenheit zu Gute that. Er mußte von der Letzteren sehr überzeugt sein, um nachstehende Aeußerungen zu wagen. Er hatte dem Kaiser von Rußland verschiedene Dinge zu Gunsten Preußens versprochen, führte sie aber nicht aus, und als der Kaiser Alexander darüber Aufklärung verlangte, bemerkte er cynisch, es sei seine Gewohnheit, zu versprechen und nicht zu halten. „Es ist manchmal ganz nützlich, etwas zu versprechen,“ setzte er frech hinzu. — Er entwickelte auch in einer Unterhaltung mit den beiden Monarchen die Einzelheiten der französischen Constitution und sagte

dabei wörtlich: „que tout cela n'était qu'une farce pour amuser la nation, mais que dans chaque article de la constitution il avait su se ménager les moyens de la renverser et de faire ce qu'il voudrait sans que cela paraissait être contre les lois établies.“

Man glaubte, daß die Anwesenheit der Königin dazu beitragen könnte, um Bonaparte zu bestimmen, die Lage Preußens günstiger zu gestalten. Die Königin kam nach Picktupönen ins Hauptquartier. Napoleon sandte seinen Oberstallmeister von Caulaincourt dorthin, um sie zu begrüßen und ihr zu sagen, wie sehr er ihre Bekanntschaft zu machen wünsche. Er wisse, daß es seine Pflicht sei, ihr seine Aufwartung zu machen, allein wichtige Geschäfte hielten ihn zurück; er bitte daher um die Gunst, daß sie ein Diner bei ihm in Tilsit annehmen möge.

Die Königin ließ erwidern, sie werde nach Tilsit kommen, um dort ihren Gemahl, den König, zu besuchen. Kaum war sie dort angelangt, so erschien Napoleon bei ihr und war von bestrickender Liebenswürdigkeit. Als der König einen Augenblick hinaus ging, um den Großherzog von Berg zu empfangen, sagte die Königin zu Napoleon: „Ich weiß, man hat Ihnen gesagt, Sire, daß ich mich in die Politik mische. Man hat mir Unrecht gethan, denn ich fühle dazu weder die Neigung noch die Fähigkeit, aber als Mutter und Gattin muß ich die Interessen Preußens Ew. kaiserlichen Majestät ans Herz legen." Napoleon machte darauf eine verbindliche Bemerkung und fragte dann später, welche Provinz sie dem König zurückgegeben zu sehen wünsche. Ohne die Fassung zu verlieren, erwiderte die Königin: „Alle, Sire!" Napoleon drückte später dem Kaiser Alexander sein Erstaunen über diese Antwort aus. Er habe geglaubt, sie einschüchtern zu können, — aber keineswegs, sie habe ihm wie ein Staatsmann geantwortet (elle lui avait repondu en ministre). Er sagte ihr dann noch im Laufe des Tages: „Ich weiß, daß man Ew. Majestät Unrecht gethat hat, indem man behauptete, daß Sie sich mit Politik befaßten, allein ich wünschte, Sie thäten es; die Dinge würden dann viel besser gehen!" Die Gesellschaft an der Tafel bestand aus den beiden Kaisern, dem König und der Königin von Preußen, dem Großherzog von Berg, dem Großfürsten Constantin, dem Kronprinzen von Bayern und der Gräfin Voß, Oberhofmeisterin der Königin. Der Marschall Duroc wartete

an der Tafel stehend auf. Dieser erste Tag ging sehr befriedigend vorüber. Die Umgebung Bonaparte's versicherte, daß er von der Königin entzückt sei, und gesagt habe: es genüge nicht, wenn man ihr die Krone zurückgebe, man müsse noch eine zweite auffinden, um sie ihr zu Füßen zu legen. Man trennte sich an jenem Tage mit den schönsten Hoffnungen. Aber der nächste war recht verschieden. Napoleon war verlegen, und es geschah nichts von dem, was man gehofft hatte. Die Königin ihrerseits war nun sehr kühl und benahm sich mit großer Würde. Man will wissen, daß vielleicht einige unvorsichtige Bemerkungen, die Napoleon hinterbracht waren, die veränderte Stimmung veranlaßten, daß es aber auch das Werk Talleyrand's war, der seinem Herrn gesagt haben soll: „Wie, Ew. Majestät würden vor einer Frau zurückweichen?" — — — Napoleon suchte etwas darin, die Königin fühlen zu lassen, daß er Schlesien bei Preußen belassen wolle. Indem er der Königin ein Compliment über ihr Kleid machte, fragte er, wo es gearbeitet sei. — „Bei uns, Sire," war die Antwort. — „Also in Breslau, Madame!" — Er legte es auch in auffälliger Weise darauf an, daß sie ihm dafür danken mußte, daß er ihr Heimathland, das Herzogthum Strelitz geschont habe. — — — — — — — Ich war fast den ganzen Tag mit dem König und der Königin zusammen. Wie soll ich Worte finden, um den Eindruck zu schildern, den die Größe ihres Unglücks und die Würde, mit der sie es tragen, auf mich machte! Ich kann nur weinen, wenn ich daran denke."

Der bekannten Erzählung von der Rose und der Bitte wegen Magdeburg erwähnt das Tagebuch des Erbprinzen nicht, dagegen wird noch einmal in bewundernden Worten die Thatsache angeführt, daß Napoleon dem König von Preußen als Entschädigung für die abgenommenen Provinzen das Herzogthum Mecklenburg-Schwerin angeboten habe, dieses Ansinnen aber von dem edlen Monarchen kurz und kategorisch abgelehnt sei. Am 22. August traf Friedrich Ludwig wieder in Doberan ein, wo der Herzog sich gewohnterweise um diese Jahreszeit aufhielt, und erstattete seinem Vater noch in einem längeren Memoire eingehenden Bericht über den Verlauf seiner Mission. Der Aufenthalt in der Heimath sollte nicht von langer Dauer sein. Ein neuer, ungleich schwierigerer Auftrag stand ihm bevor.

Bereits zu Anfang des Monats August hatte der französische Gesandte von Bourienne in vertraulicher Form der Schweriner Regierung mitgetheilt, es sei der Wunsch des Kaisers, daß der Herzog dem Rheinbund beitrete. Eine gleiche Kundgebung war nach Strelitz gelangt. Angesichts einer französischen Besatzung von einigen zwanzig Tausend Mann war ein solcher Wunsch von einem Befehl nicht sehr verschieden. Friedrich Franz überwand seine persönliche Abneigung gegen ein derartiges Schutzverhältniß und erwog die Vortheile, die es für ihn und sein Land haben konnte. Die Verleihung der Souveränität, die dieser Act in sich schloß, schlug er nicht hoch an. Mit seinen Ständen war er in gutem Einvernehmen. Eine Einschränkung ihrer Privilegien zu Gunsten der Krone, gerade jetzt, wo Ritter- und Landschaft in Opferwilligkeit und Treue gewetteifert, kam ihm nicht in den Sinn. Wohl plante er einige Modificationen, aber die Grundlagen der alten Verfassung anzutasten, schien ihm weder nützlich noch zulässig. Dagegen war er entschlossen, seinen Eintritt in den Rheinbund an gewisse Bedingungen zu knüpfen und dem Lande, wie seinem Hause materielle Vortheile zu sichern, welche als eine Art Entschädigung für die jüngst gebrachten, schweren Opfer gelten konnten. Die Verhandlung über diese Bedingungen übertrug er seinem ältesten Sohne, dessen diplomatisches Talent er erkannt hatte, und beauftragte ihn, sich an den Hof Kaiser Napoleon's zu begeben. Der Prinz sollte zunächst das Terrain sondiren, sodann die Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Rheinbund erklären, dabei aber zugleich folgende drei Forderungen stellen und vertreten:

1. Ertheilung der großherzoglichen Würde und in Verbindung damit
2. Geltendmachung früherer unerledigter Ansprüche auf Grund des Reichsdeputationshauptschlusses;
3. Entschädigung durch Geld oder Gebiet für die in den letzten Monaten erlittenen Verluste.

Die beiden ersten Forderungen stammten noch aus der Zeit des Deutschen Reiches. Was die Rangerhöhung betraf, so war dieselbe von dem herzoglichen Hause schon wiederholt in Anregung gebracht und auch in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts vom Kaiser insofern principiell zugestanden worden, als Mecklenburg die Stimme Oesterreichs für Ertheilung des nächsten erledigten Kurhuts versprochen war. Herr

von Plessen, der zu diesem Behuf in besonderer Mission nach Wien gegangen war, hatte sich mit diesem Erfolg seine ersten diplomatischen Sporen verdient. Rußland und Frankreich hatten ihre Unterstützung gleichfalls zugesagt. Mit der Auflösung des Reichs fiel zwar die Aussicht auf Erlangung der Kurwürde fort, doch glaubte Herzog Friedrich Franz jetzt im Hinblick auf das Alter seines Hauses und den Umfang seines Gebiets den Anspruch auf die mit dem Kurhut für gleichwerthig erachtete großherzogliche Würde um so weniger preisgeben zu dürfen, als kleinere Staaten, wie Würzburg, Berg und Frankfurt, bereits als Großherzogthümer dem Rheinbund angehörten. Nach der projectirten Verfassung des Bundes sollten die Großherzoge mit den Königen das erste Collegium, alle anderen Fürstenhäuser das zweite bilden. Mit dem Sitz auf der zweiten Bank würde Mecklenburg-Schwerin eine politisch ungünstigere Stellung eingenommen haben, als bisher auf dem Regensburger Reichstage. Das erste Collegium sollte außerdem mit Prärogativen ausgestattet werden, deren Werth man vielleicht damals höher anschlug, als richtig war. Allein bei der allgemeinen Unklarheit der Lage suchte sich jeder nach Kräften gegen eine Herabminderung seines Ranges und seiner Stellung zu sichern. Uebrigens waren schon jetzt gewisse praktische Vortheile mit dem großherzoglichen Rang verbunden. Derselbe gewährte z. B. das Gesandtschaftsrecht, welches den mindermächtigen Häusern versagt war. Mecklenburg als Herzogthum konnte am französischen Hofe keinen Gesandten beglaubigen. Seine Vertreter wurden daselbst nur als „voyageurs“ vorgestellt, hatten keinen Zutritt zu den kleinen Empfängen und wurden überhaupt nicht anders behandelt, wie sonstige foreigners of distinction. Der Erfolg diplomatischer Verhandlungen hing aber damals, wo die Geschäfte ebenso sehr am Hofe, als im Cabinet des Ministers betrieben wurden, weit mehr als heute von der äußeren Stellung des Vertreters ab. Wir werden später sehen, wie dem Erbprinzen sein fürstlicher Rang hierin wesentlich zu statten kam und die Berücksichtigung dieses Umstandes mag für seine Wahl zum Bevollmächtigten nicht ohne Einfluß gewesen sein.

Was die zweite der oben genannten Bedingungen betraf, so war sie gleichfalls nur die Erneuerung alter, berechtigter Ansprüche. Im westfälischen Frieden hatte Mecklenburg die Stadt Wismar nebst ansehnlichem Gebiet an Schweden abtreten müssen. Als Entschädigung

dafür wurden ihm zwei Canonicate bei dem Domstift zu Straßburg überwiesen, aber dieser Ersatz war ein sehr unbedeutender und ging außerdem später verloren. Die Angelegenheit der Canonicate hat den Regensburger Reichstag wiederholt und eingehend beschäftigt. Wir wollen von der sehr verwickelten Frage nur das Wesentlichste herausheben.

Nach langen Religionswirren im Elsaß, welche unter Anderem auch die confessionelle Spaltung des Domcapitels von Straßburg zur Folge gehabt hatten, waren durch den Vergleich von Hagenau (1604) die sechs protestantischen Mitglieder des Capitels im Besitz ihrer Pfründen und Einkünfte belassen worden. Zwei dieser Domherrenstellen waren 1648 dem Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg zugesprochen und wurden, wenngleich erst nach langen, unerquicklichen Streitigkeiten mit dem Straßburger Magistrat, von seinen Söhnen eingenommen. Allein der ungestörte Genuß dieser dürftigen Entschädigung war nicht von langer Dauer, denn 1681 erzwang Frankreich die Uebergabe Straßburgs und entzog den evangelischen Domherren sofort ihre Einkünfte. Obwohl nun den späteren Friedensschlüssen von Nymwegen, Ryswick und Rastatt die Bestimmungen des Osnabrücker Tractats, soweit sie sich auf die Restitution der evangelischen Canonicate bezogen, ausdrücklich zu Grunde gelegt wurden und, obwohl in dem Rastatter Vertrag noch eine besondere Bestätigung der Restitutionsacte erfolgte, so kam es doch thatsächlich nicht zur Ausführung dieser Verbindlichkeiten. Die Einkünfte der sechs eingezogenen evangelischen Stellen verblieben widerrechtlich den katholischen Mitgliedern des Capitels. Die Herzoge von Mecklenburg protestirten wiederholt gegen dieses Verfahren. Alle ihre beim Reichstag angebrachten Vorstellungen theilten aber das Schicksal so vieler ähnlicher Recurse: sie blieben unberücksichtigt. Das Reich war zu schwach, seinen geschädigten Ständen dem mächtigen Nachbarstaat gegenüber Recht zu verschaffen.

Die Angelegenheit trat in eine neue Phase, als durch die Decrete der französischen Nationalversammlung 1789 das Hochstift Straßburg überhaupt eingezogen und jeder reichsständische Besitz im Elsaß durch die neue Verfassung dieser Provinz aufgehoben wurde. Friedrich Franz I. benutzte diesen Umschwung der Dinge zu einer erneuten

Anregung beim Reichstag, und das durch seinen Gesandten übergebene Promemoria wies darauf hin: „Se. Herzogliche Durchlaucht hielten sich für befugt, von kaiserlicher Majestät und dem Reich eine anderweite Schadloshaltung für ihre bei dem westfälischen Friedensschlusse aufgeopferten, altfürstlichen Besitzungen (Wismar) nachzusuchen und zu gewärtigen." Wirklich erfolgte auch eine Beschwerde des kaiserlichen Gesandten in Paris, aber der bald darauf ausbrechende Krieg unterbrach vorläufig die Verhandlungen.

Inzwischen kam bei den Berathungen, welche dem R. D. H. Schlusse vorangingen, der Anspruch auf die beiden Straßburger Canonicate noch einmal zur Sprache und, — wenngleich nur vorübergehend, — zur Erledigung. Durch Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich war jedwede Hoffnung erloschen, in den Besitz jener Stellen zu gelangen, und Mecklenburg rechnete sich mit Recht zu den Geschädigten, welche durch den R. D. H. Schluß Compensationen erhalten sollten.

Neben den beiden Stiftsstellen erhob es auch Anspruch auf Ersatz für die in der Trave belegene kleine Halbinsel Prival, welche dem Lübecker Stadtgebiet zugeschlagen war. Diese beiden Forderungen wurden von der Reichsdeputation gerecht befunden, und der § 9 der Schlußacte sicherte dem Herzog neben kleinen Berichtigungen an der Lübecker Grenze eine immerwährende Rente von 10 000 Thalern aus dem Rheinschifffahrts-Octroi.

Man muß gestehen, daß dies eine klägliche Entschädigung für den Verlust Wismars, und der Herzog jetzt bei der neuen Regelung seines Bundesverhältnisses einen Gebietszuwachs zu verlangen um so mehr berechtigt war, als auch die 10 000 Thaler seit Errichtung des Rheinbundes nicht mehr gezahlt wurden. Der Erbprinz sollte diese Forderung womöglich in Verbindung mit der dritten vorbringen, welche die Entschädigung für die jüngsten Natural- und Geldlieferungen betraf. Zunächst sollte er die Ueberweisung von Baarbeträgen zu erlangen suchen, und erst, wenn dies unmöglich war, auf eine Gebietscompensation hinwirken, deren Domanialeinkünfte den Zinsen des verausgabten Capitals von circa 40 Millionen Franken gleich kämen. Schwedisch-Pommern und das zu Hannover gehörige, von den Franzosen occupirte Lauenburg wurden als günstig bezeichnet.

Mit dieser Instruction versehen, trat Friedrich Ludwig am 10. October 1807 die Reise nach der französischen Hauptstadt an. Neben der Accession zum Rheinbund umschloß seine Mission noch einen anderen schwierigeren Auftrag, den nämlich, das Land von der drückenden französischen Besatzung zu befreien und die Uebertragung der Küstenbewachung an die neu zu formirenden Truppen des Herzogs persönlich bei Napoleon zu erwirken.

II.

Am 23. October 1807 traf Erbprinz Friedrich Ludwig in Paris ein, stieg zunächst in einem Hôtel ab und sah sich dann nach einer passenden Wohnung um. Er wählte ein geräumiges und vornehm eingerichtetes Appartement in einer der Seitenstraßen der Rue Rivoli, unweit der Tuilerien. Der Name der Straße ist aus den vorliegenden Acten nicht festzustellen, seitdem übrigens wahrscheinlich verändert. Die Wohnung lag unmittelbar neben dem Palais des Königs von Holland. Equipagen, Köche und Diener wurden gemiethet; man richtete sich behaglich ein. In der Begleitung des Erbprinzen befanden sich der Geheimrath und Minister Freiherr von Brandenstein, der Hofmarschall Kammerherr von Oertzen und der Kammerherr von der Kettenburg. Zur Führung der Correspondenz mit den französischen Behörden, und weil die Anwesenheit eines mit den diplomatischen Gepflogenheiten vertrauten Rathgebers erforderlich schien, war dem Erbprinzen außerdem der mecklenburgische Geschäftsträger im Haag, Baron von Bosset, beigegeben. Bosset gehörte zu jener kosmopolitischen Classe zunftmäßig ausgebildeter Agenten, deren sich die kleineren Höfe da zu bedienen pflegten, wo die Haltung eines eigenen Gesandten nicht nothwendig oder zu kostspielig war. Er vertrat im Haag auch Baden, Oldenburg und Hamburg und führte eigenthümlicherweise den Titel eines herzoglich-mecklenburgischen Hofmarschalls, der ihm wohl deshalb verliehen war, um den Zutritt am holländischen Hofe zu erleichtern. Er war schon einige Zeit vor dem Erbprinzen in Paris eingetroffen, hatte sich durch eine Vollmacht des Herzogs als Chargé d'affaires beim Minister des Auswärtigen eingeführt und im Auftrag seiner Regierung die Rheinbundsverhandlungen auch bereits durch eine officielle Note eingeleitet. Dieser Note lag ein umfängliches Memoire bei, welches die mecklenburgischen

Wünsche und Forderungen, so wie wir sie oben flüchtig skizzirt haben, ausführlich darlegte und historisch begründete.

Während seines Aufenthalts in Frankreich sandte der Erbprinz eine Reihe von Berichten an seinen Vater und zwar fünfundzwanzig mit der Post, vierzehn, geheimen Inhalts, mittels Courier. Diese Schriftstücke waren sehr umfangreich, da der Prinz fast an jedem Tage schrieb und seine Aufzeichnungen dann in einen Bericht zusammenfaßte. Nur die geheimen Berichte gewähren völligen Aufschluß über die Lage. In den andern ist sorgfältig Alles vermieden, was den Absender oder den Empfänger compromittiren konnte. Auch sind die in letzteren vorkommenden Lobeserhebungen auf Napoleon in leicht erkennbarer Absicht eingefügt.

„Es ist ganz unmöglich," schrieb der Prinz einmal, „irgend etwas mit der Post zu schreiben, was nicht gelesen wird. Ich bitte daher um die Erlaubniß, meine geheimen Berichte nur durch sichere Gelegenheit absenden zu dürfen. Alle paar Wochen schickt einer der Gesandten der sächsischen Höfe einen Courier ab. Ich werde diese Gelegenheit benutzen und bitten, daß man meine Briefe von Weimar aus allemal mit einem sicheren Menschen befördert. Freilich werden diese Sendungen wegen Vergütung der Reisekosten ziemlich kostspielig werden, allein ich kenne kein anderes Mittel der sicheren Beförderung."

Der Depeschenverkehr mit Mecklenburg wurde denn auch in dieser Weise geregelt. Der sächsische oder der russische Courier nahm den Brief bis Weimar mit; von dort wurde er durch einen weimarischen Hofbediensteten nach Ludwigslust gebracht. Derselbe erhielt für die Hin- und Rückfahrt jedesmal vierzig Louisd'or (zweihundert Thaler Gold), wovon circa hundertundsechzig Thaler auf die Fahrkosten entfielen, und der Rest dem Courier als Gratification verblieb. Diese Ausgabe für eine einfache Briefbeförderung war in der That beträchtlich, und der Herzog, der in Geldsachen genau war, glaubte billiger wegzukommen, wenn er einen seiner Leute in Weimar stationirte und ihm auftrug, gelegentlich auch die gewöhnliche Post streckenweise zu benutzen, denn die vierspännige Extrapost kostete pro Meile einen Thaler sechs Groschen. Mit zwei Pferden konnte man aber auf den schlechten Wegen im Winter nicht durchkommen. Ein Kammerdiener wurde zu diesem Zweck nach Weimar entsendet. Allerdings ermäßigten sich die Fahrkosten dadurch

um etwas, die Gesammtkosten aber nicht, da die Diäten und Zehrungskosten bei mehrwöchentlichem Aufenthalt in Weimar sich sehr hoch stellten. Dieselben beliefen sich nach den vorliegenden Liquidationen auf nahezu drei Thaler täglich, wobei eine Flasche Medoc zu sechzehn Groschen pro Tag in Rechnung gestellt und auch anstandslos vergütet wurde. Die russischen Couriere erhielten außerdem noch eine besondere Gratification von zwanzig Louisd'or. Eine Courierbeförderung von Ludwigslust nach Neu-Strelitz hin und zurück kostete fünfzig Thaler Gold. Aus all' diesen Ziffern wird ersichtlich, daß die Beförderung von Briefen wichtigen und geheimen Inhalts in damaliger Zeit äußerst kostspielig war, und es kann befremden, daß man nicht zu chiffrirten Depeschen, welche die Post befördern konnte, seine Zuflucht nahm. Ein durch Estafette oder Courier von Paris nach Ludwigslust geschickter Brief traf über Hamburg in zwölf Tagen, über Weimar in vierzehn Tagen ein.

Die Berichte des Erbprinzen geben ein sehr anschauliches Bild der damaligen Verhältnisse; es wird in ihnen die Machtvollkommenheit des Imperators, die unwürdige Lage der deutschen Fürsten, das Willkürliche und Unzusammenhängende des napoleonischen Systems oft mit so treffenden Zügen dargestellt, daß wir dieselben hier theilweise im Wortlaut folgen lassen. Der Erbprinz war ein scharfer Beobachter und mit der Feder gewandt. Sind es auch nur Skizzen, die er giebt, so haben sie den Vorzug, nach der Natur aufgenommen zu sein.

Das Hoflager des Kaisers befand sich zu Ende October noch in Fontainebleau. Wir kennen das Leben dort aus den Memoiren der Frau von Rémusat. Was Friedrich Ludwig darüber schreibt, deckt sich in der Hauptsache mit jener Schilderung. Ein Hof von großer Prachtentfaltung, nicht ohne ein gewisses Pathos, doch von etwas steifem, gezwungenem Wesen. Glanzvolle Effecte und prunkende Schaustellungen, aber innere Hast und Unruhe, kein Gleichmaß, keine vornehme Würde. Die meisten deutschen Fürsten, welche dem Imperator nach seiner Rückkehr von Tilsit ihre Huldigungen und Glückwünsche dargebracht hatten, waren bereits wieder abgereist. Nur der Großherzog von Würzburg, der Fürst Primas des Rheinbundes, der Herzog von Coburg mit dem Erbprinzen waren noch in Fontainebleau anwesend. Auch der Erbprinz von Strelitz traf in Begleitung des Grafen von Schlitz jetzt dort ein, um ebenso wie sein Vetter von Schwerin den Beitritt zum Rheinbund

zu vereinbaren. Seine Schwester, die Fürstin von Thurn und Taxis, war schon längere Zeit in Paris anwesend, um die Aufhebung des Sequesters, mit dem ihre Güter in den Niederlanden belegt waren, zu erwirken. Die kluge, welterfahrene Dame, der wir später noch bei dem Erfurter Fürstencongreß begegnen werden, setzte dies auch wirklich durch.

Die Saison in Fontainebleau war im Herbst 1807 ganz besonders glänzend und währte länger als in früheren Jahren. Die letzten Siege und Eroberungen hatten den Ruhm der französischen Waffen noch erhöht. In diesem wie im nächsten Jahre befand sich Bonaparte auf dem Gipfel seiner Laufbahn. Mit der Trennung von Josephine sollte ihn sein Glücksstern verlassen. Der Hof, den der Erbprinz nun kennen lernte, und an welchem er die nächsten sieben Monate verlebte, war eine völlig neue Schöpfung und konnte das Gepräge einer solchen nicht verleugnen. Als Bonaparte in die Tuilerien eingezogen war, hatte sein Haushalt noch längere Zeit einen bürgerlichen Charakter bewahrt. Die Lebensweise blieb einfach; Freunde kamen und gingen, wie in einem Privathaus. Einige Adjutanten bildeten die einzige officielle Umgebung. Madame Bonaparte und ihre Tochter Hortense verkehrten mit den Familien der andern beiden Consuln, der Minister und Generale, wie mit Ihresgleichen. Aber schon mit der Proclamation des Consulats auf Lebenszeit, namentlich mit der Uebersiedelung der Familie Bonaparte nach Saint-Cloud hatte eine größere Isolirung, ein vornehmes Abschließen gegen die Gesellschaft Platz gegriffen. Eine Art Hoftracht war eingeführt. Man erschien zu den Empfängen des Consuls und seiner Gemahlin nur noch in gesticktem Frack, in seidnen Strümpfen und Schnallenschuhen, nicht viel hätte gefehlt, so wäre auch der Puder wieder in seine alten Rechte getreten. Der einheimische, alte Adel ward geflissentlich herangezogen und begünstigt, der ausländische drängte sich herzu. Man bemerkte in Josephine's Salon bereits die Trägerinnen der Namen Potocka, Castel-Forte, Dorset, Gordon, Newcastle, Dolgorucki, Galitzin etc. Napoleon ging von da an in der Bildung eines Hofstaates und Hofceremoniells systematisch und sicher vor. Er wollte vergessen machen, daß sein öffentliches Auftreten Anfangs in eine wüste Schreckenszeit, später in eine Zeit gesellschaftlicher Zerfahrenheit fiel. Er wußte auch, daß die Franzosen das Glänzende lieben, und daß sie trotz der schwärmerischen Betheuerungen für Gleichheit und Freiheit doch das

Gepränge als Ausdruck der Macht schätzen und einen Herrscher von allzu bürgerlicher Geschmacksrichtung verspotten. Als das Consulat zum Kaiserthum wurde, waren die Vorbereitungen für den Hof schon getroffen, die Rollen vertheilt, die Spötter und Nörgler in den Kreisen des Jakobinerthums zum Schweigen gebracht.

Man suchte sich nun eifrig über die einstigen Hofregeln zu informiren, durchforschte die alten Compendien der Rangordnung und des Ceremoniells, befragte die Höflinge und Kammerdiener aus den Zeiten des ancien régime. „Wie war das?" — „wie machte man das früher?" — das waren in der ersten Zeit die immer wiederkehrenden Fragen in den Gemächern des jungen Kaiserthums, und da man nichts Neues erfinden konnte, glitt man unwillkürlich in die Arme der alten, einst mit so viel Haß verfolgten Etiquette zurück. Kaiserin Josephine hatte eine gute Lehrmeisterin an der Gräfin Montesson, die mit den Orleans verwandt war, mit dem Faubourg auf dem vertrautesten Fuße stand, und deren Salon ein Verbindungsglied zwischen diesem und den Tuilerien bildete. Auch die Rathschläge der Madame Campan, einstigen Kammerfrau Marie Antoinette's, neuerdings Erzieherin von Hortense Beauharnais und auch nach deren Vermählung in nahen Beziehungen zur Familie Bonaparte's, waren für die Damen des Hofes von Nutzen gewesen. Die Verbindungen mit der Finanzwelt, welche einst den Salon des ersten Consuls bevölkert hatte, waren von Napoleon längst abgestreift. Der Ton dieser Kreise war theils frivol, theils unfein gewesen, und Napoleon wollte vor Allem den Principien der Wohlanständigkeit und Ehrbarkeit an seinem Hof wieder Geltung verschaffen. Wir wissen durch Frau von Rémusat und andere Memoirenschriftsteller, welchen Werth er vor Allem auf den äußeren Schein der Sittlichkeit legte, und wie er durch geschraubtes Wesen, eisige Kälte und lächerliche Pruderie den Geist harmloser Heiterkeit und natürlicher Grazie aus den Abendgesellschaften seiner Gattin verbannte. Er sollte es außerdem bald erfahren, daß es leichter ist, einen Hofstaat zu bilden als eine Hofgesellschaft. Der alte Adel fand sich zwar ein, aber wohlerfahren in den Formen einer Lebensweise, die ihm anerzogen war, belächelte er höhnisch die linkischen Versuche seiner neuen Standesgenossen. Immerhin hatte sich zu dem Zeitpunkt, als der Erbprinz in diese Welt eintrat, die Umgebung des Kaisers bereits so viel Sicherheit und Routine erworben,

daß dem deutschen Fürsten die innern Gegensätze nicht mehr deutlich erkennbar wurden, und Aufwand, Glanz und Geschmack an dem Hoflager von Fontainebleau einen gewissermaßen blendenden Eindruck zu machen nicht verfehlten.

Die obersten Hofämter waren besetzt durch Cardinal Fesch (Groß-almosenier), Duroc (Palastmarschall), Berthier (Vice-Connetable), Montesquiou (Oberkammerherr) und Ségur (Oberceremonienmeister). Drei Palastpräfecten Luçay, Bausset und Saint-Didier versahen wechselweise den Dienst der heutigen Hofmarschälle, unterstützt durch einen Stab von zwanzig Kammerherren, von denen fünf zur Zeit im Dienst waren. In diesen, wie auch in den anderen Departements des Marstalls, der Hofjägerei u. s. w. fand man schon eine Reihe bekannter Namen aus der alten Aristokratie, z. B. Rémusat, Broglie, Caussy, Villoutreys, Girardin, Crillon und Contades. Ueberwiegender war noch die Zahl solcher Namen im Hofstaat der Kaiserin. Derselbe bestand aus den beiden Hofdamen de la Rochefoucauld und de Lavalette und dreißig Palastdamen, meistens Gemahlinnen der Marschälle und Kammerherren, welche nach bestimmtem Turnus zum Dienst herangezogen wurden, ferner einem Almosenier, Ferdinand de Rohan, acht Kammerherren und drei Stallmeistern. [In dem „Tableau de la cour" von 1807 sind alle diese Namen noch ohne Titel und Prädikat (duc, marquis, comte ꝛc.) verzeichnet. Erst 1810, nach der Heirath mit Marie Luise, wurden die alten, historischen Adelsprädicate officiell wieder eingeführt.] Ein Corps von vierzig Pagen, welche unter einem Pagen-Commandanten militärisch ausgebildet und mit achtzehn Jahren als Officiere angestellt wurden, versah den Dienst in den Gemächern der Kaiserin und an der Tafel.

So glänzend und zahlreich dieser Hofstaat, so üppig die Tafel, und so reich die Ausstattung der Schlösser war, so herrschte doch große Ordnung und eine weise Sparsamkeit in den Ausgaben. Marschall Duroc führte ein strenges Regiment; das Hofgesinde stand in einer Art von militärischer Zucht. Um es mit den Traditionen der alten Hofetiquette vertraut zu machen, hatte Napoleon auf Mademoiselle Campan's Verwendung einen Theil der einstigen Diener Ludwig's XVI. wieder angestellt. Die Lever's und Coucher's waren wieder eingeführt, zwar nicht in ihrer alten Form einer wirklichen Toilette, aber doch als eine

Art Audienz, zum Zweck intimer persönlicher Aussprache mit den zum Zutritt Berechtigten. Dieser Zutritt, der auch durch Gunst verliehen werden konnte, galt als eine besondere Auszeichnung. Der Kaiser trat gewöhnlich um neun Uhr, völlig angekleidet, aus seinem Cabinet, verweilte eine halbe Stunde in dieser Versammlung und begab sich dann zum Frühstück, welches er stets allein einnahm; ein Palastpräfect stand neben ihm, und ein Haushofmeister wartete auf. Manchmal ließ er auch Personen eintreten, um sich während des Frühstücks mit ihnen zu unterhalten, meistens Männer der Kunst und Wissenschaft. Diese Auszeichnung genossen häufig die Gelehrten Monge, Berthollet und Denon, die Maler David und Isabey, die Architekten Costaz und Fontaine, der Schauspieler Talma, Doctor Corvisart u. a. In sein Arbeitscabinet zurückgekehrt, nahm der Kaiser die Vorträge entgegen, die sich bis in die Nachmittagsstunden ausdehnten. Um sechs Uhr war Tafel, welche ca. zwanzig Minuten währte. Napoleon trank gewöhnlich nur Chambertin und auch diesen meist mit Wasser vermischt. Wenn keine Gäste geladen waren, speiste er mit der Kaiserin allein; Familientafel fand nur Sonntags statt. Nach Tisch begab sich der Kaiser wieder in sein Arbeitscabinet und erschien dann später in den Gemächern seiner Gemahlin, wo die Herren und Damen vom Dienst und einige geladene Gäste versammelt waren. Diese an sich regelmäßige Lebensweise ward natürlich durch Rennen, Jagden, Audienzen und Besichtigungen verschiedener Art vielfach unterbrochen.

Nachdem Erbprinz Friedrich Ludwig dem Palast-Marschall Duroc von Paris aus seine Anwesenheit gemeldet und eine Audienz beim Kaiser nachgesucht hatte, wurde er auf Sonntag, den 1. November nach Fontainebleau beschieden. Ueber seine Zusammenkunft mit Napoleon berichtete er seinem Vater an demselben Tage, wie folgt:

„Gegen 12 Uhr Mittags begab ich mich aufs Schloß und ward in ein Vorzimmer geführt, in welchem sich mehrere Generale, Leute vom Hofe und andere Personen befanden, die dem Kaiser vorgestellt werden sollten. Meine Cavaliere begleiteten mich dorthin. Auch der kleine Prinz Leopold von Coburg befand sich dort. Die regierenden Fürsten sowie alle Personen, welche die Entreen haben, befanden sich in einem großen inneren Salon. Der türkische Gesandte hatte Audienz. Nachher gingen Ihre Majestäten durch zur Messe. Die Kaiserin zuerst, welcher die Großherzogin von Berg folgte; dann der Kaiser, gefolgt von den Prinzen und anwesenden fremden Souverainen.

Als der Kaiser wieder aus der Messe kam, präsentirte mich der Kammerherr vom Dienst. Der Kaiser sah sehr freundlich aus und sagte zu mir:

„Wann sind Sie von Schwerin abgereist?"

Ich nannte ihm die Zeit.

„Sind Sie verheirathet?"

„Ich war es, Sire, mit der Tochter des Kaisers von Rußland."

„Ihr Land hat viel durch den Krieg gelitten?"

„Ja, Sire, sehr viel, aber Ihre Güte wird es uns vergessen machen."

Darauf wurden ihm Herr von Brandenstein, Herr von Oertzen und Herr von der Kettenburg vorgestellt. Er grüßte sie und fragte mich:

„Herr von Brandenstein ist Staatsminister? Er gehört also zu Ihrem Gefolge?"

Hierauf ward ihm der Erbprinz von Strelitz präsentirt, welchen er auch nach der Zeit seiner Abreise fragte und nachher hinzusetzte:

„Haben Sie Kinder?"

„Ich bin nicht verheirathet, Sire!"

„Sie haben also Brüder?"

„Ja, Sire, ich habe einen."

Hierauf ward Graf Schlitz präsentirt, dann die übrigen anwesenden Personen, denen er jedem ein paar Worte sagte und darauf in das Innere seiner Gemächer ging.

Hierauf ward im Schloßhofe eine curée von dem gestern forcirten Hirsche gemacht, was denn sehr lustig anzusehen war.

Dann begab ich mich ins Vorzimmer Ihrer Majestät der Kaiserin, wo eine Menge Menschen versammelt waren. Nach einiger Zeit ward ich ins Audienzzimmer der Kaiserin geführt, welche dort von ihrem Hofe umgeben stand. Sie nahm mich ungemein gnädig auf. Es ist nicht leicht möglich, aimabler zu sein. Sie hat viel Anstand und Würde. Wie ich herausgegangen war, wurden meine Herren hereingerufen und präsentirt. Sie ist ganz ausnehmend artig gegen Alle gewesen.

Hierauf hatte der Erbprinz von Strelitz Audienz, nach ihm der Graf Schlitz.

Von dort gingen wir zur Großherzogin von Berg, welche ungemein artig und sehr hübsch ist; dann zum Großherzog von Berg, welcher mich sehr freundschaftlich empfing und mich sehr viel nach meinen gnädigsten Eltern frug. Der König von Westphalen war heute nicht wohl, nahm daher so wenig wie seine Gemahlin an. Beide haben mich auf morgen Mittag nach 12 Uhr befehlen lassen. Mein Vetter und ich haben alle unsere Visiten zusammen gemacht und wurden beide zum Concert und Cercle heute Abend bei der Kaiserin eingeladen, wobei unsere Cavaliere keinen Zutritt hatten. Wir machten nun verschiedene Visiten bei den Ersten des Hofes. Beim Fürsten-Primas waren wir lange Zeit. Der Prinz Le Brun, Erz-Schatzmeister, empfing uns sehr höflich. Der Fürst von Benevent war ausgegangen, der Fürst von Neufchâtel ausgereist.

Um 4 Uhr gingen wir zur Königin von Holland, welche, ohne gerade hübsch zu sein, sehr angenehm und selten liebenswürdig ist. Ich dankte ihr für die gnädige Verwendung und den Antheil, den der König von Holland an unserem Unglück genommen habe. Sie antwortete sehr gütig und setzte hinzu, wie es dem Könige sehr leid gewesen wäre, nicht mehr haben thun zu können. Wie ich noch verschiedenen anderen Personen des Hofes meinen Besuch abstatten

wollte, kam ein Läufer mit einem Billet von dem aufwartenden Kammerherrn, welcher mir anzeigte, daß ich um 6 Uhr mit Ihren Kaiserlichen Majestäten zu Mittag speisen sollte.

Da ich nebst allen unseren Herren beim Herrn von Champagny zu Tische eingeladen war, so ging ich zu ihm, um ihm meine Entschuldigung zu machen. Er schien diese Attention sehr zu erkennen und bat mich auf morgen zu Tische.

Um 6 Uhr begab ich mich ins Appartement der Kaiserin und ward in das Zimmer geführt, wo die Audienz stattgefunden hatte. Dort waren der Prinz Le Brun, der Marschall Moully und der Großrichter Reynier (ein sehr artiger Mann). Bald darauf kamen auch die regierende Fürstin von der Lippe-Detmold und die Königin von Holland, welche mir viel von meinen Kindern sprach und bitterlich über den Tod ihres Sohnes weinte. Dann kamen der Kaiser und die Kaiserin, und es ging zur Tafel. An der einen Seite derselben saß der Kaiser, neben ihm zur Rechten die Königin von Holland, zur Linken die Fürstin v. d. Lippe, gegenüber die Kaiserin. Rechts von dieser der Prinz Le Brun, links saß ich. Der Großrichter und der Marschall auf den beiden Ecken.

Bei Tafel sprach der Kaiser fast nur mit mir, indessen auch mit der Fürstin. Ich setze hier die verschiedenen Dinge her, welche er mir sagte, und was ich ihm antwortete:

„Sie sind derselbe, den ich in Marienburg gesehen habe?"

„Ja, Sire, ich habe dort das Glück gehabt, Ew. Kaiserlichen Majestät aufzuwarten."

„Sie lieben das Reisen? Ich glaube, Sie kommen aus Rußland?"

„Ja, Sire, ich war dort im Sommer."

„Wie lange waren Sie in Petersburg?"

„Siebzehn Tage, Sire."

„Der Kaiser von Rußland liebt Sie sehr; es ist fast das Erste, wovon er mit mir gesprochen hat."

Eine tiefe Verbeugung.

„Sie haben Kinder?"

„Ja, Sire."

„Wie viele?"

„Zwei, Ew. Majestät."

„Der Sohn ist der Aelteste? wie alt ist er?"

„Sieben Jahre."

„Und Ihre Tochter?"

„Vier und einhalb, Ew. Majestät."

„Sie haben Ihre Frau recht jung verloren, wie alt war sie?"

„Neunzehn Jahre, Sire."

„Sie sterben alle recht jung, diese Prinzessinnen? Die Pfalzgräfin ist ja wohl im Wochenbett gestorben?"

Ich bejahte.

„Befindet sich die Prinzessin von Weimar wohl?"

„Ja, Sire."

Die Kaiserin sagte mir: „Sie thun wohl daran zu reisen; das wird Sie zerstreuen."

Ich erwiderte: „Es giebt Wunden, Madame, welche niemals heilen; vier Jahre sind seitdem vergangen, und ich fühle, daß mein Schmerz immer noch der gleiche ist.“

Der Kaiser frug nachher: „Wie alt ist Ihr Vater?“

„Zwei und fünfzig Jahre, Sire.“

„Aber dann ist er ja ein junger Fürst, ich glaubte ihn viel älter.“

„Wie viel Einwohner hat Schwerin?“

„Zehn Tausend, Sire.“

„Ihre Gestüte haben sehr gelitten; haben Sie einige von den Hengsten retten können!“

„Nein, Sire.“

„Sie sind also alle weggenommen worden?“

„Ja, Ew. Majestät.“

‚Wie viel Pferde verkaufen Sie im Jahre in Mecklenburg?“

„Etwa zweitausend“ (um doch etwas zu antworten).

„Ich glaubte, es seien viel mehr. Diese Pferde haben überall in Europa einen großen Ruf; alle Welt hat davon.“

„Gewiß, Sire, aber man bezeichnet als mecklenburgische Pferde oft solche, die es nicht sind.“

Der Kaiser antwortete lachend: „Das ist wie mit dem Champagnerwein, den man Euch in Hamburg fabricirt.“

„Sie haben also mit Herrn von Tolstoi jenen Vertrag abgeschlossen, wegen dessen ich Ihnen den Krieg erklärt habe?“

„Aber, Sire, man hat zwanzigtausend Mann gegenüber keinen Widerspruch. Uebrigens hat Ew. Kaiserliche Majestät dies alles zu vergessen geruht.“

Er antwortete lachend: „Aber ich spreche davon ja nur wie von einem mititairischen Factum. Ist der Friede geschlossen, so ist Alles vergessen. Aber Sie haben einen Vertrag unterzeichnet. Sie hätten besser gethan, nicht zu unterzeichnen.“

Ich erwiderte lächelnd: „Aber Ew. Majestät hat alles das vergessen, ich bin dessen gewiß.“ — Dies schien ihm zu gefallen.

„Hat denn der König von Preußen von Ihnen ein Contingent geforbert?“

„Nein, Sire, aber Lieferungen, die der Herzog beständig verweigert hat.“

Er frug nachher nach den Entfernungen von Schwerin nach Hamburg, Stralsund, Stettin, Berlin, welches ich denn der Wahrheit gemäß beantwortete.

„Ich besitze vortreffliche Karten von Mecklenburg“, sagte er; „ich habe sie genau studirt, als es sich darum handelte, die Corps des Generals Blücher und des Prinzen von Hohenlohe abzuschneiden. Wie kommt es, daß man so schöne Karten bei Ihnen angefertigt hat?“

„Sire, das war ein Unternehmen des Grafen Schmettau.“

Hier wandte er sich zu der Kaiserin und sagte zu ihr:

„Das ist derselbe, der in Weimar gestorben ist; er war einer von den Anstiftern des Krieges.“

„Friert denn die Ostsee bei Ihnen zu?“

„Nein, Sire.“

„Friert die Passage zwischen Rügen und Stralsund im Winter zu?“

„Ich glaube es nicht, obschon ich es nicht mit Bestimmtheit sagen kann.“

„Hat man Ihnen Ihre Kanonen weggenommen?“

„Ja, Sire, alle.“

„Waren sie gut?“

„Es gab gute darunter. In dem Augenblick, in dem man unsere Truppen entwaffnete, wurde Alles fortgeführt. Es ist zur Zeit nichts mehr davon vorhanden.“

„Es sind wohl nicht gerade Ihre Geschütze, die Sie am meisten bedauern?“

„Gewiß nicht, Sir, wir haben leider noch manches Andere zu beklagen.“

„Ist Rostock ein Platz, den man befestigen könnte?“

„Ich glaube, dies würde nicht viel nützen; wenigstens war dies die Meinung der Generale Ew. Majestät, die dort commandirten.“

„Man hat dort, glaube ich, Befestigungen aufgeworfen?“

„Jawohl, infolge Ew. Majestät Befehl.“

„Sie haben da in dem König von Schweden einen recht unruhigen Nachbar.“

„Wir haben es nur zu sehr empfunden.“

„Er hat sich Pommern sehr gegen meinen Wunsch nehmen lassen.“

„Haben Sie Beziehungen zum Hause Strelitz? Sein Land ist sehr viel kleiner als das Ihrige. Es hat, glaube ich, nur fünfzigtausend Einwohner.“

„Es macht ungefähr den sechsten Theil des Unserigen aus, Sire; aber wir gehören einer und derselben Familie an. Der erste Herzog von Strelitz war ein Prinz aus dem Schweriner Hause.“

„Ihre Linie ist also die ältere; wann hat die Trennung stattgefunden?“

„Im Jahre 1701. Wir haben aber immer eine enge Union und eine intime Freundschaft zu einander bewahrt. Der Herzog von Strelitz, Vater des Erbprinzen, welcher Ew. Majestät heute vorgestellt worden ist, ist ein Fürst von den allergrößten Vorzügen und sehr würdig des Wohlwollens, welches Ew. Majestät ihm zu bezeigen geruht haben.“

Nachher wandte sich der Kaiser zur ganzen Gesellschaft und sagte: „Die Engländer haben Kopenhagen geräumt und die Flotte geraubt; es ist das eine abscheuliche That, die sie mit Schande überhäuft. Der Kronprinz von Dänemark hat die Convention niemals ratificiren wollen. Wenn ich die Engländer bezahlt hätte, sie hätten mir nicht besser dienen können. Sie haben den Kaiser von Rußland gegen sich aufgebracht. Dänemark schließt ihnen jetzt die holsteinischen Häfen, denn sie werden sich erinnern, daß es sich früher weigerte, als ich den Blokadezustand anbefahl. — Es ist das ein abscheuliches Verfahren (horrible expédition), ganz zwecklos, nur um Böses zu thun, und sehr unpolitisch.“

Nach der Tafel blieb man im Audienzzimmer der Kaiserin versammelt, wo der Kaiser lange sprach und sehr heiter war.

Der Cardinal Fesch kam herein, bald darauf die Großherzogin und der Großherzog von Berg, der Fürst-Primas, der Großherzog von Würzburg, verschiedene Marschälle, auch der Erbprinz von Strelitz, welchen der Kaiser viel nach seiner ganzen Familie fragte.

Er kam auch einmal zu mir und frug mich nochmals: „Wie viel Tage waren Sie in St. Petersburg?“

„Siebzehn Tage, Sire.“

„Wo haben Sie gewohnt?“

„Im Winterpalais.“

„Ist es ein schönes Palais?“

„Ja, Sire, aber ich finde es nicht so schön, wie die Paläste, die man in Frankreich sieht. Im Allgemeinen ist es nur hier, wo man so viele Meisterwerke vereinigt findet.“

„Petersburg ist eine schöne Stadt, aber wohl nicht sehr bevölkert?“

„Sie scheint es vielleicht weniger zu sein wegen der außerordentlichen Breite der Straßen.“

Bald darauf ging es ins Concert. Gegenüber dem Kaiser war das Orchester, welches aus sieben Personen bestand. Es ward nichts als Vocalmusik gemacht. Es sangen die Damen Grassini und Pas, die Herren Brizzi und Crescentini. Der Kaiser und die Kaiserin hatten Fauteuils, die übrigen Herrschaften chaises à dos. Zu letzteren gehörte auch der Prinz Le Brun. In zwei langen Reihen auf beiden Seiten standen Tabouret's, auf welchen die vielen anwesenden Damen saßen. Der Herzog von Coburg und wir Andern standen mit den übrigen Herren hinten herum.

Nach dem Concert ging es in ein anderes großes Appartement, wo Ihre Majestäten Cercle hielten. Darauf setzte sich die Kaiserin zum Spiel. Ganz allein in diesem Zimmer stand ihr Spieltisch. Alle Anderen spielten im Nebenzimmer, auf Tabouret's sitzend, nur die Königin von Holland hatte einen Stuhl mit einer Lehne.

Ich spielte mit der Großherzogin von Berg, dem Großherzog von Würzburg und Madame d'Aremberg, ehemals Herzogin, Mutter des jetzigen Herzogs.

Der Kaiser ging herum und sprach; er retirirte sich nachher. Nach aufgehobenem Spiel sprach die Kaiserin noch sehr lange mit mir, wie sehr sie meine Traurigkeit über den Verlust meiner Frau rührte, lange von meinen Kindern. Ueberhaupt ist es nicht möglich, liebenswürdigere Dinge zu sagen, wie sie es thut. Sie invitirte mich auf morgen Mittag, einigen physikalischen Experimenten*) in ihren Zimmern beizuwohnen, desgleichen den Erbprinzen von Strelitz. Nach 11 Uhr retirirte sich die Kaiserin.

Da ich gehört hatte, daß morgen Messe sei, so frug ich den Herrn von Ségur, ob ich hinkommen dürfte. Er sagte, daß es von mir abhinge, ließ mich aber fein und höflich merken, daß ich mich nicht wohl an meiner Stelle befinden würde. Da ich nur Erbprinz sei, so könnte ich nicht die Entreen haben, müssen also in der Galerie bleiben, wo der Kaiser nur flüchtig durchgehe. Er rieth mir, den Sonntag abzuwarten, wo es voller sein würde. „Sobald der Kaiser Ew. Hoheit die Entreen gegeben hat, wird das anders sein,“ sagte er ein paarmal, „aber Sie werden besondere Einladungen erhalten; wir haben hier Schauspiel, Jagden, Concerte “

* * *

„Den 2. November. — Der General Knobelsdorf ist heute nach Paris gegangen und wird in einigen Tagen seine Rückreise antreten. Herr von Brockhusen bleibt als preußischer Gesandter hier. Unendlich traurig ist die Lage des Königs von Preußen. Nach vielem Handeln ist endlich die Summe

*) Es waren dies vermuthlich Vorträge Biot's über den erst kürzlich entdeckten Galvanismus.

von 140 Millionen Livr. Contribution in 112 verwandelt worden. Indessen ehe diese nicht bezahlt worden, ist nicht ans Räumen der preußischen Lande zu denken. Französischerseits hat man sich zur Räumung unter folgenden Bedingungen erboten: siebzehn Millionen gleich baar, für vierzig Millionen Domänen verpfändet und bis zum Abtrag der übrigen die Festungen Stettin, Graudenz, Kolberg und Küstrin sowie Glogau fortwährend zu besetzen, wenn ich nicht irre Stettin, und noch einige andere, jede mit achttausend Mann. Die preußischerseits niedergesetzte Commission hat natürlich darauf nicht eingehen können. Die Lage der Dinge ist also fortwährend gleich unglücklich. Man hofft jetzt nur noch auf die Verwendung von Rußland.

Man versichert bestimmt, daß der Fürst von Benevent in wenigen Tagen zum Chancelier de Cour et d'État ernannt werden und die Leitung aller oberen, auswärtigen Verhältnisse erhalten wird. Herr von Champagny würde alsdann nur für die Details sein."

* * *

„Den 3. November. — Heute Mittag hatte Herr von Bosset die in meinem unterthänigsten Bericht gemeldete Conferenz mit dem Minister Champagny, welche aber nicht mit unseren Wünschen übereinstimmt. Der Minister gab dem Herrn von Bosset das Project zu der Accessionsacte zum Rheinbunde, welche wörtlich so, wie die aller Uebrigen abgefaßt und worin bestimmt war, daß der Herzog von Mecklenburg-Schwerin auf der Fürstenbank seinen Platz nehmen würde. Das Contingent war bestimmt zu zweitausend Mann Infanterie, fünfhundert Mann Cavallerie und zweihundert Mann Artillerie, welches nach dem einmal angenommenen Princip, von einhundertfünfzig Menschen einen zu stellen, für Mecklenburg sehr hoch ist, weil man stets drei Mann auf einen Cavalleristen rechnet. Zusammen also würde es auf diese Art 3700 Mann ausmachen.

Herr von Bosset war nicht wenig betreten und erstaunt über diese Propositionen und versicherte dem Minister, wie mein gnädigster Vater von der Gerechtigkeit des Kaisers ganz etwas Anderes erwartet hätte, und wie unendlich hart es sein würde, wenn das Haus Mecklenburg auf einmal hinter alle Häuser gesetzt werden würde. Er frug den Minister: ob denn Se. Majestät keine Kenntniß von der ihm übergebenen Note genommen hätten? „Ich weiß es nicht," war die Antwort, welche schließen ließ, daß Se. Excellenz vielleicht selbst der Note keinen Blick gegönnt hatten. Herr von Bosset äußerte: wie er nicht glauben könne, daß der Kaiser, welcher selber dem Herzoge den Kurhut zugedacht hätte, anjetzt denselben so weit hintenan setzen würde. „Wie? Der Kaiser hat dem Herzog die Kurwürde gewähren wollen?" erwiderte der Minister, „ich wußte es nicht." Eine seltene Unbekanntschaft mit den Begebenheiten der letzten Zeiten. Er sagte noch: „Es hat nicht von mir abgehangen, anders zu handeln. Ich hatte in den Vertragsentwurf die beiden Alternativen eingetragen: auf der Bank der Könige oder auf der Fürstenbank. Der Kaiser hat die erstere durchstrichen." Herr von Bosset erwiderte, daß er nichts thun könnte, als darüber zu berichten und vorläufig es mir anzuzeigen, welcher ich anwesend und mit der Vollmacht und dem Zutrauen meines gnädigsten Vaters beehrt sei. Als er frug, ob nicht eine Aenderung möglich sei, meinte der Minister, daß ich eine Audienz beim Kaiser fordern und dort meine Gegenvorstellung anbringen möge.

Im ersten Augenblick erschien mir alles dieses in keinem heiteren Lichte, jedoch bei näherem Nachdenken fand ich, daß es vielleicht nur mit Fleiß so angestellt sei, um nach der Ankunft des russischen Gesandten, welcher morgen hier eintrifft, etwas Mehreres thun zu können und sich dem Kaiser von Rußland gefällig zu bezeigen.

Ich glaubte, am besten zu thun und meines gnädigsten Vaters Beifall nicht zu verfehlen, wenn ich, ehe ich irgend zu einem Schritte mich entschlösse, erst den Fürsten-Primas um Rath fragte. Ich fuhr sogleich zu Sr. Hoheit, welcher mich mit seiner gewohnten Güte aufnahm und unsern Wunsch, auf die Bank der Großherzoge gesetzt zu werden, nicht mehr als billig und gerecht fand. Nachdem wir lange über diese Sachen geredet hatten, gab er mir den Rath, nichts zu thun, ehe ich den russischen Gesandten gesprochen hätte, weil seine Verwendung von großer Wirkung sein würde. Dann möchte ich mit dem Fürsten von Benevent reden, ihm eine Abschrift der Bosset'schen Note zustellen und, wenn es dann nöthig werden würde, eine Audienz beim Kaiser begehren. Das Contingent fand er auch zu hoch angesetzt, meinte aber, daß nur in Kriegszeiten dasselbe effectiv zu halten nöthig sei; wenigstens mache er es so. Heute Abend auf dem Balle bei der Königin von Holland sagte er mir noch, wie er die Königin von Westphalen (welche wirklich meine recht gute Freundin ist) gebeten habe, mit dem Kaiser davon zu reden; auch habe er seinem Gesandten, dem Grafen Beust befohlen, allenthalben zu sagen, wie sehr es seine Meinung und sein Wunsch sei, daß uns unsere Stelle auf der königlichen Bank angewiesen werde. Die Königin von Westphalen hat mir bestimmt versichert, daß die Ankunft des russischen Gesandten von der größten Wichtigkeit sein würde, indem der Kaiser ihrem Gemahl, dem Könige, welcher schon vor drei Wochen habe abreisen wollen, befohlen habe, bis zu dessen Ankunft zu bleiben, indem erst dann die deutschen Angelegenheiten definitiv beendigt werden würden.

Heute Abend auf dem Balle kam der erste Kammerherr des Kaisers, Herr von Remusat, zu mir und dem Erbprinzen von Strelitz, um uns anzuzeigen, daß Se. Majestät der Kaiser uns die Entreen verliehen habe, daß wir also das Recht hätten, bei den Levers und Couchers Sr. Majestät zu erscheinen und von morgen an Gebrauch davon machen könnten.

Die Kaiserin sagte mir die gnädigsten Dinge: wie der Kaiser sich in den schmeichelhaftesten Ausdrücken über mich geäußert habe, wie sie beide wünschten, daß ich hier in Fontainebleau bleiben möchte; wie sie nur fürchteten, daß ich zu schlecht logirt sei; daß, wenn ich Bücher zu haben wünschte, ich nur welche aus ihrer Bibliothek nehmen sollte; daß es bei mir stände, alle Morgen von zwölf bis drei Uhr zu kommen. Sie selber würde sich immer freuen, wenn sie Gelegenheit hätte, etwas thun zu können, was unserm Lande nützlich und mir persönlich angenehm sein würde." —

* * *

Der Erbprinz konnte mit der Aufnahme, die er am französischen Hofe gefunden, zufrieden sein. Die fürstlichen Damen bezeigten ihm ein Wohlwollen, welches ebenso sehr ihrer Theilnahme an seinem Schicksal als dem Eindruck entsprang, den seine einnehmende Erscheinung, sein gewandtes und dabei freimüthiges Wesen hervorriefen. Der jugendliche

Wittwer war augenscheinlich interessant. Er seinerseits bemerkte bald, daß hinter dem Glanz und Schimmer, der die fürstlichen Frauen umgab, Kummer und Herzeleid verborgen waren. Zwar konnte er nicht ahnen, welch' schwere Sorge auf dem Herzen Josephine's lastete, der Fouché erst kürzlich noch in Fontainebleau das Ansinnen gestellt hatte, sich freiwillig von Napoleon zu trennen, um ihm durch eine zweite Ehe die Möglichkeit einer Vererbung des Thrones auf directe Nachkommen zu gewähren. Mit Unwillen hatte die Kaiserin die Zumuthung des intriganten Polizeiministers verworfen, der übrigens nicht, wie sie Anfangs glaubte, im Auftrag Napoleon's gehandelt hatte und von ihm aufs Entschiedenste desavouirt wurde. Aber die Besorgniß, daß früher oder später doch einmal dies Opfer von ihr verlangt werden würde, lastete unaufhörlich auf der Seele der geängstigten Frau und verrieth sich gelegentlich in einer tiefen Melancholie, welche sie ihrer Umgebung vergeblich zu verbergen bemüht war.

Ihre Tochter, die anmuthige und liebenswürdige Königin Hortense, war noch tief gebeugt durch den vor einigen Monaten, im Mai 1807 erfolgten Tod ihres ältesten Knaben, des sechsjährigen Prinzen Louis Napoléon Charles. Dieser Verlust hatte die beiden Ehegatten, welche sich nicht aus Neigung die Hand gereicht, einander näher gebracht. Sie waren bis zum September in einem Pyrenäenbad gewesen, hatten Südfrankreich bereist und sich erst kurz vor Eintreffen des Erbprinzen an das kaiserliche Hoflager begeben, von wo der König allein nach dem Haag zurückgekehrt war. Königin Hortense beabsichtigte, den Winter in Paris zu verbringen, theils weil sie das holländische Klima für die zarte Gesundheit ihres zweiten, nunmehr einzigen Sohnes für schädlich hielt, theils weil sie in der Nähe ihrer Mutter ihre Niederkunft abwarten wollte. Das Kind, dem sie am 20. April 1808 das Leben gab, war wieder ein Sohn, ward Charles Louis Napoléon getauft und sollte dereinst als Kaiser den Thron Frankreichs besteigen.

Friedrich Ludwig fühlte sich von der jungen, vierundzwanzigjährigen Königin sehr angezogen und kam im Laufe des Winters noch viel mit ihr zusammen. Wenn er sie in seinem Bericht als „nicht gerade hübsch" bezeichnet, so mögen ihr damaliger Zustand und die Nachwirkung der seelischen Leiden nach dem Tod des Kindes die sonst so reizenden Züge ihres Gesichts vertieft haben. Sonst stimmen alle Memoirenwerke

jener Zeit in dem Lobe ihrer äußeren Erscheinung überein. Sie preisen ihre volle und doch zierliche Gestalt, ihre madonnenhaften Augen, den blendenden Teint und das reiche, blonde Haar, das ihr nach damaliger Sitte frei in Locken über die Schultern fiel. Ebenso anmuthig und, damals wenigstens ebenso unglücklich war die gleichfalls in Fontainebleau anwesende Königin von Westphalen. Sie stand mit Königin Hortense in gleichem Alter und hatte erst kürzlich, am 23. August, dem um zwei Jahre jüngeren Jérome widerstrebend die Hand gereicht. Ihr Vater, König Friedrich von Württemberg, hatte, gefügig gegen jeden Wunsch Napoleon's, diese Verbindung erzwungen, und die junge Prinzessin schweren Herzens der Staatsraison das Opfer gebracht. Allein das Schicksal fügte es, daß der leichtsinnige und sonst so wenig achtungswerthe Jérome bald die Neigung seiner Gattin gewann, und als nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der ihm affiliirten Dynastien König Friedrich von seiner Tochter die Scheidung verlangte, wies dieselbe die wiederholten, darauf gerichteten Zumuthungen zurück, erklärte hochherzig, ihren Gatten, dessen glanzvolle Zeit sie getheilt, nun im Unglück nicht verlassen zu können und folgte ihm ins Exil. In dieser Wandlung der Empfindungen glich ihr Schicksal dem der Prinzessin Auguste von Bayern, welche die Ehe mit Eugen Beauharnais, dem Vicekönig von Italien, gleichfalls gegen ihren Willen hatte eingehen müssen und dennoch in derselben ihr Glück fand.

Die hier genannten Fürstinnen bildeten den Mittelpunkt des glänzenden Kreises, der sich in Fontainebleau versammelt hatte und der durch das unabläßige Zuströmen fürstlicher und vornehmer Fremden, litterarischer oder künstlerischer Berühmtheiten und geladener Gäste sich in anregender Weise erneuerte. Kaiserin Josephine entfaltete bei den Festen, die sie veranstaltete, einen Luxus, der dem Kaiser oft zu weit ging. Denn bei aller Prachtliebe war er doch ökonomisch. So rühmte er sich, daß die Hofjagden, die hier abgehalten wurden, bei Weitem nicht so viel kosteten, als zur bourbonischen Zeit. Der Etat des Hofjagddepartements habe unter Ludwig XVI. vier Millionen betragen, während er jetzt unter ihm höchstens ca. eine halbe Million ausmache. Allerdings war die kostspielige Falknerei abgeschafft. Die Jagden in Fontainebleau, an welchen auch der Erbprinz theilnahm, bestanden in Hetzen auf Hirsche und Sauen mit chiens courants und Treibjagden,

bei welchen das Jagdrevier mit Netzen abgestellt war. Das Frühstück wurde im Wald unter einem prachtvollen Zelt eingenommen. Die Damen der kaiserlichen Familie und des Hofes erschienen zu demselben, folgten auch der Jagd in Kaleschen.

Nachdem der russische Botschafter, Graf Tolstoi, am 6. November seine Antrittsaudienz gehabt hatte, suchte der Erbprinz ihn auf und theilte ihm die Zusicherungen mit, welche er vor einigen Monaten in Petersburg mündlich vom Zaren erhalten. Der Botschafter erklärte, daß ihm dies Alles bekannt sei, stellte auch bereitwillig seine Dienste zur Unterstützung der mecklenburgischen Wünsche zur Verfügung, rieth aber dem Erbprinzen, sich mit seinem Vortrag direct an den Kaiser zu wenden und zunächst in generellen Ausdrücken seine Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Rheinbund zu erkennen zu geben.

Friedrich Ludwig folgte diesem Rath. Gleich am nächsten Tage beim Lever blieb er, nachdem die andern Anwesenden das Zimmer verlassen hatten, zurück, näherte sich dem Kaiser und sprach sich im obigen Sinne aus. Zugleich empfahl er auch die Interessen des Strelitzer Hauses, welches eine ähnliche Erklärung abgeben werde. Napoleon nahm diese Mittheilungen wohlwollend auf und bemerkte am Schluß: „Sobald unser Bündniß feststeht, werde ich seine Bedingungen gewissenhaft halten.“

Der Erbprinz begab sich nun zu Graf Tolstoi, der von dem Ergebniß der Unterredung befriedigt schien und seine Verwendung aufs Neue zusagte. Nur könne er vorläufig noch nichts thun, indem der Fürst von Benevent sich weigere, von Geschäften zu reden unter dem Hinweise, daß die auswärtigen Angelegenheiten ihn nichts mehr angingen. Dies war richtig. Herr von Talleyrand hatte kurz nach der Rückkehr Napoleon's nach Paris seine Entlassung als Minister des Auswärtigen erbeten und erhalten. Um ihn aber in seine Nähe zu fesseln, hatte der Kaiser theils aus Mißtrauen, theils weil er des gelegentlichen Raths des gewandten Staatsmanns nicht entbehren wollte, die Würde eines vice grand-électeur für ihn creirt. Der Fürst von Neufchâtel wurde gleichzeitig zum Vice-Connetable ernannt. Es waren dies angesehene und sehr einträgliche Sinecuren, doch zwangen sie ihre Inhaber, häufig bei Hof zu erscheinen. Talleyrand spricht sich in seinen Memoiren sehr offen dahin aus, daß das Motiv dieser Anstellung hauptsächlich Argwohn des

Kaisers gewesen sei. Herr von Champagny übernahm in jenen Tagen definitiv das Ministerium des Auswärtigen, welches er in den letzten Wochen schon provisorisch geführt hatte.

Den 7. November. — Heute Abend bin ich endlich dazu gekommen, mit dem Fürsten von Neufchâtel zu reden und ihm über die Abberufung des Generals Laval und die übrigen Wünsche, welche vor sein Departement gehören, zu sprechen. Er war sehr freundschaftlich und bat mich, die Hauptpunkte aufzusetzen und sie ihm morgen Mittag durch den Minister Brandenstein zu schicken, welchen er zu Tische bat, um mit ihm ausführlich zu reden.

Ich habe bloß mit ein paar Worten die Sache angedeutet und werde demnächst den Bericht des Herrn von Brandenstein über die gehabte Unterredung beischließen.

Der Prinz Jérôme (doch dieses ist zur Zeit noch ein großes Geheimniß) hat heute Abend den Befehl erhalten, morgen nach Cherbourg abzureisen, man sagt zu einer besonderen Commission. Am künftigen Dienstag wird er wiederkommen und, sowie der Hof nach Paris geht, am Ende der Woche auf zehn Tage nach Stuttgart und dann nach Cassel gehen."

„Den 8. November. — Ich bin so glücklich, meinem gnädigsten Vater versichern zu können, daß Se. Majestät der Kaiser mich fortdauernd mit vieler Gnade behandelt. Gegen den Fürsten-Primas sind Se. Majestät auch so gnädig gewesen, sich vortheilhaft über mich zu äußern.

Für heute kann ich die angenehme Nachricht mittheilen, daß in sehr Kurzem der Bewohner meines Hauses in Schwerin, General Laval, dasselbe und die dortigen Gegenden verlassen wird."

Der Erbprinz schloß dies aus der günstigen Aufnahme, welche der Vortrag des Ministers Brandenstein beim Fürsten von Neufchâtel gefunden. Letzterer hatte versprochen, die vom Erbprinzen aufgesetzte Note dem Kaiser zu übergeben. Er hatte sich eingehend über das Verhalten Laval's und dessen Adjutanten Desmouzay in Schwerin erkundigt, ob man über sie zu klagen habe, wie viel der General vom Lande beziehe u. s. w. Brandenstein hatte erwidert, General Laval habe als Gouverneur monatlich dreihundert Pistolen Tafelgelder erhalten, welche man ihm auch nach der Rückkehr des Herzogs aus Höflichkeit lassen zu müssen geglaubt habe. Zu Klagen sei sonst kein Anlaß, die Abberufung des Generals aber sehr erwünscht, weil seinetwegen in Schwerin noch eine französische Besatzung liege. Auf die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Lande war der Marschall nicht eingegangen, auch einer Erörterung über die Frage der Entschädigung für Naturallieferungen ausgewichen. Obwohl nach Artikel XII. des Tilsiter Friedens in Mecklenburg nur die Seehäfen französische Besatzung behalten sollten,

befanden sich noch überall französische Garnisonen im Lande; außerdem litt dasselbe ungemein durch die fortgesetzten Durchmärsche, welche der Krieg mit Schweden und die Besetzung Pommerns veranlaßten. Die Bemühungen des Erbprinzen, dem Artikel XII. Geltung zu verschaffen, stießen, wie wir weiter unten sehen werden, fortgesetzt auf Schwierigkeiten.

Zunächst boten diese sich auch auf dem Boden der Vertragsunterhandlungen. So freundlich sich der Kaiser gegen den deutschen Prinzen gezeigt, so bemerkte dieser doch sehr bald, daß die Minister und Marschälle eine kühle Zurückhaltung bewahrten, sobald es sich um geschäftliche Abmachungen handelte. Sie verschanzten sich dann hinter allgemeine Instructionen, nahmen Alles ad referendum und vertrösteten auf Entscheidungen des Kaisers, die lange auf sich warten ließen und ohne neue Demarche gewöhnlich nicht zu erlangen waren. Herr von Champagny namentlich war in solcher dilatorischen Behandlung äußerst geschickt. Der Erbprinz, der in den ersten Tagen noch gehofft hatte, seine Mission in Kürze erledigen zu können, fühlte bald, daß er ohne kräftige Unterstützung nicht so rasch weiter kommen werde. Er erbat sich diese daher aufs Neue von dem Zaren, schrieb auch an dessen Minister des Auswärtigen, den Grafen Romanzoff, der kurz zuvor auf Baron Budberg gefolgt war, und hatte eine längere Unterredung mit Herrn von Talleyrand. Der Prinz berichtet darüber am 11. November:

„Der Fürst hörte mich sehr ruhig und freundlich an und bat, ich möge ihm erlauben, seine Ansicht ganz offen zu äußern, wie Jemand, der mein Freund und meinem Interesse zugethan sei. Er habe stets gesucht, unser mecklenburgisches Interesse innigst an das russische zu knüpfen, sehr überzeugt, daß, wenn einmal mit dieser Macht negotiirt würde, unser Schicksal sich wenden müsse. Dieses sei nun auch der Fall gewesen. Man betrachte mich hier wie einen point de contact mit Rußland. Alles also, was man für uns thue, sei bis jetzt um Rußlands willen geschehen, und so würde es auch nur in der Folge sein, da man nichts mehr erwünschte, als demselben gefällig zu sein. Einen Theil dieses Wohlwollens könne ich anjetzt meiner Persönlichkeit zuschreiben. Da der Kaiser mich kennen und schätzen gelernt habe, so würde er auch aus diesem Grunde gerne etwas thun. Das große Einverständniß mit Rußland würde machen, daß ich Alles erhalten würde, was ich wünschte. „Sie haben nun hier einen Gesandten; der russische Botschafter ist auch Gesandter Mecklenburgs," setzte er hinzu. Hierauf sagte er mir, daß gleich bei der Reintegration meines gnädigsten Vaters des Kaisers Wille gewesen sei, daß Mecklenburg gänzlich von den Truppen evacuirt werden sollte. Zu gleicher Zeit rieth er mir, uns nicht zu schwach zu schildern, weil dies oft die Achtung verminderc, auch nicht von dem Nutzen zu reden, von welchem wir der Conföderation sein würden. „Denn im

Grunde sind Sie uns von gar keinem Nutzen, so wenig wie der ganze Rheinbund. Wir legen nur insofern Werth darauf, als er dazu dient, die öffentliche Meinung auf einen Mittelpunkt zu lenken. Geben Sie Ihr Memoire dem russischen Botschafter, damit er es selbst vorlegt. Thun Sie es lieber heut als morgen, lieber morgen, als in drei Tagen." Er sagte alles dieses auf die höflichste und artigste Weise.

Ich ergreife diese Gelegenheit zu berichten, wie außerordentlich geschätzt und geliebt der Oberhofmeister von Lützow hier ist. Der Fürst von Benevent und die meisten französischen Minister haben mit vieler Wärme nach ihm gefragt und mir versichert, wie sehr er ihr Zutrauen und ihre Achtung besäße, mit welcher Treue und welchem Eifer er sich in Warschau dem Dienste seines Herrn gewidmet hätte. Fast scheint es mir, als wenn man hier verwundert, ja selbst ein wenig empfindlich darüber gewesen ist, daß die Wahl eines Gesandten nicht auf ihn gefallen ist.

Plötzlich ist entschieden worden, daß Se. Majestät der Kaiser von hier auf einige Wochen nach Italien geht. Länger wird aber die Abwesenheit nicht dauern. Niemand auf der Welt kann dieses mehr wünschen, wie ich, weil ich bezweifle, daß vor der Abreise des Kaisers in unseren Angelegenheiten eine Entscheidung stattfinden wird."

* * *

„Den 12. November. — Ich habe heute Mittag halb drei Uhr meine Conferenz mit dem Herrn von Champagny gehalt. Um nicht zu weitläufig zu werden, bat ich ihn um Erlaubniß, ihm mein Memoire vorlesen zu dürfen. Er erwiderte, daß er gewohnt sei, es selbst zu thun, welches denn auch gleich der Fall war. Wie er bis zu dem Artikel gekommen war wegen Abminderung des Contingents, hielt er ein und sagte: „Gestatten Sie mir, Ihnen zu bemerken, daß Sie da zwei Anträge stellen, die sich widersprechen. Sie wollen Großherzog werden, und Sie wollen dabei weniger Truppen stellen, als viele andere in dem Fürstencollegium. Das wird dem Kaiser die Sache erschweren." Ich führte mit einigen Details an, was Mecklenburg gelitten habe und durch die starke Einquartirung noch leide. Er kam aber immer wieder darauf zurück, wie schwierig es sein würde, diesen Punkt zu bewilligen. Ich sagte zuletzt, daß dieses nur ein Wunsch unsererseits sei, daß natürlich Alles von der Entscheidung Sr. Majestät abhängen würde, daß es sich vielleicht ermöglichen lasse, wenn der Kaiser die Gnade hätte, Mecklenburg gänzlich von den französischen Truppen zu evacuiren. So lange wie die da wären, sei es ganz unmöglich, die geforderten Truppen zu stellen. Jeder Tag kostet an fünf tausend Thaler, und die Mittel zum eigenen Bedarf des herzoglichen Hauses fehlten in diesem Augenblicke. Ich sprach auch von den nach Pommern gemachten Lieferungen und von der Hoffnung, die man uns eröffnet hätte, daß solche von der Hamburger Contribution bezahlt werden sollten.

Das Ende unseres Gesprächs war, daß er mein Memoire dem Kaiser zu lesen geben würde. Er bemerkte aber dabei: „Alles das ist eigentlich weniger Gegenstand einer Unterhandlung als des persönlichen Wohlwollens des Kaisers." Die Annahme eines Gegenprojects lehnte er zunächst ab. —"

Auch der russische Botschafter, der die mecklenburgischen Wünsche bei dem Minister unterstützte, fand diesen sehr kühl. Champagny

hatte sehr wohl bemerkt, daß ausdrückliche Instructionen des Zaren für diesen Fall nicht oder noch nicht ertheilt waren.

„Unser Schicksal," schrieb der Prinz, „liegt ganz in den Händen Rußlands, und wenn ich auch überzeugt bin, daß solches sich unserer kräftig annehmen wird, so werden doch immerhin noch Wochen bis zur Rückkunft des vorgestern abgesandten Couriers verstreichen, und wird dadurch mein Aufenthalt leider verlängert werden.

Heute Morgen beim Lever erinnerte ich den Herzog von Neufchâtel an meine Note wegen Rückziehung der Truppen. Er sagte, er sei vier Tage in Paris gewesen, werde aber dem Kaiser jetzt Vortrag halten. Er fügte hinzu, er fühle ganz unsere Lage und, als ich ihm bemerkte, daß die bevorstehende Abreise des Kaisers mich eine vorherige Entscheidung wünschen ließe, versprach er dahin zu wirken. Da die Abreise immer erst in dem Augenblicke bekannt wird, in dem sie stattfindet, und es nachher bei Aufbruch des ganzen Hofes schwer sein könnte, Pferde zu bekommen, so habe ich meine Herren, mit Ausnahme von Bosset, nach Paris vorausgeschickt.

Heute Abend hat mir die Kaiserin gesagt, daß die Abreise des Kaisers noch einige Tage aufgeschoben sei, daß ich doch so lange noch hier in Fontainebleau bleiben möchte. Sie setzte noch unendlich viel Gnädiges, und ich darf sagen, Freundschaftliches hinzu, wie sehr der Kaiser mir gewogen sei, sprach mir auch von meinen Angelegenheiten, wollte mit dem Kaiser davon reden, wenn ich ihr sagen wollte, was wir wünschten, und gab mir guten Rath, was ich Gelegenheit nehmen sollte, dem Kaiser zu sagen. Ich habe gesucht, diese Conversation fallen zu lassen, da ich gute Gründe habe, in politische Angelegenheiten die Damen nicht zu verwickeln."

Dieses Mal hatte aber der Erbprinz doch den Werth weiblichen Einflusses unterschätzt, denn gerade durch diesen nahm seine Angelegenheit eine günstige Wendung. Einige Tage später, am 16. November, konnte er seinem Vater melden, daß der Kaiser ein Decret unterzeichnet habe, nach welchem alle französischen Truppen Mecklenburg verlassen sollten, und nur ein Bataillon zur Besetzung Wismars und Rostocks zu verbleiben habe; auch der General Laval habe seinen Rappell bekommen.

„Diese Nachricht macht mir eine unaussprechliche Freude. Wir haben dies der Verwendung Ihrer Majestät der Kaiserin zu danken. Sie ist so gnädig gewesen, dem Kaiser eine Abschrift der kleinen Note zu zeigen, welche ich dem Fürsten von Neufchâtel eingehändigt hatte und ihm einige Details über die traurige Lage meines Vaterlandes und der so ausgezeichneten Anhänglichkeit seiner Bewohner gegen meinen gnädigsten Vater mitzutheilen. Der Kaiser ist sehr frappirt über dasjenige gewesen, was er erfahren hat, und die Kaiserin glaubt überzeugt zu sein, daß der Kaiser nicht von unserer Lage unterrichtet gewesen ist. Er hat sogleich der Kaiserin aufgetragen, mir das Obenangeführte zu sagen und hat dann den Fürsten von Neufchâtel kommen lassen, ihm die nöthigen Befehle zu ertheilen. Gestern Abend hat der Kaiser das Decret unter-

schrieben und ist heute Morgen 5 Uhr abgereist, wie man sagt nach Mailand. Einigen Nachrichten zu Folge dürfte die Abwesenheit nur zwanzig Tage, nach anderen sechs bis acht Wochen dauern. Bis zur Zurückkunft Sr. Majestät werden unsere anderen Angelegenheiten nun wohl ruhen, indessen weiß ich durch den Fürsten von Benevent, daß Se. Majestät mein an Herrn von Champagny gerichtetes Memoire erhalten haben. Es thut mir nur leid, daß mein Aufenthalt durch die Abwesenheit des Kaisers verlängert, mithin kostbarer werden wird. Ich werde sicher jede unnütze Ausgabe vermeiden oder wenigstens doch so sehr wie möglich einschränken."

Nachdem Napoleon in Begleitung Berthier's, Duroc's und Champagny's abgereist war, übersiedelte der Hof nach den Tuilerien, und Friedrich Ludwig bezog seine Pariser Wohnung. Er wurde nun in den Strudel eines großstädtischen Lebens gerissen, das durch die Bedeutung, welche Paris damals zufiel, in seiner Art einzig dastand. Die neuen Eindrücke, die es gewährte, stachen wesentlich ab von denjenigen, die er einst am Hofe Kaiser Paul's gewonnen. Wir benutzen die Unterbrechung in den diplomatischen Verhandlungen, welche durch des Kaisers zeitweilige Abwesenheit veranlaßt wurde, dazu, die Mittheilungen des Erbprinzen über das gesellschaftliche Leben hier zu einem Bilde zu vereinigen. Die in seinen Berichten verstreut vorkommenden Einzelheiten würden in ihrer aphoristischen Form den Leser ermüden und mögen daher hier in Kürze zusammengefaßt werden.

An Anregung der mannigfachsten Art fehlte es nicht. Dem deutschen Prinzen, der von dem Kaiserpaar auf so augenfällige Weise ausgezeichnet wurde, standen natürlich alle Salons offen. Paris war nicht nur der Mittelpunkt der europäischen Politik, es war auch der Sammelplatz aller wissenschaftlichen und künstlerischen Berühmtheiten, das Depôt der Sammlungen und seltenen Kunstschätze, welche der Eroberer aus den verschiedenen Theilen Europas hierher geschleppt hatte. Der Erbprinz hatte ein reges Interesse für die bildende Kunst und durchwanderte oft mit seinen Herren die Säle der Galerien. Freilich überkam ihn ein Gefühl der Bitterkeit, wenn er unter den Gemälden „die wohlbekannten Freunde aus Ludwigslust" antraf. Allein bei dem raschen Wechsel der Eindrücke konnten solche Stimmungen nicht lange haften.

Die gesellschaftliche Saison war im Winter 1807/8 besonders glänzend. In Fontainebleau hatte Friedrich Ludwig nur den französischen Hof kennen gelernt; jetzt erschlossen sich ihm auch die Kreise der aristokratischen und officiellen, der Finanz- und Lebewelt. Die

Empfänge in den Tuilerien waren zahlreich und boten oft ein seltsames Gemisch von Gästen. Fremde Fürsten, vornehme Touristen, auswärtige Gelehrte und Künstler, daneben auch Speculanten und Abenteurer drängten sich heran. Nicht minder auffallend war die Mischung der gesellschaftlichen Gruppen in den verschiedenen Salons der Hauptstadt, die sich allabendlich den Gästen öffneten. Auch dort sah man, wie am Hofe, neben den Marschällen, Ministern und Diplomaten bereits wieder die Träger altaristokratischer Namen, neben den neuen Herzögen und Baronen auch die Grafen und Marquis des ancien régime. Nur der Clerus, der in der Pariser Gesellschaft einst eine so große Rolle gespielt, hatte das Terrain noch nicht zurückerobert; die „Calottiers" blieben unter dem Kaiserreich ebenso unbeliebt, wie sie es unter dem Directoire gewesen. Herrschte auch in den Salons der Metropole nicht mehr jener Ton der Anmuth und Ungezwungenheit, welcher vormals der Welt als das Muster heiterer Geselligkeit gegolten; lag auch in diesem Zusammentreffen heterogener, sich mißtrauisch beobachtender Elemente etwas Erzwungenes, Gekünsteltes, so fanden doch Neugier und Schaulust in der Pracht der Räume, in dem Glanz der Toiletten und Uniformen volle Befriedigung. Die neuen Marquisen hatten ebenso schöne Diamanten wie die alten und oft noch schönere Augen. Bei den Empfangstagen der Großwürdenträger und Ambassadeurs waren die Säle so gefüllt, daß man sich nur mühsam durchdrängen konnte. Die Meisten verließen ihren in der langsam vorrückenden Reihe haltenden Wagen gewöhnlich hundert Schritt vor dem Hôtel, begaben sich zu Fuß dorthin, begrüßten die Dame des Hauses, verweilten zehn Minuten in der Gesellschaft und trafen dann wieder im Vestibül gerade rechtzeitig ein, um den nun vorfahrenden Wagen wieder zu besteigen und nach einem andern Hôtel zu fahren, wo sich der Vorgang wiederholte. In allen großen Häusern war täglich offene Tafel für die näheren Freunde. Der Erbprinz hatte eine stehende Einladung beim Minister des Auswärtigen und den Botschaftern. Er speiste fast nie zu Hause, hielt aber Tafel für sein Gefolge.

Der Verkehr in den Straßen war sehr erschwert durch die ungeheuere Bauthätigkeit, die der Kaiser gerade in jener Zeit entfaltete und die dem König von Württemberg auf Napoleon's Frage, wie ihm Paris vorkomme, die Antwort entlockte: „Comme une ville prise d'assaut par des architectes." Große Häuserquadrate wurden demolirt,

neue Straßen durchgebrochen; überall erstanden Paläste, Triumphbogen, Hallen, Brücken. Diese Monumente, deren Kosten mit den Contributionen und außerordentlichen Einkünften aus den Domänen occupirter Gebiete bestritten wurden, schmeichelten ebenso sehr der nationalen Eitelkeit, als sie den Ruhm ihres Erbauers verewigten. Kehrte Napoleon als siegreicher Cäsar von einem Kriegszuge zurück, so liebte er, daheim den Augustus zu spielen. Während die Völker Europas Mühe hatten, ihre Wunden zu heilen, blühten in der französischen Hauptstadt die Künste des Friedens. Ein wissenschaftliches Institut nach dem andern erstand, und Alexander von Humboldt, der gerade damals in der Begleitung des Prinzen Wilhelm von Preußen nach Paris kam, konnte diese Stadt mit Recht für den einzigen Ort erklären, in welchem wissenschaftliche Arbeiten die mächtigste Anregung und wirksamste Förderung fänden. Er wählte sie daher auch zu dauerndem Aufenthalt. Am wissenschaftlichen Himmel glänzten die Namen Cuvier, Laplace, Arago, Gay-Lussac, Lamarck, Biot, Bonpland, Berthollet u. A. Mit den Berühmtheiten der wissenschaftlichen und politischen Welt kam der Erbprinz während seines siebenmonatlichen Aufenthalts vielfach in persönliche Berührung, und als Mann von Geist und Bildung wußte er Nutzen daraus zu ziehen. Zu seinem intimen Verkehr gehörten, neben den französischen Staatsmännern, vor Allem der Fürst-Primas Dalberg, der Prinz Wilhelm von Preußen, die Herzöge von Oldenburg und von Arenberg, der Erbprinz von Strelitz, der Botschafter Graf Tolstoi u. A. Besonderer Erwähnung geschieht in den Berichten der bekannten Neigung Napoleon's, Ehen zu stiften, durch welche er seinen Anhang in engere Verbindung zu vornehmen Geschlechtern zu bringen suchte. Der Imperator verfuhr hierbei sehr rücksichtslos und kategorisch. So mußte Marschall Berthier, Fürst von Neufchâtel, sich mit der Tochter des Herzogs von Bayern-Birkenfeld vermählen, zuvor aber auf Allerhöchsten Befehl mit seiner schönen Freundin Mme Visconti brechen, was zu thun er sich lange geweigert hatte. Anfangs Februar 1808 wurde die Vermählung des Herzogs von Arenberg mit der Demoiselle Stephanie Tascher, einer Cousine der Kaiserin, und bald darauf die des Erbprinzen von Hohenzollern mit Demoiselle Antoinette Bonafou, einer Nichte Murat's, mit großer Pracht am kaiserlichen Hof gefeiert.

Stephanie Tascher war Pathenkind Josephine's und sehr umworben gewesen. Die Marschälle Duroc und Rapp, Fürst Pignatelli und ganz kürzlich noch der spanische Thronerbe, Prinz von Asturien, hatten ihre Hand begehrt. Napoleon aber, der schon damals die Absetzung der spanischen Bourbon's im Schilde führte, zog die Verbindung mit dem vornehmen belgischen Haus der Arenberg vor. Der junge Herzog war Oberst und Regimentscommandeur im französischen Heere. Die Hochzeitsfeier, bei welcher das Kaiserpaar die Rolle der Eltern der Braut übernahm, fand im Palais der Königin Hortense statt.

Auch dem Erbprinzen scheint eine ähnliche Verbindung zugemuthet worden zu sein. In einem Briefe des Ministers von Plessen räth dieser, einem solchen Antrag womöglich durch eine „feine Wendung" auszuweichen oder, wenn derselbe nicht zu vermeiden wäre, zu erklären, daß das Andenken an seine verstorbene Gemahlin noch zu lebhaft sei, um sich zu einer zweiten Verbindung schon jetzt entschließen zu können. Wie diese Angelegenheit weiter verlief, läßt sich aus der uns vorliegenden Correspondenz nicht ersehen, da nach einer gelegentlichen Bemerkung die späteren, darüber ausgetauschten Briefe verbrannt werden sollten.

Das Scheinleben und Ränkespiel am Hofe, das gewaltthätige Auftreten Napoleon's, die sklavische Unterwürfigkeit seiner Umgebung entgingen dem Prinzen nicht. Aber das geschäftige Treiben in diesem politischen Centrum fesselte doch fortgesetzt seine Aufmerksamkeit. Aus allen Theilen der Welt trafen hier die Fäden zusammen. Jeder Tag brachte neue Begebenheiten, neue Gerüchte, neue Dementis. „Es ist interessant," schrieb Friedrich Ludwig, „im Stillen so manchen Dingen zu folgen, welche die hiesigen Köpfe beschäftigen, und die verschiedene Verhaltungsart zu beobachten, je nachdem der Barometer der kaiserlichen Laune steigt oder fällt. Diese Wahrnehmung vermehrt übrigens nicht die Achtung vor dem menschlichen Geschlecht. Doch solcher Gedanken muß man sich entschlagen, wenn einen das Schicksal in die große Welt geworfen hat!" — —

Wir kehren nach dieser Abschweifung zu dem eigentlichen Gegenstand der Mission des Erbprinzen zurück. Während der Abwesenheit des Kaisers waren die Verhandlungen ins Stocken gerathen. Friedrich Ludwig blieb aber bemüht, das Terrain für deren Wiederaufnahme

vorzubereiten. Nachdem der eine Punkt, die Räumung des Landes, glücklich erreicht war, blieben noch drei Forderungen übrig: Erlangung der großherzoglichen Würde, Ermäßigung des zu stellenden Contingents und Entschädigung für die erlittenen Verluste. Es mag befremdlich erscheinen, daß der Herzog zu einer Zeit, wo dem erschöpften Lande materielle Zuwendungen am nützlichsten erschienen, zugleich nach einer Rangerhöhung Verlangen trug, der, wie Champagny richtig bemerkt hatte, die militärische Leistungsfähigkeit Mecklenburgs nicht entsprach. Warum eine Stellung einnehmen wollen, die einen größeren Aufwand erheischte, und zu deren Behauptung die Mittel nicht vorhanden waren? Wären es nur Ehrgeiz und Eitelkeit gewesen, die zu jenem Ziel drängten, so war dies Streben wenig gerechtfertigt und keiner Berücksichtigung werth. Eitelkeit lag aber gar nicht im Charakter Friedrich Franz', der sein Land fast nie verließ, in seinen Lebensgewohnheiten keinem übertriebenen Luxus huldigte und somit wenig Gelegenheit gehabt hätte, den erhöhten Rang im Verkehr mit andern Fürsten zu verwerthen. Die eigentlichen Motive waren vielmehr rein praktischer Art. Einmal gewährte, wie wir schon oben erwähnt haben, der erhöhte Rang auch eine politische Machterweiterung; sodann stärkte er die Creditfähigkeit des Hauses, und darauf kam es in jener Zeit finanzieller Bedrängniß wesentlich an.

Hieraus erklärt sich, warum der Erbprinz in den nächsten Monaten gerade diese Forderung mit ganz besonderem Eifer betrieb. Die andere, die der Entschädigung durch Geld oder Gebiet, schien ihm schon damals schwieriger durchzubringen. „Baares Geld zu erhalten," schrieb er, „ist eine physische Unmöglichkeit, da hier keines vorhanden ist." Einem Gebietszuwachs, — etwa durch Schwedisch-Pommern oder Lauenburg —, wären die Pariser Staatsmänner principiell nicht abgeneigt gewesen, denn solche Abtretungen waren an der Tagesordnung. Aber Napoleon wollte diese Compensationsobjecte vorläufig nicht aus der Hand geben, ehe nicht der Frieden mit England geschlossen. Vielleicht schwebte ihm schon damals die Einverleibung der unteren Elbstaaten vor. Gewiß ist, daß die von König Jerome gehoffte Zutheilung Lauenburgs deshalb nicht erfolgte, weil der seit 1803 das Herzogthum verwaltende Intendant, Herr D'Aubignosc, bald nach der Begründung des Königreichs Westfalen ein Memoire nach Paris geschickt hatte, welches Graf Daru

dem Kaiser vorlegte und dem dieser große Beachtung schenkte. In dieser Denkschrift war auf die Lage des kleinen Herzogthums hingewiesen, welches mit beiden Spitzen an die Gebiete von Hamburg und Lübeck reichte und durch Vereinigung mit beiden die Ost- und Nordsee berühren würde. Die Wichtigkeit eines solchen Besitzes war auseinandergesetzt und auf den ersten Blick sehr einleuchtend.

Wie dem auch sein mochte, immer waren die Aeußerungen Napoleon's ausweichend, sobald der Erbprinz die Rede auf eine Gebietsentschädigung brachte. Hier konnte nur der Einfluß Rußlands eine günstigere Wendung bewirken; aber Kaiser Alexander glaubte, bei aller Freundschaft für seinen Schwager, doch vorläufig genug gethan zu haben. Er beantwortete dessen Schreiben in freundlichem Sinne, enthielt sich aber einer Pression auf die französische Regierung. Friedrich Ludwig war darüber verstimmt.

Die von Herrn von Talleyrand ausgesprochene und auch vom Erbprinzen getheilte Ansicht, daß Mecklenburg sich ganz unter die Fittige Rußlands stellen möge, wurde übrigens in Schwerin keineswegs getheilt. Namentlich war es der staatskluge Minister von Plessen, ein Mann von ungewöhnlichem politischen Scharfblick, der die darin liegenden Gefahren sofort erkannte. Plessen war in allen Fragen der auswärtigen Politik der eigentliche Berather seines Fürsten. Seit dem Juni 1807 bekleidete er bei demselben die eigens für ihn geschaffene Stellung eines Cabinetsministers, wohnte in Ludwigslust, während der Sitz der Regierung sich nach wie vor in Schwerin befand, und hatte täglichen Vortrag beim Herzog. Dieser schätzte ihn persönlich, schenkte ihm ein unbedingtes Vertrauen und bevorzugte ihn in einer Weise, welche den leitenden Minister, Grafen Bassewitz, oft und nicht ohne Grund verstimmte. Allmälig bildete sich, wenn auch nicht amtlich organisirt, so doch durch die tägliche Praxis, eine Geschäftstheilung heraus, nach welcher dem Grafen Bassewitz die Leitung der inneren, Herrn von Plessen die der auswärtigen Angelegenheiten zufiel. Plessen unterhielt mit dem Erbprinzen eine rege und umfängliche Correspondenz, die einen sehr vertraulichen Charakter hatte. Er war schon damals und wurde später noch mehr die Vertrauensperson, an welche sich die jüngeren Mitglieder der herzoglichen Familie mit der Bitte um Rath oder Vermittelung wandten, wenn, was nicht selten geschah, Conflicte oder Verstimmungen

zwischen ihnen und dem Chef des Hauses eintraten. Friedrich Franz führte ein strenges Hausregiment, auch seinen erwachsenen Söhnen gegenüber, hielt sie knapp, war in Geldsachen sehr schwierig und zum Argwohn geneigt. Sein Verhältniß zum Thronfolger hatte schon häufig unter einem, übrigens völlig unbegründeten Mißtrauen gelitten. Plessen vermittelte dabei mit Tact und Erfolg. Jetzt, in der Rheinbundsfrage, war dazu freilich kein Anlaß und der Herzog mit dem Verhalten seines Sohnes durchaus zufrieden; aber Plessen besorgte, daß der Erbprinz bei seiner schwärmerischen Verehrung für den Zaren und seiner arglosen, durch die Freundlichkeiten Napoleon's leicht zu gewinnenden Gemüthsart doch die kühle und nüchterne Beobachtung verlieren könnte, welche die Lage erheischte. Er hatte daher schon am 3. December 1807, gleich nach Eintreffen des ersten geheimen Berichts über die Aeußerungen Talleyrand's und Champagny's geschrieben:

„Man will uns ganz auf Rußlands Seite stellen, und das gerade in einem Augenblicke, wo wir durch den erklärten Beitritt zum Rheinbunde nur der Alliirte Frankreichs allein werden und demselben unsere Kräfte widmen sollen Wir müssen daher von der Billigkeit des französischen Kaisers und auch unserer selbst wegen erwarten, daß er uns in Berücksichtigung unserer Lage, unseres Ranges und unserer gemachten Anstrengungen dazu in den gehörigen Stand setze. Dies ist auch früher bei dem Beitritt anderer Staaten zum Rheinbund stets geschehen. Wenn nun die Franzosen Mecklenburg die gleiche Berücksichtigung nicht zugestehen, so geschieht es nur, weil sie besondere Gelegenheit wünschen, um Concessionen an Rußland machen und diese Macht dadurch in die sehr weit umfassenden französischen Pläne hereinziehen zu können. Dadurch aber werden unsere Aussichten zu weitläuftig. So angenehm auch das Gefühl sein möchte, gerade dem russischen Kaiser das Erhaltene zu verdanken, so ist es doch wohl nicht politisch richtig. Denn soll Mecklenburg in Zukunft noch als ein Alliirter von Rußland behandelt werden, so braucht es gar nicht in den Rheinbund zu treten, welches doch einen großen Aufwand von Kräften erforderlich machen wird. Demnächst aber kommt es besonders darauf an, diese Idee einer Verbindung Mecklenburgs mit Rußland gerade durch den Rheinbundbeitritt bei den Franzosen aufhören zu machen, damit sie bei einem früheren oder späteren Bruch nicht wieder über uns herfallen."

Plessen entwickelt dann weiter, wie gerade wegen des Umstandes, daß Mecklenburg im Rheinbund an Frankreich gekettet sei, Rußland auch kein politisches Interesse habe, für eine Vergrößerung Mecklenburgs einzutreten. Es werde sich nicht um Mecklenburgs willen in Frankreichs Pläne verstricken lassen, am allerwenigsten aber die Wünsche wegen Lauenburg und Schwedisch-Pommern in Paris unterstützen. Denn

während es gerade den Frieden mit England und Schweden zu vermitteln suche, würde es durch eine anderweitige Verfügung über diese Gebiete das Zustandekommen jenes Friedens nur erschweren. England würde auf die Herausgabe der französischen Colonien, über die jetzt unterhandelt würde, jedenfalls nur dann eingehen, wenn ihm mit Hannover auch Lauenburg zurückgegeben würde.

„Aus Allen diesem, mein gnädigster Herr, möchte ich den Schluß ziehen, daß es gerathen ist, nicht wie bisher namentlich und bestimmt auf Lauenburg und Schwedisch-Pommern anzutragen, sondern vielmehr beim Eintritt in den Rheinbund sich die vorläufige Zusicherung einer noch zu ermittelnden Vergrößerung oder Entschädigung geben zu lassen. Dabei würde die von uns eingereichte Schadensrechnung von circa 44 Millionen Livres zu Grunde zu legen und uns ein Gebietszuwachs zuzusprechen sein, welcher nach obigem Capitalwerth uns eine halbe Million Thaler einbringen müßte. Wenn nach den gegenwärtigen politischen Conjuncturen eine Anweisung auf bestimmte Länder vor dem definitiven Friedensschluß nicht möglich ist, so stände auch nichts im Wege, daß uns vorläufig ein solcher Revenuenbetrag unter gehöriger Garantie zuertheilt würde, um gleich jetzt im Rheinbunde das vorgeschriebene Contingent zu stellen. Damit würde auch der von Herrn von Champagny bemerkte Widerspruch in unseren Anträgen beseitigt sein. Erhalten wir jetzt keine Begünstigung, so liegt kein Grund vor, den Beitritt zum Rheinbunde vor dem allgemeinen Friedensschluß zu betreiben, da dieser doch erst die Verhältnisse Norddeutschlands definitiv regeln wird. Ew. Herzogl. Durchlaucht dürfen sich als Gesandter in diesem Sinne füglich expliciren und dann auch die Höchstihnen bezeigte Gewogenheit des französischen Kaisers in reeller Weise in Anspruch nehmen. Die Franzosen versuchen es immer, Menschen und Dinge ganz nach ihrer convenance zu handhaben. Sie wissen es aber recht gut zu achten, wenn man sein wahres Interesse kennt und vertritt."

In ähnlichem Sinne sprach sich ein übrigens sehr freundlich und anerkennend gehaltener Brief des Herzogs aus.

„Ludwigslust, den 4. December 1807.

Liebster Sohn! Deine fortgesetzten Berichte, wovon ich den Nr. 2 der geheimen und Nr. 7 der currenten vor zwei Tagen durch einen Weimarschen Courier erhalten, geben mir nur stets eine wiederholte Veranlassung, mit Deinem ganzen Benehmen und mit den gemachten Aeußerungen in unseren Angelegenheiten vollkommen zufrieden zu sein, und ich freue mich, Dir meinen besten Dank für alle Deine Mühe und für die gehörige Leitung der Sache hier nochmals wiederholen zu können. Es wird Dir gewiß eine große Genugthung sein, zum Besten Deines Hauses und künftigen Landes Dich thätig zeigen zu können. Sehr lieb ist es mir, daß Du gute Gründe hast, um unsere Hoffnungen und Wünsche noch in Erfüllung gehen zu sehen. Es thut uns aber auch sehr nöthig, und ich nehme selbst darnach mit manchen Arrangements in den Finanzen Anstand. Da Du dort an Ort und Stelle bist und die Menschen kennst, so habe ich das Zutrauen zu Dir, daß Du genau beobachten wirst, wie wir am besten mit unseren Anträgen durchkommen können und wie viel zu erreichen steht. Will der Kaiser

von Rußland sich angelegentlich für uns verwenden, so erhielten wir gewiß einige Entschädigung, und dieses können wir dann nicht genug erkennen. Nur müssen die Franzosen uns in dem Augenblicke, da wir in den Rheinbund treten, wirklich wie ihre Verbündeten betrachten und behandeln, nicht aber nur wie in Verbindung mit Rußland, weil wir sonst für unsere fernere Existenz nicht gedeckt sind.

Vielleicht erlauben die Umstände jetzt gleich nicht, mir etwas bestimmt zu versprechen. Allein ich wünsche denn doch, daß Du noch dabei bestehen bliebest, daß bei dem Eintritt in den Bund wenigstens durch einen Separatartikel eine allgemeine Zusicherung ertheilt werde. So viel läßt sich zur Zeit, gleich bei der Accession, immer versprechen, und dies beruht auf der von uns eingegebenen Schadensrechnung. Nachher möchte uns nicht viel mehr gereicht werden, und die Franzosen wollen uns doch gern zum Rheinbund haben, was auch die Minister sagen mögen, denn sonst würden sie den Beitritt nicht gleich an Bosset angetragen haben. Die großherzogliche Würde kommt mir wegen aller meiner bisherigen Verhältnisse zu. Anlangend das damit verbundene Contingent, so werde ich es alsdann auch nach der Forderung stellen können, sobald ich die gehörige Entschädigung erhalte. Du hast dieses dem Minister Champagny auch sehr richtig geantwortet. Du wirst nun zusehen, liebster Sohn, wie die Instructionen unsertwegen lauten, welche der vom russischen Ambassadeur am 10. November abgeschickte Courier von Petersburg zurückbringen wird. Er kann wohl ungefähr gegen Weihnachten zurück sein. Alsdann wirst Du noch einen neuen Versuch machen und eine Gelegenheit wahrnehmen können, um meine Dir hier mitgetheilten Aeußerungen bei dem weiteren Gang Deiner Verhandlungen in Anwendung zu setzen.

Meine beste Empfehlung an Brandenstein, Oertzen und Kettenburg; sage dem Letzteren, er möchte bei dem großen Gewühl in der Hauptstadt doch an mich und meine Möpse denken.*)

Nun, liebster Sohn, lebe wohl tausendmal und behalte den lieb, der nie aufhören wird zu sein

Dein treuer Vater und Freund
Friedrich Franz."

Am 1. Januar 1808 kehrte Napoleon von seiner italienischen Reise zurück. Man hatte gehofft, daß er die Regelung der deutschen Angelegenheiten jetzt mehr betreiben und die Rheinbundsverfassung endlich zum Abschluß bringen werde. Aber die spanische Frage nahm ihn zur Zeit vollkommen in Anspruch. Alles, was sich auf Deutschland bezog, wurde äußerst schleppend betrieben. Der Fürst-Primas selbst klagte gegen den Erbprinzen darüber und sagte ihm, er habe „wegen der Bundes-

*) Der Herzog, der ein großer Freund dieser Hunderasse war, hatte Auftrag gegeben, einige der damals ziemlich seltenen Exemplare in Paris zu kaufen. Kettenburg, welcher Ende Februar nach Mecklenburg zurückkehrte, brachte dieselben mit. Friedrich Franz war bis in sein hohes Alter stets von seinen Möpsen umgeben und gegen seine Lieblinge äußerst nachsichtig.

angelegenheiten und des Concordats schon zweiundzwanzig Memoires eingereicht und noch auf keins eine Silbe Antwort erhalten."

Auch in der Besatzungsfrage ging nicht Alles nach Wunsch. Am 1. December hatte General Laval Schwerin verlassen, wo er gerade ein Jahr residirt hatte, allein der Marschall Bernadotte, Prinz von Ponte Corvo, weigerte sich, seine Truppen aus dem Lande zu ziehen. Einige Regimenter ließen sich sogar Excesse zu Schulden kommen, so daß der Herzog genöthigt war, den Geh. Rath von Bülow mit einer Beschwerde an den in Hamburg residirenden Marschall zu schicken. Bernadotte empfing den Abgesandten sehr artig, erklärte ihm aber, es sei unmöglich, ganz Mecklenburg zu räumen. Er wisse nicht, wohin er sonst die Truppen verlegen solle, denn der Kaiser habe ausdrücklich befohlen, das Hannöversche zu schonen. Directe Befehle der Räumung seien ihm auch gar nicht zugegangen, und er müsse solche erst von Paris abwarten. Bülow erreichte nur, daß das unter dem Befehl des Obersten Ameil stehende Regiment der Chevauxlegers belges (elfhundert Pferde stark) „wegen der vielfachen und fast nicht zu steuernden Excesse und Exactionen" aus dem Lande gezogen und dafür ein nur fünfhundert Pferde starkes Regiment spanischer Cavallerie von Lauenburg nach Parchim verlegt werden solle. Auch der Erbprinz erhob in Paris Beschwerde, und Napoleon, den er am Tage nach der Ankunft beim Lever begrüßte, versprach Abhülfe.

Einige Tage später, am 9. Januar begegnete der Erbprinz Herrn von Champagny in einer Gesellschaft. „Da ich Sie gerade treffe, Hoheit," sagte dieser, „so erlaube ich mir mitzutheilen, daß der Kaiser mir heute befohlen hat, den Tractat mit Ihnen zu Ende zu bringen, aber auf der von uns vorgeschlagenen Basis." Der Erbprinz war sehr betroffen und erklärte, das sei ihm unmöglich. Der Kaiser habe doch die deutschen Fürsten als Souveräne anerkannt. Seine Protection sei für Mecklenburg allerdings werthvoll, doch würde es in seiner alten Lage besser daran sein, als im Rheinbund auf der Fürstenbank, wodurch es eo ipso heruntergesetzt und noch mit neuen Lasten beschwert würde. Der Minister entgegnete, daß die Protection nur durch den Rheinbund erlangt werden könne, und setzte mit einiger Lebhaftigkeit hinzu: „Meiner Treu, der Kaiser ist Herr in seinem Hause, und es ist nicht unmöglich, daß ein Augenblick kommt, wo er nur diejenigen als Souveräne

22*

anerkennen wird, die sich in der Conföderation befinden." Gegen dieses Argument wußte der Prinz nichts einzuwenden. Er suchte nun zu erreichen, daß in dem Tractat wenigstens principiell irgend eine Entschädigung für die erlittenen Verluste zugestanden werde, aber der Minister wollte davon nichts hören. „Reden Sie jetzt gar nicht von Entschädigungen. Sie können das später immer noch fordern. Der Hauptpunkt ist heute, zur Conföderation zu gehören." Schließlich kam man überein, daß der Prinz noch eine Privataudienz erbitten solle. „Sagen Sie dann aber auch dem Kaiser," schloß Champagny, „daß Sie mich unerbittlich gefunden haben."

„Ich werde ihm sagen," erwiderte der Prinz lächelnd, „daß ich den Minister des Auswärtigen unerbittlich gefunden, aber nicht Herrn von Champagny!" —

Die Audienz, auf welche der Prinz nunmehr alle Hoffnung setzte, wurde durch ein unerwartetes Ereigniß verschoben, welches ihn aufs Tiefste erschütterte. Am 12. Januar erhielt er die Nachricht von dem am Neujahrstage erfolgten Ableben seiner Mutter. Die Herzogin erlag einem Herzleiden, an dem sie schon längere Zeit litt und welches durch die Aufregungen des letzten Jahres beträchtlich gesteigert war. Dennoch hatte ihr Zustand bei der Abreise des Erbprinzen nichts Bedrohliches gehabt, auch ließen die letzten Nachrichten aus der Heimath eine so plötzliche Verschlimmerung in keiner Weise besorgen. Friedrich Ludwig hing mit großer Zärtlichkeit an seiner Mutter. Er bewies ihr um so mehr Liebe und Rücksicht, als es ihr daran von Seiten des Herzogs, ihres Gemahls, häufig gefehlt zu haben scheint. Wenigstens deuten verschiedene Anzeichen auf ein ziemlich kühles Verhältniß der beiden Ehegatten. Der Erbprinz hatte seit seiner Ankunft in Paris fast mit jedem Posttage an seine Mutter geschrieben und ihr seine Eindrücke und Erlebnisse ausführlich geschildert. Da diese Briefe eine Wiederholung des hier bereits Mitgetheilten enthalten, so heben wir aus der großen Zahl nur einen zur Charakteristik der Betheiligten heraus. Eigenthümlicher Weise ist die ganze Correspondenz französisch geführt, wie denn überhaupt alle weiblichen Mitglieder des herzoglichen Hauses sich im brieflichen Verkehr stets dieser Sprache bedient zu haben scheinen, während die Correspondenz des Herzogs mit seinen Söhnen deutsch geführt wurde. — Das Schreiben lautet in deutscher Uebersetzung:

„Paris, den 20. December 1807.

Meine liebste Mutter! — Ich übergebe der Post heute eine Kiste und beeile mich, Sie davon in Kenntniß zu setzen. Sie enthält das prächtige Mosaikkästchen, welches die Kaiserin Josephine Ihnen übersendet, und welches sie mit den freundlichsten und verbindlichsten Grüßen für Sie begleitet. In der Kiste befinden sich außerdem das schöne goldene, mit Diamanten besetzte Schreibzeug und die beiden Schreibcassetten, welche die Kaiserin für meinen Sohn bestimmt hat, und die ich ihm zu übergeben bitte. Der liebe Kleine wird eine rechte Freude an den drei schönen Geschenken haben, und ich genieße diese Freude im Voraus mit.

Gestatten Sie mir, Ihnen hier meine zärtlichsten und ehrerbietigsten Glückwünsche zum bevorstehenden neuen Jahre darzubringen. Sie kennen das Herz Ihres Sohnes, theuerste Mutter! Sie wissen, daß es stets von Gott die reichsten Segnungen des Himmels für Sie erfleht! Möchten meine Gebete erhört werden! Meine Gesundheit, ebenso wie die der mich umgebenden Personen, ist fortdauernd gut. Man treibt in der hiesigen Gesellschaft sehr viel Musik, namentlich an den verschiedenen Höfen. Ich höre täglich sehr gute, und zwar singt man meistens zum Clavier ohne weitere Instrumentalbegleitung — ein Genre des Vortrages, das ich, wie Sie wissen, bevorzuge. Ich denke dann sehr oft an meine gute, liebe Mutter und möchte sie an dem Entzücken theilnehmen lassen, das diese herrlichen Stimmen in mir hervorrufen.

Da der Kaiser bald zurückkehrt, hoffe ich, daß unsere Angelegenheiten etwas mehr von der Stelle rücken werden, und daß ich alsdann den Zeitpunkt meiner Heimkehr nach Mecklenburg werde bestimmen können, ein Zeitpunkt, nach dem ich mich von Herzen sehne. Dennoch darf ich nicht allzu fest darauf rechnen, denn der Himmel weiß, wie langsam hier Alles geht, wenn es sich darum handelt, Etwas zu geben; im entgegengesetzten Fall pflegt aber gewöhnlich Alles sehr rasch zu gehen.

Bitte, legen Sie mich meinem geliebten Vater zu Füßen und sprechen Sie ihm von meiner Verehrung und kindlichen Liebe. An seinem Geburtstage (10. December) versammelten wir uns bei der Fürstin Taxis und tranken begeistert auf seine Gesundheit.

Ich bitte Sie auch, liebste Mutter, mich den Personen Ihrer Umgebung gütigst in Erinnerung zu bringen. Ich küsse der besten aller Mütter die Hände und bin für das Leben mit der zärtlichsten und treuesten Anhänglichkeit

Ihr ganz ergebener und gehorsamer Sohn

Friedrich Ludwig."

Als dieser Brief in Ludwigslust eintraf, war die Herzogin schon verschieden. Friedrich Ludwig hatte ein weiches Gemüth. Die Todesnachricht mitten in dem belebtesten Treiben des Carnevals erschütterte ihn heftig. Er zog sich für einige Tage gänzlich zurück und blieb auch noch während der nächsten Wochen größeren Festlichkeiten fern. Vom Hofe und den Großwürdenträgern gingen ihm viele Beweise des Antheils zu. Er durfte sich aber seinem Schmerz nicht lange überlassen. Die Zeit war kostbar: man sprach schon wieder von einer neuen Reise des

Kaisers. Am 22. Januar erbat sich der Prinz auf dem Lever die Audienz, welche Napoleon mit einem kurzen, aber freundlichen: „Ja, ja, sehr gern" gewährte. Nach der herrschenden Form wurde dies dem ersten Kammerherrn schriftlich angezeigt, und der Petent hatte dann zu warten, bis ihm aus dem Cabinet des Kaisers Tag und Stunde bestimmt wurde. Es vergingen nun einige Wochen in banger Erwartung. Der Kaiser, mit Geschäften überhäuft, schien das Gesuch vergessen zu haben oder wurde nicht daran erinnert. Sein Benehmen gegen den Prinzen war immer gleichmäßig freundlich. Er nahm ihn häufig mit auf die Jagd, lud ihn zur Tafel ꝛc. Der Prinz seinerseits hatte den Tact, nicht so häufig bei den Morgenempfängen zu erscheinen, damit „sein Gesicht dort", wie er schrieb, „nicht zu alltäglich würde."

Endlich am 13. Februar faßte sich der Prinz das Herz, den Kaiser beim Lever an die versprochene Audienz zu erinnern. Der Kaiser gewährte sie sogleich. In dem Bericht des Prinzen darüber heißt es nun:

„Ich begann damit, daß ich ohne Zweifel den wichtigsten Augenblick meines Lebens vor mir hätte, indem ich mich in Gegenwart eines Mannes befände, der unsere Geschicke in Händen halte. Der Kaiser wolle uns in den Rheinbund aufnehmen. Wir wären dazu bereit, hofften aber, er werde uns dann auch den Platz anweisen, der uns unter den anderen Reichsfürsten zukomme.

„Was ist das für ein Platz?"

„Sire," entgegnete ich, „die Fürsten aus den alten Häusern haben sich stets für gleich angesehen mit den Kurfürsten, und Ew. Majestät selbst hat uns diese Würde bei dem letzten Reichsreceß zuerkennen wollen."

„Was meint der Fürst-Primas dazu?"

„Ich glaube, Sire, er wird sich damit einverstanden erklären, wenn Ew. Majestät die Gnade haben wollen, ihn darum zu befragen."

„Man wird abwarten müssen, was die anderen deutschen Fürsten dazu sagen. Ich verstehe mich nicht ganz auf diese Sache. Wie steht es mit Ihren anderen Angelegenheiten?"

Ich entwickelte nun des Näheren meine Wünsche wegen einer Entschädigung durch Geld oder Gebiet.

„Ja so, Gebiet," warf Napoleon ein, „dafür giebt es nur Schwedisch-Pommern, das mit Euch grenzt. Ich würde es Euch gern geben oder doch wenigstens zum Theil, denn ich will es nicht behalten; es liegt mir zu weit ab. Aber das wird auch etwas vom Kaiser von Rußland abhängen, wenn er mit Schweden Frieden schließt."

Ich nannte darauf auch Lauenburg.

Der Kaiser sagte: „Dazu müßte man die Elbe überschreiten."

„Allerdings, Sire; ein Theil liegt jenseits, aber der andere diesseits, und das würde für uns eine natürliche Grenze abgeben."

„Ich habe immer Hannover zurückgeben wollen und es England gegenüber als Friedensobject betrachtet. Aber wenn England den Frieden nicht will, so wird man wohl andere Maßnahmen treffen müssen. Dies Land ist zu unglücklich, zu sehr geplagt; man muß damit ein Ende machen."

Ich fing nachher an, von dem Contingent zu reden und sagte ihm, ich fände es viel zu hoch angesetzt, zumal in unserer jetzigen Lage, und um so mehr, da unser Land ein Ackerbau treibendes sei.

Schnell antwortete er: „Aber wir werden es reduciren, wir werden es reduciren! Wie viel wollen Sie geben?"

„Das wird vom gnädigen Ermessen Ew. Majestät abhängen."

„Nein. — Sagen Sie, wie viel Sie geben wollen!"

„Nun wohl, Sire, die Hälfte von dem, was man von uns fordert."

„Haben Sie von Ihrem Vater Vollmacht zum Unterzeichnen?"

„Ich habe keine schriftliche, aber in Anbetracht des Vertrauens, mit welchem mich der Herzog beehrt, halte ich mich für befugt abzuschließen."

„Haben Sie einen Gesandten mit hier?"

„Baron Bosset, Sire, ist mit den Geschäften eines Gesandten vom Herzog beauftragt."

„Nun gut, wir werden das Alles arrangiren; sprechen Sie mit Herrn von Champagny."

Ich sagte ihm, wie ich wohl einsähe, daß er an Land nichts sogleich accordiren könne, bat ihn aber doch wenigstens eine bestimmte Zusicherung für die Zukunft zu geben. Ich schilderte ihm unsere üble Lage und daß wir nothwendig einer Aushülfe unseres Credits bedürften, welcher ganz dahin sei. Ich sagte dem Kaiser, daß wir vierzig Millionen wenigstens verloren hätten, worüber er sich sehr zu wundern schien. Ich versicherte, daß ich es zu jeder Stunde beweisen könnte. Ich wies auf das Beispiel Karl's des Großen hin, welcher uns auch aus einer peinlichen Lage befreit hätte, indem er uns zu Königen der Obotriten machte, gerade tausend Jahre vor seiner (Napoleon's) Krönung.

Der Kaiser sagte: „Sie entstammen also selbst jenem Lande? Es ist ein recht braves Volk."

„Wir haben stets zusammengehört; meine Landsleute sind redlich und treu!" —

Ich nahm auch Gelegenheit, dem Kaiser zu sagen, daß am 2. Februar noch kein Mann vom Bernadotte'schen Corps ausmarschirt sei, worauf er mir erwiderte, daß ich ganz ruhig sein könnte, indem er die bestimmtesten Befehle durch den Prinzen von Neuchâtel habe geben lassen.

Die Audienz endete damit, daß er mir nochmals freundlich sagte: „Sprechen Sie mit Herrn von Champagny, wir werden das Alles in Ordnung bringen."

Um 3 Uhr heute Nachmittag fuhr ich zum Fürsten Primas, welcher vielen Antheil an meiner gehabten Audienz nahm und mir wiederholt versprach, sich unserer in allen Angelegenheiten anzunehmen. Von dort begab ich mich zum Minister Champagny, welcher sehr aufmerksam die Erzählung meiner Audienz anhörte und dann mit seiner gewohnten Einsilbigkeit sagte: „Ich werde die Befehle des Kaisers einholen und dabei die verschiedenen Punkte in Erinnerung bringen, die Sie erwähnt haben."

Ich appuyirte besonders darauf, daß bei der Accession ein schriftliches Versprechen einer Vergrößerung gegeben werden möchte. Der Minister meinte: wenn auch ohnedem der Tractat figurirt würde, so hindere dies nicht, daß später eine Vergrößerung gewährt werde. Er frug mich noch, ob Herr von Bosset die nöthigen plein-pouvoirs habe, um zu unterschreiben. Ich konnte ihm dies freilich nicht bejahen, versicherte ihm aber, daß, wie ich bestimmt wüßte, mein gnädigster Vater ratificiren würden, was ich würde haben unterzeichnen lassen.

Ich bitte nun unterthänigst, ungesäumt die nöthigen plein-pouvoirs für Herrn von Bosset ausfertigen zu lassen, und denjenigen Tractat zu unterschreiben, welchen ich ihn abzuschließen autorisiren werde.

Sobald der Accessionstractat abgeschlossen und unterzeichnet sein wird, werde ich einen Courier damit absenden, und sobald derselbe von Ihnen ratificirt und hier ausgewechselt sein wird, werde ich mit inniger Freude meine Rückreise antreten. Gegen dem wird der O. H. M. von Lützow hier eingetroffen sein können, wo nicht, so wird Herr von Bosset auch die wenigen Wochen füglich noch hier bleiben.

Die russische Ambassade habe ich denn natürlich auch von dem Vorgefallenen unterrichtet und man hat mich sehr in dem Vorsatze bestärkt, dem Kaiser von Rußland ehemöglichst zu schreiben, ihm Kaiser Napoleon's Aeußerung über Schwedisch-Pommern zu melden und ihn zu bitten, sich gleichfalls beifällig zu erklären. Uebrigens hat mir der russische Ambassadeur versichert, daß der jetzige Augenblick vortrefflich sei, und daß er glaube, daß Alles gut gehen würde."

So günstig als der Erbprinz glaubte, lagen indessen die Dinge nicht. Strelitz nahm die von Champagny vorgelegte Vertragsacte ohne Einwendungen an. Der Graf von Schlitz unterzeichnete den Beitritt zum Rheinbund am 18. Februar; das Contingent war auf vierhundert Mann festgesetzt. Champagny fand, daß Schwerin auch pure unterzeichnen sollte, nachdem das Schweriner Contingent auf 1950 Mann ermäßigt war. Der Erbprinz hoffte aber noch auf die russische Intervention und die Gewährung seiner anderen Wünsche durch den Kaiser Napoleon, verhielt sich also abwartend. „Ich bin entschlossen," schrieb er am 22. Februar, „ohne die allerhöchste Noth, durchaus nicht anders, als unter bestimmten Zusagen zu unterzeichnen, da ich überzeugt bin, daß solches für unsere Existenz und unsern Credit unumgänglich nothwendig ist. Auch Graf Tolstoi räth dazu. Er hat noch gestern eine Unterredung in unserer Angelegenheit mit Herrn von Champagny gehabt. Es scheint aber, daß andere deutsche Diplomaten hier dagegen arbeiten, und der Minister selbst unserer Sache nicht hold ist." Am 23. Februar kam es zwischen Letzterem und dem Erbprinzen nochmals zu einer Auseinandersetzung, die resultatlos verlief. Champagny behauptete, der Kaiser habe das Gesuch des Mecklenburgers ja schon

abgeschlagen. Nach dem Wortlaut der Unterredung war dies keineswegs der Fall. Der Kaiser hatte sich vielmehr nähere Informationen vorbehalten und eine bestimmte Antwort gar nicht ertheilt.

Um endlich Klarheit zu erhalten, beschloß Friedrich Ludwig, sich noch einmal direct an Napoleon zu wenden. Beim Lever des nächsten Tages, als alle Anderen hinausgingen, blieb er zurück.

Der Kaiser schien guter Dinge zu sein. Der Prinz trug seine Angelegenheit bescheiden, aber eindringlich vor. Er sagte zum Schluß, er sei überzeugt, daß noch keiner von allen deutschen Fürsten mit so viel Freimuth zu ihm, dem Kaiser, gesprochen habe. Napoleon lächelte zustimmend, gab aber sonst nur ausweichende Antworten: man müsse erst die Ansicht der deutschen Fürsten hören, es sei nicht so eilig, der Erbprinz reise ja noch nicht ab; er werde sich informiren, und als der Erbprinz nochmals um sofortige Entscheidung bat, meinte er freundlich, aber bestimmt: „Nun, Sie müssen doch einsehen, daß ich nichts überstürzen kann; in einigen Tagen werde ich mich entscheiden und Ihnen Nachricht geben.“ —

Das Alles war gerade nicht ermuthigend, und es gehörte eine gewisse norddeutsche Zähigkeit, sowie der dem Prinzen eigene Optimismus dazu, immer noch an der Hoffnung eines Erfolges festzuhalten. Ein sehr unangenehmer Zwischenfall drohte außerdem die Stellung Friedrich Ludwig's am Pariser Hofe nachtheilig zu beeinflussen. Die dortige Regierung hatte durch einen ihrer zahlreichen Kundschafter die Anzeige erhalten, daß ein englisches Schiff in Wismar eingelaufen sei und seine Waaren heimlich an Land geschafft habe. Auf die mecklenburgischen Behörden fiel der Verdacht der Connivenz oder doch stillschweigenden Duldung. In Allem, was die Continentalsperre betraf, kannte Napoleon keine Schonung. Er verfolgte jede Uebertretung seiner Decrete mit unerbittlicher Strenge. Seine Beamten wußten es und zitterten bei dem Gedanken, daß sie auf einer Nachlässigkeit ertappt werden könnten. „O! er ist schrecklich, der Kaiser — Sie ahnen es nicht, er ist fürchterlich!“ sagte einmal bleich und mit aufgehobenen Händen ein hoher Douanenbeamter, Großwürdenträger und in seinem Ressort allmächtiger Mann in Hamburg, zu einem fremden Diplomaten, als dieser im Auftrag seines Hofes um eine kleine Ermäßigung, eine sogenannte Licenz nachsuchte und die Ablehnung derselben nicht begreifen konnte.

Neben der schonungslosen Härte, mit welcher die Controle des Blokadesystems gehandhabt wurde, ging die Bestechlichkeit und Speculationswuth der französischen Beamten einher. Hamburg war der Hauptsitz dieses Ausbeutungssystems. In den 1880 erschienenen Lebenserinnerungen des 1808 in Hamburg residirenden dänischen Gesandten Rist heißt es: „Das Treiben der französischen Douane und Gesandtschaft lief darauf hinaus, den Kaiser ohne Scham und Gram zu betrügen, die Nachbarn möglichst zu placken und Alles, was ihnen nicht opferte, nach besten Kräften zu schinden. Da gab es denn tägliche Anstöße und Anschuldigungen. Blind und taub war der Gehorsam gegen den Minister de Sussi, der, wie man wußte, von allen seinen Collegen den größten Einfluß auf den Kaiser besaß. Auch der directeur des douanes, Herr Eudel, war ein Heuchler, der nur mit großer Vorsicht und weniger frech als die Anderen, den Kaiser und das Continentalsystem betrog. Bourienne hat Millionen in Hamburg gesammelt durch seine Transactionen mit dem Handel, und Eudel ist wie ein reicher Mann in sein Vaterland zurückgekehrt. Freilich wanderte auch ein Theil der Beute nach Paris, wo vielleicht nur der Kaiser nicht bestochen war."

Die Licenzen, welche sehr willkürlich ertheilt wurden, führten indessen auch der Schatulle enorme Beträge zu. Das ganze Sperrsystem hatte überhaupt neben dem offenkundigen noch seinen geheimen Zweck. Es ist längst erwiesen, daß jene Maßregel, wenn sie auch anfänglich gegen Englands Handel und seine Wohlfahrt gerichtet war, später doch wesentlich dazu diente, dem großen Schlund der französischen Verwaltung außerordentliche Einnahmen zu schaffen und den Kaiser zum Monopolisten des auswärtigen Handels für sein ganzes Reich zu machen.

Als die Nachricht von der in Wismar angeblich erfolgten Defraudation in Paris bekannt wurde, — sie erschien von einer ernsten Warnung begleitet im „Moniteur" — geriethen der Erbprinz und seine Freunde in nicht geringe Bestürzung. Dieser Vorgang konnte die schlimmsten Folgen haben. Napoleon hatte sogleich den Marschall Soult, der jetzt an Ponte Corvo's Stelle in Hamburg commandirte, angewiesen, ein französisches Bataillon nach Wismar zu legen. Er ließ durch seinen Gesandten Bourienne eine scharfe Note nach Schwerin richten und den Erbprinzen in Paris mündlich auffordern, nachdrücklich dahin zu wirken, daß die Grenzsperre in seiner Heimath strenger gehand-

habt werde. Der Erbprinz war anfangs sehr beunruhigt; er beschwor seinen Vater, den französischen Forderungen ungesäumt nachzukommen, den vorliegenden Fall genau zu untersuchen und ihm die Pässe aller in den mecklenburgischen Häfen aus- und einlaufenden Schiffe in wöchentlichen Uebersichten abschriftlich zu senden, damit er auf jede Anklage in Paris Rede und Antwort stehen könne. Der Herzog, dem nichts ungelegener kommen konnte, als gerade jetzt den Argwohn des großen Gewalthabers zu erregen, verfuhr nach diesem Rath. Eine Untersuchung in Wismar stellte aber sehr bald fest, daß die Denunciation falsch und der Racheact eines französischen Subalternen war. Die Beweise davon gelangten nach Paris; die dortige Regierung erkannte deren Richtigkeit an, und die üble Stimmung verzog sich. Die französische Besatzung aber blieb vorläufig in Wismar.

Inzwischen waren seit der letzten Unterredung mit dem Kaiser wieder vierzehn Tage verstrichen. Der Erbprinz conferirte häufig mit Champagny, der nichts thun zu können erklärte und ihn an den Kaiser verwies. Der Fürst-Primas, der zwar wohlwollend, aber augenscheinlich ohne bedeutenden Einfluß war, hatte Paris anfangs März verlassen, ohne daß die deutschen Angelegenheiten zur Berathung gekommen wären. Von einer Rheinbundsverfassung, von einem Fürstenrath mit zwei Collegien war keine Rede mehr. Die Aufmerksamkeit Napoleon's war durch das Verhältniß zu England, welches jeder Friedensannäherung auswich, und die spanischen Wirren vollauf in Anspruch genommen. Am 10. März sprach der Erbprinz den Kaiser beim Lever wieder an und fragte ihn, ob er Befehle wegen der bewußten Angelegenheit gegeben habe. „Welche Angelegenheit?" fragte der Kaiser kurz. Da verschiedene Personen in der Nähe standen, sagte der Prinz: „Diejenige, wegen deren ich mit Ew. Majestät unlängst zu sprechen die Ehre hatte." —

„Haben Sie Ihre Angelegenheit mit Herrn von Champagny beendet?"

„Noch nicht, — ich warte eben auf die Entscheidung Ew. Majestät."

„So?" — sagte der Kaiser kurz und ging weiter.

Wieder vergingen mehrere Tage, während welcher der Prinz wiederholt über Unterredungen mit Champagny berichtete. Endlich am 16. März erklärte der Minister, er habe nun den bestimmten Befehl

vom Kaiser erhalten, den Vertrag wegen Beitritts zum Rheinbund unverändert in der zuerst befohlenen Form abzuschließen. Irgend eine Zusicherung darin aufzunehmen, lehne der Kaiser ab. Se. Majestät seien der Meinung, daß bei dem jetzigen Bestande des Landes die Stellung Mecklenburgs in dem fürstlichen Collegio sei. Sie fürchteten, daß, wenn Mecklenburg den großherzoglichen Titel erhalte, andere fürstliche Häuser ihn gleichfalls verlangen würden. Der Herzog von Oldenburg sei eben angekommen und habe gleiche Rechte, weil er auch von alter Abstammung sei. Der Erbprinz erwiderte, er habe soeben selbst den Herzog von Oldenburg gesprochen und dieser ihm versichert, er denke nicht daran, solche Ansprüche zu erheben. Ferner sagte der Minister, er habe im Interesse Mecklenburgs das Beispiel von Würzburg, welches auch nur zweitausend Mann stelle und doch Großherzogthum sei, geltend gemacht. Der Kaiser aber habe entgegnet, daß bei Begründung dieses Staats besondere politische Motive maßgebend gewesen seien. (Bekanntlich wurde das ehemalige reichsfreie Bisthum Würzburg 1803 an Bayern überwiesen und 1806 als Entschädigung für Ferdinand von Toscana zum Großherzogthum erhoben.) Schließlich sagte Herr von Champagny, indem er einen vertraulichen Ton anschlug:

„Ich glaube, mein Prinz, Sie legen überhaupt diesem Titel einen Werth bei, der ihm im Grunde nicht zukommt. Der ganze Rheinbund ist eigentlich noch ein Kind in den Windeln. Nichts ist dabei fest beschlossen. Sie quälen sich da um ein Phantom, denn binnen Kurzem wird es sich vielleicht gar nicht mehr um zwei Collegien handeln. Wer weiß, ob sie nicht in eins verschmolzen werden. Ihr Hauptziel muß sein, dem Kaiser persönlich vortheilhaft bekannt zu sein, und dazu dient Ihnen Ihr hiesiger Aufenthalt; denn der Kaiser schätzt Sie außerordentlich. Es herrscht darüber hier nur eine Stimme, das wird er niemals vergessen. Das Wesentliche ist, daß, wenn er sich einmal mit allen diesen Arrangements beschäftigt und Gebietsvertheilungen vornimmt, er sich des günstigen Eindrucks erinnert, den Sie bei ihm hervorgerufen haben, und daß er Ihnen dann eine Gebietsentschädigung giebt. Ich kann Ihnen versichern, daß er durchaus dazu bereit ist. Das ist heute seine bestimmte Absicht.“

Der Minister fügte noch viel Schmeichelhaftes über die diplomatische Gewandtheit und das geschickte Auftreten des Erbprinzen hinzu. Dieser

ließ sich aber durch diese glatten Redensarten nicht täuschen und schrieb noch an demselben Tage, daß er „nur um seinem gnädigsten Vater zu beweisen, wie er nichts scheue, um ihm zu dienen, nochmals eine Unterredung mit dem Kaiser suchen werde, wenngleich er sie für aussichtslos halte. Sein Bestreben sei jetzt, die Kriegs- und Militärlasten herabzumindern und das Land von der lästigen Besatzung zu befreien."

Bei den Levers der nächsten Tage fand sich nicht die Gelegenheit, mit dem Kaiser allein zu reden; es gelang erst am 18. März. Das Gespräch hatte denselben Verlauf, wie die früheren. Napoleon erklärte, zur Zeit keine Entschädigung gewähren zu können, vertröstete auf die Zukunft und meinte schließlich, wenn Mecklenburg ohne bestimmte Zusicherungen dem Rheinbund nicht beitreten wolle, so möge es in seinem jetzigen Zustand bleiben. Der Erbprinz sah ein, daß zur Zeit nichts weiter zu erreichen war, und entschloß sich, den französischen Vertragsentwurf anzunehmen. Ehe er aber die formellen Schritte zur Unterzeichnung that, holte er sich noch einmal Rath bei einem Manne, den er seinen Berichten nach schon früher wiederholt in dieser Angelegenheit befragt, und der sich ihm sehr wohlwollend bezeigt hatte. Der Name dieses Staatsmannes, der als sehr einflußreich, mit den geheimsten Dingen vertraut und dem Kaiser nahestehend bezeichnet wird, ist in den Berichten ausdrücklich verschwiegen. Doch deuten verschiedene Anzeichen darauf, daß es der Staatsminister Maret war, mit welchem Herr von Lützow schon in früherer Zeit freundschaftliche Beziehungen unterhalten hatte. Diesen ungenannten Staatsmann suchte der Prinz am folgenden Tage auf. Derselbe kannte bereits den Inhalt des stattgehabten Gesprächs. Napoleon selbst hatte es ihm mitgetheilt und dabei gesagt, daß er dem Erbprinzen günstige Aussichten für die Zukunft eröffnet habe. Auf die Frage des Prinzen, was er nun thun solle, antwortete jener: „Mein Rath ist, daß Sie unterzeichnen. Da der Kaiser so günstig für Sie gestimmt ist, so müssen Sie ihm Vertrauen zeigen; er ist dafür sehr empfänglich. Außerdem schafft der Vertrag kein Präjudiz für die spätere Geltendmachung Ihrer Wünsche. Ich versichere Sie, der Kaiser ist Ihnen sehr gewogen. Was ich noch ferner dazu thun kann, Ihnen hier zu nützen, soll gewiß geschehen, doch wird es, wie gesagt, nicht nöthig sein. Ihre Angelegenheiten gehen von selbst, und ich bin fest überzeugt, daß Sie mit der Zeit alles das erreichen werden, was Sie wünschen." —

Der Erbprinz verabredete nun mit dem Minister des Auswärtigen eine Conferenz zur Unterzeichnung des Vertrages. Dieselbe fand am 22. März statt. Die Accessionsacte war ganz so verfaßt, wie in den früheren Beitrittsfällen. Von den sechs Artikeln erklärte der erste den Eintritt Mecklenburgs in den Rheinbund vom 12. Juli 1806; der zweite wies dem Herzog den Sitz im Fürstencollegium an, der dritte untersagte den Durchzug irgendwelcher Truppen, die nicht zum Rheinbund gehörten. Im vierten wurden den katholischen Unterthanen die freie Religionsübung und die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, wie den lutherischen zugestanden; der fünfte setzte das Contingent auf achtzehnhundert Mann fest und der letzte bestimmte eine Frist von sechs Wochen zur Ratification.

Der Kammerherr von Oertzen reiste noch an demselben Abend mit dieser Urkunde nach Ludwigslust, wo er am 31. früh, also schon nach achteinhalb Tagen eintraf. In dem erläuternden Bericht, mit welchem Friedrich Ludwig diese Sendung begleitete, hieß es u. A.:

„Das angesetzte Contingent wird vielleicht etwas stark erscheinen, aber es war unmöglich, dies abzuändern. Es ist einmal als Norm angenommen, daß Alle, die auf der Fürstenbank sitzen, von 150 Einwohnern Einen stellen müssen. Daraus wird ersichtlich, daß man bei uns eine geringere Population als 300 000 Menschen annimmt, und ich habe geglaubt, gut zu thun, diesem nicht zu widersprechen, weil wir sonst noch mehr hätten geben müssen. Allemal wird es nöthig sein, Cavallerie zu stellen, was eine außerordentliche Ersparung ist. Die früheren Stipulationen wegen Cavallerie und Artillerie sind weggefallen ..... Ich glaube, wir können Alles dieses als ein ad interim betrachten. Die Hauptsache scheint mir jetzt zu sein:

1. dem Bunde beigetreten und zwar de bonne grâce beigetreten zu sein, weil dies wenigstens den vexations der in unserer Nachbarschaft garnisonirenden Generals Einhalt thut;
2. sich hier so gut wie möglich zu stellen, weil ich glaube, daß es in der nächsten Organisation mehr auf faveur als auf Gerechtigkeit ankommen wird.

Ich darf ohne Präsumption annehmen, daß dies mit uns der Fall ist. Die mündlichen Versprechungen des Kaisers, die officiellen Versicherungen Champagny's — der doch so prudent ist, daß man ohne bestimmten Befehl weder ein Ja noch ein Nein von ihm erlangen kann, — die sehr bestimmten Antworten des oben angeführten bedeutenden Mannes" (jenes Ungenannten) „lassen mir keinen Zweifel, daß noch Alles zu unseren Gunsten ausfallen wird."

Wie man sieht, war Friedrich Ludwig sehr geneigt, den Dingen die günstigste Seite abzugewinnen. Es lag das in seinem sanguinischen Temperament, das auch in anderen Lebenslagen oft deutlich hervortrat. Wenn er die offenbar ausweichenden, jedenfalls sehr vorsichtigen

Aeußerungen Napoleon's für Zusagen hielt, so mochte der Glanz des Hofes und das äußere Wohlwollen des Imperators, dem das Wesen des Prinzen augenscheinlich gefiel, ihn zu einer Selbsttäuschung verleitet haben, der er sich ohne jene bestrickenden Einflüsse nicht hingegeben hätte. Schon stärkere Naturen sind solchem Zauber erlegen. Uebrigens waren aber auch wirklich einige Anhaltspunkte für die optimistische Auffassung des Prinzen vorhanden. So hatte Napoleon noch kurz zuvor ein Decret unterzeichnet, durch welches die Zurückziehung aller französischen Truppen aus dem Herzogthum befohlen und die Bewachung seiner ganzen Küste den mecklenburgischen Truppen überwiesen wurde. „Wir sind in der That", bemerkte der Erbprinz dazu, „das einzige Land, das sich einer solchen Begünstigung rühmen kann, und ist dies ein überzeugender Beweis von der Gunst und dem Zutrauen des Kaisers."

So wurde es auch in Schwerin aufgefaßt, und der Herzog traf sogleich Anstalten, die Continentalsperre auf das Strengste durchzuführen. Die Truppen, welche die französische Besatzung in Rostock und Wismar ablösen sollten, wurden mobil gemacht, neue Regulative für die Behörden erlassen und scharfe Strafen für den Fall der Uebertretung angedroht. Im Lande herrschte große Freude über die Aussicht, die Franzosen endlich los zu werden. „Sie werden von Allen gesegnet und gelobt," schrieb Plessen an den Erbprinzen, „daß es Ihnen gelungen, diese Erleichterung auszuwirken. Man ist um so dankbarer, als Marschall Soult sich neuerdings Zumuthungen und Ueberschreitungen erlaubt hat, welche die landesherrliche Gewalt bei Seite setzten. Er hat nämlich 1) unseren mit Korn beladenen Schiffen zu Rostock das Auslaufen verboten, 2) eine enorme Requisition für die Militär-Hospitale zu Rostock und Wismar auferlegt, und 3) ein genaues Verzeichniß aller unserer Schiffe aufnehmen lassen, vermuthlich, um sie zu einer Expedition zu gebrauchen."

Um gegen diese Uebergriffe Protest zu erheben und nun auch die thatsächliche Evacuation zu veranlassen, wurde der Oberhofmarschall, Geh. Rath von Bülow, zum zweiten Male ins Hauptquartier nach Hamburg entsendet. Er kehrte aber unverrichteter Sache zurück. Marschall Soult, der überhaupt sehr eigenmächtig auftrat, verweigerte ungeachtet des erhaltenen Befehls die Zurückziehung der Besatzungen von Rostock und Wismar und dies unter dem Vorwand, daß in dem kaiserlichen Befehl nur von der Bewachung an den Küsten, nicht aber in den

Hafenorten die Rede sei. Natürlich war dies eine ganz willkürliche und unhaltbare Auslegung, aber sie hatte doch zur Folge, daß wieder mehrere Wochen vergingen, bis der Erbprinz durch eine neue Demarche bei dem Fürsten von Neufchâtel eine Ordre erwirkte, welche den Marschall Soult anwies, auch die Besatzungen von Rostock und Wismar zurückzuziehen. Diese Ordre erging am 17. April aus Bordeaux, wohin der Fürst von Neufchâtel den Kaiser begleitet hatte. Napoleon hatte St. Cloud am 2. April verlassen und die Fahrt nach Bordeaux mit einer für damalige Verhältnisse erstaunlichen Geschwindigkeit zurückgelegt, nämlich in neunundvierzig Stunden einschließlich eines zehnstündigen Aufenthalts in Orleans. Der Grund dieser raschen Fahrt mochte in den Nachrichten liegen, welche in den letzten Tagen aus Spanien eingetroffen waren. Die Revolte in Aranjuez, die Verhaftung des Friedensfürsten und die Abdankung des Königs am 19. März bestimmten Napoleon, den lange vorbereiteten Schlag gegen die spanische Königsfamilie nunmehr auszuführen. Gegen 150 000 Mann französischer Truppen standen bereits in Spanien vertheilt, alle wichtigen Plätze waren in ihren Händen. Es handelte sich jetzt nur noch darum, sich der Mitglieder des Königshauses zu bemächtigen. Es ist bekannt, wie der mit wahrhaft teuflischer List ersonnene Plan gelang, wie die spanischen Bourbons nach Bayonne gelockt wurden, und Napoleon ihnen dort den Verzicht auf den Thron abzwang.

III.

In Paris war es nun stiller geworden. Der Erbprinz empfand diese Ruhe nach dem aufreibenden, gesellschaftlichen Treiben wohlthuend. Doch verkehrte er fortgesetzt in den Salons einflußreicher Personen, so fast täglich in dem Hause des Fürsten von Benevent.

Am 16. April traf Herr von Oertzen mit der vom Herzog ratificirten Accessionsacte in Paris wieder ein. Er brachte zugleich den nachstehenden Brief:

„Ludwigslust, den 5. April 1808.

Liebster Sohn! Nicht genug kann ich Dir durch diese Zeilen meine Zufriedenheit und meinen Dank bezeugen, die Du so reichlich durch Dein ganzes Benehmen bei den Unterhandlungen verdient hast. Du hast nicht nur einen unermüdeten Eifer für unsere gute Sache, sondern auch eine Gewandtheit dabei an den Tag gelegt, die mich um so mehr freut, als sie von einer richtigen Einsicht und Menschenkenntniß zeugt. Auch wundere ich mich über Deine Fassung und Geistesgegenwart in den Audienzen dem Kaiser Napoleon gegenüber.

Den Sitz im ersten Collegium wünschte ich freilich sehr, um nicht vielen anderen altfürstlichen Häusern künftig nachzustehen. Immer ist man damit auch einigen Gefahren weniger für seine Existenz ausgesetzt, indessen, liebster Sohn, hast Du alles gethan und Dich genug bemühet. Auch hast Du wahrscheinlich die nicht namhaft gemachte Connexion noch weiter fortgesetzt. Unsere Aussichten stehen, wenn sich die Umstände nicht gänzlich ändern, immerhin sehr günstig.

Da Du wünschest, jetzt so bald als möglich von dort abzureisen, wenn Lützow nur angekommen sein wird, so habe ich denselben angewiesen, sich gleich auf den Weg zu machen, und so sehe ich denn Deiner Zurückkunft hierher mit angenehmer Erwartung entgegen.

Die Original-Beitrittsacte zur Auswechselung wird Dir Oertzen mit meiner Ratification wieder einhändigen. Das große Siegel oder Wagenrad haben sie mir in Schwerin ganz wider meinen Willen aufgedrückt, wie denn jetzt daselbst die Mode ist, alles windschief zu machen, denn die französischen Behörden machen mir nicht so viel Ungemach und Verdruß als meine eigenen. Wenn ich das Vergnügen haben werde, Dich wieder zu sehen, wirst Du manches von mir erfahren, woraus nur zu klärlich zu ersehen ist, wie schwer es den hiesigen Autoritäten ankömmt zu gehorchen, und wie wenig mein Benehmen in dem Gang der Geschäfte ihren Beifall findet. Die Lage aller Sachen hat sich bei den

jetzigen Conjuncturen verändert, folglich muß sich auch der Gang der Geschäfte verändern, um die Realität in den Geschäften zu befestigen, damit die Macht in den eigenen Händen des Herrn bleibt und nicht in die seiner Diener übergeht.

Nun schließe ich diesen Brief mit dem innigsten Gefühl der Liebe und Freundschaft, mit welcher ich stets bin und bleiben werde

Dein treuer Vater und Freund
Friedrich Franz."

Der Herzog war, wie man sieht, mit dem Ergebniß der Unterhandlung ganz zufrieden. Ihm kam es vor Allem auf ein geordnetes, staatsrechtliches Verhältniß an. Dieses schien ihm durch den Beitritt zum Rheinbund gewonnen. Die unklaren und unsicheren Zustände, in welche die kleineren Territorialstaaten nach der Auflösung des Reichs und noch mehr durch die napoleonischen Gebietsvertheilungen gerathen waren, empfand er längst als lästig. Zudem plante er eine Abänderung der alten ständischen Verfassung und eine durchgreifende Regulirung der zerrütteten Finanzlage. Er beabsichtigte sich darüber mit seinen Ständen auf einem außerordentlichen Landtag auseinander zu setzen, was auch noch im Herbst desselben Jahres geschah. Friedrich Franz war ein praktischer Mann; in der Politik ließ er sich an dem Erreichbaren genügen; seine 52jährige Regierung hat dies fortdauernd bestätigt. Hochfliegende Pläne und Vergrößerungsgelüste lagen ihm fern. Deshalb bereitete ihm auch das Entsagen auf die großherzogliche Würde eine ungleich geringere Enttäuschung als seinem Sohn, der vielleicht ehrgeiziger angelegt war. Die vagen Hoffnungen, zumal auf Gebietszuwachs hatten für ihn gar keinen Werth. Mecklenburgs Grenzen waren noch dieselben wie vor einem Jahrtausend. Dieser Besitz genügte ihm. Weit mehr nagte der wirthschaftliche Ruin des Landes an seinem Herzen. Eine erkleckliche Geldentschädigung wäre ihm lieber gewesen, als Titel, Würden und Gebietserweiterung. Aber darauf war nicht zu rechnen. So ging er denn, nachdem eine staatsrechtliche Grundlage geschaffen, als umsichtiger und praktischer Regent ungesäumt an die Regelung der innern Verhältnisse und begann damit, zunächst die kleine Kriegsmacht des Landes neu zu organisiren. Da die Franzosen alle Waffen und Munition weggeschleppt hatten, so mußte der Erbprinz in seinem Namen noch während der letzten Wochen des Pariser Aufenthalts Schritte thun, um die Herausgabe wenigstens eines Theils der Gewehre bei dem Kriegsminister Clarke zu erwirken. Diese Schritte hatten aber keinen Erfolg.

Man war genöthigt, die Gewehre für die neuerrichteten und zu einer Brigade formirten vier Bataillone in Lüttich zu kaufen und bei der Ebbe in den herzoglichen Cassen den Betrag durch eine Anleihe zu hohen Zinsen zu beschaffen. Dabei dauerten die Vexationen Soult's fort. Noch zu Ende April hatte er eine große Anzahl von Kranken nach dem Militärlazareth in Dargun schaffen lassen, obwohl nach dem Vertrag vom 22. März dieses Lazareth hätte aufgehoben werden müssen. Von der Stadt Rostock hatte er fünfzig auf Kosten der Rhederei auszurüstende Transportschiffe gefordert und dabei gedroht, den Magistrat vor ein Kriegsgericht zu stellen, wenn diese Schiffe nicht an dem dafür bestimmten Tage segelfertig wären. Wieder mußte der Erbprinz an den Herzog von Neufchâtel schreiben, um die Evacuation des Landes doch endlich zu erwirken. Erst durch einen formellen Befehl, der am 24. Mai von dem kaiserlichen Hauptquartier aus erging, ließ sich der eigensinnige Marschall Soult bewegen, den Rest der französischen Besatzung aus dem Lande zu ziehen. Dieses blieb wenigstens ein Jahr hindurch von Einquartierung frei, bis der Schill'sche Streifzug neue Einmärsche und neues Ungemach heraufbeschwor.

Ganz so resignirt wie sein Herr war der Minister von Plessen über den Ausgang der Pariser Verhandlungen nicht. Noch am 28. März, also zwei Tage vor dem Eintreffen der vollzogenen Urkunde in Ludwigslust, hatte er dem Erbprinzen geschrieben:

„Ich gestehe Ihnen, mein gnädigster Herr, daß ich die Erwartung, Mecklenburg werde seinen Platz im ersten Collegio erhalten, noch nicht aufgeben kann und darf, da die Anweisung des Sitzes im zweiten Collegio, auch wenn sie unvermeidlich wäre, doch für das Herzogliche Haus und selbst für den Umfang dieses Landes eine unverkennbare Herabsetzung bleibt. Ich muß daher noch andere Ursache davon vermuthen, die mir nicht bekannt ist. In politischer Hinsicht ist es immer keine gute Vorbedeutung. Es würde Rußland ja nicht geschadet haben, hierüber ein bestimmtes Verlangen zu stellen, und was hindert es, daß solches nicht noch jetzt und auch nach dem Beitritt geschieht. Wenn der russische Kaiser auch jetzt auf keine Entschädigung für unser Land antragen will und kann, so wird er sich doch dafür interessiren wollen, daß sein Schwager anständig placirt und nicht zurückgesetzt werde. Die allgemeinen Empfehlungen und Verwendungen führen gewöhnlich zu nichts. Und etwas Bestimmtes läßt sich immer fordern und erbitten."

Jetzt, wo der Vertrag vollzogen war, ließ sich zwar zunächst nicht viel thun. Auch erkannte Plessen an, daß der Erbprinz es an Eifer und Entschlossenheit nicht hatte fehlen lassen; er rechnete aber auf die

Zukunft. In diesem Sinne war es ihm sehr erwünscht, daß der Oberhofmeister von Lützow, der inzwischen von St. Petersburg zurückgekehrt war, sogleich nach Paris ging, um den Erbprinzen dort abzulösen.

Lützow war schon in früheren Jahren Gesandter am französischen Hofe gewesen und dann nach Berlin versetzt. Nach Beendigung seiner beschwerlichen Mission in Warschau und Petersburg während des Winters 1806/7 hatte er sein Hofamt in Ludwigslust bekleidet, war aber im Februar 1808 wieder in besonderer Mission nach St. Petersburg gegangen. Diese Entsendung war auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers Grafen Bassewitz erfolgt. Der Herzog hatte nur ungern zugestimmt; er hielt sie für überflüssig und namentlich für zu kostspielig. Zwischen ihm und dem leitenden Minister bestanden überhaupt seit einiger Zeit Differenzen, welche im Verlauf noch schärfer hervortraten und dahin führten, daß Graf Bassewitz einige Monate später seine Entlassung nahm. Auf diese Reibungen bezieht sich denn auch der Schluß des oben angeführten Briefes, in welchem der Herzog über Schwierigkeiten in der Regierung Klage führt. Auch mit der Wahl Lützow's zum Vertreter in Paris war Friedrich Franz eigentlich nicht einverstanden und hatte darüber an den Erbprinzen geschrieben:

„Was Lützow's Sendung anbelangt, so habe ich nur insofern nichts dagegen, als Du findest, daß er der einzige ist, der Dich ablösen kann. Dieses muß ich Deiner Beurtheilung überlassen und Dich dafür responsabel machen, daß aus seiner Mission uns Vortheil und kein Schaden erwächst, da er hinreichend am französischen Hofe als antifranzösisch und gänzlich preußisch gesinnt bekannt sein wird. In allen Fällen kannst Du meines Bedünkens vor Erledigung der Angelegenheit nicht wieder kommen, da Bosset gar nicht der Mann ist, der allein dableiben kann."

Am 25. April traf Lützow in Paris ein, und der Erbprinz setzte nunmehr seine Abreise auf den 1. Mai an. Vor derselben hinterließ er dem Gesandten eine geheime Instruction in neun Artikeln, von welcher wir einige Punkte als besonders charakteristisch hier anführen. Nachdem Herrn von Lützow zur Pflicht gemacht war, die mecklenburgischen Ansprüche auch ferner nachdrücklich zu verfolgen, hieß es wörtlich:

„Wenn die Umstände besondere Ausgaben veranlassen sollten, so wird der Gesandte darüber einen Bericht erstatten und denselben mit denjenigen Argumenten begründen, welche die Verhältnisse ihm darbieten. Immerhin wird seiner Vorsicht

so viel Vertrauen geschenkt, daß es seinem Ermessen verstellt wird, gewisse Beträge und selbst bis zur Höhe von 100 000 Frcs. zu verausgaben, wenn die Umstände ihm nicht gestatten, die vorherige Zustimmung des allerdurchlauchtigsten Herzogs einzuholen, damit er nicht in die Lage kommt, eine günstige Gelegenheit sich entschlüpfen zu lassen oder behindert ist, alles, was unserer Sache nützen kann, zu beschleunigen und zu sichern."

Es ist dies das einzige Mal, daß sich in den Acten eine Andeutung von eventueller Verwendung geheimer Geldbeträge vorfindet. In den Berichten des Erbprinzen ist niemals davon die Rede, und auch sonst läßt nichts darauf schließen, daß der Einfluß maßgebender Persönlichkeiten in Paris auf diesem Wege zu gewinnen versucht wurde. Daß das Napoleonische Beamtenthum von Corruption nicht frei war, ist hinlänglich bekannt und durch viele Thatsachen erwiesen. Ebenso gewiß ist aber auch, daß der fürstliche Unterhändler von diesem Hülfsmittel in dem vorliegenden Fall und für seine Person keinen Gebrauch gemacht hat. Uebrigens hat auch Herr von Lützow, — wie seine bis zum März 1813 reichenden Berichte darthun, — zur Verwendung der ihm ertheilten Ermächtigung eine Gelegenheit weder gehabt noch gesucht.

In dieser Instruction wurde Lützow ferner autorisirt, zur Erreichung des vorgesteckten Zieles eventuell in die Erhöhung des Contingents auf dreitausend Mann zu willigen. Außerdem wurde derselbe aber auf das Bestimmteste angewiesen, „Alles zu vermeiden und officiell zurückzuweisen, was der Selbstständigkeit und dem derzeitigen Besitzstande des herzoglich Strelitzischen Hauses irgendwie nachtheilig sein würde. Auch hat er jedweden Vorschlag zu unterlassen, der den Interessen des preußischen Hofes in irgend einer Art zuwiderlaufen könnte."

„Ich habe Sorge getragen," schrieb der Prinz in seinem letzten Bericht am 30. April, „Herrn von Lützow allenthalben hier einzuführen und kann mit Wahrheit versichern, daß er sehr wohl aufgenommen worden ist. Der Fürst von Benevent war besonders gütig gegen ihn. Dem gnädigen Befehle meines theuersten Vaters zufolge habe ich den Herrn von Lützow nach Beschaffenheit der jetzigen Lage der Dinge instruirt. Auch habe ich demselben befohlenermaßen einen Credit von 60 000 Livres eröffnet.

Ich habe meine Abschiedsvisiten gemacht und werde heute Abend noch beim Fürsten von Benevent Abschied nehmen. Morgen Abend um 11 Uhr verlasse ich Paris und hoffe nun in wenig Wochen das geliebte Vaterland wieder zu sehen. Herr von Bosset wird noch acht Tage hier bleiben, um die kaiserliche Ratification der Accessionsacte zu erwarten. Sollte sie indessen alsdann nicht da sein, so werden seine weiteren Geschäfte einen längeren Aufenthalt nicht gestatten, und wird alsdann Herr von Lützow die Auswechselung beschaffen.

Ich werde meine Rückreise über Straßburg antreten. Mein Weg führt mich über Karlsruhe, wo ich mich indessen nicht aufhalten werde, Würzburg, Bamberg, Coburg, Hildburghausen, Gotha und Weimar.

Glücklich werde ich mich schätzen, nun bald persönlich die Huldigung der kindlichsten Liebe und Ehrfurcht zu Füßen legen zu können, mit welcher ich lebenslänglich verharre Meines gnädigsten Vaters unterthänigst treugehorsamster Sohn

Friedrich Ludwig."

Der Umweg über Thüringen hatte, wie es scheint, seinen besonderen Zweck. Friedrich Ludwig fühlte die Nothwendigkeit, seinen Kindern wieder eine Mutter, seinem verödeten Hause eine Herrin zu geben. Seine Aufmerksamkeit war in dieser Hinsicht auf die Prinzessin Caroline von Sachsen-Weimar gelenkt worden, und der Besuch am Weimar'schen Hofe sollte wohl zu einer näheren Bekanntschaft die Gelegenheit bieten. Einige Monate später führte ihn, wie wir weiter unten sehen werden, ein neuer politischer Anlaß, der Erfurter Fürstencongreß, nochmals nach Weimar, und diese wiederholten Besuche legten den Grund zu einer Annäherung, die dann in der am 1. Juli 1810 gefeierten Vermählung ihren glücklichen Abschluß fand.

Dieser erste Aufenthalt in Weimar war übrigens nur von kurzer Dauer. Es drängte den Prinzen nach der Heimath, namentlich zu seinen Kindern, an denen er mit großer Zärtlichkeit hing. Am 17. Mai traf er wieder in Ludwigslust ein. Seine Abwesenheit hatte sieben Monate gewährt. Sie war ihm nicht leicht geworden. Friedrich Ludwig war im Ganzen eine weiche Natur mit einem stark ausgesprochenen Sinn für das Familienleben. In dem geräuschvollen Treiben der französischen Hauptstadt verließ ihn das Heimweh nie; der Glanz des Tuilerienhofes, der Wechsel der Scenerie konnten ihn nicht entschädigen für die Trennung von den Seinigen. Und dabei lastete noch auf ihm der Gedanke an die traurige Lage seines Landes und an die peinliche Aufgabe, die ihm selbst dabei zugefallen war. Wahrlich, es mochte nicht leicht sein für einen deutschen Fürstensohn, der bis vor Jahresfrist keinen andern Willen über sich gekannt, als den des eigenen Vaters, dort, in fremdem Lande, um das Wohlwollen eines übermüthigen Despoten zu werben, bei Marschällen und Ministern zu antichambrieren, die geeigneten Augenblicke für den Vortrag seiner Angelegenheit zu erspähen und das gewissermaßen als Vergünstigung zu erbitten, was, — nach dem Tilsiter Vertrage und späteren formellen Abmachungen, — seines Vaters wohlbegründetes Recht

war. Und dabei galt es, unter verbindlichen Formen, welche die Etikette des Hofes, wie auch die Art des Auftrags erforderten, die Würde des Standes nach außen und im eigenen Innern die Selbstachtung zu bewahren. Der fürstliche Unterhändler durfte sich durch abweisende Kälte nicht abschrecken, durch berechnetes Hinhalten nicht ungeduldig machen lassen. Er stand dort im Dienst des Vaterlandes; er vertrat wichtige Interessen seines Hauses, die Wohlfahrt seiner Landsleute. Der Erfolg der Mission durfte nicht durch persönliche Empfindlichkeit in Frage gestellt werden. Wenn wir Friedrich Ludwig bestrebt sahen, die Gunst der Mächtigen zu gewinnen, wenn er sich durch die ausweichenden Antworten Napoleon's, durch die kühle Reserve Champagny's nicht abhalten ließ, sein Ziel zu verfolgen, so war das nicht der Ausdruck serviler Gesinnung, sondern des Eifers eines pflichttreuen Agenten. Dabei war seine Stellung übrigens bei Weitem nicht so peinlich, als die mancher anderen Standesgenossen, die gleich ihm mit Beschwerden und Aufträgen nach Paris gekommen waren. Mußte sich doch Prinz Wilhelm von Preußen die rücksichtsloseste Behandlung gefallen lassen, als er wegen Abminderung der unerschwinglichen Contributionen verhandelte; wurde doch später der Herzog von Oldenburg, dem man sein Land genommen, nicht einmal empfangen. Immerhin erforderte auch die Lage des Erbprinzen manches Opfer der Eigenliebe und des Standesbewußtseins. Wenn auch seine amtlichen Berichte Klagen nach dieser Richtung hin oder Ausbrüche einer begreiflichen Verstimmung nicht laut werden lassen, — theils weil er dem Herzog unnöthigen Verdruß ersparen wollte, theils auch, weil die Postbeförderung zu unsicher war, — so spricht doch das oft geäußerte, sehnliche Verlangen nach Rückkehr genugsam dafür, daß er den peinlichen Zwang seiner Lage deutlich empfand. In seinen Briefen an befreundete Personen aus späteren Jahren finden sich außerdem nachträgliche Belege dafür.

Aus der Betrachtung dieser Vorgänge, wie überhaupt der ganzen Rheinbundszeit können wir ein erhebendes Bild freilich nicht gewinnen. Auch hat die deutsche Geschichtsschreibung mit ihrer Kritik nicht zurückgehalten und über die Politik der Höfe, wie über das persönliche Verhalten vieler Fürsten ein vernichtendes Urtheil gefällt. Der Rheinbund als solcher war nicht nur eine nationale Demüthigung; er wurde auch zur Pflanzstätte des Byzantinismus. Der deutsche Leser verweilt nicht

gern bei jenen Blättern der Geschichte, auf denen so mancher unwürdige Act von Strebertthum, Selbstsucht und Kriecherei verzeichnet steht. Allein anmaßend wäre es und unbillig, wollten wir mit pharisäischem Hochmuth auf jene Zeit herabblicken, die ruhmlos und betrübend war, aber doch opferfreudige Herzen und selbstlose Charaktere in den Reihen der deutschen Patrioten fand. Wir dürfen nicht das Maß von Selbstbewußtsein und Nationalgefühl, das zu hegen die Einheit und Machtstellung des deutschen Reichs uns berechtigt, an die Empfindungen und Handlungen einer Generation legen, welcher ein nationaler und politischer Mittelpunkt fehlte. Die damalige Zerrissenheit Deutschlands macht Manches begreiflich, was unter dem heutigen Gesichtspunkt unwürdig und tadelnswerth erscheint. Am wenigsten dürfen wir es den kleinen Fürsten und schwachen Regierungen vorhalten, wenn sie, dem Drang der Umstände nachgebend, eine Anlehnung bei derjenigen Macht suchten, die in Europa fast unbeschränkt zu gebieten schien, der die großen Cabinette huldigten, und die jeden Augenblick im Stande war, neue Bedrückungen auf ihr verarmtes Land zu wälzen. Und wo hätten sie Schutz gefunden gegen solche Gewaltacte? bei dem Zaren, der mit schwärmerischer Inbrunst seinen neuen Freund in die Arme schloß, der bereit war, mit ihm die engsten Familienbande zu knüpfen? bei dem alten Habsburger Hause, welches dies bald darauf thatsächlich ausführte? oder bei dem König von Preußen, der, obwohl seines halben Landes beraubt, dennoch eine enge Allianz mit dem Imperator plante und unter Kalckreuth's Einfluß nahe daran war, sie abzuschließen? bei den Rheinbundskönigen, die sich an dem Schimmer ihrer Pseudo-Souveränität vergnügten, oder bei England, das Jahre hindurch vom Continent abgeschnitten war? — Der Beitritt zum Rheinbund war das Ergebniß einer Zwangslage, und da er unabweislich war, galt es, mit dem Protector wenigstens in ein erträgliches Verhältniß zu gelangen derart, daß man gegen willkürliche Uebergriffe der commandirenden Marschälle und der Administrativbeamten einigermaßen gesichert war oder doch die Möglichkeit eines Recurses in Paris offen hatte. So faßte Friedrich Franz die Lage auf, und in diesem Sinne hatte auch die Mission des Erbprinzen ein befriedigendes Resultat ergeben. Der Herzog äußerte seine Zufriedenheit wiederholt gegen seinen Sohn, wie auch gegen andere: „Mein Aeltester hat seine Sache sehr gut gemacht,“ sagte er in der ihm eigenen Ausdrucksweise.

Auch war er jetzt mit ihm besonders herzlich, und das Verhältniß zwischen Vater und Sohn, das früher oft unter Reibungen gelitten hatte, blieb während der nächsten Jahre ungetrübt.

Inzwischen hatte der Austausch der Ratificationen in Paris am 11. Mai stattgefunden; die mecklenburgische war vom 31. März, die französische aus Bayonne vom 24. April datirt. Es schloß sich daran nun noch der Austausch der üblichen Geschenke. Französischerseits erhielt Herr von Bosset eine kostbare Dose, die mecklenburgische Canzlei eine Gratification von 10 500 Frcs. Die mecklenburgische Gegenleistung bestand in folgenden Geschenken: an Herrn von Champagny eine Dose mit dem Porträt des Herzogs in Brillanten im Werth von 22 275 Frcs., an den Chef der Canzlei des Ministeriums des Auswärtigen, Herrn de la Besnadière eine Dose zu 8000 Frcs., ferner an die Ministerial-canzlei 2500 Frcs. Außerdem erhielt Herr von Bosset auch vom Herzog noch eine Dose im Werth von hundert Louisd'or.

Ueber die Kosten, welche die Mission des Erbprinzen veranlaßte, enthalten die Acten nur einige allgemeine Angaben. Leider fehlen genaue Berechnungen, welche über die damaligen Preisverhältnisse von statistischem Interesse gewesen wären. Die Gesammtkosten der Reise und des Pariser Aufenthalts für den Erbprinzen und seine Begleiter betrugen in runder Summe 51 000 Frcs., die des Herrn von Bosset laut eingereichter Liquidation 25 353 Frcs. Minister von Brandenstein erhielt außerdem eine Zulage für die Dauer der Mission von zweihundert Louisd'or. Die Gesammtkosten der Mission betrugen demnach rund 80 500 Frcs. und mit Einschluß der Geschenke 115 500 Frcs. Der Oberhofmeister von Lützow bezog als Gesandter in Paris neben seinem Gehalt noch eine Repräsentationszulage von zweihundert Louisd'or monatlich.

Die wenigen Monate, welche Friedrich Ludwig zwischen seiner Rückkehr und dem Antritt der nächsten Reise in der Heimath verbrachte, vergingen ihm in neuer angestrengter Arbeit. Dies Mal betraf sie die inneren Verhältnisse. Es galt, diese der veränderten staatsrechtlichen Grundlage anzupassen. Bot auch die den Rheinbundsfürsten zuerkannte Souveränität dem Protector gegenüber nicht einen Schimmer von Selbstständigkeit, war auch das Bundesverhältniß der Mitglieder zu einander unklar und ungeregelt, so hatten doch mit dem Wegfall des Reichsoberhaupts die Machtbefugnisse der Territorialfürsten ihren Unterthanen

gegenüber zweifellos eine Erweiterung erfahren. Seit der Auflösung des Reichstags und des Reichskammergerichts fehlte es an einer Austrägalinstanz für die Streitigkeiten zwischen Landesherrn und Ständen. Zwar bestanden die Verträge, welche in Mecklenburg das Verhältniß zwischen Fürst und Ständen regelten, nach wie vor zu Recht, allein gegen eine Initiative des ersteren, die bestehende Verfassung zu modificiren, fehlte es an dem legalen Schutzmittel eines Recurses bei den Reichsinstanzen. Ja, selbst einer willkürlichen Ausdehnung der Hoheitsrechte oder gar einer Beseitigung der ständischen Verfassung hätte man nicht anders als durch wirkungslose Proteste begegnen können. In der That machte sich diese Tendenz sehr bald in vielen der mindermächtigen deutschen Staaten geltend, und die Entmuthigung, welche sich nach dem tiefen Fall Preußens aller Patrioten bemächtigt hatte, sowie die Einsicht, daß in diesem Zustand allgemeiner Zerfahrenheit feste Stützpunkte gewonnen werden mußten, leisteten einer anmaßenden Cabinetspolitik Vorschub.

Aber derartige, absolutistische Gelüste lagen dem Herzog Friedrich Franz fern. Er war zu rechtlich und vielleicht auch zu staatsklug, um eine Verfassung aufzuheben oder zu durchlöchern, die mit dem Lande eng verwachsen war und sich unter schweren Erschütterungen bewährt hatte. Dennoch waren gewisse Reformen, namentlich im Steuer- und Justizwesen unabweislich, und der Herzog hielt den Augenblick zu ihrer Einführung für geeignet. Vor Allem war eine schleunige Beseitigung der Finanzklemme unbedingt geboten. Die Stände des Schweriner Landestheils wurden zu einem Convocationstag geladen und dieser am 1. September 1808 in Rostock eröffnet. Freiherr von Brandenstein, welcher an die Stelle des ausgeschiedenen Grafen von Bassewitz getreten war, fungirte als erster Commissar. An den Berathungen über die herzoglichen Propositionen hatte der Erbprinz persönlichen Antheil genommen, auch Denkschriften über einzelne der beabsichtigten Reformen verfaßt. Die letzteren betrafen das Contributions- und Steuerwesen, bei welchem eine gleichmäßigere Besteuerung der Landeseinwohner zum Ausdruck kommen sollte, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Justizpflege, die Lehnsverfassung und die Landesklöster. Ueber die Klosterfrage hatte der Erbprinz schon in der Stille der Altonaer Verbannung ein Memoire ausgearbeitet, welches unter Belassung des bisherigen Zustandes dieser Stiftungen doch von dem stiftsfähigen Adel einen Beitrag zu den Landes-

abgaben aus den Klostererträgen verlangte. Ein näheres Eingehen auf die an sich schon ziemlich verwickelte Klosterfrage würde schon deshalb zu weit führen, weil dabei auf die Entstehung dieser Stiftungen zurückgegriffen werden müßte. Es mag nur kurz erwähnt sein, daß dem eingeborenen und recipirten Adel die drei Jungfrauenklöster Dobbertin, Malchow und Ribnitz nebst sehr bedeutenden Ländereien durch die Reversalen von 1572 „zur christlichen, ehrbaren Auferziehung inländischer Jungfrauen, so sich darein zu begeben Lust hätten" zugewiesen waren. Dieselben dienten seitdem zur Versorgung unverheiratheter weiblicher Mitglieder des Adels. Das Recht auf diese Art der Nutzung war seitdem vielfach bestritten, von der stiftsfähigen Ritterschaft aber stets mit Erfolg behauptet worden. Neuerdings nun war durch den Reichsdeputations-Hauptschluß von 1803 die Frage in eine neue Phase getreten. Wir haben bereits gesehen, daß Mecklenburg die in dieser Acte ihm zugewiesene Entschädigung für den Verlust der Straßburger Canonicate als ausreichend nicht anerkannte. Es war daher im Schoß der Regierung erwogen, ob eine ganze oder partielle Einziehung der ritterschaftlichen Klöster auf Grund der völlig veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse und an der Hand der Bestimmungen jener Acte zuläßig sei. Als ein Fühler in dieser Richtung durfte das Erscheinen einer Schrift angesehen werden, welche zuerst in Regensburg herauskam, aber mit einigen Zusätzen später in der Schweriner Hofbuchdruckerei wieder aufgelegt wurde und die Berechtigung zur Einziehung der Jungfrauenklöster vertrat.

Der Verfasser dieser sehr geschickt abgefaßten Schrift stützte sich dabei auf den Wortlaut des Artikels 35 des Reichsdeputations-Hauptschlusses, welcher allerdings durch seine unklare Fassung einer verschiedenartigen Auslegung Vorschub leistete. Aus demselben war nicht mit Bestimmtheit zu ersehen, ob die Befugniß zur Einziehung aller Güter der fundirten Stifte, Abteien und Klöster sämmtlichen Landesherren in Deutschland zustehen sollte, oder nur den zu entschädigenden, und ob unter letztere auch die zu rechnen wären, welche an Stelle einer territorialen Entschädigung nur Renten erhielten. Ferner war in den Bestimmungen des Deputations-Recesses überhaupt ein Widerspruch insofern enthalten, als in einzelnen Fällen weltliche Stiftungen und wohlthätige Anstalten von der Einziehung ausgeschlossen waren, in andern wieder, — wie z. B. bei der Ueberweisung des gesammten württembergischen

Kirchenguts an die Staatsverwaltung, — derartige Stiftungen doch einen Theil der Compensation bildeten.

Bei der Erläuterung dieses zweideutigen Artikels war also ein Zurückgreifen auf die pragmatische Entstehung unbedingt geboten, und diese sprach gegen die Regensburger Schrift. So war z. B. die Ueberweisung des Lippe'schen adeligen Damenstifts zu Cappel an das Haus Nassau-Dillenburg auf Grund eines Einspruchs der Fürstin zur Lippe wieder rückgängig gemacht, und die Deputation hatte in ihrem siebenten Protocoll ausdrücklich erklärt, daß die Einziehung einer solchen Stiftung unzulässig sei.

Immerhin rief das Aufwerfen der Klosterfrage eine gewisse Beunruhigung in den Kreisen der mecklenburgischen Ritterschaft hervor, und letztere veranlaßte einen Rechtsgelehrten, den Geheimen Justizrath Häberlein in Helmstedt, zu einer Gegenschrift, welche die Rechte des stiftsfähigen Adels vertheidigte. Es wurde darin sehr eingehend nachgewiesen, daß die mecklenburgischen Klöster schon einmal, im 16. Jahrhundert, den Proceß der Säcularisation durchgemacht hätten und von den Herzögen in freier Vereinbarung mit den Ständen diesen zur Nutznießung zugewiesen waren. Im Gegensatz zu vielen andern in Deutschland verstreut liegenden Stiftungen dieser Kategorie waren die mecklenburgischen Klöster Eigenthum einer weltlichen Corporation, und die privatrechtliche Natur dieses Besitzes konnte um so weniger angezweifelt werden, als der Erbvergleich (von 1755), das mecklenburgische Staatsgrundgesetz, sich hierüber ganz bestimmt aussprach. Einem Eingriff in diese Rechte stand aber der Artikel 65 des Reichsdeputations-Hauptschlusses entgegen, welcher besagte: „Fromme und milde Stiftungen sind, wie jedes Privateigenthum, zu conserviren."

Der Erbprinz fand, daß einer Einziehung der Klöster zu gewichtige Rechtsgründe entgegenstanden, aber er vertrat die Ansicht, daß bei der ungeheuren Finanzschuld, die auf dem Lande lastete, auch die Klöster zu einer einmaligen Beihülfe heranzuziehen seien. Auf dieser Basis kam denn auch später auf dem Convocationstag ein Abkommen zu stande, nach welchem die Stände 80 000 Thaler aus den Klostereinkünften an die Schuldentilgungscasse ablieferten, während der Herzog auf etwaige aus dem Reichsreceß abzuleitende Ansprüche verzichtete. Auch über die andern Progressionen wurde eine befriedigende Einigung erzielt. Der

Erbprinz war aber beim Schluß der Verhandlungen schon wieder außer Landes. Ein Ereigniß ungewöhnlicher Art hatte eine neue Mission, — die vierte im Verlauf von zwei Jahren — veranlaßt.

Die Nachricht von der auf Ende September verabredeten Zusammenkunft der Kaiser Napoleon und Alexander war schon längere Zeit an den deutschen Höfen verbreitet. Zugleich hatten die französischen Gesandten und Agenten deutlich zu verstehen gegeben, daß es dem Protector erwünscht sein würde, die Fürsten des Rheinbunds um sich versammelt zu sehen. Herzog Friedrich Franz war entschlossen, dieser Aufforderung nicht Folge zu leisten. Er hegte aus den Zeiten der Verbannung noch zu viel Bitterkeit und Groll gegen den übermüthigen Unterdrücker und traute sich nicht genug Selbstbeherrschung zu, um diese Empfindungen bei einer persönlichen Begegnung so weit zu verbergen, als es die Rücksicht auf seine Unterthanen gebot. Die Verträge zu halten, war er bereit, nicht aber zu einem äußern Act der Unterwürfigkeit. Ein willkommener Vorwand, dem Congreß fern zu bleiben, bot sich in den Verhandlungen mit dem Landtag. Der Erbprinz sollte seinen Vater in Erfurt vertreten. Er besaß nicht nur eine geschmeidigere Natur, sondern war durch seinen Pariser Aufenthalt mit Napoleon und seinem Hofstaat persönlich bekannt. Außerdem aber bot die Zusammenkunft der beiden Kaiser vielleicht doch Gelegenheit, den Zar Alexander zur Unterstützung der mecklenburgischen Wünsche zu veranlassen, und hierzu war auch wieder Niemand geeigneter als Friedrich Ludwig, der mit seinem kaiserlichen Schwager auf vertrautem Fuße stand. Für den Fall, daß es in dieser Hinsicht zu schriftlichen Abmachungen kommen könne, war er mit einer weitgehenden Vollmacht versehen. Diesem Document ist in den Acten der Vermerk hinzugefügt, daß von demselben kein Gebrauch gemacht wurde. In der That hatte die Mission des Erbprinzen nach dieser Seite hin keinen Erfolg. Zwar ließ er es, wie wir sehen werden, an Versuchen nicht fehlen, die Aufmerksamkeit der beiden Kaiser und ihrer Minister auf die mecklenburgischen Angelegenheiten zu lenken; allein schon nach den ersten Schritten erkannte er, daß trotz der freundlichen Aufnahme Ort und Zeit für politische Geschäfte untergeordneter Art nicht geeignet waren. So sehr er beflissen war, der Sache seines Hauses und seines Landes zu dienen, so besaß Friedrich Ludwig doch zu viel Selbstachtung und Würde, um in

den Ton niederer Schmeichelei und Augendienerei zu verfallen, in welchem sich in Erfurt leider so viele seiner Standesgenossen überboten. War er gleich im Hinblick auf die Nothlage seines Landes verpflichtet, das Wohlwollen der beiden mächtigsten Herrscher sich zu erhalten, so bewahrte er doch bei dieser Begegnung das freimüthige, offene Wesen und die bescheidene, aber würdige Zurückhaltung, die ihm in Paris und Petersburg die Achtung und Zuneigung einflußreicher Personen gewonnen hatte. In diesem Benehmen mußte ihn die Wahrnehmung bestärken, daß es sich in Erfurt überhaupt nicht um einen politischen Congreß, sondern um eine Heerschau handelte, um ein glänzendes Schauspiel, in welchem nur zwei Personen als Acteurs, alle andern als Statisten auftraten und das lediglich zur Verherrlichung des Einen, Gewaltigen veranstaltet war. Was zwischen den beiden Kaisern verhandelt wurde, blieb selbst ihrer nächsten Umgebung ein Geheimniß. Von den deutschen Angelegenheiten war kaum die Rede. Wohl mochte mancher von den Rheinbunds-Fürsten Wünsche und Anliegen auf dem Herzen haben, aber die kühle, abweisende Haltung des Protectors drängte sie von den Lippen zurück, und auch mit seinen Ministern konnte nichts von Belang verhandelt werden.

Am 21. September verließ der Erbprinz Ludwigslust und traf am Abend des 23. in Weimar ein. Er hatte seinen achtjährigen Sohn, den Prinzen Paul mitgenommen, um ihn den dortigen Verwandten, — die Erbgroßherzogin Marie Paulowna war eine Schwester der so früh dahingeschiedenen Helene, — namentlich aber auch dem Kaiser Alexander vorzustellen, welcher dies gewünscht zu haben scheint. Trotz der anstrengenden Fahrt, — denn man reiste Tag und Nacht, — kam der kleine Prinz wohl und vergnügt in Weimar an, wie sein Vater noch am selben Tage nach Hause meldete. Die mecklenburgischen Gäste bewohnten auf Wunsch des Kaisers Alexander einen Theil derjenigen Zimmer, die für ihn im herzoglichen Schloß bereit gehalten wurden. Der Zar wollte die Seinigen recht nahe bei sich haben. Seine Ankunft in Weimar sollte am 25. erfolgen. Sein Bruder Großfürst Constantin reiste ihm vorauf. Das Gefolge des Kaisers war sehr zahlreich. Außer dem Minister des Auswärtigen, Grafen Romanzoff, und dem in Paris accreditirten Grafen Tolstoi, begleiteten ihn die Fürsten Wolkonski, Trubetzkoi, Gagarin, Galitzin, die Grafen Uwaroff und Schuwaloff, sowie noch mehrere Generale, Staatsräthe und Adjutanten.

Den Herzog von Sachsen-Weimar fand der Erbprinz am 23. nicht mehr anwesend. Er war am Morgen nach Eisenach gefahren, um die Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers Napoleon zu treffen, der, von Mainz kommend, am 25. dort erwartet wurde. Seine Ankunft verzögerte sich aber um einen Tag. Napoleon hatte die Personen seines Gefolges mit besonderer Sorgfalt gewählt. Er wollte von den bedeutendsten Heerführern, namentlich von solchen Marschällen begleitet sein, die, wie Berthier, Soult, Davoust, Lannes, Mortier und Oudinot, in Deutschland bekannt waren, daneben aber auch von den Trägern altaristokratischer Namen, wie Talleyrand, Montesquiou, Sapieha 2c. Der Hofstaat unter dem Palastmarschall Duroc, dem Palastpräfecten Beausset, dem Generalintendanten des kaiserlichen Hauses, Grafen Daru, und dem der kaiserlichen Schauspiele, Grafen Rémusat, war überaus zahlreich und glänzend. Außer der maison militaire begleiteten den Kaiser noch eine Reihe von Generalen, sowie die Minister Champagny und Maret mit ihren Canzleien. Natürlich war auch der Botschafter in St. Petersburg, Caulaincourt, berufen; er reiste in der Suite des Zaren.

Die französische Theatertruppe, die aus neunzehn Personen bestand, war unter ihrem Director Dazincourt am 25. September angelangt. Ihre hervorragendsten Mitglieder waren die Schauspieler Saint-Priest, Talma, Lafond, Damas und die Damen Raucourt, Bourgoing, Duchenois, Gros und Patrat. Man gab in Erfurt fünfzehn Vorstellungen.

Das Erfurter Schauspielhaus war keineswegs auf so glänzende Aufführungen eingerichtet. Es war gerade von der Blondin'schen Seiltänzer- und Akrobatengesellschaft besetzt, die es schleunigst räumen mußte. Der geschickte Theatermaler Horny aus Weimar mußte in aller Eile den Vorhang und die Coulissen übermalen. Die Scene stellte die säulengetragene Vorhalle eines römisches Palastes vor. Eine Verwandlung auf der Bühne konnte nicht stattfinden.

Die Stadt befand sich in einer begreiflichen Aufregung, die um so größer war, als die erste Kunde von dem Eintreffen der Souveräne erst kurz zuvor, am 13. September, mit der Ankunft des kaiserlichen Palastpräfecten, Baron Canonville, dorthin gelangt war. Derselbe bestimmte das Gouvernementsgebäude zur Residenz des Imperators und verschiedene

Privathäuser zu Wohnungen für die Souveräne und Würdenträger, indem er dabei auf den Hauswänden mit Kreide die Bezeichnung „maison de l'empéreur“ anbringen ließ. Für den Kaiser von Rußland war das Triebel'sche Haus auf dem Anger gewählt. Alle diese Wohnungen wurden nun möglichst prachtvoll hergerichtet, die Straßen gereinigt, theilweise mit neuem Pflaster versehen und mit Ehrenpforten geschmückt, die aber, kaum fertig, wieder abgebrochen werden mußten, da sich Napoleon alle Empfangsfeierlichkeiten, außer den militärischen, verbat. König Jerôme sandte sein silbernes Tafelservice und verschiedene Galakutschen, von denen eine achtspännige, prächtig vergoldete und mit echt silbernen Beschlägen versehene, später von den beiden Kaisern zu ihren Ausfahrten benutzt wurde.

Die zur Uebernahme des Ehrendienstes einrückenden Truppen waren ein Regiment Kaiserlicher Garden, das leichte Infanterie-Regiment Nr. 17, das sich bei Arcole ausgezeichnet hatte, das sechste Kürassier-, das erste Husarenregiment und eine Batterie. Stadt und Umgegend waren von Soldaten überfüllt.

Als Conferenzsaal war ein großes Zimmer im Gouvernement bestimmt und hergerichtet worden, dessen Fenster auf ein in der Nebenstraße liegendes, dem Herzog von Weimar gehöriges Gebäude gingen. Um die Geheimhaltung der Sitzungen zu sichern, wurden die Fenster dieses Gebäudes, nachdem die Erlaubniß von Weimar eingeholt war, zugemauert. Später aber hielt man einen anderen Raum für geeigneter, und nun mußte die Vermauerung wiederum an den Fenstern des diesem Raum gegenüber liegenden Hauses vorgenommen werden. Die Conferenzen wurden meist nach dem Theater abgehalten, welches bis 10 Uhr währte. Man gab u. A. „Mithridates“, „Cinna“, „Oedipus“, „Die Horatier“, „Phädra“ und den besonders glänzend ausgestatteten „Mahomet“.

Die Tage von Erfurt sind schon häufig von Augenzeugen beschrieben worden. Neuerdings haben die Memoiren Talleyrand's noch interessante Details darüber gebracht. Wir geben daher die Briefe, welche der Erbprinz aus Weimar und Erfurt an seinen Vater schrieb, nur im Auszuge und wählen daraus Dasjenige, was für den Autor und die ihm übertragene Mission besonders charakteristisch ist.

„Weimar, den 24. September 1808.

Ich bitte meinen theuersten und gnädigsten Vater um die Erlaubniß, des Zeitgewinnens wegen anjetzt täglich einige Zeilen schreiben zu dürfen. Wenngleich dadurch meine Briefe am Stil nothwendig verlieren werden, so werde ich doch das allenfalls zu Meldende mit mehr Ordnung berichten können. Heute Morgen um 11 Uhr ist der Großfürst Constantin hier angekommen. Er war sehr freundschaftlich gegen mich und sehr erfreut, meinen Sohn zu sehen. Mit Wahrheit kann ich sagen, daß der liebe, kleine Mensch sich ganz vortrefflich aufführt. Der Zusammenfluß von Fürsten in Erfurt wird außerordentlich sein; ich habe schon heute hingeschrieben, um Quartier zu bekommen. Der König von Sachsen reist morgen von Dresden nach Erfurt ab. Der Herzog von Oldenburg ist heute Abend hier eingetroffen."

Der Erbprinz führt in seinen folgenden Briefen die meisten der Fürsten auf, welche successive in Erfurt anlangten. Wir nennen davon hier im Zusammenhang die Könige von Bayern, Sachsen, Württemberg und Westphalen, den Fürst-Primas von Dalberg, die Herzöge von Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha*) und Oldenburg, die Erbprinzen von Baden, Hessen-Darmstadt, Hessen-Homburg, Hessen-Philippsthal, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Koburg, die Fürsten von Dessau, Waldeck, Schwarzburg-Rudolstadt, mehrere Fürsten Reuß u. s. w.; von fürstlichen Damen waren anwesend: die Königin von Westphalen, die Erbprinzeß von Baden, die Herzogin Alexander von Württemberg, die Herzogin von Hildburghausen und die Fürstin Taxis. Der König von Preußen hatte den Prinzen Wilhelm geschickt, der vom Minister Grafen Goltz begleitet war. Oesterreich hatte keine officielle Einladung erhalten. Man war in Wien darüber sehr beunruhigt, da man nicht ohne Unrecht annahm, die franco-russischen Abmachungen würden sich gegen den Kaiserstaat richten. Kaiser Franz hatte daher aus eigener Initiative den Baron Vincent, einen erfahrenen und mit Talleyrand befreundeten Diplomaten nach Erfurt entsendet, der auch von beiden Kaisern mehrmals empfangen wurde und im Ganzen beruhigter, als er gekommen, nach Wien zurückkehrte. — —

---

*) Dieser war ein Schwager Friedrich Ludwig's. Er hatte sich 1797 mit Prinzessin Luise, ältesten Tochter Friedrich Franz' I., vermählt. Sie war 1801 an der Geburt einer Tochter gestorben, welche später Gemahlin des Herzogs Ernst von Sachsen-Coburg und Mutter des 1893 verstorbenen Herzogs Ernst II. und des Prinzen Albert, späteren Gemahls der Königin Viktoria, wurde. Im Wege dieser Descendenz ist demnach Kaiser Wilhelm II. ein Urenkel des Herzogs Friedrich Franz I.

Am 25. September schrieb der Erbprinz:

„Heute Abend gegen 8 Uhr traf der Kaiser von Rußland im besten Wohlsein hier ein. Se. Majestät waren sehr gnädig gegen mich und schienen viele Freude zu haben, meinen Sohn zu sehen.

Ich sende morgen früh den Kammerherrn von Oertzen mit einem Briefe an Minister von Champagny nach Erfurt, um mir die Erlaubniß zu erbitten, dem Kaiser und Könige dort aufwarten zu dürfen. Der Kammerherr von Stein, welcher sich unterthänigst zu Gnaden empfiehlt, wird mich dahin begleiten.“

* * *

„Weimar, den 26. September 1808. — (Geheim durch Courier.)

Ich habe heute Morgen mit dem russischen Minister des Auswärtigen, Grafen von Romanzoff, eine Unterredung gehabt und ihm ein Memoire übergeben, welches er dem Kaiser, seinem Herrn vorlegen wird. Se. Excellenz meinten, daß, wenn in Erfurt überhaupt von dergleichen Angelegenheiten die Rede sein würde, er nicht zweifele, daß der Kaiser sich gern für unsere Angelegenheiten verwenden würde. Was aber die Vergrößerung an Land und Leuten und namentlich die Beilegung der Herzogthümer Lauenburg oder Schwedisch-Pommern beträfe, so würde dieses natürlich allemal erst beim Frieden entschieden werden können.

Se. Majestät sind außerordentlich mit meinem Sohn zufrieden, was mich denn sehr glücklich macht. — Der Minister Champagny hat mir eine sehr verbindliche eigenhändige Antwort durch Herrn von Oertzen gesandt, in welcher er mich versichert, daß es keiner Erlaubniß bedürfe, nach Erfurt zu kommen, und daß der Kaiser Napoleon mich gewiß sehr gerne dorten sehen würde.“

* * *

„Erfurt, den 27. September.

Um 1 Uhr Mittags ist Kaiser Alexander von Weimar abgereist. Eine Meile vor der Stadt Erfurt ist ihm der Kaiser Napoleon entgegen gekommen, und dann haben beide Monarchen den Weg zu Pferde zurückgelegt und unter dem Donner der Kanonen und unter Bedeckung von Infanterie und Kavallerie ihren Einzug gehalten. Sie sind im Quartier des russischen Kaisers abgestiegen. Nachher haben sie sich nach dem des französischen begeben, wo in Gesellschaft des Königs von Sachsen gespeist worden ist. Abends hat der Kaiser Napoleon den russischen im Wagen nach Hause gebracht, welcher späterhin noch einen Besuch bei der Fürstin von Taxis, geborenen Prinzeß von Strelitz, gemacht hat. — Der Erbprinz von Strelitz ist gestern Morgen mit dem Grafen von Schlitz in Weimar angekommen. Er schickte auch hierher, um die Erlaubniß zum Herüberkommen zu erhalten und wird vermuthlich heute Nachmittag folgen, was auch der Herzog von Oldenburg thut. Ich habe aus Mangel an Pferden erst den Abend um 7 Uhr Weimar verlassen können und bin gegen 10 Uhr hier angekommen. Ich wohne bei unserem Landsmann Baron von Stenglin, welcher so gütig gewesen ist, mich aufzunehmen, und mir aufträgt, ihn meinem gnädigsten Vater zu Gnaden zu empfehlen. Gleich bei meiner Ankunft meldete ich diese schriftlich dem Minister von Champagny und wiederholte meine Bitte, dem Kaiser Napoleon aufzuwarten. Ich erhielt sogleich ein überaus

höfliches Billet, in welchem er mir versprach, mich morgen beim Kaiser zu melden und mich auf morgen Mittag zu Tische bat. Ganz spät war ich noch bei meiner Cousine von Taxis. Erfurt war diesen Abend sehr hübsch erleuchtet."

* * *

„Den 28. September.

Heute Morgen um 11 Uhr habe ich die Ehre gehabt, Sr. Majestät dem Kaiser Napoleon aufzuwarten, welcher mich außerordentlich gnädig empfing, mir sagte, daß es ihm lieb sei, mich wiederzusehen, mich nach dem Wohlsein meines gnädigsten Vaters frug, ob ich schon heute Morgen den Kaiser Alexander gesehen habe u. s. w. Ich sagte Sr. Majestät, wie mein gnädigster Vater Alles thäte, um seinen Pflichten genau nachzukommen, worauf Se. Majestät mir sagten, wie sie sich freuten, daß nunmehr Alles, was uns belästigt habe, geendigt sei.

Nachher hatte ich eine Privataudienz beim Kaiser Alexander, in welcher ich ihn wie immer als guten, alten Freund gefunden habe. Ich sagte, daß ich dem Grafen Romanzoff ein Memoire übergeben hätte, was er auch schon wußte, und bat ihn, sich für uns zu verwenden. Er erwiderte aber aufrichtig, daß anjetzt noch so viele, wichtige Punkte zu beseitigen wären, daß es schwer sein würde, etwas Bestimmtes zu versprechen. Billiger Weise ist wohl auch nicht zu verlangen, daß, wenn durch diese Begünstigung andere, das Wohl des Ganzen betreffende Arrangements erschwert werden sollten, er diese unserem Privatinteresse nachsetze. Allemal bin ich der gewissen Ueberzeugung, daß man russischerseits uns gerne das Wort reden wird.

Heute Mittag hatte der französische Kaiser mich zur Tafel eingeladen. Der russische Kaiser, ich darf es sagen, distinguirte mich im Beisein Napoleon's auf eine so gütige Art, daß ich tief gerührt darüber bin. Das Diner war äußerst interessant. Es aßen dort außerdem noch der König von Sachsen, der Großfürst Constantin und der Herzog von Weimar. Der französische Kaiser that dem russischen eine Menge Fragen über die Administration seines Reiches. Ich kann nicht umhin, hier eine Aeußerung zu bemerken, welche ihrer Bedeutung wegen mir wichtig geschienen hat. Napoleon sagte unter Anderem, daß der wirthschaftliche Aufschwung eines Landes sehr gehemmt sei, wenn der Souverän darin allzuviel Domänen habe; nur wenn dasselbe in den Händen kleiner Particuliers sich befände, könne ein Staat blühen. In dieser Aeußerung finde ich einen politischen Grund mehr, um bei uns die Vererbpachtung der Bauern zu bewerkstelligen.

Nach dem Diner des Kaisers fuhr ich zum Minister von Champagny, bei dem ich hatte essen sollen. Er war noch bei Tische. Als er erfuhr, daß ich dort sei, verließ er seine Gäste, um mir Gesellschaft zu leisten, und war von einer so ausgezeichneten Höflichkeit in Gegenwart verschiedener anderer Fürsten, daß es mich in der That embarassirte. Wenngleich ich wohl weiß, daß dieses nur des russischen Kaisers wegen geschieht, so ist es im Ganzen doch nicht ohne Nutzen. Ich suche indessen, mich so wenig wie möglich dieses zu rühmen, und mich lediglich wie es einem deutschen Fürsten zukommt zu benehmen. — — Der Graf von Champagny zeigte mir mit sichtbarer Zufriedenheit die Dose mit dem Porträt meines gnädigsten Vaters und brachte das Gespräch auf unsere inneren Verhältnisse. Er fragte, ob wir keine Schwierigkeiten mit den Ständen hätten, worauf ich erwiderte, daß die Finanz- und Militärangelegenheiten anjetzt

arrangirt würden, daß das Uebrige mit einer ständischen Deputation abgemacht werden solle, daß übrigens mein Vater seine Unterthanen als Kinder behandle und die neuen Einrichtungen auf gewisse Hauptgrundsätze beschränke, welche durch die veränderte, politische Lage gegeben wären. Hierauf sagte der Minister, er habe kürzlich Nachrichten hierüber durch den Viceconsul Desbordes in Rostock erhalten und fragte, wie wir mit ihm zufrieden seien. Ich erwiderte, daß wir bisher nur Ursache gehabt hätten, ihn zu loben, erwähnte aber seiner Differenz auf dem Convocationstage. Der Minister sagte, er fände, daß Desbordes in seinen Prätensionen höchst unrecht habe; er sei nur Viceconsul, habe mit der Diplomatie nichts zu thun und sich nur um die Angelegenheiten des Handels zu kümmern. Der Minister fragte weiter, ob er ehrlich sei. Ich erwiderte: so viel ich wisse, ja; übrigens sei er in einer guten Schule gewesen. Champagny lachte und sagte: „Deshalb gerade frage ich danach, Monseigneur. Nimmt er Geld?" Ich wiederholte, daß ich nichts davon wüßte, daß dies übrigens, seitdem wir selbst unsere Küsten und unseren Handel bewachten, unmöglich geworden sei; daß ich glaubte, er fände unsere Maßregeln zuweilen zu strenge, daß wir aber genau das hielten, was wir versprochen hätten.

Ich habe die frohe Ueberzeugung, daß unsere Sachen gut stehen und daß die Zeit kommen wird, wo wir es angenehm empfinden werden. Den größeren Begebenheiten vorzugreifen, ist nicht immer möglich, indessen werde ich nicht aufhören, zu wirken, wo es nur immer angeht. — — Minister Champagny hat mich ein für allemal zum Essen gebeten . . . Heute Abend ward Andromache gegeben."

* * *

„Den 30. September.

Die hiesigen Verhandlungen werden sehr geheim gehalten, so daß es wohl zu gewagt wäre, Conjecturen darüber zu machen. Allemal scheint es aber gewiß, als wenn die Erhaltung des Friedens auf dem festen Lande der Hauptgegenstand derselben ist. Der seit zwei Tagen anwesende österreichische General St. Vincent hat gestern eine vierstündige Audienz bei dem französischen Kaiser gehabt. Heute war er gleichfalls bei dem russischen. Der General soll sich zufrieden geäußert haben. Man hat mir versichert, daß dem abgeschlossenen Vertrage mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen zuwider die Absicht bestanden haben soll, die Truppen dennoch nicht herauszuziehen, daß aber der Kaiser Alexander eine vortheilhafte Aenderung bewirkt habe, sowie auch längere Termine zur Abtragung der Contribution.

Ueber die Dauer des hiesigen Aufenthaltes ist noch nichts bestimmt; Einige reden von 10 Tagen, Andere von noch länger. Es thut mir sehr leid, daß die Hamburger Post nur zweimal die Woche geht, am Dienstag und Sonnabend. Mein Sohn empfiehlt sich mit mir Ihrer fortdauernden, väterlichen Gnade, und ich nenne mich ꝛc."

* * *

„Den 2. October.

Heute Morgen beim Lever frug der Kaiser Napoleon den Herzog von Oldenburg, ob sein Beitritt zum Rheinbunde schon geschehen sei. Die Antwort war: „Nein." — „Warum denn nicht?" — Weil Se. Majestät abgereist gewesen wären. — „Die Sache muß hier zu Ende gebracht werden," sagte der Kaiser kurz.

Meine Lebensweise ist beinahe ganz die nämliche wie in Paris: des Morgens zum Lever, gegen Mittag zum russischen Kaiser, zum Essen ausgebeten und dann jeden Abend in die Tragödie. Hernach bringen wir Deutsche gewöhnlich noch ein paar Stunden bei der Fürstin von Taxis zu. Diesen Mittag aß ich beim Fürsten von Neufchâtel, welcher mich mit Freundschaft überhäufte. Ueberhaupt geht es mir sehr gut."

* * *

„Den 3. October.

Die Herzogin von Hildburghausen*) hat diesen Morgen eine Audienz beim französischen Kaiser gehabt, welcher ganz ausnehmend artig war. Bei dieser Gelegenheit sprach er auch vom Erbgroßherzog von Baden und äußerte, wie höchst unzufrieden er mit ihm sei. Es geht das Gerücht, daß man die Prinzessin Stephanie von ihm scheiden und sie dem ältesten Grafen Hochberg**) geben würde, der dann auch die Erbfolge in Baden erhalten solle. . . . . Die beiden Kaiser bringen viele Stunden des Tages zusammen zu, und man darf hoffen, daß die Beruhigung der Welt der Gegenstand ihrer Unterhaltung ist."

* * *

„Den 4. October.

Ich benutze die Abreise der Herzogin von Hildburghausen nach Strelitz für die Besorgung meiner letzten Berichte. In politischer Hinsicht wird auch der heutige sehr mager erscheinen. Man kann ja aber nicht mehr sagen, als man weiß. Alles wird sehr geheim traktirt. Indessen hat es aber den Anschein, als wenn an den Mitteln zu einem allgemeinen Frieden gearbeitet wird, wenigstens ist dies der Wunsch des russischen Kaisers. . . . . Uebermorgen ist große Jagd und Ball in Weimar, wo beide Kaiser, alle vier Könige und sämmtliche Fürsten erscheinen werden. Kaiser Napoleon hat mich als Verwandten des russischen Kaisers auf die Liste der Personen gesetzt, welche mit ihm jagen sollen, ebenfalls den Herzog von Oldenburg. Alle anderen Fürsten kommen erst zum Ball. Um der Herzogin von Weimar eine Artigkeit zu erweisen, läßt der Kaiser Napoleon übermorgen das französische Theater nach Weimar kommen.

Diesen Morgen hat mir der Marschall Soult gesagt, wie er dem Kaiser Rapport über die ausgezeichnet gute und treue Art gemacht habe, mit welcher unsere Truppen den Dienst an den Küsten versähen. Er fügte noch eine Menge höflicher Sachen für meinen gnädigsten Vater hinzu und versicherte, wie er Deutschland nicht verlassen würde, ohne Ihnen in Ludwigslust aufgewartet zu haben."

Der hier mehrmals erwähnten Fürstin von Thurn und Taxis sind wir schon früher in Paris begegnet. Aus dem gleichen Anlaß wie

*) Sie war eine Prinzessin von Strelitz, Schwester der Königin Luise und der Fürstin Taxis.

**) Gemeint ist Graf Leopold Karl, ältester Sohn des Großherzogs Karl Friedrich aus dessen zweiter, morganatischer Ehe mit Freiin Karoline Geyer von Geyersberg. Die Kinder aus dieser Ehe wurden 1817 zu Markgrafen von Baden und Großherzoglichen Prinzen erhoben, und der hier genannte Leopold Karl bestieg 1830 als Großherzog den badischen Thron.

damals war sie auch jetzt erschienen, um die Angelegenheiten ihres Gemahls, des Generalpostmeisters zu betreiben. Sie rechnete dabei auf die Unterstützung des Kaisers Alexander, der eine große Verehrung für sie hegte. Der Kaiser brachte fast jeden Abend einige Stunden nach dem Theater bei ihr zu, ebenso Talleyrand, aus dessen Memoiren wir erfahren, daß die wichtigsten politischen Angelegenheiten in ihrer Gegenwart besprochen wurden. Der vertrauliche Fuß, auf dem der Erbprinz mit seiner Cousine stand, war ihm für seine dortige Stellung sicherlich von Nutzen.

Die Festlichkeiten in Weimar waren für den 6. October anberaumt. Da Postpferde für diesen Tag nicht mehr zu haben waren, reiste Friedrich Ludwig schon am Abend vorher dorthin und erhielt eine Wohnung beim Erbprinzen, mit welchem er durch dessen Gemahlin Maria Paulowna verschwägert war und dessen rechter Schwager er durch seine zweite Heirath zwei Jahre später noch werden sollte. Am Morgen des 6. trafen die beiden Kaiser in Weimar ein und begaben sich mit den anderen Gästen nach dem Jagdgebiet, wo ein eingestelltes Jagen auf Schwarzwild und Rothwild stattfand. Mittags war große Tafel, später Vorstellung der französischen Schauspieler im Theater, — man gab „Cäsar's Tod", — und dann ein glänzender Hofball, bei welchem „Napoleon sich besonders liebenswürdig und heiter zeigte und über eine Stunde lang mit Wieland sprach." Am nächsten Tage war großes Déjeuner auf dem Schlachtfeld von Jena. Das Zelt war auf der Stelle errichtet, wo Napoleon während der Nacht bivouakirt hatte. Nachher beritten die Kaiser mit ihrer Suite das Schlachtfeld. Hieran schloß sich noch ein großes Hasentreiben in der Ebene von Jena. Daß diese Jagdbelustigung gerade auf der Stelle veranstaltet wurde, wo zwei Jahre vorher und fast zur nämlichen Zeit (14. October) in der unseligen, blutigen Schlacht zahllose Menschenleben geopfert waren, darf mindestens für geschmacklos gehalten werden und wurde auch von vielen Betheiligten so beurtheilt. Nach der Jagd traten die Kaiser ihre Rückreise nach Erfurt an. Der Erbprinz folgte ihnen am nächsten Tage. Er hatte noch von Weimar aus und zwar „in Folge von Gesprächen mit dem Kaiser von Rußland und dem Fürsten von Benevent" den Kammerherrn von Oertzen nach Schwerin gesandt. Derselbe sollte mündlich berichten, da zum Schreiben die Zeit fehlte. Es scheint, daß diese Unterredungen die

Hoffnung Friedrich Ludwig's auf irgend ein positives Resultat wieder belebt hatten, denn einige Tage später, am 10., schrieb er seinem Vater aus Erfurt: „Ich halte es garnicht für unmöglich, daß ich Ihnen bald etwas Angenehmes zu berichten haben werde, was mich sehr glücklich machen würde."

Aber diese Hoffnung sollte sich wieder zerschlagen. Wie schon weiter oben vorausgeschickt wurde, kamen deutsche Angelegenheiten zwischen den beiden Kaisern überhaupt nicht zur Sprache. Sie hatten zu viel mit ihren eigenen zu thun, und Napoleon namentlich benutzte die letzten Tage des Erfurter Aufenthalts ausschließlich dazu, Vertrauen und Zuneigung bei seinem neuen Freund zu befestigen. In jenen Tagen war es, wo er zuerst allgemeine Andeutungen über die beabsichtigte Ehescheidung fallen ließ, um bald darauf offen mit der Werbung um die Hand einer Großfürstin hervorzutreten. Das Zusammensein der beiden Monarchen nahm einen so vertraulichen Charakter an, daß es der Umgebung auffiel, Gerüchte von einer Familienverbindung bereits die Luft durchschwirrten und es den deutschen Fürsten immer klarer zum Bewußtsein kam, wie sie nur geladen waren, um als glänzende Staffage zu dienen. Von dieser Empfindung wenigstens wurde Friedrich Ludwig beherrscht. Es war ihm lieb, daß seinem Vater die beschämende Rolle erspart blieb, die den regierenden, sogenannten „souveränen" Herren in Erfurt zugemuthet wurde. Er selbst als jüngeres Mitglied des alten Hauses, das seinen Stammbaum zu den wendischen Fürsten der vorchristlichen Zeit zurückführte, fand sich leichter damit ab, wenn er seine Verstimmung auch nicht ganz zu unterdrücken vermochte. Seine Briefe wurden kürzer; in der letzten Woche blieben sie ganz aus. Entweder hatte er nichts zu schreiben, oder er mochte das, was er sah und hörte, dem Papier nicht anvertrauen. Auch in späteren Jahren sprach er nur ungern von den Erfurter Erlebnissen.

Am 23. October traf er wieder in Ludwigslust ein. In der Rang- und Entschädigungsfrage war man um keinen Schritt weiter gerückt. Auch die nächsten Jahre, weit entfernt, die Lage des Herzogs zu verbessern, brachten nur neues Ungemach über das Land. Schill's verwegener Streifzug, der ihn über Dömitz, Wismar und Rostock nach Stralsund führte, weckte den Argwohn des Imperators. Dänische und holländische Truppen rückten in Mecklenburg ein. Wieder begann die

Zeit der Kriegsdrangsale aller Art, der Plünderungen und Erpressungen. Aber die Jahre der napoleonischen Willkürherrschaft waren gezählt. Zweimal zog Friedrich Ludwig an der Spitze seiner mecklenburgischen Truppen siegreich in Frankreich ein, und der Wiener Congreß brachte dem herzoglichen Hause die Rangerhöhung, auf welche es sowohl nach der Ausdehnung seines Gebiets als in Anerkennung der geleisteten Opfer längst gerechten Anspruch hatte.

Eine Gebietsvergrößerung hat Mecklenburg auch in jener zweiten Phase deutscher Territorialveränderungen nicht erhalten. Der Herzog hatte zwar sowohl bei der Accession zur großen Alliance, als auch auf dem Wiener Congreß seine Entschädigungsansprüche geltend gemacht, allein die politische Constellation war der allein möglichen Grenzerweiterung nach Schwedisch-Pommern oder Lauenburg hin nicht günstig. Ueber beide Gebiete hatte der Rath der Großmächte bereits anderweitig verfügt. Alles was Mecklenburg-Schwerin erhielt, war ein Antheil an der französischen Kriegscontribution im Betrage von 2 150 000 Franken. Man wird einräumen müssen, daß dies eine sehr unzureichende Abfindung war im Verhältniß zu der Abtretung Wismars, zu den vierzig Millionen Franken, welche das französische Interregnum bis zum Sommer 1807 nachweislich dem Lande gekostet und zu den weiteren materiellen und finanziellen Opfern, welche die Durchmärsche der nächstfolgenden Jahre, der russische Feldzug und die Befreiungskämpfe dem Herzog und seinen verarmten Unterthanen aufgebürdet hatten.

Wir haben den Erbprinzen während der bewegtesten Jahre seines ereignißreichen Lebens begleitet. Wir sahen ihn bemüht, den Druck der Kriegslasten, der auf seinem Lande ruhte, zu mindern und zu diesem Zweck die Gunst der Mächtigen zu gewinnen, daneben auch Vortheile für sein Haus zu erlangen. Die Darstellung dieser immer nur auf das eine Ziel gerichteten Thätigkeit konnte kein vollständiges Bild von dem Wesen und Charakter Friedrich Ludwig's geben. Sie mag sogar beim Leser hie und da den Eindruck hinterlassen haben, als hätten an dem eifrigen Streben nach Rangerhöhung und Gebietszuwachs auch persönlicher Ehrgeiz und Gewinnsucht wesentlichen Antheil gehabt. Eine solche Annahme wäre durchaus irrig. Friedrich Ludwig's selbstloser, uneigennütziger Charakter, sein edler, rechtlicher Sinn spricht sich in vielen seiner hinterlassenen Briefe aus, die hier anzuführen aber nicht

am Platze wäre. Der vorliegende Aufsatz sollte kein Charakterbild darbieten, sondern nur neue Einzelheiten einer denkwürdigen Episode bringen. Ehe wir aber von dem Erbprinzen Abschied nehmen, lassen wir ihm noch einmal das Wort in einer Entscheidung, die historisch merkwürdig und für seine Denkart überaus bezeichnend ist. Am 18. Mai 1810 starb der zum Erben des schwedischen Thrones bestimmte, von Karl XIII. adoptirte Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg. Als es sich darum handelte, einen neuen Thronfolger zu wählen, lenkte der Fürst Malte Putbus, damals der angesehenste und begütertste Grundbesitzer in Schwedisch-Pommern, die Aufmerksamkeit auf den Erbprinzen Friedrich Ludwig, mit dem er seit einem Besuch in Doberan in freundschaftlichen Beziehungen stand. Wir erfahren dies aus einer Biographie jenes Fürsten Putbus, erschienen in einer Festschrift, die aus Anlaß des fünfzigjährigen Jubiläums des Putbuser Pädagogiums im October 1886 von dem Director Leopold Spreer veröffentlicht wurde. Darnach bot der Fürst, offenbar in Folge eines Auftrags von Stockholm aus, dem Erbprinzen die schwedische Thronfolge an und schrieb dieserhalb nach Weimar, wo Friedrich Ludwig sich nach seiner kurz zuvor erfolgten, zweiten Vermählung befand. Die Antwort, welche er von dort am 5. Juli ertheilte, war ablehnend, aber nicht ganz bestimmt. Entschiedener sprach er sich am 19. Juli in einem Briefe aus, dessen schöne Worte den Schluß dieser Darstellung bilden mögen:

„Nach reiflicher Ueberlegung finde ich, lieber Fürst, daß ich das mir gesteckte Ziel nicht erreichen kann, wenn ich ein gewisses Anerbieten nicht entschieden ablehne. Ich begreife, daß es nicht möglich sein wird, auf den zurückzukommen, der das gute Recht hat (Gustav IV. Adolf); ich sehe, daß in Anbetracht der Verhältnisse dies auch nicht einmal zu wünschen ist; aber er hat einen Sohn (Prinz Wasa). Ich gestehe Ihnen, daß ich einen Augenblick daran gedacht habe, daß man mir erlauben könnte, die Rolle eines Vormundes für ihn zu übernehmen, aber ich sehe, dies wird unmöglich. Sein Erbe für mich und meinen Sohn anzunehmen, ist so sehr gegen meine Sinnesweise, daß nichts in der Welt mich zu diesem Schritte veranlassen würde, so lange jenes Kind lebt. Obgleich ich selbst nur ein kleiner Fürst bin, so scheint es mir doch, als dürfe ein Mann unseres Standes aus Grundsatz niemals diese Absetzbarkeit anerkennen. Ich könnte heute von derselben Vortheil haben, aber mein Sohn müßte vielleicht einst dafür die Strafe erleiden, wenn er sich ebenso behandelt sähe. Ich wünsche, daß alles, was ich ihm nach meinem Tode hinterlasse, legitim sei. So verzichte ich von Herzen auf die mir eröffnete Aussicht!" — —

Eberhardt'sche Hof- und Raths-Buchdruckerei

Wismar.

Hirschfeld, L. von

Von einem deutschen Fürstenhofe Geschichtliche Erinnerungen aus Alt-Mecklenburg. Herausgegeben von seiner Wittwe

Bd.: 2

1896